

# **Rassismus in Weimar**

Ein Studienprojekt der Professur sozialwissenschaftliche Stadtforschung

Bauhaus-Universität-Weimar

Studiengang BA Urbanistik

Wintersemester 2021/2022

## Vorwort

Das öffentliche Leben in Weimar wurde im Jahr 2021 durch diverse rassistische und antisemitische Vorfälle geprägt und erschüttert. Auf den wöchentlichen Anti-Corona-Demonstrationen kam es regelmäßig zu Angriffen auf die Journalist\*innen und Fotograf\*innen (mdr), bekannte Neonazis mischten sich unter die Demonstrant\*innen, welche sich zum großen Teil nicht von diesen distanzierten. Eine Ausstellung zum Internationalen Tag gegen Rassismus vom Netzwerk Antirassismus Weimar wurde am Jugend- und Kulturzentrum Mon Ami zerstört und Plakate, welche an die Ermordeten des rechten Terrors von Hanau erinnern und gedenken, beschädigt. Jüngst wurde am 20. April dieses Jahres erneut das Café Spunk attackiert: die Fensterscheibe, an der Gedenkplakate der Opfer von Hanau hängen, wurde mit Farbbomben beworfen.

Das Studienprojekt Rassismus in Weimar unter meiner Leitung befasste sich deshalb im Wintersemester 2021/22 mit Alltagsrassismen als Form von struktureller Diskriminierung und Benachteiligung fremd gelesener Menschen in Weimar. In unterschiedlichen Schwerpunkten wurde mit Mitteln der qualitativen Sozialforschung untersucht, in welcher Weise sich Alltags- und struktureller Rassismus in Weimar äußert und reproduziert. Die Themenschwerpunkte des Studienprojekts bezogen sich auf Rassismen in der Universität, Verwaltung, Sicherheit und in den Medien. Daneben wurde Rassismus in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, dem Wohnungsmarkt, Raumeignung rechter Strukturen und der Umgang mit der Kolonialisierung in Weimar thematisiert. Durch die vielseitige Betrachtung und Untersuchung des Rassismus und Antisemitismus in Weimar wurde eine Intervention in die öffentliche Debatte der Stadtöffentlichkeit erzielt, wodurch diverse Aufarbeitungsprozesse angestoßen werden sollten. Das Studienprojekt wurde durch diverse ortsansässige Kooperationen begleitet, wie zum Beispiel dem Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus, decolonize Weimar, KomRex, Distanz e.V. und der Professur Bildtheorie.

Auf den folgenden Seiten werden die Ergebnisse der verschiedenen Arbeitsgruppen des Projektes wiedergegeben. Ziel des Projektes war, um das Thema Rassismus im Studiengang Urbanistik aufzugreifen und die vielfältigen Bezüge zwischen der Stadtgesellschaft und Rassismus aufzuzeigen und zu problematisieren. Urbanistik als Lehre von dem Zusammenleben, Planen und Gestalten in der Stadt, benötigt eine Kenntnis des jeweiligen lokalen Kontextes für die individuelle Orientierung und das professionelle und gesellschaftliche Handeln. Rassismus als gesellschaftliches Problem gehört zu den Themen, mit denen sich eine Stadtgesellschaft auf den unterschiedlichsten Ebenen auseinandersetzen muss, wenn sie ihrem eigenen Anspruch an Offenheit, Gleichheit und Empathie entsprechen will. Weite Teile der Gesellschaft erkennen inzwischen an, dass Deutschland ein Rassismus-Problem hat und deshalb ist Rassismus in Weimar nicht nur ein lokales Problem, sondern auch das Ergebnis einer historischen und gesamtgesellschaftlichen Entwicklung. Ursachen für Rassismus lassen sich deshalb nicht als ein Problem einer Stadt verstehen. Das war auch das Ergebnis des vorherigen Studienprojekts „Stadt und Rassismus“, das in zwischen im Unrast-Verlag veröffentlicht wurde. Allerdings sind Städte der Ort, an dem sich Rassismus im Alltag manifestiert und Individuen durch Diskriminierung und Benachteiligung darunter zu leiden haben. Zugleich sind aber Städte auch der Ort, an dem gegen Rassismus gearbeitet werden kann. Es ist ein Verdienst der studentischen Beiträge, dass sie hierfür reflektierte und analytische Fallbeispiele liefern. Damit kann die Stadt Weimar und seine Bürgerschaft anhand konkreter Erscheinungsformen des Rassismus diskutieren, in welcher Weise eine Strategie für eine offensive Bekämpfung des Rassismus in Weimar aussehen müsste. Wir hoffen, dass das Studienprojekt verdeutlicht, dass Weimar ein gesamtstädtisches Konzept benötigt, dass möglichst viele Lebensbereiche adressiert und Akteur\*innen und Bürger\*innen integriert, damit aus der intellektuell anerkannten Notwendigkeit des Anti-Rassismus eine, auf grundlegende Veränderung abzielende Politik entstehen kann

Frank Eckardt, Weimar 26. Juli 2022

# Inhalt

01  (Un-)Sicherheitsempfinden in Stadtgesellschaft und Bus in Weimar - Eine Frage der Perspektive.....	5
02  Alltägliche und strukturelle Rassismuserfahrungen ausländischer Student*innen in Weimar ..	38
03  Rassistische Stereotypisierung in der medialen Berichterstattung .....	66
04  (Wohn-)Situation von Geflüchteten in Weimar .....	87
05  Auswirkungen des Wohnumfeldes auf von Rassismus betroffene Kinder und Jugendliche in Weimar West.....	103
06  Rechte Raumanneignungsversuche in Weimar .....	165
07  Dekolonialisierung des städtischen Raums .....	196
08  Interkulturelle Öffnung in der Stadtverwaltung Weimar? Ein Konzept für den Abbau von institutionellem Rassismus durch interkulturelle Öffnung. ....	249
09   Rom*nja und Sinti*zze .....	285

# **01 | (Un-)Sicherheitsempfinden in Stadtgesellschaft und Bus in Weimar - Eine Frage der Perspektive.**

Nele Mangels

Louis Rummler

Alexander Crome

Sönke von der Ahe

Paulina Foht

## **1 Einleitung**

In den vergangenen Jahren wurden Institutionen und Einzelpersonen durch rassistische und menschenfeindliche Motive von Rechten kontinuierlich angegriffen. Feindbilder gegenüber muslimisch gelesenen Personen wurden etabliert und instrumentalisiert. Rassistische und antisemitische Terroranschläge auf eine Moschee und Synagoge, sowie der rechtsextreme Anschlag in Hanau machen das Problem deutlich sichtbar. Auch in Weimar kommt es immer wieder zu rassistischen und antisemitischen Vorfällen. Am Kulturzentrum Mon Ami wurde eine Ausstellung des Netzwerks Antirassismus Weimar zu den internationalen Wochen gegen Rassismus zerstört. Stolpersteine wurden übersprüht und Fensterscheiben verschiedener Cafés und Läden, die Plakate zum Gedenken an die Toten des rechtsterroristischen Anschlags von Hanau im Schaufenster hängen hatten, zerstört.

Zudem zeigt sich Rassismus durch diskriminierende institutionelle Strukturen und ist fester Bestandteil im Alltag von "nicht-deutsch" gelesenen Personen.

So verhält sich die Dominanzgesellschaft abwertend und ausgrenzend gegenüber Menschen, die sie aufgrund eines bestimmten Merkmals in Gruppen einteilt und ihnen konkrete Eigenschaften zuspricht (Küpper, Zick 2015). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GFM) bezieht sich demnach nicht nur auf die bereits erwähnten diskriminierten Gruppen. Ebenfalls von Diskriminierung betroffen sind unter anderem Asylsuchende, Langzeitarbeitslose, Menschen mit Behinderung, Menschen die von Sexismus betroffen sind oder Menschen die aufgrund ihrer Sexualität diskriminiert werden (vgl. ebd.: 16f). So lässt sich ein unausgesprochenes Sicherheitsversprechen des Staates für die Dominanzgesellschaft erkennen, welches für viele Menschen nicht oder nur teilweise gilt. Für viele Großstädte gibt es bereits Untersuchungen zum subjektiven Sicherheitsempfinden marginalisierter Gruppen in der Stadt und auch innerhalb des ÖPNVs. Während über Übergriffe im Erfurter ÖPNV immer wieder berichtet wird, stellt sich uns die Frage wie die Situation im nahegelegenen Weimar ist, aus dem bisher nur über wenige Fälle berichtet wurde. Aus diesem Grund setzt sich diese Arbeit mit dem subjektiven Sicherheitsempfinden von Betroffenen im gesamtstädtischen Raum auseinander, um eine Grundlage des Sicherheitsverständnisses im öffentlichen Raum zu schaffen. Diese wurde durch zwei qualitative Interviews und eine theoretische Auseinandersetzung erarbeitet. Anschließend werden die Besonderheiten des ÖPNVs vor dem Hintergrund des (Un-)Sicherheitsgefühls aufgezeigt, um (Un-)Sicherheiten in den Weimarer Bussen zu erforschen. Hierfür wurde im Rahmen der Arbeit eine Umfrage in den Weimarer Bussen durchgeführt, welche für die hiesige Untersuchung grundlegend ist.

## **2 Ausgangssituation**

Die Ausgangssituation dieser Forschung ist also zunächst der von Rassismus und Antisemitismus geprägte Stadtraum von Weimar. Diese Zuschreibung des Raumes, rassistisch und antisemitisch, lassen sich durch verschiedenste Ereignisse in den letzten zwei Jahren legitimieren. Kader der neuen Rechten laufen so zuletzt zusammen mit Esoteriker\*innen und "freien Bürgern" auf sogenannten "Stadtspaziergängen" durch die Gassen der Altstadt, wobei zwei Polizist\*innen geleiten. Orte, wie das Kulturzentrum Mon

Ami im Stadtzentrum, oder das Café Spunk in Universitätsnähe, die eine antirassistische Position in der Stadtgesellschaft einnehmen, werden angegriffen. Obgleich diese Zustände es wert sind genauer betrachtet zu werden, orchestrieren und symbolisieren eben diese übergeordnet jedoch viel eher einen Rassismus der vielschichtig in Institutionen, Öffentlichkeit, Arbeitsmarkt, Verwaltung, Medien und Alltag in Weimar auftritt.

In Thüringen kam es in den letzten Jahren und Monaten vermehrt zu diskriminierenden Angriffen. Als fremd gelesene Personen in Erfurt und der Erfurter Straßenbahn immer wieder verbal, wie auch physisch angegriffen wurden. Mediale Aufmerksamkeit erlangte ein Vorfall im April dieses Jahres: ein Mann wurde durch einen anderen Mann, aus rassistischem Motiv beleidigt und körperlich schwer angegriffen, so dass die Nebenklage nun eine Anklage wegen versuchten Mordes fordert (o.A. 2021). Dieser Vorfall wurde gefilmt und anschließend vor allem in den sozialen Medien deutschlandweit diskutiert. Es gab viele erschrockene und schockierte Stimmen zu dem rassistischen Angriff, doch so schnell wie die Diskussion entflammte, versickerte sie auch wieder im Sand. Kurz darauf kam es wiederholt zu einem rassistischen Übergriff in einer Erfurter Straßenbahn, auf einen als asiatisch gelesenen Mann.

Der Mann hatte einen anderen Fahrgast zuvor auf die bestehende Maskenpflicht in der Straßenbahn hingewiesen, wurde daraufhin rassistisch beleidigt und erlitt ebenfalls körperliche Gewalt (MDR Thüringen 2021).

### **3 Reflexion der eigenen Position und Verantwortung**

Die (wissenschaftliche) Auseinandersetzung *weiß* gelesener Menschen mit Rassismus ist a priori eine, die der Komplexität und Fülle an gewaltvollen Dimensionen, in den Lebenswelten von Betroffenen, nicht gerecht werden kann. Dies lässt sich nicht zuletzt dann erkennen, wenn das Gespräch mit Betroffenen gesucht wird, so wie in dieser Arbeit. Es ist deshalb wichtig zu statuieren, dass diese wissenschaftliche Arbeit im übergeordneten Rahmen jener Erkenntnis, dass *weiß* gelesene Menschen kein ausreichendes Verständnis zu dem Thema Rassismus haben können, verfasst ist. Dies ist vor allem auch deshalb zu erwähnen, weil alle Autor\*innen der vorliegenden Arbeit sich mit den impliziten Privilegien jenes sozialen Konstrukts, *Weiß-Sein*, definieren. Auch wenn diese Arbeit nicht nur von Rassismusforschung handelt, sondern vor allem das (Un-)Sicherheitsempfinden in Weimarer Busen insgesamt bearbeitet, so ist im Forschungsprozess dieses Papers, Rassismus als ein elementarer Gegenstand innerhalb dieses (Un-) Sicherheitsempfinden in Postmigrantischen Gesellschaften erkennbar geworden. Deshalb erscheint eine kurze Einordnung bzw. Reflektion und Positionierung unsererseits, als *weiß*-gelesene Menschen, relevant.

Ein Geflecht, welches das Axiom der Unvollständigkeit des Blickwinkels und die Reflexion *weißer* sozialer Identitäten, in der Betrachtung eines Untersuchungsgegenstands in Diskurs und Forschung rund um das Thema Rassismus behandelt, ist das Critical-Whiteness-Theorem. Das Theorem kam in den 1960er Jahren in den USA inmitten kolonialer und rassistischer Verhältnisse auf. Das Ziel der Anhänger\*innen solcher Theorien ist seitdem eben jene kolonialen und rassistischen gesellschaftlichen Verhältnisse sichtbar zu machen und auf einer alltäglichen Territorialisierung von Kategorien wie Sprache oder

Institution im Brennglas zu offenbaren und für die rassistische Mehrheitsgesellschaft eindrücklicher werden zu lassen. So ist seitdem beispielsweise der Begriff PoC im Zuge der Critical-Whiteness-Ansätze als „Verweis auf rassistisch stratifizierte Menschen jenseits der Schwarz-Weiß Dichotomie“ eine „notwendige Kritik und eine wirksame Erweiterung der antirassistischen Kämpfe in den USA“ (Perinelli 2019: 54). Indessen ist es nach Massimo Perinelli, Migrationsforscher der Rosa-Luxemburg Stiftung, in Deutschland heute wichtig, migrantische Kämpfe und Antirassismus nicht ausschließlich durch die Linse von Aktivist\*innen wie Audre Lord oder Angela Davis zu betrachten (ebd: 53 f.). So sei Critical Whiteness als Theorie nicht wie eine beliebige soziologische Systemtheorie zu adaptieren, sondern viel eher sollten die tatsächlichen historischen Bedingungen des gegenwärtigen Rassismus einer Nation, einer Stadt, eines Raumes, eines Orts in den Fokus gerückt werden (ebd: 53 f). Perinelli schreibt in diesem Sinne, dass solche historischen Bedingungen in Deutschland in „jüngerer Zeit“ vor allem durch „die rassistische Ausbeutung und Entrechtung von vornehmlich aus dem südlichen Europa eingewanderten Migrant\*innen“ konstituiert ist (ebd: 53).

Es ist dann zu erkennen, um den Bogen zum Thema dieses Kapitels zu spannen, dass die Reflexion der eigenen Position und Verantwortung hier am Anfang dieser wissenschaftlichen Arbeit in sich komplex und anti-linear verläuft. Denn während Perinelli zu der Frage, wie der Komplex Antirassismus im Jahr 2019 verfasst ist, schreibt:

*„Heute steht der Komplex Antirassismus in der veränderten globalen Situation der letzten zehn Jahre und den sich in der Folge gewandelten Rassismen vor ungelösten Problemen. Er konnte vor allem keine Antworten auf die neuen rassistische Spaltungen finden, die sich durch den antimuslimischen Rassismus und die rassifizierte Sicherheitspolitik im Prozess der europäischen Integration auftraten“*

(ebd: 49).

ist durch die Black-Lives-Matter-Bewegung (BLM) im darauffolgenden Jahr 2020 wichtige mediale Präsenz und globaler Protest auf die Straße gekommen. Die BLM-Bewegung ist dabei weniger in Kategorien wie Sprache behaftet, wie noch der Critical-Whiteness Ansatz, auch nicht in der nationalen antirassistischen Positionierung, sondern beschreibt sich als:

*„[...] ein Kollektiv von befreienden Personen in einer inklusiven und weiträumigen Bewegung. Wir [BLM] glauben, dass, um antirassistische Kämpfe zu gewinnen und möglichst viele Menschen auf dem Weg dabei mitzunehmen, über einen engstirnigen Nationalismus, der in den schwarzen Gemeinschaften nur allzu häufig anzutreffen ist, hinausgegangen werden muss. Wir müssen sicherstellen, dass wir eine Bewegung aufbauen, die uns alle nach vorne bringt“*

(BLM 2021).

Wie nun der Dualismus zwischen dem Ansatz von Perinelli, der die Anhänger\*innen von Critical-Whiteness in Deutschland kritisiert und eine verortete antirassistische Perspektive

fordert, und dem Ansatz von BLM, welcher explizit eine globale Sicht eröffnet, einen dialektischen Widerspruch aufmacht, ist nicht zu verkennen. Situiertes antirassistisches Wissen und globaler antirassistischer Protest als einen solchen Widerspruch hinzunehmen, zu prozessieren, ist dann auch die Verantwortung der Autor\*innenschaft dieser Arbeit.

Zur eigenen Position und Verantwortung in Bezug auf das der Arbeit zugrundeliegende Thema, lässt sich deshalb diesen Abschnitt zusammenfassend schreiben, dass das Vorliegende, diese Arbeit, aus unserer Sicht als antirassistisch bei gleichzeitigem Bewusstsein der eigenen rassistischen Mikropraktiken und inkorporierten Verhaltensweisen der *weißen* Autor\*innenenschaft und der Wichtigkeit eines situierten-nationalen bzw. regionalen Herangehensweise, gelesen werden sollte. Antirassismus bedeutet für uns dann das Wechselspiel aus der Reflexion der eigenen Rassismen, dem akademischen Arbeiten, die Überarbeitung von zukünftig utopisch-egalitärer-utopischer Sprache und Theorie als auch, unbedingt, die tatsächliche antirassistische Aktion auf der Straße. Diese Aktion dann dabei auch im Sinne neuerer Bewegung wie BLM.

Antirassismus und die Positionierung darin, bedeutet also schließlich die stetige Neuaushandlung der eigenen Position, möglichst ohne die ausschließliche sprachliche Selbstoptimierung oder innerlinke Lagerbildung, stattdessen solidarisches Kämpfen in vielerlei Sphären wie *Academia*, über persönliche Beziehungen hinaus hinzu Affekten und Aktionen der Straße. Vielleicht lässt sich dies dann in Perinellis Worten auch als „ein Kampf, ein Wechsel auf die Zukunft, der potentiell [sic!] alle miteinschließt - selbst die traurigen Gestalten mit ihren schönen Privilegien“ artikulieren (Perinelli 2019: 58).

Der hier vorgeschlagene Bezug zwischen der Auseinandersetzung mit Critical Whiteness und der Positionierung der Autor\*innenschaft für diese Arbeit, ist an dieser Stelle also wichtig für eine Wissenschaft, die versucht die Sprecher\*innenposition bzw. die Position als Schreibende (u. a. *weiß-gelesen*) offen zu legen und damit keine Objektivität vortäuscht. Eine solche Objektivität, die es in sozial konstruierten Gesellschaften, einschließlich jeweiligen Macht-, Herrschafts-, bzw. Diskriminierungsformen wie zum Beispiel Rassismus, aus unserer Position heraus nicht gibt, würde diametral den Gütekriterien einer kritischen Wissenschaft und Stadtforschung gegenüber stehen. Gerade im Zuge von Interview- und Umfragesituationen, wie in dieser Arbeit, gilt es für Forschende zudem sich ihrer Position bewusst zu werden, um einen sensiblen Umgang innerhalb von Feldern wie Rassismusforschung zu gewährleisten. Aufgrund dessen ist für uns die oben aufgegriffene Positionierung der Autor\*innenschaft und Deklaration von Verantwortung dieser, eine Angelegenheit, der es sich immer wieder zu stellen gilt und deshalb in diesem Abschnitt der Arbeit unabdingbar ist.

In Kapitel drei wird folgend allgemeiner erklärt anhand welcher Fragestellung und welcher Methoden diese Arbeit angegangen wird und welche Überlegungen ihr zugrunde liegen.

#### **4 Fragestellung und Methodik**

Es kann davon ausgegangen werden, dass Angriffe auf marginalisierte Gruppen dazu führen, dass sie sich im öffentlichen Raum unsicher fühlen und sich ihr subjektives



Sicherheitsempfinden stark von dem der Dominanzgesellschaft unterscheidet. Daraus ergibt sich folgende Fragestellung der Arbeit:

*Was bedeutet (Un-) Sicherheit für marginalisierte Personen und die Dominanzgesellschaft in Weimar im Kontext des Sozialraums Bus?*

Diese Frage wird dabei auch immer wieder zurückgeführt auf die dem Seminar zugrunde liegende Frage, wie sich Rassismus in der Weimarer Stadtgesellschaft äußert und was Ursachen dafür sind. Es gilt insgesamt den bisher relativ wenig bearbeiteten Gegenstand, (Un-)Sicherheit im urbanen Raum und in Weimarer Bussen, im Kontext einer komplexen Rassismusforschung aufzuschlüsseln und dabei bewährte Ansätze und Modelle aus der bestehenden bundesweiten- und teilweise globalen Forschung zu den genannten Disziplinen für diese Arbeit gleichfalls zu nutzen um die oben genannte Frage möglichst vielseitig anzugehen, ist diese Arbeit als mixed-method paper konzipiert. Es wird deshalb mithilfe von drei Methoden geforscht. Erstens wird anhand einer qualitativen Literaturrecherche ein breites Verständnis der in der Frage verwendeten Begriffe verschafft. So wird zum Beispiel in Kapitel 4.1 aus einer kritischen Perspektive zur Mehrdeutigkeit des Sicherheitsbegriffs geschrieben, denn dieser lässt sich nicht auf einen Inhalt beschränken. Zweitens wird die Forschungsfrage anhand von zwei qualitativen Interviews mit von Diskriminierung betroffenen Personen bearbeitet. Diese Interviews wurden nicht nur genutzt um die anschließende Umfrage vorzubereiten, sondern auch um Erkenntnisse zur Selbstpositionierung innerhalb des Sicherheitsdiskurses und Perspektiven auf antirassistische Veränderungen zu erlangen. Drittens werden anhand von einer quantitativen Online-Umfrage, die eine offene und deshalb qualitativen Frage miteinschließt, Daten erhoben und analysiert. Durch die methodische Pluralität soll die Frage möglichst weitläufig beantwortet werden und damit ein fundierter Beitrag für das Seminarziel geleistet werden.

## **5 Positiver Sicherheitsbegriff**

Während bei vielen Menschen der Begriff "Sicherheit" die Alarmglocken schrillen lässt und zu Forderungen nach einer Stärkung der sogenannten Sicherheitsbehörden greifen lässt, werden andere zum "Sicherheitsrisiko" erklärt und sie (oder ihre Stadtteile) als präventive Maßnahme verstärkt kontrolliert, eingesperrt oder bestraft. Gleichzeitig besteht der Begriff nicht nur aus dieser Binarität der inneren öffentlichen Sicherheit, sondern erstreckt sich in viele andere Sphären: Finanzielle Sicherheit, Sicherheit vor Gesundheitsrisiken, Rechtssicherheit (z.B. Bleiberecht) oder auch Sicherheit vor strafrechtlich nicht relevanter Gewalt. In vielen politischen Diskussionen um "mehr oder weniger" Sicherheit werden diese Aspekte ausgeblendet, weil sie sowohl diskursiv außerhalb des Themas verortet werden, als auch faktisch nicht zu den Methoden der BRD zur "Schaffung von Sicherheit" gehören. Die Autoren dieses Aufsatzes halten diese strikte Trennung allerdings nicht für zielführend, da sie zum einen historisch in Praktiken autoritärer und kolonialer Staaten verortet ist und zum anderen zu einer Sicherheitspolitik in der BRD geführt hat, welche als einzigen Weg "Aufrüstung der Kräfte und Ausweitung der Befugnisse" kennt, während gleichzeitig das Unsicherheitsgefühl von Personen mit Diskriminierungserfahrung steigt. Um diesen Diskurs aufzubrechen, wird hier die Theoretisierung eines alternativen Sicherheitsbegriffs

eingeführt, welcher gesellschaftliche Ungleichheiten und Machtdynamiken mit einbezieht und auf einem Community Ansatz zur Überwindung devianten Verhaltens beruht.

Melanie Brazzell beschreibt in ihrem Aufsatz "Von negativer/strafrechtsfeministischer zu positiver/abolitionistischer Sicherheit: Transformative Gerechtigkeit für Betroffene von geschlechtsbasierter Gewalt" im Jahr 2021 den Ansatz der "positiven/abolitionistischen Sicherheit" in der Bewegung für Transformative Gerechtigkeit um eine Abwende von den "karzeral-feministischen" (Bernstein 2007 zit. n. Brazzell 2021) Ansätze des "Strafrechtsfeminismus" zu bezeichnen.

Den Begriff Strafrechtsfeminismus definiert sie hierbei als die feministische Bewegung, welche sich zur Lösung geschlechtsbasierter und sexualisierter Gewalt an den strafenden Staat wendet (Brazzell 2021: 332). Dieser ist nach Brazzell zum einen abzulehnen, da er regelmäßig von Rechtsnationalist\*innen instrumentalisiert wird um migrantisierte Communities als besonders queerfeindlich oder sexistisch darzustellen. Zum anderen bedeuten die Instrumente des strafenden Staates, wie zum Beispiel die Polizei, für zahlreiche marginalisierte Gruppen weitere Gewalt und Schäden (ebd.: 332f.)

Die positive Sicherheit beschreibt Brazzell in Abgrenzung zur "negativen Sicherheit" wie folgt:

*Ich bezeichne diese Modell als "negative Sicherheit", was ein Verständnis von Wohlbefinden in negativen Begriffen (das Fehlen einer Zumutung) und in negativen Affekten (Vermeidung von Angst und Schmerz) impliziert. Eine solche Sicherheit kann Gewalt nur als Zumutung wahrnehmen: sichtbare, physische und singuläre Störungen eines als gerecht angenommenen Status quo, dessen strukturelle "langsame" Gewalt unbemerkt und unkontrolliert fort dauert.*

Demgegenüber wird die positive Sicherheit als etwas aktiv erlebbares beschrieben, welche vor allem darin besteht "Sicherheit zu etwas" zu haben und mit dieser Handlungsmacht der Betroffenen widerstandsfähiger zu sein. Grundpfeiler ist, dass Sicherheit nicht durch äußeren Schutz gesucht wird, sondern aus "individuelle[r] und kollektive[r] Selbstbestimmung" erreicht werden soll. (ebd.: 336)

Brazzell nimmt in ihrer Theoretisierung der Idealtypen von karzeralem Feminismus und transformativer Gerechtigkeit die vier Kategorien Gewaltbegriff, Machtkonzept, Subjektbegriff und Reaktion auf Gewalt auf (ebd.: 337):

Mit dem Gewaltbegriff beschreibt sie die wahrgenommenen und beschriebenen Erscheinungsformen von Gewalt der beiden Denkschulen. Der Strafrechtsfeminismus beschreibt diese hauptsächlich als zwischenmenschlich und verdeckt somit die systemischen Umstände der Gewalt, welche beispielsweise aus Heterosexismus, Rassismus, Armut und Fremdenfeindlichkeit bestehen können. Dabei wird diese von staatlicher Seite nicht nur häufig auf ihre physischen Erscheinungsformen reduziert, sondern mit aufgrund der strukturellen Bedingungen auch aufrechterhalten.

Anstatt dessen zielt Transformative Gerechtigkeit auf einen Gewaltbegriff ab, welcher verschiedenen Ebenen von Machtdynamiken anerkennt: aufgrund von systemischen Privilegien, sozialem Status oder institutionellem Hierarchien. (ebd.: 339ff.)

Der im Strafrechtsfeminismus genutzte Subjektbegriff setzt eine "rechtliche und moralische Dichotomie zwischen Opfer und Täter voraus: Opfer sind unschuldig und machtlos; Täter sind mächtig und ihre Gewalt ist bössartiger und pathologischer Natur" (ebd.: 342). Dabei blende er aus, dass Betroffene Fehler machen, Schaden anrichten und Gewalt begehe sowie den Umstand, dass viele Menschen, die Gewalt verursachen, selbst Gewalt erlebt haben. Brazzell kritisiert an diesem zudem, dass der Opferstatus auf verschiedene Arten rassifiziert und anderweitig kodifiziert sei, sodass Schwarze, Indigene und People of Color, aber auch Sexarbeiter\*innen, gender non-conforming Personen und weitere diesen nicht erfüllen können und ihnen somit als Betroffenen der Status der Unschuld verwehrt bleibt (ebd.: 342 und INCITE! and FIERCE 2008: 66 zit. n. Brazzell 2021: 342).

Im Gegensatz dazu definiert Transformative Gerechtigkeit "Gewalt als Verhalten und nicht als Identität" (Brazzell 2021: 344) indem es die Täter-Opfer-Dichotomie aufhebt und anerkennt, dass jeder Menschen Schaden anrichten und erfahren kann (ebd.). Zudem wird auf einen Community Begriff zurückgegriffen, welcher sich aus einem Netz von "Beziehungen der Intimität, Anerkennung und care" (ebd.: 345 (Hervorhebung im Original)) wieder ein ein Gefüge sozialer Verbindungen bringt, welches Empathie und Verantwortungsübernahme lehrt. (ebd.)

Im Strafrechtsfeminismus wird er Staat zum Schutz Betroffener angerufen, wobei verkannt wird, dass es sich hierbei immer um paternalistischen Schutz handelt, welcher zum einen nur gewährt wird für Personen welchen er wohlgesonnen ist (vgl. Opferstatus im Subjektbegriff) und zum anderen Menschen der zusätzlichen Gewalt durch Sicherheitsbehörden aussetzt. Währenddessen setzt die Transformative Justice Bewegung daran an "Betroffene und ihre Gemeinschaft in die Lage [zu versetzen], Gewaltsituationen zu verhindern, in sie einzugreifen, sie zu reparieren und zu transformieren" (ebd.: 348). Ein solches Machtkonzept betont, dass Betroffene ihre Entscheidungsfreiheit behalten und ausbauen (Perez-Darby 2011 zit. n. Brazzell 2021: 348).

Als Reaktion auf Gewalt propagiert der karzerale Feminismus Lösungen, welche sich als Eindämmung beschreiben lassen und hauptsächlich auf eine physische Trennung abstellen und somit verschiedene Sicherheitsbedenken von Betroffenen auf die unmittelbare physische Sicherheit reduzieren (Brazzell 2021: 351). Solche Eindämmungen können entweder im Rahmen strafrechtlicher Mittel umgesetzt werden, mittels Sexualstraftäter\*innendatenbanken lebenslang stigmatisieren und Resozialisierung unmöglich machen oder auch in umgekehrter Wirkung auf die Betroffenen selbst angewandt werden, beispielsweise in wenn diese in Frauenhäuser von ihren Gemeinschaften getrennt werden.

*"Anstatt negative Sicherheit zu kultivieren, indem man versucht, Schaden komplett vorzubeugen oder einzudämmen, befasst sich ein abolitionistisches Sicherheitsmodell mit gewalttätigen Verhaltensweisen, um sie zu ändern."*

Als alternative Herangehensweisen werden dazu folgend Ziele formuliert: Personen, welche Leid verursachen, sollen zur Verantwortung gezogen werden; bei der Transformation ihres Verhaltens wird geholfen und es werden gemeinschaftliche Vereinbarungen getroffen um Räume sowohl für Betroffenen als auch für gewaltausübende Personen nutzbar zu machen.

Im Rahmen diese Prozesse besteht auch für die Gemeinschaft die Möglichkeit an ihren gemeinsamen Fähigkeiten in den Themenbereichen Konsensualität, Kommunikation und Verantwortungsübernahme auszubauen. (ebd.)

## **6 Objektive und subjektive (Un-)Sicherheit im urbanen Raum**

Sicherheit beschreibt einen inneren, wie äußeren Zustand, in dem sich Menschen oder Gemeinschaften befinden, welcher frei von Risiken und Gefahren für sie ist. Das (Un-)Sicherheitsempfinden ist ein prägender Faktor für die Lebensqualität in einer Stadt, in einem Viertel oder an einem Ort und beeinflusst das Gemeinschaftsleben fundamental. Der Soziologe Franz-Xaver Kaufmann beobachtete in den 1970er Jahren ein zunehmendes Interesse an der subjektiven Komponente von Sicherheit und dessen Bedeutung für die Gesellschaft. Sicherheit transformierte sich über die Zeit zu einem Wertesymbol und beschrieb nun nicht mehr nur den bloßen Schutz vor Gefahren. Weitere Komponenten wie Gewissheit, Geborgenheit oder Verlässlichkeit werden unter dem Begriff der Sicherheit verstanden. (Hahne et al. 2020: 7)

Bereits Anfang der siebziger Jahre wurde erkannt, dass die objektive Sicherheitslage und die subjektiv wahrgenommene Sicherheit oft signifikant voneinander abweichen (Hummelshein-Doss 2017). So kann beispielsweise eine Stadt objektiv als sehr sicher gelten und dennoch von Bewohner\*innen als überdurchschnittlich unsicher empfunden werden. Eine solche Tatsache ließ sich 2012 in Duisburg beobachten. Die verzeichneten Kriminalitätsdelikte waren nicht überdurchschnittlich hoch und dennoch hatte die Stadt den höchsten Anteil, mit von Angst im öffentlichen Raum betroffenen Bürger\*innen. Statistisch gesehen gab es dafür keinen Grund. Die Kriminalitätsrate stand so gesehen nicht im direkten Zusammenhang mit der persönlich wahrgenommenen Angst der Bewohner\*innen. (Hahne et al 2020: 21f)

Die *subjektive Sicherheit* bezieht sich auf die Wahrnehmung des eigenen Sicherheitsgefühls einzelner Menschen und lässt sich nur schwer erheben. Sie kann nicht wie die objektive Sicherheit durch Statistiken begründet werden, sondern bedarf umfassenden Befragungen, um ein aussagekräftiges Bild zu erhalten. (Bornewasser 2012)

Wie auch jedes andere subjektiv empfundene Gefühl kann auch (Un-)Sicherheit verschieden stark empfunden werden. Das persönliche Sicherheitsgefühl wird maßgeblich durch das unmittelbare Umfeld und die Gestaltung des öffentlichen Raums beeinflusst. Die persönlichen Erfahrungen, sozioökonomische Hintergründe und die individuelle Wahrnehmung einzelner Personen stehen im Zusammenhang mit der Einschätzung von Situationen und beeinflussen somit das (Un-)Sicherheitsempfinden. (Ruhne 2003: 38)

Unter *objektiver Sicherheit* wird die wissenschaftlich und statistisch nachweisbare Sicherheit verstanden. Sie bezieht sich insbesondere auf polizeilich erfasste Unfall-, Straf- und Gewalttaten, sowie die Präsenz von Sicherheitspersonal an konkreten Orten im öffentlichen Raum. (Hummelshein-Doss 2017)

Nicht gemeldete Strafdelikte werden ebenso wenig in die Statistiken einbezogen wie die Anzahl an unsicherheitsstiftenden Handlungen, wie aufdringlicher Blickkontakt oder

verbale Übergriffe. Solche können oft nicht als Straftat gemeldet werden, führen aber dazu das subjektive (Un-)Sicherheitsempfinden einzelner Personen maßgeblich zu beeinflussen.

Demzufolge stellt sich dann auch die Frage inwiefern die objektive Sicherheit aufgrund solcher Daten überhaupt definiert werden kann.

Eine Erklärung dafür, dass sich das subjektive Unsicherheitsgefühl stark von der objektiven Sicherheit unterscheiden kann könnte in der Diskrepanz zwischen den polizeilich registrierten Straftaten und dem Anzeigeverhalten von Opfern sein. Die Dunkelziffer aller nicht angezeigten Straftaten scheint laut Dunkelfeldstudien zu steigen (Drescher 2020). Des Weiteren kann die Differenz des subjektiven (Un-)Sicherheitsgefühls und der objektiven Sicherheit auch durch sich verändernde Kontrollintensitäten beeinflusst werden. So vermittelt eine erhöhte Polizeipräsenz Menschen aus der Dominanzgesellschaft, denen das Sicherheitsversprechen des Staates gilt, ein erhöhtes Sicherheitsgefühl. Menschen denen dieses Sicherheitsversprechen nicht gilt kann genau das Gegenteil passieren und das Unsicherheitsempfinden verstärken (Brazell 2017: 44).

Der gravierende Unterschied zwischen der objektiven und der subjektiven (Un-)Sicherheit besteht vor allem darin, dass sich die subjektive Sicherheit aus der individuellen Einschätzung der Umgebung sowie persönlicher Bewertungs- und Wahrnehmungsprozesse ergibt. Sie ist nicht durch Zahlen belegbar und wird nur durch Befragungen sichtbar. Die objektive Sicherheit ist wiederum bestimmbar durch die Zählung von Straftaten in einem Gebiet oder dem Einsatz von Sicherheitspersonal an hoch frequentierten Orten wie Bus- oder Bahnhaltestellen.

Unsere Forschung konzentriert sich auf das (Un-)Sicherheitsempfinden von Menschen aus marginalisierten Gruppen. Die Forschenden gehen davon aus, dass nicht alle unsicherheitsstiftenden Handlungen im Bus(-Umfeld) in sicherheitsbehördlichen Statistiken erfasst werden. Aus diesem Grund wird im Folgenden das (Un-)Sicherheitsgefühl im Weimarer Bus(-Raum) untersucht. Hierzu wird zunächst eine theoretische Grundlage des Untersuchungsraumes Bus geschaffen.

## **7 (Un-)Sicherheitsempfinden in Weimarer Bussen**

### **7.1 Relevanz des Untersuchungsraums Bus**

*„Mobilität ist ein Grundbedürfnis und ermöglicht die Teilhabe am sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben. Im Umkehrschluss bedeutet das auch: Wer nicht so mobil ist wie andere, wer aus verschiedensten Gründen in der Mobilität beschränkt wird, ist von Teilen des gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen.“*

(Netzwerk „Gemeinsam gegen Diskriminierung –Mobilität für alle!“ o.J.:2)

Der Bus ist in Weimar das einzige öffentliche Verkehrsmittel, das für Menschen im inner- und außerstädtischen Verkehr nutzbar ist. Das bedeutet, dass alle Menschen, die kein Auto oder anderes Fortbewegungsmittel des Individualverkehrs besitzen, auf den öffentlichen Personennahverkehr in Weimar angewiesen sind. Viele Weimaraner\*innen nutzen die neun

Stadtbuslinien regelmäßig, um zur Arbeit oder zu anderen Aktivitäten zu gelangen. Das umweltverträgliche Fortbewegungsmittel leistet somit einen wichtigen Beitrag im Weimarer Verkehrssektor. In Weimarer Bussen treffen Passagier\*innen innerhalb weniger Quadratmeter auf Akteure, die (Un-)Sicherheitsgefühle in Menschen auslösen können. (Un-)Sicherheitsgefühle können beispielsweise durch personen- beziehungsweise gruppenbezogene zwischenmenschliche Verhaltensweisen oder ortsbezogene Risikowahrnehmung ausgelöst werden (Reuband 2008: 233f.).

In einer von Alexandra Bensler (2020) durchgeführten Befragung zum Sicherheitsverständnis im Sozialraum Bus gaben Befragte aus der Dominanzgesellschaft an, dass beispielsweise „Harz-IV-Leute“ (zit. n. Bensler 2020: 223) ein unsicherheitsstiftender Faktor seien. In der Umfrage, die im Zuge dieses Forschungsprojekts durchgeführt wurde, soll die dominanzgesellschaftlichen Perspektive um die Perspektive all jener, die nach Wilhelm Heitmeyers Konzept der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (GMF) von Diskriminierung betroffen sind, erweitert werden (Heitmeyer 2007: 16ff.). Die GMF inkludiert Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Sexismus, Homophobie, sowie Islamophobie und umfasst die Abwertung von behinderten, obdachlosen und arbeitslosen Menschen (vgl. Heitmeyer 2005: 14f.).



Abb. 1: Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (Oxhoft 2020)

Die (Un-)Sicherheitsursachen und -auswirkungen sollen erfasst und verglichen werden, um marginalisierten Gruppen im Sicherheitsdiskurs eine Stimme geben zu können. Wie in dem Beispiel aus Benslers Befragung werden Menschen aus marginalisierten Gruppen im Kontext der (Un-)Sicherheitsursachenforschung oftmals zu Unsicherheitsversursacher\*innen umgedeutet, wohingegen diskriminierende Handlungen gegen Menschen aus den Gruppen bagatellisiert werden (Fehlberg 2013: 118).

Wer Teil einer marginalisierten Gruppe ist, die vermehrt von psychischer und/oder physischer Gewalt betroffen ist, erfährt dies durch sein Umfeld und kennt Viktimisierungserfahrungen aus Narrationen oder gar aus eigener Erfahrung und kann die

subjektiv wahrgenommene Vulnerabilität einschätzen (Bornewasser, Kohn 2012: 4f., Hahne et al. 2020: 30).

Wer sich während einer Busfahrt keine Gedanken über die eigene Sicherheit machen muss, besitzt Privilegien. Das Ziel muss eine angstfreie Fahrt in öffentlichen Verkehrsmitteln für alle Menschen sein, wozu es nach Heitmeyer

*„den zentralen Werten einer modernen und humanen Gesellschaft [bedarf. Dazu] gehören die Gleichwertigkeit aller Menschen und die Sicherung ihrer physischen und psychischen Unversehrtheit. Damit drückt sich der Wille einer Gesellschaft aus, ein möglichst angstfreies Zusammenleben von Individuen und Gruppen unterschiedlicher ethnischer, religiöser, kultureller oder sozialer Herkunft mitsamt ihrer alltäglichen Lebenspraxis zu realisieren“*

(Heitmeyer 2002: 16).

Wenn eine Busfahrt für von Diskriminierung betroffenen Menschen Unsicherheitsgefühle auslöst, kann es dazu führen, dass Busse gemieden werden. Menschen wären von Mobilität ausgeschlossen, man spricht von sogenannter *Mobilitätsarmut*. Neben der durch persönliche, subjektive Angstraumproduktion entstandenen Mobilitätsarmut können räumliche, zeitliche und finanzielle Aspekte zu Mobilitätsarmut führen. Bussysteme können diskriminieren, wenn es eine nicht angemessene Anbindung an segregierte Stadtviertel gibt. Die Kostenpflichtigkeit stellt für Menschen mit einer niedrigen finanziellen Kapazität eine Barriere dar, die das Mobilsein erschwert oder die Menschen gar daran hindert (Runge 2005: 10).

In der in diesem Forschungsprojekt durchgeführten Untersuchung liegt der Fokus nicht auf strukturellen Ausgrenzungen, sondern auf den von anderen Menschen, wie Fahrgästen oder Busfahrer\*innen ausgehenden, direkten Diskriminierungen, die potenzielle Unsicherheitsgefühle hervorrufen. Daher wird in der Umfrage das (Un-)Sicherheitserleben der Weimarer Buspassagier\*innen untersucht. Eine Fokussierung auf die Personengruppen, die von Diskriminierung betroffen sind, wird unternommen, um herausarbeiten zu können, wie sich das Sicherheitsgefühl zu Menschen aus der Dominanzgesellschaft ausdifferenziert.

Toleranz und Akzeptanz praktizierende Belegschaft und Fahrgäste würden Fahrten für von Diskriminierung betroffenen Menschen um einen Unsicherheitsfaktor verringern (Bensler 2020: 235). Von einem diskriminierungsfreien Sozialraum ÖPNV kann man in Thüringen unter Berücksichtigung diverser rassistisch motivierter Übergriffe, die zum Teil mediale Aufmerksamkeit erlangt haben, nicht sprechen. Mit 1,64% liegen nach dem kumulierten GMF-Survey Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft der Thüringer\*innen über den bundesweiten Durchschnittswerten, was Heitmeyer et al. mit einer überdurchschnittlich hohen Empfänglichkeit für Rechtspopulismus (23,2%) begründen (Heitmeyer et al. 2020: 96). Solange in Thüringen eine gesellschaftliche Disposition vorliegt, das Zusammenleben in Teilen der Bevölkerung auf der Diskriminierung von marginalisierten Gruppen basiert und es faktisch zu diskriminierender Gewalt kommt, scheinen gängige Sicherheitspolitiken mit sicherheitsstiftenden Instrumenten wie *sozialer Kontrolle* und *Videoüberwachung* in Weimaraner Bussen infrage gestellt werden zu dürfen (Reiser et al. 2020: 85, ezra o.J.).

## 7.2 Untersuchungsraum Bus - eine kurze Definition

In Folgendem wird der Untersuchungsraum Bus durch eine vertiefende theoretische Grundlage dargestellt, wobei der Fokus auf einer sozialräumlichen Betrachtung liegt. Die Erkenntnisse sollen dazu dienen, die Umfrageergebnisse mit ihren unterschiedlichen sozialräumlichen Perspektiven auf den Busraum einzuordnen und in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext setzen zu können.

Auf sozialräumlicher Makroebene betrachtet definiert Augé (2010) Transitorte als Nicht-Orte, welche das Transportbedürfnis erfüllen und für die Subjekte innerhalb dieser Orte eine Übergangsfunktion annehmen (Bensler 2020: 22.). So kommuniziert das Verkehrsunternehmen im Bus zwar anhand von Symbolen, Worten und Texten mit den Fahrgästen, andersherum ist es aber unerwünscht, dass die Fahrgäste mit dem „sozialen Gut“ - beispielsweise der Möblierung - aktiv interagieren (ebd.) Sie sollen es lediglich wie von dem Unternehmen vorgesehen kurzzeitig nutzen (ebd.). Zudem sind die Busräume austauschbar und kaum individuell gestaltet oder für bestimmte Fahrgastgruppen ausgelegt, weshalb sich Fahrgäste den Busraum nur schwer aneignen können (ebd.).

Nach Löw kann der Busraum als ein übergreifender sozialer Raum verstanden werden, in welchem sich die Fahrgäste zum einen zueinander, aber auch zu den im Bus verorteten sozialen Gütern positionieren (Bensler 2020: 56). Darüber hinaus können innerhalb dieses Busraumes, beispielsweise durch soziale Verbindungen zwischen Fahrgästen, wie Fahrgemeinschaften, weitere soziale Räume entstehen (ebd.). Diese können demnach durch die Positionierung der Fahrgäste zueinander konstituiert werden, indem sie unterschiedlich intensiv miteinander in Interaktion treten (Bensler 2020: 56). Begonnen bei formlosen Handlungen, wie das Bitten darum, eine Person vorbeizulassen bis hin zu konkreten (verbalen) Handlungen, wie eine angestrebte Konversation mit einem weiteren Fahrgast. Zudem sind die Busfahrer\*innen wichtige Akteure, welche als Personifizierung des Verkehrsunternehmens gelesen werden können, indem sie dessen Regeln und Normen ausführen (ebd.).

Von Aneignungs- und Dominanzkonflikten geprägt, lässt sich der Busraum gleichzeitig in einer metaräumlichen Ebene verstehen, bei welchem der Ursprung der sozialen Machtverhältnisse auf der Zugehörigkeit sozialer Gruppen beruht (Bensler 2020: 57). Es ist anzunehmen, dass gesellschaftliche Strukturen physisch in dem Busraum verankert sind und die subjektive Wahrnehmung zum Busfahren beeinflussen können (ebd.). Hierdurch kann auf die Dominanz über den Busraum eingewirkt werden, wobei die Gefahr besteht, dass Fahrgäste den Ursprung dieser Sozialraumrelationen als natürlich betrachten und die Strukturen innerhalb des sozialen Busgefüges nicht thematisieren oder hinterfragen (Bensler 2020: 58).

Bei groben Verstößen oder dem Verdacht eines Verstoßes gegen die Beförderungsbedingungen können Verkehrsunternehmen die betroffenen Personen für einen definierten Zeitraum von der weiteren Nutzung des Verkehrsmittels ausschließen (Wehrheim 2012: 157). Insbesondere für finanzschwache Fahrgäste führt dies zu einer Unterbindung der Mobilität in der Stadt, wodurch die Personen auch aus dem öffentlichen Raum der Stadtzentren gedrängt werden (ebd.). So lässt sich der Bus als allgemein zugängliches Beförderungsmittel nur bedingt als öffentlichen Raum definieren. Vielmehr



scheint die Beschreibung eines halböffentlichen Raumes passend, in dem es klar vorgegebene hierarchische Strukturen gibt.

Um die mikrosoziologischen Interaktionen im Bus zu analysieren, wird sich in Folgendem auf Goffman (1982) und seine Untersuchung zu Interaktion in der Öffentlichkeit bezogen. In Anbetracht der sozialräumlichen Kontrolle für die subjektive Wahrnehmung des Busfahrens ist der persönliche Raum der Fahrgäste genauer zu betrachten. Als Spannungsfeld zwischen Öffentlichkeit und Privatheit verändert sich der persönliche Raum innerhalb des Busses, wodurch das Sicherheitsempfinden der Fahrgäste beeinflusst werden kann (Bensler 2020: 74). Durch die hohe Anzahl an Individuen innerhalb des Busraumes verringert sich bei den Fahrgästen der Anspruch an den persönlichen Raum (ebd.). Gleichzeitig besteht durch die Distanzkonvention geprägt, das Bedürfnis den Abstand zu weiteren Fahrgästen zu maximieren (ebd.). Da der persönliche Raum für Außenstehende jedoch nur bedingt wahrnehmbar ist, wird infolgedessen versucht, diesen zu markieren - beispielsweise durch Einkaufstaschen- und wenn nötig verteidigt (ebd.). Das Eindringen kann neben dem haptischen Eindringen - direkte oder indirekte physische Berührungen mit anderen Fahrgästen - bereits optisch, durch Blicke oder durch akustische Grenzüberschreitungen, wie das ungewollte Mithören eines Gespräches erfolgen (Bensler 2020: 75f). Zudem können insbesondere innerhalb des geschlossenen Busraumes auch Privatsphäreverletzungen wie beispielsweise Körperausscheidungen wie Körpergerüche Grenzüberschreitungen darstellen (Bensler 2020: 77).

Somit ist festzuhalten, dass der Bus als öffentlicher Raum durch seine besondere sozialräumlichen Eigenschaften gesellschaftliche Strukturen widerspiegelt und sich durch soziale als auch physische Faktoren auf das subjektive Sicherheitsgefühl auswirkt.

### **7.3 Subjektives Sicherheitsempfinden in Stadtgesellschaft und Bus**

Das subjektive Sicherheitsgefühl in Stadtgesellschaft und Bus wurde durch qualitative Interviews untersucht und durch eine ergänzende Onlineumfrage zu (Un-)Sicherheiten im Bus(-Raum) erforscht. Die Ergebnisse werden im folgenden Kapitel dargestellt und analysiert.

## **8 Einleitung in die Interviews**

Ein Ziel der Forschungsarbeit war es, durch Interviews vertiefte Einblicke in das (Un-)Sicherheitsempfinden im urbanen Raum von Personen mit Marginalisierungserfahrungen zu erlangen. Mit Hilfe dieser sollten zum einen die theoretisch erarbeiteten Konzepte zur Anwendung kommen, als auch eine Grundlage für die Fragestellungen der Umfrage bieten. Für die Forscher\*innen war zudem die emanzipatorische Sicht der Betroffenen auf die behandelte Thematik von großem Interesse.

Um dieser Sichtweise, welche auf die Empfindungen und Ansichten der Interviewpartner\*innen fokussiert war, gerecht zu werden, wurde die Methode der qualitativen Interviews genutzt. Hierbei wurden die Interviews mit einem Leitfaden

begleitet, welcher bestimmte Themenbereiche vorgab. In der konkreten Ausführung konnte von geplanter Reihenfolge und Umfang dieser allerdings abgewichen werden, als auch außerhalb der ursprünglichen Fragen liegende Aspekte aufgenommen werden (vgl. Singelnstein/Kunz 2021: 49 Rn. 9).

Die Interviews wurden mit einer Diskussion des Verständnisses des Begriffs Sicherheit, einschliesslich möglicher Implikationen, Überschneidungen oder Folgen für Fragen der sozialen Sicherheit begonnen. Darauf folgend wurden die Interviewpartner\*innen nach einer möglichen Verortung bestimmter Sicherheitsempfindungen im (öffentlichen) Raum gefragt. In Bezugnahme auf den zweiten Forschungsschwerpunkt des ÖPNV wurde dabei in einer Unterfrage auf die Sicherheitsempfindungen im Zusammenhang mit der Nutzung von Bus und Bahn eingegangen.

Ein zweiter Schwerpunkt des Interviews lag in den Auswirkungen der erlebten Sicherheitserfahrungen auf die psychische und physische Gesundheit, die Ausübung der persönlichen Freiheit in Bewegung und Meinung sowie den konkreten Umgang mit diesen Erfahrungen oder langfristigen Strategien.

Um die Interviewpartner\*innen auch in ihrer Handlungsmacht wahrzunehmen, wurden sie im letzten Teil des Gesprächs nach persönlichen Perspektiven für eine Zukunft, von welcher sie sich mehr Sicherheit versprechen, gefragt. Dabei wurde besonders darauf eingegangen wie diese Sicherheit idealerweise zustande kommen soll und welche Rolle staatliche Akteur\*innen oder die Zivilgesellschaft spielen sollen.

Da den Forschenden bewusst ist, dass in der aktuellen Rassismusforschung und Antirassismusbearbeitung die Perspektiven von betroffenen Personen häufig nachgefragt werden und jene damit teilweise stark belastet sind, wurden die Interviewpartner\*innen aus dem studentischen Umfeld des Projektteams gewählt. Dabei wurden besonders deren Marginalisierungserfahrungen und Perspektive auf Sicherheitsmechanismen der BRD berücksichtigt.

## **8.1 Erkenntnisse der Interviews**

Die beiden durchgeführten Interviews wurden jeweils mit der Frage begonnen, was Sicherheit für die befragte Person bedeutet. Die Ergebnisse werden im Folgenden ausgewertet und mit Hilfe der Theoretisierung der negativen/positiven Sicherheit von Melanie Brazzells (vgl. Kapitel 5.1.2) eingeordnet. Während sich beide noch nicht mit einer Normierung des Sicherheitsbegriffs auseinandergesetzt haben, waren sie durchaus in der Lage, ihre Perspektive auf eine "Konzept Sicherheit" abstrahiert wiederzugeben. Dabei legten beide eine negative Definition dar, welche als Sorglosigkeit beschrieben wurde, also dem Gefühl, keiner andauernden Bedrohungslage ausgesetzt zu sein. Brazzell beschreibt die negative Freiheit sehr ähnlich, mit dem "Fehlen einer Zumutung" (Brazzell 2021: 336). Eine der wichtigsten identifizierten Qualitäten der Sicherheit ist für die zweite befragte Person die "freie Entfaltung", die durch Sicherheit ermöglicht wird. Eine weitere Aussage aus dem ersten Interview war: "Unbeschwert Dinge erledigen zu können, ohne das Gefühl zu haben, permanent einer Gefahr ausgesetzt zu sein." So bedeutet Sicherheit für die Person beispielsweise, durch die Heimatstadt laufen zu können, "ohne von Nazis angegriffen zu werden". Auch hier lässt sich eine binäre Perspektive auf Sicherheit feststellen, welche

zwischen gewaltvollem Außenraum und sicherem Innenraum unterscheidet und somit eher einem negativen Sicherheitsbegriff zuzuordnen ist. Allerdings sagt auch Brazzell bereits, "[d]ie Binärform bleibt als Heuristik nützlich" (Brazzell 2021: 345) um gewaltvolle Beziehungen/Ereignisse zu verstehen, was auf eine wenig facettenreiche Auseinandersetzung mit Nazis zutrifft. Zudem wurden von beiden interviewten Personen zwischen unterschiedliche Arten der Sicherheit, wie der physischen oder die psychischen Sicherheit unterschieden.

Den Begriff der Unsicherheit für sich selbst zu definieren, schien beiden Personen leichter zu fallen. So können für beide Orte, Personen oder bestimmte politische Lagen ein Unsicherheitsgefühl hervorrufen. Konkret wurde beispielsweise im ersten Interview politischer Aktivismus im Bereich Antifaschismus und Pro-Covid-Impfung genannt, sowie Diskriminierung aufgrund der eigenen Sexualität. Zugleich kann aber politischer Aktivismus eine Maßnahme gegen Unsicherheiten sein. So wurde im zweiten Interview insbesondere die Rauman eignung von Räumen der Unsicherheit, durch politische Aktionen genannt.

Da anerkannt wird, dass eine Lösung zu gewalttätigen Konflikten nicht in der räumlichen und rechtlichen Grenzziehung liegt, sondern diesen beispielsweise mit einer emanzipatorischen Rauman eignung oder der Thematisierung im gesellschaftlichen Diskurs begegnet werden kann, wird hier Ideen einer positiven Sicherheitsproduktion gefolgt. Ähnliche, aber vorerst kurzfristig und situativ wirkende Strategien setzt eine der interviewten Personen bereits in Situationen der unmittelbaren Bedrohung ein: Andere Personen, besonders solche die aus politischen Zusammenhängen bekannt sind, werden aufgesucht um eine Eskalation zu vermeiden und Schutz von diesen erwarten zu können. Hier ist ein Communitybegriff erkennbar, welche aufgrund einer gemeinsamen Gefahreneinschätzung diesen auch gemeinsam begegnet wird.

Wenig Schutz versprechen sich beide Interviewpartner\*innen hingegen von staatlichen Sicherheitsbehörden: Zum einen wurden in der Vergangenheit zahlreiche Erfahrungen gemacht, bei welchen die Polizei in Gefahrensituationen nicht geholfen hat. Zum anderen wird sie eher als Akteur, welcher Unsicherheit, Konflikte und Gefahren erzeugt beschrieben. Besonders im Kontext des politischen Engagements wird die Polizei als unverhältnismäßige Einschränkung der politischen Meinungsäußerung gesehen und als aktive Bedrohung wahrgenommen. Dieser Perspektive entspricht die abolitionistische Position, welche in einer staatlichen Sicherheitsgarantie weniger Lösung als Paternalismus und Gewalt sieht.

Aus den Interviews wird allerdings auch eine gefühlte Alternativlosigkeit deutlich. Es werden zwar grundlegende Probleme des strafenden Staates, wie eine mangelhafte Resozialisierung, die Ausrichtung des Täterstrafrechts oder die nicht ausreichenden Kontroll- und Aufsichtsinstrumente erkannt, allerdings großteils institutionelle Reformen als Lösungsansätze benannt. Konzepte der kollektiven Verantwortungsübernahme erscheinen den Interviewpartner\*innen nicht als eigenständige Wege zur Schaffung von mehr Sicherheit geeignet. Viel mehr wird sich eine Mischung aus zivilgesellschaftlicher Partizipation und staatlichen Akteur\*innen in diesem Bereich gewünscht. Letztere müssten auf unerwünschtes Verhalten verstärkt "sozial" reagieren und Ursachen bekämpfen. Diese Ansicht findet sich auch rudimentär in den Forderungen der Transformative Justice Bewegung wieder, welche unerwünschtes Verhalten in ihren gesellschaftlichen Umständen versucht zu verstehen und entgegenzuwirken. Im zweiten Teil der Interviews wurde sich mit dem themenbereich der (Un-)Sicherheit im

ÖPNV beschäftigt. Hierbei wurden insbesondere Fragen zu den Innenräumen in Bus und Bahn, sowie zu den Haltestellen gestellt.

So ging aus beiden Interviews hervor, dass halböffentliche Orte, wie ÖPNV Haltestellen zunächst keine besonderen Orte der Unsicherheiten darstellen. Allerdings können auch hier beispielsweise in Abhängigkeit der Tageszeiten und der Beleuchtung der Haltestellen Unsicherheiten auftreten.

In beiden Interviews war es wichtig zwischen Innen- und Außenraum des ÖPNVs zu unterscheiden. Die besonderen Umstände des ÖPNV Innenraumes, in welchem sich fremde Menschen mit geringem Abstand begegnen, stellen besondere Grundbedingungen dar, welche das Sicherheitsgefühl beeinflussen können. Auf den Untersuchungsraum Bus wird in Kapitel 6.1.1. genauer eingegangen. Ein essenzieller Faktor, welcher aus den Interviews hervorgeht, ist, dass im Innenraum meist mehr Menschen sind, die bei Unsicherheiten gegebenenfalls einschreiten könnten, wodurch das Sicherheitsgefühl der interviewten Personen steigt. Auch die Hemmschwelle eine Tat zu begehen wird für die Täter\*innen, durch die Anwesenheit der Mitmenschen, als größer wahrgenommen. Andererseits gibt es im Gegensatz zu ÖPNV-Haltestellen weniger Möglichkeiten sich räumlich aus unsicheren Situationen zu entziehen. So wurde in dem ersten Interview geschildert, dass Innenräume des ÖPNVs insbesondere dann unsicher sind, wenn sich politisch rechtsgesinnte Menschen in ihnen aufhalten. Dies gilt besonders dann, wenn sich selbst (links) politisch gekleidet wird. Aus dem zweiten Interview ging hervor, dass insbesondere Mikroaggressionen wie beispielsweise das Wegsetzen einer Person, Fragen wie: Woher kommst du, oder das Ansprechen auf Englisch in ÖPNV-Innenräumen vermehrt auftreten. Dies sei in Thüringen im stärkeren Ausmaß wahrnehmbar als in einer Großstadt in Baden-Württemberg. So wird die Umgebung stärker beobachtet und darauf geachtet was für Symbole die Mitfahrenden auf ihrer Kleidung tragen.

In den ÖPNV-Innenräumen kann das Sicherheitsgefühl zudem durch Kameras oder Sicherheitspersonal beeinflusst werden. So geht aus beiden Interviews hervor, dass die befragten Personen eher ein Gefühl von Sicherheit haben, wenn Kontrollpersonal da ist, auch wenn unklar ist, ob dieses wirklich einschreiten würde. Hier wird also Außerstaatlichensicherheitsakteur\*innen Vertrauen geschenkt, auch wenn den interviewten Personen private Sicherheitsakteur\*innen insbesondere durch racial profiling sonst häufig nicht vertrauenswürdig erscheinen. Die Sicht auf vorhandene Kameras unterschied sich in beiden Interviews etwas. Im zweiten Interview wurde festgehalten, dass Kameras keine wesentlichen Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl haben, während dem ersten Interview entnommen wurde, dass die Anwesenheit von Kameras das Sicherheitsgefühl erhöhen können. So ging aus beiden Gesprächen hervor, dass sich nicht wirklich auf Kameraaufzeichnungen verlassen werden kann, da diese zum Teil nicht funktionieren und potentielle Täter\*innen nicht von ihren Taten abhalten, da die Taten meist reaktionär sind. Trotzdem bestehe durch eine Kameraüberwachung eine bessere Chance Taten im Nachhinein erfolgreicher aufzuklären zu können, auch wenn viele Straftaten nicht als solche beurteilt würden und der Versuch einer Aufklärung gar nicht erst stattfinden würde.

## 8.2 Ergebnisse der Interviews

Die Auswertung der Interviews ergab, dass Sicherheit als ein sehr subjektives Konstrukt zu verstehen ist, welches sich durch diverse Aspekte in Abhängigkeit der jeweiligen Lebenslage konstituiert. So wurden in den beiden Interviews verschiedene Auslöser von (Un-)Sicherheiten beleuchtet und Maßnahmen zur Vermeidung von Unsicherheiten im Alltag aufgezeigt. Trotz dessen ist festzuhalten, dass beide Interviewpartner\*innen dem Sicherheitsversprechen des bürgerlichen Staates sehr skeptisch gegenüberstehen. Sie haben dies sowohl in ihrem Leben erfahren als auch entsprechende politische Perspektiven geäußert. In diesen fanden sich auch Ansätze eines positiven Sicherheitsbegriffs wieder, auch wenn besonders im Bereich einer grundsätzlichen Vorstellung einer Zukunft mit weniger/ohne staatliche Sicherheitsbehörden noch Unterschiede festzustellen waren. An dieser Stelle sei den beiden Interviewpartner\*innen noch einmal für ihre Bereitschaft gedankt, solch private Einblicke in das jeweilige Sicherheitsempfinden geteilt zu haben.

## 9 Einleitung in die Umfrage

Damit neben der Literaturrecherche und den explorativen Interviews auf ein vielseitiges methodologisches Vorgehen zurückgegriffen werden kann, das ein breites Spektrum erhobener Daten für die anschließenden Schlussfolgerungen bietet, hat die Forschungsgruppe eine quantitative Online-Befragung durchgeführt. Von der ursprünglichen Überlegung, die Befragungen im realen Raum an Weimarer Bushaltestellen durchzuführen, ist aufgrund steigender Infektionszahlen im Zuge der gegenwärtig grassierenden Corona-Pandemie Abstand genommen worden. Um Kontakte zu vermeiden, ist die Umfrage daher als zeitlich und räumlich unabhängige Online-Umfrage in den virtuellen Raum ausgewichen. Dadurch ist die Erhebung einer (potenziellen) Antwortvarianz zu verschiedenen Tageszeiten allerdings nicht mehr möglich (Blasius, Brandt 2009: 158). Die Verbreitung des Umfragelinks findet über verschiedene Weimarer Parteiortgruppen, sowie digitale Nachbarschaftsnetzwerke und lokalen Facebook-Gruppen statt, um möglichst viele verschiedene Bevölkerungsgruppen zu erreichen.

Wenngleich die Online-Umfrage durch die Quantifizierung der Datengrundlage keine Repräsentativität sicherstellen kann, weil die Wahrnehmung von (Un-)Sicherheitsempfinden subjektiv erfahren wird (Rothfuß, Dörfler 2013: 23), erhoffen sich die Forscher\*innen von der Online-Befragung Tendenzen, sowie neue Erkenntnisse zur (Un-)Sicherheitswahrnehmung im Sozialraum Weimarer Bus von Menschen, die sich der Dominanzgesellschaft zugehörig fühlen, als auch von Menschen, die sich von Diskriminierung betroffenen Gruppen zugehörig fühlen (Wagner, Herining 2014: 163). Die Online-Umfrage hat 139 vollständige Rückläufe, von denen sich dreiviertel der Teilnehmenden der Dominanzgesellschaft und einviertel der Teilnehmenden von Diskriminierung betroffenen Gruppen zuordnen.

Aus datenschutzrechtlichen Gründen wurden keine persönlichen Daten erhoben, die veröffentlicht werden. Da die Erhebung ausschließlich online vonstatten geht, wurden alle Daten anonym und intern sensibel behandelt (ebd.: 670).

## Kriminalitätsfurcht in Weimarer Bussen

Anhand der sozialpsychologischen Einstellungstheorie, die davon ausgeht, dass persönliche Einstellungen das menschliche Verhalten beeinflussen, lässt sich nach dem Soziologen Karl-Heinz Reuband die personenbezogene Raumanalyse - das subjektive (Un-)Sicherheitsempfinden - der Buspassagiere in drei Ebenen operationalisieren (Reuband 2008: 234).

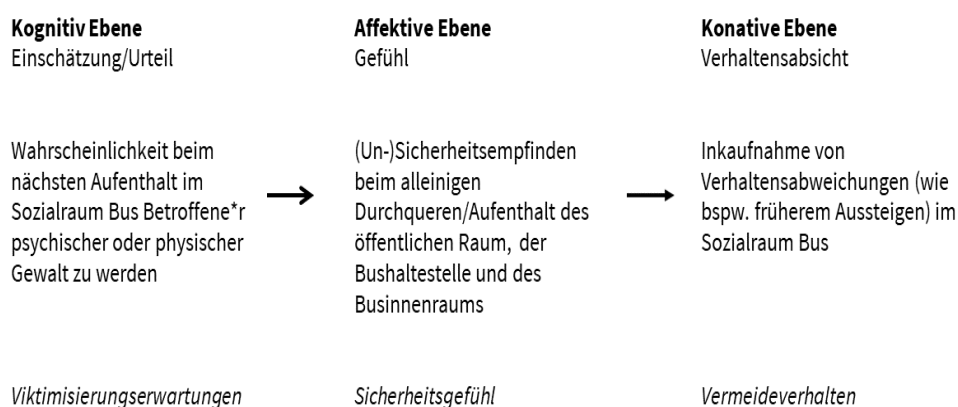


Abb. 2: Kausalkette der Personalen Kriminalitätseinstellung (eigene Darstellung Crome nach Mühler 2017: 6)

Die kognitive Ebene, die die Wahrscheinlichkeit Betroffene\*r von psychischer/und oder physischer Gewalt im Businnenraum zu werden, einschätzt, wurde mithilfe der Frage „Für wie (un-)wahrscheinlich halten Sie es, dass es Ihnen gegenüber aufgrund äußerlicher Merkmale zu einer unsicherheitsstiftenden Handlung Dritter kommt?“ abgefragt (Reuband 2008: 234).

Auf der affektiven Ebene wurde das situations- bzw. sozialräumabhängige (Un-)Sicherheitsempfinden der Proband\*innen beim alleinigen Durchqueren der Sozialräume, die für eine Busfahrt betreten werden müssen, abgefragt. Die Proband\*innen schätzen durch die Frage „Bewerten Sie Ihr (Un-)Sicherheitsempfinden auf dem Weg zu Haltstelle/an der Bushaltestelle/im Businnenraum“ auf Grundlage ihrer Viktimisierungserwartungen und persönlichen Vulnerabilität ein, wie (un-)sicher sie sich gewöhnlicherweise in einem Sozialraum fühlen (Hahne et al. 2020: 12).

Auf der letzten, der konativen Ebene, wird das aus den vorherigen Ebenen resultierende Verhalten mit der Fragestellung „Wie wahrscheinlich ist es, dass Sie bei eintretenden

Unsicherheitsgefühlen Vermeidungsstrategien (z.B. früheres aussteigen als geplant) verfolgen, um konfrontativen Diskriminierungen zu entgehen?“ abgefragt. Innerhalb einer Fünftelsekunde schätzt die Amygdala im menschlichen Gehirn die Situation ein, um daraufhin „flucht- oder kampfbereit“ (Lauter 2021: 22) zu sein, was einer durch Dritte ausgelöste Verhaltensänderung - zu sogenannten Opportunitätskosten - führt (Lüdemann 2006: 186).

Für ein Drittel der Menschen, die nach dem Modell der GMF (siehe Kapitel 6.1.2) in einer (potenziell) von Diskriminierung betroffenen Sozietäten, ist es auf der kognitiven Ebene „eher unwahrscheinlich“ bis „sehr unwahrscheinlich“ im Sozialraum Bus Opfer psychischer und/oder physischer Gewalt zu werden. Nichtsdestotrotz hält es wiederum ein Drittel für „eher wahrscheinlich“ bis „sehr wahrscheinlich“, dass es aufgrund äußerlicher Merkmale durch andere Passagier\*innen zu einer unsicherheitsstiftenden Handlung kommt.

### Weg zum Bus

Auf der affektiven Ebene fühlen sich 6% der befragten Menschen aus einer Betroffenenengruppe auf dem Weg zum Bus, im öffentlichen Raum, „sehr unsicher“, was in der nicht von Diskriminierung betroffenen Gruppe kein Proband angegeben hat. Allerdings fühlt sich mit 80% der Großteil der befragten Menschen aus einer Betroffenenengruppe „eher sicher“ bis „sehr sicher“, bei den nicht von Diskriminierung betroffenen Menschen liegt der Wert gar bei 96%.

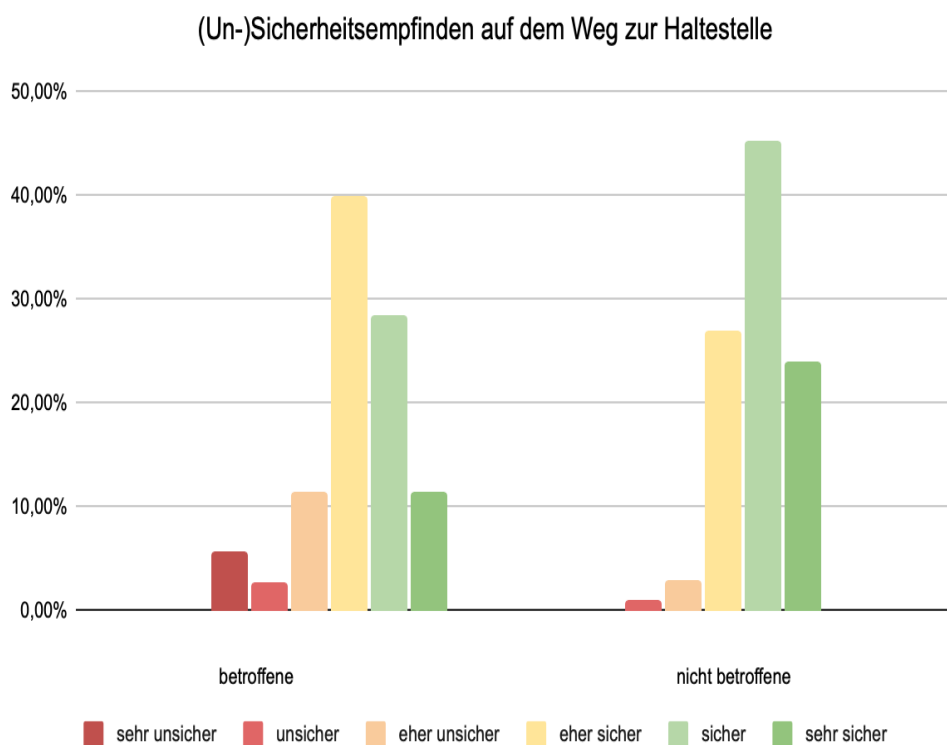


Abb. 3: (Un-)Sicherheitsempfinden auf dem Weg zur Haltestelle (Eigene Darstellung Foht 2022)

### Bushaltestelle

Zwar fühlen sich an der Bushaltestelle weniger Menschen aus einer Betroffenenengruppe „sehr unsicher“, jedoch ist der Anteil jener, die sich an dem monofunktional genutzten Nicht-

Ort (siehe Kapitel 6.6.2) der Bushaltestelle „eher sicher“ bis „sehr sicher“ fühlen. Der Anteil der Menschen, die nicht von Diskriminierung betroffen sind und sich „eher sicher“ bis „sehr sicher“ fühlen, ist an der Bushaltestelle mit etwa 90% geringer als auf dem Weg zum Bus.

Somit lässt sich anhand der erhobenen Daten konstatieren, dass die Bushaltestelle ein Ort ist, an dem sich beide Gruppen unsicherer fühlen als im öffentlichen Raum.

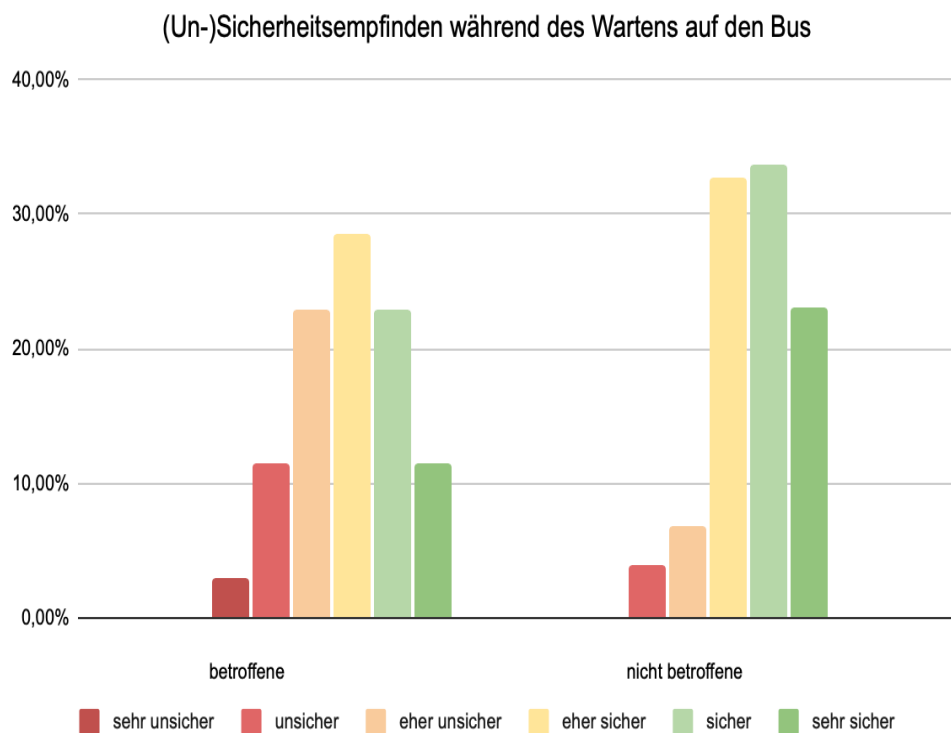


Abb. 4: (Un-)Sicherheitsempfinden während des Wartens auf den Bus (eigene Darstellung Foht 2022)

### Businnenraum

Auffällig ist, dass der Anteil der Menschen aus einer Betroffenenengruppe vor allem im Bereich „eher unsicher“ höher ist als bei den nicht von Diskriminierung betroffenen Teilnehmer\*innen, allerdings scheinen die sicherheitsstiftenden Maßnahmen „von oben“ - entgegen den Erwartungen - dafür Sorge zu tragen, dass sich die Mehrheit „eher sicher“ bis „sehr sicher“ fühlt. Und dennoch fühlt sich über ein Viertel der Menschen aus einer Betroffenenengruppe „eher unsicher“ bis „sehr unsicher“.

Dass sich Menschen aus von Diskriminierung betroffenen Gruppen im Businnenraum unsicher fühlen resultiert unter Anderem aus eigens erlebten Viktimisierungserfahrungen oder Narrationen von Menschen aus der ihrer Community, die Diskriminierung im Untersuchungstraum Bus erfahren haben (Hahne et al. 2020: 30). Viktimisierte Menschen berichten beispielsweise: „Ich trage im Öffentlichen ein Kopftuch und hatte mehrere Diskriminierungsfälle im Bus erlebt. [...]“ (36), ein anderer betroffener Mensch manifestiert



eine Regelmäßigkeit: „Rassistische Pöbeleien gibt es zuverlässig jeden Freitag/Samstagabend in den Bussen“ (33)

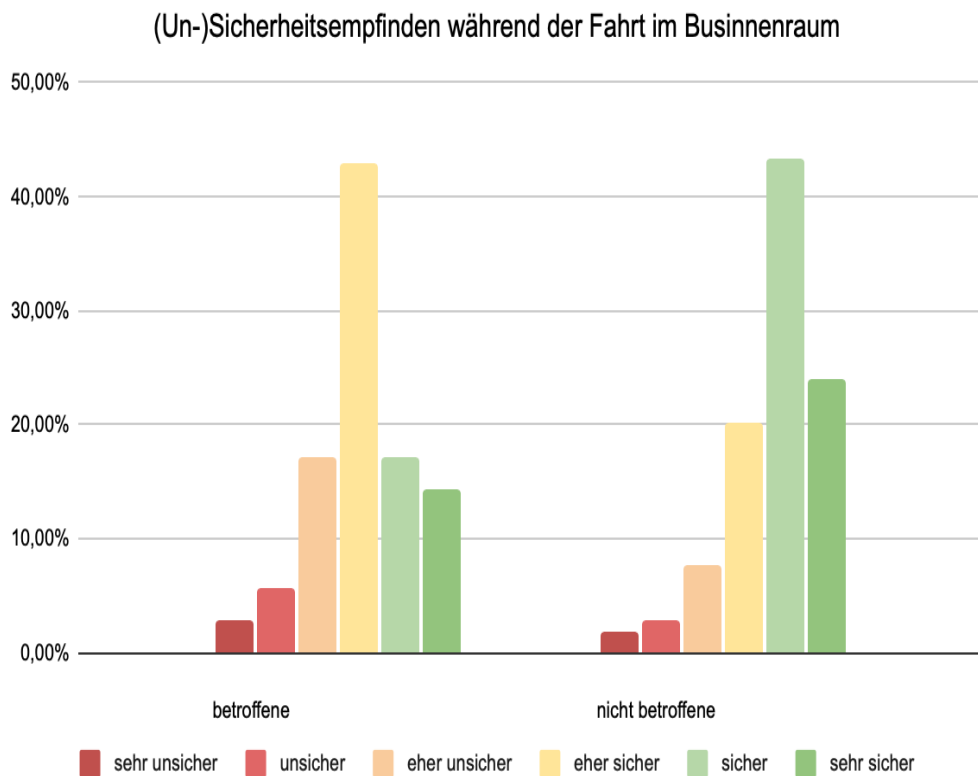


Abb. 5: (Un-)Sicherheitsempfinden während der Fahrt im Businnenraum (eigene Darstellung Foht 2022)

## Vermeideverhalten

In der Auswertung der konativen Ebene wird deutlich, dass sich Menschen aus einer Betroffenenengruppe durch eintretende Unsicherheitsgefühle Vermeidungsstrategien verfolgen, um konfrontativen Diskriminierungen zu entgehen.

Ein Zeuge beschreibt beispielsweise, dass eine „[...] Gruppe junger Männer [einen] [...] dunkelhäutigen Mitbürger [zwingen,] Platz für sie zu machen. Das Opfer stieg daraufhin an der nächsten Haltestelle aus.“ (57) Das diskriminierende Verhalten der Gruppe hat voraussichtlich zu Unsicherheit und daraus resultierend zu Reaktanz geführt. Das „Gefühl der Einschränkung persönlicher Freiheit“ (Lüdemann 2006: 186) führt individuell zu „negative[n] Folgen auf die Lebensqualität“ (Heitmeyer et al. 2012: 135) betroffener Menschen. Da die Wahrnehmung von (Un-)Sicherheit subjektiv ist, reagieren andere Betroffene offensiv auf Diskriminierungen im Bus, was eine Probandin wie folgt mit gesammelten Viktimisierungserfahrungen begründet: „[...] ich hasse Bus fahren, wobei es mittlerweile besser geworden ist, da ich jetzt für mich bei sowas einstehe und es nicht mehr erlaube.“ (36)

(Un-)sicherheitsstiftende Maßnahmen im vorliegenden Untersuchungsraum lassen sich in drei Kategorien einteilen. Erstens können für Fahrgäste andere Fahrgäste (Un-)sicherheit

stiften. Zweitens ist, seit der Weiterentwicklung von Überwachungstechnologien in den letzten Jahrzehnten, die Videoüberwachung im Sozialraum Bus in Deutschland ein relevanter Faktor als (Un-)sicherheitsstiftende Maßnahme. Dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass das "Rezept neoliberaler Sicherheitspolitik" des deutschen Staats nach Biebricher vor allem "Privatisierung von Sicherheit, die einerseits dem Markt und privaten Unternehmen und andererseits der Wachsamkeit von neoliberalen Subjekten überantwortet wird" bedeutet (Biebricher 2018: 23). Drittens kann durch die Busfahrer\*innen (Un-)sicherheit vermittelt werden. Die durch die Busfahrer\*innen vermittelte (Un-)sicherheit kann vielerlei Dimensionen haben, was sich auch durch die von uns zuletzt gestellte, offene Frage, innerhalb der Erhebung entnehmen lässt. So lautet eine Anmerkung:

*"Schade, dass es kein offenes Feld für Anmerkungen gibt. Interessant dass sich die (Un)Sicherheit lediglich auf die soziale Interaktion mit anderen Mitfahrern bezieht. Meine erste Assoziation war der Fahrstil des Busfahrers und die manchmal echt fehlende Rücksichtnahme, wenn insbesondere benachteiligte Menschen noch einen Platz suchen, aber der Bus schon lossaust. [...]. "*

(Antwort einer befragten Person auf die Frage nach Viktimisierungserfahrungen).

Hier wird erkennbar, dass Umfragen, insbesondere auch durch den Online-Charakter, dazu einladen als Forschende Daten zu generieren, die wenig oder keinen Bezug zum Erkenntnisinteresse offenbaren. Dennoch hat sich durch andere, für das Erkenntnisinteresse qualifizierende Antworten, die Einteilung in die drei unten genannten Kategorien von (un-)sicherheitsstiftenden Maßnahmen innerhalb der durchgeführten Umfrage als hilfreich erwiesen.

### **Soziale Kontrolle der anderen mitfahrenden Menschen als (un-)sicherheitsstiftende Maßnahme,**

### **Videoüberwachung als (un-)sicherheitsstiftende Maßnahme,**

### **Soziale Kontrolle durch die Busfahrer\*in als (un-)sicherheitsstiftende Maßnahme.**

1. Circa ein Drittel, 31 Prozent der Befragten aus der Betroffenenengruppe, geben an, dass sie sich durch die von den anderen Fahrgästen ausgelöste sozialen Kontrolle "eher unsicher fühlen". 17% dieser Gruppe geben an, dass sie sich bezüglich dieser sozialen Kontrolle "unsicher" fühlen und 11% geben an, dass sie sich "sehr unsicher" fühlen. Im Gegensatz dazu gab keine Person der Nicht-Betroffenen Gruppe an, dass sie sich durch die soziale Kontrolle anderer Fahrgäste "sehr unsicher" fühlt. Fast drei Viertel der Nicht-Betroffenen Gruppe, 74%, gaben an, dass sie sich entweder "eher sicher", "sicher" oder "sehr sicher" durch die benannte Kontrolle fühlen. Diese Ergebnisse sind vor dem Hintergrund der Thüringer Zustände (2020) und der in der hiesigen Rassismusforschung geltendem Axiom, dass Rassismus und andere Diskriminierungsarten meist strukturell verankert sind, nicht verwunderlich.

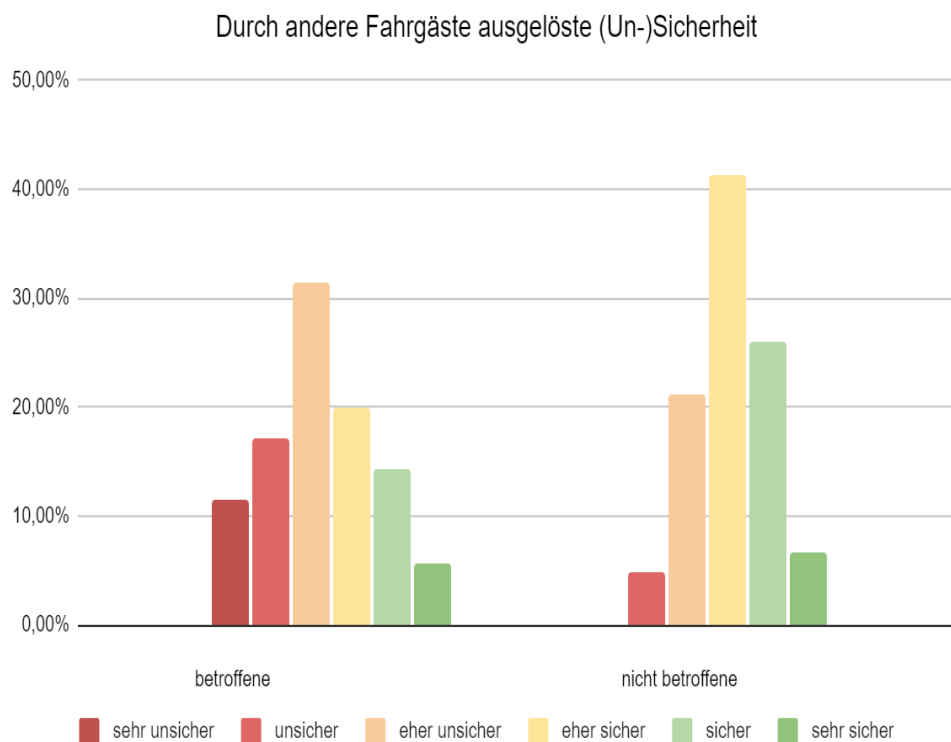


Abb. 6: Durch andere Fahrgäste ausgelöste (Un-)sicherheit (eigene Darstellung Foht 2022)

Die Ergebnisse lassen, ohne Repräsentativität zu beanspruchen (siehe Kapitel 6.2.3), darauf schließen, dass die Mehrheitsgesellschaft keinesfalls als Instanz zur direkten Solidarität mit Betroffenen erhalten vermag, als viel eher Teil des Problems ist. Dies vor allem im Bundesland Thüringen. Das ist nicht zuletzt durch das Wegschauen, also durch sekundäre Viktimisierung, durch viele Nicht-Betroffene Menschen zu begründen. Denn wie im Workshop "How to be an Ally" (2021) im Zuge des Seminararbeit im Laufe des Semesters klar dargestellt wurde: Es gibt keine solidarischen Blicke! In diesem Sinne wird in Thüringer Zustände geschrieben:

*"Doch es braucht auch eine solidarische Zivilgesellschaft, die Druck auf die Verantwortlichen macht, die Perspektiven der Betroffenen ernst nimmt, sichtbar macht und an ihrer Seite steht. Solidarität kann jede:r auf unterschiedliche Art und Weise leisten: Das kann die Teilnahme an einer Kundgebung oder Demonstration sein, die Nachfrage bei Betroffenen, wie man sie unterstützen kann, eine solidarische Prozessbeobachtung oder eine Spende an eine Betroffenenelbstorganisation oder an den Opferhilfsfonds der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland"*

(Zobel 2020: 49).

2. Videoüberwachung als (un-)sicherheitsstiftende Maßnahme wird von den in der Umfrage fragten Menschen, irrelevant ob aus der Betroffenen Gruppe oder der Nicht-Betroffenen Gruppe generell vermehrt als "eher unsicher", "unsicher" oder "sehr unsicher" eingeordnet. So haben 69% aus der Betroffenen-Gruppe eine dieser Antworten angegeben und 81% aus der Nicht-Betroffenen Gruppe. Aus dieser Verteilung lässt sich eine mehrheitliche Kritik der Weimarer Busnutzer\*innen gegenüber Videoüberwachung als Mittel der Sicherheitspolitik herauslesen.

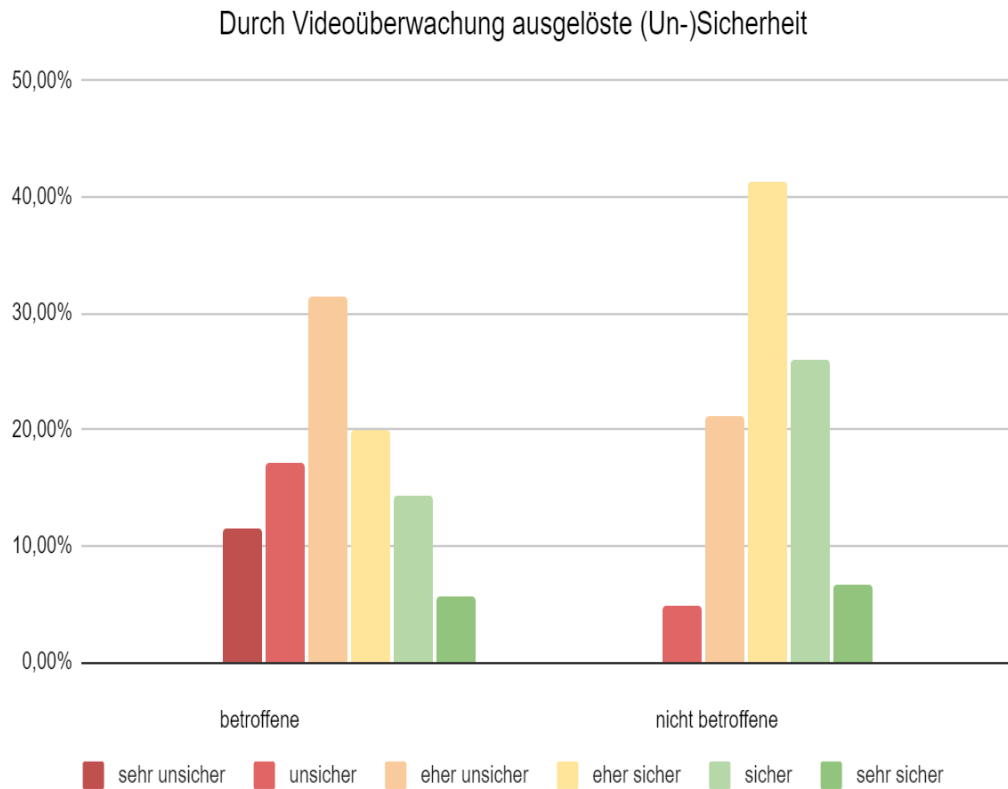


Abb. 7: Durch Videoüberwachung ausgelöste (Un-)sicherheit (eigene Darstellung Foht 2022)

3. Die Busfahrer\*in, als (un-)sicherheitsstiftende Maßnahme, stufen aus der Nicht-Betroffenen Gruppe nur 10% als "sehr unsicher", "unsicher" oder "eher unsicher" ein. 37% der Personen aus der Betroffenen-Gruppe dagegen gaben bei dieser Frage "sehr unsicher", "unsicher" oder "eher unsicher" an. Mehrere Personen der Betroffenen-Gruppe gaben bei der offenen Frage nach Viktimisierungserfahrungen an, dass durch die Busfahrer\*in selbst auch die hier abgefragte Gewalt ausgeübt wird. So gab eine Person an: "Vom Busfahrer selbst, da ich Rollstuhlfahrer bin". Durch die genannten Daten lässt sich sagen, dass Busfahrer\*innen in Weimar nicht immer einen Beitrag zu solidarischem Verhalten gegenüber betroffenen Personen leisten, oder selbst zu Täter\*innen werden. Gleichzeitig geben 63% der betroffenen Personen an, sich durch die Busfahrer\*in "eher sicher", "sicher" oder "sehr sicher" zu fühlen.

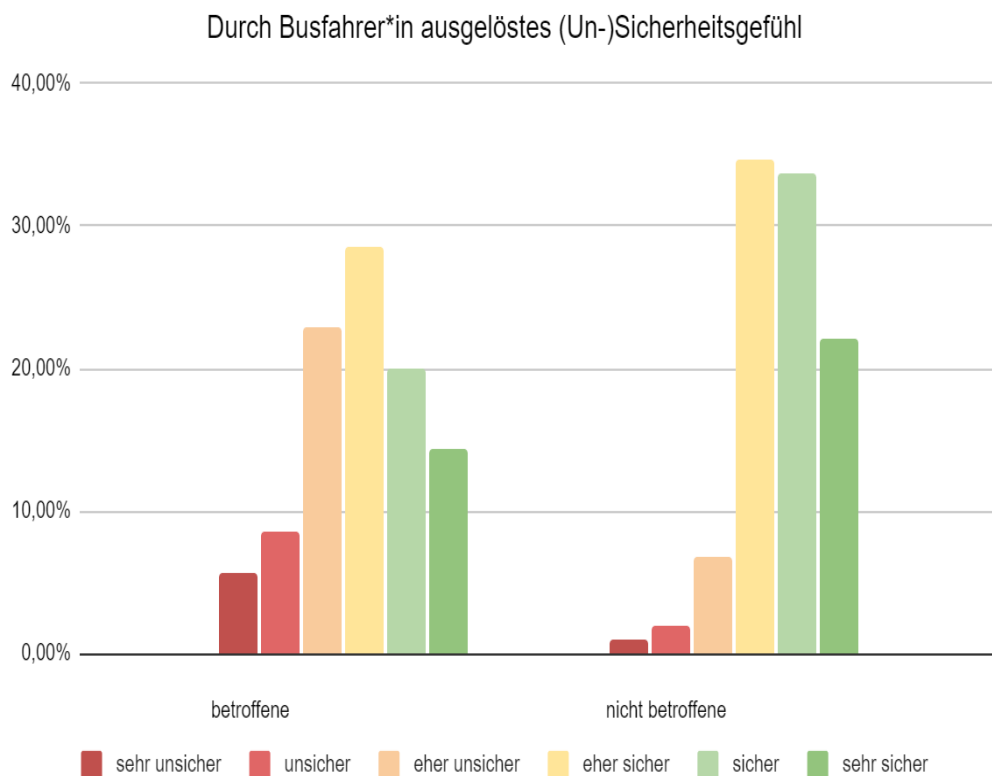


Abb. 8: Durch Busfahrer\*in ausgelöstes (Un-)sicherheitsgefühl (eigene Darstellung Foht 2022)

Insgesamt lässt sich ableiten, dass sich Menschen, die angeben von Diskriminierung betroffen zu sein, im Sozialraum Bus in Weimar durch die drei abgefragten Kategorien unsicherer fühlen als Menschen, die angeben nicht betroffen zu sein und doch bleibt das Problem der Repräsentativität der Daten erhalten. Die Befragten wurden am Schluss gefragt ab welchem Grad der Belästigung sie selbst zivilcouragiertes Verhalten im Bus zeigen würden. Zehn Prozent aller nicht betroffenen gaben an, in keiner Situation einzugreifen. Vierzehn Prozent der Menschen, die sich selbst im Modell der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit einordneten, gaben an gar nicht einzuschreiten. Der Unterschied ist hier zwar nicht gravierend, aber es kann davon ausgegangen werden, dass mehr der von Diskriminierung Betroffenen Menschen überhaupt nicht eingreifen würden, da sie selbst damit rechnen müssen Opfer der Auseinandersetzung zu werden. Ebenso kann das Eingreifen in Konflikte eine retraumatisierende Wirkung für Menschen mit Viktimisierungserfahrungen haben. (Hahne 2020: 30)

Generell lässt sich ablesen, dass die Menschen, die sich nicht als von Diskriminierung betroffen sehen, erst bei sehr aggressivem und gewalttätigem Verhalten eingreifen.

Während bereits 17 % der Betroffenen eingreifen würden, wenn sie prägnanten und aufdringlichen Augenkontakt beobachten würden, gaben nur knapp vier Prozent der nicht marginalisierten Menschen anzu intervenieren. Die meisten befragten beider Gruppen gaben an bei verbalen Auseinandersetzungen zivilcouragiert zu handeln. So gab beispielsweise eine Person, die sich als von Diskriminierung betroffen sieht an: "Ein Kind wurde von Mobbern beworfen. Habe den Werfenden geschnappt und bin mit ihm

ausgestiegen. War nicht sein Glückstag. Dass ihn mal jemand zur Rede stellt, damit hat er nicht gerechnet und im Bus bei seinen Freunden wsr er stark. Allein dann eher nicht mehr.“ Das könnte durch die Unübersehbarkeit der Situation erklärt werden. Während aufdringlicher Blickkontakt von Fahrgäst\*innen eventuell weniger wahrgenommen wird, können verbale Beleidigungen kaum unbeobachtet bleiben.

29 % der nicht betroffenen würden erst eingreifen, wenn sie eine aggressive Suche nach physischer Nähe gegenüber einer anderen Person beobachten würden. Betroffene gaben zu elf Prozent an eine Schwelle erreicht zu haben, bei der sie eingreifen würden. Aus den freien Antworten der Umfrage lässt sich deuten, dass sehr vielen Busfahrer\*innen diskriminierendes Verhalten auffällt. So schrieb beispielsweise ein nicht von Diskriminierung betroffene Person Zeuge folgender Situation gewesen zu sein: " Eine Gruppe junger Männer zwangen einen dunkelhäutigen Mitbürger Platz für sie zu machen. Das Opfer stieg daraufhin an der nächsten Haltestelle aus.". Die Person hatte diese Situation scheinbar wahrgenommen und nicht eingegriffen, da für sie die Schwelle bis zum eigenen Handeln noch nicht überschritten wurde. Dies scheine bei dieser Person erst bei der aggressiven Suche physischer Nähe zuzutreffen. Durch Ignorieren solcher Situationen können sich die Opfer schnell im Stich gelassen fühlen und eine mögliche Konsequenz ist, dass sie aufgrund solcher Erfahrungen Busfahrten meiden.

In den vergangenen Tagen kam es in Berlin zu einem rassistischen Angriff auf eine 17-jährige in der U-Bahn und an der Haltestelle. Auch hier schritt keine der anwesenden Personen ein oder bat Hilfe an, obwohl das Opfer um Hilfe gerufen hatte. (Dahmer 2022)

Für dreizehn Prozent der nicht von Diskriminierung betroffenen Menschen und für sechs Prozent der Marginalisierten wäre erst körperliche Gewalt ein Grund in das Geschehen einzugreifen.

Es lässt sich ablesen, dass zwar bei beiden Gruppen die meisten bei verbalen Auseinandersetzungen eingreifen würden, die Schwellen sonst jedoch gegensätzlich zueinander liegen. Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind würden im Schnitt früher reagieren, während Menschen die vermutlich noch nie solche Erfahrungen machen mussten erst später eingreifen.

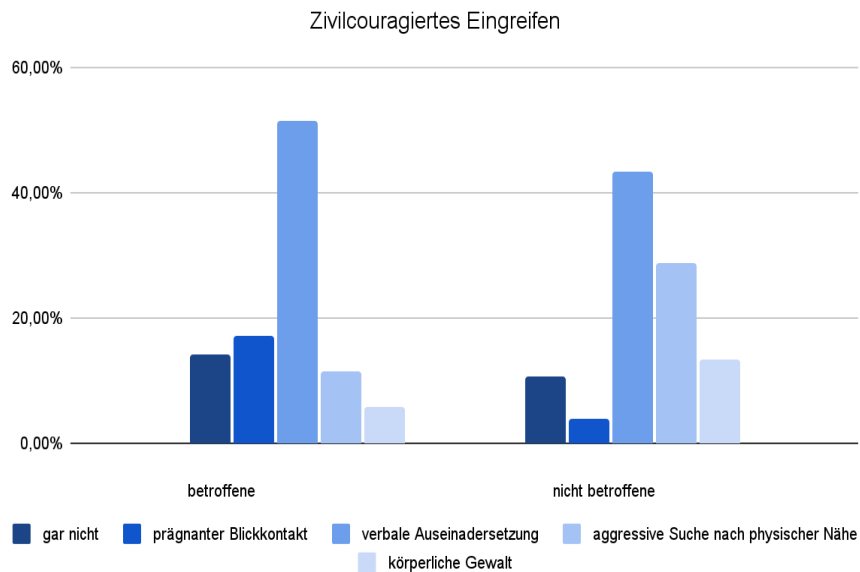


Abb.9: Zivilcouragiertes Eingreifen (Eigene Darstellung Foht 2022)

## 1.9 Fazit, Reflexion und Ausblick

Abschließend werden die Ergebnisse zusammengefasst und in Beziehung mit der Arbeitsweise gesetzt werden. Die eigene Arbeitsweise gilt es kritisch zu hinterfragen, weil sie unmittelbar Einfluss auf die Ergebnisse des Berichts genommen hat. Eingangs ist bereits Bezug auf die eigene Verantwortung in dem Forschungsfeld genommen worden (siehe 1.3). Der Verantwortung, die mit einer weißen Forschungsgruppe, größtenteils ohne Diskriminierungserfahrungen, einhergeht, sind wir nicht gerecht geworden. Zum einen haben wir der Thematik nicht genügend zeitliche Kapazitäten eingeräumt, sodass eine Mehrsprachigkeit der Online-Umfrage nicht gegeben war und eine damit einhergehende Teilnahme-Barriere für nicht-deutsch sozialisierte Menschen bestand. Zum anderen waren wir zu vorsichtig im Vorgehen der Verbreitung der Online-Umfrage. Weil wir ohnehin betroffenen Menschen mit der Teilnahme an der Umfrage nicht weiter strapazieren wollten, ist es zu keiner entsprechenden Weitervermittlung in Betroffenen-Communitys gekommen. Stattdessen erfolgte die Verbreitung vor allem in dominanzgesellschaftlichen Spähern über lokale facebook-Gruppen in denen statt einer thematischen Auseinandersetzung die Anwendung von Gendersternchen in der Online-Umfrage als Problem ins Zentrum der Debatte gestellt worden ist, was einen sexistischen, anti-emanzipatorischen Konsens in Teilen der Gesellschaft belegt.

Daraus resultiert, dass wir ausschließlich auf eine Rücklaufquote von einem Viertel vollständig beantworteter Fragebogen von Menschen aus von Diskriminierung betroffenen Gruppen zurückgreifen konnten. Zwar ist die Dominanzgesellschaft die zahlenmäßige, gesamtgesellschaftliche Mehrheit, allerdings liegt die Fokussierung unserer Arbeit auf der (Un-)Sicherheitswahrnehmung von Menschen aus marginalisierten Gruppen. Dass bei einer digitalen Online-Umfrage neben Sprachlichkeit darüber hinaus weitere Zugangsungleichheiten bestehen, ließ sich aufgrund der zugespitzten Corona-Situation im Erhebungszeitraum nicht durch face-to-face-Befragungen an Bushaltestellen ausgleichen.

Die Corona-Lage hat darüber hinaus mögliche Gefühlslagen, Ängste, Wahrnehmungen oder anderweitige Erkenntnisse eines go along-Interviews verwehrt, die bei dem vom Sozialraum losgelösten Online-Interview nicht ermittelbar waren.

Zudem ist den Forschenden bewusst, dass zwei Interviews und eine Online-Umfrage mit einer Datengrundlage n=138 keine Repräsentativität sicherstellen kann, allerdings ist es mithilfe der angewandten Methodik möglich, eine Tendenz offenzulegen. Da die (Un-)Sicherheitswahrnehmung subjektiv ist, ist es in der Raumforschung wichtig, die lokalen Kontexte durch qualitative Methoden wie den explorativen Interviews zu erfassen. Hierbei ist explizit auch die Positionierung der Forschenden im Kontext des Critical-Whiteness Diskurses wichtig, um Reproduktion von Macht- und Herrschaftsformen möglichst zu vermeiden. Die quantitative Methodik der Online-Umfrage stützt die These dahingehend, dass sich Menschen aus marginalisierten Gruppen in den untersuchten Räumen unsicherer fühlen als Menschen aus der Dominanzgesellschaft. Daraus resultieren unterbewusst ergriffene „Schutzmechanismen“, die sich aus eigenständig eingeschätzter Vulnerabilität und (in-)direkten Viktimisierungserfahrungen ergeben. Aufgrund einer Kontinuität von Diskriminierungen, einem Sicherheitsversprechen das ausschließlich der Dominanzgesellschaft gilt, fehlender zivilcouragierter Solidarisierungen aus der Dominanzgesellschaft heraus, fühlen sich Menschen aus marginalisierten Gruppen teilweise unsicher und meiden infolgedessen subjektiv als unsicher wahrgenommene Orte oder Buslinien.

Die beiden Interviews ließen konkludieren, dass Sicherheit als Konstrukt zu verstehen ist, welches sich durch diverse Aspekte in Abhängigkeit der jeweiligen Lebenslage konstituiert. So wurden in den beiden Interviews verschiedene Auslöser von (Un-)Sicherheiten beleuchtet und von Maßnahmen berichtet, welche zur Vermeidung von Unsicherheiten im Alltag dienen. Trotz dessen ist festzuhalten, dass beide Interviewpartner\*innen dem Sicherheitsversprechen des bürgerlichen Staates sehr skeptisch gegenüberstehen. Sie haben dies sowohl in ihrem Leben erfahren als auch entsprechende politische Perspektiven geäußert. In diesen fanden sich auch Ansätze eines positiven Sicherheitsbegriffs wieder, auch wenn besonders im Bereich einer grundsätzlichen Vorstellung einer Zukunft mit weniger/ohne staatliche Sicherheitsbehörden noch Unterschiede festzustellen waren.

Um ein allgemeingültiges, allumfassendes, inklusives Sicherheitsversprechen zu formulieren, lässt sich auf Grundlage dieser Arbeit konstatieren, dass eine Einbeziehung von Betroffenenperspektiven essenziell ist. Um solche Betroffenenperspektiven einzufangen, ist die in Kapitel 2 behandelte kritische Auseinandersetzung von Theoriesträngen wie der Critical Whiteness im Zuge der Forschung unabdingbar. Maximo Perinelli bietet zu diesen Themen der Reflektion und Positionierung als Forschende Anschlusspunkte (vgl. Kapitel 2).

In zukünftigen Auseinandersetzungen müsste darüber hinaus an die qualitative Herangehensweise dieser Arbeit angeknüpft werden, um Ängste, Wahrnehmungen und Bedürfnisse (potenziell) Betroffener abzufragen und so ein angstfreies Zusammenleben aller Menschen in der Gesellschaft sicherstellen zu können. Wichtig ist hierbei die Differenzierung von Ergebnissen, weil sich Unsicherheit nicht in Gruppenzugehörigkeit clustern lässt, sondern von persönlichen Einschätzungen und Erfahrungen abhängt. Deswegen ist die Einbeziehung vieler Individuen mit verschiedenen (Betroffenen-)Perspektiven wichtig, anstatt weiterhin auf gängige zum Teil unsicherheitsstiftende Sicherheitspolitiken zurückzugreifen.



## Literaturverzeichnis

- Bensler, Alexander 2020. Sozialraum Stadtbuss. Eine Analyse von Einstellungsmustern zum Busfahren im großstädtischen Raum. Bremen: Springer Verlag, S. 22-77.
- Berstein, Elizabeth 2007: The Sexual Politics of the "New Abolitionism", in: differences: a Journal of Feminist Cultural Studies 18(3), S. 128-151.
- Biebricher, Thomas 2018. Neoliberalismus zur Einführung. Hamburg: 3. überarbeitete Auflage. Junius Verlag.
- Blasius, Jörg; Brandt, Maurice 2009. Repräsentativität in Online-Befragungen. In: Weichbold, Martin; Bacher, Johann; Wolf, Christoph (Hg.). Umfrageforschung. Herausforderungen und Grenzen. Wiesbaden: Springer VS, 157-177.
- Bornwasser, Manfred 2012. Kriminalitätsfurcht. Bundeszentrale für politische Bildung.  
<https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/innere-sicherheit/76648/kriminalitaetsfurcht> (27.01.22).
- Bornwasser, Manfred; Köhn, Anne 2012. Subjektives Sicherheitsempfinden. In: Kooperative Sicherheitspolitik in der Stadt. Münster: Institut für Politikwissenschaft Westfälische Wilhelms-Universität Münster (Hg.), H. 9. URL: <<https://d-nb.info/1140787225/34>> (01.02.2022).
- Brazzell Melanie 2017. Was macht uns wirklich sicher? Transformative justice.  
<https://www.transformativejustice.eu/wp-content/uploads/2017/07/toolkit-finished-1.pdf> (29.01.22).
- Brazzell, Melanie 2021: Von negativer/strafrechtsfeministischer zu positiver/abolitionistischer Sicherheit: Transformativen Gerechtigkeit für Betroffene von geschlechtsbasierter Gewalt, in: Laufenberg, Mike und Vanessa E. Thompson (Hg.) 2021. Sicherheit: Rassismuskritische und feministische Beiträge. S. 328-363.
- Ching-In Chen und Jai Dulani und Leah Lakshmi Piepzna-Samarasinha 2011 (Hg.): The Revolution Starts at Home: Confronting Intimate Partner Violence within Activist Communities.
- Dahmer, Laura 2022. Rassistischer Angriff auf 17-Jährige. Zeit online.  
<https://www.zeit.de/zett/2022-02/rassistischer-angriff-17-jaehrige-maske-berlin> (11.02.22)
- Drescher, Frank 2020. Wie die Dunkelfeldforschung verborgene Straftaten sichtbar macht. Planet Wissen.  
<https://www.planet-wissen.de/gesellschaft/verbrechen/kriminalistik/dunkelfeldforschung-verborgener-straftaten-100.html> (28.01.22).
- ezra (Hg.) o.J.. Angsträume. Chronik ezra. URL: <https://angstraume.ezra.de/chronik-ezra/> (23.11.2021).
- Fehlberg, Thorsten 2013. (Re)Produktion von rechtsextrem dominierten „Angsträumen“. In: Rothfuß, Eberhard; Dörfler, Thomas (Hg.). Raumbezogene qualitative Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 103-122.
- Hahne, Michael; Hempel, Leon; Pelzer, Robert 2020. (Un-)Sicherheitsgefühle und subjektive Sicherheit im urbanen Raum. In: Berlin: Berliner Forum Gewaltprävention (Hg.), H. 2.  
URL: <https://www.berlin.de/lb/lkbgg/publikationen/berliner-forum-gewaltpraevention/2020/>> (25.01.2022).
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) 2002. Deutsche Zustände. Folge 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) 2005. Deutsche Zustände. Folge 3. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) 2007. Deutsche Zustände. Folge 5. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Heitmeyer, Wilhelm; Freiheit, Manuela; Sitzer, Peter (Hg.) 2020. Rechte Bedrohungsallianzen. Signaturen der Bedrohung II. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Heitmeyer, Wilhelm; Kock, Sonja; Thöle, Ulf; Thome, Helmut; Schroth, Andreas; van de Wetering, Denis (Hg.) 2012. Gewalt in öffentlichen Räumen. Zum Einfluss von Bevölkerungs- und Siedlungsstrukturen in städtischen Wohnquartieren. Wiesbaden: Springer VS.

Hummelsheim-Doss, Dina 2017. Objektive und subjektive Sicherheit in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung.

<https://www.bpb.de/apuz/253609/objektive-und-subjektive-sicherheit-in-deutschland?p=all> (27.01.22).

Küpper, Beate / Zick, Andreas 2015. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Bundeszentrale für politische Bildung.

<https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/214192/gruppenbezogene-menschenfeindlichkeit> (25.11.2021).

Laufenberg, Mika und Thompson, Vanessa E. (Hg.) 2021. Sicherheit: Rassismuskritische und feministische Beiträge.

Lauter, Julia 2021. Die Kriminalität in Deutschland ist auf dem niedrigsten Stand seit 1993. Und dennoch fühlen sich viele Menschen nicht sicher. Woran liegt das?. In: fluter (Hg.), H 79, S. 22-23.

Lüdemann, Christian 2006. Kriminalitätsfurcht im sozialen Raum. Eine Mehrebenenanalyse zu individuellen und sozialräumlichen Determinanten verschiedener Dimensionen von Kriminalitätsfurcht. In: Köln: KzFSS. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (Hg.), H. 58, S. 285-308.

Locke, Stefan 2016. DNA-Spur führte zu mutmaßlichem Bombenleger. Frankfurter Allgemeine. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/moschee-anschlag-in-dresden-tatverdaechtiger-festgenommen-14566499.html> (24.11.2021).

Mühler, Kurt 2017. Senkt Viktimisierung das Sicherheitsempfinden (nicht)?. In: Leipzig: Arbeitsbericht des Instituts für Soziologie (Hg.), H. 69. URL: <https://ul.qucosa.de/api/qucosa%3A15335/attachment/ATT-0/> (25.01.2022).

Netzwerk „Gemeinsam gegen Diskriminierung -Mobilität für alle!“ o.J.. Forderungen und Maßnahmen für eine Mobilität für alle in Brandenburg. URL: [https://brandenburg.vcd.org/fileadmin/user\\_upload/Brandenburg/Themen/Mobilitaet\\_fuer\\_alle/Forderungskatalog\\_final.pdf](https://brandenburg.vcd.org/fileadmin/user_upload/Brandenburg/Themen/Mobilitaet_fuer_alle/Forderungskatalog_final.pdf) (23.11.2021).

MDR Thüringen 2021. Erneut rassistischer Angriff in Erfurter Straßenbahn.

<https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/erfurt/rassistischer-angriff-strassenbahn-102.html> (24.11.21).

o.A. 2021. Rassistische Attacke in Erfurter Straßenbahn.

<https://www.spiegel.de/panorama/justiz/erfurt-rassistischer-uebergreif-in-strassenbahn-angeklagtem-ist-die-tat-angeblich-peinlich-a-d5334c48-ace6-4223-81d1-2bfbbeb9e5e45> (25.11.2021).

o.A. 2020. Der Anschlag von Halle. Bundeszentrale für politische Bildung.

<https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/316638/der-anschlag-von-halle> (24.11.2021).

o. A., o. J. BLM.

<https://blacklivesmatter.com/about/> (27.11.2021).

Oxhoft, Tammo 2020. Der Wille zum Vorurteil. URL:

[https://tammox2.blogspot.com/2020\\_01\\_09\\_archive.html](https://tammox2.blogspot.com/2020_01_09_archive.html) (06.02.2022).

Perez-Darby, Shannon 2011: The Secret Joy of Accountability: Self Accountability as a Building Block for Change, in: Ching-In Chen und Jai Dulani und Leah Lakshmi Piepzna-Samarasinha (Hg.): The Revolution Starts at Home: Confrontin Intimate Partner Violence within Activist Communities. S. 101-114.

Perinelli, Massimo 2019. Triggerwarnung. Critical Whiteness und das Ende Antirassistischer Bewegung in Trigger Warnung: Identitätspolitik zwischen Abwehr, Abschottung und Allianzen. 1. Auflage. Verbrecher Verlag.

Reiser, Marion; Hebenstreit, Jörg; Salheiser, Axel; Vogel, Lars 2020. Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Die Corona-Pandemie in Thüringen. Ergebnisse des Thüringen Monitors 2020. Jena: KomRex (Hg.). URL: [https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/publikationen/tm2020\\_zusammenfassung.pdf](https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/publikationen/tm2020_zusammenfassung.pdf) (24.11.2021).

Reuband, Karl-Heinz 2008. Kriminalitätsfurcht. Erscheinungsformen, Trends und soziale Determinanten. In: Lange, Hans-Jürgen; Ohly, Peter; Reichertz, Jo (Hg.). Auf der Suche nach neuer Sicherheit. Wiesbaden: Springer VS, S. 233-251.

Ruhne, Renate 2003. Raum Macht Geschlecht. Zur Soziologie eines Wirkungsgefüges am

Beispiel von (Un)Sicherheiten im öffentlichen Raum. Leske+Budrich: Opladen, S. 11-84.

Runge, Diana (Hg.) 2005. Mobilitätsarmut in Deutschland?. IVP-Schriften 06. TU Berlin. URL:

<https://digital.zlb.de/viewer/api/v1/records/33661395/files/pdf/MobilitAtsarmut.pdf> (23.11.2021).

Singelstein, Tobias/Kunz, Karl-Ludwig 2021. Kriminologie. Eine Grundlegung. Bern: Haupt Verlag. 8. Auflage.

Stern, Jenny 2018. Verschwörungstheorie "Islamisierung". Bundeszentrale für politische Bildung.

<https://www.bpb.de/lernen/projekte/wahre-welle/270414/verschwoerungstheorie-islamisierung> (24.11.2021).

Wagner, Pia; Herning, Linda 2014. Online-Befragung. In: Baur, Nina; Blasius, Jörg (Hg.). Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 661-673.

Wehrheim, Jan 2012. Die überwachte Stadt - Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung. Berlin, Toronto: Barbara Budrich Verlag, S. 157. 3. Auflage.

Zobel, Franz 2020. Rechte, Rassistische und Antisemitische Gewalt in Thüringen in: Thüringer Zustände. Jährliche Ausgabe aus 2020. Hrsg: ezra,MOBIT,KomRex.

## **Abbildungsverzeichnis**

Abb. 1: Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit Tammo Oxhoft 2020

Abb. 2: Kausalkette der Personalen Kriminalitätseinstellung. Eigene Darstellung nach Mühler 2017: 6, Alexander Crome

Abb. 3: (Un-)Sicherheitsempfinden auf dem Weg zur Haltestelle (Eigene Darstellung Foht 2022)

Abb. 4: (Un-)Sicherheitsempfinden während des Wartens auf den Bus (eigene Darstellung Foht 2022)

Abb. 5: (Un-)Sicherheitsempfinden während der Fahrt im Businnenraum (eigene Darstellung Foht 2022)

Abb. 6: Durch andere Fahrgäste ausgelöste (Un-)sicherheit (eigene Darstellung Foht 2022)

Abb. 7: Durch Videoüberwachung ausgelöste (Un-)sicherheit (eigene Darstellung Foht 2022)

Abb. 8: Durch Busfahrer\*in ausgelöstes (Un-)sicherheitsgefühl (eigene Darstellung Foht 2022)

Abb. 9: Zivilcouragiertes Eingreifen (Eigene Darstellung Foht 2022)

# **02| Alltägliche und strukturelle Rassismuserfahrungen ausländischer Student\*innen in Weimar**

Interviewgestützte Forschung der Erlebnisse und Analyse des rassismuskritischen Diskurs  
an der Bauhaus-Universität

Theresa Buchberger

Gabriela Carrillo Quintero

Leon Kieweg

Maximiliano Schulz

## 1 Einleitung

Ein großer Teil der Weimarer Student\*innenschaft stammt aus dem Ausland. Trotzdem sind ausländische Student\*innen in vielen Studiengängen, in vielen Bereichen des Hochschulalltags wie in der Stadtgesellschaft nur wenig präsent. Gleichzeitig nutzt die Universität ihre Internationalität zur Außendarstellung und wirbt um weitere internationale Student\*innen. So wurde sie vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und dem Stifterverband für die deutsche Wissenschaft zur „Internationalen Hochschule 2011“ gewählt (Adrians 2011). In der Begründung heißt es durch den Juryvorsitzenden, „[i]nternational zu sein, ist an der Bauhaus-Universität Weimar keine Pflichtaufgabe, sondern eine Herzensangelegenheit“ (ebd.). Doch die spezifischen Belange und Probleme der heterogenen Gruppe der internationalen Student\*innen, die es meist erst durch die Bauhaus-Universität nach Weimar zieht, werden nur selten näher thematisiert. Durch den persönlichen Austausch von Erfahrungen, insbesondere in internationalen Freundeskreisen, aber auch durch Schilderungen auf Demonstrationen der studentischen Gruppe Pol.B ist es bekannt, dass ausländische Student\*innen in vielen Bereichen in Weimar Rassismus ausgesetzt sind.

Zwar hat sich 2018 eine ad hoc Gruppe gegen Rassismus an der Universität gebildet, die ein „Offenes Bekenntnis zu einer offenen Gesellschaft“ formuliert hat. Auch im Rahmen der Black Lives Matter-Proteste im Sommer 2020 kam es zu Demonstrationen an der Universität, die sich gegen die rassistische Diskriminierung ausländischer Student\*innen richtete bzw. diese thematisierte. Und dennoch machen Initiativen wie Pol.B und Migrantifa Weimar, zwei vornehmlich studentische Gruppen, die anti-rassistische (Aufklärungs-)Arbeit in Weimar leisten, immer wieder deutlich, dass rassistische Strukturen in der Stadtgesellschaft wie an der Universität weiterhin ein großes Problem darstellen.

Ausländische Student\*innen, die meist noch nicht lange in Deutschland sind, stellen dabei eine besonders vulnerable Gruppe dar. Gleichzeitig fehlt ihnen oft eine größere, lautere Lobby in der Stadt wie an der Universität, da die meisten von ihnen auch nur für eine begrenzte Zeit in Weimar sein werden. Deshalb wollen wir im Zuge unserer Forschungsarbeit die Betroffenen in den Mittelpunkt stellen und beleuchten, welche rassistischen Erfahrungen machen ausländische Student\*innen in Weimar? Inwiefern ist die Bauhaus-Universität als Institution in dieser Hinsicht in einen rassismuskritischen Diskurs involviert?

Im Folgenden soll der genaueren Betrachtung der Lage in Weimar – auch zur weiteren Sensibilisierung – eine theoretische Auseinandersetzung mit dem Begriff Rassismus und insbesondere mit dem Themenkomplex Rassismus und Hochschule als Grundlage aller weiteren Untersuchungen vorangehen. Der zweite, empirische Schwerpunkt beruht auf den Aussagen aus qualitativen Interviews mit internationalen Student\*innen und arbeitet die Bereiche, in denen ihnen in Weimar Rassismus begegnet, heraus. Im letzten Schritt werden die universitären Strukturen näher betrachtet, um aufzuzeigen, wie sie ausländischen Student\*innen bei Rassismuserfahrungen bisher beistehen und wo Veränderungen notwendig sind.

## 2 Ausländische Student\*innen in Deutschland und Thüringen

In den letzten Jahren hat die Zahl ausländischer Student\*innen an Thüringer Hochschulen stetig zugenommen. Kamen im Wintersemester 2000/01 (wie auch zu Beginn der 1990er Jahre) noch lediglich vier Prozent aller Thüringer Student\*innen aus dem Ausland, so verdoppelte sich deren Anteil innerhalb von zehn Jahren in etwa auf nahezu acht Prozent (Thüringer Landesamt für Statistik o.J.). Heute, etwa weitere zehn Jahre später, hat sich der Anteil ausländischer Student\*innen abermals verdoppelt, so sind es bereits an die 15 Prozent (Stand Wintersemester 2020/21; ebd.). Mit diesem Wert liegt Thüringen über dem Bundesschnitt von etwa elf Prozent internationalen Student\*innen unter allen eingeschriebenen Student\*innen in der Bundesrepublik (Stand Wintersemester 2019/20; Deutsches Studentenwerk o.J.).

Weimar zeichnet sich als Hochschulstandort durch eine besonders internationale Student\*innenschaft aus. Die Hochschule für Musik Franz Liszt ist mit einer Quote von mehr als 45 Prozent die mit Abstand internationalste Hochschule des Freistaats. Auch die Bauhaus-Universität hat mit knapp einem Viertel ausländischer Student\*innen (Stand Wintersemester 2020/21: 26,2%; Thüringer Landesamt für Statistik o.J.) eine deutlich internationalere Student\*innenschaft als der Landesschnitt aller Hochschulen (und ist hinter der Technischen Universität Ilmenau die zweitinternationalste Universität des Landes). Diese Tendenz lässt sich bereits die gesamten letzten drei Jahrzehnte über in den durch das Thüringer Landesamt für Statistik veröffentlichten Studierendenzahlen ausmachen. Genau wie auf Landesebene begann die Zunahme der internationalen Student\*innen an der Bauhaus-Universität erst nach dem Jahr 2000. (ebd.)

Damit stellen die ausländischen Student\*innen heute eine große, sich stetig austauschende Gruppe innerhalb der Gruppe der in Weimar gemeldeten Bürger\*innen nichtdeutscher Herkunft dar. In absoluten Zahlen waren im Wintersemester 2020/21 zusammen 1.422 ausländische Student\*innen an den beiden Weimarer Hochschulen eingeschrieben. (ebd.) Gleichzeitig waren 2019 6.027 ausländische Bürger\*innen in Weimar gemeldet. (Stadt Weimar 2021: 63) Knapp ein Viertel aller ausländischen Bürger\*innen Weimars sind folglich aufgrund eines Studiums und damit zumeist für einen klar definierten Zeitraum in der Stadt.

Werden ausländische Student\*innen, ihr Leben in Deutschland und auch ihre Probleme näher betrachtet, so werden mögliche (rassistische) Diskriminierungserfahrungen in der Regel gar nicht tiefer thematisiert - in der Studie „Ausländische Studierende in Deutschland 2016“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung auf Basis einer Fragebogenerhebung aus dem Jahr 2018 fällt der Begriff der „Diskriminierung“ lediglich zwei Mal im Kontext der Wohnungssuche. (Apolinarski, Brandt 2018: 52f.) Weitere mögliche Diskriminierungserfahrungen wurden bis auf eine generelle Frage zu Schwierigkeiten in Deutschland überhaupt nicht abgefragt, Rassismus wird gänzlich außenvorgelesen. Auch der Deutschlandfunk kritisiert in dieser Hinsicht den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) in einem Bericht von 2014. Eine Pressemitteilung des DAAD zu einer Befragung ausländischer Student\*innen habe verschwiegen, wie häufig (insbesondere Schwarze) ausländische Student\*innen nach der Erhebung in Deutschland Alltagsrassismus und gar körperliche Gewalt erfahren. (van Laak 2014) Laut der ursprünglichen Studie des DAAD wurde bereits jede\*r Fünfte persönlich diskriminiert. (DAAD 2014a: 113) Im Schnitt geben acht Prozent an, Opfer eines rassistischen Angriffs massiver verbaler Art, drei Prozent gar physischer Art geworden zu sein. Bei Student\*innen aus dem subsaharischen Afrika liegen diese beiden Werte signifikant höher: So ist unter

ihnen bereits nahezu jede\*r Fünfte verbal und jede\*r Zehnte physisch attackiert worden. Folglich spricht auch die Studie von einer „reale[n] Bedrohung“ (ebd.: 100), welche in der späteren Pressemitteilung unter dem Titel „Ausländische Studierende fühlen sich in Deutschland wohl“ allerdings keine Erwähnung mehr findet (DAAD 2014b).

Eine Ausnahme bei der Benennung der Problematik bildet eine kleine Studie im Auftrag des Thüringer Ausländerbeauftragten aus dem Jahr 1999, bei der durch eine Fragebogenerhebung generell die Erfahrungen ausländischer Student\*innen in Thüringen erforscht werden sollten. Zwar wird der Begriff des Rassismus bzw. der rassistischen Diskriminierung nicht verwendet und stattdessen der Ausweichbegriff der „Ausländerfeindlichkeit“ herangezogen. Nichtsdestotrotz wird diese als das größte Problem der ausländischen Student\*innen in Thüringen herausgestellt. (Battaglia, Kruse 1999: 132f.) Mehr als die Hälfte aller Befragten hatte mit sog. „Ausländerfeindlichkeit“ Erfahrung gemacht, mehr als 40 Prozent fühlten sich etwas, etwa 13 Prozent sogar deutlich und 3,5 Prozent sehr stark durch sie bedroht. (ebd.: 133)

### **3 Theorieteil**

Die vorliegende Arbeit ist im Zuge eines studentischen Projekts entstanden, das im Rahmen eines rein deutschsprachigen Bachelor-Studiengangs stattgefunden hat. Zwar weisen zwei Personen unserer Gruppe eine internationale Geschichte auf, doch in der Regel werden wir alle aufgrund unserer Sprechfähigkeiten im Alltag in Deutschland als Teil der Mehrheitsgesellschaft wahrgenommen. In der Konsequenz erfahren wir nie bzw. kaum rassistische Diskriminierung. Umso notwendiger ist es insbesondere im Umgang mit von Rassismus Betroffenen, das eigene Handeln ständig zu hinterfragen.

#### **a. Rassismusverständnis**

Rassismus und rassistische Diskriminierung ist strukturell in allen Bereichen der Gesellschaft wirksam. Dabei ist rassistische Diskriminierung die offensichtlichste Erscheinungsform von Rassismus. Nach Artikel 1 der UN-Anti-Rassismus-Konvention gilt als rassistische Diskriminierung

*„jede auf der Rasse, der Hautfarbe, der Abstammung, dem nationalen Ursprung oder dem Volkstum beruhende Unterscheidung, Ausschließung, Beschränkung oder Bevorzugung [gilt], die zum Ziel oder zur Folge hat, dass dadurch ein gleichberechtigtes Anerkennen, Genießen oder Ausüben von Menschenrechten und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen oder jedem sonstigen Bereich des öffentlichen Lebens vereitelt oder beeinträchtigt wird.“* (BMJV 2017: 28)

Darüber hinaus wird der Begriff des ‚Rassismus‘ in den Sozialwissenschaften allerdings als „sehr komplex und schwer abzugrenzen“ (Rommelspacher 2011: 25) und die Vorstellungen darüber häufig als diffus beschrieben (ebd.; Kerner 2008: 1048). Insbesondere für den deutschsprachigen Raum stellt es ein Problem dar, dass „überhaupt keine Kohärenz und Kontinuität“ (Terkessidis 2004: 214, nach Popal-Akhzarati 2019: 17) hinsichtlich der Definition von Rassismus besteht. Denn Rassismus ist „[i]n gleichstellungsorientierten Gesellschaften [...] schwer zu diskutieren, weil er als unrecht und illegitim gilt.“ (Auma 2018: 11) Daher werden oft wertende Ausweichbegriffe mit problematischer



Entstehungsgeschichte wie ‚Fremdenfeindlichkeit‘, ‚Ausländerfeindlichkeit‘, ‚Xenophobie‘ oder ‚Ethnozentrismus‘ verwendet. Sie lenken vom eigentlichen Kern des Problems ab. (ebd.)

Die insgesamt „unzureichende Bezeichnungspraxis“ (Popal-Akhzarati 2019: 13) führt dazu, dass es an einem alltagstauglichen Rassismusverständnis in der deutschen Gesellschaft fehlt. Dies wirkt sich in der Konsequenz auch auf das Verständnis derer aus, die selbst Rassismus erfahren. (ebd.: 18) Deshalb ist es schwierig, „Rassismus an das Urteil der Betroffenen“ (Schrödter 2007: 72, nach Popal-Akhzarati 2019: 18) zu binden, denn „[d]amit würden [...] nur jene Rassismen und Diskriminierungen als Rassismus und Diskriminierung kritisierbar werden, insofern sie bereits von sozialen Bewegungen als solche artikuliert werden“ (ebd.).

In den letzten Jahrzehnten hat sich außerdem immer weiter die Meinung durchgesetzt, dass Rassismus häufig mehrdimensional ist, das heißt mit anderen Benachteiligungen beziehungsweise Diskriminierungsformen, einhergeht (Beigang et al. 2017: 288). Dem wird in der Regel mit einem intersektionalen Ansatz begegnet, der ursprünglich aus der US-amerikanischen Frauenbewegung stammt und durch Kimberlé Crenshaw begründet wurde (vgl. Crenshaw 1989).

Auch durch eine intersektionale Betrachtungsweise wird deutlich, dass Rassismus nicht auf Ungerechtigkeit und Ungleichheit in einzelnen Lebenssituationen reduziert werden kann. Für uns ist es essenziell, Rassismus nach Grada Kilomba letztlich als ein Machtverhältnis zu begreifen, das unserer gesamten Gesellschaft zugrunde liegt: „Rassismus [ist] an Macht geknüpft“ (Kilomba 2013: 16, nach Popal-Akhzarati 2019: 15). Dieser Eigenschaft liegen laut Kilomba zwei weitere Eigenschaften zugrunde, „die auf verschiedenen Ebenen [...] einer Gesellschaft wirken“ (Popal-Akhzarati 2019: 15): Zum einen wirkt Rassismus über die „Konstruktion einer Differenz, die Personengruppen nach rassistischen Merkmalen [...] einteilt“ (ebd.). Diese Differenzierung wird letztlich durch rassistische Diskriminierung sichtbar. Zum anderen findet die „Bewertung [...] [dieser] Differenz entlang eines hierarchischen Wertesystems“ (ebd.) statt, „innerhalb dessen Weiß-sein den Maßstab darstellt (ebd.: 15f.).

Auch Mark Terkessidis sieht Rassismus zunächst als ein „spezifisches gesellschaftliches Ungleichheitsverhältnis“ (2018: 67). Er entnimmt wichtige Aussagen für den Versuch seiner Rassismus-Definition den grundlegenden Arbeiten von Robert Miles (vgl. Miles 1991). Für Terkessidis ist die Rassifizierung, die bei Miles noch unter dem Terminus der Rassenkonstruktion fungiert, notwendiges Element des Rassismus (2018: 79). Er definiert Rassismus als einen ‚Apparat‘, der sich eben aus den Bestandteilen der Rassifizierung, einer Ausgrenzungspraxis, die er als praktische Struktur des Rassismus ebenfalls Miles‘ Argumentation entnimmt, sowie einer differenzierenden Macht, die eine wie auch immer gelagerte Gewalt ausübt, zusammensetzt.

Birgit Rommelspacher kommt in ihrer Annäherung „Was ist eigentlich Rassismus?“ im Verständnis einer Dominanzkultur zu einem ähnlichen Schluss wie Kilomba und argumentiert, dass es sich bei Rassismus „immer [um] ein gesellschaftliches Verhältnis“ (2011: 29) handelt, dass zur Legitimation gesellschaftlicher Hierarchien dient, und „nicht einfach um individuelle Vorurteile“ (ebd.). So definiert Rommelspacher Rassismus letztlich ausführlich

*„als ein System von Diskursen und Praxen, die historisch entwickelte und aktuelle Machtverhältnisse legitimieren und reproduzieren. Rassismus im modernen westlichen Sinn basiert auf der „Theorie“ der Unterschiedlichkeit menschlicher ‚Rassen‘ aufgrund biologischer Merkmale. Dabei werden soziale und kulturelle Differenzen naturalisiert und somit soziale Beziehungen zwischen Menschen als unveränderliche und vererbare verstanden (Naturalisierung). Die Menschen werden dafür in jeweils homogenen Gruppen zusammengefasst und vereinheitlicht (Homogenisierung) und den anderen als grundsätzlich verschieden und unvereinbar gegenübergestellt (Polarisierung) und damit zugleich in eine Rangordnung gebracht (Hierarchisierung). Beim Rassismus handelt es sich also nicht einfach um individuelle Vorurteile, sondern um die Legitimation von gesellschaftlichen Hierarchien, die auf der Diskriminierung der so konstruierten Gruppen basieren. In diesem Sinn ist Rassismus immer ein gesellschaftliches Verhältnis.“ (ebd.)*

Außerdem lässt sich Rassismus in weitere Formen unterteilen: Rommelspacher unterscheidet in strukturellen, institutionellen sowie individuellen Rassismus, wobei der Institutionelle einen Teil des Strukturellen Rassismus bildet (ebd.: 30). Institutioneller Rassismus geht von (häufig staatlichen) Institutionen oder Organisationen, die Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe oder Herkunft unangemessen oder unprofessionell behandeln und damit rassistisch benachteiligen. Der strukturelle Rassismus liegt übergeordnet im „gesellschaftlichen System mit seinen Rechtsvorstellungen und seinen politischen und ökonomischen Strukturen begründet“ (ebd.). Die Ausgrenzungen wirken hier folglich auch gesellschaftlich breiter. Individueller Rassismus stellt hingegen die niederste Ebene dar und äußert sich in der direkten, persönlichen Interaktion durch individuelle Handlungen und legt so persönliche Einstellungen offen. (ebd.)

Für unsere Betrachtungsweise mit Fokus auf die Betroffenen bietet es sich an, einen Ansatz aus der Psychologie zur Differenzierung von Rassismuserfahrungen heranzuziehen, da es sich bei ‚Rassismuserfahrung‘ um eine psychologische Kategorie handelt (Mecheril 1997: 179). Denn rassistische Erfahrungen sind „sozial kontextualisierte, subjektive Zustände“ (ebd.). Paul Mecheril versteht

*„[u]nter der Erfahrung von Rassismus [...] nun jede Erfahrung von Angriff oder von Geringschätzung der eigenen Person oder nahestehender Personen durch andere [...], die willkürlich gewählte physiognomische Merkmale (wie Haarfarbe, Hautfarbe) oder soziale Merkmale (wie Kleidung, Sprache) vor dem Hintergrund von Abstammungs- oder Herkunftskonstruktionen als Hinweise auf moralische oder intellektuelle Unterschiede lesen, die zu ihren Gunsten laufen und die bei dieser Art von Unterschieden das Recht auf Angriff oder Geringschätzung zu haben meinen.“*

Im Weiteren unterscheidet Mecheril zwischen drei Formen von Rassismuserfahrungen: die Erfahrung von grobem Rassismus, d.h. konkret körperliche Gewalt und Benachteiligung; die Erfahrung subtilen Rassismus, also die Erfahrung von Geringschätzung, u.a. durch abfällige Blicke; und die Erfahrung antizipierten Rassismus, dies umfasst allein die Befürchtung vor rassistischer Bedrohung oder Benachteiligung. (Mecheril 1997: 180) Die letzten beiden Kategorien von Rassismuserfahrung werden für unsere weiteren Betrachtungen eine wichtige Rolle spielen, da sie den Alltag grundsätzlich gleichermaßen prägen können. Denn wie die Brisanz von Rassismuserfahrungen eingeschätzt wird, kann subjektiv stark divergieren, obwohl die Qualität der Erfahrung für alle von Rassismus Betroffenen zunächst eine ähnliche ist: Sie werden als „Individuum in einem umfassenden Sinn angegriffen und bedroht“ (Mecheril 1997: 179). Ein dauerhaftes Erfahrungsklima von

Rassismus „sicker[t] [...] in das Selbstverständnis der Betroffenen und präg[t] die Art und Weise ihres Umweltbezugs“ (ebd.: 181). In einer Studie rund um die rechtsextremen Proteste und Ausschreitungen im Sommer 2018 in Chemnitz wurde so auch festgestellt, dass ein negativer Zusammenhang zwischen (auch in diesem Fall rassistischen) Diskriminierungserfahrungen und der Gesundheit und dem Wohlbefinden der Betroffenen besteht. (Asbrock et al. 2019: 187)

## **b. Rassismus und Hochschule**

Der universitäre Campus, die Hörsäle, Student\*innen, Professor\*innen und Mitarbeiter\*innen. All dies wird in der Öffentlichkeit als weltoffen betrachtet; Orte und Akteur\*innen der Aufklärung und der Vielfalt. Im universitären Kontext muss sich kaum jemand mit Vorwürfen von rassistischem Verhalten beschäftigen. Im Gegensatz dazu werden wir von dem Politologen Ha daran erinnert, wie Rassismus in allen Bereichen einer Gesellschaft wirkt. Universitäten und Hochschulen bedeuten hier keine Ausnahme, auch wenn sie selten in Verbindung mit dem Thema gebracht werden (2016: 17). Universitäten wirken als ein sozialer und exklusiver Ort, in dem manche Menschen sich wohl fühlen, während andere entfremdet werden (Icaza und Vázquez 2018: 17).

Die Meinung der Öffentlichkeit entsprach lange Zeit der Diskussion an Hochschulen, während das Thema Rassismus im Hochschulkontext kaum ausgesprochen wurde und diese Orte als unschuldig betitelt blieben. Die Diskriminierung blieb subtil und wurde von vielen nicht wahrgenommen (Mallmann et al. zitiert nach Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2014: 324). Gutierrez Rodriguez et al. (2016: 161) erwähnten, wie andere Arten von Diskriminierung sogar seit längerer Zeit an deutschen Universitäten thematisiert werden - wie die Diskussion um Geschlechterverhältnisse und Klassenkampf -, dennoch bleibt eine Auseinandersetzung mit rassistischen Strukturen fern.

Mallmann et al. (2021: 322) sehen den Umgang mit Rassismus an Hochschulen kritisch und weisen darauf hin, wie durch Abwehr, Tabuisierung und Verlagerung das Thema und die Diskussion entlastet und verschoben wird. Damit entziehen sich wichtige Akteur\*innen der Diskussion und damit der Verantwortung als Abwehrstrategie, um die Unschuld zu wahren (Mallmann zitiert nach Schneider 2010: 322) und eine negative Geschichte von sich zu weisen.

Tabuisierung drückt sich in der schon genannten Ablehnung des Themas im universitären Kreis aus, wo nicht-weiße, migrantische Wissenschaftler\*innen und Studierende das Thema nicht offen ansprechen können, da sie als "Nestbeschmutzer\*innen der *scientific community* bzw. der *corporative identity*" wirken könnten. Außerdem verhindert die existierende Kollegialität und die sogenannte *culture of silence* an der Universität eine größere Erkenntnis über das Thema, da viele diskriminierte Akteur\*innen sich selbst nicht aussprechen möchten. Menschen, die von rassistischen Strukturen unbewusst profitieren, kann das Thema Rassismus oft auch verunsichern. (Hasenjürgen 2021: 286)

Eine weitere Strategie, um das Thema fernzuhalten und die Verpflichtungen für eine bessere Zukunft an der Universität zu ignorieren, ist die Verlagerung des Fokus weg von dem an der Universität vorherrschenden Rassismus hin zu Rechtsextremismus und Nationalsozialismus (Messerschmidt 2010).

Obwohl es oft eine Ablehnung gegenüber einer Auseinandersetzung mit dem Thema Rassismus gibt, verändert sich diese Situation langsam, indem Rassismus und seine

Auswirkungen auf gesellschaftliche Verhältnisse als Forschungsthema wahrgenommen werden. Postcolonial Studies, Cultural Studies, Gender Studies, die kritische Migrationsforschung und auch die Critical Whiteness Studies erweitern die Diskussion im Hochschulkontext und forschen über Thematiken, welche früher vergessen oder ignoriert wurden. Trotz der bisherigen Forschung liegt sie in den Anfangsstadien. (Mallmann et al. 2021: 316)

Universitäten und Hochschulen stehen in der Verantwortung, Orte und Möglichkeiten zu schaffen, deren Ziel die Analyse und Forschung gesellschaftlicher und daher rassistischer Strukturen und Verhältnisse ist. Ungeachtet dieser Verbindung zwischen Hochschule und Rassismuskritik kommt die Betonung über die Dringlichkeit der Diskussion nicht aus den Universitäten. Hauptsächlich haben mehrere zivilgesellschaftliche Bewegungen dazu beigetragen, die Auswirkungen von Rassismus auf der gesellschaftlichen Ebene zur Sprache zu bringen. In Deutschland spielen vor allem Aktivist\*innen sozialer Bewegungen, Schwarze Deutsche, Wissenschaftler\*innen und Studierende of Color, Lehrende und Forschende mit internationaler und (west- wie ost-) europäischer Geschichte eine große Rolle. (Hasenjürgen, 2021) Es ist auch zu bemerken, dass die Auseinandersetzung mit dem Thema in Deutschland etwas verspätet stattfindet im Vergleich zu anderen Ländern, deren Einfluss auch von großer Bedeutung für die Diskussion hierzulande ist.

### **c. Rassismuskritik und Dekolonisierung der Universität**

Unterschiedliche Bewegungen, Diskussionen und Kampagnen Mitte der 2010er Jahre - etwa 'Rhodes Must Fall' in Südafrika, 'Why is my curriculum white' und 'Why isn't my professor black' in Großbritannien oder '#CampusRassismus' in Deutschland - haben Rassismus an der Hochschule thematisiert und stellen die Dekolonisierung der Universität und einen rassismuskritischen Ansatz von allen Hochschulangehörigen heraus. Aber was bedeutet das?

Melter und Mecheril beschreiben das Ziel von Rassismuskritik als eine Erkennung von Strukturen, Praktiken und Institutionen, welche von Rassismus geprägt sind und dringend beurteilt, entkräftet und vereitelt werden sollten. (2009: 15) Dies kennt unter der Perspektive der Dekolonisierung die Wurzeln des heutigen Rassismus in den verschiedensten politischen, sozialen und ökonomischen Abläufen des Kolonialismus an. (Gebrial 2018: 29)

Bhambra et al. definieren Dekolonisierung als eine Weltvorstellung, in der Kolonialismus, Imperium und Rassismus empirische Forschungsobjekte sind und deren Einflüsse - systematisch aus dem Blickfeld verdrängt - unsere moderne Welt formen. (2018: 2) Hier gilt die Verbindung zwischen Kolonialismus und Machtunterschieden, sozialer Inklusion und Diskriminierung als Oberbegriff für rassistische, sexistische, geographische oder klassistische Diskriminierung (Icaza und Vazquez 2018: 31). Keine historische Verlagerung in die Vergangenheit, sondern ein laufender Prozess der Verdrängung und der Privilegien bis zur Gegenwart (Pete 2018: 179).

In diesem Kontext versteht man die oben genannten studentischen Bewegungen als eine Konfrontation mit der Hochschule, mit ihren kolonialen und segregierenden Geschichten und mit der verbreiteten Überlegenheit des Westens gegenüber anderen Weltregionen (Icaza und Vazquez 2018: 122). Außerdem zwingt diese Diskussion die Hochschulen, sich der Verantwortung zu stellen und die Verpflichtung zu eigener Partizipation in kolonialem und postkolonialem Kontext anzuerkennen.

Dadurch versteht sich die Dekolonisierung und Rassismuskritik als Alternative für unsere Denk- und Vorgehensweise (Bhabra 2018: 123), die eine Transformation anregen soll, welche eine Verbindung zwischen dem Hochschulkontext und der Öffentlichkeit fordert und diese nutzt auf der Suche nach sozialer und politischer Rechtfertigung (Gebrial 2018: 34). Das ist ein Versuch für Veränderungen auf verschiedenen Ebenen der Gesellschaft, weit entfernt von dem bisherigen oberflächlichen Umgang mit dem Thema in der Hochschule (ebd. 29).

Bhabra et al. erinnern uns an die Eigenschaften der Praxis der Dekolonialisierung:

„And yet, within these broad contours, ‘decolonising’ remains a contested term, consisting of a heterogeneity of viewpoints, approaches, political projects and normative concerns.“ (2018: 3)

#### **d. Wissensproduktion und Eurozentrismus**

Einer der Hauptpunkte der Dekolonialisierung der Universität ist der Umgang mit der Wissensproduktion, die hier stattfindet. Hochschulen produzieren Wissen und tragen damit dazu bei, eine moderne koloniale Division und ein ungleiches Machtverhältnis über die Wissenschaft zu verbreiten (Icaza und Vazquez 2018: 110). Bedeutet nur die Tatsache, dass in einem beispielsweise westeuropäischen Land geforscht wird, ein Nachteil für die Gleichstellung in der Forschung? Um diese Frage zu beantworten, ist eine Auseinandersetzung mit der Epistemologie und Wissensproduktion nötig.

Kenntnisse zu generieren ist eine der Aufgaben von Hochschulen. Noch wichtiger ist jedoch die Aufgabe der Themenauswahl, die erforscht werden sollen. Dies erklärt den Einfluss der Universität als „Entscheidungsträgerin“ darüber, „welche Geschichten, welches Wissen und welche intellektuellen Beiträge als wertvoll geschätzt werden“ und Aufmerksamkeit verdienen (Gebrial 2018: 18). Das führt dazu, dass jede Lerneinheit der Universität zwangsläufig auch etwas ausschließt (ebd. 19). Es muss kritisch nach dem Ablauf der Epistemologie an der Universität gefragt werden (Richardson 2018: 231). Wer darf hier Wissen produzieren und was produzieren diese Menschen? Was wird ausgeschlossen und warum? (Gebrial 2018: 231).

Eine wichtige Eigenschaft der Hochschullehre ist die eurozentrische Ansicht. Bhabra beschreibt Eurozentrismus als „eine Denkweise, die davon überzeugt ist, die Ereignisse besonderer Bedeutung seien ausschließlich im kulturell-geographisch Zusammenhang mit Europa verbunden“ (2007: 5). Diese Überlegenheit gegenüber der „restlichen“ Welt leugnet die Beiträge anderer Regionen zum menschlichen Wissen – so zum Beispiel bei der Periode der Aufklärung, die nur als (west)europäischer Prozess gesehen wird – (Gebrial 2018: 17) und zeigt sich als offene, umfangreiche Ansicht, welche eine weltweite Validierung genießt (Icaza und Vazquez 2018: 112). Von Forscher\*innen des sogenannten Globalen Südens wird dies als „arrogante Ignoranz“ bezeichnet. Das vermischt sich mit der Unfähigkeit und Unwilligkeit solche Themen an der Universität zu erforschen und in die Lehre einfließen zu lassen (Pete 2018: 181).

So können wir Eurozentrismus als eine problematische, koloniale Machtstruktur verstehen, in welcher eine Dichotomie geschaffen wird und Europa beziehungsweise der Globale Norden legitimierte Wissenschaft produziert und der Erkenntnisgewinn des Globalen Südens abgelehnt wird (Richardson 2018: 233). Dadurch wird Unwissen geschaffen und

Akademiker\*innen entmachtet, ohne die Möglichkeit über Forschungsfelder zu entscheiden (ebd. 234).

So lässt sich zum Beispiel erklären, warum es in Deutschland in Schulen oder Universitäten zu wenig Auseinandersetzung „mit der deutschen Kolonialgeschichte, mit dem deutschen Eroberungsstreben in Richtung Polen, Südosteuropa und osmanisches Reich und mit NS-Gewaltherrschaft in Osteuropa auf ihrem formalen Bildungsweg“ gibt (Hasenjürgen 2021 zit. nach Terkessidis 2019: 275). Außerdem gibt es mehrere Beispiele in der Vergangenheit und Gegenwart, die ein Ergebnis von legitimierender rassistischer Wissenschaft und Lehre sind. Trägt nicht die geringe Forschung zu diesen Themen dazu bei, Unkenntnisse und Ignoranz zu perpetuieren? Gebrial sagt dazu:

*„Indeed, one wonders how differently public discourse around issues such as immigration, borders, war, national identity and global inequality might be conducted if the classed and racialised dynamics of colonialism were fully integrated into everyday historical reflections and representations; and, most crucially, if the full political history of the entity known as ‘Britain’ was reckoned with. In particular, what would this do to prevailing understandings of, and indeed the very preoccupation with, what it means to ‘belong’ to Britishness and to have entitlement to public resources on the basis of this claim.“ (2018: 29).*

Bei dem Abbau von Lehrinhalten enthüllen sich die Machtverhältnisse unserer Gesellschaft. (ebd. 25) Nichtsdestotrotz wird es im Hochschulkontext fehlerhaft als ein natürlicher, neutraler, unpolitischer und rationaler Prozess angesehen. Immer häufiger und besonders bei Postcolonial und Black Studies werden Wissensproduktion und Machtstrukturen in Verbindung gebracht, indem sie nicht unabhängig von externen Faktoren sind, sondern untrennbar von solchen (Richardson 2018: 233).

Als Hauptstrategien gegen solche Konfrontationen und Vorwürfe von rassistischen Strukturen haben Universitäten „Internationalisierung“ und „Diversifizierung“ hauptsächlich bei Zulassungen und zur Repräsentation (Gebrial 2018: 31) genutzt. Solche Vorgehensweisen der „Inklusion“ bedeuten eine schnelle, mittelmäßige Lösung und erlauben eine unschuldige Positionierung seitens der im Hochschulkontext dominanten Gruppen (Pete 2018: 180), während andere Problematiken nicht angesprochen werden und in Vergessenheit geraten.

Solche Methoden können jedoch kontraproduktiv sein und die Diskussion irritieren. Gutierrez Rodriguez et al. beschreibt die Internationalisierung in Universitäten, in welchen weiße europäische Professor\*innen und Mitarbeiter\*innen die Situation in der Hochschule verändern sollten, als die Schaffung eines Ortes, der trotzdem weiß und hegemonial bleibt (2018: 123). Außerdem muss sich „Diversifizierung“ in der Hochschule von diskriminierenden Ausübungen wie Othering, also Entfremdung, oder Exhibition distanzieren und die Anerkennung von Unterschieden als eine Entwicklung für vielfältiges Wissen ansehen (Icaza und Vazquez 2018: 118).

Eine angemessene Kritik für solche Strategien bedeutet auf keinen Fall eine totale Ablehnung und kennt die Vorteile in ihrer Anwendung an. Trotzdem zeigt sie einige Schwächen auf und erinnert uns daran, wo die Betonung der Diskussion liegen sollte (Gebrial 2018: 31). Dekolonisierung soll sich nicht nur mit der anwesenden Person an der Universität beschäftigen, sondern ausführlicher mit den Wissenspraktiken und ihrer epistemologischen Vorgehensweisen. Marginalisierte Gruppen dürfen nicht nur ein Teil des universitären Alltags sein, sondern sollen auch ihre bisher ausgedrängten Perspektiven,

Geschichten und Problematiken teilen (ebd. 19). Sie müssen die Chance haben, politisch in epistemologischen Diskussionen eingreifen zu können (Richardson 2018, 232). Es ist nicht eine Frage der Vielfalt von Kultur oder Identität, sondern von Geschichte und Politik (Gebrial 2018: 30).

Die Dekolonisierung der Universität versteht sich nicht als eine ideologische Position gegenüber der Welt, sondern als ein Versuch zur Verbesserung der Funktionsweise in der Hochschule, indem sie einer Diversifizierung der Inhalte, Perspektiven, Strukturen und Akteur\*innen der akademischen Vortrefflichkeit nachstrebt, während eine soziale, offene Rolle und Verantwortung übernommen werden. Das Ziel des Bildungssystems sollte nicht dazu verhelfen, Machtstrukturen und Normen zu verewigen, sondern sie anzusprechen, zu kritisieren und zu zerschlagen. (Icaza und Velazquez 2018: 26)

## **e. Methodik**

Die Datenerhebung zu unserer Forschung erfolgte primär durch die Methode des problemzentrierten Interviews mit ausländischen Studierenden aus Weimar, mit dem Anspruch Rassismus und Diskriminierung aus studentischer Perspektive nachzuvollziehen. Dazu scheint ein qualitativer Zugang in Form eines ungezwungenen, offenen Gespräches mit ausländischen Studierenden sinnvoll. Das problemzentrierte Interview nach Witzel verbindet narratives und leitfadengestütztes Interview, wodurch der Erkenntnisgewinn abwechselnd durch ein induktives und ein deduktives Vorgehen erarbeitet wird. Das Vorwissen der Forschenden zum Thema soll hierbei offengelegt und Teil der Befragung werden. Dieses Prinzip der Offenheit schafft auch Freiräume für die Befragten und regt durch offene Fragen zum Erzählen an mit dem Ziel einer „möglichst unvoreingenommene[n] Erfassung individueller Handlungen sowie subjektiver Wahrnehmungen und Verarbeitungsweisen“ (Witzel 2000: 1). So ermöglichte es uns, sowohl einen Fragenkatalog für die Interviews zu generieren und dennoch gezielt auf Aussagen zu reagieren, den Gesprächsverlauf durch spontan auftretende Fragen neu zu gestalten und mit den Interviewpartner\*innen individuell zu interagieren.

Die drei Grundpositionen des Interviews stellen hierbei die Problemzentrierung, die Gegenstandsorientierung und die Prozessorientierung dar. Das bedeutet die Untersuchung setzt sich mit einer relevanten Problemstellung auseinander, die Methode ist flexibel und erlaubt eine Kombination mit weiteren Methoden und die Gesprächsentwicklung soll durch das Schaffen einer gewissen Vertrauensbasis gefördert werden. (ebd.: 2f.)

Um das problemzentrierte Interview zu führen stehen mit dem Kurzfragebogen, der Tonträgeraufzeichnung, dem Leitfaden und der Postskripte vier Instrumente zu Verfügung. Zu Beginn wird es mit der Erklärung zur Anonymisierung, der gewünschten Gesprächsform sowie der Erläuterung des Forschungsgegenstandes eingeleitet, wobei die Wichtigkeit der individuellen Ansichten und Einstellungen der Befragten betont werden. (ebd.: 4f.)

Zu Beginn und begleitend zu den Problemzentrierten Interviews standen informelle Vorgespräche vor allem als (erste) Orientierung und Unterstützung unseres Wissens. Hier wurden im Gespräch mit der Vizepräsidentin für Internationales, Diversität und Transfer, zwei Vertreter\*innen des International Office, der Diversitätsbeauftragten der Bauhaus-Universität und dem Vorsitzenden des Ausländerbeirats die administrativen Vertretungen und die Unterstützung für ausländische Studierende an der Uni untersucht.

Die Kontaktaufnahme für die problemzentrierten Interviews mit Weimars ausländischen Studierenden fand in vielen verschiedenen Formen statt. Zunächst wurden nach dem Schneeballprinzip Freund\*innen und Bekannte und wiederum deren Freund\*innen und Bekannte nach deren Interesse zur Teilnahme befragt. Gleichzeitig wurde ein Aufruf auf der Uni-Pinnwand der Bauhaus-Universität publik gemacht, der jedoch nur vereinzelt zu Resonanz führte. Eine Rundmail in einem Master-Kurs, den vor allem internationale Studierende besuchen, die Kontaktaufnahme mit einer Demo-Sprecherin und Aushänge in diversen Studierendenwohnheimen, wie im Jakobsplan, Am Herrenrödchen, im Merketal und der Leibnizallee, verhalfen zu einigen weiteren Interviews, sodass insgesamt elf Gespräche geführt werden konnten. Die konkrete Formulierung zur Interview-Einladung lautete wie folgt:

*"Invitation for Interview: International Students in Weimar*

*We are a group of four international and German students, researching about the discriminating and racist situations International Students experience in Weimar. We understand the sensibility of this topic and we want to have a conversation about it, in a friendly atmosphere for everybody. Your name will not be used or published, if you decide to participate. If you are interested or have any questions, please write us an E-Mail at: [...]."*

Aufgrund der derzeitigen Situation mit der Corona-Pandemie wurden nur einige wenige Interviews präsent durchgeführt. Die meisten fanden über das Webkonferenzsystem BigBlueButton statt. Durchgeführt haben es immer zwei Interviewende, wobei eine Person vor allem für das direkte Protokollieren wichtiger Aussagen und Zeiten zuständig war, um sich beim folgenden Transkribieren besser in der Audioaufnahme zurecht zu finden.

Nach einer kurzen Vorstellung uns Interviewenden und unseres Forschungsprojektes folgten die offenen Fragen. Zuvor wurde ein Leitfragenkatalog erstellt, um das Interview zu einem Teil zu strukturieren und in der Auswertung vergleichbar zu machen. Dabei kann die Reihenfolge der Fragen im Laufe des Interviews durchaus variieren oder auch ganze Fragen weggelassen werden beziehungsweise hinzugefügt werden. Folgende Leitfragen wurden entwickelt:

*How do you like to live in Weimar?*

*What were your expectations before coming to Weimar?*

*Did or do you still feel welcomed in this city and why?*

*If you're comfortable, would you like to tell us about any experiences you've had regarding racism and discrimination against you or people around you?*

*How do you feel about the interaction with German students?*

Durch die unterschiedlichen Antworten und situativen Nachfragen, sind die Inhalte und Ergebnisse der Interviews trotzdem sehr unterschiedlich ausgefallen. Auch die Länge der Interviews variierte zwischen zehn und knapp 40 Minuten.

Die verschriftlichten Interviews werden für die Auswertung in einer Matrix nach Fragen kategorisiert und schließlich in die vier Themenschwerpunkte Integration, Wohnen, Alltagsrassismus und subtiler beziehungsweise antizipierter Rassismus transferiert.



Im Prozess der Interviewpartner\*innen-Suche und der Durchführung der Interviews war es vor allem schwierig ausländische Studierende, die bereit sind an ebendiesen Interviews teilzunehmen, zu finden, vor allem über unsere persönlichen Kontakte hinaus. Auch eine große Vielfalt an Interviewpartner\*innen abzudecken zum Beispiel in Bezug auf Wohnstandorte und soziale Umfeld, war eine große Herausforderung, der wir nur teils gerecht werden konnten durch fehlende Mittel und Zeitmangel. Eine weitere Schwierigkeit stellte die Gesprächsführung im Corona-bedingten Online-Format dar. Es war schnell festzustellen, dass durch die fehlende Persönlichkeit und dem Mangel einer Vertrauensbasis, ein Gespräch über ein solch sensibles Themen negativ beeinträchtigt wird. Die Interviews waren meist kürzer und weniger aussagekräftig. Auch der teilweise noch relativ kurze Aufenthalt mancher ausländischer Studierender in Weimar führte dazu, dass allgemein noch wenig von Weimar und dem Leben in Weimar erzählt werden konnte. Dies ist natürlich auch als Chance zu sehen, denn so ist die Ankunft und der anfängliche Willkommens- und Integrationsprozess noch sehr frisch in der Erinnerung.

#### **4 Auswertung der Interviews**

Mit Hilfe einer Matrix, gegliedert nach den Fragen des Leitfragen-Katalogs und den am häufigsten gestellten spontanen Folgefragen inklusive einer Kategorie mit sonstigen Auffälligkeiten, wurden die Interviews vergleichbar gemacht, sodass sich im Anschluss vier Schlüsselpunkte herausgestellt haben: Die Wohnsituation, die Integration, der Alltagsrassismus und subtiler / antizipierter Rassismus schienen am belastetsten oder wurden am häufigsten thematisiert und werden im Folgenden genauer beleuchtet und analysiert.

##### **Wohnsituation**

In den meisten Interviews kristallisierte sich das Thema der Unterkunft und die ~~mit sich~~ daraus resultierenden Komplikationen heraus. Hier spielt vor allem das Studierendenwerk und dessen organisatorische Struktur eine große Rolle. Die daraus entstehenden Probleme können in drei Bereichen aufgeteilt werden:

##### **i. Komplexität der Wohnungssuche**

Alle Teilnehmer\*innen der Interviews erwähnten, dass sie momentan in einem Studierendenwohnheim wohnen oder bereits in einem gewohnt haben. Einer der ersten Kontakte vor, während und nach der Ankunft in Deutschland ist das Studierendenwerk, welches mehrere Unterkünfte für Studierende anbietet. Einige berichteten von unterschiedlichen Kommunikationsschwierigkeiten zwischen den Ansprechpartner\*innen, die für die Wohnungsverwaltung zuständig waren. Teilweise wurden sie für ihre geringen Sprachkenntnisse abstoßend behandelt: "When I was trying to find information about my options of moving, everytime I went to Studierendenwerk, I was shut down. One of the assistances would shut us down as soon as we started talking, because we didn't talk german.". Darüber hinaus wurde berichtet, dass E-Mails oder Anrufe nicht beantwortet oder angenommen wurden: "They send an email I could come in September and will have my apartment by October. When I came in September and emailed them, I got no response and it was very scary." Erforderlich wäre es, eine zuverlässigere Anlaufstelle für

internationale Student\*innen zu etablieren, da alleine die Vorbereitung des Umzugs in ein neues Land überwältigend genug ist.

## ii. Aufteilung der Wohngemeinschaften nach Herkunft

Auffällig ist die Feststellung, dass die Student\*innen in den einzelnen Wohngemeinschaften der Studierendenwohnheime nach Herkunft und Nationalität aufgeteilt werden. Dies kann leicht darauf zurückgeführt werden, dass für das Bewerben eines Zimmers eine Angabe zur Nationalität gefordert wird. Die Studierenden empfinden das nicht nur als merkwürdig, sondern teilweise als direktem Diskriminierungszufluss. "I don't think that asking the students nationality is something that is appropriate when you are applying for accommodation". Es dauert meist nicht lange bis die Studierenden erkennen, dass sie alle der gleichen Nationalität angehören, aus der gleichen Region kommen oder nichtdeutscher Herkunft stammen. Internationale Studierende werden häufig in den Wohngemeinschaften des Studierendenwerks mit deutlicher Kategorisierung aufgeteilt. Es entsteht eine klare Trennung zwischen Deutschen, Europäischen und Nicht-Europäischen Wohngemeinschaften: „When I was living in the dorm, at the dorm Herrenrödchen, I saw that very, very less people were from Germany or from Western Europe. [...] I met a lot of people especially from India, Bangladesh, China and Africa. It was very shocking that there were very few people from Europe.“

## iii. Isolation

Es ist zu erwähnen, dass die meisten internationalen Student\*innen in Studierendenwohnheimen untergekommen sind. Die am häufigsten erwähnten Wohnheimen sind der Jakobsplan, die Leipziggalerie, Am Herrenrödchen und das Merketal. Auffällig sind die Positionen der Gebäude. Am Herrenrödchen und das Merketal befinden sich beide am Rande der Stadt. Die räumliche Isolation unter anderem durch unzureichende Busanbindungen kann so leicht in eine soziale Isolation übergehen. Für viele war das ein ausschlaggebender Grund, um weniger am studentischen Leben teilzuhaben. Das Gruppieren von ausländischen Student\*innen führt zur Isolation auch von der restlichen studentischen Gesellschaft: "Mostly students are not white; I think, what they do, is they put people from similar nationalities together with each other; they put all the students who are from certain countries in this dorm [Am Herrenrödchen], which is obviously very outside of the city." Deswegen haben viele das Gefühl, dass sie mehr mit anderen internationalen Student\*innen Kontakt haben, als mit deutschen Student\*innen.

Außerdem wird das Gebiet am Herrenrödchen mit einer unangenehmeren und weniger studentischen Atmosphäre verbunden. Es entsteht der Eindruck, dass der Ort hauptsächlich von einer familiäreren und älteren Bevölkerung bewohnt sei. AfD-Plakate würden in der Umgebung häufiger gesichtet als in der Innenstadt. "In areas around Herrenrödchen, like I feel a little uneasy sometimes. As you move outside, you see more and more AfD posters."

## iiii. Integration

Als eines der herausstechenden Themen der Interviews war die Integration herauszuarbeiten. Sowohl in Bezug auf die Unterstützung der Universität hinsichtlich des Willkommens-Prozesses ausländischer Student\*innen und der Interaktion mit deutschen Student\*innen, als auch die generelle Integration in der Gesellschaft.

#### iiii. Willkommen durch die Uni?

Die Universität spielte in der anfänglichen Integration und der Willkommensheißung der Befragten in Weimar eine sehr unterschiedliche Rolle. Einige fühlten sich sehr willkommen, da die Uni zu Beginn einige Orientierungsveranstaltungen anbot. Die Universität fungiert als Safe Space und ermöglicht das Leben „in a kind of glass globe [...] which is safe and supporting“. Häufig jedoch stellte die Universität als Institution keine Unterstützung dar im anfänglichen Zurechtfinden und Orientieren, was unter anderem auch mit der universitären Auseinandersetzung mit Covid-19 und den daraus entstandenen Schwierigkeiten in Verbindung gebracht wird. Essentiell scheinen vor allem die student tutors und seniors sowie generell die Internationals zu sein, die ausländische Studierende willkommen heißen und sie begleiten.

#### iiiiii. Kontakt zu deutschen Studierenden

Auch die Interaktion und Integration mit deutschen Studierenden wird sehr zwiespältig beschrieben. Es wurden Aussagen getroffen, wie „All German students are really kind people“, die vor allem die Freundlichkeit und Sympathie deutscher Studierender lobten. Auffällig dabei war die häufige Betonung der Offenheit bezüglich der Sprache, weil alle deutschen Studierenden gutes Englisch sprächen, sodass man sich wohlfühlen kann in der Konversation. Sprache und auch Sprachbarrieren spielen folglich eine sehr große Rolle in der Integration. Die Kontaktaufnahme fand vor allem durch Partys oder über Bekannte statt, nicht aber über die Wohnheime. Die Kombination aus Sprachbarriere und fehlender Mischung in den Kursen der Universität macht es dennoch schwierig, mit deutschen Studierenden in Kontakt zu treten. „For the non-German speakers students there is a kind of isolation. There is no chance to penetrate in the zones where you meet more locals.“ Selbst nach Einschreibung in einen deutschsprachigen Kurs, von dem zunächst abgeraten wurde, da es einen extra englischsprachigen Kurs für ausländische Studierende gäbe, ist die Integration beschwerlich. Vor allem, wenn die deutschen Studierenden zusätzlich abweisend und ausgrenzend wirken und auch in Gruppenarbeiten nicht mit ausländischen Studierenden zusammenarbeiten wollen. Situationen, wie die Folgende, verdeutlichen dies:

*„We thought maybe we could speak the language a little bit more but at the end all of the internationals ended up being in groups with other internationals and we felt again a type of rejection from some of the German students. We tried to form groups with other German students, but they had a preference to not to. Some of them were very narrow-minded and ignored us.“*

#### iiiiiii. Integration in der Gesellschaft

„I pretty feel like a foreigner.“ Im Gespräch über die Integrierung in die Gesellschaft wird diese Sichtweise häufig zum Ausdruck gebracht. Neben dem Gefühl der Zurückweisung von Einheimischen und von Menschen mit einer verschlossenen Haltung gegenüber Ausländer\*innen ist vor allem die Ausgrenzung und Isolierung von der deutschen Kultur und Gesellschaft ein großes Problem. Auch hier wird die Sprache als Hindernis benannt: „I feel separated from the society because my German is not good and like I have a kind of superficial experience of living in Weimar or Germany.“ Diese Aussage lässt auch das folgende, oft geteilte Narrativ erkennen: „If you are not German, it is very hard to over time become German“. Diese Ohnmacht, die eine volle Integration in die Gesellschaft nicht zulassen scheint, denn dies müsse von der Gesellschaft ausgehen, erklärt, warum die

Frage, nach einer möglichen Zukunft in Deutschland, eher verneint oder sehr kritisch beantwortet wird: "No matter what I do, some people will always kind of single me out, and that is like the reason why I feel that I'll never be German or I'll never be at home in Germany."

## **Alltagsrassismus**

Die Interviews haben verdeutlicht, dass internationale Student\*innen verstärkt im Alltag Rassismus erfahren. Während der Interviews, haben wir versucht einen tieferen Einblick in die einzelnen Bereiche zu bekommen. Dabei sind verschiedene Hauptpunkte hervorgestochen und diese sind folgende:

### **Öffentlicher Verkehr**

Internationale Student\*innen berichten von Rassismus und Diskriminierung im Öffentlichen Verkehr. In diesem Bereich werden sie regelmäßig mit schwierigen Situationen konfrontiert. Oft geschieht dies durch unangenehme Blicke, Racial Profiling oder respektlose Kommentare durch andere Passagier\*innen, wie zum Beispiel in diesen Situationen:

*"We were going on a train with some of my friends to Erfurt. And the police showed up and they were very far away. They came specifically towards my friend. They asked them "Do you have your Ausweis?" It's weird because normally the police will not randomly go around to ask for Ausweis. It's not something that should happened."*

*"It was very sad. I went with the train from Weimar to Erfurt and there was this very old lady and she kept cursing the entire way. [...] I do speak very good German, but I don't understand cursing. So, I just put on my headset and ignored her. And she continued. It was very embarrassing for the entire ride."*

*"When I enter the bus, and suddenly, even if people don't say anything, [...] people can also communicate beyond language and you can sense the vibe and a little anxious sometimes in these places."*

Aus den drei Beispielen ist festzustellen, dass es als ausländisch gelesene Person schwierig ist, eine Strecke von A nach B gelassen und unkompliziert hinter sich zulegen. Meistens müssen sich die Student\*innen darauf einstellen, dass ihnen während der Fahrt ein rassistischer oder diskriminierender Kommentar oder ein Vorwurf entgegenkommen könnte.

### **Einzelhandel**

Ähnlich wie im öffentlichen Verkehr sieht es auch im Einzelhandel aus. Hier herrscht vor allen Dingen subtiler Rassismus vor. Es wurde berichtet, dass vor allem die Verkäufer\*innen, die sind, die sich rassistisch den Kund\*innen gegenüber äußern. Es wird ihnen häufiger unterstellt, Regeln und Gesetze zu brechen: "We were at the grocery store *Nahkauf*. After we shopped in *Rewe* there was a lady and she thought that we stole some things.". Auffällig oft wurde erwähnt, dass die Verhaltensweise des\*der Kassierer\*in sich ändert, wenn er\*sie zuerst eine ethnisch *weißen* Person bedienen und anschließend BIPOC an der Reihe ist. Ein Beispiel dafür ist folgendes: "If I go to *Edeka* [...], the cashier would be smiling. And once it's my turn they would throw the stuff with an angry look. But it could be simply a grumpy

person. Like you can't say he's racist just because he was grumpy that day." Wie bereits im Zitat erwähnt, ist es schwierig einzuschätzen, ob es sich hierbei um Rassismus handelt oder, ob der\*die Angestellte aufgrund schlechter Laune, auch die Kund\*innen unangemessen bedient.

### **Gesundheitssektor**

Zur Frage, ob Rassismus und Diskriminierung im Gesundheitssektor vorkämen, wurden keine konkreten Aussagen getätigt. „Medication facilities in Weimar is very slow. A friend of mine was in the emergency department for more than 2 hours till the doctor came. That's too long for an emergency. “ Es scheint kaum persönliche Begegnungen mit Angestellten in Arztpraxen oder Krankenhäusern zu geben, in denen es sich um rassistische oder diskriminierende Situationen handelt. Es wird eher das organisatorische System der Einrichtungen kritisiert. Es wird darauf hingewiesen, dass in den Heimatländern, die Patient\*innen und deren gesundheitliche Probleme per se mit mehr Aufmerksamkeit behandelt wird. Es besteht das Gefühl, Ärzte und Kliniken nur mit großem Aufwand kontaktieren zu können. Man sei mehr ein Patient, als eine Person. “It's hard to work with the medical system, it's frustrating; they are not very willing to listen, so in that sense it feels that as a patient they don't look at me as an individual; feels like I do [...] find my own way to treat myself.“

### **Öffentlicher Raum**

Für einige der interviewten internationalen Student\*innen verspricht die universitäre Umgebung Sicherheit. Es herrscht eine studentische Atmosphäre, die internationalen Student\*innen ein vertrautes Gefühl vermittelt. Meistens stehen hier die Menschen der englischen Sprache offener gegenüber, als in anderen Stadtteilen, berichtet eine Studentin: “Other than that, I feel very welcomed. Most of the people are friendly and very nice. Especially in the university atmosphere. From Wielandplatz, coming upwards to Merketal, it's mostly students. So, I can see that most people speak English, if I don't understand anything.“. Es sei jedoch nicht zu verachten, dass trotzdem die nächtliche Atmosphäre der universitären Umgebung bedrohlich wirkt und sich auch rassistische Handlungen abspielen. Wie bereits erwähnt, scheint es in den abgelegeneren Stadtteilen wie Weimar-Nord eine geringere Toleranz gegenüber ausländischen Bewohner\*innen zu geben. Einer der internationalen Studenten spricht über die ängstlichen Gefühle, die er in der Umgebung des Herrenrödchen verspürt: “In areas around Herrenrödchen, like I feel a little uneasy sometimes“. Jedoch erzählt er, dass er diese Art von Angst nicht am Wielandplatz und an der Universität fühlt: “There is a big contrast on how I feel outside the university, from when I move away from the city centre; I can see how in the same city, depending on which neighbourhood or which locality you are in, you can feel the differences there as well.“

Abseits der Innenstadt befinden sich Standorte, die einschüchternd auf internationale Student\*innen wirken. Das Bauhaus-Museum, ist ein Treffpunkt vieler deutscher Jugendlicher. Eine Studentin erzählt, dass dort abends oder nachts “some teenagers come and skateboard. Which is a good place for teenagers to be. But some of them just are there to hang out. There's a corner where you're walking towards the residential area that is behind. I always get called out there, when I'm with my friends. I hate to go to that area.“

## **Lehre**

Von den 1.422 internationalen Student\*innen an der Bauhaus-Universität belegen die meisten ein englischsprachiges Masterstudium. Auch die Student\*innen, die wir interviewten, sind alle Masterstudent\*innen. Sie erzählten, dass die meisten aus dem Ausland kommen, und nur wenige aus Deutschland. Trotz dem großen Anteil an Diversität, scheint es, als hätten einige Professor\*innen kein generelles Verständnis oder Mitgefühl für die ausländischen Student\*innen. In einem Interview berichtet ein Student: "One time I had [...] an argument with a professor. And I felt like the response is not very helpful. It's almost like the professor doesn't want to entertain me with my question. But to another student he was very friendly and helpful." Die Student\*innen fühlen sich während der Lehre ausgeschlossen. Es fällt ihnen schwierig, die Motivation zum Studium zu behalten. Alleine in einem unbekanntem Land mit einer unbekanntenen Sprache zu studieren, ist eine große Herausforderung, der sich die Studierenden gerne stellen. Jedoch kann es entmutigen, wenn die an den Veranstaltungen beteiligten Personen, sei es Student\*innen, Professor\*innen, Dozent\*innen und Tutor\*innen unangebrachte Kommentare oder Verhaltensweisen hervorbringen.

"I started attending a course at the university that is taught in German. I wanted to see how I am doing with German in a more serious ambience. You also can take this course in English, and that is exactly what most of the international students do. With a friend we decided to do it in German [...] Just entering the course, the lecturer told us that this course is in German and that the internationals take it in English. It wasn't a very motivating comment." (Übersetzt vom Spanischen ins Englische)

## **Subtiler / Antizipierter Rassismus**

Die Interviews lassen erkennen, dass nicht nur konkrete rassistische Erfahrungen und Auseinandersetzungen eine große Belastung für internationale Studierende darstellen, sondern vor allem auch der subtile und antizipierte Rassismus, der im Theorie-Teil beschrieben wurde. Die Erfahrung von Geringschätzung unter anderem durch abfällige Blicke und anderen ‚microaggressions‘ und die konstante Befürchtung rassistischer Bedrohung oder Benachteiligung, ist emotional äußerst belastend und führt auch zu extremen Selbstzweifeln. So sprachen die Befragten, wie im folgenden Zitat festzustellen, häufig von dem anfänglichen Gefühl, die diskriminierenden Erfahrungen seien ihre Schuld, da sie sich nicht genug angestrengt hätten oder nicht angemessen verhalten hätten:

"The first few times when I had some bad incident or some negative experiences, I thought it was just my fault. Maybe I am doing something wrong. Maybe I don't understand what I am supposed to do here and that's why I am getting these reactions. But looking back I realized that it was just not my fault."

Auch die Angst vor einer potentiell schlechten Erfahrung verringert die Lebensqualität und erschwert den Alltag maßgeblich, da das ständige Bewusstsein einer möglichen rassistischen bzw. diskriminierenden Erfahrung Betroffene im Tun und Handeln einschränkt und auch psychisch belastet. In den Interviews drückt sich dies aus im Meiden bestimmter öffentlicher Plätze oder Öffentlicher Transportmittel und dem damit verbundenem Mehraufwand und möglicher Umständlichkeit, sowie durch die ständige Begleitung von Angstgefühlen und Unwohlsein.

## 5 Universitäre Strukturen

In einem Expert\*innen-Interview mit einem Vertreter der studentischen Initiative Pol.B wurde immer wieder auf die fehlenden rassismuskritischen Strukturen innerhalb der Universität hingewiesen. Pol.B ist eine offene Gruppe, die aus dem Referat für politische Bildung des Studierendenkonvents (Stuko) der Bauhaus-Universität entstanden ist. Die Gruppe will „einen Beitrag zum Denken und Empowerment an der Bauhaus-Universität“ (Pol.B o.J.) leisten und dabei explizit die Diversität an der Universität berücksichtigen. So organisiert Pol.B Demonstrationen, Vorträge, Lesungen und andere Aktionen, leistet öffentliche Aufklärungsarbeit und steht auch Betroffenen direkt bei. Laut der Gruppe mangelt es an der Universität insbesondere an einer praktisch orientierten Fürsorge-Struktur, an die sich Betroffene von (rassistischer) Diskriminierung wenden können, um dort Hilfe zu erfahren. Im Folgenden sollen deshalb die universitären Strukturen, die speziell im Kontakt mit internationalen Student\*innen stehen und mit Themen wie Diversität, Diskriminierung und Rassismus befasst sind, näher beleuchtet werden.

Grundsätzlich legt die Antidiskriminierungsrichtlinie von 2019 fest, wie mit Diskriminierung an der Bauhaus-Universität verfahren werden soll. Darin werden die jeweiligen Ansprechpersonen für alle Statusgruppen aufgeführt. Für die Student\*innenschaft nimmt die Diversitätsbeauftragte, die im Gleichstellungsbüro der Universität angesiedelt ist, bei Diskriminierungsvorfällen eine wichtige Rolle ein. Sie soll bei erlebter oder beobachteter Diskriminierung beraten und unterstützen. Die Einleitung eines formalen Beschwerdeverfahrens ist möglich, durch das sie dann begleitet. (BUW o.J.a) Seit kurzer Zeit bietet sie ihre wöchentliche offene Sprechstunde im Haus der Studierenden, der M18, an, um möglichst niederschwellig im studentischen Alltag erreichbar zu sein. Das Gleichstellungsbüro bzw. der Bereich Diversität bietet außerdem einen analogen wie digitalen anonymen Briefkasten an, um geschützt Kontakt aufnehmen zu können.

Darüber hinaus gibt es speziell für internationale Student\*innen eine Ombudsperson, die „als Vertrauensperson und zentraler Ansprechpartner für Anregungen sowie Beschwerden aller internationalen Studierenden“ (BUW o.J.b) fungiert und sich als „Vermittler zwischen Universität und Studierenden“ (ebd.) versteht. Diese Funktion hat aktuell Jutta Emes inne, die neben ihrer Professorinentätigkeit die Position der Vizepräsidentin für Internationales, Diversität und Transfer an der Universität begleitet. Ihr Stellvertreter als Ombudsperson ist der Leiter des Dezernats für Internationale Beziehungen bzw. des International Office, Christian Kästner.

Dem International Office kommt für internationale Student\*innen eine weitere wichtige Rolle zu. In aller Regel ist das International Office der erste offizielle Kontakt der ausländischen Student\*innen mit der Bauhaus-Universität nach ihrer Annahme, noch bevor sie überhaupt nach Deutschland kommen. Zu Beginn begleitet das International Office die Neuankömmlinge mit Unterstützungsangeboten, so zum Beispiel diverse (Online-)Workshops. Diese werden zwar häufig nicht so rege besucht, aber trotzdem wurden die Tätigkeiten des International Offices zu Beginn ihres Aufenthalts in Deutschland von mehreren Interviewten positiv bewertet. Nichtsdestotrotz sieht der Vertreter von Pol.B bei den von ihm geforderten Veränderungen in den universitären Strukturen das International Office im Zentrum, um zu gewährleisten, dass es den internationalen Student\*innen dauerhaft adäquat zur Seite stehen kann.

Aktuell nimmt die Bauhaus-Universität mit sechs weiteren Thüringer Hochschulen an einem Audit zum Thema ‚Vielfalt gestalten‘ des Deutschen Stifterverbands teil. Unter dem Motto „Vielfalt fördern – Diskriminierung entgegentreten – Chancengleichheit verwirklichen“ ist das Ziel, eine hochschulspezifische Diversitätsstrategie zu formulieren. Hierzu finden universitätsinterne Workshops wie hochschulübergreifende Diversity-Foren statt. Nach dem Auftaktworkshop im Sommer 2021 haben sich die vier universitätsinternen Arbeitsgruppen „Personalauswahl“, „Unterstützungsangebote und Beschwerdemanagement“, „Diversität in der Lehre“ sowie „Studentische Bottom-up Projekte“ gebildet, die erahnen lassen, in welchen Feldern Probleme im Hinblick auf Diversität identifiziert wurden.

Abseits der offiziellen Strukturen hat sich an der Bauhaus-Universität 2018 eine ad hoc Gruppe gegen Rassismus als Reaktion auf die alljährliche Veröffentlichung des Thüringer Monitors gegründet, der die politischen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung untersucht. In der Folge wurde im Rahmen der Gruppe ein „Offenes Bekenntnis zu einer offenen Gesellschaft“ formuliert und veröffentlicht, das danach von vielen Universitätsangehörigen mitgezeichnet wurde. Darin heißt es: „Somit stehen wir [die Lehrenden, Mitarbeiter\*innen und Studierenden der Bauhaus-Universität Weimar] auf der Schärfe gegen die Ausgrenzung und den Populismus sowie gegen die Hetze oder die Diskriminierung von unseren Mitbürger\*innen. Diskriminierung in jeglicher Form ist Gewalt und sie tut weh. Heutige Diskriminierung ist ebenfalls eine Ursache für zukünftige Gewalt und muss daher heute erkannt, benannt und beendet werden.“ Die ad hoc Gruppe trifft sich weiterhin einmal im Monat, um verschiedenste Aspekte rund um Rassismus in Universität und Gesellschaft zu besprechen und auch um Gegenmaßnahmen, z.B. in Form von Veranstaltungen, zu ergreifen. Als nicht institutionalisiertes Format mit wechselnder Teilnehmer\*innenschaft hat die Gruppe in letzter Zeit allerdings kaum Außenwirkung entfaltet.

Es zeigt sich also, dass durchaus Strukturen, die bei Diskriminierungserfahrungen greifen sollen, vorhanden sind. Allerdings hat sich in den Gesprächen herausgestellt, dass diese zum einen bei den internationalen Student\*innen nur wenig bekannt sind und deshalb auch nur sehr selten aufgesucht werden. Zum anderen gehen die Strukturen an der viel größeren Zahl der Vorfälle, die abseits der Universität geschehen, vorbei. Die Universität als Institution, aufgrund derer die internationalen Student\*innen zumeist überhaupt nach Deutschland gekommen sind, sollte sich deutlich mehr für deren Probleme außerhalb der Universität zuständig fühlen und ihnen beistehen. Dieser Gedanke der Verantwortlichkeit auch abseits der Hochschule wurde sowohl von Pol.B als auch von Interviewten geäußert. Deshalb sollten die bestehenden Strukturen weiterentwickelt werden zu Fürsorge-Strukturen, die sich wirklich kümmern und die auch besser sichtbar bzw. transparenter sind. Alle Universitätsangehörigen, insbesondere auch die deutschen Student\*innen, sollten dazu angeregt werden, in allen Bereichen der Universität und des gemeinsamen Miteinanders einen Geist der Fürsorge zu entwickeln, der nicht an den Grenzen des Campus endet.

Auch das Problem der Sprachbarriere auf universitärer Ebene wird im Interview mit einem Vertreter von Pol.B betont und ihre Auswirkungen auf ausländische Student\*innen aufgezeigt. Er betrachtet Sprache als ein Werkzeug, das genutzt werde, um Menschen zu unterdrücken, indem sie Personen in verschiedenen Ebenen der Gesellschaft ausgrenzen. Dadurch gestaltet sich zum Beispiel auch die Beteiligung an der Hochschulpolitik schwierig, da man allein aufgrund der Sprache von der Teilhabe ausgeschlossen werde.



## 6 Fazit

Die Erforschung der Frage, welche rassistischen Erfahrungen ausländische Student\*innen in Weimar machen, zeigt auf, wie komplex und facettenreich sowohl die Erscheinungsformen, die Erfahrungen als auch die Auswirkungen von Rassismus sein können. Allein schon die Definition des Wortes weist äußerst viele verschiedene Sichtweisen auf, die auch unter anderem auch der intersektionalen Betrachtungsweise Gehör verschafft. Der Großteil der geschilderten Erfahrungen ließ sich zwar relativ gut in die vier Schlüsselpunkte Wohnsituation, Integration, Alltagsrassismus und Subtilen bzw. Antizipierten Rassismus unterteilen, dennoch war das Erlebte sehr unterschiedlich konnotiert und mit verschiedenen Wahrnehmungen verbunden. Im Gegensatz zum allgemeinen Fokus in der Gesellschaft auf groben Rassismus lässt sich in den Interviews, vor allem die schwerpunktliche Auseinandersetzung mit subtilem und antizipiertem Rassismus in Form von 'microaggressions' und generell mit Alltagsrassismus erkennen. Diese Art von Rassismus scheint vor allem auch beim Thema Integration eine große Rolle zu spielen bei der Frage nach einer potentiellen Zukunft in Deutschland, der oft äußerst kritisch gegenübergestellt wird. Die dauerhaft geprägte Gefühlswelt und die konstante Angst oder das Unwohlsein im Hinterkopf, dass etwas Schlimmes passieren könnte, ist emotional sehr belastend. Im Zusammenspiel mit der häufigen Komplexität im Finden eines Zuhauses, welches weder räumlich noch sozial isoliert ist, ist es mehr als verständlich, sich von der Gesellschaft ausgegrenzt zu fühlen.

Dennoch muss man sagen, dass die Interviewte sich dennoch oft sehr wohl in ihrem Umfeld und generell in Weimar fühlen. Gerade im universitären Kontext und im Zentrum Weimars ist ein hohes Sicherheitsgefühl wahrzunehmen, aber auch das Schließen von engen Freundschaften, trägt hierzu bei.

Hierbei muss man natürlich hinterfragen, ob die Interviews den vollen Umfang widerspiegeln, da in einem Gespräch mit Fremden über ein derart sensibles Thema sicher nicht alles geteilt wird, was einen belastet. Einige hatten ein großes Bedürfnis über das Thema Rassismus und Diskriminierung zu sprechen und ihre Erfahrungen und Gedanken zu teilen. Aber auch hier gibt es Grenzen der Intimität. Das volle Ausmaß ist demnach nie ganz zu erfassen.

Deswegen ist der Austausch in einem ständigen rassismuskritischen Diskurs extrem wichtig. Nach Melter und Mecheril ist das Ziel dabei Strukturen, Praktiken und Institutionen, welche von Rassismus geprägt sind, zu erkennen und dringend zu beurteilen, entkräftigen und vereiteln. Unter der Perspektive der Dekolonisierung soll dies die Wurzeln des heutigen Rassismus in den verschiedensten politischen, sozialen und ökonomischen Abläufen des Kolonialismus anerkennen. Gerade Universitäten und Hochschulen stehen in der Verantwortung, Orte und Möglichkeiten zu schaffen, deren Ziel die Analyse und Forschung gesellschaftlicher und rassistischer Strukturen und Verhältnisse ist und gegen diese vorzugehen. Die Abwehr, Tabuisierung und Verlagerung des Themas und der Diskussion, um sich der Verantwortung zu entziehen und unschuldig zu bleiben, ist inakzeptabel. Inwiefern die Bauhaus-Universität als Institution in diesen rassismuskritischen Diskurs involviert ist, ist als konträr zu beschreiben. Einerseits scheint es, als sei sich Universität über die Wichtigkeit des Themas und der Diskussion im Klaren. Sie bietet Willkommens- und Orientierungskurse an, stellt sich bereit für informellen Interviews beziehungsweise

Vorgespräche und ist interessiert am Aufstellen quantitativer Studien, um mit konkreten Fakten arbeiten zu können, die im Austausch mit anderen Institutionen wohl mehr Gewicht haben. Andererseits stellt sich die Frage, warum derartige Studien dann nicht selbst in Auftrag gegeben werden, sondern von Student\*innen aus einem Studienprojekt gewünscht werden. Warum folgt den verbalen Bemühungen nur wenig konkrete Umsetzung? Die generelle Offenheit einem rassismuskritischen Diskurs gegenüber ist zunächst ein guter Ansatz. Aber faktisch fehlt die Diversität in den Universitäts-Strukturen, die die nötige Sensibilität mitbringt, um sich mit derartig intimen Themen auseinanderzusetzen. Auch die Sprache stellt immer noch eine konstruierte Barriere dar, die Menschen ausschließt und unterdrückt. Der Rassismus geht zwar nicht primär von der Universität aus, sondern ist vor allem ein gesellschaftliches Problem, und auch die Bauhaus-Universität hat nicht die Mittel, dem ein Ende zu bereiten, aber sie steht dennoch in der Pflicht, zumindest einen Anfang zu machen. Die Bauhaus-Universität ist vor allem verantwortlich dafür, den internationalen Student\*innen adäquate Strukturen zur Orientierung und Unterstützung zu bieten und Rassismuskritik zum Thema zu machen, da sie Gastgeberin und Aufnahmeinstitution ist. Und zwar nicht aufbauend auf studentischem und oft auch ehrenamtlichem Engagement, sondern in einer institutionalisierten Form, die trotzdem ansprechend und einladend sein soll. An unserer Universität ist diese Fürsorge-Struktur zu wenig ausgeprägt. Mit den Worten eines\*r Vertreter\*in der studentischen Initiative Pol.B: "If we do not care for each other, how will we develop a society, that has the value of integrity, of humanity?". Es gibt bereits Bemühungen und Angebote in Form von anfänglichen Orientierungskursen oder einem regelmäßigen Angebot von Sprechstunden mit der Diversitätsbeauftragten. Das Problem ist jedoch die fehlende Präsenz und Transparenz, vor allem aber die fehlende Attraktivität, diese vorhandenen Strukturen auch nutzen zu wollen und sich dabei wohlfühlen. Es müssen Wege gefunden werden, die Fürsorge-Strukturen zu erweitern und zugänglicher zu machen. Dafür ist es auch wichtig, sowohl an der persönlichen als auch an der institutionellen Einstellung zu arbeiten. Nicht nur die Strukturen müssen optimiert werden, sondern es muss vor allem auch der Wille da sein, um sich gegenseitig zu unterstützen und gemeinsam gegen Rassismus zu kämpfen. Die Universität alleine kann diesen Kampf nicht gewinnen, aber sie kann ihren Student\*innen beistehen, sie dabei unterstützen und sich politisch laut und bestimmt gegen Rassismus positionieren.

In diesem Zuge verdient vor allem auch die Erforschung von kolonialen Strukturen im universitären Kontext und konkret an der Bauhaus-Universität mehr Aufmerksamkeit, um Strukturen und Praktiken, welche von Rassismus geprägt sind, zu erkennen, beurteilen, entkräften und vereiteln. Besonders interessant hinsichtlich der hier diskutierten Forschungsfragen wäre sicherlich auch die Untersuchung der Hochschule für Musik FRANZ LISZT, die einen weitaus höheren Teil an internationalen Studierenden verzeichnet. Genauso hätte auch das Interviewen von ERASMUS-Studierenden sicher neue Perspektiven aufgezeigt und eine Gegenüberstellung ermöglicht. Hierfür fehlten allerdings die Zeit und die Mittel.

## 7 Ziele und Forderungen

Mithilfe des Einblicks in die Erfahrungen der internationalen Studierenden und des Verständnisses der universitären Strukturen, ist es uns gelungen, einige Ziele und Forderungen herauszuarbeiten, die nicht nur rassistischen Strukturen entgegenwirken, sondern auch internationale Studierende im Laufe ihres Studiums unterstützen sollen. Wie bereits erwähnt gibt es bereits Bemühungen der Universität, Diskriminierung entgegen zu wirken. Jedoch erreichen diese die internationalen Studierenden oft nicht, weil sie nicht präsent, transparent und ansprechend genug sind.

Universitäten sind als traditionelle Bildungsinstitutionen Teil des dominanten Systems innerhalb des gesellschaftlichen, von Rassismus geprägten Machtverhältnisses. Daher ist eine öffentliche Positionierung der Universität gegen Rassismus einer der ersten Schritte. So können transparente und niederschwellige Wege zur verbesserten Kommunikation der Problematiken gefunden werden. Zunächst sollte statt von "ethnischer, kultureller und religiöser Benachteiligung" konkret von Rassismus gesprochen werden, und somit das Problem beim Namen genannt werden. Mithilfe besserer Kommunikation können realitätsnahe Situationen ans Licht gebracht werden, wie beispielsweise die unausgesprochene rassistische Aufteilung der Studierenden in den Studierendenwerken nach Herkunft. So fordert Pol.B im Gespräch an dieser Stelle unter anderem dekoloniale, anti-koloniale sowie anti-rassistische Workshops für das gesamte Hochschulpersonal. (Anti-)Rassismus-Workshops sollten dabei nicht wie bisher von *weißen* Personen abgehalten werden, die die Probleme der Betroffenen nicht aus eigener Erfahrung nachvollziehen könnten.

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes empfiehlt eine breite Bereitstellung von Informationsmaterial zum Thema Rassismus und Diskriminierung (Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2014: 19). Für die Bekämpfung der Alltagsprobleme ist eine verbesserte Integration ins Studium notwendig. Zu Beginn sollten alle ausländische Studierende, bei ihrer Einweihung in die Universität, auf eine rücksichtsvolle und angepasste Art und Weise über ihre Rechte und Unterstützungsmöglichkeiten informiert werden. Es ist wichtig, dass diese in mehrsprachiger Form vorliegen und an zentralen Orten wie in der Universität, an der M18 und in der Bibliothek veröffentlicht werden. Die Informationsmaterialien sollten nicht nur gedruckt sondern auch als permanenter Link online zu Verfügung gestellt werden. Eine weitere Informationsquelle können Aufklärungsstände auf dem Campus in der Willkommenswoche sein, in der internationale Tutor\*innen sowohl deutsche als auch ausländische Neuankömmlingen mit genügend Information bereitstellen, um sie über das Thema zu informieren und sensibilisiert zu werden. Eine bessere Vernetzung und ein größeres Verständnis von *weißen*, deutschen Studierenden, kann die Beziehung zwischen allen Studierenden der Bachelor und Master Studiengänge und den englisch- und deutschsprachigen Studierenden verbessern. Dadurch wird die Trennung der Studierende vermieden oder zumindest verkleinert, die es an der Universität gibt.

Im Leitfaden des Diskriminierungsschutzes wird von „Diversity-Strategien“ gesprochen. Unter anderem wird von einem Organisations- und Personalentwicklungsinstrument gesprochen, das „zu höherer Effizienz und Kreativität in Arbeitsprozessen, bessere Zielgruppenorientierung und mehr sozialer Gerechtigkeit“ führen soll

(Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2014: 13). Deshalb sollte die Universität unter anderem Strategien entwickeln, die Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen ansprechen. Hierbei gilt es, dass eine Ordnungsgemäße Struktur der Personalauswahl zu Stande kommen sollte, insbesondere für Angestellte im International Office. Darüber hinaus wären die Anwerbung und Einstellung von BIPOC-Dozent\*innen erforderlich, um deren Perspektiven sowie Mitwirkung an der Wissensproduktion zu stärken. Zudem wird auch die Wissensproduktion nicht mehr überwiegend aus einer *weißen*, hegemonialen Perspektive und Erfahrungswelt betrieben.

Generell muss es eine transparentere und öffentlich zugänglichere Fürsorge-Struktur an der Universität geben. Mit der Optimierung der bereits bestehenden Mittel, ist es möglich, auf die Alltagsprobleme der ausländischen Studierenden einzugehen und sie mit adäquateren Strukturen zu unterstützen.

## Literaturverzeichnis

- ADRIANS, Frauke (2011): Bauhaus-Uni ist internationale Hochschule des Jahres. URL: <https://www.thueringer-allgemeine.de/kultur/kulturpolitik/bauhaus-uni-ist-internationale-hochschule-des-jahres-id218047773.html> (letzter Zugriff am 01.03.2022).
- ANTIDISKRIMINIERUNGSSTELLE DES BUNDES (Hrsg.) (2014): Leitfaden: Diskriminierungsschutz an Hochschulen. Ein Praxisleitfaden für Mitarbeitende im Hochschulbereich. [https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Diskriminierungsfreie\\_Hochschule/leitfaden\\_diskriminierung\\_hochschule\\_20130916.pdf;jsessionid=3FA473E63CD2EE18FC68321D9DE0A1B4.intranet221?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Diskriminierungsfreie_Hochschule/leitfaden_diskriminierung_hochschule_20130916.pdf;jsessionid=3FA473E63CD2EE18FC68321D9DE0A1B4.intranet221?__blob=publicationFile&v=3) (letzter Zugriff am 02.02.2022).
- APOLINARSKI, Beate; BRANDT, Tasso (2018): Ausländische Studierende in Deutschland 2016. URL: [https://www.studentenwerke.de/sites/default/files/se21\\_ba-bericht\\_web\\_18\\_06\\_25.pdf](https://www.studentenwerke.de/sites/default/files/se21_ba-bericht_web_18_06_25.pdf) (letzter Zugriff am 11.02.2022).
- ASBROCK, Frank; KAISER, Vera; POLLMANN, Claas; CORLETT, Daniel (2019): Diskriminierungserfahrungen und ihre Folgen für die Betroffenen. Eine Befragung unter Chemnitzer Studierenden nach den Ausschreitungen in Chemnitz 2018. In: Friese, Nolden, Schreiter (Hrsg.), 179-193.
- AUMA, Maisha-Maureen (2018): Rassismus: eine Definition für die Alltagspraxis. URL: <https://raa-berlin.de/wp-content/uploads/2019/01/RAA-BERLIN-DO-RASSISMUS-EINE-DEFINITION-FÜR-DIE-ALLTAGSPRAXIS.pdf> (letzter Zugriff am 11.02.2022).
- BATTAGLIA, Santina; KRUSE, Otto (1999): „Legt euch in den Kühlschrank, dann wißt ihr wie das hier ist“. Erfahrungen ausländischer Studierender in Thüringen. Eine Fragebogen- und Interviewstudie. Erfurt: Büro des Ausländerbeauftragten der Thüringer Landesregierung.
- BAUM, Markus; BREIDUNG, Julia Maria; SPETSMANN-KUNSEL, Martin (Hrsg.): Rechte Verhältnisse in Hochschule und Gesellschaft. Rassismus, Rechtspopulismus und extreme Rechte zum Thema machen. Verlag Barbara Budrig,
- BEIGANG, Steffen; FETZ, Karolina; KALKUM, Dorina; OTTO, Magdalena (2017): Diskriminierungserfahrungen in Deutschland. Ergebnisse einer Repräsentativ- und Betroffenenbefragung. Baden-Baden: Nomos.
- BHAMBRA, Gurminder K. (2007): Rethinking Modernity. Postcolonialism and the Sociological Imagination. Basingstoke. Palgrave Macmillan.
- BHAMBRA, Gurminder K.; GEBRIAL, Dalia; NIŞANCIOĞLU, Kerem (Hrsg.) (2018): Decolonising the University. London. Pluto Press.
- BHAMBRA, Gurminder K.; GEBRIAL, Dalia; NIŞANCIOĞLU, Kerem (Hrsg.) (2018): Introduction: Decolonising the University? 1-18.
- [BMJV] BUNDESMINISTERIUM DER JUSTIZ UND FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ (Hrsg.) (2017): Das Internationale Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (ICERD) vom 21. Dezember 1965. URL: [https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/PDF/DB\\_Menschenrechtsschutz/ICERD/ICERD\\_Konvention\\_und\\_Allgemeine\\_Empfehlungen.pdf](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/PDF/DB_Menschenrechtsschutz/ICERD/ICERD_Konvention_und_Allgemeine_Empfehlungen.pdf) (letzter Zugriff am 12.02.2022).
- BRODEN, Anne; MECHERIL, Paul (Hrsg.) (2007): Re-Präsentationen. Dynamiken der Migrationsgesellschaft. Düsseldorf: IDA-NRW.

[BUW] BAUHAUS-UNIVERSITÄT WEIMAR (Hrsg.) (o.J.a): Beratung und Unterstützung bei erlebter oder beobachteter Diskriminierung. URL: <https://www.uni-weimar.de/de/universitaet/struktur/zentrale-einrichtungen/bereich-diversitaet/beratung-bei-diskriminierung/> (letzter Zugriff am 11.02.2022).

[BUW] BAUHAUS-UNIVERSITÄT WEIMAR (Hrsg.) (o.J.b): Ombudsperson. URL: <https://www.uni-weimar.de/de/universitaet/international/nach-weimar/vollstudium/ombudsperson/> (letzter Zugriff am 11.02.2022).

CRENSHAW, Kimberlé (1989): Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics. URL: <http://chicagounbound.uchicago.edu/uclf/vol1989/iss1/8> (letzter Zugriff am 12.02.2022).

[DAAD] DEUTSCHER AKADEMISCHER AUSTAUSCHDIENST (Hrsg.) (2014a): Ergebnisbericht zur Evaluierung des DAAD-Programms „STIBET I und STIBET III Matching Funds“. URL: [https://www.daad.de/medien/der-daad/medien-publikationen/publikationen-pdfs/2014-06\\_stibet\\_00\\_dokmat\\_bd76.pdf](https://www.daad.de/medien/der-daad/medien-publikationen/publikationen-pdfs/2014-06_stibet_00_dokmat_bd76.pdf) (letzter Zugriff am 12.02.2022).

[DAAD] DEUTSCHER AKADEMISCHER AUSTAUSCHDIENST (Hrsg.) (2014b): Ausländische Studierende fühlen sich in Deutschland wohl. URL: <https://www2.daad.de/presse/pressemitteilungen/de/31191-auslaendische-studierende-fuehlen-sich-in-deutschland-wohl/?page=1&d=2014-11-13> (letzter Zugriff am 12.02.2022).

DEUTSCHES STUDENTENWERK (Hrsg.) (o.J.): Studierendenmobilität. Internationalisierung in Zahlen. URL: <https://www.studentenwerke.de/de/content/internationalisierung-zahlen> (letzter Zugriff am 11.02.2022).

FOROUTAN, Naika; GEULEN, Christian; ILLMER, Susanne; VOGEL, Klaus; WERNING, Susanne (Hrsg.) (2018): Das Phantom "Rasse". Zur Geschichte und Wirkungsmacht von Rassismus. Bonn: bpb.

FRIESE, Heidrun; NOLDEN, Marcus; SCHREITER, Miriam (Hrsg.) (2019): Rassismus im Alltag. Theoretische und empirische Perspektiven nach Chemnitz. Bielefeld: transcript.

GEBRIAL, Dalia (2018): Rhodes Must Fall. Oxford and Movements for Change. In: Bhabra, Gebrial, Nişancioğlu. Decolonising the University. London. 19-38.

GOSEPATH, Stefan; HINSCH, Wilfried; RÖSSLER, Beate (Hrsg.) (2008): Handbuch der politischen Philosophie und Sozialphilosophie, Bd 2., N-Z. Berlin: de Gruyter.

GUTIERREZ RODRIGUEZ, Encarnación (2018): Institutioneller Rassismus und Migrationskontrolle in der neoliberalen Universitäten am Beispiel der Frauen- und Geschlechterforschung. In: Laufenberg, Erlemann, Norkus, Petschick, (Hrsg.): Prekäre Gleichstellung. Geschlechtergerechtigkeit, soziale Ungleichheit und unsichere Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft, Wiesbaden. Springer. 101-128.

GUTIERREZ RODRIGUEZ, Encarnación; HA, Kien Nghi; HUTTA, Jan; KESSÉ, Emily Ngubia; LAUFENBERG, Mike; SCHMITT, Lars (2016): Rassismus, Klassenverhältnisse und Geschlecht an deutschen Hochschulen. Ein runder Tisch, der aneckt. sub/urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung, 4, 2/3, 161-190, <https://zeitschrift-suburban.de/sys/index.php/suburban/article/view/262/414> (letzter Zugriff am 02.02.22)

HASENJÜRGEN, Brigitte (2021): Rassismus an der Hochschule. Was tun für eine rassismuskritische Hochschulentwicklung?. In: Baum, Breidung, Spetsmann-Kunsel (Hrsg.), 271-290.

ICAZA, Rosalba; VÁZQUEZ, Rolando (2018): Diversity or Decolonisation?. Researching Diversity at the University of Amsterdam. In: Bhabra, Gebrial, Nişancioğlu (Hrsg.), 108-128.

KERNER, Ina (2008): Rassismus. In: Gosepath, Hinsch, Rössler (Hrsg.), 1047-1051.

KILOMBA, Grada (2013): Plantation Memories: Episodes of Everyday Racism. Münster: Unrast-Verlag.

- LAUFENBERG, Erlemann, NORKUS, Petschick, (Hrsg.): Prekäre Gleichstellung. Geschlechtergerechtigkeit, soziale Ungleichheit und unsichere Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft, Wiesbaden. Springer.
- MALLMANN, Weena; PASCHERT, Insa; WILDEN, Annika (2021): Rassismus und Diskriminierung im Hochschulkontext. Reflexionen im Spannungsfeld von Handlungsfähigkeit und Verunsicherung. Baum, Breidung; Spetsmann-Kunsel (Hrsg.), 315-348.
- MECHERIL, Paul (1997): Rassismuserfahrungen von Anderen Deutschen – eine Einzelfallbetrachtung. In: Mecheril, Teo (Hrsg.), 175-201.
- MECHERIL, Paul; MELTER, Claus (2010): Gewöhnliche Unterscheidungen. Wege aus dem Rassismus. In: Andrese, Hurrelman, Palentien, Schröer (Hrsg.), 150-178.
- MECHERIL, Paul; TEO, Thomas (Hrsg.) (1997): Psychologie und Rassismus. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- MELTER, Claus; MECHERIL, Paul (Hrsg.) (2011): Rassismuskritik. Rassismustheorie und -forschung. Frankfurt a.M.: Wochenschau Verlag.
- MESSERSCHMIDT, Astrid (2010): Distanzierungsmuster. Vier Praktiken im Umgang mit Rassismus. In: Broden, Mecheril (Hrsg.), 41-57.
- MILES, Robert (1991): Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs. Hamburg: Argument.
- PETE, Shauneen (2018): Meschachakanis, a Coyote Narrative: Decolonisin Higher Education. In: Bhambra, Gebrial, Nişancioğlu (Hrsg.), 173-189.
- POL.B (Hrsg.) (o.J.): Herzlich Willkommen zu Pol.B. URL: <https://polb.bau-ha.us/> (letzter Zugriff am 12.02.2022).
- POPAL-AKHZARATI, Karima (2019): Inkludierte Exkludierte. Studentische Verhandlungsweisen von Rassismus und Rassismuserfahrungen. Göttingen: Universitätsverlag Göttingen.
- RICHARDSON, William Jamal (2018): Understanding Eurocentrism as a Structural Problem of Undone Science. In: Bhambra, Gebrial, Nişancioğlu (Hrsg.), 231-248.
- ROMMELSPACHER, Birgit (2011): Was ist eigentlich Rassismus? In: Melter, Mecheril (Hrsg.), 25-38.
- SCHNEIDER, Christian (2010): Besichtigung eines ideologisierten Affekts: Trauer als zentrale Metapher deutscher Erinnerungspolitik. In: Jureit, Ulrike; Schneider, Christian (Hrsg.): Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung, Stuttgart, 105-212.
- SCHRÖDTER, Mark (2007): Die Objektivität des Rassismus. Anerkennungsverhältnisse und prekäre Identitätszumutungen. In: Broden, Mecheril (Hrsg.), 69-94.
- STADT WEIMAR (Hrsg.) (2021): Statistisches Jahrbuch 2020. URL: [https://stadt.weimar.de/fileadmin/redaktion/Dokumente/ueber\\_weimar/statistik/jahrbuecher/JB\\_2020.pdf](https://stadt.weimar.de/fileadmin/redaktion/Dokumente/ueber_weimar/statistik/jahrbuecher/JB_2020.pdf) (letzter Zugriff am 11.02.2022).
- TERKESSIDIS, Mark (2004): Die Banalität des Rassismus. Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive. Bielefeld: transcript.
- TERKESSIDIS, Mark (2018): Rassismus definieren (1998/2017). In: Foroutan, Geulen, Illmer, Vogel, Wernsing (Hrsg.), 65-82.
- TERKESSIDIS, Mark (2019): Wessen Erinnerung zählt? Koloniale Vergangenheit und Rassismus heute. Hamburg. Hoffman und Campe Verlag.

THÜRINGER LANDESAMT FÜR STATISTIK (Hrsg.) (o.J.): Studierende insgesamt im Wintersemester nach Hochschularten, Hochschulen und Fächergruppen in Thüringen. URL: <https://statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=nt001313%7C%7C> (letzter Zugriff am 12.02.2022).

VAN LAAK, Claudia (2014): Umfrage / Ausländische Studierende klagen über Schwierigkeiten. URL: <https://www.deutschlandfunk.de/umfrage-auslaendische-studierende-klagen-ueber-100.html> (letzter Zugriff am 11.02.2022).



## **03| Rassistische Stereotypisierung in der medialen Berichterstattung**

Die Thüringer Allgemeine und ihr Beitrag zu einer rassistischen Gesellschaft

Lilith Nolden

Rebecca Hausner

Timon Jahn

## 1 In einer rassistischen Gesellschaft ist Berichterstattung nicht objektiv

Seit das Coronavirus die chinesische Stadt Wuhan verließ, begann die Berichterstattung über COVID-19 und der Anstieg anti-asiatischen Rassismus. Stigmatisierende Begriffe in der deutschen Medienlandschaft stellten die Viruserkrankung als etwas speziell Chinesisches dar (Victoria 2020: o.S.). Die mediale Berichterstattung verstärkt die Diskriminierung, der sich Betroffene ausgesetzt sehen, wie auf Plattformen wie [ichbinkeinvirus.org](http://ichbinkeinvirus.org) umfangreich dokumentiert wurde (Ich bin kein Virus - Dein Netzwerk gegen Rassismus 2021: o.S.). Die (post)migrantische Selbstorganisation [korientation.de](http://korientation.de) erklärte deswegen:

„Mediale Berichterstattung ist nicht unschuldig und wir appellieren an die Verantwortung aller Medienschaffenden, diskriminierungssensibel, differenziert und selbstreflexiv zu arbeiten und Menschengruppen nicht zu stigmatisieren.“ (korientation. Netzwerk für Asiatish-Deutsche Perspektiven e. V. o.J.: o.S.)

Unter anderem kritischen Medienanalysen zum Dank regte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) am 1. Juni 2021 an, Virusvarianten nicht mehr nach dem Land des ersten Nachweises, sondern nach griechischen Buchstaben zu benennen (WHO 2021: 4). Stigmatisierungen und Diskriminierungen soll damit entgegengewirkt werden (ebd.)

Die Berichterstattung über die Coronapandemie belegt beispielhaft, dass Medienschaffende mit ihrer Deutungshoheit die menschliche Wahrnehmung der Umwelt und Mitmenschen mitprägen. Journalist\*innen verfügen mit Stereotypisierungen über einen Mechanismus, mit dem sie personen(gruppen)bezogene Informationen effizient vermitteln und den Zeitdruck, unter dem sie stehen, bewältigen können. Stereotype als relativ starre, kognitive Repräsentationen einer Gruppe drängen die Einzigartigkeit von Individuen in den Hintergrund, wodurch Kommunikation vereinfacht wird und komplexe Sachverhalte sowie umfangreiche Hintergründe in einem 1,30 Statement<sup>1</sup> oder einem einzelnen Bild verarbeitet werden können (Stürmer/Siem 2020: 52).

Das Beispiel verdeutlicht allerdings auch, dass Stereotype Rassismus legitimieren und reproduzieren. Dem Rassismus liegt als Machtverhältnis zugrunde, dass anhand von biologischen, kulturellen und sozialen Aspekten bestimmte - tatsächliche oder fiktive - gruppenbezogene Distinktionsmerkmale konstruiert werden, die die Einteilung in Zugehörigkeit und Fremdheit in einer Gesellschaft ordnen (Attia 2014: o.S.). Der Soziologe Stuart Hall (2004: 158) schreibt der Praktik der Stereotypisierung eine wesentliche Funktion bei Aufrechterhaltung sozialer und symbolischen Ordnungen wie dem Rassismus zu. Der Mechanismus reduziert, essentialisiert und naturalisiert das Wesen einer Person und fixiert zugleich Distinktion (ebd.). Er setzt symbolische Grenzen der Normalität fest, die kennzeichnen, was anormal, unakzeptabel ist und nicht dazugehört (ebd.). Gerade bei großen Ungleichheiten in der Machtverteilung werden Stereotypisierungen wirkungsvoll (ebd.: 159). Macht ist gewöhnlicherweise gegen die untergeordnete oder ausgeschlossene Gruppe gerichtet, während die Vormachtstellung hegemonialer Gruppen durch Praktiken

---

<sup>1</sup> Das „1,30 Statement“ ist in den Medien ein feststehender Begriff, der die Anpassung von Nachrichteninhalte auf eine vorgegebene Beitragslänge meint (Schielicke/Odermann 2015: 114). Eine tiefgründige Auseinandersetzung mit komplexen Themenbereichen wird somit verhindert (ebd.).

wie die Stereotypisierung über breite Zustimmung verfügt und als natürlich, geradezu unvermeidbar wirkt (ebd.).

Journalismus folgt der Maxime, neutral und objektiv zu berichten. Die vielen Erfahrungsberichte der diskriminierten Menschen auf der Website [ichbinkeinvirus.org](http://ichbinkeinvirus.org) verdeutlichen allerdings, dass dieses Prinzip in der journalistischen Praxis nicht immer verwirklicht wird. Der News-Bias-Ansatz, ein Konzept der Kommunikationsforschung, bietet dafür eine Erklärung. Ihm zufolge fließen persönliche Zielstellungen der Journalist\*innen in ihre Texte ein und verursachen dadurch „Unausgewogenheiten, Einseitigkeiten und politische Tendenzen“ (Beyer 2007: 7) in Berichterstattungen. Dieser Prozess kann sowohl bewusst als auch unbewusst stattfinden (ebd.) und wird beeinflusst von der individuellen Position, dem redaktionellen Umfeld und gesellschaftlichen Faktoren (FremdWort 2012: 18). Die Folge dessen ist, dass die Rezipient\*innen des Artikels eine voreingenommene Interpretation des Ereignisses erhalten (Beyer 2007: 7). Vor dem Hintergrund der rassistischen Gesellschaftsverhältnisse, in denen Journalist\*innen sozialisiert werden, resultiert die grundlegende Annahme, dass Berichterstattungen rassistische Stereotype (re)produzieren und verbreiten.

In einem Lehr-Forschungsprojekt über den alltäglichen und strukturellen Rassismus in Weimar möchten wir den Ursachen aber auch den Folgen dieser gesellschaftlichen Ordnung auf den Grund gehen. Dazu wurden die Ausgaben der Thüringer Allgemeine (TA) mit den Lokalteilen aus Weimar und Apolda untersucht, die vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 erschienen sind. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage:

„Wie werden in der Thüringer Allgemeinen für Weimar in inhaltlichen wie auch in sprachlichen und formalen Beitragsmerkmalen rassistische Stereotype (re)produziert?“

Wie das nachfolgende Kapitel zum Forschungsstand zeigt, reihen wir uns mit dieser Frage neben zwei Studien über die TA ein, die in den Jahren 2000 und 2012 publiziert wurden. Sowohl im danach folgenden Teil zur Methodik als auch im Hauptteil der Arbeit, die qualitative Auswertung, wird klar, dass diese Regelmäßigkeit, mit der die Berichterstattungen untersucht werden, eine wichtige Orientierung gibt.

## **2 Rassistischen Stereotypisierung ist in der TA kontinuierlich**

Bereits im Jahr 2000 wurde das „Ausländerbild“ (Meißner/Ruhrmann 2000: 1) in den Thüringer Tageszeitungen von Betina Meißner und Georg Ruhrmann erstmals untersucht. Die Forschungsgruppe kam zum Ergebnis, dass die Zeitungen – die TA, die Thüringische Landeszeitung (TLZ), die Ostthüringer Zeitung und Freies Wort – „ein eher negatives Bild der hier lebenden Migranten verbreiten“ (ebd.: 64) Weiter im Text heißt es: „Ausländer, vor allem Flüchtlinge und Asylbewerber, treten weitgehend als körperlose Masse auf“ (ebd.). Die Autor\*innen der Studie regen an, Migrant\*innen in der Berichterstattung vermehrt als „sozial autonome, politische Subjekte hörbar und sichtbar“ (ebd.: 65) darzustellen und dadurch „positive Identifikationsmöglichkeiten“ (ebd.: 66) zu schaffen.

Nachdem 2011 *Döner-Morde* zum Unwort des Jahres ernannt wurde, untersuchte auch die Forschungsgruppe FremdWort vier verschiedene deutsche Tageszeitungen, darunter die TA, hinsichtlich stereotyper Berichterstattungen über ethnische Gruppen. Die

Forschungsgruppe kam zum Ergebnis, dass Journalist\*innen bei ihrer Berichterstattung auf Stereotype zurückgreifen. Dabei sei jedoch nicht klar, ob sich die Medienschaffenden in jedem Fall bewusst seien, „wann ein Stereotyp als Basis für Vorurteile dient und ein bestimmtes Bild einer ethnischen Gruppe in den Köpfen der Leser verankert“ (FremdWort 2012: 42).

Die Forschungsgruppe beobachtete, im Vergleich zur Studie von Meißner und Ruhrmann zehn Jahre zuvor, einen etwas sensibleren Umgang mit diskriminierungsanfälligen Formulierungen. Journalisten seien sich bewusster geworden, welche Rolle sie im gesellschaftlichen Diskurs spielen und welche Verantwortung sie tragen. Durch Interviews mit Journalist\*innen hat die Forschungsgruppe ermittelt, dass es durchaus einen Austausch über die mögliche Wirkung ihrer Begriffsbildungen gebe (FremdWort 2012: 140). Die im Rahmen dieser Studie durchgeführten Interviews sind bereits zehn Jahre alt. In einigen Fällen fanden wir es trotzdem sinnvoll, uns auf die Ergebnisse zu beziehen, da sich einzelne Aussagen auch mit unseren Erkenntnissen decken. Damals wie heute ist es notwendig, dass sich Medienschaffende immer wieder mit ihrer Verantwortung und ihrer Rolle auseinandersetzen.

### **3 Ein Codiersystem dient der Identifizierung von Stereotypen**

Um die Forschungsfrage zu beantworten, verfolgten wir, die Forschungsgruppe, grundsätzlich den induktiven Forschungsansatz der Grounded Theory. Dabei handelt es sich um eine ergebnisoffene Aneinanderreihung von methodischen Operatoren, die eine Theoriebildung auf Grundlage von Daten ermöglicht (Universität Leipzig o.J.: o.S.). Die Besonderheit des Ansatzes liegt darin, dass zunächst Daten gesammelt werden und daraus eine Theorie entwickelt wird (ebd.). Der Anspruch der vorliegenden Arbeit ist jedoch nicht, dabei eine von Grund auf neue Theorie zu entwickeln. Das Ziel liegt vielmehr darin, die Zusammenhänge der gesammelten Daten darzustellen und mit bereits bestehen Theorien zu verknüpfen.

Zunächst legten wir das Datenmaterial fest, dass untersucht werden sollte, um den groben Rahmen der Forschung abzustecken. Die vorliegende Forschung beschäftigt sich mit den Ausgaben der TA im Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021. Dabei beschränkten wir uns auf die Auflagen für Weimar und Apolda. Aus dem Grund, dass für die Forschung der kurze Zeitraum eines Semesters vorgesehen war, ließen wir den Sport- und Kulturteil aus der Untersuchung aus.

Die TA ist, neben der TLZ und der Ostthüringer Zeitung, eine von drei Tageszeitungen der FUNKE Mediengruppe und erscheint sechsmal die Woche in 16 verschiedenen Lokalausgaben. Die TA und TLZ unterscheiden sich inhaltlich kaum. Lediglich das Titelblatt und das Layout weichen voneinander ab. Die Ausgaben für Weimar und Apolda der beiden Zeitungen werden nach Verlagsangaben täglich circa 16.000-mal verkauft (FUNKE Thüringen Verlag GmbH 2022: 18). Es ist davon auszugehen, dass die Inhalte der TA einige Menschen in Weimar und im Umland erreichen, weshalb der Zeitung eine besondere Relevanz zugeschrieben werden kann. Ihre Informationen bezieht die Zeitung aus dem Meldungspool von Nachrichtenagenturen, Polizeimeldungen sowie von eigenen Journalist\*innen und ihren Informant\*innen.

Im zweiten Schritt legten wir fest, was konkret an dem Analyseobjekt untersucht werden sollte und setzten somit einen inhaltlichen Fokus. So beschränkten wir uns in der vorliegenden Forschung auf Artikeltexte und -bilder, durch die rassistische Stereotype (re)produziert werden. Dafür wurden zunächst die Artikel und Bilder herausgefiltert, in denen die Nationalität, Religion oder rassifizierte<sup>2</sup> Merkmale einer Person oder Gruppe benannt oder abgebildet wurden. Also alle Artikel und Bilder in denen suggeriert wird, dass die dargestellten Personen einer bestimmten ethnischen Gruppe angehörig seien. Die gesammelten Artikel wurden daraufhin mit Hilfe eines Codiersystems erneut durchsucht. Ziel war es, die Artikel auszuwählen, die sich tatsächlich rassistischer Stereotype bedienen und somit für die Beantwortung der Forschungsfrage relevant sind.

Für die Codierung zogen wir vier verschiedene Codes heran, die jeweils durch Kategorien ergänzt wurden und der nachstehenden Tabelle zu entnehmen sind. Einzelne Elemente der Artikel wurden den Kategorien zugeordnet und die Ergebnisse in einer Exceltabelle festgehalten. Bei diesem Prozess orientierten wir uns an der Publikation von Meißner und Ruhrmann (2000), sowie am Text „Der Wandel der Darstellung von Migranten am Beispiel Siegener Lokalmedien in den Jahren 1996 und 2006“ von Patrick Fick aus dem Jahr 2006.

<b>Code</b>	<b>Unterkategorie</b>
<b>Formalien</b>	Datum Autor*in Überschrift
<b>Inhalt</b>	Herkunfts- und Religionsverweise Rollenzuschreibung (Täter*in, Opfer, etc.) Eigenschaften (jung, verwirrt, etc.) Perspektive
<b>Sprache</b>	Diskriminierungsunsensible Bezeichnungen Konnotation (negativ, aufbausend, etc.)
<b>Bild</b>	Motiv Ausschnitt Perspektive

Tab. 1: Codiersystem der Forschung (eigene Darstellung).

An dieser Stelle ist zu erwähnen, dass die Auswahl der Codes und Unterkategorien, sowie die Zuordnung der Artikelelemente zu einem gewissen Teil von subjektiven Einflüssen geprägt sind. Für einen möglichst stichhaltigen Erkenntnisgewinn war es wichtig, diese Schritte mehrmals zu evaluieren und dabei verschiedene Perspektiven miteinzubeziehen. Im letzten Schritt werden die Ergebnisse ausgewertet und mit bereits bestehenden Theorien verglichen und in einen Zusammenhang gesetzt.

#### **4 Narrative Darstellungsformen (re)produzieren Stereotype**

Unsere Auswertung bezieht sich auf inhaltliche, sprachliche und formale Beitragsmerkmale. Dabei betrachteten wir zunächst, in welchen Kontexten über von Rassismus betroffene Personen(gruppen) berichtet wurde und mit welchen Eigenschaften, Verhaltensweisen

---

<sup>2</sup> Rassifizierung beschreibt den Prozess, bei dem auf Grundlage von biologischen Merkmalen verschiedene soziale Gruppen konstruiert werden (Miles 2000: 20f.).

oder Attributen diese besetzt wurden. Anschließend analysierten wir, welche Bezeichnungen damit einhergehen und zuletzt mit welchen formalen Textmerkmalen die stereotypisierenden Inhalte akzentuiert werden. Die Auswertung des Datensatzes fand auf exemplarischer sowie auf globaler Ebene statt. Die folgenden Textteile setzen vor allem Spotlights auf die Artikel, die besonders repräsentativ für allgemein festgestellte Merkmale sind. Die grundlegende Forschungsfrage legt außerdem nahe, dass wir Artikel, in den stereotypisierend berichtet wurde, heranzogen. Artikel, die weitgehend frei von Stereotypen sind, auch wenn sie rassifizierte Personen(gruppen) behandeln, wurden nicht weiter berücksichtigt.

#### **4.1 Inhaltliche Merkmale der rassistischen Narrationen**

„Die drei Brüder aus Syrien“ (TA 13.02.2021: Seehofer: Islamistischer Anschlag verhindert), „die Juden“ (TA 19.05.2021: Haben wir neuen Antisemitismus importiert?) oder „südländischer Typ“ (TA 23.11.2021: Einnahmen aus Restaurant gestohlen) – in einer Vielzahl von Artikeln fielen verallgemeinernde Bezeichnungen auf, die Personen durch Herkunfts- und Religionsverweisen oder der Nennung rassifizierender Merkmale einer ethnischen Gruppe zuordneten. Die Einzelperson wird nicht als Individuum dargestellt, sondern rückt hinter das Bild einer Gruppe. Diese wird als *anders* und *fremd* markiert und ihr damit abgesprochen, ein vollwertiger Teil der weißen Mehrheitsgesellschaft zu sein. Diese Unterscheidung zwischen etwas *Fremden* und dem *Eigenen* ordnet eine Out-Group und eine In-Group, die einander gegenübergestellt werden (FremdWort 2012: 35).

Inhaltlich ließen sich die Artikel in verschiedene Kategorien einteilen und es wurde deutlich, dass in bestimmten Kontexten häufig über stereotypisierte Personen(gruppen) berichtet wurde. Publiziert werden Berichte, die einen gewissen Nachrichtenwert haben. Das Konzept aus den Kommunikationswissenschaften beschreibt den zugeschriebenen Wert, den Ereignisse haben müssen, um in Medien als berichtenswert zu gelten (Bentele 2015: 1133). Dabei spielt es auch eine Rolle, wie Nachrichten von den Rezipient\*innen aufgenommen werden. So können Nachrichtenfaktoren aus wahrnehmungspsychologischer Perspektive als Ereignismerkmale dienen, an denen subjektive Bedeutung fixiert ist (Maier/Marschall 2010: 85). Massenmedien setzen „Themen in einer ganz bestimmten Weise auf die Tagesordnung, bringen sie in Umlauf und leisten auf diese Weise einen wesentlichen Beitrag zur Konstruktion und Wahrnehmung der Wirklichkeit“ (Yildiz 2006: 40). Damit bestimmen sie nicht nur, was als wichtig und diskussionswürdig gedeutet wird, sondern auch die Art und Weise, wie darüber geredet oder gedacht wird (ebd.).

Wir stellten fest, dass in der TA bestimmten Ereignissen ein besonders hoher Nachrichtenwert zugeschrieben wurde und sich die Artikel, in denen über stereotypisierende Personen(gruppen) geschrieben wurde, in vier Themenbereiche einteilen lassen. Stereotypisierte Personengruppen wurden vermehrt in Artikeln erwähnt, die sich mit Asyl und Migration, Straftaten oder rassistischer Gewalt beschäftigen. In vergangenen Studien bildeten die Forscher\*innen ähnliche Cluster (vgl. Meißner/Ruhrmann 2000: 34ff.; FremdWort 2012: 86ff.). Ein Unterschied zwischen unserer Studie und den beiden älteren Studien besteht darin, dass wir aufgrund der Auslassung des Kultur- und Sportteils keine Artikel zu diesen Themenfeldern in die Untersuchung aufnahmen. Ein weiteres Schwerpunktthema, das in den Jahren vor 2020 keine Beachtung

finden konnte, war die Coronapandemie und die Stereotypisierung von Menschengruppen in diesem Kontext.

Welche Stereotype in diesen Themenbereichen behandelt wurden und welche Zuschreibungen damit einhergingen, wird im Folgenden mit einem genaueren Blick auf die einzelnen Themenfelder dargestellt.

### Asyl und Migration

Eine Mehrzahl der von uns untersuchten Artikeln im Themenfeld Asyl und Migration handelt von Fluchtmigration. Nur wenige Artikel in diesem Themenfeld behandeln Einwanderung von Personengruppen, die nicht nach Deutschland flüchteten, wie etwa Arbeitnehmer\*innen mit nicht-deutscher Staatsbürgerschaft. Neben einer Vielzahl von Artikeln, die sich auf Statistiken zu Einwanderung und Abschiebung beriefen, waren die politischen Entwicklungen in Belarus und Afghanistan sowie persönliche Erfahrungsberichte von Geflüchteten prägend. Weitere Artikel behandelten die Lage Geflüchteter im Mittelmeerraum, Schleusungskriminalität und Umstände in thüringischen Erstaufnahmeeinrichtungen.

Dem Thema Flucht scheint ein besonders hoher Nachrichtenwert zugesprochen zu werden, weil viel darüber berichtet wurde. Die dominierende Berichterstattung über Flucht legt die Vermutung nahe, dass ein Großteil der nach Deutschland kommenden Menschen Geflüchtete sei. Dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zufolge sind die fünf Staaten, aus denen im vorherigen Jahr die meisten Zuzüge nach Deutschland erfolgten fünf europäische Staaten: Rumänien, Polen, Bulgarien, Italien und Kroatien (BAMF 2021: 81). Erst dann folgen syrische Staatsangehörige. Von den 2020 insgesamt knapp 1.130.000 nach Deutschland zugezogenen Menschen waren nur knapp 5% syrische (28234 Personen), afghanische (12405 Personen) oder irakische (15371 Personen) Staatsangehörige. Wenn die Anteile der aus diesen Staaten nach Deutschland geflüchteten Menschen mit dem Anteil der Berichterstattung zur Flucht verglichen wird, verzerrt die Berichterstattung die Lage der Migration nach Deutschland.

In Artikeln über die persönlichen Geschichten einzelner Geflüchteter und Migrant\*innen stehen sie zwar im Mittelpunkt der Berichterstattung, ihre Perspektive bleibt jedoch oft im Dunkeln. Wie der Artikel „Paradebeispiel für gelungene Integration“ (TA 03.12.2021) über die erfolgreiche Ausbildungssuche einer jungen Frau exemplifiziert, werden statt Aussagen der Hauptfiguren weiße Beteiligte, hier eine Jobmanagerin, zitiert. Die Person, über die berichtet wird, ist Gegenstand des Berichtes. Es wird jedoch nicht aus dem Blickwinkel der Eingewanderten berichtet und sie repräsentieren sich nicht selbst. Die Außensicht wird verstärkt und die Abgrenzung zwischen der Vertreterin der weißen Hegemonie und der als *fremd* markierten Person deutlich. Unsere Beobachtungen bestätigen damit einige Erkenntnisse, die bereits in der Studie zum *Ausländerbild* im Jahr 2000 hervorgehoben wurden. Meißner und Ruhrmann hielten fest, dass Ausländer im „überwiegenden Teil der Artikel [...] Objekt der Berichterstattung“ seien (Meißner/Ruhrmann 2000: 50). Weiter heißt es: „Es wird über sie geschrieben, aber nicht mit ihnen gesprochen“ (ebd.).

Im Gegensatz zu den Artikeln über die persönlichen Erfahrungen wurden vor allem in Artikeln zu gesellschaftspolitischen Entwicklungen oder Berichten aus Geflüchtetenunterkünften Eingewanderte und Geflüchtete als ethnische oder religiöse

Gruppe dargestellt und individuelle Eigenschaften ausgeblendet. Große Menschengruppen wurden generalisierend beschrieben.

Vor dem Hintergrund der sinkenden Bevölkerungszahlen in Deutschland und der Vulnerabilität deutscher Sozialsysteme wird Migration in der Berichterstattung nicht als Gefährdung, sondern als Bereicherung dargestellt. Sie wären die Lösung „vieler unserer Probleme“ (TA 15.10.2021: Einwanderer für den Arbeitsmarkt) und erbringen einen volkswirtschaftlichen Nutzen. So wurde darüber berichtet, dass der Arbeitsmarkt einen Bedarf an ausländischen Fachkräften hat (ebd.) und Zuwanderer das deutsche Sozialsystem stabilisieren könnten (TA 30.03.2021: So sollen Zuwanderer die Rente sichern). Ein Machtgefälle wird deutlich, da die Out-Group nach den Maßstäben der In-Group bewertet wird.

Geflüchtete erscheinen einerseits als schutzbedürftige und handlungsunfähige Menschen (vgl. TA 05.01.2021: Flüchtlinge in Bosnien: „Wir sind keine Tiere“), andererseits als potentielle Kriminelle und Belastung für die Gesellschaft in Deutschland (vgl. TA 28.06.2021: Traumatisierte Flüchtlinge - wie groß ist die Gefahr?). Auch Migrant\*innen, die nicht aufgrund von Flucht nach Deutschland kamen, werden einerseits oft als *Fremde* von der weißen Mehrheitsgesellschaft abgegrenzt (TA 29.10.2021: Migrantenkinder in Schulen oft unter sich) und andererseits als Chance für die deutsche Volkswirtschaft dargestellt (Butterwegge 2006: 209; TA 30.03.2021: So sollen Zuwanderer die Rente sichern). Eine Studie der Stiftung Mercator zu Berichterstattungen über Flucht in fünf auflagereichen deutschen Zeitungen kam ebenfalls zum Ergebnis, dass Geflüchtete in den deutschen Medien einerseits als Menschen in Not und andererseits als Gefahr beschrieben wurden (Maurer 2021: 2). Der Widerspruch zwischen diesen beiden Narrativen wird von den Medien nicht aufgelöst und prägt das öffentliche Meinungsbild (ebd.).

### Kriminalität

Im Kontext von Berichten über Kriminalität - sei es über Gerichtsprozesse, Statistiken oder polizeiliche Ermittlungen - wurde häufig die Nationalität, Religion oder ein Migrationshintergrund der Täter\*innen und Verdächtigten genannt. Dadurch wird ein vermeidlicher Zusammenhang zwischen diesen Merkmalen und straffälligem Verhalten hergestellt. So wurde beispielsweise die Messerattacke eines 24-jährigen Mannes, der aus Somalia flüchtete, darauf zurückgeführt, dass er „religiös verblendet“ (TA 30.06.2021: Islamistisches Motiv naheliegend) sei. Ein weiterer Artikel handelt von einem Mann, der aus Afghanistan flüchtete und in einer Kirche in Nordhausen vandalierte. Ihm wurde zugeschrieben, er wäre „frustriert“ (TA 02.11.2021: Muslim schändet Gotteshaus) und „perspektivlos“ (ebd.) aufgrund von einer „misslungene[n] Integration“ und beging die Tat wegen seiner „Ablehnung des christlichen Glaubens“ (ebd.). Es ist möglich, dass in den einzelnen Fällen die genannten Beweggründe der Täter\*innen der Wahrheit entsprechen. Problematisch ist jedoch, dass bei der Berichterstattung häufig von der einzelnen Straftat abgerückt und der Einzelfall auf eine ganze Personengruppe übertragen wird. So ist beispielsweise die Rede von „viele[n] Afghanen“ (ebd.) oder „den Ausländern“ (TA 05.11.2021: Anteil der Ausländer unter Tatverdächtigen gestiegen), die sich straffällig verhalten. Eine klare Differenzierung bleibt demnach aus. Es findet eine Generalisierung statt, die in den Köpfen der Leser\*innen ein bestimmtes Bild der jeweiligen stereotypisierten Gruppe formen kann. Hier wird der Anschein vermittelt, dass von bestimmten Gruppen per



se eine Gefahr ausgehe. Die Informationen der Berichterstattung fließen in die Gefahreinschätzung der Rezipient\*innen ein und gerade die Wahrnehmung einer Fremdgruppe kann als bedrohlich eingestuft werden, wenn diese mit gewalttätigem Handeln in Verbindung gebracht wird (Kautz 2018: 235).

Der Deutsche Presserat, als freiwillige, journalistische Kontrollinstanz ethischer Standards, verfasste eine Richtlinie im Presskodex, die genau dem entgegenwirken soll (Deutscher Presserat o.J.: o.S.) Sie besagt, dass in der Berichterstattung über Straftaten nur dann die Zugehörigkeit der\*des Täter\*in bzw. Verdächtigen zu "ethnischen, religiösen oder anderen Minderheiten" (ebd.) erwähnt werden soll, wenn ein "begründetes öffentliches Interesse" (ebd.) bestehe. Es wird explizit darauf hingewiesen, dass dies sonst zu einer "diskriminierenden Verallgemeinerung individuellen Fehlverhaltens" (ebd.), also zu Stereotypen, führen könne. In der FremdWort-Studie war der mehrheitliche Tenor der befragten Journalist\*innen, dass die Nennung der Nationalität oder andere "ethnische Eigenschaften" (FremdWort 2012: 121) unwichtig sei und sie versuchen würden, diese "in der normalen Berichterstattung zu umgehen" (ebd.). Weniger einig waren sich die Interviewpartner\*innen bei der Nennung in Polizeimeldungen und Gerichtsberichten (ebd.: 122). Hier würden sie häufiger abwägen, zur Tataufklärung ethnische Merkmale aus Polizeimeldungen übernehmen, aber in der Regel davon absehen, bei Täterbeschreibungen auf rassifizierte Merkmale zu verweisen (ebd.). Während eines Gesprächs mit einer ehemaligen Journalistin der Onlineredaktion der Thüringer Allgemeinen Zeitung am 8. Februar 2022 wurde bezeugt, dass Diskussionen um die Nennung der Nationalität den redaktionellen Alltag begleiteten, letztlich aber von individuellen Ansichten und nicht von allgemeinen Richtlinien beeinflusst wurden.

In einer früheren quantitativen Studie wurde herausgearbeitet, dass kriminelle Aktivitäten von Ausländer\*innen das Thema von 23% aller untersuchten Berichte über Ausländer\*innen waren. Dabei wurde „im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Bevölkerung überproportional viel über kriminelle Aktivitäten von Ausländern berichtet“ (Meißner/Ruhrmann 2000: 45). Laut einer Studie des Mediendienstes Integration waren auch im Jahr 2018 „Ausländer mit 41 Prozent gegenüber 3 Prozent deutschen Tatverdächtigen [medial] überrepräsentiert“ (Hestermann 2019: 14), obwohl laut polizeilicher Kriminalstatistiken im selben Jahr nur 31 Prozent der Tatverdächtigen keine deutsche Staatsbürgerschaft hatten. Auch in unserem Datensatz behandeln die zweitmeisten Berichte nicht-deutsche Straftäter\*innen. Dadurch kann der Eindruck entstehen, dass Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft in Deutschland häufiger kriminell seien als Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft. Damit wird ein Fundament gebildet, um „ausländerfeindliche Äußerungen zu legitimieren“ (Meißner/Ruhrmann 2000: 45).

### Rassistische Gewalt

Auffällig bei der Darstellung von rassifizierten Personen als Opfer von rassistischer Gewalt ist, dass häufig auf die Nationalität, Herkunft oder rassifizierende Merkmale betroffener Personen hingewiesen wird. Nach Richtlinie 8.2 aus dem Pressekodex des Deutschen Presserats ist die „Identität von Opfern [...] besonders zu schützen“ (Deutscher Presserat 2019: 7) und nach Richtlinie 11.2 „das Informationsinteresse der Öffentlichkeit gegen die Interessen der Opfer und Betroffenen abzuwägen“ (Deutscher Presserat 2019: 9). Es gilt also zu hinterfragen, ob die Nennung von personenbezogenen Daten im öffentlichen

Interesse steht, da sie beispielsweise für das Verständnis des Geschehens notwendig ist, oder ob sie das Opfer zusätzlich schädigt.

Rassifizierte Merkmale stehen häufig im Zusammenhang mit dem Tatmotiv, weshalb es berechtigt sein kann, sie zu erwähnen. So erfahren Personen rassistische Gewalt, weil sie als *fremd* gelesen werden und ihnen eine andere Herkunft oder Nationalität zugeschrieben wird. Der Rassismus, der diesen Taten zugrunde liegt, sollte im Sinne eines wahrheitsgetreuen Journalismus klar benannt werden. Die reine Nennung rassifizierender Merkmale eines Opfers von rassistischer Gewalt (re)produziert also nicht zwangsläufig Stereotype, sondern kann viel mehr zur Aufklärung über Rassismus beitragen. Fraglich ist jedoch, ob die ausschließliche Nennung der Staatsbürgerschaft das Tatmotiv offenlegen kann. Wenn darüber geschrieben wurde, dass „ein Dutzend Angreifer vor einem rechtsextremen Szeneobjekt am Erfurter Herrenberg auf drei Männer aus Guinea los[gingen]“ (TA 01.10.2021: Gewalttäter aus Straßenbahn vor Gericht), wird das Motiv der Täter\*innen auf die Nationalität der Opfer bezogen. Ausschlaggebend war allerdings eher, dass die Opfer als *Fremde* gedeutet wurden.

### Coronapandemie

In Hinblick auf rassistische Gewalt, der sich viele ostasiatisch gelesene Menschen während der Coronapandemie ausgesetzt sehen (Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2020: 2f.), sind Bezüge auf eine zugeschriebene Herkunft einleuchtend, um auf Ausformungen des Rassismus hinzuweisen. So wie es der Artikel „Wegen unseres Aussehens verspottet“ vom 7. April 2021 verdeutlicht. Der Artikel legt klar, dass die Anfeindungen der rassistischen Gewalttäter\*innen in den Interpretationen von körperlichen Merkmalen fundieren.

Umstritten und unklar ist dagegen vor allem der Umgang mit Verweisen auf Migrationsgeschichten im Zusammenhang mit steigenden Infektionszahlen. Ein Artikel der Bild am 3. März 2021 löste dahingehend eine Debatte aus, an der sich auch ein Artikel der TA am 29. März 2021 beteiligte. Im Artikel mit dem Titel „Corona - und der Faktor „Migration““ (TA 29.03.2021) wird versucht mit Verweisen auf verschiedene Expert\*innen und Studien die Beobachtungen zu erklären, dass überdurchschnittlich viele Menschen mit *Migrationshintergrund* an Corona erkranken und intensiv behandelt werden. Vermengt werden unter anderem die rassistischen Behauptungen, dass die gesellschaftliche Verantwortung andere zu schützen im asiatischen Raum ausgeprägter sei und türkisch- und arabischstämmige Migranten „eine andere Kultur der Gemeinschaft“ (ebd.) pflegen. Solch ethnisch konnotierte Erklärungen verstellen, so die Sozialwissenschaftlerin Aleksandra Lewicki (2021: 2) in einer Handreichung für Journalist\*innen, „unseren Blick auf die eigentlichen Risiken“ (ebd.), die sowohl für Menschen mit als auch ohne einen *Migrationshintergrund* zu einer Covid-19-Infektion bzw. einem schweren Krankheitsverlauf führen können. Diese seien prekäre Arbeitsverhältnisse, wie z.B. in der Pflege, dichtere Wohnsituationen, wie z.B. in Berlin-Neukölln, oder ein niedriger sozioökonomischer Status (ebd.). Die Risikofaktoren werden in dem Artikel klar benannt und auch, dass Menschen mit einer (familiären) Migrationsgeschichte häufiger diesen Risiken ausgesetzt sind. Sowohl der Artikeltitel als auch Behauptungen mit einer rassistischen Konnotation suggerieren wiederum, gewisse Menschengruppen würden eine Verantwortung für ihre Erkrankung tragen.

## 4.2 Sprachliche Merkmale der rassistischen Narrationen

Im Unterkapitel zu den inhaltlichen Analysen beleuchteten wir insbesondere die Themenfelder und die verschiedenen Zuschreibungen, welche die stereotypisierenden Inhalte prägten. In die sprachliche Analyse ergänzen wir diese Erkenntnisse mit dem vielfältigen Vokabular, das Menschen durch (diskriminierende) Bezeichnungen einer Gruppe ordnet und zum Teil nachteilig besetzt.

Personen werden in den untersuchten Artikeln selten mit ihrem Namen, sondern vor dem Hintergrund ihrer Nationalität, Religion oder Herkunft vorgestellt. Feste Sprachregelungen im Sinne eines redaktionellen Leitfadens oder Vorschriften, um möglichst einheitlich und diskriminierungssensibel zu berichten, waren im Jahr 2021 nicht erkennbar. Zu dieser Erkenntnis kam nach Befragungen ebenfalls die Forschungsgruppe FremdWort (2012: 121). So wurden in unserem Datensatz zum Beispiel Menschen, die aus ihrem Heimatland flohen und in Deutschland Schutz suchen, *Flüchtlinge*, *Geflüchtete*, *Asylsuchende* oder *Asylbewerber* und Menschen, die in ein anderes Land migrierten, *Einwanderer*, *Zuwanderer* bzw. *Zugewanderte*, *Ankommende*, *Immigranten*, *zugewanderte Menschen* oder *Migranten* genannt. „Ein Gespür für die richtige Formulierung“ (ebd.) hätten die befragten Journalist\*innen in der zehn Jahre alten Studie eigener Aussagen zufolge lediglich „aufgrund ihrer Erfahrung“ (ebd.).

Aber was sind richtige Formulierungen? Aus einem Artikel der Thüringer Allgemeine Zeitung im Nachgang einer Debatte über die Verantwortung der Medien und ihren Journalist\*innen<sup>3</sup> ist abzuleiten, dass sich keine „größere Gruppe“ (TA online 11.07.2012: Debatte über Verantwortung der Medien und ihrer Journalisten) diskriminiert fühlen sollte. Allerdings gäbe es auch eine „überschießende Sensibilität“ (ebd.), so wird der ehemalige Erfurter Lokalchef des Blattes Klaus Wugazzer zitiert. Worten wie *Ausländer* oder *Migrationshintergrund* werden keine begrifflichen Alternativen gegenübergestellt und „diese Polemik verkennt, dass Medien nicht nur Meinung bilden, sie bilden vor allem Wirklichkeit ab und können auf eine solche Abbildung nicht verzichten im Interesse eine vermeintlichen political correctness“ (ebd.).

Mit einer Handreichung bietet der Verein Neue deutsche Medienmacher (NdM) ein umfangreiches Glossar, in dem eine Vielzahl alternativer Formulierungen für „problematisierte Wörter“ (ebd.) gesammelt sind. Der Verein adressiert damit vor allem Journalist\*innen, um eine Grundlage für eine möglichst wertfreie, korrekte und präzise Berichterstattung zu bilden. Durch die Erklärungen zur Problematik der Begriffe dient sie allerdings auch für die vorliegende Arbeit als Orientierung, wenn im Folgenden die Verwendung der Begriffe *Ausländer* und *Flüchtling* beispielhaft diskutiert werden.

Der Begriff *Ausländer* im Sinne des Artikels 116 I des Grundgesetzes definiert Menschen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. So wird er zum Beispiel bei statistischen Bevölkerungserfassungen gehandhabt. Laut Duden wird er als Bezeichnung für „im eigenen Land lebende Menschen ausländischer Herkunft“ (Bibliographisches Institut GmbH 2022a: o.S.) dagegen zunehmend als diskriminierend verstanden. Der Begriff verortet Menschen

---

<sup>3</sup> Zu dieser Debatte lud die Friedrich-Ebert-Stiftung ein, um unter anderem mit Journalist\*innen über die Erkenntnisse der FremdWort-Studie zu sprechen (Goldberg 2012: o.S.).

vielmehr im Ausland als in Deutschland und impliziert damit, dass diese Personen keinen Lebensmittelpunkt in Deutschland hätten (NdM 2022: o.S.). Zudem wurde er von rechtsextremer Seite instrumentalisiert (DW online 01.08.2019: Glossar: Flüchtling, Migrant, Ausländer). Auch in der TA fanden wir den Begriff, zum Beispiel in Berichten über den rassistischen Anschlag auf einen jungen Mann in einer Erfurter Straßenbahn im Februar 2021 (TA 28.04.2022: Mitten in Erfurt; TA 22.10.2022: Rassistischer Straßenbahn-Treter von Erfurt begründet Tat mit Alkohol). Über das Opfer erfahren wir unter anderem, dass es in Erfurt wohnt und der Richter des Prozesses Holger Pröbstel ihm zuspricht: „Sie sind hier und Sie sind Teil unserer Gesellschaft.“ (TA 23.10.2021: „Sie sind hier und Teil unserer Gesellschaft“). In anderen Artikeln wird dieses Bild allerdings verzerrt und dem jungen Mann diese Teilhabe an „unserer Gesellschaft“ (ebd.) abgesprochen. Er wird diskriminiert. Es heißt, der Täter habe ihn beleidigt und attackiert, weil er ein „Ausländer“ (TA 28.04.2022: Mitten in Erfurt; TA 22.10.2022: Rassistischer Straßenbahn-Treter von Erfurt begründet Tat mit Alkohol) sei .

Weitaus umstrittener und weniger eindeutig verläuft die Diskussion um den Begriff *Flüchtling*. Laut dem Duden werden mit diesem Wort Menschen bezeichnet, „die aus politischen, religiösen, wirtschaftlichen oder ethnischen Gründen aus ihrer Heimat geflohen sind“ (Bibliographisches Institut GmbH 2022b: o.S.). Dieser Definition steht die rechtswirksame Definition des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) gegenüber. Sie betont, dass sich ein Flüchtling aufgrund einer wohlbegründeten Furcht vor Gewalt oder Verfolgung in einem anderen Land befindet als dem Land, in dem er eine Staatsangehörigkeit besitzt (UNHCR 2022: o.S.). Mit diesem Status steht einer Person das Recht auf Sicherheit in einem anderen Land zu (ebd.). Bei einer großen Vielfalt verschiedener Begriffsdefinitionen ist das Wort vor allem wegen des Ableitungssuffix *-ling* umstritten (NdM 2022: o.S.). Wörter mit dieser Endung seien verniedlichend und teils negativ konnotiert (ebd.). Zudem steht er einem gendersensiblen Sprachgebrauch im Weg und reduziert Menschen auf einen kleinen Teil ihrer Biografie. Als alternative Formulierungen schlägt das Glossar der NdM die Begriffe *Geflüchtete*, *Schutzsuchende* oder unter Umständen *geschützte Personen* vor (ebd.). *Geflüchtete* als Synonym taucht in den analysierten Artikeln zwar auf, daneben reihen sich allerdings Begriffe ein, die weniger sinnverwandt sind und irrtümlicherweise als Alternative verwendet wurden. In einem Bericht über Konflikten auf Gran Canaria, die im Zusammenhang mit vermehrter Fluchtbewegungen stehen, die über die Insel führen, wird dies deutlich (TA 02.03.2021: Pulverfass Gran Canaria). Hier wird die gleiche Personengruppe wahlweise „Geflüchtete“ (ebd.), „Flüchtlinge“ (ebd.), „Immigranten“ (ebd.), „Migranten“ (ebd.) oder „Einwanderer“ (ebd.) genannt. In dem Artikel wird beschrieben, dass diese Menschen auf der Insel festsitzen würden und Schutz auf dem spanischen Festland, Deutschland oder Frankreich suchen. Während die Begriffe *Geflüchtete* und *Flüchtlinge* implizieren, dass diese Menschen einer Bedrohung in ihrem Heimatland entkommen möchten, lassen die Begriffe *Einwanderer*, *Immigranten* und *Migrant* diese Angst im Dunkeln. Außerdem meint gerade das Wort *Einwanderer* Personengruppen, die dauerhaft in einem neuen Land bleiben möchten (NdM 2022: o.S.). Für die beschriebene Gruppe in dem Artikel mag das wohl kaum zutreffen, da sie Asyl nicht auf Gran Canaria und nur teilweise in Spanien suchten.

Im Gegensatz zur negativen Konnotation durch die Bezeichnung *Ausländer* konnten wir eine Abwertung durch den Begriff *Flüchtling* nicht pauschal feststellen. Eine diskriminierende Bedeutung erhält er jedoch - auch in den analysierten Artikeln - durch Komposita, in denen er eingebunden wird. Gängige Beispiele sind Bezeichnungen wie

*Armut-* oder *Wirtschaftsflüchtling*, die Menschen auf einer diskreditierenden Weise unterstellen, sie würden das Recht auf Asyl ausnutzen (ebd.). In der TA wurden diese Begriffe jeweils einmal verwendet. So zum Beispiel in einem Bericht über die Sondierungsgespräche der Ampelkoalition, die oft kommenden „Armutflüchtlingen“ (TA 15.10.2021: Einwanderer für den Arbeitsmarkt) nahelegen würde, statt aufgrund von unzutreffender politischer Verfolgung als „Einwanderer“ (ebd.) einzureisen. Daneben fanden wir eine Reihe von Metaphern, die an das Wort *Flüchtling* fixiert wurden. Besonders auffallend war eine militärsprachliche oder maritime Metaphorik im Zusammenhang mit Fluchtbewegungen. So wurde über das „Einfalltor der Migration“ (TA 02.03.2021: Pulverfass Gran Canaria), die „Invasion aus Afrika“ (ebd.), den „Ansturm von Flüchtlingen und Migranten“ (TA 19.05.2021: Fast 10.000 Migranten schwimmen von Afrika nach Europa), die „neue Flüchtlingswelle“ (TA 20.05.2021: Kommt eine neue Flüchtlingswelle) oder den „Zustrom“ (TA 26.10.2021: Immer mehr Flüchtlinge kommen) geschrieben<sup>4</sup>. Die Bildsprache hat gemein, dass sie Verantwortung für asylpolitische und strukturelle Probleme Schutzsuchenden zuweist und damit Entscheidungsträger einer problematischen Migrationspolitik deckt. Und ganz wesentlich: eine solche Metaphorik produziert ein Bild einer (natürlich) gewaltvollen, zerstörerischen Menschengruppe, die sich ihren Weg nach Deutschland bahnt.

Bereits in der Studie von Meißner und Ruhrmann wurden bei der Wortwahl, die für „Ausländerthemen“ (Meißner/Ruhrmann 2000: 62) genutzt wurde, einige Muster hervorgehoben. Auch wenn grundsätzlich „die meisten Regeln und Kriterien journalistischen Schreibens“ (ebd.) erfüllt wurden, seien „negativ wertende Bezeichnungen wie ‘Mafia’ und ‘Kriminelle’ [...] fast ausschließlich in Artikeln über von Ausländern begangene Straftaten“ (ebd.) verwendet worden. Zudem wurde der Begriff „illegal“ (ebd.: 63) häufig im Zusammenhang mit Zugewanderten genutzt. Dabei könne die Frage gestellt werden, ob die Berichterstattungen über *illegale Zuwanderer* im Vergleich zu nachgewiesenen Zahlen zur *illegalen Einwanderung* nicht ungleich mehr seien und illegalisierte Migration besonders akzentuiert wird. Der Begriff der *illegalen Zuwanderung* wurde im Jahr 2021 seltener genutzt. Ein Begriff, der im Kontext von Kriminalitätsmeldungen jedoch auffiel, ist *Clan* bzw. *Clankriminalität*, mit dem betroffene Familien homogenisiert und als delinquent stigmatisiert werden.

Wie durch die Beispiele deutlich wurde, kann die verwendete Sprache einer wertfreien, korrekten und präzisen Berichterstattung im Weg stehen. Die Abbildungen der vermeidlichen Wirklichkeit erhalten durch diskriminierungsunsensible Formulierungen negative Konnotationen und beeinflusst die Wahrnehmung der Rezipient\*innen.

### **4.3 Formale Beitragsmerkmale der rassistischen Narrationen**

Stereotypisierende Inhalte können durch formale Beitragsmerkmale, wie der Umfang, die Platzierung, Überschriftengrößen, grafische Hervorhebungen, (foto)grafische Illustrationen

---

<sup>4</sup> Teilweise wurden die Metaphern durch wörtliche Zitate reproduziert. Sie entstammen damit zwar nicht aus dem Wortschatz der jeweiligen Journalist\*innen, eine kritische Distanz zu einer solchen Bildsprache wird in den Artikeln jedoch vermisst. Das legt die Annahme nahe, dass der diffamierenden Wortwahl wohlwollend eine Bühne geboten wurde.

sowie die Ankündigung eines Beitrags auf der Titelseite, akzentuiert werden. Mithilfe dieser Stilmittel weisen Journalist\*innen ihren Beiträgen Bedeutsamkeit zu (Eilders 1997: 186) und nehmen dadurch einen großen Einfluss auf Rezipient\*innen in Bezug auf die Hinwendung zu einem Artikel (Kautz 2018: 236). Schlagzeilen wie „Kommt eine neue Flüchtlingswelle?“ (TA 20.05.2021) oder Sub-Headlines wie „Gefährliche Orte weiterhin nur in der Landeshauptstadt. Mehr als jeder fünfte Tatverdächtige ist dort Ausländer“ (TA 07.04.2021: Erfurt bleibt Kriminalitätshochburg) betonen die Brandmarkung einer gewissen Gefahr an Menschen, die aufgrund ihrer Herkunft als *anders* ausgewiesen wurden. Wir gehen davon aus, dass sich die Aufmerksamkeit der Leser\*innen dabei verstärkt den stereotypisierenden Inhalten widmete.

Die bebilderten Artikel analysierten wir hinsichtlich der Relation des Bilds zum Text und der stereotypisierenden Implikationen, die durch die fotografischen Illustrationen ausgedrückt werden. Es ist auffällig, dass in mehreren Artikeln, in denen über benannte Personen berichtet wurde, diese Personen nicht abgebildet sind. Stattdessen begleiten Abbildungen von weißen Amtsträger\*innen die Mehrzahl der bebilderten Artikel. In den Darstellungen sind also vornehmlich weiße Menschen Protagonist\*innen, treten in den Vordergrund und werden als Individuen dargestellt. So zeigte das Bild zum Artikel „Die Erwartung ist: Schützt uns“ (TA 17.11.2021) der Kriminalität von Einwohner\*innen der Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl thematisiert, Suhls Oberbürgermeister. Es werden also nicht die Personen gezeigt, um die sich der Artikel dreht und ihre Perspektive rückt in den Hintergrund.

Weiterhin können Bilder eine Gefahrensituation konstruieren. Dies ist etwa der Fall, wenn in Artikeln mit Bildern großer Polizeieinsätze über Kriminalität geschrieben wurde. Polizeipräsenz setzt im Regelfall eine Bedrohungssituation voraus. Der Artikel „Unfriede auf dem Friedberg“ (TA 20.08.2021) berichtet von der Erstaufnahmeeinrichtung Suhl und geht auf Straftaten ein, die durch Einwohner\*innen der Einrichtung begangen wurden. Der Artikel endet mit der Beobachtung, es sei „ruhig geworden um die Einrichtung“ (ebd.). Jedoch wird er unter anderem von einer Abbildung begleitet, die einen polizeilichen Großeinsatz zeigt. Gemäß der Bildunterschrift sei dies ein „spektakulärer Einsatz“ (ebd.), denn „die Polizei holte Corona-Quarantäneverweigerer aus der EAE [und] brachte sie in die Jugendstrafanstalt Arnstadt“ (ebd.). Wird über Geflüchtete oder nach Nationalität benannte Menschen in Verbindung mit Polizeipräsenz berichtet, kann der Anschein erweckt werden, dass diese Menschen eine Gefahr oder Bedrohung darstellen. Das kann bei Rezipient\*innen in der Begegnung mit der jeweiligen Gruppe Abneigung und Angst auslösen.

Ein weiteres Muster fiel der Forschungsgruppe bei grafisch hervorgehobenen Zitaten in stereotypisierenden Artikeln auf. Hierbei wurden in der Regel – ähnlich wie bei fotografischen Illustrationen – weiße Menschen in ihrer politischen oder beruflichen Position zitiert. Rassifizierte Menschen, um die sich die Artikel drehen, blieben meist wortlos. Der Artikel „Endlich frei und doch gefangen“ vom 13. Februar 2021 über die Auswirkungen der Coronapandemie auf das Leben in einer Berliner Geflüchtetenunterkunft ist dafür beispielhaft. Im Zentrum der Berichterstattung stand eine Familie, die dort wohnte und von der Wohnsituation während der Pandemie erzählte. Grafisch hervorgehoben wurden allerdings die Worte der Leiterin von der Unterkunft, die im Artikel ansonsten keine Rolle spielte.

Ebenso wurde stereotypisierenden Inhalten ein größerer Platz eingeräumt. Dies zeigt beispielsweise das Zitat des Berliner Polizeisprechers Benjamin Jendro im Artikel „Schlag gegen den Hauptstadt-Clan“ (TA 19.02.2021). Seitens des Polizeisprechers heißt es: „Die

Maßnahmen zeigen, dass arabische Großfamilien in vielen Bereichen aktiv sind.“ (Benjamin Jendro in „Schlag gegen den Hauptstadt-Clan“, TA 19.02.2021). Der Bericht über einen Polizeieinsatz im Bereich der organisierten Kriminalität rekonstruiert einen Stereotyp, der in der Medienlandschaft häufig arabischstämmigen Familien angehängt wird.

## **5 Lokale Medien tragen gesellschaftliche Verantwortung**

Stereotype sind ein Ergebnis von dem historisch entwickelten und allgegenwärtigen Machtverhältnis Rassismus. Sie finden ihren Platz in journalistischen Beiträgen und wirken sich auf die Wahrnehmungen, Interpretationen und Verarbeitungen sozialer Information in der Gesellschaft aus. Mit der (Re)Produktion rassistischer Stereotype befördert auch die TA den wirkmächtigen und gewaltvollen Rassismus in Weimar.

Personen(gruppen) wurden auf ihre Nationalität, Religion oder anderen rassifizierte Merkmalen reduziert, indem ihre Namen verschwiegen und sie nur mit Verweisen auf diese Merkmale vorgestellt wurden. Menschen wurden Gruppen wie *den Geflüchteten* oder *den Ausländern* zugeordnet und ihnen ihre Individualität abgesprochen. Der Grundstein für generalisierende Zuschreibungen war damit gelegt, denn die Gruppenzugehörigkeit wirkte sich auf die Darstellungen der Einzelperson aus und zugleich wurde individuelles Verhalten auf die Gruppe übertragen. Zudem kam es mehrfach zu einer Essentialisierung der Gruppenzugehörigkeit, indem Verhaltensweise mit der vermeidlichen Gruppenzugehörigkeit einer Person begründet wurden. Anhand der Artikel über Kriminalität mit Verweisen auf Staatszugehörigkeiten wird deutlich, dass Stereotype wie der *gefährliche Andere* durch kontinuierliche Bestätigung aufrechterhalten wurden und den Anschein erwecken, delinquentes Verhalten läge in der Natur des *Anderen*. Die Gegenüberstellung von dem *Fremden* und dem *Eigenen* trennt die *In-Group* von der *Out-Group* und markiert die Distinktion der stereotypisierten Gruppen. Wer stereotypisiert wird und welche Stereotype genutzt werden, hängt damit zusammen, welche Personen die Deutungshoheit haben und die Berichterstattung lenken. Die stereotypisierten Personen haben in der Mehrzahl der Fälle ihre Gruppenzugehörigkeit nicht selber gewählt. Ihnen wird die Macht abgesprochen, die eigene Wirkung nach außen zu beeinflussen.

Doch wie kann rassistischer Stereotypisierung entgegengewirkt werden? Wir gehen davon aus, dass Stereotypisierung durch die Journalist\*innen in vielen Fällen nicht bewusst zur Schädigung der benannten Personengruppen genutzt wird. Keine Person, die in einer rassistischen Gesellschaft sozialisiert wurde, ist frei von rassistischen Stereotypen und reproduziert diese daher oft unterbewusst. Die eine Realität kann es gar nicht geben. Journalist\*innen haben jedoch die Aufgabe, Phänomene möglichst objektiv darzustellen, um den Rezipient\*innen eine unvoreingenommene Interpretation zu ermöglichen. Sie haben somit eine besondere Verantwortung. Da es nicht möglich ist, die eine objektive Realität darzustellen, kann im Sinne der Neutralität die Wiedergabe verschiedener subjektiver Perspektiven Abhilfe leisten. Dazu könne auch eine „veränderte Personalpolitik in Sendern und Redaktionen“ (Meißner/Ruhrman 2000: 66) beitragen, sodass vermehrt Mitarbeiter\*innen mit unterschiedlichen Gruppenzugehörigkeiten an der Schaffung von Medieninhalten mitarbeiten. Außerdem könnte es helfen, durch Schulungen und Austausch die interkulturelle Kompetenz der Redaktionsmitglieder zu stärken, sodass verschiedene Begriffe überdacht und Stigmatisierungen vermieden werden

(Meißner/Ruhrmann 2000: 65). Wie die Verschiebung der landläufigen Namen für Virusvarianten zeigt, könnte ein erster Schritt hin zur diskriminierungssensiblen Berichterstattung außerdem eine feste Sprachregelung zur Nennung von Nationalitäten, Religion sowie rassifizierenden Merkmalen sein. Die vorliegende Arbeit könnte der Redaktion der TA als Orientierung dienen und einen Beitrag zu einer wertfreien, korrekten und präzisen Berichterstattung leisten.

Medienschaffende tragen eine besondere Verantwortung für die Gesellschaft, da ihre Artikel die Denkweisen vieler Menschen prägen. Wenn diese Verantwortung genutzt wird, um Rassismus bewusst entgegenzutreten, können sie durch diskriminierungssensible Kommunikation dazu beitragen, stereotype Berichterstattungen zu verhindern. Rassistische Denkweisen wären um einen Stützpfiler beraubt und Gleichheitsgrundsätze sowie die Wahrung der Menschenwürde gestärkt.



## Literaturverzeichnis

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Hrsg., 2020): Diskriminierungserfahrungen im Zusammenhang mit der Corona-Krise. (Zugriff: 13.02.2022) URL: [www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/Dokumente\\_ohne\\_anzeige\\_in\\_Publikationen/20200504\\_Infopapier\\_zu\\_Coronakrise.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/Dokumente_ohne_anzeige_in_Publikationen/20200504_Infopapier_zu_Coronakrise.pdf?__blob=publicationFile&v=2).

Attia, Iman (2014): Rassismus als gesellschaftliches Machtverhältnis. (Zugriff 11.02.2022) URL: [www.lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/12012](http://www.lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/12012).

Bibliographisches Institut GmbH (Hrsg., 2022a): Ausländer, der. (Zugriff: 13.02.2022) URL: [www.duden.de/rechtschreibung/Auslaender](http://www.duden.de/rechtschreibung/Auslaender).

Bibliographisches Institut GmbH (Hrsg., 2022b): Flüchtling, der. (Zugriff: 13.02.2022) URL: [www.duden.de/rechtschreibung/Fluechtling](http://www.duden.de/rechtschreibung/Fluechtling).

Bentele, Günter (2015): Nachrichtenwert. In: Fröhlich, Romy/Szyszka, Peter/Bentele, Günter (Hrsg.): Handbuch der Public Relations. Wissenschaftliche Grundlagen und berufliches Handeln. Wiesbaden: Springer VS, S. 1133.

Beyer, Robert (2007): News Bias und Israelkritik in der Nahost-Berichterstattung der Tagesschau. Jena: Friedrich-Schiller-Universität.

[BAMF] Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg., 2021): Das Bundesamt in Zahlen 2020. (Zugriff 11.02.2022) URL: [www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/BundesamtinZahlen/bundesamt-in-zahlen-2020.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=5](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/BundesamtinZahlen/bundesamt-in-zahlen-2020.pdf?__blob=publicationFile&v=5).

Butterwegge, Christoph (2006): Migrationsberichterstattung, Medienpädagogik und politische Bildung. In: Butterwege, Christoph/Hentges, Gudrun (Hrsg.) (2006): Massenmedien, Migration und Integration. 2. Korrigierte und aktualisierte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Deutscher Presserat (Hrsg., o.J.): Ethische Standards für den Journalismus. (Zugriff 11.02.2022) URL: [www.presserat.de/pressekodex.html?file=files/presserat/dokumente/pressekodex/Pressekodex\\_Leitsaetze\\_RL12.1.pdf](http://www.presserat.de/pressekodex.html?file=files/presserat/dokumente/pressekodex/Pressekodex_Leitsaetze_RL12.1.pdf).

Deutscher Presserat (Hrsg., 2019): Publizistische Grundsätze (Pressekodex). Richtlinien für die publizistische Arbeit nach den Empfehlungen des Deutschen Presserats. (Zugriff 11.02.2022) URL: [www.presserat.de/downloads.html?file=files/presserat/dokumente/pressekodex/Pressekodex2021.pdf](http://www.presserat.de/downloads.html?file=files/presserat/dokumente/pressekodex/Pressekodex2021.pdf).

Eilders, Christiane (1997): Nachrichtenfaktoren und Rezeption. Eine empirische Analyse zur Auswahl und Verarbeitung politischer Information. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Flick, Patrick (2006): Der Wandel der Darstellung von Migranten am Beispiel Siegener Lokalmedien in den Jahren 1996 und 2006. (Zugriff 11.02.2022) URL: [www.transcript-open.de/pdf\\_chapter/bis%201399/9783839410271/9783839410271-009.pdf](http://www.transcript-open.de/pdf_chapter/bis%201399/9783839410271/9783839410271-009.pdf).

[FremdWort] Addicks et al. (2012): Stereotype Berichterstattung über ethnische Gruppen in deutschen Tageszeitungen. Wissens- und Forschungsstandsbericht - Bachelorarbeit.

FUNKE Thüringen Verlag GmbH (Hrsg., 2022): MediaDaten 2022. (Zugriff 11.02.2022) URL: <https://user-55012180622.cld.bz/Preisliste-FUNKE-MediaSales-Thuringen-2022>.

Hall, Stuart (2004): Das Spektakel des ‚Anderen‘. In: Ziemann, Andreas (2019): Grundlagentexte der Medienkultur. Wiesbaden: Springer VS, S. 155-160.

Hestermann, Thomas (2019): Wie häufig nennen Medien die Herkunft von Tatverdächtigen? Mediendienst Integration. (Zugriff 11.02.2022) URL: [www.mediendienst-integration.de/fileadmin/Expertise\\_Hestermann\\_Herkunft\\_von\\_Tatverdaechtigen\\_in\\_den\\_Medien.pdf](http://www.mediendienst-integration.de/fileadmin/Expertise_Hestermann_Herkunft_von_Tatverdaechtigen_in_den_Medien.pdf).

Ich bin kein Virus – dein Netzwerk gegen Rassismus (Hrsg., 2021): Erfahrungsberichte. (Zugriff: 13.02.2022) URL: [www.ichbinkeinvirus.org/erfahrungsberichte/](http://www.ichbinkeinvirus.org/erfahrungsberichte/).

Kautz, Florian (Hrsg., 2018): Sport-PR 2.0 – Der Einsatz von Social Media in professionellen Sportvereinen am Beispiel von Facebook und Twitter. Wiesbaden: Springer VS.

Kororientation. Netzwerk für Asiatisch-Deutsche Perspektiven e.V. (Hrsg., o.J.): Rassismus in der COVID-19-Berichterstattung. (Zugriff: 13.02.2022) URL: [www.kororientation.de/medienkritik/corona-rassismus-medien/](http://www.kororientation.de/medienkritik/corona-rassismus-medien/).

Lewicki, Aleksandra (2021): Aktueller Forschungsstand. Sind Menschen mit Migrationshintergrund stärker von Covid-19 betroffen? (Zugriff: 13.02.2022) URL: [www.mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/MEDIENDIENST\\_Expertise\\_Covid-19\\_und\\_Migrationshintergrund.pdf](http://www.mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/MEDIENDIENST_Expertise_Covid-19_und_Migrationshintergrund.pdf).

Maier, Michaela/Marschall, Joachim (2010): Forschungsdesigns und empirische Befunde der Schlüsselstudien zur Nachrichtenwerttheorie. In: Maier, Michaela/Stengel, Karin/Marschall, Joachim (Hrsg.): Nachrichtenwerttheorie. Konzepte, Ansätze der Medien- und Kommunikationswissenschaft, Bd. 2. Baden-Baden: Nomos Verlag, S. 73-96.

Maurer, Marcus (Hrsg.) (2021): Fünf Jahre Medienberichterstattung über Flucht und Migration. Stiftung Mercator. (Zugriff 09.02.2022) URL: [www.stiftung-mercator.de/content/uploads/2021/07/Medienanalyse\\_Flucht\\_Migration.pdf](http://www.stiftung-mercator.de/content/uploads/2021/07/Medienanalyse_Flucht_Migration.pdf).

Meißner, Betina/Ruhrmann, Georg (2000): Das Ausländerbild in den Thüringer Tageszeitungen 1995-1999. Herausgabe durch den Ausländerbeauftragte der Thüringer Landesregierung. Jena: Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Miles, Robert (2000): Bedeutungskonstitution und der Begriff des Rassismus. In: Rätzsch, Nora (Hrsg.) (2000): Theorien über Rassismus. Hamburg: Argument Verlag, S. 17-34.

[NdM] Neue deutsche Medienmacher (Hrsg., 2022): Glossar. (Zugriff: 13.02.2022) URL: [www.glossar.neuemedienmacher.de/glossar/](http://www.glossar.neuemedienmacher.de/glossar/).

Schielicke, Anna-Maria/Odermann, Antje (2015): Stereotypisierung durch DIE Medien? In: Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen/Kulturbüro e.V./Antidiskriminierungsbüro Sachsen (Hrsg.): Alles im weißen Bereich? Institutioneller Rassismus in Sachsen. Erweiterter Tagungsband in der Reihe Demokratie, S. 111-123. (Zugriff: 13.02.2022) URL: [www.boell.de/sites/default/files/2015-11-institutioneller-rassismus-sachsen.pdf](http://www.boell.de/sites/default/files/2015-11-institutioneller-rassismus-sachsen.pdf).

Stürmer, Stefan/Siem, Birte (2020): Sozialpsychologie der Gruppe. München: Ernst Reinhardt Verlag.

Universität Leipzig (Hrsg., o.J.): Grounded Theory. (Zugriff: 10.02.2021) URL: [www.home.uni-leipzig.de/methodenportal/grounded-theory/](http://www.home.uni-leipzig.de/methodenportal/grounded-theory/).

[UNHCR] United Nations High Commissioner for Refugees (Hrsg., 2022): FAQ Flüchtlinge. (Zugriff: 13.02.2022) URL: [www.unhcr.org/dach/de/services/faq/faq-fluechtlinge](http://www.unhcr.org/dach/de/services/faq/faq-fluechtlinge).

Victoria (2020): Anti-Asiatischer Rassismus in den Medien – Wie Medien Rassismus befördern und was sie dagegen unternehmen können. (Zugriff: 13.02.2021) URL: [www.kororientation.de/anti-asiatischer-rassismus-medien/](http://www.kororientation.de/anti-asiatischer-rassismus-medien/).

[WHO] World Health Organization (Hrsg., 2021): COVID-19 Weekly Epidemiological Update. Edition 42. (Zugriff: 13.02.2021) URL: [www.who.int/docs/default-source/coronaviruse/situation-reports/20210601\\_weekly\\_epi\\_update\\_42.pdf?sfvrsn=5b0bbc7c\\_5&download=true](http://www.who.int/docs/default-source/coronaviruse/situation-reports/20210601_weekly_epi_update_42.pdf?sfvrsn=5b0bbc7c_5&download=true).

Yildiz, Erol (2006): Stigmatisierende Mediendiskurse in der kosmopolitanen Einwanderungsgesellschaft. In: Butterwege, Christoph/Hentges, Gudrun (Hrsg.) (2006): Massenmedien, Migration und Integration. 2. Korrigierte und aktualisierte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

#### Verzeichnis der Zeitungsartikel

Debes, Martin/Klaus, Fabian (2021): Mitten in Erfurt – Nach dem Angriff auf einen Syrer ist der mutmaßliche Täter in Haft. Ein Einzelfall? In: Thüringer Allgemeine, 28.04.2021.

dpa (2021): Islamistisches Motiv naheliegend – Ermittler: Täter von Würzburg könnte religiös verblendet gewesen sein. In: Thüringer Allgemeine, 30.06.2021.

dpa (2021): Migrantenkinder in Schulen oft unter sich. In: Thüringer Allgemeine, 29.10.2021.

dpa (2021): Seehofer: Islamistischer Anschlag verhindert. In: Thüringer Allgemeine, 13.02.2021.

Dinger, Alexander (2021): Schlag gegen den Hauptstadt-Clan – 500 Polizisten und ein Spezialeinsatzkommando stürmen Wohnungen in Berlin. Hintergrund ist die Fehde zwischen arabisch und tschetschenischen Banden. In: Thüringer Allgemeine, 19.02.2021.

Goldberg, Henryk (2012): Debatte über Verantwortung der Medien und ihrer Journalisten. In: Thüringer Allgemeine Online, 11.07.2012. (Zugriff: 13.02.2022) URL: [www.thueringer-allgemeine.de/leben/vermishtes/debatte-ueber-verantwortung-der-medien-und-ihrer-journalisten-id218739425.html](http://www.thueringer-allgemeine.de/leben/vermishtes/debatte-ueber-verantwortung-der-medien-und-ihrer-journalisten-id218739425.html).

Hollstein, Miriam/Peduto, Alessandro/Unger, Christian (2021): Corona – und der Faktor "Migration". Mediziner warnen, dass viele Menschen aus Zuwandererfamilien an Corona erkranken. In: Thüringer Allgemeine, 29.03.2021

Hänel, Lisa (2019): Glossar: Flüchtling, Migrant, Ausländer. In: [DW] Deutsche Welle online, 01.08.2019. (Zugriff: 13.02.2022) URL: [www.dw.com/de/glossar-fl%C3%BCchtling-migrant-ausl%C3%A4nder/a-49844796](http://www.dw.com/de/glossar-fl%C3%BCchtling-migrant-ausl%C3%A4nder/a-49844796).

Kerl, Christian (2021): Kommt eine neue Flüchtlingswelle? - Das Chaos in Exklave Ceuta aufgerüttelt - EU-Behörde Frontex berichtet über steigenden Migrationsdruck. In: Thüringer Allgemeine, 20.05.2021.

Klaus, Fabian (2021): Erfurt bleibt Kriminalitätshochburg - Gefährliche Orte weiterhin nur in der Landeshauptstadt. Mehr als jeder fünfte Tatverdächtige ist dort Ausländer. In: Thüringer Allgemeine, 13.02.2021.

Klaus, Fabian (2021): Unfriede auf dem Friedberg - Rund um die Suhler Flüchtlingsaufnahme verzeichnet die Polizei mehr Straftaten. Die Stadt fordert Lösungen. In: Thüringer Allgemeine, 20.08.2021.

Klaus, Fabian (2021): Gewalttäter aus Straßenbahn vor Gericht - Angeklagter tritt Syrer mehrfach gegen Kopf. In: Thüringer Allgemeine, 01.10.2021.

Klaus, Fabian (2021): Rassistischer Straßenbahn-Treter von Erfurt begründet Tat mit Alkohol - Nebenklagevertreter sieht statt gefährlicher Körperverletzung einen versuchten Mord. Opfer soll heute am Landgericht Erfurt aussagen. In: Thüringer Allgemeine, 22.10.2021.

Klaus, Fabian (2021): „Sie sind hier und Teil unserer Gesellschaft“ - Im Prozess gegen den Erfurter Straßenbahntreter sagt das Opfer als Zeuge aus. Bis heute wirkt bei ihm der Angriff nach. In: Thüringer Allgemeine, 23.10.2021.

Klaus, Fabian (2021): Immer mehr Flüchtlinge kommen - 900 leben derzeit in Suhl. Alexander Theus leitet seit September die Erstaufnahme. In: Thüringer Allgemeine, 26.10.2021.

Klaus, Fabian (2021): Muslim schändet Gotteshaus - Nordhäuser Landrat ist überzeugt: Viele Afghanen lehnen die hiesige Kultur ab. In: Thüringer Allgemeine, 02.11.2021.

Klaus, Fabian (2021): „Die Erwartung ist: Schützt uns“ - Petitionsausschuss debattiert über die Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl. In: Thüringer Allgemeine, 17.11.2021.

Lehnert, Jens (2021): Schleuserprozess in Weimar - Iraker muss sich vor dem Amtsgericht verantworten. In: Thüringer Allgemeine, 09.03.2021.

Lill, Felix (2021): „Wegen unseres Aussehens verspottet“ - Die Musiker der erfolgreichen Boygroup BTS aus Südkorea setzen Zeichen gegen antiasiatischen Rassismus. In: Thüringer Allgemeine, 07.04.2021.

Mudra, Kai (2021): Punkt 6 Uhr klingelt die Polizei - Drei Festnahmen bei Razzia in Altenburg und Erfurt. Bande soll Ausländer auf Lastwagen eingeschleust haben. In: Thüringer Allgemeine, 18.03.2021.

Peduto Alessandro (2021): So sollen Zuwanderer die Rente retten - Mit mehr als einer halben Million Neubürgern pro Jahr will die FDP die Sozialkassen stabilisieren. Forschen haben jedoch Zweifel. In: Thüringer Allgemeine, 30.03.2021.

red (2021): Einnahmen aus Restaurant gestohlen. In: Thüringer Allgemeine, 23.11.2021.

red (2021): Paradebeispiel für gelungene Integration - Junge Türkin findet mithilfe der Weimarer Jobmanagerin eine Ausbildung zur Pflegefachfrau in Blankenhain. In: Thüringer Allgemeine, 03.12.2021.

Sanches, Miguel (2021): Anteil der Ausländer unter Tatverdächtigen gestiegen – Insgesamt ist die Kriminalität in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. In: Thüringer Allgemeine, 05.11.2021.

Sanches, Miguel (2021): Einwanderer für den Arbeitsmarkt – SPD, Grüne und FDP wollen die Zahl der Migranten deutlich erhöhen – vor allem Fachkräfte sind gefragt. Vorbild könnte Kanada sein. In: Thüringer Allgemeine, 15.10.2021

Sanches, Miguel/Unger, Christian/Zinkler Diana (2021): Haben wir neuen Antisemitismus importiert? – Der Judenhass ist nicht nur hausgemacht, er hat auch im Zuge der Flüchtlingskrise zugenommen. In: Thüringer Allgemeine, 19.05.2021.

Schulze, Ralph (2021): Pulverfass Gran Canaria – Immer mehr Geflüchtete gelangen auf die spanische Insel vor der westafrikanischen Küste. Die Stimmung droht zu kippen, Rechtsradikale jagen Einwanderer. In: Thüringer Allgemeine, 02.03.2021.

Schulze, Ralph (2021): Fast 10.000 Migranten schwimmen von Afrika nach Europa – Marokko schaut weg, als Tausende die Exklave Ceuta erreichen. Bürgermeister: „Eine Invasion“. Spanien riegelt die Bucht ab. In: Thüringer Allgemeine, 19.05.2021.

Unger, Christian (2021): Traumatisierte Flüchtlinge – wie groß ist die Gefahr? – Gerade junge Menschen aus Nahost und Afrika sind oft psychisch erkrankt. Wird ihnen nicht geholfen, werden einzelne zum Sicherheitsrisiko. In: Thüringer Allgemeine, 28.06.2021.

Unger, Christian/Zinkler, Diana (2021): Endlich frei und doch gefangen – Asylsuchende leben ohnehin in engen Unterkünften, während der Pandemie wird das für sie zum Risiko. In: Thüringer Allgemeine, 12.03.2021

Wölfl, Adelheid (2021): Flüchtlinge in Bosnien – „Wir sind keine Tiere“. Rund 1000 Menschen nahe der Stadt Bihaé haben weder Heizung, Strom noch Wasser. In: Thüringer Allgemeine, 05.01.2021.

## Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Bedeutung
COVID-19	Coronavirus SARS-CoV-2
EAE	Erstaufnahmeeinrichtung
NdM	Neue deutsche Medienmacher
TA	Thüringer Allgemeine
TLZ	Thüringische Landeszeitung
WHO	Weltgesundheitsorganisation
UNHCR	Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen

# **04| (Wohn-)Situation von Geflüchteten in Weimar**

Tidian Auer

Lenia Barth

Luzie Leskopf

Ole Wittig

## 1 Einführung

Im Forschungsprojekt „Geflüchtetenarbeit in Weimar“ soll die Lebenssituation von Geflüchteten in Weimar betrachtet werden. Die Analyse geht insbesondere darauf ein, inwiefern Geflüchtete Opfer von Diskriminierung werden und auf welche Aspekte ihres Lebens dies einen besonderen Einfluss nimmt. Des Weiteren soll ermittelt werden, welche Probleme ausschließlich oder in besonderem Maße Geflüchtete betreffen.

Eine Internetrecherche über die Wohnunterkünfte hat ergeben, dass Geflüchtete nicht nur in Weimar meist segregiert am Rande der Stadt mit schlechter Anbindung an die Innenstadt leben (Pott 2020: o.S.). Es gibt zwei Gemeinschaftsunterkünfte in Weimar, eine in zentraler Lage in der Washingtonstraße, in der hauptsächlich Familien unterkommen sowie eine Unterkunft in der Nordstraße in Weimar Nord. Dort sind hauptsächlich alleinstehende Geflüchtete untergebracht. Die dezentralen Unterkünfte liegen ebenfalls in den äußeren Bezirken der Stadt, beispielsweise in Schöndorf oder Weimar West. Zudem konnten Sprachbarrieren auf Informations-Websites der Stadtverwaltung (siehe Links im Anhang) erkannt werden, die der Information über wichtige Anträge und Beratungen zum Asylantragsprozess dienen. Diese und weitere Aspekte sorgen für eine erschwerte Lebenssituation von Asylsuchenden in Weimar, weshalb eine nähere Untersuchung von Nöten ist, um Probleme in ihrem Alltag zu erkennen und mögliche Verbesserungen vorschlagen zu können. Doch es soll nicht ausschließlich der Verwaltungsprozess, sondern ebenfalls der Kontakt zur weiteren Weimarer Bevölkerung betrachtet werden, um zu erforschen, inwiefern eine Stigmatisierung oder gegenteilig eine Offenheit der Bürger\*innen gegenüber Geflüchteten erkennbar ist.

Im Juli 2021 übernahm die Stadt Weimar die Verantwortung über die etablierten Gemeinschaftsunterkünfte und löste somit die Caritas in ihrer jahrelangen Arbeit ab. Da dies Widerspruch unter Weimarer Anwohner\*innen und den Betroffenen selbst auslöste und zu einer Demonstration führte, soll folgende Fragestellung leitend sein: Inwiefern hat sich die Situation Geflüchteter in Weimar durch den Wechsel der Zuständigkeiten im Juli 2021 verändert? Die Bestandsaufnahme und anschließende Analyse sollen insbesondere auf qualitativen Interviews mit Betroffenen und Beteiligten basieren. Hierfür wurden Gespräche mit Geflüchteten geführt, die in der Unterkunft in der Nordstraße untergebracht sind oder waren. Außerdem sollen die Arbeiterwohlfahrt Regionalverband Mitte-West-Thüringen e.V. (nachfolgend AWO) und die Caritas der Region Mittelthüringen über ihre Arbeit vor und nach dem Zuständigkeitswechsel befragt werden. Nicht zuletzt wurde mit der Stadtverwaltung gesprochen. Abschließend sollen die Forderungen aus der Geflüchtetenarbeit sowie der Geflüchteten selbst dargestellt werden. Hierfür wurde ein allgemeiner Interviewleitfaden erstellt, der an die einzelnen Interviewpartner\*innen angepasst wurde. Somit konnte eine Vergleichbarkeit zu den verschiedenen Schwerpunkten entstehen, obgleich den einzelnen Personen der Freiraum gegeben werden sollte, viel aus der eigenen Perspektive zu erzählen.

## 2 Begriffsdefinition

*Flüchtlinge* sind Personen, die aus ihrem Zuhause fliehen und in einer anderen Region, einem anderen Land, Schutz suchen müssen. Grund dafür können politische oder gesellschaftliche Verfolgung, Gewalt, Krieg, Zerstörung der Existenzgrundlage oder Folgen des Klimawandels sein. „Der Begriff „*Flüchtling*“ beschreibt den Rechtsstatus einer Person. Internationale und europäische Abkommen gestehen anerkannten *Flüchtlingen* den Anspruch auf Schutz und eine Reihe fest umschriebener Rechte zu.“ Somit wird der Begriff häufig sowohl für Menschen auf der Flucht als auch für *Asylbewerber\*innen* im laufenden Prozess verwendet. (CoRa 2018: 11)

Abgrenzend davon wird das Wort *Geflüchtete* seit 2015 von Unterstützenden verwendet, denn der Begriff *Flüchtling* kann aus verschiedenen Gründen problematisch sein (ebd.). Die Endung „ling“ kann beispielsweise eine negative Bewertung suggerieren, da viele abschätzigere Begriffe, wie beispielsweise Fiesling, Schädling, Schwächling etc., diese Endung tragen (Stefanowitsch 2015: o.S.). Auch eine Verniedlichung (Kothén 2016: o.S.) und eine dadurch ebenfalls entstehende Abstraktion des Menschen werden kritisiert (BpB o.J.: o.S.). Die Person werde so auf ihre Flucht beschränkt, als wäre dies alles, was sie ausmache (ebd.). Diese Distanz wird verstärkt durch die Tatsache, dass sich der Begriff *Flüchtling* nicht gendern lässt (Kothén 2016: o.S.). Die Abgeschlossenheit der Fluchtsituation, die in dem Wort *Geflüchtete* enthalten ist (ebd.), soll die verbreitete Vorstellung überkommen, es gäbe einen anhaltenden Status *Flüchtling* trotz permanenter Aufenthaltsgenehmigung (CoRa 2018: 11). Denn „mit dem Wort *Geflüchtete* sollen Menschen bezeichnet werden, die auf der Flucht waren und nun zum Beispiel in Deutschland leben und eben nicht mehr auf der Flucht sind.“ (ebd.)

Aus diesem Grund möchten wir in unserer Forschung den Begriff *Geflüchtete* nutzen, da wir uns nicht nur mit Menschen mit dem Rechtsstatus *Flüchtling* beschäftigen, sondern mit allen, die auf der Flucht waren und nun in Weimar leben. Auch *Geflüchtete*, die bereits eine permanente Aufenthaltsgenehmigung besitzen, können von Diskriminierungen betroffen sein, Schwierigkeiten in behördlichen Prozessen haben und Beratung von den lokalen Akteur\*innen brauchen. Wir wollen so darauf aufmerksam machen, dass eine Person nicht für immer *Flüchtling* bleibt.

## 3 Darstellungsmethodik der Ergebnisse: Podcast

Für die Darstellung unserer Ergebnisse haben wir das Format des Podcasts gewählt. In erster Linie soll mit einer Ausstrahlung mehr Aufmerksamkeit auf das Thema erreicht werden. Des Weiteren war es ein Anliegen, möglichst viele beteiligten Akteur\*innen zur Thematik des Zuständigkeitswechsels zu befragen und seine Hintergründe zu erfahren. Vor allem wurde aber das Ziel verfolgt, die Akteur\*innen selbst zu Wort kommen zu lassen und ihnen einen Raum für Verbesserungsvorschläge oder Forderungen zu bieten. Unsere eigenen Gedanken und Auffassungen sollen zunächst zurückgestellt werden. Um das umzusetzen, wurden die meisten Beteiligten während den Interviews aufgenommen, aufgrund der Sensibilität der Thematik, haben wir einzelne Passagen nachgesprochen – auch, um die Identitäten von Einzelpersonen zu schützen.



Der Podcast, der über Radio Lotte und bauhaus.fm lokal in Weimar ausgestrahlt wird, gliedert sich wie folgt:

Einleitung inklusive AUFRUF Juni 2021: CARITAS BLEIBT!

Gegenüberstellung Aussagen aller Akteur\*innen

Gegenüberstellung: Kontakt zur Weimarer Bevölkerung/ Kontakt untereinander

Gegenüberstellung – Wechsel an Zuständigkeiten

Gegenüberstellung: Situation in den Geflüchtetenunterkünften

Gegenüberstellung: Was muss sich verbessern?

Resümee

#### **4 Zusammenfassung der gewonnenen Erkenntnisse, Schwierigkeiten und Schlussfolgerungen**

Die Ergebnisse der Interviews mit den verschiedenen befragten Personen fielen sehr unterschiedlich aus. Im Vorfeld erwarteten wir, über Probleme und Missstände in der Geflüchtetenarbeit von den Geflüchteten selbst zu erfahren. Sonst wäre es im Sommer 2021 bei dem Wechsel an Zuständigkeiten nicht zu der Demonstration gekommen. Auch wenn die Situation laut Befragten davor bereits alles andere als ideal gewesen sei, haben wir nicht erwartet, dass die Lage heute von einem Geflüchteten als „Chaos“ beschrieben werden würde. Die Caritas zuvor habe zumindest alles getan, was sie konnte. Die Stadt mache, was sie müsse. Sowohl in die Wohnsituation in Unterkünften meist am Rande der Stadt in kleinen Zimmern ohne Privatsphäre als auch das Sicherheitsgefühl wirken aus den Erzählungen gravierend. Aber auch die Beratung habe sich vor allem durch den Wechsel extrem verschlechtert, die Betroffenen fühlen sich von den Verantwortlichen der Stadt mit den Anforderungen des Asylprozesses und dem Fuß fassen in Weimar allein gelassen. Sie würden trotzdem weiter die Caritas aufsuchen, die jetzt jedoch im Café International nur an zwei Tagen der Woche Beratung bieten können und die aktiv auf der anderen Seite der Stadt aufgesucht werden muss.

Diesen Problemen ist sich die Stadtverwaltung nicht bewusst, zumindest weisen die Verantwortlichen bei Missständen lediglich auf Bundesregelungen hin und sprechen positiv über die Unterbringungen. Während auch die AWO recht positiv, jedoch sehr vorsichtig, über die Geflüchtetenarbeit und -versorgung spricht, äußert sich die Caritas zu den meisten Fragen, die den Wechsel, die Situation in den Gemeinschaftsunterkünften oder Verbesserungsvorschläge betrifft, überhaupt nicht. Wir führen das auf die Abhängigkeit und die enge Zusammenarbeit mit der hauptverantwortlichen Stadt zurück.

Doch die unterschiedlichen Aussagen von Geflüchteten und Trägern macht vor allem eine Sache besonders deutlich: Niemand scheint die Betroffenen selbst direkt zu fragen, was schiefläuft. Beispielsweise von der beschriebenen schlechten Wohnsituation in den Unterkünften scheinen weder die AWO, die Caritas noch die zuständige Stadtverwaltung zu wissen. In unseren Gesprächen haben wir dazu von keiner der beteiligten Parteien Information darüber, geschweige denn über eventuelle Missstände, erhalten. Vage

Aussagen oder gar die Verweigerung von Antworten lassen uns vermuten, dass nicht alles so unproblematisch läuft, wie von den Verantwortlichen beschrieben.

Der Zuständigkeitswechsel ist aus unserer Perspektive auch noch nach allen Gesprächen nicht klar nachvollziehbar. Warum es eigentlich diesen Wechsel gab, wenn doch laut Geflüchteten die Caritas keine schlechte Arbeit geleistet habe, konnte uns keine der interviewten Personen erklären. Der einzig genannte Vorteil – alles läge jetzt in einer Hand – erklärt den Wechsel nicht ausreichend. Konkretere Aussagen bleiben aus.

Insgesamt entsteht der Eindruck, dass die Geflüchtetenarbeit in Weimar nicht transparent gestaltet ist. Erst nachdem wir mit einzelnen, beteiligten Personen selbst länger gesprochen haben, beginnen wir zu verstehen, wer welche Aufgabe übernimmt und welche Regelungen es gibt. Eine anfängliche Internetrecherche, welche oft das erste Hilfsmittel für Hilfe suchende Geflüchtete ist, hätte uns keinen realistischen Einblick gegeben. Allerdings ist klar, dass nicht alle Prozesse reibungslos ablaufen können. Ob nun die Gelder für die Wohnraumversorgung fehlen, oder durch Bundesregelungen die Leistungen für Geflüchtete und der Asylprozess erschwert werden; auf all das haben die Stadt Weimar und ihre Träger keinen Einfluss. Ein Erleichtern der Situation für Geflüchtete wäre jedoch möglich. Reflektieren die Verantwortlichen ihre Arbeit und die Veränderungen durch den Wechsel? In Zusammenarbeit mit den Betroffenen scheint dies nicht zu passieren, sonst würden die Geflüchteten nicht von all den Missständen, auch in der Kommunikation, berichten.

Im Rückschluss ist das Hauptproblem an der gesamten Situation, wie den Geflüchteten entgegengetreten wird. In allen Lebensbereichen stellen sich ihnen Hürden: Es gibt Hürden, wenn sie versuchen Kontakte mit nicht-geflüchteten Personen zu knüpfen, denn ihnen werden häufig Vorurteile entgegengebracht. Es gibt Hürden, wenn Geflüchtete zur Behörde gehen und sich rechtfertigen müssen, Leistungen in Anspruch zu nehmen, die ihnen rechtlich eigentlich zustehen. Auch wenn die Verantwortlichen der Unterkünfte nicht mit den Bewohner\*innen kommunizieren und alle Rückmeldungen und Beschwerden ins Leere zu laufen scheinen, stellen sich den Geflüchteten weitere Hürden in den Weg. Von all dem berichten Betroffene.

Dieses Gefühl wird vor allem durch das Verhalten von in der Ausländerbehörde Beschäftigten hervorgerufen.

*Auf die Ansprache von Artikel 2 Absatz 1 des deutschen Grundgesetzes, „jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt“ angesprochen, entgegnete eine Mitarbeiter\*in der Ausländerbehörde mit: Du bist nicht Jeder.“*

Allerdings seien nicht alle Mitarbeiter\*innen negativ aufgefallen. Die Interviewte Person merkte an, dass viele Ungerechtigkeiten nicht auf die Mitarbeiter\*innen der Ausländerbehörde, sondern auf veraltete Gesetze und Regelungen zurückzuführen seien.

Wenn dies vereinzelt passiert, kann davon ausgegangen werden, Einzelpersonen würden ihre Arbeit nicht gut machen oder seien schlichtweg unfreundlich. Wenn Geflüchteten dieses Verhalten jedoch flächendeckend entgegengebracht wird – auch von eigentlich qualifizierten Leuten im öffentlichen Dienst – dann ist das struktureller Rassismus.

Was uns im Gedächtnis bleibt, sind Worte eines Geflüchteten wie diese:

*„Es ist nicht so als ob Geflüchtete sich nicht helfen lassen wollen. Sie haben nur ein schlechtes Gefühl zur Ausländerbehörde zu gehen. Sie wollen nicht immer gefragt werden: Warum bist du hier? Was machst du hier? Warum arbeitest du nicht? Solche Fragen.“ Und: „Weimar ist richtig schön, also die Stadt. Aber der Teil, in dem ich bin, ist aufgeteilt.“*

## **Literaturverzeichnis**

Bundeszentrale für politische Bildung (o.J.): Geflüchtete. (Zugriff: 25.01.22) URL: <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-in-einfacher-sprache/249861/gefluechtete>.

Frings, Dorothee (2018): Diskriminierungsschutz für Geflüchtete. Wuppertal: Der Paritätische NRW. (Zugriff: 07.11.2021) URL: [https://www.kompass-f.de/fileadmin/public/Redaktion/Dokumente/PDF/Kompass\\_F-Expertise\\_web.pdf](https://www.kompass-f.de/fileadmin/public/Redaktion/Dokumente/PDF/Kompass_F-Expertise_web.pdf).

Kooperationsprojekt [CoRa] des DGB-Bildungswerkes Thüringen e. V. und des Flüchtlingsrates Thüringen e. V (Hg.) (2018): Flucht und Asyl in Thüringen. Infoheft.

Kothen, Andrea (2016): Sagt man jetzt Flüchtlinge oder Geflüchtete?. In: Pro Asyl (2016): Heft zum Tag des Flüchtlings.: 24.

Stefanowitsch, Anatol (2015): Flüchtlinge zu Geflüchteten?. In: Sprachlog.de. (Zugriff: 25.01.22) URL: <http://www.sprachlog.de/2015/12/12/fluechtlinge-zu-gefluechteten/>.

## **Anhang: Interviewprotokolle und Ergebnisse**

### 6.1 Interview mit der AWO 25.11.2021

#### Ausgangslage:

Ausnahmesituation 2015-2017, hoher Andrang

Möglichkeit nach Europa zu kommen sei trotz dessen gering; es gäbe nicht viele gestellte Asylanträge

Pandemiebedingt seien Zahlen rückläufig (nicht wegen Bedarf, sondern der Situation geschuldet)

Lage in Weimar: geringe Anzahl an Menschen in Unterkünften, eher dezentrale Unterbringung (AWO als Beratungsstelle mit beiden weniger zu tun, erst in der Zuständigkeit mit Anschlussberatung; Koyuncu selbst hat Kontakt mit Menschen im Asylverfahren eher durch Ausländerbeirat)

AWO auch Anlaufstelle für

Menschen, die mit dem Aufenthaltsgesetz in Berührung gekommen sind

Menschen, die schon länger in Weimar leben (er hat das „Biodeutsche“ genannt)

„Deutsche“ bei Familienzusammenführungen, Auslandssemestern

#### Bevölkerung Weimars zu Geflüchteten

Hohe Segregation in Weimar; primär in Weimar West, Nord & Schöndorf

Begegnungsprojekte finden immer im selben Kreis statt à mehr Beteiligung gewünscht (Beispiel der „Sprachbuddies“, nicht genügend Teilnehmende)

Reaktionen auf Geflüchtete extrem unterschiedlich (Verweis auf die zerstörte Ausstellung!)

Positive und negative Gruppenbildung erkennbar

#### Aus Sicht von Geflüchteten:

„Leben in einer Blase“; Freundeskreis und Arbeitsumfeld eher selektiert, nicht viele Kontakte außerhalb

Aus dieser Blase werde man oft herausgerissen, wenn man im Alltag mit Rassismus konfrontiert wird (wieder Verweis auf zerstörte Ausstellung)

Alltagsrassismus: auch bei vielen Menschen, die schon lange Zeit in Deutschland leben (Fragen in Zusammenhang mit Herkunft; Wunsch nach mehr Bedachtsamkeit und Sensibilisierung)

(AWO) Wieder Beispiel Begegnungsprojekte:

Empowerment durch Workshops & Seminare

z.B. Aufklärung über Rechte (Was darf die Polizei, Wie kann ich mich wehren), Empowerment (Angriffsfläche Kopftuch)

Projekte können auf Menschen zugeschnitten werden, wenn Bedarf besteht

Nötig, weil durch Mikroaggressionen/Mikrorassismus ein Unsicherheitsgefühl entstehen könne; Projekte dienen der Unterstützung

#### Nordstraße/Washingtonstraße:

Zugelassene Gemeinschaftsunterkunft (alle Anforderungen würden erfüllt sein)

Von Menschen, die dort wohnen/wohnten, hätte er selbst nichts Schlechtes gehört, aber es können immer etwas verbessert werden

In Washingtonstr. eher Familien, Nordstraße sei eher eine Einzelunterkunft

400 Menschen seien dezentral, 100 in Unterkünften betreut

Dezentrale Unterbringung wäre in Weimar ein Vorteil

Lage im Industriegebiet sei nicht ideal, aber es sei auch ein Wohngebiet

Katastrophale Bedingungen würden eher in den Erstaufnahmelagern herrschen (Suhl?)

#### Zusammenarbeit mit der Stadt Weimar:

Enge Zusammenarbeit

Förderung erfolge durch die Stadt (primär finanziell, Koyuncu nennt aber vor allem den positiven Einfluss von Statements; Bsp. Rathauskurier [gegen Rassismus und Diskriminierung])

Oft Berührungspunkte mit der Ausländerbehörde

#### Wechsel der Zuständigkeit:

Ein freier Träger habe in der sozialen Arbeit eig. Immer einen Vorteil, weil mehr Unabhängigkeit bestehe (soziale Arbeit solle aus seiner Sicht immer unabhängig und vermittelnd arbeiten)

Erfahrungen mit Arbeitskreisen (u.a. mit der Caritas) bis jetzt positiv

Koyuncu selbst sei zufrieden mit der Arbeit wie sie jetzt läuft; sie sei anders, aber nicht schlechter

Er sähe viele Versuche der Stadt, Verbesserungen in der Geflüchtetenarbeit zu schaffen (Stellenbesetzung mit arabischer Muttersprachlerin; „Die Stadt macht sich Gedanken“)

Befürchtungen, die in der Demonstration zum Zuständigkeitswechsel geäußert wurden, seien nicht eingetreten

#### Ausländerbeirat:

Habe „Verantwortlichkeit für Verbesserung der gemeinschaftlichen Teilhabe“

Durchführung von Projekten für ein Miteinander, egal ob einmalige Vorkommnisse oder wiederkehrende Feiern wie interkulturelle Neujahrsfeste

Politische Themen würden diskutiert und bessere Abläufe in der Geflüchtetenarbeit selbst besprochen werden

Gebündelte Beschwerden könnten durch politische Stellung des Beirats gut weitergeleitet werden

Namensänderung: Begriffsdefinition wichtig für die Wahrnehmung und die Debatte

Zusammenhang zwischen Tonfall in der Debatte und zerstörter Ausstellung deutlich; eine zerstörte Ausstellung sei zu verkraften, aber Menschen, die Opfer einer rassistisch motivierten Straftat werden, können man nicht zurückbringen (NSU, Hanau)

#### Konkrete Wünsche:

Mehr Offenheit der Gesellschaft ohne „Helfer\*innensyndrom“

Erkundigen, bevor man potenziell verletzende Dinge fragt oder sagt

„Syrien ist nicht gleich Syrien, so wie Deutschland nicht gleich Deutschland ist“ (Bsp.: Leute aus dem Allgäu würden sich unterscheiden von Menschen in Hamburg; sehr wenig Ahnung über bestimmte Länder zusammen mit Pauschalisierung wird der kulturellen Vielfalt nicht gerecht)

Mehr Bedachtsamkeit und Sensibilisierung (auch politisch)

Keine politischen Fehler

Mehr Solidarität im öffentlichen Raum/prekären Situationen

Höhere Standards in Unterkünften; sind diese Standards die gleichen wie unsere?

Eigene Reflektion; wie viele Menschen in meinem Umfeld sind Geflüchtete, wie setzt sich meine Bubble zusammen, wie ist das Stadtbild gestaltet?

## 6.2 Interview mit der Weimarer Stadtverwaltung 02.12.2021

### Allgemeines zur Unterbringung:

Insgesamt würden alle gut untergebracht werden können

Gute Räumlichkeiten

Saubere Sanitärräume

Wachdienst

Washingtonstraße sei in einer zentraleren Lage als die Nordstraße

Zweiteilung in zentrale und dezentrale Unterbringung bewähre sich

Die Personen in den Geflüchtetenunterkünften könnten ein freies Leben führen

Dezentrale Unterbringung fördere Integration der Geflüchteten

aufgrund der Mietpreisstruktur, sowie des Wohnraumangebotes befänden sich die Unterbringungen hauptsächlich in Schöndorf, Weimar Nord, Weimar West

### Konzept der Stadtverwaltung:

Die Stadt wolle auf dem Weg zur Selbstständigkeit Hilfe zur Selbsthilfe leisten und entsprechende Hilfestellungen geben

Einen Wechsel der Zuständigkeit gebe es im Hinblick auf die Begleitung und Betreuung in den Gemeinschaftsunterkünften, da sich die Stadt selbst der Aufgaben stellen und annehmen wolle und somit alle Aufgaben in den Gemeinschaftsunterkünften in einer Hand lägen

### Rückmeldung von Geflüchteten:

Bisher seien keine Barrieren gespiegelt worden

Keine Rückmeldung über Chaos beim Wechsel

Rückmeldungen könnten jederzeit an die Mitarbeitenden der Flüchtlingssozialbetreuung erfolgen

Anlaufstelle für die Menschen in den Gemeinschaftsunterkünften sei die Flüchtlingssozialbetreuung der Stadt, Ansprechpartner für die Menschen in Wohnungen die Caritas oder das Café International und Ansprechpartner für die Menschen die bereits anerkannt sind, sei der Migrationsdienst der AWO. Allen Geflüchteten Menschen stehe der Kontakt zum Ausländerbeirat und zur Ausländerbeauftragten, sowie alle weiteren Beratungsangebote der Stadt offen.

Durch Bundesregelungen teilweise eingeschränkt (Unterbringungspflicht)

## 6.3 Erstes Interview mit Geflüchteten 23.11.21

### Hintergrund der Interviewten Person:

Lebte 2019 für einige Monate in der Unterkunft in der Nordstraße

Wollte ursprünglich nicht nach Weimar, hat schlechtes über Ostdeutschland gehört – hat sich laut ihm bestätigt!

Bei seiner Ankunft wurde er von seiner Schwester getrennt, sie lebt in Düsseldorf und ist sehr viel glücklicher, Menschen dort seien sehr viel offener

#### 2019 Kontakt zur Caritas:

Am Anfang sei sein Deutsch sehr schlecht gewesen, doch es habe bei der Caritas Sozialarbeiter\*innen, die gut englisch sprechen, das wäre hilfreich gewesen (*sagt nichts über andere Sprachen wie Arabisch, Farsi etc.*)

Caritas gab ihm Tipps, wo er Deutsch lernen könnte, Arbeit bekäme, was seine Rechte seien; à allerdings auch bei der Caritas nicht alles perfekt, sie könnten an ihrer Kommunikation arbeiten (viele Angebote musste er selbst finden)

Ansprechpartner sehr hilfreich, sehr freundlich, gute Kommunikation und Versorgung

Seine Ansprechpartnerin sei nach Berlin umgezogen, er habe jedoch immer noch Kontakt zu ihr à *Zuteilung der Ansprechpartner\*innen*

Er selbst ist jetzt ehrenamtlich dort als Dolmetscher tätig

#### Unterkunft in der Nordstraße und Umzug nach Schöndorf:

Nordstraße sei schlecht angebunden

Nur Männer, alle Perser wurden zusammengesteckt, *keine Durchmischung* à er findet das negativ!

Erhielt 2019 einen Brief vom Amt, dass er nach Schöndorf umziehen müsse

Wohnung dort für zwei Personen, indem sie jedoch zu dritt leben, Mitbewohner ebenfalls aus der Nordstraße, jedoch kein gutes Verhältnis

Problem ist auch hier wieder die Anbindung (Letzter Bus fährt um 20 Uhr)

Dort mit besonderem Alltagsrassismus konfrontiert, „niemand sieht mir in die Augen“

#### Kontakte nach außen alle von ihm ausgehend:

Dort Freunde gefunden

Aufmerksam darüber geworden: Poster in der Unterkunft aufgehängt „join us“

Kontakt zu Kirchengemeinde, da er Christ ist. Allerdings Kontakt schwierig, kommt alles von ihm! à ältere Leute dort: „die gucken uns nicht in die Augen“

#### Wechsel an Zuständigkeiten

Kommunikation sei schwieriger geworden

Caritas war auch außerhalb ihrer Arbeitszeiten ansprechbar, das ist bei der Stadt nicht der Fall!

Bei der Caritas habe es eine gute Beratung gegeben, „haben immer gemacht, was sie konnten“, wisse was sie tut, versucht sich wirklich zu kümmern

Sicheres Gefühl bei der Caritas, nicht vorhanden bei der Stadt

Auch aufgrund von Corona wenig Kontakt möglich, niemand darf in die Unterkunft mitgebracht werden

*Keine Dolmetscher* verfügbar, nur im Notfall (Krankenhaus z.B.)

Arbeiter von der Stadt nur an zwei Tagen vor Ort (dienstags und donnerstags), mit kurzen Arbeitszeiten, *stimmt mit den Zeiten der Ausländerbehörde überein!*

Caritas war täglich da, außer montags (da war Besprechungstag der Caritas-Mitarbeiter\*innen)

Menschen haben keinen Zugang zu Stadtarbeitern, kein Vertrauen – man geht trotzdem zur Caritas ins Café International zur Beratung (Stefan und Manuela Wenzel)

#### Kommunikation:

zur Uni ebenfalls schwierig! Von Deutschkursen erst erfahren, als selbst danach geforscht!!

Beratung in der Thomas-Müntzer-Straße

Diakonie: darf nur Geflüchtete mit permanenter Aufenthaltsgenehmigung beraten!

#### Was sich verbessern muss:

Bessere Beratung, insbesondere am Anfang: Was darf ich sagen für meinen Asylantrag?

BAMF-Gespräch darf nicht innerhalb der ersten Tage in Deutschland sein, viel zu große Drucksituation!

Weimar anders als Erfurt und andere Städte:

Keine Möglichkeit, eine Wohnung zu mieten ohne Aufenthaltsgenehmigung

#### Sicherheit:

Übergriffe in der Nordstraße von Nazis, mehr Übergriffe jedoch in der Washingtonstraße

In der Nordstraße gibt es ein bis zwei Personen Sicherheitspersonal (so war es 2019/2020)

Kein Personal in der Washingtonstraße!

Würdest du nach 5 Jahren in Weimar sagen, dass Du dich wohlfühlst? *„Überhaupt nicht, ich hasse es!“*

6.4 Zweites Interview mit Geflüchteten 15.12.2021

#### Hintergrund der Interviewten Person:

Seit 21 Monaten in Weimar, seit 2 Jahren in Deutschland, hat seine Familie mitgebracht (Frau und 2 Kinder)



Wohnt ebenfalls in Schöndorf, wohnte zuerst mit der Familie in der Nordstraße, jedoch wegen Krankheit der Frau wurden sie in die Washingtonstraße versetzt, dann einen Brief erhalten für Umzug nach Schöndorf

#### Situation in der Unterkunft in der Nordstraße:

Partys und Alkohol, alles nur Männer: fühlt sich mit Familie und Frau nicht sicher!

Weite Wege zum Einkaufen, für die Schule des Sohnes

Küche nicht rund um die Uhr geöffnet, Küche und Bad teilt man sich mit anderen Geflüchteten

Allerdings neuer als in Washingtonstraße

„Wir sind immer raus aus der Stadt (...) dann können wir gar keinen Kontakt haben, das ist nicht integriert“

„Weimar ist richtig schön, also die Stadt. Aber der Teil, in dem ich bin, ist aufgeteilt“

#### Situation in der Unterkunft in der Washingtonstraße:

Nur ein Zimmer mit der gesamten Familie (wie Nordstr.)

Küche und Bad nicht beim Zimmer, auf anderer Etage

Alt und heruntergekommen

Allerdings besseres Sicherheitsgefühl innerhalb des Gebäudes mit anderen Familien!

Privatsphäre als großes Problem Lernen (Kind und Eltern), Schlafen etc.

Schulkind konnte sich für Hausaufgaben nicht konzentrieren

#### Kontakte mit Weimarer Bevölkerung

Ein paar Familien in der kath. Kirche

Starker Versuch, sich zu integrieren, jedoch nicht leicht, lediglich mit 2 Familien Kontakt geknüpft

kaum Kontakte über die Schule

„Jeder bleibt in seiner eigenen Safe Zone“, „Leute in der Nordstraße gehen nicht richtig raus, sie haben auch eine Angst, glaub ich, dass sie nicht angenommen werden“

„Das erste Jahr sei wie ein Schock, wie haben alle unsere Familie, alles unsere Freunde aus der Kindheit haben wir nicht mehr.“ -> sie bräuchten nicht vorwiegend Unterstützung, sondern Kontakt zu Leuten!

#### Wechsel an Zuständigkeiten und aktueller Eindruck der Geflüchtetenhilfe

„Chaos“

Stadt helfe gar nicht

Für Hilfe geht er zur Caritas, ins Café International

Man müsse sich *aktiv Hilfe suchen*

„Die Stadt braucht eine Brücke zwischen Menschen“

„Es ist nicht so als ob Geflüchtete sich nicht helfen lassen wollen. Sie haben nur ein schlechtes Gefühl zur Ausländerbehörde zu gehen. Sie wollen nicht immer gefragt werden: Warum bist du hier? Was machst du hier? Warum arbeitest du nicht? Solche Fragen.“

Termin bei Ausländerbehörde: „Du kriegst gar kein gutes Gefühl, wenn du da hinmusst“

Reaktion auf Konzept der Stadt (Hilfe zur Selbsthilfe): „das ist wie ein zweijähriges Kind ins Wasser zu schmeißen, damit es schwimmen lernt.“

Schöndorf:

Fühlt sich wohl in Schöndorf

Zufrieden, ist froh, eine eigene Wohnung zu haben mit mehr Privatsphäre (2 Zimmer)

Aufgrund von *Krankheit seiner Frau* habe sich der Prozess beschleunigt, Hilfen und Wohnung kamen schneller

Was sich verbessern muss:

Asylprozess: 6-12 Monate für BAMF-Bescheid Warteprozess

Aufenthaltsgenehmigung, ob ja oder nein ist ein riesiger Unterschied

Kein Kindergeld

Sie können ihren Kindern nichts ermöglichen, wie erklärt man seinem Kind, dass es nicht das gleiche bekommen kann wie alle anderen in der Klasse?

„Alle leben und wir nicht!“

6.5 Interview Caritas 13.01.2022

Zurückhaltung:

Caritas hofft, dass kritische Stimmen von Geflüchteten selbst geäußert werden, da sie selbst nicht viel Kritik an der Geflüchtetenarbeit in Weimar äußern kann, aufgrund ihrer Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung (Mikro war offiziell noch aus, können wir wahrscheinlich nicht in dieser Klarheit verwenden)

Angst vor Folgen, wenn eine Kritik von Mitarbeiter\*innen der Caritas geäußert würde

Beobachtung: viele Fragen, auf die sie keine Antwort geben möchte, vorgeschriebener Text mit Antworten auf die Fragen, die wir zuvor der Caritas zuschicken mussten

Allgemeines zur Arbeit:

Caritas sieht sich als „Dienstleister, Anwalt und Solidaritätsstifter“, „das sind auch wichtige Grundsätze in der Geflüchtetenarbeit“

Seit 2004 in der Geflüchtetenarbeit tätig, in den ersten Jahren vorrangig die Koordination von zentralen Unterkünften

Seit 2014/15 auch verstärkt die Koordination dezentraler Unterkünfte übernommen

Seit dem Sommer 2021 hat die Stadt die Koordination von zentralen Unterkünften übernommen

Aufgaben sind unter anderem die Vermittlung zu Sprachkursen, Schulen etc., Beratung, Dolmetschen

Große Anzahl ehrenamtlicher Mitarbeiter\*innen (120 Personen)

Ca. 260 Personen, die von der Caritas betreut werden (Unterstützung dieser Personen sei Hauptaufgabe der Caritas): Personen im laufenden Asylverfahren, abgelehnte Asylsuchende und Menschen mit unsicheren Aufenthaltsverhältnissen

Zum Teil auch Beratung von Personen mit Aufenthaltstitel (Migrationsberatung)

insgesamt kommen also ca. 500 Personen zur Caritas in Weimar

Aufgaben:

Hausbesuche in dezentralen Unterkünften

Beratung im Café international

Zum kleinen Teil auch Migrationsberatung (größeren Teil übernimmt AWO)

Aufgaben räumlich aufgeteilt, Interviewpartnerin für Weimar Nord und Schöndorf zuständig

Was läuft gut?

Vielfalt an Träger\*innen

Viele Hauptamtliche in anderen Bereichen, die sich jedoch stark für Geflüchtete einsetzen

Vermittlung durch Caritas zu Schulen und KiTas

Kostenloses Sprachmittlungsprogramm LingaTel in Thüringen, jedoch nicht für alle Bereiche geeignet in der Psychotherapie, wo persönliche Dolmetscher\*innen benötigt werden

Viele Ehrenamtliche: „Neben den Hauptamtlichen, die in ihren Feldern starke Arbeit leisten gibt es in Weimar natürlich eine große Zivilbevölkerung und ganz, ganz viel Ehrenamtliche, die sich für Geflüchtete einsetzen. Teilweise sind die bei Trägern wie der Caritas angedockt, teilweise aber auch einfach in der Nachbarschaft, im Umfeld der Schule, in Kirchgemeinden, die dort einfach punktuell wichtige Arbeit leisten.“

„Meiner Meinung nach ist es ein sehr breites Spektrum an Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren“, auch Geflüchtete, die etwas zurückgeben möchten.

Was muss besser werden?

Bundesweit:

schnelleren und besseren Zugang zu Sprachkursen: sehr kompliziertes System (nur für ganz spezifische Kurse wird die Genehmigung erteilt, dieser hat vor Ort jedoch zum Teil keine Kapazität mehr, jemanden aufzunehmen)

„es würde alles sehr viel einfacher machen, wenn jede Person, die in Deutschland ankommt, sofort einen Zugang zu einem Integrationskurs bekommt und die einzige Unterscheidung dann wäre, welches Sprachniveau die Person hat und ob sie schon lesen und schreiben kann oder nicht“

schneller eine Arbeitserlaubnis bekommen Asylprozess an sich

„Außerdem braucht es generell Regelungen, dass Leute viel mehr und viel schneller in eigenen Wohnungen untergebracht werden und nicht so lange oder am besten eigentlich gar nicht in Heimen untergebracht sind“

Weimar:

Verwaltungsprozesse vereinfachen:

Anträge verständlicher, einfachere Sprache

„Es muss möglich sein, in der Behörde persönlich vorzusprechen, ohne vorher anrufen zu müssen oder eine online-Terminvergabe; dass Anträge und auch Bescheide in einer einfacheren Sprache geschrieben sind“ (meist auch für Muttersprachler\*innen teilweise nicht verständlich)

Durch Corona Sprachproblem verstärkt, da nur online Termine möglich → hierfür Lösung finden

„Vieles davon war auch vor Corona leichter, aber seit Corona sind die Menschen sehr viel stärker auf die Hilfen von Beratungsstellen angewiesen, weil eben online-Terminvergaben, wie bei der Ausländerbehörde, telefonische Beratungsgespräche wie beim Jobcenter eine große Hürde sind, die viele Leute nicht alleine meistern und aufgrund der Sprachbarriere da erstmal Unterstützung brauchen und dann vieles dieser Arbeit auf die Beratungsstellen zurückfällt.“

Terminvergabe für Ausländerbehörde muss vereinfacht werden

„Außerdem dauert es derzeit sehr, sehr lange Termine für die Verlängerung von Aufenthaltstiteln zu bekommen, was sehr viele Folgeprobleme mit sich bringt. Weil an den Aufenthaltstitel ganz häufig Arbeitsstellen oder soziale Leistungen geknüpft sind und wenn die nicht rechtzeitig verlängert werden, hat das unter Umständen gravierende Auswirkungen auf den Alltag der Menschen.“

Anträge können meist nur schriftlich eingereicht werden, schwierige Sprachbarriere

„Zugang zu Leistungen ist oft erschwert“

Verlängerung des Aufenthalts als komplizierter Prozess muss einfacher werden

Arbeitserlaubnis muss beantragt werden, dauert so lange, dass das Jobangebot meist nicht mehr steht

Zugang zu Dolmetschern

### Verbesserung der Wohnsituation:

Geflüchtete sollten möglichst kurz oder am besten gar nicht in Heimen untergebracht werden

„Teilweise sind Leute mehrere Jahre im Heim, das kann zu gesundheitlichen Schwierigkeiten führen, die Leute sind häufig isoliert, sie dürfen keinen Besuch empfangen und das erschwert einfach das Ankommen. und wir sehen natürlich, dass es an Wohnraum mangelt und dass sich da auch bemüht wird, dass die Menschen so schnell wie möglich in Wohnungen kommen. Aber es wäre natürlich wünschenswert, das noch stärker anzugehen.“

Großer, günstiger Wohnraum muss zur Verfügung gestellt werden, auch für Familien, die kein hohes Einkommen haben

„Und generell sieht man daran, dass es bei Betreuungsangeboten gut ist, dass die Jugend- und Sozialhilfe vorrangig durch freie Träger angeboten wird, weil sie gegenüber öffentlichen Ämtern einen großen Vertrauensvorsprung haben in der Bevölkerung und viele zusätzliche Ressourcen, wie zum Beispiel den Kontakt zu Ehrenamtlichen, zu Kirchgemeinden und eben ein gutes Netzwerk haben in der Bevölkerung“

### Kontakt zu Weimarer Bevölkerung:

Äußert sich positiv aufgrund der vielen Ehrenamtlichen, offene Bevölkerung

„Wie eng der Kontakt ist, können wir aus unserer Perspektive nicht einschätzen“

Jedoch auch unterschiedliche Erfahrungen im Verhältnis zur Bevölkerung; es gibt auch Personen, die in ihren Wohnungen sehr isoliert leben; natürlich kämen auch Personen zu ihnen kommen, die von Rassismus berichten (im Wohnumfeld, Alltag, Institutionen etc.)

### Frage: Fehlt eine zentrale Anlaufstelle bei all den Trägern in Weimar? (dies wurde von Stadtverwaltung kritisiert):

„Für Menschen, die uns zugewiesen sind, hoffen wir, dass es für die Menschen klar ersichtlich ist, dass wir die erste Anlaufstelle immer sind, sein wollen und sein können. Ob wir in allen Fragen weiterhelfen können oder mal weitervermitteln müssen, das ist eine andere Frage, aber in dem Punkt würde ich sagen, dass es sehr eindeutig ist, dass wir erstmal erster Ansprechpartner sind für Fragen verschiedenster Art.“

### Frage: Ist die dezentrale Unterkunft ein Weg in die eigene Freiheit?

Ja, definitiv: denn sie sind zwar nicht eigene Mieter\*innen, jedoch besitzen so eigene Räumlichkeiten, Küche etc.

# **05|Auswirkungen des Wohnumfeldes auf von Rassismus betroffene Kinder und Jugendliche in Weimar West**

Cora Fröhlich

Milena Marie Grösch

Richard Franz Lessing

Adrian Weinzierl

## 1 Einleitung

Nachdem wir feststellten, dass es zu unserem ursprünglichen Thema Wohnen und Rassismus schon zahlreiche Forschungen gibt und sich ein Studienprojekt an der Bauhaus-Universität bereits mit dem Zugang zum Wohnungsmarkt in Weimar-West im Zusammenhang mit Rassismus beschäftigt hatte, beschlossen wir, unser Thema anzupassen.

Die Segregation als gegeben annehmend, möchten wir genauer untersuchen, inwiefern sich das Wohnumfeld auf rassistische Einstellungen und Vorfälle auswirkt. Zudem entschieden wir uns den Fokus auf Kinder und Jugendliche zu legen, um zu verstehen, inwiefern sich rassistische Einstellungen entwickeln und inwiefern das Wohnumfeld dazu beitragen oder derartige Entwicklungen hemmen kann.

Eine der wenigen Daten zu dem Thema Rassismus im Wohnumfeld stammen aus einem Hintergrundpapier zu den Zahlen rechter Gewalt 2020 in Brandenburg des Vereins Opferperspektive.

Demnach war in Potsdam die hohe Zahl rassistisch motivierter Angriffe im Wohnumfeld auffällig. 9 Angriffe haben in unmittelbarer Umgebung des Wohnortes der Betroffenen stattgefunden (Opferperspektive 2021: 8). Besonders häufig ereigneten sich außerdem rassistisch motivierte, misogyne rechte Gewalttaten in Brandenburg im unmittelbaren Wohnumfeld der Betroffenen (ebd.: 5). Rassistische Gewalt im Wohnumfeld stellt eine immense Belastung für die Betroffenen und deren psychische wie physische Gesundheit dar, da die Wohnumgebung normalerweise einen Rückzugsraum darstellt (ebd.: 10). Viele sehen sich durch derartige Vorfälle zum Wohnortwechsel gezwungen (ebd.: 8). Diese Daten verdeutlichen die Dringlichkeit einer weitreichenderen Beschäftigung mit Rassismus im Wohnumfeld in der Forschung.

Die Wahl unseres Untersuchungsraumes Weimar-West basiert auf Erhebungen der Stadt Weimar, welche zeigen, dass in diesem Stadtteil der statistische Anteil an unter 18-Jährigen mit Migrationshintergrund besonders hoch ist (Stadt Weimar 2020: 26). Zunächst waren wir unschlüssig, ob eine Untersuchung in Weimar-West, das Bild des Stadtteils weiter verhärten und wir somit zur Stigmatisierung des Stadtteils beitragen würden. Schließlich kamen wir aber zu dem Ergebnis, dass das Erkenntnispotenzial in Weimar-West besonders hoch ist und wir die Stigmatisierung bei unserer Untersuchung als zentralen Bestandteil mitbetrachten.

Zuerst stellten wir uns die Frage, inwiefern das Leben in einem bestimmten Wohnumfeld, im Fall unserer Forschung Weimar-West, rassistische Diskriminierung bei Kindern und Jugendlichen beeinflusst. Im Laufe der Interviews mit verschiedenen Akteuren in Weimar-West entwickelte sich unsere zweite Forschungsfrage: Wie gehen institutionelle Träger in Weimar-West in ihrem Aufgabenbereich mit Rassismus um?

Zu Beginn unserer Forschung bestanden folgende Vermutungen: Weimar-West ist seit 2000 Teil des Städtebauförderprogramms „Soziale Stadt“ und verfügt über ein

Quartiersmanagement, welches eine Koordination verschiedener Angebote ermöglicht. Diese Rahmenbedingungen legen die Vermutung nahe, dass somit vermehrt finanzielle und personelle Ressourcen im Stadtteil vorhanden sind, wodurch sich die Situation in den letzten Jahren verbessert haben könnte. Andererseits zeigen Berichte über rassistische Anfeindungen, wie wir sie im Rahmen der Exkursionswoche von der Migrantifa oder auch beim Stadtteilrundgang in Jena-Winzerla gehört haben, dass eher das Gegenteil der Fall ist, rassistische Vorfälle zunehmen und die Situation sich verschärft.

Zur Einarbeitung widmen wir uns zunächst Literatur zum Thema Rechtspopulismus, Segregation und Quartierseffekte. Damit verschaffen wir uns einen Überblick über verschiedene Faktoren im Zusammenhang von Wohnumfeld und Rassismus. In Interviews mit Akteur\*innen in Weimar-West sowie einer Schüler\*innenumfrage untersuchen wir, wie sich Rassismus in Weimar-West zeigt und welcher Umgang damit gefunden wird. Dabei lag der Fokus auf dem Lebensumfeld von Kindern und Jugendlichen, weshalb wir uns genauer mit dem Kontext Schule befassen.

Wir haben uns bei unseren Analysen dafür entschieden, die Formulierung „von Rassismus Betroffene“ zu verwenden, um alle Menschen zu inkludieren, die aufgrund der ihnen zugeschriebenen Herkunft diskriminiert und benachteiligt werden. Statistiken und Literatur nutzen teilweise andere Begriffe oder Definitionen (beispielsweise Menschen mit Migrationshintergrund), weshalb sich diese unvermeidlich auf unterschiedliche Bezugsgruppen beziehen.

In Weimar-West ist die Bewohner\*innenstruktur sehr heterogen, was die Definition von Rassismus erschwert. Unter den Menschen mit vielen unterschiedlichen Nationalitäten sind beispielsweise Spätaussiedler\*innen. In den von uns geführten Interviews wurde darauf hingewiesen, dass es insbesondere bei solchen Gruppen schwierig ist Rassismus zu benennen, aber auch Rassismus innerhalb der verschiedenen von Rassismus betroffenen Gruppen untereinander zu analysieren.

## **2 Theoretischer Rahmen der Forschung**

Bei der Literaturrecherche wurde nach einem deduktiven Ansatz vorgegangen, ausgehend von der Frage, inwiefern sich erstarkende rechtspopulistische auf den städtischen Raum auswirken, wird im zweiten Text auf die strukturelle Ebene von sozialer und rassistischer Segregation eingegangen. Im dritten und vierten Abschnitt soll speziell untersucht werden, welchen Effekt das Wohnumfeld auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen hat. Über die Rolle des Quartierseffekts, als möglichen Erklärungsansatz, soll sich abschließend speziell mit Thema Schule und Segregation beschäftigt werden.

Dabei werden die einzelnen Themenbereiche mit Weimar-West in Verbindung gebracht und diskutiert. Der so entstehende theoretische Unterbau, dient dann als Grundlage für die weitere Forschung im Quartier.



## 2.1 Wie sich der städtische Raum auf die Entwicklungen und Ausbreitung von rechtspopulistischen Strukturen auswirkt - am Beispiel von Leipzig-Grünau

Bei der Untersuchung der Verbreitung von Rechten und populistischen Strukturen zeigt sich, dass im gesamten Gebiet der BRD ein wachsender Zuspruch für Parteien wie der AfD zu beobachten ist. Jedoch ist ein starkes Gefälle zwischen den alten und den neuen Bundesländern zu beobachten. Im Osten werden im Schnitt doppelt so hohe Wahlergebnisse bei der AfD erzielt, wie im Westen (Bundestagswahl 2021, Zweistimmen für die AfD: Bayern 9%, Thüringen 24% (Bundeswahlleiter 2021: o.S.).

Hohe Wahlergebnisse für die AfD zeigen sich dabei besonders in peripher gelegenen Stadtteilen. Am Beispiel Leipzig lässt sich dies gut zeigen: Innerstädtische Viertel im Zentrum der Stadt, erzielten hohe Stimmanteile (Landtagswahl 2019), bei Parteien, wie den LINKEN oder B90/DIE GRÜNEN. In Stadtrandgebieten, wie Grünau oder Paunsdorf, ging die Mehrheit der Stimmen an die AfD (Stadt Leipzig 2021: o.S.).

Im Vergleich von zentrumsnahen und peripheren Quartieren zeigt sich, dass in Randgebieten wie L-Grünau oder auch Weimar-West, oftmals ein höheres Armutsrisiko und ein höherer Förderbedarf bei Kindern und Jugendlichen festgestellt wird. Durch steigende Mieten und der zunehmenden Segregation von sozial und finanziell benachteiligten Bevölkerungsgruppen, kann es zur Abkopplung und Stigmatisierung bestimmter Quartiere kommen.

Peter Bescherer und Robert Feustel haben in ihren Texten untersucht, welche Rolle die räumliche Dimension bei der Verbreitung von Rechtspopulismus spielt (Bescherer 2021: 59-77). Grundlage der Forschung waren zahlreiche Umfragen und Interviews mit Akteur\*innen (Quartiersmanger\*innen, Politiker\*innen, Sozialarbeiter\*innen etc.) aus Leipzig-Grünau und Paunsdorf. Als Grundlage der Forschung nutzen sie dabei den Begriff der *Scale* (Belina 2013). Dieser Begriff beschreibt den Raum als abstraktes Gebilde, welches an sich nicht bedeutsam ist (Bescherer 2021: 75). Erst wenn untersucht wird, welche sozialen Probleme existieren und wie die Gesellschaft funktioniert, kann aus der sozialen Praxis, eine räumliche Praxis werden (ebd.: 76). Praktisch bedeutet dieses Konzept, dass bei städtebaulichen Projekten, viele Akteur\*innen mit unterschiedlichen Interessen zusammenkommen. Dabei werden soziale Phänomene, jeweils aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet. Beispielsweise haben Gewerkschafter\*innen andere Interessen als Bauunternehmer\*innen oder Konzerne. Dadurch kommt es zur Verschränkung verschiedener *Scales* bzw. verschiedener Interessen.

Zur Bearbeitung von sozialen und politischen Problemlagen müssen laut Bescherer sogenannte *Scale Frames*, also Rahmen, in denen die verschiedenen Interessen gesammelt sind, erarbeitet werden (Kurtz 2003).

Ursachen für den großen Zuspruch der Bürger\*innen für rechtspopulistische Parteien in den oben genannten Quartieren, hängt vor allem mit der sogenannten „Flüchtlingskrise“ im Jahr 2015 zusammen. Es wird berichtet, dass sich viele Bewohner\*innen überfordert fühlten, zudem werden oftmals eigene Probleme auf die Geflüchteten projiziert, an der Lebenswirklichkeit vieler ändert sich aber wenig (Bescherer 2021: 67). Jedoch wird vermutet, dass durch entstehende Konkurrenzsituationen zwischen Geflüchteten und einheimischen Personen, Konflikte entstehen. Diese Konfliktsituationen spielen dann

populistischen Parteien in die Hände, so ein Gewerkschafter. Auch wurde bei den Befragten festgestellt, dass das Thema Stadtentwicklung und Stadtpolitik von der AfD praktisch nicht bearbeitet wird. Vorschläge und Themen werden eher von den LINKEN eingereicht. (ebd.: 69)

Im Text wird angenommen, dass die Wahlentscheidung für die AfD, eher weniger mit dem Wohnort zutun habe und Vorurteile und Meinungen wahrscheinlich tiefer verwurzelt sind. Ein möglicher Faktor bezieht sich vor allem auf die DDR-Vergangenheit. Dabei wird von einem sogenannten „Transformationsschmerz“ gesprochen. Es wird argumentiert, dass die einheimische Bevölkerung bereits mehrere Wandlungen durchmachen musste (Wiedervereinigung 1990, Globalisierung etc.), sodass, ausgelöst durch Zuwanderung seit 2015 oftmals eine Überforderung der Personen auftritt. Weiterhin können Narrative wie Ressentiments gegen Migrant\*innen oder Eliten zu Wahlentscheidungen, zugunsten rechtspopulistischer Parteien führen. (ebd.: 70)

Um gegen rechte Tendenzen vorzugehen, werden drei Strategien genannt: *Sozialpolitik ausweiten*, *Urbanität/Diversität stärken* und *Unerreichbare erreichen* (ebd.: 71). Die erste Strategie zielt auf den Ausbau sozialer Strukturen ab (Integrationsangebote, keine befristeten Arbeitsverträge, Stärkung des Sicherheitsgefühl für Einheimische und Geflüchtete, Mietpreisbremsen etc.).

Die Stärkung der Urbanität/Diversität besteht darin, Vergemeinschaftungsformen zu erzeugen und Angebote zu schaffen, um Vorurteile und Ressentiments gegenüber Geflüchteten abzubauen (Fußball, gemeinsame Kochabende, internationales Buffet). Zudem sollen rassistischen Haltungen durch Solidarität mit Migrant\*innen in Betrieben, abgebaut werden. Dies gestaltet sich jedoch schwierig, da die oftmals prekäre Arbeitsverhältnisse kaum Mitbestimmung der Beschäftigten und damit eine mögliche Solidarisierung mit Migrant\*innen zulassen. (ebd.: 72)

Die dritte Strategie beschäftigt mit der Stigmatisierung der peripheren Gebiete, da diese Bereiche oft als „blinde“ Flecken beschrieben werden. Akteur\*innen aus der Stadt bleiben oft in ihren „Szenequartieren“, sodass bestimmte (Sozial)angebote (Mietenberatung, Sozialberatung) in den Neubauvierteln gar nicht existieren, so eine Politikerin der Linken. Ein Ausbau dieser fehlenden Strukturen und eine Vernetzung von Akteur\*innen aus Grünau wäre notwendig, um diese Anlaufstellen zu schaffen.

Laut Peter Bescherer liegen die Ursachen für das Entstehen von Rechtspopulismus, vor allem „in sozialer Ungleichheit und ungleicher räumlicher Entwicklung und Segregation.“ (ebd.: 73) Außerdem zeigt sich aus den Expert\*inneninterviews, dass fehlende Angebote und „politische Organisation bzw. Interessenvertretung im Quartier, zur Ausbildung und Erstarkung von Rechten Strukturen führen können.“(ebd.: 73)

Inwiefern rechtspopulistische Strömungen nun aber auf den städtischen Raum zurückzuführen sind, kann auch über die oben beschriebene *scale frames* argumentiert werden. (ebd.: 77) Dabei spielen die lokale und kommunale Ebene, aber auch gesamtgesellschaftliche Probleme eine wichtige Rolle.

Auch der Einfluss von Medien spielt dabei mit hinein. Der Einfluss der Medien soll hier aber nur kurz behandelt werden. (ebd.: 77ff.) Die Akteur\*innen berichten von Skandalisierungen von Geschehnissen und einer Verzerrung der Lebenswirklichkeit, durch bestimmte Medien, wie der *Bild-Zeitung*. Dabei bestimmen Rechte Parteien die medialen Debatten, als Akteure

treten sie aber wenig in Erscheinung. (ebd.: 77ff.) Dabei ist es wichtig zu festzuhalten, dass in diesen Quartieren viele Probleme existieren, jedoch andere als solche, die durch einige Medien reproduziert werden. (ebd.: 77ff.)

Als Ausblick zeigt sich das durch Rechte Akteur\*innen momentan keine stadtpolitischen Themen behandelt werden, dies könnte sich aber verändern, wenn Rechte die städtischen Probleme erkennen und für ihre Politik nutzen, wie es momentan eher durch die Linken praktiziert wird.

Zudem muss weiter untersucht werden, wie die (mediale) Wahrnehmung der Bürger\*innen mit den tatsächlichen Verhältnissen (z.B. beim Thema Sicherheit oder Einwanderung) zusammenspielt. (ebd.: 96) Laut Feustel funktioniert dies vor allem durch die Untersuchung von Mikrokonflikten (konkrete Problemlagen und stadtpolitische Entscheidungen). Bei diesen Konflikten kann genau untersucht werden, wie sich die einzelnen Akteur\*innen verhalten und welche Interessen und Emotionen den Entscheidungen zugrunde liegen. (ebd.: 97)

Im Vergleich mit dem Quartier Weimar-West, treten viele Übereinstimmungen mit den Vierteln Grünau und Paunsdorf auf. Vor allem in Hinblick auf die historischen (DDR-Vergangenheit) und sozialstrukturellen Problemlagen, wurden ähnliche Entwicklungen festgestellt. So gab es auch hier einen starken Zuspruch von rechtspopulistischen Parteien. Auch in Weimar-West wird eine Segregation von sozial- und finanziell benachteiligten Bevölkerungsschichten beobachtet.

Ebenso unterscheiden sich die betrachteten Viertel aber voneinander, schon anhand der Zahl der Einwohner\*innen. Während in Grünau über 40.000 Personen leben (Stadt Leipzig 2021), wohnen in Weimar-West ca. 5000 Personen (Stadt Weimar 2021). Durch die Größe entstehen andere Problemlagen. In Leipzig-Grünau spielen auch die Infrastruktur und die Anbindung an das Zentrum eine wichtige Rolle, während Weimar-West vergleichsweise nah am Stadtzentrum liegt und die öffentlichen Verkehrsmittel gut ausgebaut sind. Auch gibt es hier eine Vielzahl von Angeboten und Hilfen, welche z.T. auch im gesamten Weimarer Stadtraum genutzt werden können. Die oben beschriebenen *Scales* einzelner Akteur\*innen werden auch in Weimar-West beobachtet: Um einzelne Interessensparteien, wie die Stadt, die AWO oder Wohnungsgenossenschaften einzubeziehen und zu verknüpfen, werden Netzwerktreffen durchgeführt, wie der Quartiersmanager darlegte.

## **2.2 Gesellschaftliche Ungleichheit als Treibstoff für Segregation**

Der Begriff Segregation ist im Diskurs um das Wohnumfeld omnipräsent und meint, dass Bevölkerungsgruppen ungleich auf Stadtteile verteilt sind (Baur 2013: 21). Diese Verteilung ist Ausdruck von Unterschieden innerhalb einer Gesellschaft. Am häufigsten problematisiert wird Segregation, wenn sie anhand sozialer oder ethnischer Linien entsteht. Hervorzuheben ist hierbei, dass Segregation auch anhand anderer Merkmale auftritt. Beispiele wären hier Stadtteile die von jungen Familien, Künstler\*innen oder älteren Menschen dominiert werden. Nicht immer wird Segregation negativ gesehen, im Gegenteil kann sie auch von Bewohner\*innen oder der Gesellschaft gewollt sein, da sich so Netzwerke bilden können und Konflikte vermeiden lassen. In der Mehrheit der diskutierten Fälle ist es jedoch so, dass

Segregation negativ konnotiert ist, da sie gesellschaftliche Konflikte noch zu verstärken scheint. (Difu 2022).

Soziale Segregation wird massiv durch die Situation auf den Wohnungsmärkten einer Region gesteuert. Da sozial Schwache über weniger finanzielle Ressourcen verfügen, ziehen sie in Stadtteile, in denen das Leben vergleichsweise günstig ist. Somit erhöht sich die Dichte einer bestimmten Gruppe in einem Stadtteil. Begleitet wird diese Konzentration von einem Wegzug von ökonomische besser Gestellten, welche in Viertel mit (vermeintlich) besserer sozialer und kultureller Infrastruktur, Prestige und Anbindung ziehen. Gleichzeitig haben sozial Schwache Menschen kaum Möglichkeiten und Ressourcen solch ein Viertel zu verlassen, da sie außerhalb von ihm ökonomische und soziale Schwierigkeiten zu befürchten haben. Diese fehlende Mobilität führt zu einer sozialen Exklusion. Hinzu kommt oftmals die Verstärkung von Segregation durch den sozialen Wohnungsbau, welcher Menschen in prekären Verhältnissen an einigen Orten einer Stadt sammelt. (Baur 2013: 21-24).

Die tieferliegenden Ursachen sozialer Segregation sind gesellschaftlich-ökonomischer Natur. Ausgehend davon das Ungleichheit ein räumliches Abbild erzeugt, scheint Segregation eine direkte Folge einer Spaltung von Armen und Reichen zu sein (Friedrichs 2011: 49-50, Difu 2022). In Deutschland ist die Armutsgefährdungsquote seit 2005 nahezu konstant gestiegen (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2021).

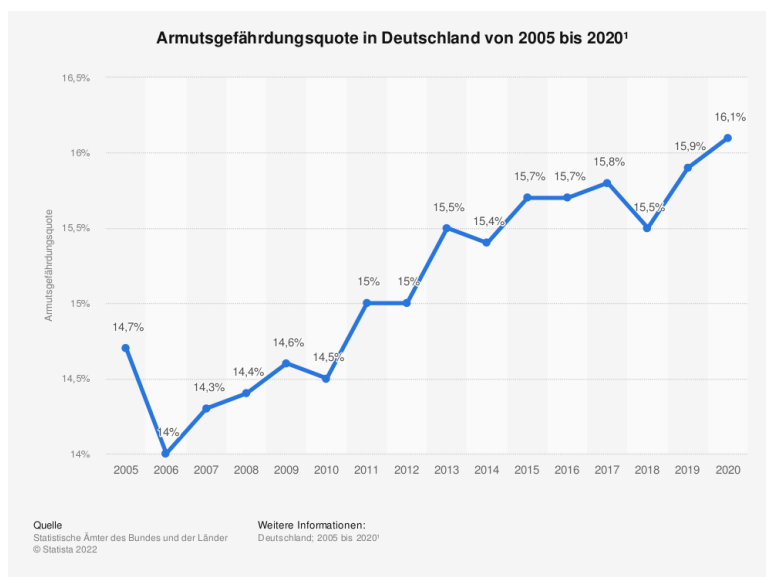


Abb. 1: Armutsgefährdungsquote in Deutschland von 2005 bis 2020

Migrant\*innen weisen eine überproportional hohe Armutsquote auf, wodurch sie von dieser Entwicklung stärker betroffen sind (Friedrichs 2011: 50). Im Umkehrschluss sind Migrant\*innen auch deutlich häufiger (sozialer) Segregation unterworfen. Aufgrund des Zusammenspiels von sozialer Segregation und der erhöhten Armutsquote unter Migrant\*innen ist die Trennung von ethnischer und sozialer Segregation kaum präzise möglich. Die Bedingungen unter denen sich diese Vermischung bildet, unterscheiden sich allerdings von Region zu Region. So konnte beispielsweise in Köln nur eine geringe Korrelation von Armut und Migrant\*innen festgestellt werden, obwohl Köln eine hohe Segregation aufweist. In anderen Städten wiederum ist die Korrelation deutlich höher. Die

Erklärungen sind vielfältig und beinhalten die Zahl von Einbürgerungen, räumliche Gegebenheiten und wirtschaftliche Entwicklungen. (Friedrichs 2011: 50-57).

Die Auswirkungen von Segregation können in viele Lebensbereiche hineinwirken. Insbesondere für migrantisch Gelesene Personen sind sie jedoch vielfältig, da sie oftmals in mehrerer Hinsicht Diskriminierung erfahren. Sowohl die Mechanismen sozialer Segregation, also meist Segregation aufgrund eines niedrigen Einkommens, als auch rassistische Diskriminierung ist für sie spürbar. Die Folgen wurden/werden im öffentlichen Diskurs überwiegend einseitig diskutiert. Segregation wurde als Problem von Migrant\*innen angesehen, welche sich so der Integration in die Mehrheitsgesellschaft entziehen (Bürkner 2011: 17). Dieser Diskurs stützt sich vor allem auf vermeintliche kulturelle Unterschiede und lässt dabei strukturelle Ursachen wie Diskriminierung, Rassismus und wirtschaftliche Ungleichheit außen vor. Diese kulturelle Analyse führt dabei zu einer Grenzziehung zwischen verschiedenen Gesellschaftlichen Gruppen und führt zu einer Vermischung verschiedener Zuschreibungen. Beispielsweise wird so immer wieder Arbeitslosigkeit und Migrationshintergrund in einen Kontext gesetzt, in dem es so erscheint als ob sich beides gegenseitig bedingt (Bürkner 2011: 22-23).

Diese Auswirkungen von Segregation sind unter dem Begriff der Quartierseffekte bekannt und lassen sich in drei Kategorien einteilen. Die soeben bereits angerissene symbolische Dimension der Quartierseffekte, welche zu einer Stigmatisierung von Bewohner\*innen führt. Dies kommt besonders außerhalb des Quartiers zum Tragen und führt so zu einem Rückzug der Bewohner\*innen in „ihr Viertel“. (Baur 2013: 26-30)

Dieser Rückzug verstärkt die Benachteiligung in sozialen Beziehungen. Durch die Akkumulation von Haushalten mit verfestigten Problemlagen, einer höheren Fluktuation und dem Wegzug zahlungskräftiger Schichten ergibt sich insbesondere für Kinder und Jugendliche ein schweres Umfeld, da für sie soziale Netzwerke sowohl für Sozialisation als auch den Eintritt in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt bedeutend sind. (ebd.: 27 f.)

Schlussendlich existiert oftmals ein Nachteil bei objektiven Ressourcen, also Kriterien wie Bausubstanz, Anbindung, kulturelles Angebot, Infrastruktur, soziale Infrastruktur. (ebd.: 26 f.)

Es ist umstritten wie stark sich die Quartierseffekte auswirken. Sicher ist, dass sich die Effekte in jedem Untersuchungsgebiet anders auswirken. Die momentane Forschung deutet allerdings darauf hin, dass die Auswirkungen gering sind. Allerdings mit der Ausnahme einiger Gruppen, darunter Kinder und Jugendliche, welche deutlich stärker von ihrem Viertel geprägt werden. (Baur 2013: 32-33).

Insbesondere das Schulumfeld ist durch Quartierseffekte geprägt. Internationale Vergleiche haben gezeigt, dass Deutschland Bildungsdefizite aufweist. Insbesondere im Bereich der Chancengleichheit. Die 2003 durchgeführte Pisa-Studie zeigte Risikofaktoren für schlechte auf. Ein Quartiersumfeld mit einem erhöhten Anteil an Sozialhilfeempfänger\*innen verschlechterte durchschnittlich das Ergebnis, ebenso wie Eltern mit Migrationshintergrund. Besonders beunruhigend hierbei war, dass auch Kinder deren Migrationsgeschichte bereits mehrere Generationen zurück lag, von diesen Auswirkungen betroffen sind. Allerdings wurden auch bei diesen Risikofaktoren regionale

Unterschiede identifiziert. Scheinbar konnte manche Bundesländer Nachteile besser kompensieren als andere. (Baur 2013: 54-55)

Segregation ist ein Phänomen, welches immer in seinem regionalen Quartierskontext betrachtet werden muss. Von diesem Kontext hängt ab, wie sich Segregation auf das Leben der Betroffenen auswirkt. Generell muss allerdings festgehalten werden, dass Segregation einen starken Einfluss auf das Leben eines Individuums haben kann. Insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund werden hierbei Opfer von Mehrfachdiskriminierung aufgrund ihrer Migrationsgeschichte und ihres ökonomischen und sozialen Status. Empirisch belegt ist das besonders Kinder eine betroffene Altersgruppe sind. Für sie schlägt sich Segregation in ihren Bildungschancen nieder.

### **2.3 Bedeutung des Wohnumfeldes für Entwicklungschancen von Kindern**

Um zu verstehen, inwiefern das Wohnumfeld sich auf Rassismuserfahrungen von Kindern auswirkt, gilt es zunächst zu betrachten, welche Bedeutung das Wohnumfeld für Kinder hat und welche Funktionen es für sie erfüllt.

Das Wohnumfeld spiegelt zum einen den sozialen Kontext, in dem Kinder aufwachsen und bedingt darüber hinaus Verhaltensweisen, da es bestimmte Handlungen ermöglicht oder erschwert (Schmitz/Schlicht 2001: 59).

Grundsätzlich bietet ein Wohnumfeld verschiedene Nutzungsoptionen und kann auf so Verhaltensweisen beeinflussen (ebd.). Darüber hinaus kann ein ansprechendes Wohnumfeld die Identifikation damit stärken und dazu führen, dass mehr Zeit darin verbracht wird, was sich wiederum positiv auf den Kontakt zu anderen Bewohner\*innen auswirkt (ebd.). Jedoch könnten laut Schmitz und Schlicht (2001: 59) auch räumliche Gegebenheiten Begegnungschancen schaffen oder einschränken.

Schmitz und Schlicht betonen außerdem die besondere Bedeutung des Wohnumfeldes für Kinder und sozial benachteiligte Gruppen. Für sozial benachteiligte Gruppen steht insbesondere die Funktion als erweiterter Wohnraum im Fokus (ebd.). In dieser Hinsicht ist zu betonen, dass das Wohnumfeld nicht als rein materieller, sondern vor allem als sozialer Raum zu verstehen ist, der demnach unter anderem auch Begegnungsfunktionen erfüllen kann. Mit Verweis auf die Aktionsraumforschung führen Schmitz und Schlicht (2001: 59) aus, dass Wohnviertel mit mangelnder Ausstattung bei Gutverdienenden zur Kompensation führen, indem sie für Aktivitäten andere Orte aufsuchen, während dies bei sozial benachteiligten Gruppen eher zu einem Verzicht auf die Aktivität führt. Bei einer guten Ausstattung des Wohnviertels sei die Aktivitätshäufigkeit hingegen vergleichbar.

Für Kinder und Jugendliche ist das Wohnumfeld besonders bedeutend, da sie ein besonders hohes Maß an Freizeit haben und gleichzeitig sehr begrenzte Möglichkeiten diese außerhalb des eigenen Stadtviertels zu verbringen. Zudem stellt das Wohnumfeld für diese einen Erkundungs- und Erprobungsraum dar, in dem häufig - im Kontrast zu von Erwachsenen organisierten Freizeitaktivitäten - noch eher unbeaufsichtigtes, offenes und

informelles Spielen sowie die Schaffung von eigenen Regeln und Rollen möglich sei (Schmitz/Schlicht 2001: 59). Dies ist wichtig für Wohlbefinden und Persönlichkeitsentwicklung der Kinder, weshalb der Verfügbarkeit und Gestaltung dafür geeigneter Flächen eine hohe Bedeutung zukommt.

	Potentielle Bedeutung	Zielgruppe
min. ↓ max.	Verkehrsraum	vorrangig Autofahrer
	Durchgangsraum	vorrangig Anwohner
	Erweiterter Wohnraum	vorrangig Anwohner/marginalisierte Gruppen
	Freizeitraum	vorrangig Kinder, Jugendliche, alleinerziehende Mütter, finanziell schlechter Gestellte
	Sozialraum	allgemein Anwohner und deren Freunde/Bekannte
	Sozialisationsraum	vorrangig Kinder und Jugendliche
	Identifikationsraum	allgemein Anwohner
	Integrationsraum	allgemein Anwohner und Gesamtstadt

Abb. 2: Stadien potenzieller Bedeutung des Wohnumfeldes (Schmitz/Schlicht 2001, S. 60)

Wie die in Abbildung 1 gezeigte Einteilung zeigt, kann das Wohnumfeld verschiedene Funktionen erfüllen und abhängig besonders auf verschiedene Zielgruppen auswirken. Für unser Thema relevant sind in diesem Zusammenhang vor allem Bedeutung des Wohnumfeldes als Freizeitraum für Kinder und Jugendliche. Dieser kann als Erkundungs- und Erprobungsraum dienen und Kindern je nach Ausgestaltung dahingehend Chancen bieten oder verwehren. Je nachdem wie diese Räume genutzt werden, dienen derartige Räume dann auch als Sozialisationsraum, die Begegnung fördern und so dazu beitragen können, dass das Wohnumfeld als Integrationsraum dienen kann.

Eine gute Wohnumfeldgestaltung zeichne sich durch viele dezentrale, kleine Freiflächen aus, welche bedacht ausgestattet werden sollten, um multifunktional viele Nutzungsoptionen zu bieten (Schmitz/Schlicht 2001: 62). Die Anregung zu Bewegung solle im Mittelpunkt stehen sowie ein Fokus auf Fuß- und Radverkehr und eine Einschränkung des motorisierten Verkehrs angestrebt werden (ebd.). Gewachsene, ortsprägende Strukturen seien bei der Planung besonders zu berücksichtigen, wozu eine Bürgerbeteiligung unverzichtbar ist.

Auch eine Studie von Bertelsmann Stiftung und Robert-Koch-Institut kommt zu dem Ergebnis, dass die Entwicklung der Kinder sich größtenteils Zuhause und im unmittelbaren räumlichen Umfeld, also dem Quartier stattfindet und in diesem Zusammenhang gefühlte Sicherheitsaspekte, die Intimität der Wohnsituation, Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten im Umfeld sowie Belastungen durch Lärm die zentralen Wohnumfeldkriterien darstellen (Bertelsmann Stiftung et. al 2010: 43).

In den Interviews mit Akteur\*innen in Weimar-West sowie einer Umfrage unter Schüler\*innen klang an, dass die räumlichen Möglichkeiten wie Spielplätze und insbesondere die Freifläche Paradies zur Verfügung stehen und von den Kindern als positiv

wahrgenommen werden. Jedoch stellen unbeaufsichtigte Orte auch Orte dar, an denen es potenziell zu Beleidigungen, Mobbing und Diskriminierung kommen kann.

## **2.4 Umstrittene Bedeutung von Quartierseffekten**

Das Konzept des Quartierseffektes ist ein Ansatz, um zu erklären, inwiefern sich aus dem Wohnen in einem bestimmten Viertel Lebensqualität sowie Chancen und Möglichkeiten ergeben. In der Literatur gibt es zu der Bedeutung jener Quartierseffekte verschiedene Auffassungen.

Mögliche Mechanismen für das Wirken von Quartierseffekten sind objektive Ressourcen wie Bausubstanz und die kulturelle und verkehrliche Infrastruktur. Auch soziale Beziehungen, die in benachteiligten Quartieren häufig durch hohe Fluktuation, Haushalte mit verfestigten Problemlagen sowie den Wegzug zahlungskräftiger Schichten gekennzeichnet sind, zählen dazu. Und auch die symbolische Dimension, also die Stigmatisierung zählt zu den Quartierseffekten, insofern der Wohnort als Demütigung empfunden wird. (Baur 2013: 26-30)

Die Studie "Gesundheit lernen Wohnquartiere als Chance für Kinder" von Bertelsmann Stiftung und Robert-Koch-Institut geht der Frage nach, ob das Wohnumfeld lediglich Spiegel der sozialen Zusammensetzung der Nachbarschaft ist, oder ob das Zusammenwirken der baulichen und sozialen Umwelt zu eigenem Einflussfaktor wird (Bertelsmann Stiftung et. al 2010: 15). Daher wurde untersucht, ob sie die Quartierstypen auch unabhängig von der familiären Situation auf die Kinder auswirken. Dazu wurde eine quantitative Untersuchung mit Referenzkindern und -familien (Differenzierung in niedriger, mittlerer und hoher Sozialstatus) durchgeführt. Deutliche Auswirkungen des Quartierseffektes konnten nur in städtischen Quartieren und im Vergleich von sogenannten Prestige- und Belastungsquartieren ausgemacht werden (ebd.: 43). In diesem Rahmen belegten Differenzen bei den Kindern mit mittlerem sozialem Status den Quartierseffekt. Oft waren die Ausprägungen nach Quartierstypen höher als nach Sozialstatus. Wuchsen diese in einem Prestigequartier auf entsprachen Lebensweise und Chancen eher den Kindern mit hohem sozialem Status, lebten sie in einem Belastungsquartier eher denen der Kinder mit niedrigem Sozialstatus. Untersuchte Aspekte in der Studie waren unter anderem Rauchen in der Schwangerschaft, Bewegung, und Medienkonsum.

Die Autor\*innen kommen schließlich zu folgendem Fazit: Familien prägen in Deutschland mehr als in anderen europäischen Ländern das die Gesundheits- und Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen. "Der Quartierseinfluss hat unabhängig von anderen Faktoren eine eigene Wirkung, die bisher noch nicht bundesweit erfasst wurde" (Bertelsmann Stiftung et. al 2010: 43).



Der Band "Schule, Stadtteil, Bildungschancen" (Baur 2013) hingegen kommt zu dem Ergebnis, dass der Quartierseffekt nur gering zu sein scheint, wobei einige Gruppen (zum Beispiel

Jugendliche) Ausnahmen seien (Baur 2013: 32f.) Hier waren untersuchte Aspekte unter anderem Infrastruktur und Schulbildung.

Die Bedeutung des Quartierseffektes ist in der Literatur also umstritten. Grund dafür sind die unzureichende Studienlage sowie die uneinheitliche Definition. Da in den verschiedenen Untersuchungen verschiedene Aspekte untersucht werden, ist es nicht verwunderlich, dass auch die Ergebnisse unterschiedlich sind. Man könnte also unserer Literaturlauswahl nach davon ausgehen, dass Quartierseffekte hinsichtlich der Schulbildung und Infrastruktur weniger bedeutend sind als hinsichtlich der Gesundheitsentwicklung.

## **2.5 Zwischenfazit nach der Literaturrecherche**

Durch die Literaturrecherche können wir für unsere Untersuchung relevante Themenbereiche identifizieren. Außerdem fallen bei der gemeinsamen Betrachtung aller Texte bereits einige Aspekte hinsichtlich der Frage, wie diese zusammenwirken, auf:

Wenn es um die Themen Migration und Herkunft geht, ist immer auch der Sozialstatus Thema. Das Vorherrschen der Mehrfachbenachteiligung deutet sich an.

Auch wenn die Bedeutung der Quartierseffekte in der Studie von Bertelsmann Stiftung und RKI und bei Baur (2013) unterschiedlich eingeschätzt wird, so sind sie sich einig darin, dass das Quartier einen Risikofaktor bezüglich der Chancengleichheit in verschiedenen Lebensbereichen von Kindern und Jugendlichen darstellt. Es bleibt jedoch unklar, ob das Quartier der ausschlaggebende Faktor ist.

Sowohl Bescherer/Feustel (2021) als auch Schmitz/Schlicht (2001) und machen deutlich, dass das soziale Umfeld, die Identifikation sowie der Bezug zueinander immensen Einfluss auf die Situation haben, weshalb Begegnung als zentrale Umgangsstrategie sinnvoll erscheint.

Generell gibt es wenig Literatur zu unserem speziellen Thema, weshalb wir unsere Recherche auf verschiedene speziellere Bereiche ausdehnten. Dies hilft uns dabei, Rassismus im Wohnumfeld aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten. Dazu zählen zum Beispiel die Perspektiven des Rechtspopulismus, der strukturellen Gegebenheiten, sowie die Sicht der Sozialarbeit.

Außerdem weisen alle Arbeiten darauf hin, dass die Datenlage zu den jeweiligen Themen unzureichend ist und eine Gesamteinschätzung der Situation erschweren.

### **3 Stadt als Akteur am Beispiel Weimar-West**

Um die Erkenntnisse der Literaturrecherche auf den Untersuchungsraum Weimar-West übertragen zu können und uns einen Eindruck von Rassismusverständnis, rassistischen Vorfällen und dem Umgang mit Rassismus im Stadtteil zu erarbeiten, analysierten wir zuerst die Art und Weise wie eine Stadt agieren kann und Weimar es im Falle von Weimar-West tut. Hierfür wurde eine statistische Erhebung der Stadt Weimar sowie einen 2021 veröffentlichter Kurzfilm ausgewertet und mit Hilfe des Beispiels der Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus eine alternative Art und Weise des Umgangs aufgezeigt.

#### **3.1 Integrierte Berichterstattung der Stadt Weimar im Kontext der Kommunalen Präventionskette**

Konkrete Zahlen und Daten zu Problemlagen von Kindern- und Jugendlichen in Weimar-West ergeben sich insbesondere aus der „Integrierte[n] Berichterstattung der Stadt Weimar im Kontext der Kommunalen Präventionskette“. Ihre Aufgabe wird wie folgt definiert: „Übergreifendes Ziel ist es, eine stimmige Präventionsstrategie zu entwickeln, welche nachhaltig über die Kommunale Präventionskette verankert ist, um Chancengerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen in Weimar herzustellen.“ (Stadt Weimar 2020: 82). So sollte mithilfe dieser „Präventionskette“ insbesondere Armut durch eine „gezielte und zugleich abgestimmte Förderung in den Bereichen Jugend, Soziales, Bildung, Sport, Gesundheit“ verhindert werden (ebd.: 4). Weimar-West wird in Kombination mit dem Industriegebiet West als Planungsareal IV definiert (ebd.: 19). Da das Industriegebiet West vermutlich kaum bis keine Wohnfunktion beinhaltet, ist das Planungsareal und die angegebenen Zahlen aussagekräftig für Weimar-West allein. Auffällig für dieses Planungsareal sind die, im Vergleich mit der Gesamtstadt, hohen Prozentzahlen der Sozialindikatoren, welche zur Einstufung von Armutsgefährdung genutzt werden. So ist beispielsweise der Anteil der kinderreichen Haushalte an Kinderhaushalten mit 16 Prozent deutlich über der Gesamtstadt mit 11,2 Prozent (ebd.: 38). Der Anteil der Anzahl von alleinerziehenden am Anteil der Haushalte mit Kindern liegt mit 51,2 Prozent auch erheblich über dem 30,9-prozentigen Anteil der Gesamtstadt (ebd.: 40). Der Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern an den Haushalten mit Kindern liegt mit 43,9 Prozent im Vergleich zum Durchschnittswert der Gesamtstadt mit 15,3 fast dreimal so hoch (ebd.: 42). Weitergehend betrachtet die Integrierte Berichterstattung „Sonderpädagogischen Förderbedarf in Lernen, Sprache, Emotionale und soziale Entwicklung“ (ebd.: 62). Während der Anteil der Kinder und Jugendlichen an Schulpflichtigen mit diesem sonderpädagogischen Förderbedarf in der Gesamtstadt bei 4,5 Prozent liegt, machen Kinder- und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Planungsareal 7,8 Prozent der Schulpflichtigen aus (ebd.: 61). Zudem waren im Schuljahr 2014/2015 Gesundheitliche Auffälligkeiten bei der Schuleingangsuntersuchung in Weimar-West in allen drei Kategorien überdurchschnittlich (ebd.: 67). 7,2 Prozent der Kinder im Planungsareal IV hatten Adipositas, während es in der Gesamtstadt nur 4,3 Prozent waren (ebd.: 69). Mit 10,1 Prozent der Schulanfänger\*innen zeigten im Planungsareal mehr Kinder Verhaltensauffälligkeiten als der Durchschnitt der Gesamtstadt mit 7,8 Prozent (ebd.: 67). Auch die Daten zu Kindern und Jugendlichen mit Sprech-, Sprach- und Stimmstörungen waren mit 30,4 Prozent zu 21,6 Prozent in der Gesamtstadt vergleichsweise hoch (ebd.). Deutlich wird hierbei also, dass die Lebenslagen

von Kindern und Jugendlichen durch intersektionale Benachteiligungen geprägt sind: es kommt zu einer Überlagerung von Problemen. Laut Berichterstattung müssten hier „wichtige strategische Entscheidungen in Richtung Prävention getroffen werden“ (ebd.: 82).

Im Kontext der Präventionskette erhebt die Integrierte Berichterstattung auch den Migrationshintergrund. So werden Prozentzahlen von Menschen mit Migrationshintergrund erfasst, die nach Planungsgebieten unterteilt sind. Die Definition von Menschen mit Migrationshintergrund lautet:

„Eine Person hat dann einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren ist. Die Definition umfasst im Einzelnen folgende Personen: 1. zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländer; 2. zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte; 3. (Spät-)Aussiedler; 4. mit deutscher Staatsangehörigkeit geborene Nachkommen der drei zuvor genannten Gruppen.“ (ebd.: 26)

Weimar-West und das Industriegebiet West haben mit einem Anteil von 32,8 Prozent von unter 18-Jährigen mit Migrationshintergrund den höchsten Anteil dieser Personengruppe in Weimar. Der Anteil von unter 18-Jährigen mit Migrationshintergrund macht in der Gesamtstadt durchschnittlich 16 Prozent aus und liegt somit etwa bei der Hälfte der Anzahl von Weimar-West. Weitergehend wird für den Planungsraum ein Anstieg um 10 Prozent von unter 18-jährigen „Migrantinnen und Migranten“ zwischen 2014 und 2015 herausgestellt, welcher „Ergebnis der Zuwanderung von Geflüchteten“ sei. (Stadt Weimar 2020: 26)

Später wird erläutert, dass sich aus dieser Zuwanderung, insbesondere auch durch „Fluchthintergrund“ verschiedene „spezifische Aufgaben“ in diversen Teilen der Gesellschaft ergäben: „Im Kinder- und Jugendbereich ist diesem Umstand insbesondere in der Planung und in der Belegung von Einrichtungen Rechnung zu tragen.“ (Stadt Weimar 2020: 27).

Der Anspruch der Kommunalen Präventionskette ist es Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche in Weimar herzustellen. Für unter 18-Jährige mit Migrationshintergrund bedeutet diese Chancengerechtigkeit auch, dass sie sich ohne Diskriminierung und Rassismus in einer Stadt bewegen und leben können. Chancengerechtigkeit muss demnach auch bedeuten Rassismus abzubauen, da dieser aktiv die Chancengerechtigkeit behindert. Rassismus als Faktor, der die Chancengerechtigkeit in erheblichem Maß gefährdet, wird allerdings in der Berichterstattung weder benannt noch erfasst.

„Wir wollen uns dafür einsetzen, dass alle Kinder und Jugendlichen - unabhängig von ihrer sozialen Herkunft - ihren individuellen Anspruch auf gleiche Chancen und Teilhabe in unserer Stadt wahrnehmen können. Doch wie kann das erreicht werden? Um diesem Ziel näher zu kommen, werden wir zunächst die Situation in Weimar genauer betrachten.“ (ebd.: 4) Hiermit wird festgestellt, dass es, um einer Problemlage, in diesem Fall der sozialen Herkunft, adäquat gegenüberzutreten einer Bestandsaufnahme und somit einer Berichterstattung bedarf. Um dem Rassismus in Weimar und somit auch in Weimar-West zu begegnen, müsste dieser Logik nach also auch eine Berichterstattung erfolgen, um das Problem angehen zu können. Da die Vorfälle insbesondere Alltagsrassismus nicht dokumentiert werden, ist es schwierig diese wahrzunehmen und auch als Problem zu identifizieren.

### **3.2 Ungenutzte Repräsentationsgelegenheit - Kurzfilm Weimar-West**

Im Rahmen unserer Forschung zu Weimar-West sind wir auf einen aktuellen Kurzfilm von 2021 gestoßen, der mit dem Titel „Ein Spaziergang durchs Quartier“ einen Einblick in das Viertel geben soll (Stadt Weimar 2021: o.S.). Der Film hinterlässt den Eindruck eines Image-Films. Im Kontext unseres Interesses am Thema Rassismus und Stigmatisierung des Stadtviertels ist es interessant den Inhalt eines solchen Filmes zu analysieren. Als „Film von und für Bewohner:innen“ erzählen verschiedene Bewohner\*innen in 15 Minuten über ihr Leben und ihre Verbindung zu Weimar-West. Mithilfe von vier Interviews wird ein Bild des Stadtteils bei den Betrachter\*innen erzeugt. Auffällig ist hierbei, dass die gewählten Personen, *weiß* gelesen werden und in dem gesamten Film nicht auf die kulturelle Vielfalt des Stadtteils eingegangen wird. Vor dem Hintergrund der Statistiken zum Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in Weimar-West wirkt es irritierend, dass dies nicht mitaufgegriffen wird. Faktisch wird circa ein Viertel der Stadtteilgesellschaft somit in diesem Film nicht repräsentiert. Sich des Stigmas bewusst, wird vermutlich versucht, dieses nicht zu verstärken und vermeintlich problembehaftete Themen wie Migration weggelassen. Dahingehen kann der Image-Film allerdings keine wirkliche Repräsentation des Stadtteils bieten. Fraglich ist hierbei zudem warum das Thema Migration und die Vielfalt der Bewohner\*innen eines Stadtteils nicht vielmehr als Chance für den Stadtteil verstanden wird, sondern als Thema das bewusst gemieden wird.

### **3.3 Möglichkeit zur Strategie: Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus**

Da aus unserer Sicht ein ledigliches Reagieren auf bereits vorgefallene rassistische Vorfälle nicht genügt, um Rassismus adäquat zu bekämpfen sind auch präventive und antirassistische Maßnahmen notwendig. Dies ist insbesondere für die Sicherheit und Lebensqualität der Opfer von Rassismus essentiell und sollte mithilfe von Strategien von Seiten der Stadt umgesetzt werden.

Eine Möglichkeit zur Strategie gegen Rassismus in Weimar ist die Teilnahme an der Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus. Ein Zehn-Punkte Aktionsplan bietet Anhaltspunkte und eine Orientierung zum Vorgehen, um Maßnahmen gegen Rassismus zu ergreifen. Konkrete Handlungsabläufe können den Umgang mit Rassismus eventuell vereinfachen und Akteur\*innen wie in Weimar-West eine Anleitung bieten wie sie bestmöglich reagieren können. Punkte wie „Bessere Unterstützung für die Opfer von Rassismus und Diskriminierung“, „Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt“, die „Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung durch Bildung und Erziehung“ und „Rassistische Gewalttaten und Konfliktmanagement“ sind auch für Weimar-West sehr relevant und könnten eine Verbesserung der aktuellen Situation zur Folge haben (Stadt Nürnberg 2008: 8 ff.). Zudem würde eine Teilnahme an einem solchen Programm das Bewusstsein für die Rassismus-Problematik bei den Stadtbewohner\*innen zur Folge haben und eine stärkere Sensibilisierung erwirken.

#### **4 Benachteiligung, Stigmatisierung und Umgang mit Rassismus - Interviews mit Akteur\*innen in Weimar-West: Perspektiven des Quartiersmanagements, der Schulsozialarbeit, des Kinder- und Jugendclubs sowie der AWO**

Im Rahmen von vier qualitativen, semistrukturierten und problemzentrierten Interviews mit verschiedenen Akteur\*innen in Weimar-West konnten wir Einblicke in den Stadtteil sowie das Verständnis von und den Umgang mit Rassismus gewinnen.

Zu Beginn unserer Forschung sprachen wir im Bürgerzentrum in Weimar-West mit Quartiersmanager Simon Steinecke, um einen Überblick über Weimar-West als Viertel zu erhalten und seine Einschätzung von Rassismus im Stadtteil, als Schnittstelle zwischen den lokalen Akteur\*innen, kennenzulernen.

Anschließend fragten wir, unserem Fokus auf Kinder entsprechend, die Schulsozialarbeiterinnen der Thüringer Gemeinschaftsschule Carl-Zeiss (TGS) sowie des Humboldt-Gymnasiums für ein Interview an. Antje Harscher vom Humboldt-Gymnasium erklärte, dass sie erst zu kurz an der Schule sei, um etwas zu dem Thema zu sagen.

Romy Gaida von der TGS beantwortete uns zunächst einen schriftlichen Fragebogen, stand aber anschließend auch für ein Telefoninterview bereit, in dem wir einzelne Aspekte dessen genauer besprechen konnten und auch auf weitere Themen zu sprechen kamen. Hierbei ging es vor allem um die Frage wie sich Rassismus in der Schule äußert, welche Funktionen Schule erfüllen kann und soll und um Besonderheiten und den Umgang mit der Schüler\*innenstruktur in Weimar-West. Außerdem unterstützte sie uns bei der Verteilung der Fragebögen einer Umfrage unter den Schüler\*innen ihrer Schule.

Abschließend führten wir per Videokonferenz noch ein Interview mit Harun Koyuncu, der Fachdienstleitung des Fachdienstes für Migration und Integration der AWO Weimar ist. Kernthemen waren hierbei die Unterstützungsmöglichkeiten der AWO, die Differenzierung zwischen Rassismus und Diskriminierung, sowie seine Einschätzung der Art, wie sich Rassismus in Weimar äußert.

Im Folgenden werden zunächst zentrale Aussagen der einzelnen Interviews dargestellt und die Fragen zu den Themen ausgewertet, die ausschließlich in dem jeweiligen Interview Thema waren. Anschließend werden die Aussagen zu den Themen, die wir in mehreren oder allen Interviews besprochen haben, vergleichend nach Themenblöcken ausgewertet.

##### **4.1 Darstellung zentraler Aussagen der einzelnen Interviews**

Simon Steinecke (Quartiersmanager in Weimar-West):

Im Interview mit Simon Steinecke lag der Fokus stark auf der Vernetzung verschiedener Akteur\*innen, Einheimischen und Geflüchteten untereinander (Netzwerktreffen) und die Stigmatisierung von Weimar-West. Dabei erklärte er, dass es sich oftmals als schwierig gestaltet verschiedene Interessen zusammenzubringen und zu vermitteln. Auch wurde über die Finanzierung von Projekten berichtet, hierbei liegt die vor allem Problematik darin, dass in Projektanträgen immer Probleme benannt werden müssen.

Daher wird eher eine Negativsicht auf Weimar-West eingenommen, da ansonsten die Frage nach der Sinnhaftigkeit des Projekts gestellt wird. Dies birgt die Gefahr, dass gut laufende Projekte eingestellt werden könnten.

Auch zeigt sich, dass es für viele Bewohner\*innen abschreckend und ungewohnt sein kann, wenn nur Projekte zur Verbesserung der „Willkommenskultur“ angeboten werden. Daher eignen sich niedrigschwelligere Angebote eher besser zur Integration und zum gegenseitigen Kennenlernen (z.B. durch Essen aus anderen Kulturen, gemeinsame sportliche Aktivitäten). Zu Förderung von Integration ist es auch sehr wichtig, Einladungen und Elternbriefe etc. in anderen Sprachen bereitzustellen (z.B. durch digitale Versionen von Briefen). Seit der Corona-Pandemie, kommt es wieder zum Anstieg sozialer Phobien, welche durch die vorherigen Angebote im Bürgerzentrum teilweise abgebaut werden konnten. Daher ist es sehr wichtig die Bevölkerung regelmäßig über Angebote zu informieren (Instagram, Website, Stadtteillotse).

Weiterhin wurde berichtet, dass die Vermieter\*innen nach der Sanierung von Wohnobjekten, aufgrund des Wohnungsmangels (0,3% freie Wohnungen in Weimar-West) die Möglichkeit haben sich die Mieter\*innen auszusuchen, sodass Personen, welche keine Wohnung finden, aus Weimar-West wegziehen müssen (Segregation ins Weimarer Land, Gera).

Transkript des Interviews siehe Anhang, Anlage 1

#### Romy Gaida (Schulsozialarbeiterin an der Thüringer Gemeinschaftsschule Carl-Zeiss):

Im Gespräch mit der seit 2013 an der TGS Carl Zeiss Weimar als Schulsozialarbeiterin tätigen Romy Gaida ging es vornehmlich darum wie sich Rassismus in der Schule und zwischen den Schüler\*innen äußert und welche Funktionen Schule im Umgang mit Rassismus übernehmen kann und soll.

In Hinblick auf das Wohnumfeld und die damit verbundenen Entwicklungschancen für Kinder betonte Gaida die vorhandene Segregation. Diese Abbildung sozialer Ungleichheit sei an der Schule sehr sichtbar. Ein signifikanter Unterschied zu anderen Stadtteilen sei, dass ein Viertel der Kinder an der Schule ein Fördergutachten hat. Außerdem gebe es Unterschiede beim emotional-sozialen Verhalten und generell mehr Bedarf an Unterstützung und Förderung. Es werde versucht, Mischung zu ermöglichen und Toleranz aufrechtzuerhalten. Die soziale Schere gehe allerdings immer weiter auseinander und die Gräben innerhalb der Gesellschaft würden immer tiefer, was Rassismus begünstige. Die Situation in Weimar-West sei außerdem geprägt durch die Korrelation von Rassismus und Klassismus, also der Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft. Häufig werde Segregation durch politische Entscheidung eher untermauert. Beispielsweise durch den Schulnetzplan sei es möglich, im Bildungsbereich Mischung zu befördern. Dieser sei aktuell noch nicht neu beschlossen, aber mit der aktuellen Planung werde genau das Gegenteil erreicht: alle die „nicht gut“ seien, würden bestimmten Schulen zugeordnet. Dies könne zwar auch ein Ansatz sein, dieser müsste jedoch personell und inhaltlich untermauert werden, was derzeit nicht der Fall sei. „Konflikte müssen ja auch bearbeitet werden.“ Die Politik müsse außerdem im Blick behalten, dass Schüler mit Förderbedarf sowie diejenigen mit weniger Hilfe Zuhause, viel mehr Ressourcen benötigen als die Schüler aus einem gefestigten Elternhaus. Wichtig seien zudem Kooperationen zwischen verschiedenen Schulen und insbesondere Schulformen. Kritisch an Formaten wie Demokratiewettbewerben sei aber, dass es einen Gewinner gibt. Es gebe aufgrund der

unterschiedlichen Bildungspotenziale Schulen, die nie gewinnen würden. Es sollte deshalb eher um Begegnung gehen, auch auf den sozialen Habitus bezogen, damit die Schüler merken, dass es verschiedene Welten gibt.

Auf die Frage hin, inwiefern sich rassistisches Verhalten zwischen den Kindern zeige, wies Gaida darauf hin, dass sich der Ton in der Gesellschaft verschärft habe. "Die Schule ist ein Spiegel der Gesellschaft, Kinder sind der Spiegel der Erwachsenen. Folglich kommt es auch unter Kinder und Jugendlichen immer wieder zu diskriminierenden Äußerungen. Eigene Frustration wird an anderen Personen ausgelassen." Dabei werden laut Gaida Vorurteile bedient. Oft sei es ein Wechselspiel aus Angriff und Gegenangriff. Rassistische Äußerungen gebe es auch zwischen Schüler\*innen anderer Nationen, meist in Bezug auf bestimmte Kriegsherde auf der Welt. An der Schule erlebe sie nur wenige stark gefestigte Einstellungen, wohingegen alltagsrassistische Äußerungen weit verbreitet seien. Es sei allerdings schwierig das ausgewogen darzustellen, weil der Ton im benachteiligten Gebiet oft rauer sei. Die Kinder bekämen vom Elternhaus eine kernigere Sprache mit.

Ab wann es Rassismus ist, verschwimme teilweise. Durch die kulturelle Vielfalt gebe es Aussprüche wie zum Beispiel: "Geh in dein Land zurück" sein oder Floskeln wie "Dein Land gibt's gar nicht" (bei Schüler\*innen, die aus Kurdistan kommen).

Der nächste Fragenblock beschäftige sich genauer mit den diskriminierten Schüler\*innengruppen. Wenn sich Schüler\*innen aufgrund von Konflikten und Streitigkeiten in der Schule bei der Schulsozialarbeit melden, werden auch rassistische Beleidigungen immer wieder benannt. Besonders schlimm werde es empfunden, wenn dabei die Familie verbal angegriffen wird. Zumeist komme es zu Anfeindungen, die aufgrund von allgemeinen Streitigkeiten entstehen. "Wo viele unterschiedliche Lebensweisen aufeinandertreffen, treten zwangsläufig auch Konflikte auf." Dann werde schnell die Verbindung zur Herkunft und zum kulturellen Hintergrund hergestellt und als Begründung verwendet. Es habe auch schon intensive Gespräche mit Schüler\*innen gegeben, welche rassistische Übergriffe in Bus und Bahn oder im Park, also im privaten Lebensumfeld, erlebt haben. Besonders traumatisch werde dies bei Kindern mit negativen Fluchterfahrungen empfunden, weil sie sich erneut verfolgt und abgelehnt fühlen. Hier sei es wichtig, zuzuhören, zu verstehen und breite Unterstützung anzubieten. Gaida sei es wichtig, dass alle Schüler\*innen wissen, wo sie persönlich Unterstützung erhalten können und wo es Anlaufstellen gibt. Wenn schon eine vertrauensvolle Beziehung besteht, falle es leichter, sich im Notfall zu öffnen und um Unterstützung zu fragen. Gemeinsam werden dann individuelle Strategien im Umgang mit Anfeindungen erarbeitet. Es werde darauf geachtet, dass Angebote nicht nur für bestimmte Gruppen gelten, um keine weiteren Ressentiments zu schüren. Alle Angebote stehen allen Schüler\*innen offen. "Das bedeutet gelebte Inklusion."

Auf die Frage, ob die das Gefühl habe, dass Kinder aufgrund ihres Migrationshintergrundes weniger oft eine Gymnasialempfehlung bekommen als Kinder ohne Migrationshintergrund, antwortete Gaida, dass sie zwiegespalten sei. Einerseits würden die Zahlen auf diesen Umstand der Benachteiligung hinweisen, andererseits gebe es Deutschland vielfältige Möglichkeiten auch nach der 10. Klasse die gymnasiale Reife in Form eines beruflichen Gymnasiums oder dem Fachabitur an der Berufsschule zu erlangen. Viele der Schüler\*innen würden diese Möglichkeiten nutzen. Auch Angsträume waren Thema und Gaida berichtete, dass eine anonyme Befragung an der Schule ergeben hatte, dass es Angsträume gibt, die von den Pädagog\*innen kaum

einsehbar sind. Insbesondere der Weg zum Sportunterricht, der Schulweg, der hintere Pausenhof, der meist ohne Aufsicht ist sowie stille Ecken im Allgemeinen zählen dazu. Hier könne es zu Übergriffen kommen, die auch rassistische Motive beinhalten. "Angsträume sind keine geplanten Orte, sondern die wo keiner hinschaut." Dies habe nichts mit der Bauweise zu tun, sondern mit Gefahren, die dort lauern. Anschließend ging es darum, wie sie die Wirkung der Kontakthypothese, also der Annahme, dass der Kontakt zu migrantischen Personen Vorurteile verringert, einschätzt. Dazu sagte Gaida, dass Kontakt grundsätzlich gut sei, um Vorurteile abzubauen, es im Konfliktfall aber umso wichtiger sei, dass es Mittler gibt, welche klarstellen: "Der Konflikt ist das eine, die Herkunft das andere. Ihr streitet euch jetzt gerade, aber eure Herkunft ist unabhängig davon."

Bei den Fragen zu diskriminierenden Schüler\*innengruppen stellte Gaida zunächst klar, dass es nicht die eine Schülergruppe gebe, die sich rassistisch verhält. Es sei eher so, dass sich Meinungsverschiedenheiten im Alltag hochschaukeln. Dies seien Situationen, die eigentlich leicht aufzulösen wären. Es werde dann allerdings oft die soziale oder nationale Herkunft vorgeschoben und für die Auseinandersetzung genutzt. Ausländische Schüler würden nicht per se diskriminiert. Es gebe anteilig so viele Schüler mit Migrationshintergrund, dass diese keine Besonderheit darstellen. Zu der Frage wie es zu rassistischen Einstellungen bei Kindern und Jugendlichen komme, bemerkte Gaida zunächst, dass sie davon ausgehe, dass Kinder vorurteilsfrei auf die Welt kommen. "Auf Unterschiede weisen sie erst wir Erwachsenen hin." Sicher sei kein Mensch gänzlich vorurteilsfrei, aber je mehr Unterschiede statt Gemeinsamkeiten herausgestellt würden, umso größer sei die Gefahr für rassistische Einstellungen. Auf die Frage wie gefährlich sie rechte Strukturen unter den Schüler\*innen einschätze, sagte Gaida: Die Vorfälle einer jugendlichen Rebellion zuzuordnen, entspräche einem Verständnis aus den 90er Jahren. Die hohen Wahlergebnisse von Parteien rechts der Mitte mit Wählern aus verschiedenen Altersgruppen und allen Einkommensschichten, würden auf einen gesellschaftlichen Wandel hinweisen. Sie nehme daher eher tatsächlich politisch gefestigte Einstellungen bei Teilen der Elternschaft wahr; entsprechende Wahlergebnisse im Stadtteil untermauern diesen Eindruck.

Im nächsten Themenblock ging es um die Auswirkungen auf den Schulalltag. Auf die Frage, auf welche Probleme migrantische Kinder im Schulalltag stoßen, entgegnete Gaida, dass sich in bestimmten Stadtteilen die Unterstützungsbedarfe für Kinder, unabhängig von ihrer Herkunft, aufgrund ihrer sozialen Lage häufen. Kinder mit Migrationshintergrund fänden sich häufig nicht im privilegierten Milieu und haben folglich ähnliche Probleme. Hinzu kommen eine mögliche Sprachbarriere und geringere Unterstützungsmöglichkeiten durch das Elternhaus in Bezug auf schulische Inhalte. In Hinblick auf rassistische Vorfälle in der Schule seien gesetzlich verbotene Aktionen wie offene Gewalt, verfassungsfeindliche Ausrufe oder das Tragen von Kleidung mit entsprechenden Symbolen die Ausnahme. Dies habe auch mit einem Wandel in der Gesamtgesellschaft, hin zu einem Rassismus, der subtiler und alltäglicher stattfindet, zu tun. Eine Prognose sei daher zahlenmäßig schwierig. In benachteiligten Gebieten sei der Umgangston oft rauer und weniger politisch korrekt. Dies entspreche der lebensweltlichen Wirklichkeit und müsse nicht zwangsläufig immer böswillig sein. Im Vergleich zu anderen Weimarer Schulen sei die TGS als interkulturelle Schule



sensibilisierter für die Thematik. Dies komme daher, dass sie langjährige Erfahrung mit der Vielfalt von Kindern aus unterschiedlichen Nationen oder mit ausländischen Wurzeln haben. Demokratieförderung sei zugleich Anliegen und Notwendigkeit.

Schließlich ging es noch um Fragen nach dem Umgang mit Rassismus und wie dieser in Unterricht und Projekten reflektiert wird. Zunächst nannte Gaida, dass die Lehrkräfte für das Thema sensibilisiert seien, was zentral sei, da Haltung und Vorbildwirkung entscheidend seien. Die Vermittlung formaler Inhalte baue darauf auf. Klassenleiterstunde und Klassenrat ermöglichen die Aufarbeitung von Anliegen über den Unterricht hinaus. Außerdem biete die Schule viele demokratiefördernde Projekte an. Dazu zählen auch nicht plakative Maßnahmen wie die AG Streitschlichtung sowie der Besuch einer Gedenkstätte oder eines Zeitzeugengesprächs. Potenzial zu Verbesserung sei dennoch gegeben. Rassistischen Auffälligkeiten oder Mobbingstrukturen werde im Rahmen der zeitlichen Möglichkeiten mit aufbauenden Projekten begegnet, wobei zwischen individuellem Bedarf einer betroffenen Person in geschütztem Rahmen und präventiven Projekten für eine ganze Gruppe oder Klasse unterschieden werde. Eine Stigmatisierung der Täter versuche sie dabei zu vermeiden, weil dies oftmals zu einer Verschärfung des Konflikts führe. Ziel sei aber vielmehr der Dialog und bestenfalls die Versöhnung. Die TGS ist Teil des Netzwerks "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage". Wir fragten Gaida, welche präventiven Maßnahmen dies beinhaltet: Neben einer Zustimmung von mindestens 70% der Schüler- und Lehrerschaft und einem Projektpaten, gibt es eine Selbstverpflichtung zu jährlich einem Jahresprojekt. Notwendig und umsetzbar seien in der TGS viele kleine und passgenaue Projektstage in allen Klassenstufen. So seien zuletzt die Schulkinotage genutzt worden, um mit mehreren 6. Klassen den Film „Als Hitler das rosa Kaninchen stahl“ anzusehen und anschließend zu reflektieren.

Transkript des Interviews siehe Anhang, Anlage 2 und 3

#### Kinder- und Jugendclub Kramixxo&Waggong

Einer der zentralen Institutionen für Kinder und Jugendliche in Weimar-West ist der Kinder- und Jugendclub Kramixxo & Waggong. Er ist in Trägerschaft der ev. Luth. Kirchgemeinde Weimar und der Kindervereinigung Weimar e.V. (Website). Schwerpunkte ihrer Angebote betiteln sie selbst auf ihrer Website als „Offene Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, gesellschaftliche, ökologische und soziale Bildung, interkulturelle Arbeit, freizeitorientierte Kinder- und Jugendarbeit“ (ebd.) 6-21-jährige Kinder und Jugendliche können den Kinder- und Jugendclub besuchen und die meisten Besucher\*innen wohnen auch in Weimar-West oder gehen dort zur Schule. Zum Aufgabenbereich des Kinder- und Jugendclubs zählen die außerschulische Nachmittagsbetreuung der Kinder und Jugendlichen. Zudem gibt es einen größeren Projektraum, der verschiedene Bereiche wie kulturelle, künstlerische, aber auch politische mit den konkreten Projekten abdecken soll. Hierbei würden Interessen von Kindern miteinbezogen und die Kinder außerschulisch voranbringen. Diese Projekte können unter anderem auch Freizeitaktivitäten und Reisen beinhalten, was sich Menschen, die in Weimar-West wohnen häufig sonst nicht leisten könnten.

Im Interview mit dem Kinder- und Jugendclub war insbesondere der rassistische Vandalismus und die zurückhaltende Reaktion im Stadtteil darauf zentral.

Transkript des Interviews siehe Anhang, Anlage 4

## Harun Koyuncu, Fachdienstleitung Migration/Integration bei der AWO

In Weimar besonders gegenwärtig ist Alltagsrassismus. Er begegnet den Menschen in nahezu jeder Lebenslage, sowohl in ihrer Freizeit als auch in ihrer Arbeit. Deshalb geht es in der Arbeit Harun Koyuncus immer wieder darum Betroffene zu empowern, damit sie kontern und sich im Zweifelsfall verbal und rechtlich wehren können. Wichtig um Rassismus zu bekämpfen ist allerdings auch, dass zwischen rassistischer Intention und Diskriminierung unterschieden wird. Um Rassismus vorzubeugen, möchte Herr Koyuncu Anknüpfungspunkte zwischen potenziell Diskriminierenden und Diskriminierten schaffen. Hierbei ist es wichtig, nicht die Fronten zu verhärten, sondern lösungsorientiert nach vorne zu sehen. Die politische Organisation von Migrant\*innen wird oftmals durch deren Angst vor Repressionen verhindert, weswegen zum Beispiel Kundgebungen schwierig sind.

Transkript des Interviews siehe Anhang, Anlage 5

## **4.2 Vergleichende Auswertung nach Themenblöcken**

### Weimar-West als Wohnumfeld

Simon Steinecke - Quartiersmanager Weimar-West (S): Quartiersmanager Simon Steinecke berichtet, dass von Seiten der Bevölkerung eine fehlende wirtschaftliche Infrastruktur wahrgenommen wird, dabei wurden Beispiele wie ein Wunsch nach einem zweiten Supermarkt, ein Service-Schalter der Sparkasse oder ein Friseur genannt. Ansonsten wird die Infrastruktur als gut wahrgenommen (gute Busanbindung, Bahnhof, zwei KiTas, Jugendclub, mehrere Schulen etc.). Weiterhin existieren viele soziale Angebote und Anlaufstellen, jedoch wäre ein Ausbau der Schulsozialarbeit wünschenswert. Ein Nachteil der Lage von Weimar-West in der Stadt entsteht durch die bauliche Eingrenzung (durch Bahnlinien, Paradies, Weimar-Nord) des Viertels, wodurch eine gewisse Platzlimitierung resultiert.

Romy Gaida - Schulsozialarbeiterin an der Thüringer Gemeinschaftsschule Carl-Zeiss (G): Schulsozialarbeiterin Romy Gaida erläuterte, dass sich in Weimar, wie in vielen anderen Städten auch, verschiedene soziale Gruppen auf die Wohngebiete verteilen. In Weimar-West herrsche fast unabhängig von der Herkunft ein geringer Sozialstatus vor, der mit einer hohen Armutsquote, erhöhter Delinquenz und sehr hohen Förderbedarfen bei Kindern einhergehe. Auch die Zahl an alleinerziehenden Elternteilen sei hoch, dies sei aber bei migrantischen Familien weniger der Fall. Diese Segregation sei an der Schule sehr sichtbar obwohl intensiv versucht werde Mischung zu ermöglichen und Toleranz aufrechtzuerhalten. Da die Lage der Schule bei den meisten Familien das zentrale Kriterium für die Schulwahl darstellt, kommt es jedoch kaum zu einer Mischung von Kindern aus verschiedenen Stadtteilen in der Schule. Außerdem werde die Segregation auch durch politische Entscheidungen eher untermauert (siehe 3.3.2). In diesem Wohnumfeld vermischen sich dementsprechend Rassismus und Klassismus.

Es sei sehr wichtig die soziale Infrastruktur zu erhalten und, sofern es möglich sei, auszubauen. Projekte dürften nicht enden, nur weil kein Geld mehr da ist.

Julia Boronczyk - Kinder- und Jugendclub Kramixxo&Waggong: Die Infrastruktur biete alles für die Bedürfnisse des Alltags. Weimar-West sei dadurch „wie eine Insel, die die Bewohner\*innen nie verlassen“. Einkaufsmöglichkeiten, alle Schulformen; Kindergärten und Ärzt\*innen seien ausreichend vorhanden. Kulturelle Einrichtungen würden fehlen, allerdings würden sich viele Bewohner\*innen die Eintrittspreise des Kinos und Theaters nicht leisten können, weshalb der Kinder- und Jugendclub versucht dies zu berücksichtigen und kulturelle Angebote miteinzubeziehen.

Harun Koyuncu - Fachdienst Migration/Integration der AWO Weimar: Weimar-West scheint durch seine Fußläufigkeit zur Innenstadt, sowie seiner guten Angebotsvielfalt keine besonderen Defizite aufzuweisen.

Gegenüberstellung: Weimar-West ist baulich stark eingegrenzt, wirke inselartig und funktioniere fast wie eine eigene Stadt. Die Segregation wird von den Interviewpartner\*innen als sehr prägend für das Viertel wahrgenommen. Das bedinge wiederum eine bestimmte Außenwirkung.

Die technische Infrastruktur sei ausreichend, Mängel gäbe es eher bei der wirtschaftlichen und kulturellen Infrastruktur. Die soziale Infrastruktur sei im Allgemeinen auch gut aufgestellt, jedoch müsse die Schulsozialarbeit unbedingt personell ausgebaut werden.

## **Stigmatisierung**

S: Quartiersmanager Simon Steinecke berichtet, dass viele Bewohner\*innen, Weimar-West als gutes Viertel bewerten. Jedoch sind viele Personen durch finanzielle und strukturelle Gründe auch an das Quartier gebunden, sodass schlechte Dinge im teilweise einfach hingenommen werden. Durch die schlechte soziale Stellung vieler in Weimar-West, fällt es diesen oft schwer, wenn beispielsweise Geflüchtete vermeintlich mehr finanzielle Unterstützung bekommen, als Anwohner\*innen. Steinecke spricht in diesem Zusammenhang vom sogenannten „Ressourcenneid“.

G: Schulsozialarbeiterin Romy Gaida betonte, dass Weimar-West ein Randgebiet in Plattenbauweise ist, die Innenstadt hingegen der kulturell und historisch gewachsene Stadtkern.

Die zu DDR-Zeiten sehr privilegierten Plattenbaugebiete haben in den letzten 30 Jahren an Standard verloren, was zusammen mit den günstigeren Mietpreisen dafür Sorge, dass diejenigen, die es sich leisten können, nicht in ein solches Randgebiet ziehen. Das wiederum ziehe nach sich, dass mehr soziale Mischung verhindert und die Segregation verstärkt wird. Dies bedinge eine bestimmte Außenwirkung aufgrund derer, die Innenstädte, die mit den Randgebieten wenig zu tun hätten, eher distanziert seien. Daraus ergeben sich auch Folgen für die Schulen: Bei Treffen verschiedener Schulen für gemeinsame Projekte, sei ein Selbstbewusstseinsdefizit der Schüler\*innen aus Weimar West im Sinne von Aussprüchen wie - „Ich bin nicht so gebildet“ - aufgefallen.

Der hohe AfD Anteil bei Wahlen erkläre sich auch daraus, dass viele Leute in Weimar-West gar nicht wählen und andere so mehr Gewicht haben. Gaida betont: "Rassismus gibt es in allen Bevölkerungsschichten".

B: Julia Boronczyk spricht von einer deutlichen Wahrnehmung und Benennung der Stigmatisierung von Weimar-West. So würde Weimar-West von den Kinder- und Jugendlichen als ihr „Ghetto“ oder „Asi-Viertel“ bezeichnet. Diese Problematik wurde bereits erkannt und mit dem Projekt „Weimar-West zieht um“ behandelt. Es herrsche eine Ambivalenz zwischen der positiven Identifikation mit dem Wohnort und Weimar-West als Heimat und einem vorherrschenden Angstgefühl. Durch das soziale Umfeld mit Familie und Freund\*innen sei das Viertel ein positiv konnotierter Ort, wo die Kinder und Jugendlichen sich wohlfühlen. Auch die Umgebung und das Wohnumfeld wird als schön wahrgenommen, da es viel Grün gebe. Gleichzeitig fühlen sich die Kinder und Jugendlichen in Weimar-West unsicher und nehmen insbesondere am Abend das Viertel als Angstraum wahr, wenn sie beispielsweise alleine nach Hause gehen. Hinzu kommt das Bewusstsein, dass der Stadtteil stigmatisiert ist.

K: Durch Weimar-Wests Abweichung vom Stereotyp des Plattenbaus (gute Anbindung, Innenstadtnah) ist eine explizite Stigmatisierung nicht zu erkennen. Im Gegenteil steht sogar die Vermutung im Raum, dass durch die positive Konnotation der Plattenbauten während ihrer Entstehungszeiten das Viertel ein positives Image genießt.

Gegenüberstellung: Die Interviewpartner\*innen sind sich einig, dass Weimar-West eine bestimmte Außenwirkung hat, aufgrund derer andere Stadtteile eher distanziert seien. Auch die Prestigestellung der Plattenbaugebiete zur DDR-Zeit wird von den Interviewpartner\*innen in diesem Zusammenhang hervorgehoben. Die Kinder nehmen die Stigmatisierung deutlich wahr und äußern dies auch. Bei Treffen mit anderen Schulen fällt ein Selbstbewusstseinsdefizit der Schüler als Weimar-West auf. Dass die Rechten bei den Wahlen deutlich stärker abschneiden, liege auch daran, dass viele Leute gar nicht wählen. Es wird betont, dass es Rassismus in allen Bevölkerungsschichten gibt.

Die starke Segregation wird von Herrn Steinecke, Frau Gaida sowie Boronczyk betont. Dabei wird vor allem auf die eingeschränkte soziale Mobilität und Ressourcenneid hingewiesen.

Bei der Frage danach, inwiefern sich der städtische Raum auf die Entwicklung von rechtspopulistischen Strukturen auswirkt, wird in den Interviews mehrmals die bereits o.g. DDR-Vergangenheit angesprochen. Auch in Weimar-West zeigt sich, dass die gesellschaftlichen Veränderungen seit der Wiedervereinigung 1990, ein Grund dafür waren, dass Plattenbaugebiete, ein bestimmtes Stigma bzw. Image bekommen, wie es auch in Leipzig-Grünau der Fall war (s. Kap. 2.1).

### **Rassismus generell**

S: Laut Simon Steinecke tritt Rassismus oft in Form von Ausgrenzung in Erscheinung. Auch wird berichtet, dass öfter rassistische Aussagen getroffen werden, die aber nach einer kurzen Diskussion, widerlegt werden können (vgl. Ich bin ja kein Rassist, aber..., Fake News,). Rassismus äußert sich auch in Beschimpfungen (zum Beispiel, wenn Migrant\*innen draußen laut spielen). Auslöser für Beleidigungen sind oftmals Unzufriedenheit und die Empfindung, dass der aktuelle Zustand nicht „normal“ sei. Jedoch existieren aber auch tatsächliche Probleme, die behandelt und besprochen werden müssen. Offene Rechte Gewalt wurde

seit den 00er Jahren durch Projekte und die Polizei unter Kontrolle gebracht, (Rechter) Vandalismus tritt aber im ganzen Viertel auf und wird gesondert beobachtet und diskutiert.

G: Die Frage nach ihrem Rassismusverständnis beantwortete Gaida folgendermaßen: "Rassismus ist für mich der weitgefasste Begriff, wenn Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion, sexuellen Identität oder Behinderung Zuschreibungen, Benachteiligungen und /oder Verletzungen erleben."

Die Ursachen für Rassismus seien laut ihr darin zu suchen, dass die soziale Schere immer weiter auseinander geht und Gräben in der Gesellschaft tiefer werden. Kinder seien in diesem Zusammenhang Spiegel der Erwachsenen. Diskriminierende Äußerungen seien zum Teil dadurch zu erklären, dass sich der Ton in der Gesellschaft allgemein verschärft habe. Sie nehme wenig stark gefestigte Einstellungen wahr, wohingegen alltagsrassistische Äußerungen weit verbreitet seien. Außerdem werde die Herkunft in Konfliktsituationen eher als Vorwand genutzt, um eigene Frustration an anderen auszulassen. Kinder kämen vorurteilsfrei auf die Welt und je stärker Unterschiede statt Gemeinsamkeiten herausgestellt werden, je größer sei die Gefahr für rassistische Einstellungen.

Betroffene Schüler\*innen würden laut Gaida Rassismus gar nicht unbedingt als solchen benennen können, aber verstehen, dass es sie verletzt. Diskriminierende Schüler\*innen hingegen wüssten oft, was rassistische Äußerungen sind, und tätigen diese dementsprechend nicht vor der Klasse. Die Schüler\*innen wüssten was gesellschaftlich erwünscht ist, was aber nicht verhindert, dass es im Stillen zu rassistischen Vorfällen komme.

B: Im Kontext der Arbeit sei Rassismus im Kinder- und Jugendclub allgegenwärtig. Insbesondere mit Alltagsrassismen seien die Mitarbeitenden im Jugendclub häufig konfrontiert, beispielsweise durch die Reproduktion von Stereotypen sowie „blöde Sprüche“, die Kinder und Jugendliche aufgenommen und verinnerlicht hätten. Es gebe eine große „Bandbreite von Rassismus“, die sie immer wieder beschäftigen. Versuche gegen diesen Rassismus anzugehen sind Begegnungspunkte zu schaffen, damit Menschen sich kennenlernen. Was auf der Website als „interkulturelle Arbeit“ benannt wird, umfasst Projekte und Feste im Stadtgebiet. Zum zweiten Mal in Folge gibt es ein Erasmus Plus Projekt. Bei einem dreijährigen Austauschprojekt kamen Jugendliche aus Griechenland, Portugal und Ungarn zusammen, um Kulturen kennenzulernen und Stereotypen abzubauen. Ziel der Projekte sei es mehr über die EU zu lernen und partizipativ Demokratie und das Politikverständnis zu vermitteln.

Zum Internationalen Tag gegen Rassismus veranstaltete der Jugendclub ein großes interkulturelles Fest mit kulinarischen Speisen und Musik-Workshops, an dem verschiedene Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen zusammenkamen. Dieses fest soll etabliert werden, zudem versuchen sie im kleineren Begegnungspunkte zu schaffen, wie z.B. Open Air Kinos, welche auch gut angenommen werden. Es gebe auch Familien, die diese Angebote nicht wahrnehmen. Zu einer Auseinandersetzung zwischen Familien sei es allerdings noch nie gekommen.

Die Häufigkeit des Themas habe sich in den letzten Jahren nicht verändert, es sei ein immer wieder auftretendes Thema, welches aktuell verstärkt auftritt. Allerdings würden generell verschiedene Diskriminierungsformen wie die sexuelle Identität, Herkunft oder rassistische Übergriffe in der Intensität schwanken.

K: Harun Koyuncu nimmt einer erhöhten Sichtbarkeit von Rassismus in Weimar war, die sich beispielsweise durch Vandalismus äußert. Gleichzeitig wird Rassismus aber auch stärker diskutiert und problematisiert als in der Vergangenheit.

Gegenüberstellung: Insgesamt hat sich die Situation von offenen rechten Szenen in den Nullerjahren, hin zu einem subtileren und gesellschaftsfähigerem Alltagsrassismus entwickelt. Dies ist allerdings eher als Problemverlagerung und weniger als Problementschärfung zu verstehen. Gerade bei Kindern werden rassistische Äußerungen als Reproduktion und Spiegel der Gesellschaft gedeutet. Solche Einstellungen seien wenig gefestigt. Rassismus ist immer wieder Thema, wobei darauf hingewiesen wird, dass es in dieser Hinsicht keine Differenz zur Innenstadt gebe. Die aufgeladene Stimmung in Weimar-West trage dazu bei, dass er mehr zu Tage tritt. Aber auch insgesamt sei Rassismus sichtbarer geworden wie zum Beispiel die Angriffe auf das Café Spunk zeigen.

### **Exemplarische rassistische Erfahrungen**

S: Es wird beobachtet, dass das Zusammenleben in Weimar-West oft sehr distanziert verläuft ("aneinander vorbeileben"). Auslöser für Rassismus sind oftmals Ruhestörungen, dabei werden rassistische Aussagen meist unbewusst getätigt, auch gibt es rassistische Beleidigungen zwischen Migrant\*innen. Steinecke vermutet einen Grund darin, dass durch langjährige Prozesse, bestimmte Klischees und Vorurteile reproduziert werden und "einsickern", welche dann z.T. in rassistischen Aussagen münden.

G: Frau Gaida berichtete zum einen von alltagsrassistischen Aussagen wie „Geh in dein Land zurück“ sein oder Floskeln wie zum Beispiel "Dein Land gibt's gar nicht" bei kurdischstämmigen Schüler\*innen. Rassistische Übergriffe in Park oder Bahn seien nicht die Regel, jedoch wurden auch diesbezüglich einzelne Vorfälle gemeldet. Eine Schülerin, die Kopftuch trägt, habe ihr außerdem von racial profiling berichtet und erlebe im Alltag auch sonst oft Anfeindungen: im Park und auf der Straße sei die mit Aussprüchen wie „Was willst du hier?“ und "Geh nach Hause!" beschimpft worden. Die Schule sei nicht der Raum für derartige Übergriffe, da die Kinder hier unter Beobachtung stehen und solches Verhalten Konsequenzen nach sich ziehe. Die Straße hingegen sei ein schutzloser Raum.

B: Julia Boronczyk betont die kulturelle Vielfalt des Stadtteils und erläutert, dass es unter den Kinder- und Jugendlichen zu Sticheleien und Beleidigungen aufgrund der Herkunft käme. Als konkretes Beispiel benennt sie Erzählungen von Kindern, die berichten, dass in der Schule Menschen mit Migrationshintergrund von Mitschüler\*innen geschlagen würden aus dem Grund, dass sie Migrationshintergrund haben.

Aktuell gebe es Besucher\*innen des Jugendclubs, die sich selbst als „rechts“ definieren. Widersprüchliche Aussagen wie sie hätten „überhaupt nichts gegen Ausländer“ werden durch die Mitarbeiterinnen des Jugendclubs kommentiert und eingeordnet. Hierbei werde deutlich, dass Kinder, die rassistisches Verhalten zeigen, das Gespräch suchen und diskutieren möchten. In dieser Position kann der Jugendclub als Bezugspunkt dienen, sodass die Kinder sich nicht vollständig distanzieren. Kinder, die selbst von Rassismus

betroffen sind, äußern das klar und regelmäßig, versuchen aufzuklären und die anderen dafür zu sensibilisieren sowie Erfahrungen zu teilen.

K: Herr Koyuncu berichtet vor allem von alltäglichen Äußerungen von Rassismus. Nicht immer ist nach seiner Ansicht hier ganz klar, ob es sich um Rassismus oder Diskriminierung handelt. Exemplarisch steht hier eine Frau, welche sich aufgrund ihres Kopftuchs benachteiligt fühlt.

Durch spezielle Kontrollen in einem Kaufhaus, oder Ablehnungen bei Jobs- und Wohnungssuchen wird ihr Alltag beeinträchtigt. In seiner persönlichen Erfahrung begegnen Harun Koyuncu immer wieder rassistische Kommentare, welche sowohl bewusst als auch unbewusst ausgesprochen werden. Diese versucht er zu kontern, um so sein Gegenüber zum Nachdenken anzuregen. Bei heftigen verbalen Angriffen, insbesondere auf Kinder und Jugendliche, schalten Passant\*innen die Polizei an.

Gegenüberstellung: Bei der Beschreibung von Rassismus im Stadtteil wurde deutlich, dass es keine umfassende Datengrundlage gibt und die Problembeschreibung, deshalb einzig über exemplarische Darstellungen einzelner Vorfälle erfolgt. Auch wenn dies ohne Zweifel bedeutend ist, könnte eine Datengrundlage die Argumentation unterstützen.

### **Rassistischer Vandalismus und der Umgang damit**

Zu Beginn unserer Forschung erfuhren wir, dass in Weimar-West in letzter Zeit am Jugendclub, auf einem Spielplatz und an der Turnhalle des Humboldt-Gymnasiums Hakenkreuze sowie SS-Symboliken angesprayt wurden. Diese Häufung von rassistischem Vandalismus im Lebensumfeld von Kindern hat uns überrascht, weshalb wir in den Interviews besonders darauf eingegangen sind.

S: Das Thema der Rechten Schmierereien im Viertel war ein besonderes Thema beim Netzwerktreffen, medial wurden die Vorfälle aber kaum gestreut um Nachahmer\*innen und Trittbrettfahrer zu vermeiden, so Steinecke. Jedoch wurde von Seiten der Polizei eine Meldung herausgegeben, auch der Jugendclub hat den Rechten Vandalismus öffentlich verurteilt. Beobachtet wurden die Schmierereien konkret 2021 am frisch sanierten Spielplatz in Weimar-West, die Hakenkreuze sind im gesamten Stadtgebiet gefunden worden, wie die Polizei Weimar berichtete. Herausgehend aus dem Auftreten der Rechten Schmierereien und anderen Entwicklungen im Viertel, wurde zusammen mit anderen Projektpartnern und dem Bürgerzentrum, das Themenjahr "Sozialer Zusammenhalt" 2022 ins Leben gerufen. Das Themenjahr soll dazu dienen, für die o.g. Probleme zu sensibilisieren und eine Annäherung der Bevölkerung untereinander zu fördern.

G: Auf die Frage hin, wie sie sich erklärt, dass es insbesondere im Lebensumfeld von Kindern zu rechten Schmierereien kommt, äußert Gaida ihre Einschätzung, dass die Schmierereien im Stadtteil von einer bestimmten Gruppe stammen, deren Frustration so geballt zum Ausdruck komme und wahrgenommen werde. Das hieße aber nicht, dass die Mehrzahl der Menschen so denkt. Gerade jüngere Schüler mit sehr großen Bildungslücken übernehmen allerdings Verhaltensweisen oder Aussprüche, ohne drüber nachzudenken. Manchmal wüssten sie gar nicht, was sie da schreiben.

Wenn Hakenkreuze im Stadtteil auftauchen, sei deswegen die Frage: Was machen wir dagegen? Denn, dass es passiert, werde sich nicht ganz verhindern lassen, da es

gesellschaftlich-strukturelle Gründe dafür gibt, dass Hass entsteht. „Rassismus gibt es auch in bevorteilten Stadtgebieten, es ist ein Irrglaube zu denken, dass es nur hier so ist.“

Deswegen sei es immer wichtig Gespräche zu führen, nach dem warum zu fragen und zuzuhören, um persönliche Frustration einzuordnen. Außerdem dürfe man dabei nicht zu sehr kategorisieren, nicht „die Bösen“ an den Pranger stellen. Stattdessen müsse man erklären warum etwas, zum Beispiel verfassungsfeindlich ist. Das Miteinander zu fördern, beispielsweise mittels internationalen Essens, sei ebenfalls zentral.

B: Insbesondere die kürzlich aufgetretenen Vorfälle von rechtem Vandalismus in Form von Hakenkreuzen im Stadtteil sowie an der Fassade des Kinder- und Jugendclubs sorgte für Bestürzung innerhalb des Teams. Dies hätten sie der Polizei gemeldet, die Schmierereien übersprüht, auf Social-Media-Kanälen darüber berichtet und Stellung bezogen. Auch mit den Kindern hätten sie über die Vorfälle gesprochen. Viele fanden die Aufklärung sehr wichtig und waren betroffen. Ein anderer Teil hingegen hätte nicht gewusst, was an den Symboliken problematisch gewesen sei und dass Hakenkreuze verboten sind, weshalb die Mitarbeitende über rechte Symbole aufklärten. Für Julia Boronczyk sei es das erste Mal, dass es so viele rechte Schmierereien im Viertel gebe.

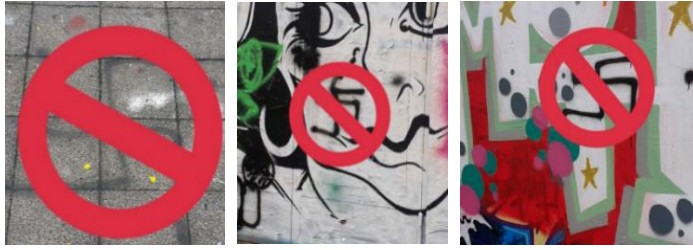
Die verhaltene Reaktion der anderen Akteur\*innen habe sie als Team des Kinder- und Jugendclubs dahingehend irritiert. Sie seien überrascht über die wenig starke Reaktion gewesen. Aus ihrer Perspektive sei es wichtig „Klar Kante“ zu zeigen, was den anderen Akteur\*innen offenbar nicht so ging.

Sie seien immer noch am Überlegen wie sie weiter mit den Vorfällen umgehen. Auch in die Jahresplanung für 2022 haben sie ein vermehrtes Aufgreifen von politischen Themen inkludiert. So seien beispielsweise Pop-Up Aktionen geplant, die die Bewohner\*innen Weimar-Wests auf bestimmte Thematiken wie zum Beispiel Nachhaltigkeit aber auch Rassismus miteinbeziehen soll und darüber aufklären soll.

Diese politische Weiterbildung sei dem Jugendclub ein Anliegen, da rechter Vandalismus in den letzten Monaten konzentriert auftrat. Vorherrschend bleibe „Das Gefühl etwas tun zu müssen.“

Abb. 3: Post über Hakenkreuze am Kinder- und Jugendclub Kramixxo&Waggong (Instagram kramixxowaggong 2021: o.S.)





kramixxowaggong Heute mal kein schöner Post.  
Wir haben heute Hakenkreuze bei uns am Waggong entdeckt. Wir sind absolut fassungslos. Wir dulden keine verfassungsfeindlichen Symbole. Wir dulden keinen Hass, Rassismus, Sexismus, und der gleichen. Wir sind eine Einrichtung für alle Kinder und Jugendliche, die zu uns kommen wollen.

13 Wo.

Abb. 3: Post über Hakenkreuze am Kinder- und Jugendclub Kramixxo&Waggong (Instagram kramixxowaggong 2021: o.S.)

K: Der Umgang mit Vandalismus sei vor allem durch zwei Sichtweisen geprägt. Einerseits der Sichtweise, die sich auf die Sachbeschädigung fokussiert und für die der Inhalt zweitrangig ist. Die zweite Sichtweise die auch von WeUnited (Harun Koyuncu ist hier stellvertretender Vorsitzender) vertreten wird bezieht sich auf die Frage, wie Sensibilisierung durch zum Beispiel Begegnungsprojekte geschaffen werden kann, um so rassistischem Vandalismus die Grundlage zu entziehen.

Gegenüberstellung: Der Jugendclub zeigte sich erstaunt darüber, dass die anderen Akteur\*innen eher verhaltene Reaktionen zeigen und weniger Anstrengungen zur Aufarbeitung unternehmen. Aus den Zwischentönen der Gespräche ist unsere Folgerung diesbezüglich, dass die Vorfälle nicht zu öffentlichkeitswirksam werden sollen, um Weimar-West nicht weiter zu stigmatisieren.

## Abschlussfrage

Zum Abschluss der Interviews stellten wir allen Interviewpartner\*innen dieselbe Frage: Was wurde Ihrer Ansicht nach schon erreicht und was ist noch nötig für eine Verbesserung der Situation der von Rassismus betroffenen Familien? Wen sehen Sie in der Verantwortung?

S: Laut Simon Steinecke ist es sehr wichtig, dass der "Flüchtlingsdruck" auf die Bevölkerung nicht weiter "hochkocht", da es sonst zur Überforderung der Bevölkerung und einem "kippen" des Systems kommen könnte. Steinecke sieht den Schlüssel zu Integration und zum Abbau von Rassismus darin, migrantische Personen mehr zu inkludieren (Projekte, niederschwellige Angebote, gemeinsam kochen, Fußball, Schule etc.).

Im Schulkontext zeigt sich, dass Klassen mit einem hohen Migrationsanteil, oftmals personell überfordert sind, daher wären kleinere Klassen und mehr Personal

(Schulsozialarbeit) wünschenswert. Dazu kommen auch Sprachbarrieren, welche die Kommunikation beeinträchtigen können. Durch die Corona-Pandemie seit dem Jahr 2020 und der Umstellung auf Homeschooling, erschwerte sich die Umsetzung von Demokratie- und Antirassismusprojekten in der Schule, da viele Familien keinen PC oder Internetanschluss besitzen.

G: Zur Abschlussfrage erklärte Schulsozialarbeiterin Gaida, dass Verantwortungsträger\*innen zum einen die Politik sei, welche den Rahmen für strukturelle Ungleichheit verhindern muss. Darüber hinaus müsse jeder Einzelne im demokratischen Sinne dazu beitragen, dass die Ausgrenzung bestimmter Personengruppen verhindert wird.

Das im Rahmen des Titels "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage" jedem Schuljahr zahlreiche demokratiefördernde Projekte umgesetzt werden und ein Präventionskonzept existiert, seien Beispiele für schon laufende Anstrengungen. Notwendig sei aber generell der Erhalt und besser noch der Ausbau der sozialen Infrastruktur, gerade in benachteiligten Gebieten. Es brauche Ansprechpartner\*innen und Vorbilder mit inklusiver Haltung.

Zudem nimmt insgesamt die Zahl der Schüler\*innen zu, wodurch jede Schule wird an ihre Grenzen kommen werde. Gerade bei der hohen Schüler\*innen zahl sei es wichtig, Mischung herzustellen. Wenn dies allerdings nicht geschehe, brauche es noch dringender eine personelle Untermauerung dieser Entscheidung. Die Politik müsse im Blick haben, dass Schüler\*innen ganz unterschiedlich viele Ressourcen benötigen. Ihrer Meinung nach sei darauf zu achten, dass es Angebote mit einem Zugang für alle Schüler\*innen unabhängig der Herkunft und der sozialen Schicht gibt. Eine personelle, räumliche und finanzielle Untermauerung sei dabei maßgeblich. "Gelebte Inklusion muss dabei politischer Wille sein. Dieser ist nicht immer erkennbar."

B: Der Kinder- und Jugendclub sieht ein gesellschaftliches Problem und dahingehend die Notwendigkeit der Gesellschaft verstärkt zu agieren. Zudem müsse die Schule als Bildungsstätte, aber auch Aufeinandertreffen von Kindern und Jugendlichen stärker involviert sein, es müssten mehr Begegnungsorte geschaffen werden und mehr aufgeklärt werden. Durch Filter-Blasen seien Kinder und Jugendliche von ähnlichen Meinungen umgeben. Um dies zu ändern, müsse ihr Horizont erweitert werden und Kinder müssten ihre Peer Group auch verlassen. Die Verantwortung liege auf vielen verschiedenen Ebenen. Mehr Ressourcen wären zudem hilfreich, um mehr machen zu können und weitere Themenbereiche abdecken zu können.

K: Positiv hat sich in der Vergangenheit entwickelt, dass die Stadt zunehmend mehr Projekte unterstützt, welche sich mit Rassismus beschäftigen. Das Thema wird immer sichtbarer, genauso wie die damit einhergehende Stigmatisierung. Bedenklich stimmt ihn hierbei die Frage, wie diese Vorfälle differenziert und bewertet werden können und ob die Stadt nicht öfter Fahndungen nach Vandalismus und Angriffen ausschreiben könnte.

Außerdem besteht der Wunsch von Herrn Koyuncu die Mehrheitsgesellschaft dazu zu animieren, mehr mit Migrant\*innen zu interagieren, beispielsweise durch gemeinsames Fußballspielen. Das habe in der Vergangenheit nicht gut funktioniert, könnte aber Gemeinsamkeit schaffen. Insbesondere hofft er hierbei darauf, Menschen aus den Schulen und der Universität aktivieren zu können.

Gegenüberstellung: Die Situation wird von allen Interviewpartner\*innen als gesamtgesellschaftliches Problem eingeschätzt. Außerdem gehe es darum Lösungen zu finden, die Fronten nicht zu verhärten und in diesem Sinne Dialog und Begegnung zu fördern. Dazu seien allerdings mehr, vor allem personelle, Ressourcen nötig.

## **Reflexion der Ergebnisse in Bezug auf die Theorie**

Die Lösungsvorschläge und Maßnahmen, welche von den Interviewpartner\*innen genannt wurden, zeigen sich auch in den Untersuchungen von Peter Bescherer und Robert Feustel (siehe Kap. 2.1) in Leipzig-Grünau. In beiden Quartieren können soziale Angebote, Förderung und Vernetzung verschiedener Bevölkerungsgruppen helfen, Vorurteile und rassistische Ressentiments abzubauen.

Jedoch zeigt sich im Vergleich der beiden Viertel, dass in Weimar-West grundsätzlich eine Vielzahl an Hilfen und Angeboten existieren, in L-Grünau hingegen fehlen bisher Angebote, wie z.B. eine Mieten- oder Sozialberatung (Bescherer 2021: 73).

In den Interviews klangen vielfach Faktoren an, die auch Mechanismen für Quartierseffekte (siehe Kap. 2.5) darstellen.

Während infrastrukturelle Defizite keinen hohen Stellenwert zu haben scheinen, wird die Stigmatisierung des Stadtteils, eine symbolische Dimension des Quartierseffektes für Weimar-West sehr relevant zu sein. Außerdem zeichnet sich insbesondere in der Schulsozialarbeit eine Akkumulation von Problemlagen ab, welche Frau Gaida in ihrer Arbeit vor diverse Herausforderungen stellt. Tatsächlich scheinen in Weimar-West die Aspekte Infrastruktur und Schulbildung keinen negativen Quartierseffekt zu haben - wie auch von Baur (2013) als geringen Einfluss eingestuft. Vielmehr spielen soziale Beziehungen und der Umgang miteinander die zentrale Rolle.

## **5. Zwischen "Paradies" und Mobbing - Schüler\*innenumfrage an der Thüringer Gemeinschaftsschule Carl-Zeiss**

Mit Unterstützung der Schulsozialarbeiterin Romy Gaida konnten wir folgenden Umfragebogen unter von Rassismus betroffenen Schüler\*innen an der Schule verteilen. Die Ergebnisse sind nicht repräsentativ, liefern aber einen Eindruck dafür, wie die Kinder ihren Stadtteil wahrnehmen und welche Erfahrungen sie machen.

### **5.1 Kontext der Umfrage**

Um die Auswertung des Fragebogens einzuordnen, gilt es die Umstände des Fragebogens zu reflektieren und mögliche Verfälschungen zu beachten. Der Fragebogen wurde durch Romy Gaida ungefiltert an 36 Schüler\*innen der TGS ausgeteilt, teilweise in Schulpausen, in gesamten Klassen oder unabhängig davon. Hieraus ergibt sich die Gefahr zu verfälschten Ergebnissen. Nicht alle Schüler\*innen der TSG wohnen in Weimar-West, was die

Beantwortung der ersten zwei Fragen beeinflussen könnte. Die Umstände der Bearbeitung sind nicht bekannt, es lässt sich jedoch vermuten, dass die Schüler\*innen teilweise den Fragebogen gemeinsam ausgefüllt haben und Antworten untereinander übernommen haben. Gruppendynamiken können nicht verhindert werden, spielen jedoch eine große Rolle, insbesondere bei der vergleichsweise geringen Teilnehmer\*innenzahl. Grund für diese Annahme ist das Vorkommen von einzelnen ausgefüllten Fragebögen, die sich in der Beantwortung fast nicht unterscheiden.

Zudem wurde der Fragebogen auf Anraten der Schulsozialarbeiterin niedrigschwellig konzipiert und ist dahingehend auch anfällig für verkürzte Darstellungen. Ein schnelles und eventuell auch unüberlegtes Ausfüllen war daher möglich.

Die Anzahl der beantworteten Fragebögen ist mit 36 nicht repräsentativ und kann deshalb nur einen Eindruck von der Wahrnehmung von Rassismus an der TGS abbilden.

## 5.2 Ambivalente Stimmen aus der Schüler\*innenschaft

### Fragebogen - TGS "Carl Zeiss" Weimar

#### 1. Was gefällt dir an Weimar-West?

Paradies (8); Stille im Paradies; Die Natur vom Wald; Eher ein ruhiges Viertel; ruhig; Viel Grün; Basketballplatz; Spielplätze (2); Die Stadt und viele Spielplätze; Skatepark; Nettigkeit von Leuten; Nette Mitmenschen; Rewe (3) Die Häuser neu gemacht und es sieht gut aus; Viele neue Leute; Alles außer Schule, weil Schule nervt; Schule (5); Mein Freund wohnt dort; Schnell in die Stadt, auch zu Fuß; Die Ausflüge; Nichts (2); Alles; Gut

---

#### 2. Und was gefällt dir nicht?

Dass es so klein ist; Unordnung; Zu viele Häuser; Altbau-Wohnblöcke; Rewe; Hochhäuser; Der Rest von Weimar-West; Nachts, die vielen dunklen Ecken; Dass es auch Leute gibt die böse Dinge sagen; Unfreundliche Schüler und andere nicht freundliche Menschen; Die Leute, wie sie alle reden; Dass meine Klasse hier wohnt (Mobber); Menschen; Assis (3); Assi-Viertel; Das Asoziale; Ich kenne so wenig; ; Umweltverschmutzung; Nichts außer Schule; Nichts (5); Alles (2)

---

#### 3. Weißt du was es bedeutet, dass deine Schule das Label "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage hat"?

31 Ja

5 Nein

#### 4. Haben Mitschüler:innen dich oder deine Familie schonmal wegen deiner Herkunft beleidigt?

6 Ja

30 Nein

---

#### 5. Fühlst du dich aufgrund deiner Herkunft in der Schule benachteiligt?

3 Ja

33 Nein

---

#### 6. Fühlst du dich in der Schule sicher?

26 Ja

1 Ja in wegen Mobbing

9 Nein

Wenn ja/nein, warum?

Ja: Weil es keinen Rassismus gibt; Gibt viele Menschen denen ich vertraue; Weil hier viele Leute sind, denen ich vertraue; Weil ich kein Mobbing erleben muss; Bin abgeschottet von anderen, wegen der Praxisklasse; Weil hier selten irgendwas passiert

Nein: Weil ich zur Zeit gemobbt werde; Weil jeder uns hasst; Dumme Menschen; Weil ich gemobbt werde, beleidigt und auch geärgert werde; gibt viele die Probleme haben; Darum

---

Aus den Fragen 1 und 2 zur Beschreibung des Wohnumfeldes geht hervor, dass die Schüler\*innen sich in Weimar-West größtenteils wohlfühlen. Sie schätzen vor allem die Grünflächen wie das Paradies schätzen und auch die fortschreitende Sanierung des Gebäudebestandes fällt positiv auf. Die Antworten zu den Fragen machen jedoch auch deutlich, dass die Schüler\*innen sich des Stigmas von Weimar-West sehr bewusst sind und die Abwertung des Plattenbaus initialisiert haben. Zudem wird von Angsträumen insbesondere im Dunklen gesprochen und auch Menschen, die beleidigend agieren werden als negativ wahrgenommen.

Bezüglich der Fragen 3-6 war das häufigste Antwortschema ja-nein-nein-ja (19mal). Dies bedeutet, dass diese Schüler\*innen wissen was das Label „Schule ohne Rassismus“ bedeutet, noch nicht von Mitschüler\*innen wegen ihrer Herkunft beleidigt wurden, sich aufgrund ihrer Herkunft nicht in der Schule benachteiligt fühlen und sich in der Schule sicher fühlen. Das Sicherheitsgefühl in der Schule wird damit begründet, dass dort selten etwas passiert, es keinen Rassismus gebe, man aufgrund einer Praxisklasse von anderen Schüler\*innen abgeschottet sei, man kein Mobbing erleben müsse und es viele Menschen gebe, denen man vertraue.

Insgesamt 8 Schüler\*innen benennen in den Fragebögen ausdrücklich, dass sie aufgrund ihrer Herkunft von Mitschüler\*innen beleidigt werden und/oder sich aufgrund ihrer Herkunft in der Schule benachteiligt fühlen. Auffällig dabei ist, dass zwei von ihnen nicht wissen, was das Label „Schule ohne Rassismus“ bedeutet, obwohl man davon ausgehen würde, dass sie als Betroffene eher für das Thema sensibilisiert sind. Ein\*e Teilnehmer\*in konkretisierte, dass sie beleidigt wird, weil ihre Familie aus Polen kommt. Vier von den Teilnehmer\*innen die angaben aufgrund ihrer Herkunft beleidigt zu werden, gaben ebenfalls an, sich in der Schule unsicher zu fühlen.

### **5.3 Interpretation der Ergebnisse**

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich ein Großteil der Befragten Schüler\*innen im Quartier Weimar-West grundsätzlich wohl fühlt, was auch mit dem Sanierungsfortschritt der letzten Jahre und den vielen Grünanlagen im Viertel zusammenhängt. Im schulischen Kontext zeigt sich aber, dass viele Schüler\*innen, die Schule als „nervig“ empfinden und das Thema Mobbing, als vorrangiges Problem genannt wird. Die Kinder und Jugendlichen sind sich des Stigmas und der Außenwirkung Weimar-Wests sehr bewusst, auch wurde mehrfach beschrieben, dass das Viertel nachts als Angstraum wahrgenommen wird, was auch die Schulsozialarbeiterin Gaida im Interview beschrieben hat.

Die positiv wahrgenommenen Grünflächen bestätigen, wie durch Schmitz/Schlicht (2001: 59f.) benannt, die wichtige Funktion des Wohnumfeldes als erweiterter Wohnraum sowie als Sozial- und Freizeitraum. Auch die in der Studie benannten zentralen Wohnumfeldkriterien, gefühlte Sicherheitsaspekte sowie Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten (Bertelsmann Stiftung et. al 2010: 43), spiegeln sich in den Ergebnissen, sowohl denen der Umfrage als auch der Interviews mit Frau Gaida und Frau Boronczyk, als zentrale Einflussfaktoren in der Lebensrealität der Kinder wider.

Bei der Auswertung der letzten Frage zeigt sich, dass unterschiedliche Einstellungen zu Sicherheit und Rassismus in der Schule existieren. Themen wie Mobbing und Ausgrenzung

spielen eine wichtige Rolle, aber auch das Thema der *Herkunft* wird in der Schule thematisiert. Dabei kommt es teilweise auch zu Konflikten zwischen Schüler\*innen. Zum Label „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ zeigt sich, dass ein Großteil der Befragten zumindest Kenntnis von diesem Netzwerk hat.

Abschließend zeigt sich eine hohe Übereinstimmung mit den Einschätzungen und Aussagen der Schulsozialarbeiterin und des Jugendclubs. Beispielsweise wird auch in der Umfrage eine hohe Überschneidung zwischen Rassismus und Klassismus wahrgenommen. Auch Angsträume waren übergreifend Thema. Rassistische Beleidigungen oder Vorkommnisse konnten eher wenig festgestellt werden, was aber auch damit zusammenhängen könnte, dass die Umfrage nur an 36 Schüler\*innen ausgeteilt wurde, sodass von Rassismus betroffene Personen möglicherweise unterrepräsentiert sein könnten.

## 6 Fazit

Das Wohnumfeld hat insbesondere für Kinder und Jugendliche sowie sozial benachteiligte Gruppen eine besonders hohe Bedeutung und bedingt Verhaltensweisen, indem es Handlungsoptionen bietet oder verwehrt. Wie die Grafik zu Stadien potenzieller Bedeutung des Wohnumfeldes nach Schmitz/Schlicht (2001: 60) nahelegt, kann das Wohnumfeld Rassismus begünstigen oder hemmen. Quartierseffekte können die Entwicklungschancen von Kindern beeinflussen. Die statistischen Rahmenbedingungen in Weimar-West weisen hierbei auf eine Segregation innerhalb der Stadt hin, die die Akkumulation von Problemlagen und damit ein erhöhtes Konfliktpotential begünstigt, wie es auch in Weimar-West der Fall ist. Bei der Gestaltung des Wohnumfeldes ist die Ambivalenz der Notwendigkeit von unbeaufsichtigten Orten zum freien Spielen für die Entwicklung der Kinder in Kontrast zu der Möglichkeit, dass diese auch Angsträume darstellen können, zu beachten.

Ein großes Problem für die Analyse von Rassismus in Weimar-West bildet die fehlende beziehungsweise unterschiedliche und diffuse Definition von Rassismus. Es ergibt sich ein unscharfes Bild zu rassistischen Vorfällen in Weimar-West, welches sich primär auf beispielhafte Erzählungen und Erfahrungsberichte stützt. Somit gibt es viele Teileindrücke von verschiedenen Akteur\*innen, die mit unterschiedlichen Erfahrungen einen Teil des Problems kennen, aber keine Sicht des ganzen Ausmaßes haben. Die hier identifizierten Teileindrücke der einzelnen Akteur\*innen können mit dem Konzept der *Scales* interpretiert werden. Der Begriff der Scale (s. Kap. 2.1) wurde bei den Untersuchungen von Bescherer und Belina verwendet, er beschreibt vereinfacht, dass der Raum, als abstraktes Gebilde, an sich nicht bedeutsam ist (Bescherer 2021: 75). Erst durch die Untersuchung, der sozialen Probleme und der Gesellschaft, können soziale Fragestellungen, in einer räumlichen Dimension angewandt werden. (ebd.: 76) Wie in Kap. 2.1 beschrieben, ist es dabei wichtig, die verschiedenen Ansichten und Interessen der Akteur\*innen, im Quartier zu verstehen, um eine Problemstellung in der Stadtentwicklung bearbeiten zu können (Kurz 2003). Auch in Weimar-West zeigen sich die verschiedenen Sichtweisen und Erfahrungen der Akteur\*innen, mit Rassismus, wodurch es zu einer Verschränkung verschiedener Scales bzw. Interessen (z.B. zwischen Investor\*innen und Mieter\*innen) kommt. In Projekten und

Netzwerktreffen, ist es daher immer wichtig, einen bestimmten Scale Frame, also einen Handlungsrahmen zu schaffen, in dem alle Akteur\*innen ihre Interessen darlegen können.

Zusätzlich gibt es seitens der Stadt keine statistische Datenerhebung im Kontext des Themas Rassismus, weshalb keine belastbare Grundlage existiert und eine Problembenennung sowie Auseinandersetzung mit dem Thema schwerfällt. Eine umfassende städtische Strategie, beispielsweise im Rahmen der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus, könnte den Umgang mit Rassismus verändern und ein verstärktes Problembewusstsein erwirken. Auch die Möglichkeiten zur positiven Deutung von kultureller Vielfalt, zum Beispiel im Imagefilm, werden noch nicht genutzt.

Insbesondere der Alltagsrassismus wird von den Interviewpartner\*innen in Weimar-West hervorgehoben. Hierbei ist allerdings wichtig zu betonen, dass die interviewten Personen, welche direkt in Weimar-West tätig sind, nicht von Rassismus betroffen sind und somit auch nur diese alltägliche Art der rassistischen Diskriminierung mitbekommen, im Gegensatz zu einer strukturellen Benachteiligung, welche hauptsächlich von den Betroffenen selbst wahrgenommen wird. Die offenen rechtsradikalen Strukturen, welche in den 00er Jahren existierten, hätten sich zu einem subtileren und gesellschaftsfähigeren Rassismus gewandelt. Dieser findet beispielsweise auch Ausdruck in den hohen Wahlergebnissen der Partei "Alternative für Deutschland".

Die Lebenslagen von Kindern- und Jugendlichen in Weimar-West sind durch Mehrfachbenachteiligung gekennzeichnet. Die Sozialindikatoren der Integrierten Berichterstattung im Kontext der kommunalen Präventionskette sind in Weimar-West überdurchschnittlich hoch und zeigen Probleme des Viertels auf. In der Schule und im Kinder- und Jugendclub gibt es auffällig viel Mobbing. Es scheint ein grundsätzliches Aggressionspotential zu geben, welches auch zu Beleidigungen und Diskriminierungen im Kontext der Herkunft führt, da diese als leichte Angriffsfläche genutzt wird.

In Weimar-West kam es im vergangenen Jahr zu einer Häufung von rassistischem Vandalismus im Lebensumfeld von Kindern durch Hakenkreuze und SS-Symbolik an Gebäuden des Kinder- und Jugendclubs, einer Sporthalle und einem Spielplatz. Kinder reproduzieren Verhaltensweisen und Einstellungen von Erwachsenen oft unreflektiert, testen Grenzen aus und wollen bewusst provozieren. Wichtig ist jedoch festzustellen, dass es sich bei Kindern meist nicht um gefestigte Einstellungen handelt, sondern um durch das Umfeld entstandene Meinungen und Nachahmungen. Somit ist eine Sensibilisierung für das Thema möglich und nötig und sollte durch Aufklärungsarbeit in der Schule umgesetzt werden. Da die Sensibilisierung und Aufarbeitung von rassistischen Vorfällen sowie antirassistische Arbeit von finanziellen und personellen Ressourcen abhängig ist, ist es umso wichtiger, dass diese ausreichend vorhanden sind. In Weimar-West ist dies nicht der Fall, sodass beispielsweise an der Thüringer Gemeinschaftsschule Carl Zeiss eine Schulsozialarbeiterin für eine Schule und diverse Themenbereiche zuständig ist. Eine notwendige Thematisierung von Rassismus kann bei dieser personellen Besetzung nicht ermöglicht werden. Zusätzlich muss eine Bereitschaft für die Sensibilisierung von Rassismus auch bei Kindern und Jugendlichen gegeben sein, damit Aufklärung Erfolg erzielt.

Die intersektionale Problemanalyse, welche in Weimar-West vorherrschend ist, führt dazu, dass Rassismus als eines von vielen Themen mit anderen Problematiken wie Klassismus überlagert wird und somit nicht alleinstehend bearbeitet wird. Mit diesem aktuellen



Umgang des Problems entsteht jedoch die Gefahr Rassismus nicht ausreichend zu benennen und unsichtbar zu machen. Zudem ist der Umgang der Träger\*innen in Weimar-West geprägt durch die Angst vor einer weiteren Stigmatisierung des Viertels. Verweise auf Angebote und Projekte, die bereits gut funktionieren, sowie der zurückhaltende Umgang mit den Hakenkreuzen durch die meisten Akteur\*innen zeigen, dass es schwierig ist, Probleme wie Rassismus konkret zu benennen und gleichzeitig nicht Angst davor zu haben, dass sich das Bild des Stadtteils weitergehend verschlechtert. Hier wäre es wichtig, dass eine Auseinandersetzung und Aufarbeiten mit dem Thema Rassismus positiv bewertet wird und somit das Thema bearbeitet wird.

Mehr Ressourcen zur Prävention von rassistischer Diskriminierung und besseren Opferunterstützung, antirassistische Arbeit sowie eine Hilfe zur Selbstorganisation diskriminierter Menschen müssen gegeben sein, um eine Verbesserung der Situation zu erzielen. Es gibt in Weimar keine umfassende Strategie zur Bekämpfung von Rassismus und in Weimar-West basiert der Umgang mit Rassismus hauptsächlich auf Begegnungsprojekten. Selbst das kommende Themenjahr in Weimar-West, welches unter dem Motto „Sozialer Zusammenhalt“ geführt wird soll Rassismus inkludieren, benennt diesen aber nicht explizit im Titel und ist somit untergeordnet fokussiert.

Prinzipiell ist für Weimar-West und den Umgang mit Rassismus der Träger\*innen festzuhalten, dass das Bewusstsein für Rassismus grundsätzlich gegeben ist, es jedoch viele Unsicherheiten im Umgang mit dem Thema gibt, weswegen es dahingehend noch Potential zur Verbesserung gibt.

## Literaturverzeichnis

Baur, Christine (2013): Schule, Stadtteil, Bildungschancen: wie ethnische und soziale Segregation Schüler/-innen mit Migrationshintergrund benachteiligt. Bielefeld: transcript verlag. (Zugriff: 12.02.2022) URL: [d-nb.info/1026256542/04](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:5:1-63862-p0071-9).

Belina, Bernd (2013): Raum. Überwachung, Kontrolle. Vom staatlichen Zugriff auf städtische Bevölkerung. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Bertelsmann Stiftung, Robert-Koch Institut und empirica AG (2010): Gesundheit lernen. Wohnquartiere als Chance für Kinder. Gütersloh: Eigenverlag.

Bertelsmann Stiftung (2014): KECK konkret. Kommunale Entwicklung – Chancen für Kinder. Gütersloh: Eigenverlag.

Bescherer, Peter; Burkhard, Anne et al. (2021): Urbane Konflikte und die Krise der Demokratie-Stadtentwicklung, Rechtsruck und Soziale Bewegungen. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 59-97.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hg.) (2008): Wohnen und innerstädtische Segregation von Migranten in Deutschland. Nürnberg: Eigenverlag.

Bundeswahlleiter (2021): Bundestagswahl 2021. (Zugriff: 12.02.2022) URL: [www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021/ergebnisse/bund-99.html](https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021/ergebnisse/bund-99.html).

Bürkner, Hans-Joachim (2011): Sozialräumliche Disparitäten und soziale Mischung: Aktuelle Diskurslinien in Forschung und gesellschaftlicher Praxis. In: Bernd Belina / Norbert Gestring / Wolfgang Müller / Detlev Sträter (Hg.), Urbane Differenzen. Disparitäten innerhalb und zwischen Städten. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Difu (2022): Glossar: Was ist eigentlich ... Segregation? Begriffe aus der kommunalen Szene - einfach erklärt. <https://difu.de/nachrichten/was-ist-eigentlich-segregation> (letzter Zugriff am 6.2.2022).

Friedrichs, Jürgens (2011): Ethnische und soziale Segregation in deutschen Großstädten. In: Die Zukunft der "Sozialen Stadt" : Strategien gegen soziale Spaltung und Armut in den Kommunen. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften.

Instagram kramixxowaggong (2021): Post über Hakenkreuze. (Zugriff: 13.02.2022) URL: <https://www.instagram.com/p/CV2rPdDjOa/>.

Kurtz, Hilda E. (2003): Scale Frames and Counter-Scale Frames: Constructing the Problem of Environmental Injustice, Political Geography. Stadt: Verlag. 22(8), S. 887-916.

Opferperspektive – Solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt e.V. (2021): Hintergrundpapier zur Veröffentlichung der Zahlen rechter Gewalt 2020 in Brandenburg. (Zugriff: 31.01.2022) URL: [https://www.opferperspektive.de/wp-content/uploads/2021/03/hintergrundpapier2020\\_final.pdf](https://www.opferperspektive.de/wp-content/uploads/2021/03/hintergrundpapier2020_final.pdf).

Schmitz, Andreas; Schlicht, Wolfgang (2001): Gestaltung des städtischen Wohnumfeldes - Ein Thema für die Pädagogik? In: Diskurs 11 (2001) 1, S. 58-63. Frankfurt am Main: Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation (Zugriff: 02.12.2021) DOI: 10.25656/01:6013.

Stadt Leipzig (2021): Wahlergebnisse in den Ortsteilen. (Zugriff: 12.02.2022) URL: [www.leipzig.de/buergerservice-und-verwaltung/wahlen-in-leipzig/landtagswahlen/landtagswahl-2019/wahlergebnis-stadt-leipzig](http://www.leipzig.de/buergerservice-und-verwaltung/wahlen-in-leipzig/landtagswahlen/landtagswahl-2019/wahlergebnis-stadt-leipzig).

Stadt Nürnberg (2008): Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus. Zehn-Punkte Aktionsplan. Nürnberg: Druckerei Rumpel. (Zugriff: 12.02.2022) URL: [https://www.nuernberg.de/imperia/md/menschenrechte/dokumente/staedtenetzwerk/10\\_ppa\\_dt.pdf](https://www.nuernberg.de/imperia/md/menschenrechte/dokumente/staedtenetzwerk/10_ppa_dt.pdf).

Stadt Weimar (2020): Integrierte Berichterstattung der Stadt Weimar im Kontext der Kommunalen Präventionskette. Darstellung ausgewählter Zielgruppen, Handlungsfelder und Handlungssysteme. Weimar: Eigenverlag.

Stadt Weimar (2021): Weimar-West. (Zugriff: 12.02.2022) URL: [stadt.weimar.de/ueber-weimar/ortsteile/weimar-west/](http://stadt.weimar.de/ueber-weimar/ortsteile/weimar-west/).

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2021): Armutsgefährdungsquote in Deutschland bis 2020 | Statista. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/72188/umfrage/entwicklung-der-armutsgefaehrungsquote-in-deutschland/> (letzter Zugriff am 6.2.2022).

#### Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Armutsgefährdungsquote in Deutschland von 2005 bis 2020. Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2021): Armutsgefährdungsquote in Deutschland bis 2020 | Statista. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/72188/umfrage/entwicklung-der-armutsgefaehrungsquote-in-deutschland/> (Zugriff: 6.2.2022).

Abbildung 2: Stadien potenzieller Bedeutung des Wohnumfeldes (Schmitz/Schlicht 2001, S. 60)

Abbildung 3: Post über Hakenkreuze am Kinder- und Jugendclub Kramixxo&Waggong. (Instagram kramixxowaggong 2021: o.S.)

## **Anhang: Transkripte der Interviews**

Anlage 1: Interview mit Simon Steinecke (Quartiersmanager in Weimar-West) am 30.11.2021

### Einstiegsfragen

*Wie lange sind Sie schon als Quartiersmanager in Weimar-West tätig und wie sind sie zu dieser Tätigkeit gekommen?*

Aus Erfurt, Soziale Arbeit, nach Studium Schulsozialarbeit -> Weimar Nord Einzelfallarbeit (Nahtstelle) + erst 10 h Stadtteilkoordination -> Quartiersmanagement seit 2,5 Jahren in Weimar-West

*Was sind ihre Aufgaben im Stadtteil?*

Vernetzung der Angebote und Akteure, Koordination, Zusammenbringen der Akteure und der Menschen die Hilfe benötigen, Koordination und Vernetzung zwischen Akteuren und Förderung der Zusammenarbeit

Netzwerktreffen viermal im Jahr um Akteure zu vernetzen

Öffentlichkeitsarbeit um Projekte mit Anwohner:innen bekannt zu machen (auf mehreren Kanälen Stadtteilzeitung fehlt), Projekte werden in der Öffentlichkeit nicht gut wahrgenommen (Leute vergessen das Veranstaltungen stattgefunden haben; es entsteht das Gefühl das nix los ist)

Veranstaltungen wie z.B. Stadtteilst, Veranstaltungskalender

Schnittstelle für Informationen: Ansprechpartner im Stadtteil

Stadt Weimar erstellt neuen Rahmenplan in Weimar West, Unterstützung durch Steinecke

Bürgerbeteiligung, wenn persönliche Betroffenheit bei baulichen Veränderungen oder Wegfall von Angeboten (Bsp: Sparkasse-Beratungsstellen sind weggefallen)

Förderung der Stadtteilentwicklung - eigene Projekte, Kooperationsprojekte oder Akteure zu Projekten motivieren (Graffiti Projekte, Klassik Stiftung: grünes Labor mit Lastenrädern)

Moderation und Vermittlung zwischen verschiedenen Akteur:innen

Aufarbeitung von langwierigen Problematiken, Akteure zusammenbringen und Probleme besprechen, mit Protokollen, geregelte Moderation, angemessener Rahmen, etwas Wohlfühlatmosphäre schaffen (Förderungen von Arbeitsgruppen, Taubenmanagement)

### Status Quo

*Weimar-West hat statistisch gesehen den größten Teil von Menschen mit Migrationshintergrund in Weimar. Wie äußert sich Rassismus in Weimar-West?*

Rassismus wird oft als Ausgrenzung/Abgrenzung erlebt

Unmut in der Bevölkerung: „die anderen kriegen mehr als ich“ (Ressourcenneid), besonders bei Menschen die ressourcentechnisch (gefühl) nicht so gut aufgestellt sind

Weimar-West eigentlich recht divers, viele Religionsgemeinschaften, Personengruppen, viele Nationen, Mittelschicht, sozial und finanziell benachteiligte Personen

Viele Deutsch-Russen zu DDR-Zeiten: gut etabliert aber oftmals Sprachbarrieren

In 2000er Jahren Nazigruppen, Gewalt wurde aber unter Kontrolle gebracht

Seit 2015 „Flüchtlingskrise“ - viele haben Deutsch gelernt (Männer sprechen oft ausreichend Deutsch, Frauen häufig weniger)

KiTa/Schulbriefe als digitaler Text, kann in Übersetzungsprogrammen übersetzt (wenn sie technisch dazu in der Lage sind) -> andere Nationalitäten mitdenken

VHS Weimar bietet Angebot an -> (Analphabeten im Bürgerzentrum fördern, verläuft schleppend)

Landtagswahl in Weimar-West -> LINKE + AfD sehr stark (manchmal beides auf einem Wahlzettel) -> Erklärungsansatz: Wunsch nach gesellschaftlicher Veränderung

SPIELPLATZ (2021 wurde es konkret beobachtet): rechte Schmierereien an frisch saniertem Spielplatz (Schmierereien fallen jetzt mehr auf) -> soll nicht so gestreut werden (Polizei hat aber Meldung herausgegeben, Jugendclub hat es öffentlich verurteilt auf Instagram) (um Nachahmer, Trittbrettfahrer vermeiden)

Hakenkreuze (HK) mit Kreide am Boden

TGS Schule (einige Schüler:innen mit sozialpädagogischen Förderbedarf, HK als Provokation)

Am Jugendclub sind auch HK aufgetaucht

Problem in Gesamt Weimar (z.B. auch in Sitze von Bussen eingeritzt) Quelle:  
Instagram:KramixxoWaggong

Es wurden Fotos gemacht (Idee: immer dieselbe Handschrift? -> Identifizierung? flächendeckend oder Einzelpersonen)

*Wie nehmen Sie rassistische Vorfälle wahr? Hat sich ihre Anzahl in den letzten Jahren im Stadtteil vermehrt?*

Beschimpfungen gibt es schon

Ortsteilrat: oft etwas ratlos, lethargisch (es gibt diese Probleme seit Jahrzehnten)

In DDR: Prestige in Weimar-West zu wohnen -> viele Personen sind hier „hängengeblieben“, werden dann wütend, wenn z.B. Migranten abends draußen laut spielen etc. -> unbewusster Rassismus, Zustand wird als nicht „normal“ empfunden und wird mit früheren Erfahrungswerten abgeglichen

Wenn man sich selber sozial ausgeschlossen fühlt, gönnt man anderen Leuten keinen Spaß -> Ressourcenneid

Langjährige Prozesse führen manchmal zu rassistischen Aussagen

Es werden oft rassistische Aussagen getroffen, aber nach kurzer Diskussion, kann der vermeintliche „Fakt“ widerlegt werden (Ich bin ja kein Rassist, aber...), es gibt aber auch tatsächlich existierende Probleme, die problematisch sind und besprochen werden müssen

Wird oft durch eigene gesellschaftliche Ausgrenzung der Personen hervorgerufen

In Schulen wird auf Prävention gesetzt (Während Corona gerade schwierig, Projekte umzusetzen)

Schwierig: Wie erreicht man Personen in Familien, gehen die Personen noch zur Schule, Ausbildung, Studium?

Wichtig: Demokratieförderung, Ausstellungen, Aktionen und Projekte

Beobachtung: Wenn man nur Projekte zur Verbesserung der „Willkommenskultur“ macht -> wirkt es abschreckend -> vielleicht eher unterschwellig (z.B. über Essen aus anderen Kulturen)

Wie kann man die Täter adressieren: Wie alt sind sie, kommen sie aus West?

Entscheidung: Demokratiefördernde Projekte anstoßen, Stadtteilgalerie -> zu starker Fokus auf Migration fördert die Spaltung (Bsp. Interkulturelles Neujahrsfest) -> Deutsche fühlen sich nicht angesprochen

Was können Akteure zur Integration tun? - Zum Beispiel Übersetzung von Einladungen

*Weimar-West ist seit 2000 Teil des Förderprogramms „Soziale Stadt“. Wurde die Situation der von Rassismus betroffenen Familien in Weimar-West dadurch verbessert?*

Projekte in 2000er Jahren (damals verantwortlich: Andreas Mehlich, Stefan Peter Andres)

Vorfälle von rechten Gruppierungen in den 2000er Jahren wurden unter Kontrolle gebracht, heute nicht mehr konkret wahrnehmbar

Projekt „Soziale Stadt“ ist in das Förderprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ übergegangen

#### Rassistische Vorfälle und der Umgang mit ihnen

*In letzter Zeit kam es gehäuft zu rechten Straftaten in Weimar-West: Wie kommt es, dass hier rechte Menschen mit von Rassismus Betroffenen zusammenleben oder sind das Menschen von außerhalb?*

*Rückfrage: Was bedeutet das für das Zusammenleben und die Atmosphäre im Stadtteil?*

Eher eine Distanzierung und ein aneinander vorbei Leben (vllt. mal beim Ortsteilrat fragen), Lethargie, Beschimpfungen und Vandalismus und Drogenkonsum, rassistische Ausfälle Aufgrund anderer Auslöser (Ruhestörung z.B), viel unbewusster Rassismus auch unter Migranten -> das aufzulösen wäre ein jahrelanger Prozess -> wenn man sich ausgeschlossen fühlt tritt man gegen andere

*Netzwerktreffen: Ist das ein Einzelfall oder gibt es öfter Schmierereien im Stadtteilgebiet?*

Rechte Schmierereien waren besonderes Thema, andere Schmierereien treten sehr häufig auf

*Wie sind die Reaktionen in der Stadtbevölkerung bei rechten Vorfällen? (Diskussion im Stadtteil oder Stillschweigen?)*

Da es kaum gestreut wurde, kaum Reaktionen -> kaum Shitstorms

*Gibt es Statistiken zu den Vorfällen? Wie wird das ganze dokumentiert?*

Statistikamt der Stadt fragen

Stadtteilpolizei sagt: Überall in Weimar werden solche Straftaten wahrgenommen

Viel Problemlagen im Sozialraum Weimar-West (Vandalismus, sozialer Umgang untereinander/in Familien), evt. weil hier viele Menschen leben, die durch das soziale Raster gefallen sind und Hilfen nicht gegriffen haben (manchmal Ablehnung von Hilfen, nicht alle Angebote werden sofort angenommen)

Vermieter schauen öfters sehr genau, wer wo und welches Haus zieht (soziales Gefüge, wenig leerer Wohnraum -> Vermieter:innen haben Luxus sich Mieter:innen auszusuchen) -> manchmal Segregation aus West raus Richtung Land, Gera, Apolda

#### Hilfe und Selbsthilfe diskriminierter Personen

*Gibt es in Weimar-West Gruppen von Rassismus betroffener Menschen, die sich untereinander stärken?*

AWO, Migrantische Vernetzung in die Stadt, Vernetzung eher über die Stadt

*Wohin können sich Menschen, die Rassismuserfahrungen gemacht haben wenden?*

Stellvertretender Vorsitzender des Ausländerbeirats (*Harun Koyuncu*)

*Rückfrage: Werden die Beratungsstellen auch in Anspruch genommen?*

Meistens angesprochen aufgrund von Problemlagen

Oftmals Rassismus unbewusst/unterschwellig in Institutionen

*Wenden sich Menschen mit Rassismuserfahrungen auch an Sie?*

Nein -> Gruppierungen mit Geflüchteten, bleiben oft unter sich: Dauert lange Zeit, bis sich Leute an ein neues Land gewöhnen (mehrere Jahre) -> andauernde Migrationsberatung + allgemeine Sozialberatung (Integrationshilfe auf viele Jahre andauernd nötig???) -> Wann kommt der Punkt, dass die Hilfe auf freiwilliger Basis stattfindet? (Bsp: Antrag auf Aufenthaltstitel inklusive dezentraler Unterbringung, Zuordnung von sozialer Betreuung) -> Beratung nach Erwerb des Aufenthaltstitel (Frage danach ob im Einzelfall eine Zwangsbetreuung verlängert werden sollte.)

### Wohnumfeld und Infrastruktur

*Wir kommen nochmal zurück auf das Förderprogramm „Soziale Stadt“. Haben Sie in diesem Zusammenhang eine Verbesserung der Infrastrukturen wahrgenommen?*

*-> wenn nicht: Wie hat das Programm (versucht) zu wirken?*

Vernetzung unter den Akteur:innen -> benötigt aber neutrale Partner: im Idealfall durch „Quartiersmanagement“, Informationsmanagement -> um Lethargie zu durchbrechen, Corona hat Seniorenclubs massiv gehemmt -> Senioren ziehen sich zurück bauen Phobien auf und Potential der Verwahrlosung wahrscheinlicher -> Immer wieder attraktive Angebote machen

*Gibt es Mängel in Weimar-Wests Infrastruktur, welche den Bewohner:innen ihren Alltag erschweren oder ihre Chancengleichheit gefährden?*

Fehlende wirtschaftliche Infrastruktur/Geschäfte werden wahrgenommen (Friseur ist weg, keine Beratungsstellen der Sparkasse, Wunsch nach weiterem Supermarkt, Zitat: „Wunsch nach einer gut funktionierenden Gaststätte“)

Gibt aber ansonsten gute Infrastruktur (gute Busanbindung, Bahn, zwei KiTas, Jugendclub, zwei Schulen, Supermarkt,...)

Bauliche Eingrenzung des Stadtteils (Bahntrassen, Grünes Band) -> wirtschaftliche Attraktivität oftmals nicht vorhanden (Kaufkraft der Anwohner:innen wird als zu gering eingeschätzt)

Soziale Infrastruktur eigentlich ganz ok; aber Schulsozialarbeit sollte ausgebaut werden. Nur eine Person pro Schule zu wenig (Frau Gaida) -> Einzelkämpferposition

Nur zwei Streetworker in Weimar, Spielplatz-Thematik -> Vertrauensarbeit

Rassismuserfahrung, Vertrauen aufbauen, damit sich Fronten nicht verhärten, mit Leuten reden

*Welches Verbesserungspotenzial gibt es noch?*

Vernetzung! - Aufmerksam machen auf Probleme + Projekte (Jugendclubs, Schulen)

Bürgerzentrum = Tochter der Stadt - können relativ frei agieren

Durch Corona: vermehrt wiederaufkeimen von sozialen Phobien (Strukturen gehen ein) -> Senioren

*Welches Image hat der Stadtteil Weimar West innerhalb Weimars und des Weimarer Lands?*

Von außen eher negativ, viele meiden Stadtteil

Anwohner:innen sagen selber oft, so schlimm ist es eigentlich nicht (nach Gesprächen zeigt sich aber oft, dass die Personen oft nicht wegziehen „können“ (gesundheitliche und finanzielle Gründe)

Andererseits gibt es aber auch viel gute Dinge (s.o.)

Nach der Wende gab es viel Wegzug

Problem: Projekte brauchen ja auch Geld, in Projektanträgen müssen Probleme benannt werden, eher Negativsicht auf Stadtteil, da ansonsten Frage der Sinnhaftigkeit gestellt wird

Großer Wohnungsmangel in Weimar (0,3 % freie Wohnungen in Weimar-West)

Leute kommen manchmal gar nicht unter -> ziehen dann ins Weimarer Land oder nach Gera

*Welchen Einfluss hat das Image Weimar-Wests bei der Wohnortwahl? (Standortfaktor)*

Es gibt Aussagen von Anwohner:innen, die ein mögliches Beliebtheitsranking „1. Nord 2. West 3. Schöndorf“ erkennen lassen

Sanierung führt zu Preissteigerung und eventuell Verdrängung und Attraktivitätssteigerung -> Klientelveränderung und Durchmischung

Umfeld für die Entwicklung von jungen Leuten sehr wichtig

Vermieter wünschen sich eher unproblematische Mieter

Mietniveau niedrig im Vergleich zu Weimar (oft Altverträge aus DDR), aber bei Neuvermietung werden Wohnungen teurer (Orientierung am aktuellen Mietniveau) (Weimar hat keine Mietpreisbremse)

Migration in neuen Bundesländern noch sehr neues Thema -> „Flüchtlingskrise“ hat seit 2015 einen hohen Migrationsdruck erzeugt, den es vorher nicht so gegeben hat (im Vergleich zu alten Bundesländern, stecken Migrationsprozesse in den neuen Bundesländern noch in den „Kinderschuhen“)

Menschen mit Migrationshintergrund: ziehen oft aus neuen Bundesländern weg, gehen in alte Bundesländer -> dort befinden sich Communities -> Segregation

Thüringen war lange Billiglohnland: viele Menschen über Niedriglöhne verheizt, jetzt ersetzen migrantische Personen oft diese Arbeitskräfte und Wahrnehmung, dass viele Deutsche diese Tätigkeiten nicht mehr machen wollen

## Abschluss

*Was wurde Ihrer Ansicht nach schon erreicht und was ist noch nötig für eine Verbesserung der Situation der von Rassismus betroffenen Familien? Wen sehen Sie in der Verantwortung?*



Migrationsquote -> richtiges Mittel?

Flüchtlingsdruck auf Bevölkerung darf nicht zu hoch werden

Aufpassen, dass es politisch nicht weiter hochkocht. Menschen in Weimar-West wurde mit „Flüchtlingskrise“ überfordert, viele Menschen auf einmal. Es gibt Verteilungsschlüssel auf Bund-Länderebene, wo Geflüchtete aufgeteilt werden. Aufpassen das das gesellschaftliche System nicht noch „kippt“ -> Gewöhnung ermöglichen

*Ist Prävention der Schlüssel?*

Wenn Schulen personell anders ausgestattet werden, Lehrermangel -> Inklusion aus Förderschulen, Migrantische Personen. Kleinere Klassen, mehr Personal, neues Personal. Schulen mit hohen Migrationsanteil -> personell überfordert.

Schulleiter:innen haben oft viel Macht (Tunnelblick)

Homeschooling ist nicht immer in Fällen optimal praktikabel -> keine optimalen technischen Voraussetzungen (es gibt viele Familien ohne Internetanschluss, nur mobile Daten) -> Demokratieprojekte schwierig, wenn Grundversorgung (Internet) fehlt.

Medienkompetenzen der Lehrkräfte noch ausbaufähig

Oft Sprachbarrieren: Minimum an Deutschkenntnissen nötig

Anlage 2: Fragebogen an Romy Gaida, Schulsozialarbeiterin an der Thüringer Gemeinschaftsschule Carl Zeiss Weimar, ausgefüllt zurück am 6.12.2021

### Einstiegsfragen

*Wie lange sind Sie schon als Schulsozialarbeiterin in Weimar-West tätig? Was sind Ihre Aufgaben in der Schule?*

Gestartet bin ich im Jahr 2009 mit einem Projekt gegen Schulverweigerung in den Weimarer Regelschulen. Seit 2013 bin ich an der TGS Carl Zeiss Weimar als Schulsozialarbeiterin tätig. Die Aufgaben sind vielfältig und abwechslungsreich. In erster Linie berate ich Schüler\*innen, Eltern und Lehrer\*innen bei individuellen Anliegen. Gezielte Einzelfallhilfe wird für Schüler\*innen angeboten, die umfassendere Unterstützung benötigen - sei es bei häuslichen Konflikten oder schulischen Problemen. Hier wird ein umfassendes Netzwerk einbezogen. Schüler\*innen stehen oft vor ähnlichen Herausforderungen. Daher werden zudem soziale Gruppenangebote unterbreitet, z.B. zu jugendgerechten Themen wie Sucht, Medien oder Sexualität. Demokratieförderung ist immer ein Querschnittsthema. Es fließt in alle Bereiche mit ein.

*Was sind die aktuellen Themen Ihrer Arbeit?*

Aktuell offenbaren sich auch die „Nebenwirkungen“ der Pandemie. Lethargie muss durch Motivation ersetzt werden. Ungefilterter Medienkonsum ist immer wieder Thema und kleinere und größere Konflikte zwischen Schüler\*innen.

*Haben Sie häufiger mit Kindern zu tun, die rechtes und rassistisches Verhalten zeigen oder mit von Rassismus betroffenen Kindern?*

Der Ton in der Gesellschaft hat sich verschärft. Die Schule ist ein Spiegel der Gesellschaft, Kinder sind der Spiegel der Erwachsenen. Folglich kommt es auch unter Kinder und Jugendlichen immer wieder zu diskriminierenden Äußerungen. Eigene Frustration wird an anderen Personen ausgelassen. Dabei werden Vorurteile bedient. Dies kann neben der Herkunft auch den sozialen

Habitus, die sexuelle Identität oder individuelle Besonderheiten betreffen. Oft ist es ein Wechselspiel aus Angriff und Gegenangriff.

*Was verstehen Sie im Kontext Ihrer Arbeit unter Rassismus?*

Rassismus ist für mich der weitgefasste Begriff, wenn Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion, sexuellen Identität, Behinderung usw. Zuschreibungen, Benachteiligungen und /oder Verletzungen erleben. An unserer Schule lernen Kinder aus 36 Nationen. Rassistische Äußerungen gibt es auch zwischen Schüler\*innen anderer Nationen, meist wenn sie bestimmte Kriegsherde auf der Welt betreffen. An der Schule erlebe ich nur wenige stark gefestigte Einstellungen. Dafür sind alltagsrassistische Äußerungen weit verbreitet.

Diskriminierte Schüler\*innengruppen

*Melden sich Schüler\*innen bei Ihnen, die rassistische Erfahrungen in der Schule oder im privaten Umfeld gemacht haben?*

Viele Schüler\*innen melden sich aufgrund von Konflikten und Streitigkeiten in der Schule bei der Schulsozialarbeit. Rassistische Beleidigungen werden immer wieder benannt. Besonders schlimm wird es empfunden, wenn dabei die Familie verbal angegriffen wird. Es gab aber auch schon intensive Gespräche mit Schüler\*innen, welche rassistische Übergriffe in Bus und Bahn oder im Park, also im privaten Lebensumfeld, erlebt haben. Besonders traumatisch wird dies empfunden, wenn sie bereits negative Fluchterfahrungen durchlebt haben. Dann fühlen sie sich erneut verfolgt und abgelehnt. Hier ist es wichtig, zuzuhören, zu verstehen und breite Unterstützung anzubieten.

*Gibt es Angsträume in der Schule, die durch rassistische Vorfälle entstehen?*

Eine anonyme Befragung an unserer Schule ergab, dass es Angsträume gibt, die von den Pädagog\*innen kaum einsehbar sind. Dies kann Schulwege oder stille Ecken betreffen. Hier könnte es zu Übergriffen kommen, die auch rassistische Motive beinhalten. Auch der virtuelle Raum bietet viel Angriffsfläche mit wenig Schutz. Zumeist kommt es aber zu Anfeindungen, die aufgrund von allgemeinen Streitigkeiten entstehen. Dann wird schnell die Verbindung zur Herkunft und zum kulturellen Hintergrund hergestellt und als Begründung verwendet.

*Welche Umgangsformen finden diskriminierte Kinder und Jugendliche im Umgang mit den Anfeindungen?*

Mir ist es wichtig, dass alle Schüler\*innen wissen, wo sie persönlich Unterstützung erhalten können und wo es Anlaufstellen gibt. Daher ist Schulsozialarbeit für alle Schüler\*innen präsent. Wenn schon eine vertrauensvolle Beziehung besteht, fällt es leichter sich im Notfall zu öffnen und um Unterstützung zu fragen. Gemeinsam erarbeiten wir dann individuelle Strategien im Umgang mit Anfeindungen. Auf Schulebene achten auf ein friedliches Miteinander und arbeiten kontinuierlich daran. Wir haben mit dem Titel „Schule ohne Rassismus“ ein Statement gesetzt. Wo viele unterschiedliche Lebensweisen aufeinandertreffen, treten zwangsläufig auch Konflikte auf. Unser Stadtgebiet weist auch große soziale Unterschiede zu anderen Stadtteilen Weimars auf. Wir achten darauf, dass Angebote nicht nur für bestimmte Gruppen gelten, um keine weiteren Ressentiments zu schüren. Alle Angebote stehen allen Schüler\*innen offen. Das bedeutet gelebte Inklusion.

*Wie nehmen Sie das Verhältnis von Kindern, die rassistisches Verhalten zeigen und von Rassismus betroffenen Kindern wahr? (Kontakthypothese = Kontakt zu migrantischen Personen verringert Vorurteile)*

Wir sind eine interkulturelle Schule und haben schon seit vielen Jahren eine Vielfalt von Kindern aus unterschiedlichen Nationen oder mit ausländischen Wurzeln. Seit dem Jahr 2015 hat sich diese Vielfalt verstärkt. Anders als die Weimarer Gymnasien mit einer geringen Zahl an Kindern mit Migrationshintergrund haben wir langjährige Erfahrungen.

*Haben Sie das Gefühl, dass Kinder aufgrund ihres Migrationshintergrundes weniger oft eine Gymnasialempfehlung bekommen als Kinder ohne Migrationshintergrund?*

In dieser Frage bin ich zweigespalten. Einerseits weisen die Zahlen auf diesen Umstand der Benachteiligung hin. Andererseits haben wir in Deutschland vielfältige Möglichkeiten auch nach der 10. Klasse die gymnasiale Reife in Form eines beruflichen Gymnasiums oder dem Fachabitur an der Berufsschule zu erlangen. Warum nicht mit weniger Leistungsdruck zum Ziel kommen. Viele unserer Schüler\*innen nutzen diese Möglichkeiten. Übrigens hat im letzten Schuljahr eine syrische Schülerin als Klassenbeste unsere Schule verlassen und macht nun ihr Abitur. Sie will Ärztin werden und wird dies sicher auch schaffen.

#### Diskriminierende Schüler\*innengruppen

*Wie kommt es zu rassistischen Einstellungen bei Kindern und Jugendlichen?*

Ich denke, dass Kinder vorurteilsfrei auf die Welt kommen. Sie spielen miteinander, streiten sich auch und vertragen sich wieder. Die Herkunft spielt dabei aber kaum eine Rolle. Auf Unterschiede weisen sie erst wir Erwachsenen hin. Sicher ist kein Mensch gänzlich vorurteilsfrei, aber je mehr die Unterschiede statt Gemeinsamkeiten herausgestellt werden, umso eher die Gefahr für rassistische Einstellungen.

*Wie gefährlich sind rechte Strukturen unter den Schüler\*innen: Nehmen Sie die Vorfälle als Jugendliche Rebellion oder eine tatsächliche politisch gefestigte Einstellung wahr?*

Die Vorfälle sind schon lang keiner jugendlichen Rebellion mehr zuzuordnen. Dies entspräche einem Verständnis aus den 90er Jahren. Die hohen Wahlergebnisse von Parteien rechts der Mitte mit Wählern aus verschiedenen Altersgruppen und aller Einkommensschichten, weisen auf einen gesellschaftlichen Wandel hin. Ich nehme daher eher tatsächlich politisch gefestigte Einstellungen bei Teilen der Elternschaft wahr. Entsprechende Wahlergebnisse im Stadtteil untermauern diesen Eindruck. Aber auch diese bedingen sich eher aus Frustrationserlebnissen und wenig Vertrauen in Politik und staatliche Institutionen. Auch neigen vernachlässigte Kinder zu unsozialem Verhalten. Bisweilen sind auch verantwortungsbewusste Eltern entsetzt über die wenig empathischen Aussagen ihrer Kinder und setzen auf meine Vermittlung.

#### Auswirkungen auf den Schulalltag

*Stoßen migrantische Kinder auf Probleme im Schulalltag? Was für Schwierigkeiten häufen sich?*

In bestimmten Stadtteilen häufen sich die Unterstützungsbedarfe für Kinder unabhängig ihrer Herkunft. Hier spielt vor allem die soziale Lage eine Rolle. Kinder mit Migrationshintergrund finden sich häufig nicht im privilegierten Milieu. Folglich haben sie ähnliche Probleme. Hinzu kommt eine mögliche Sprachbarriere bzw. geringere Unterstützungsmöglichkeiten durch das Elternhaus in Bezug auf schulische Inhalte.

*Gibt es rassistische Vorfälle an der Schule? Wenn ja, inwiefern äußern sich diese?*

Gesetzlich verbotenen Aktionen (offene Gewalt, verfassungsfeindliche Ausrufe oder das Tragen von Kleidung mit entsprechenden Symbolen) sind glücklicherweise die Ausnahme an der Schule. Hier gab es auch in der gesamten Gesellschaft einen Wandel. Rassismus findet subtiler statt und kommt heute alltäglicher daher. Eine Prognose ist daher zahlenmäßig schwierig einzuschätzen. In benachteiligten Gebieten ist der Umgangston oft rauer und weniger politisch korrekt. Dies entspricht der lebensweltlichen Wirklichkeit und muss nicht zwangsläufig immer böswillig sein. Auch sind z.B. Texte von Rapsongs ausländischer Künstler voll von menschenverachtenden, schwulen- und frauenfeindlichen Inhalten. Trotzdem oder gerade deswegen werden sie von Jugendlichen gehört.

*Inwiefern wird Rassismus im Unterricht oder Projekten reflektiert?*

Unser Kollegium für das Thema sensibilisiert. 98% aller Lehrkräfte haben sich zum Titel „Schule ohne Rassismus“ bekannt. Das ist wichtig, weil zunächst die Haltung und Vorbildwirkung entscheidend ist. Erst dann kommt die Vermittlung formaler Inhalte. Thüringen hat im Schulgesetz die Mitwirkungsmöglichkeiten an Schule gesetzlich entscheidend verbessert. Es gibt die Möglichkeiten der Klassenleiterstunde oder des Klassenrates zur Aufarbeitung von Anliegen über den Unterricht hinaus. Zudem bieten wir viele demokratiefördernde Projekte an. Luft nach oben gibt es sicherlich.

*Wie schätzen Sie die Sensibilisierung für das Thema an Ihrer Schule im Vergleich zu anderen (Weimarer) Schulen ein?*

Wie schon erwähnt, sind wir sensibilisierter, als andere Schulen, da wir schon langjährig auf die kulturelle Vielfalt eingehen müssen. Demokratieförderung ist zugleich Anliegen und Notwendigkeit.

*Wie entstehen Unterschiede im Vergleich zu anderen Weimarer Schulen?*

Unsere Schule liegt in einem benachteiligten Stadtgebiet Weimars. Weimar-West hat die höchste Migrationsrate in Weimar. Aufgrund großer sozialer Unterschiede in der Stadt finden Familien mit Migrationshintergrund vorrangig in unserem Stadtgebiet bezahlbaren Wohnraum. In der Folge besuchen sie auch unseren Schulcampus.

*Inwiefern erschwert Corona die Situation?*

Die Politik hat erkannt, dass Schulschließungen die sozialen Problemlagen massiv verschärfen. Betreuung und Förderung muss zwingend auch durch die Institution Schule erfolgen. Corona ist ein Brennglas, das systemische Mängel noch deutlicher aufzeigt z.B. den sich verschärfenden Mangel an Fachpersonal im sozialen und gesundheitlichen Bereich.

## Umgang

*Was wird an Ihrer Schule gegen Rassismus unternommen?*

Wir bieten kontinuierlich demokratiefördernde Projekte an. Das muss nicht immer plakativ sein. Altersgerecht beginnen wir in den 5. Klassen mit der AG Streitschlichtung und einer erweiterten Klasesprecherwahl und enden in der 10. Klasse mit dem Besuch einer Gedenkstätte oder einem Zeitzeugengespräch. Rassistischen Auffälligkeiten oder Mobbingstrukturen begegnen wir im Rahmen unserer zeitlichen Möglichkeiten mit aufbauenden Projekten. Wir unterscheiden zwischen individuellem Bedarf einer betroffenen Person in geschütztem Rahmen und präventiven Projekten für eine ganze Gruppe oder Klasse. Eine Stigmatisierung der Täter versuche ich dabei zu vermeiden, weil dies oftmals zu einer Verschärfung des Konflikts führt. Das Ziel ist aber die der Dialog und bestenfalls die Versöhnung. Daher halte ich wenig von Ausschluss, wie es oft gefordert wird.

*Gibt es Hilfestellungen von außerhalb, wenn Probleme, erhöhter Förderbedarf, Konflikte oder rassistische Vorfälle innerhalb der Schule auftreten?*

Schulsozialarbeit ist eine unmittelbare Unterstützungsmaßnahme der Jugendhilfe für die Kinder, Eltern und Lehrkräfte an der Schule. Durch die Nähe und Beziehung zu den Schüler\*innen kann bei Konflikten oder Probleme schon innerhalb der Schule interveniert werden. Darüber hinaus sind wichtige Kooperationspartner die Sprachmittler des Sprintpools zur Übersetzung bei Elterngesprächen und die Bauhaus-Uni Weimar mit ihrer Lernwerkstatt zur ehrenamtlichen Nachhilfe von Schüler\*innen. Darüber hinaus gibt es Kooperationen mit zahlreichen Institutionen. Über das Landesprogramm „Denk bunt“ können demokratiefördernde Veranstaltungen an Schule gebucht werden. Auch nutzen wir die Möglichkeiten, die in Weimar als Bildungsort zur Verfügung stellt z.B. Ausstellungen, Bildungstage etc.

*Die Thüringer Gemeinschaftsschule ist Teil des Netzwerks "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage". Welche präventiven Maßnahmen beinhaltet die Teilnahme?*

Neben einer Zustimmung von mind. 70% der Schüler- und Lehrerschaft und einem Projektpaten, gibt es eine Selbstverpflichtung zu jährlich einem Jahresprojekt. Notwendig und umsetzbar sind in unserer Schule viele kleine und passgenaue Projektstage in allen Klassenstufen. So nutzten wir zuletzt die Schulkinotage, um mit mehreren 6. Klassen den Film „Als Hitler das rosa Kaninchen stahl“. Anschließend wurde der Film reflektiert. Durch die Einschränkungen der Coronapandemie ist diese Vorgehensweise derzeit praktikabler und erreicht mehr Schüler\*innen.

#### Wohnumfeld

*Aus welchen Stadtteilen kommen die Schüler\*innen der Schule vorrangig?*

Unser Schüler\*innen kommen vorrangig aus unserem Stadtteil Weimar-West und der Westvorstadt. Fast 20% der 410 Schüler\*innen wohnen sogar in derselben Straße im Einzugsgebiet ihrer Schule. Ein weiterer Großteil der Kinder kommt auch aus dem benachbarten Stadtteil Weimar-Nord.

*Warum kommt es zur Konzentration migrantischer Kinder an einigen Schulen?*

Vorrangig ist der günstigere Mietpreis ein Grund für die Konzentration in bestimmten Stadtteilen. Die Schule wird oft in unmittelbarer Wohnortnähe gewählt, auch wenn eine Schulwahlfreiheit besteht. Weimar-West hat auch den höchsten Anteil an Familien mit 3 und mehr Kindern, im Besonderen auch bei Familien mit Migrationshintergrund. Daher spielen sicher auch die Fahrtkosten und die Betreuung weiterer Kinder in der Familie eine Rolle. Im Allgemeinen wird die Lage der Schule von vielen Eltern als entscheidendes Kriterium für die Schulwahl benannt.

*Wie beeinflusst das Wohnumfeld die Entwicklung und Chancen der Kinder?*

In vielen Städten, so auch in Weimar, verteilen sich bestimmte soziale Gruppen auf ein oder mehrere Wohngebiete. Fast unabhängig ihrer Herkunft ist in Weimar-West der soziale Status, der hier nachweislich gering ist, auffällig. Es gibt eine hohe Armutsquote, eine hohe Zahl an alleinerziehenden Elternteilen (weniger bei migrantischen Familien), erhöhte Delinquenz und sehr hohe Förderbedarfe bei Kindern. Diese Segregation, also die Abbildung sozialer Ungleichheit, ist an unserer Schule sehr sichtbar. Jedoch versuchen wir mit vereinten Kräften Mischung zu ermöglichen und Toleranz aufrechtzuerhalten. Es ist gesellschaftlich erkennbar, welche Auswirkungen es hat, wenn bestimmte Bevölkerungsgruppen abgehängt werden. Die soziale Schere geht auseinander und die Gräben werden immer tiefer. Hier sind auch Ursachen für Rassismus zu suchen. Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft ist Klassismus. Ob Rassismus oder Klassismus bei beide Phänomenen geht es um die Ungleichbehandlung von Bevölkerungsgruppen. Sie korrelieren miteinander. Vor diesem Hintergrund sind politische Wege nicht immer nachvollziehbar.

*In Anbetracht der mit Ihnen geteilten Erfahrungen: Welche Konsequenzen sind nötig und was erschwert den Umgang (beispielsweise zeitliche/finanzielle Ressourcen, Wille etc.)?*

Meiner Meinung nach ist darauf zu achten, dass es Angebote mit einem Zugang für alle Schüler\*innen unabhängig der Herkunft, der sozialen Schicht etc. gibt. Eine personelle, räumliche und finanzielle Untersetzung ist dabei maßgeblich. Gelebte Inklusion muss dabei politischer Wille sein. Dieser ist nicht immer erkennbar.

#### Abschlussfrage

Was wurde Ihrer Ansicht nach schon erreicht wurden und was ist noch nötig für eine Verbesserung der Situation der von Rassismus betroffenen Familien? Wen sehen Sie in der Verantwortung?

Verantwortungsträger ist einerseits die Politik, welche den Rahmen für strukturelle Ungleichheit verhindern muss. Andererseits sollte jede/r Einzelne im demokratischen Sinne dazu beitragen, dass

die Ausgrenzung bestimmter Personengruppen verhindert wird. Als Zeichen dafür, haben wir im Jahr 2015 den Titel "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage" erworben. Wir setzen in jedem Schuljahr zahlreiche demokratiefördernde Projekte um. An unserer Schule existiert ein Präventionskonzept, dass die Mitwirkung aller Schüler\*innen bei vielen jugendrelevanten Themen beinhaltet. Notwendig ist der Erhalt und besser noch der Ausbau der sozialen Infrastruktur gerade in benachteiligten Gebieten. Es braucht Ansprechpartner\*innen und Vorbilder mit inklusiver Haltung.

Anlage 3: Nachfrageinterview mit Schulsozialarbeiterin Romy Gaida am 8.12.2021:

*Nachfrage zu dem Satz "Dafür sind alltagsrassistische Äußerungen weit verbreitet": Können Sie das konkretisieren?*

Schwierig das ausgewogen darzustellen, weil immer die Frage ist: „Was bedeutet weit verbreitet? Der Ton im benachteiligten Gebiet ist oft rauer, aber ab wann ist es Rassismus, wann ist es einfach nur „rau“? Das verschwimmt. Die Kinder bekommen vom Elternhaus deutlichere Sprache mit, die ist "kerniger". An anderen Schulen wäre das auffällig, bei ihnen ist es Alltag.

Das können auch Aussagen wie "Geh in dein Land zurück" sein oder "Floskeln", z.B.: "Dein Land gibt's gar nicht ", wenn Schüler\*innen z.B. aus Kurdistan kommen.

Durch die kulturelle Vielfalt gibt es immer wieder solche Aussprüche.

Man hat ein Bild von außen, im System Schule merkt man aber Zwischentöne bei Äußerungen. Betroffene erkennen es eventuell gar nicht als Rassismus, aber sie erkennen, dass es verletzt. Diskriminierende Schüler\*innen wissen oft, was rassistische Äußerungen sind, machen es nicht vor der Klasse (sind sich bewusst was sie tun). Schüler\*innen wissen schon was gesellschaftlich erwünscht ist, was aber nicht heißt, dass es nicht im Stillen passiert.

*Könnten Sie Genaueres dazu schildern, dass Schüler\*innen rassistische Übergriffe in Bus und Bahn oder im Park erlebt haben?*

Das ist nicht die Regel, jedoch wurden einzelne Vorfälle gemeldet.

Beispiel: Eine Schülerin trägt Kopftuch, erlebt oft Anfeindungen, auch im Alltag z.B. im Park. Sie wurde von der Polizei kontrolliert und wunderte sich, dass nur sie angesprochen wurde und alle anderen nicht. Dies hat sie selbst bedrückt und es als Angriff empfunden. Es muss also nicht ein Angriff im Sinne von Beschimpfung sein - „racial profiling“ gehört auch dazu. Mit Kopftuch fühle sie sich beobachtet, wobei die Frage bleibt, inwiefern es auch das eigene Empfinden betrifft. Sie hat auch von konkreten Angriffen berichtet: Von anderen Menschen wurde sie auf der Straße beschimpft mit "Was willst du hier?" und "Geh nach Hause!" Sie fühlt sich dadurch diskriminiert und nicht wohl. Außerdem fragt sie sich, warum sie angegriffen wird, wenn sie keinem was tut. (Das Mädchen ist 15, jüngere Schülerinnen tragen meistens noch kein Kopftuch.)

Die Schule ist eher nicht der Raum für solche Übergriffe in dem Sinne, da die Kinder hier unter Beobachtung stehen und wenn so etwas auffällt es Konsequenzen nach sich zieht. Die Straße hingegen ist da ein schutzloser Raum.

Es ist auffällig, dass wenn etwas auf Glauben oder Herkunft hindeutet, dies als Grund genommen wird, zu pöbeln.

## *Angsträume*

Haupterkenntnisse einer anonymen Befragung, die in Weimar-West durchgeführt wurde mit der Fragestellung: „Was stört Sie im Stadtteil?“

Angsträume wurden nicht so thematisiert, der Fokus lag auf kaputten Treppen, Straßen, Laternen... In dem Zusammenhang: „Oh, da föhl ich mich unsicher“.

Angsträume haben nichts mit der Bauweise zu tun, sondern mit Gefahren, die dort lauern, z.B.: wenn man von einer Schülergruppe angepöbelt wird.

Sensible Orte, die von außen nicht einsehbar sind, an denen keine Öffentlichkeit ist, müssen nicht, aber können Orte sein, an denen Übergriffe stattfinden.

Hauptorte: Pausenhof, insbesondere der hintere Pausenhof ohne Aufsicht, da die Lehrer ja nicht immer danebenstehen können. Auch Freiraum ist in dem Sinne ambivalent, da das der Ort ist wo man sich in der Pause frei bewegen kann, aber auch die Ecken, wo vielleicht keiner hinguckt. Angsträume sind keine geplanten Orte, sondern die wo keiner hinschaut.

Auch beim Sportunterricht kann es solche Situationen geben, da die Schüler\*innen das Schulgelände verlassen, um zur Sporthalle zu gelangen. Das ist ein Ort, der nicht immer unter Beobachtung ist – ebenso wie der Schulweg.

## *Diskriminierende Schüler\*innengruppen*

Insgesamt gilt, dass es nicht eine Schülergruppe gibt, die sich rassistisch verhält. Es ist eher so, dass so etwas im Alltag passiert, wenn man ungleicher Meinung ist und sich das dann hochschaukelt. Es sind Situationen, die eigentlich leicht aufzulösen wären. Es ist dann auch schwierig, wenn sie mit solchen Situationen umzugehen, die sich hochschaukeln, was man gar nicht hat kommen sieht. Meist ist es so, dass es ein Missverständnis gibt, dass sich hochschaukelt und wird der Hintergrund, der soziale oder die Herkunft, vorgeschoben und für die Auseinandersetzung genutzt. Ausländische Schüler werden nicht per se diskriminiert, es sind anteilig so viele Schüler mit Migrationshintergrund, dass sie keine Besonderheit darstellen.

*Was sind aus Ihrer Sicht die größten sozialen Unterschiede zwischen Weimar-West und den anderen Stadtteilen?*

Verweis auf die Sozialraumstudie 2017

Beispiel: Ballung an Fällen die Hartz 4 beziehen oder zwar arbeiten, aber trotzdem auf Unterstützung angewiesen sind (working poor). Außerdem sind ca. 50% der Eltern im Stadtteil alleinerziehend. Ein signifikanter Unterschied zu anderen Stadtteilen ist, dass ein Viertel der Kinder an unserer Schule Fördergutachten haben. Außerdem gibt es Unterschiede beim emotional-sozialen Verhalten und die Kinder haben mehr Bedarf an Unterstützung und Förderung.

*Glauben Sie, dass der Kontakt zu migrantischen Kindern die Vorurteile eher verringert oder verstärkt?*

„Ich sag mal so: Kontakt ist immer gut, weil Vorurteile sich abbauen, aber im Konfliktfall ist es umso wichtiger, dass es Mittler braucht, die klar machen: der Konflikt ist das eine, die Herkunft das andere. Ihr streitet euch jetzt gerade, aber eure Herkunft ist unabhängig davon.“ Streitereien gibt es an einer Schule immer. „Miteinander friedlich umgehen egal, wo wir herkommen, das ist das

Wichtige.“ Gezielten Rassismus gibt es eher weniger. Im Gymnasium ist es viel auffälliger, wenn ein ausländisches Kind kommt, das Kind ist da besonderer. Hier bei uns ist es Normalität.

Generell sind eher soziale Problemlagen das Problem im Stadtteil. Wenn Schüler und Menschen sich benachteiligt fühlen, neigen sie zu Aggressivität.

*Sie schreiben im Fragebogen, dass sie sensibilisierter für das Thema sind als andere Weimarer Schulen - woran machen sie das fest?*

Es ist eher eine These, dass wir sensibilisierter sind. Das liegt einfach daran, dass wir Kontakt haben. Das gilt auch auf die Lehrerschaft bezogen. Wenn man fragt: Wie geht ihr mit Kindern mit Kopftuch um? - ist die Antwort: „Ganz normal“.

An anderen Schulen ohne hohen Migrationsanteil kommen viel mehr Fragen auf. Man ist sensibilisiert, weil man es jeden Tag macht. Irgendwann ist auch Normalität, Vielfalt zu leben. Hier gibt es verschiedene Kulturen, verschiedene soziale Lagen, die variieren, anderen Schulen ist das eher homogen.

*Wird Weimar-West stigmatisiert? Was hat das für einen Einfluss auf die Selbstwahrnehmung der Kinder?*

Weimar-West ist ein Randgebiet in Plattenbauweise. Die Innenstadt ist dagegen der kulturell und historisch gewachsener Stadtkern. Dieser Gegensatz ist insbesondere in ostdeutschen Städten prägend.

Zur Zeit des Baus während der DDR waren die Plattenbaugebiete sehr privilegiert, in den letzten 30 Jahren, haben sie an Standard verloren. Deshalb und aufgrund der günstigeren Mietpreise werden die Meisten, die es sich leisten können, nicht in ein Randgebiet ziehen. Dies verhindert mehr soziale Mischung, bestimmte Bevölkerungsgruppen ballen sich und Segregation wird verstärkt. Beispielsweise Menschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlingsfamilien können sich bestimmte Wohnlagen nicht leisten und ziehen eher nach Weimar West. Und so hat ein bestimmter Stadtteil eine bestimmte Außenwirkung. Die Innenstädte, die mit den Randgebieten wenig zu tun haben, sind eher distanziert. Der Blick von außen zeigt, dass Weimar Nord und Weimar Schöndorf die gleichen sozialen Problemlagen haben.

Im Rahmen der Schulsozialarbeit gibt es Treffen mit Gymnasium, Regelschule und Förderschule, um einen Blick über den Tellerrand zu werfen. Dabei fällt ein

Selbstbewusstseinsdefizit der Schüler\*innen aus Weimar West auf: „Ich bin nicht so gebildet“. Es ist dementsprechend wichtig, dass man wirklich mischt, sonst wird das ja nur verstärkt.

Gemeinsame Aktivitäten verschiedener Schulformen sind wichtig. Kritisch an Formaten wie Demokratiewettbewerben ist aber, dass es einen „Gewinner“ gibt. Es gibt Schulen, die da nie gewinnen werden. Es gibt einfach unterschiedliche Bildungspotenziale. Es sollte mehr um Begegnung gehen. „Es geht nicht darum wer ist hier der Bessere, weil der Bessere werden wir nicht sein.“

Ein Ansatz ist, gemeinsame Themen/Jugendthemen (Social Media, jugendgerechten Lebensformen) zu besprechen, zu denen die Schüler sich austauschen können. Es gibt den Kontakt und den fördern wir als Schule auch. Pandemiebedingt ist Einiges leider eingeschlafen, weil man sich ja nicht mischen darf. Zum Beispiel gab es eine gemeinsame Streitschlichterausbildung, bei der aus jeder Schule 4-5 Streitschlichter teilnahmen.



So eine Pandemie ist nicht gerade demokratiefördernd, wir waren auch schonmal weiter mit bestimmten Angeboten. Dazu kommt, dass unsere Schüler technisch oft schlecht ausgestattet sind (Kinder, die nur mit einem Smartphone in der Familie Schule verfolgen) und damit auch schlecht umgehen können, weshalb online nicht so viel möglich ist.

Es passieren trotzdem ganz viele schöne Sachen, das ist keine Einbahnstraße.

Wenn Hakenkreuze im Stadtteil auftauchen, ist die Frage: Was machen wir dagegen? Denn es wird sich auch nicht ganz verhindern lassen, dass es passiert. Es gibt gesellschaftlich-strukturelle Gründe dafür, dass Hass entsteht. Rassismus gibt es auch in bevorteilten Stadtgebieten, es ist ein Irrglaube zu denken, dass es nur hier so ist.

Der hohe AfD Anteil bei Wahlen erklärt sich auch daraus, dass viele Leute gar nicht wählen und andere so mehr Gewicht haben. Rassismus gibt es in allen Bevölkerungsschichten.

*Wie beeinflusst das Wohnumfeld die Entwicklung und Chancen der Kinder?*

Rassismus und Klassismus korrelieren und verschwimmen.

*Im Fragebogen schrieben Sie: „Vor diesem Hintergrund sind politische Wege nicht immer nachvollziehbar.“ Können Sie den Satz genauer erläutern?*

Häufig wird Segregation durch politische Entscheidung eher untermauert. Das was wir vermischen wollen, wird durch politische Einflüsse eher manifestiert. Dass der Wohnungsmarkt so politisch schwer veränderbar ist, ist okay. Aber durch den Schulnetzplan könnte man im Bildungsbereich Mischung befördern. Der ist aktuell noch nicht durch, aber mit dem momentanen Plan wird genau das Gegenteil erreicht: alle die „nicht gut“ sind, kommen halt da und da hin. Das kann auch ein Ansatz sein, aber dieser muss dann personell und inhaltlich untermauert werden. Das wird es aber derzeit nicht. Es ist unklar, wie das personell aufgefangen werden soll, es sind nicht viele Lehrer auf dem Markt, sodass man nicht personell aufstocken kann. Die zu erfüllenden Aufgaben sind eigentlich nicht mehr zu bewältigen von den Fachkräften. Konflikte müssen ja auch bearbeitet werden, es braucht Personal, das vermitteln kann.

Wichtige Maßnahmen wären: mehr Mischung generieren: TGS ist eine Gemeinschaftsschule, die eigentlich offen ist für alle Bildungsschichten, es gibt auch einen gymnasialen Zweig. Der Schulstandort ist nicht zentral und viele Eltern entscheiden bei Schulwahl nach Nähe. Familien, die auf Bildung sehr konkret Wert legen, wählen meist eine Freie Schule.

Für Familien in Weimar West wäre die Wahl einer anderen Schule ja auch mit Fahrtkosten verbunden und selbst wenn sie das möchten, sind da häufig gar nicht die finanziellen Mittel da. Diese Struktur an sich ist schon ausgrenzend. Das führt auch dazu, dass die Mischung wiederum nicht so gegeben ist, wie man möchte. Gymnasien sind sehr selektiv und viel leistungsorientierter.

Es muss politisch gelenkt werden was gewollt ist. Wichtig sind Kooperationen zwischen Schulen, die Begegnung ermöglichen, auch auf den sozialen Habitus bezogen, da man da merkt, dass es verschiedene Welt gibt. Die Schere geht immer weiter auseinander, sodass die einen vom anderen gar nichts mehr wissen.

*Zur Abschlussfrage*

*Welche konkreten Verbesserungspotenziale der sozialen Infrastruktur sehen Sie noch? Welche Probleme gibt es?*

Die soziale Infrastruktur sollte erstmal erhalten werden. Negativbeispiel wäre da, dass Projekte die gut laufen, dann eingestampft werden, weil kein Geld mehr da ist. Strukturen, die da sind, sollten erhalten werden und wenn möglich aufgestockt werden.

Institutionen wie Jugendclub, Boxverein oder das Mehrgenerationenhaus, wissen ja was notwendig ist, aber neuer Wind auch immer ganz gut.

Insgesamt nimmt die Zahl der Schüler zu, jede Schule wird an ihre Grenzen kommen, viele Schulen sind bereits voll.

Gerade bei der generell hohen Schülerzahl ist es wichtig, Mischung herzustellen. Wenn alle einer bestimmten Bevölkerungsgruppe an einem Ort sind, führt das zu Konflikten. Wenn, dann muss das personell untermauert werden. Schüler ist nicht gleich Schüler. Politik muss das auch im Blick haben. Schüler mit Förderbedarf und mit weniger Hilfe Zuhause brauchen viel mehr Ressourcen als die Schüler aus einem gefestigten Elternhaus.

Durch Corona sind viele Netzwerkverbindungen abgebrochen, zum Beispiel im Jugendclub. Da ist dann automatisch weniger Kontakt. Das ist so ein bisschen der Vorteil der Schulsozialarbeiterin: man ist immer da, die Schulen bleiben offen, was auch absolut richtig ist aus meiner Sicht. Es gibt auch Problemlagen, die neben Corona bestehen. Ein wichtiger Punkt dabei ist der Kinderschutz. Kinder sind in ihrem elterlichen Umfeld gefangen. Auch deshalb plädiere ich für die Schulsozialarbeit. Man ist immer da, dadurch ist schnelle Reaktion möglich. Auch im Lockdown habe ich versucht, das so weiterzuführen, das Handy war offen und ich habe eigentlich komplett weitergearbeitet. Natürlich hat man so nicht zu jedem Zugang und kann nur Spitzen abtragen. Man sieht natürlich erstmal nur das, was man sieht. Der Anspruch ist trotzdem für alle offen zu sein. Es gab Schüler, die ein Riesenproblem mit dem Lockdown hatten, weil sie zu Hause eingesperrt waren. Schule ist neben dem Ort der Bildung oft auch Schutzraum - gerade, wenn es zu Hause nicht läuft, und auch die Möglichkeit Kontakt nach außen zu halten.

*Wie erklären Sie sich, dass es insbesondere im Lebensumfeld von Kindern zu rechten Schmierereien kommt (Turnhalle Humboldt Gymnasium, Jugendclub, Spielplatz)? Treten diese in dem Umfeld vermehrt auf, oder gibt es sie auch in anderen Kontexten?*

Das ist eine gute Frage. Meiner Einschätzung nach stammen die

Schmierereien im Stadtteil von einer bestimmten Gruppe, von ein und denselben Leuten, deren Frustration geballt Ausdruck gegeben wird. Deswegen wird es stärker wahrgenommen, was aber nicht heißt, dass die Mehrzahl der Menschen so denkt.

Es gibt manchmal auch sehr große Bildungslücken was das Thema angeht. Besonders wenn das Thema erst in der 8./9./10. Klasse drankommt. Die Kinder hier an der Schule kommen damit schon früher in Berührung, bereits in der 4./5./6. Klasse. Es werden sehr frühzeitig Projekte dazu angeboten.

Aber gerade jüngere Schüler mit sehr großen Bildungslücken übernehmen Verhaltensweisen oder Aussprüche, ohne drüber nachzudenken. Manchmal wissen sie gar nicht, was sie da schreiben. Sie wollen provozieren, wissen oft nicht was sie tun und übernehmen Dinge ungebremst. Bei Erklärung sind sie dann geschockt und sagen Dinge wie: „oh das ist nicht gewollt“. Deswegen ist es immer wichtig Gespräche zu führen, nach dem warum zu fragen, zuzuhören und persönliche Frustration einzuordnen. Außerdem darf man dabei nicht zu sehr kategorisieren, nicht „die Bösen“. Stattdessen muss man sagen: „Das ist verfassungsfeindlich, das darfst du nicht machen.“

Das Miteinander zu fördern ist ebenfalls zentral. Beispielsweise zusammen kochen: International Dinner: Flaggen malen und etwas zu Essen und Land erzählen. Dabei kann man Geschichten erzählen und voneinander lernen. Dabei können insbesondere deutsche Schüler reflektieren.

Ein Problem ist, dass bei betroffenen Kindern sprechen die Eltern oft kaum Deutsch sprechen. Hier an der Schule gibt es einen Sprachmittlerdienst bei Elterngesprächen, das ist nicht selbstverständlich. Für solche Angebote braucht es immer jemanden, der es anfordert. Für all sowas braucht es Ressourcen.

Anlage 4: Interview mit Julia Boronczyk vom Kinder- und Jugendclub Kramixxo & Waggong am 13.01.2022

#### Einstiegsfragen:

*Was sind Ihre Aufgaben im Kinder- und Jugendclub?*

Nachmittagsbetreuung von Kindern und Jugendlichen

Außerschulischer Bereich: kommen nach der Schule in den Kinder- und Jugendclub

Kramixxo & Waggong wollen sicheren Rückzugsort darstellen

Projektangebote: versuchen viele verschiedene Bereiche abzudecken (kulturell, künstlerisch, politisch)

Außerschulisch die Kinder voranbringen, Interessen der Kinder mit einbeziehen

Schwierigkeit: offene Einrichtung, Kinder müssen sich nicht anmelden, nichts bezahlen, bei Projekten schwierig, Kinder wünschen sich etwas und am Ende kommen nicht die, die es sich eigentlich gewünscht haben, Freizeitaktivitäten, Sommerferien, wegfahren, die es sich nicht leisten >>Freiwilligkeitscharakter der Einrichtung, bringt Schwierigkeiten in der Kontinuität der Besuche, vor allem wenn Problem/Streit usw. aufgetreten sind

Wichtig sei auch die Elternarbeit, Zusammenarbeit mit den Eltern, Eltern mit im Boot zu haben, das baue sich aktuell auf

Kürzlich hat Jugendclub mehr Stunden von der Stadt bekommen, somit hat der Jugendclub mehr Kapazitäten: deshalb einmal im Monat Eltern-Kind Angebot.>>>eher Familientreff, , da auch schon Großeltern geladen wurden

*Was sind die aktuellen Themen im Kramixxo & Waggong und zwischen den Kindern?*

Großes Thema: Corona

Schule: Unsicherheit, nicht komplett im Präsenzunterricht, dementsprechend schwierig, besonders für Kinder, die gerade in die Grundschule gekommen sind

Aufgaben: Lernen soziale Kompetenzen aufzubauen, lesen, schreiben, rechnen, schwimmen

Themen zwischen den Kindern: Streitereien, Mobbing, Ausgrenzung

### Fragen zu Weimar-West als Wohnumfeld

*Gibt es Mängel in Weimar-Wests sozialer Infrastruktur, welche Kindern und Jugendlichen ihren Alltag erschweren oder ihre Chancengerechtigkeit gefährden?*

Sie sei hin und her gerissen:

Zum einen gebe es eigentlich alles was man für den Alltag benötigt: Einkaufsmöglichkeiten, alle Schulformen, Kindergarten, Ärzt\*innen etc., alles vor Ort, bis auf kulturelle Einrichtungen (versuchen sie ein Stück weit zu bieten, wenn sie etwas unternehmen, Kino, Theater, kostet Geld, was sich viele nicht leisten können) Kulturelle Einrichtungen werden selten besucht.

Weimar-West dadurch für sich wie so eine Insel, Besucher\*innen und Bewohner\*innen verlassen Weimar-West auch nie

*Inwiefern nehmen Sie eine Stigmatisierung von Weimar-West in der Weimarer Öffentlichkeit wahr? Sind sich die Kinder und Jugendlichen des Images von Weimar-West bewusst und inwiefern beschäftigt es sie?*

Die Kinder- und Jugendliche würden es auf jeden Fall wahrnehmen

Bezeichnen Weimar-West als ihr „Ghetto“ , ihr „Assi-Viertel“

Äußern das klar

Kinder- und Jugendliche haben abends Angst, wissen, dass es gefährlich ist

Projekt dazu: Weimar-West zieht um, Platten gebaut aus großen Pappen, die die Kinder anziehen konnte, gestalten wie sie es wollten, in den Innenstadt ziehen, um zu zeigen, dass Weimar-West dazu gehört (Website)

Viele Kinder und Jugendliche sagen aber auch, dass sie Weimar-West schön finden (Grünes viertel)

Zwiegespalten, Viele finden es trotzdem schön hier

Fazit: Ambivalenz zwischen Heimat/Wohnort, positiver Identifikation, Familie und Freund\*innen als positiv konnotierter Ort, wo man sich wohlfühlt, aber gleichzeitig dem Unsicherheitsgefühl und dem Bewusstsein, dass es ein stigmatisiertes Viertel ist

### Rassismus

*Was verstehen Sie im Kontext Ihrer Arbeit unter Rassismus?*

Rassismus: Völlig allgegenwärtig, Alltagsrassismen

Stereotypen, die die Kids im Kopf haben, blöde Sprüche, weil sie es so gelernt haben

Kürzliche Vorfälle: Hakenkreuze an der Einrichtung

Im Kontext der Arbeit also eine große Bandbreite von Rassismus, die sie immer wieder beschäftigen, versuchen Begegnungen und Ähnliches zu schaffen, damit Menschen sich kennenlernen

*Inwiefern erleben Sie Rassismus unter den Kindern und Jugendlichen?*

Weimar-West: kulturell sehr breit aufgestelltes Viertel; es wird aufgrund der Herkunft, gestichelt, beleidigt

Es gibt Kinder, die erzählen, dass sie in der Schule Menschen mit Migrationshintergrund geschlagen werden, einfach weil sie Migrationshintergrund haben

*Hat sich die Häufigkeit über die letzten Jahre verändert?*

Hat sich nicht verändert, immer wieder aufploppendes Problem, wird wieder heftiger, manchmal insbesondere bei den Jugendlichen  
verschiedene Diskriminierungsformen: sexuelle Identität, Herkunft, rassistische Übergriffe, schwankt in der Intensität

Rassismus immer wieder Thema

*Hat sich in den letzten Jahren generell etwas am Verhalten der Kinder- und Jugendlichen untereinander verändert? (In Bezug auf Konflikte etc.)*

Ähnlich geblieben, gibt immer wieder über mehrere Jahre gleichbleibende Stammbesucher\*innen, Generationen kommen und gehen circa alle 3 Jahre Wechsel

### Umgang

*Hat sich die Art und Weise der Reaktion auf rechte Schmierereien/rassistische Vorfälle verändert?*

Das erste Mal, dass sie das so dermaßen mitbekommen, dass es so viele gibt

Überrascht davon, wie verhalten die Reaktionen waren

Sie haben die Polizei gerufen, angezeigt, übersprüht und auf Social-Media-Kanal darüber berichtet

Aufklärung, warum sie das nicht gut finden, Plakate mit den Kindern und Jugendlichen besprochen

Reaktionen von anderen Akteur\*innen in Weimar-West: nicht zu sehr aufbauschen

Jugendclub überrascht über die wenig starke Reaktion

Finden es wichtig klar Kante zu zeigen, ging den anderen Akteur\*innen offenbar nicht so

Aktuell immer noch sehr am überlegen, wie sie weiter damit umgehen, auch wichtig für die Jahresplanung, wollen mehr politische Themen aufgreifen

Lap Stadtteilprojekte, Pop-Up Aktionen, Bewohner\*innen in bestimmte Thematiken miteinbeziehen, Pop-up Aktion Workshop zum Thema Rassismus, Thema Nachhaltigkeit.

>>>> "let's talk about change"

Es ist dem Jugendclub ein Anliegen, vor 2/3 Jahren sei es nicht so heftig gewesen mit Hakenkreuzen, jetzt ploppt es viel auf

Vorherrschend: Das Gefühl was tun zu müssen

*Haben Sie mit den Kindern und Jugendlichen den rassistischen Vandalismus (Spielplatz, Turnhalle, Jugendclub) aufgearbeitet?*

Sie haben darüber geredet

Reaktionen: unterschiedliche Reaktionen (Ein Teil, die die Aufklärung sehr wichtig fanden und sich betroffen gezeigt haben, dass dem Jugendclub so etwas passiert, ein anderer Teil, dem gar nicht bewusst war was an den Symboliken problematisch ist, bzw Hakenkreuze verboten, Aufklärung über rechte Symboliken)

*Haben Sie einen Erklärungsansatz dafür, dass es gehäuft an Orten mit Kinder-/Jugendbezug zu derartigen Vorfällen kommt?*

Kein kompletter Erklärungsansatz, aber insbesondere Unwissen von Kindern und Jugendlichen

Wenn Thema in der schule besprochen wird: Kinder schalten ab, wissen nichts Konkretes

*Wie äußert sich der Schwerpunkt auf interkulturelle Arbeit?*

Großer Schwerpunkt: das zweite Mal in Folge Erasmus plus, das erste Projekt

Dreijähriges Austauschprojekt, mehrere Jugendliche aus drei verschiedenen Ländern, die sich begegnen und kennenlernen, griechische, portugiesische und ungarische Projektpartner\*innen, Stereotypen abbauen, Kulturen kennenlernen

Ziel: Mehr über EU lernen, selbst überlegen, partizipativ, Demokratie, Politikverständnis

Vorletztes Jahr: großes Familienfest am Internationalen Tag gegen Rassismus, viele verschiedenen Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen, kulinarische Speisen, Musik Workshops, großes interkulturelles Fest, versuchen dies zu etablieren

Open Air Kino mit vielen verschiedenen Familien

Versuchen im kleineren Begegnungspunkte zu schaffen

*Wie werden Interkulturelle Feste angenommen?*

Wird gut angenommen, bestimmte Familien kommen nicht, Vermutung: Familien, die nicht so Interesse haben

Sonst Interesse Neues kennenzulernen, wollen ermutigen neues kennenzulernen

Bei den Festen gab es keine Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Familien oder Ähnliches

*Besondere Schulungen zu Antirassismus etc.?*

Waren bei einer Fortbildung: Diskriminierung erkennen

Versuchen verschiedene Bereiche durch Fortbildungen abzudecken, weil sie sehr interessiert seien

Für Kinder und Jugendliche wurde nichts angeboten

Von rassistischer Diskriminierung betroffene Kinder und Jugendliche

*Gibt es Angsträume im Kinder- und Jugendclub oder im Wohnumfeld der Kinder, von denen Sie wissen?*

Ganz oft: Abends alleine nach Hause gehen, im Dunkeln nach Hause gehen hat großes Angstpotential, lieber mit jemandem gemeinsam, keine konkreteren Orte, abends ganz besonders

Viele sagen, dass sie sich eher nicht so wohlfühlen in Weimar-West

Zwiegespaltenes Ding: Weimar-West ist ihr Zuhause, hier wohnen Freunde, Familie, auf der anderen Seite: manchmal fühle ich mich unwohl, da und da wurde schonmal jemand abgestochen, wissen was auch sonst in Weimar-West passiert, es gebe ein großes Angstgefühl

Sagen aber nicht, dass sie nicht gerne in Weimar-West leben

Kinder- und Jugendclub ist beliebter Anlaufpunkt, Kinder und Jugendliche kommen gerne dorthin

*Wie nehmen Sie das Verhältnis von Kindern, die rassistisches Verhalten zeigen und von Rassismus betroffenen Kindern wahr?*

Spannend: Beispiel sehr stark: aktuell Besucher\*innen, die sich selbst als rechts einstufen würden und trotzdem die Arbeit des Jugendclubs als sehr gut bewerten

Phrasen wie sie hätten „überhaupt nichts gegen Ausländer\*innen“, Mitarbeiter\*innen des Kinder- und Jugendclubs reden mit ihnen über die Widersprüchlichkeit dieser Aussagen

Kinder, die rassistisches Verhalten zeigen: es wird deutlich, dass sie Gesprächsbedarf zeigen, suchen Diskussionen

Kinder- und Jugendclub als Beziehungspunkt, distanzieren sich nicht völlig

Kinder, die von Rassismus betroffen waren, äußern das ganz oft, versuchen eher den Anderen zu erzählen wie das ist, aufzuklären

*Nachfrage: Einschätzung woher die rechten Tendenzen der Jugendlichen aktuell kommen?*

von den Eltern

Eher ein Nachsagen von dem was man gehört hat, von Eltern Familie, Bekannten, Freundeskreis, nicht viel eigene Meinung, Clique

Abschluss:

*Was wurde Ihrer Ansicht nach schon erreicht wurden und was ist noch nötig für eine Verbesserung der Situation der von Rassismus betroffenen Familien? Wen sehen Sie in der Verantwortung?*

Sehen gesellschaftliches Problem, Notwendigkeit als Gesellschaft viel mehr zu agieren

In der Schule müsse noch mehr passieren, mehr Begegnungsorte schaffen, mehr Aufklärung

Aus Peer Group raus, Filter Bubble- Problematik (wenn man einmal drin ist, dann bleibt man auch drin) Horizont müsste erweitert werden

Verantwortung liege auf so vielen Ebenen

Klar, sie würden sich auch viele Ressourcen wünschen, und wünschen viel mehr machen zu können

Wäre hilfreich, um in mehr Bereiche reingehen zu können

Generelles Thema auch Weiterbildung im Kontext der Medienkompetenz

Sehen auch Schule in der Verantwortung, in Klassen unter den Mitschüler\*innen untereinander passiert was

Rassismus permanent im Alltag

Anlage 5: Interview mit Harun Koyuncu, Fachdienstleitung Migration/Integration bei der AWO am 17.01.2022

*Einstiegsfrage: Was sind die aktuellen Themen ihrer Arbeit?*

Sozialarbeiter in der Fachdienstleistung der AWO Weimar, Fachdienst Migration/Integration: Beratung und Projekte. Außerdem stellvertretender Vorstandsvorsitzer im Ausländerbeirat (Namensänderung im Gange) und stellvertretender Vorsitzender We United

Teils gibt es auch gemeinsame Projekte, aber hauptsächlich sind es eigenständige Tätigkeiten.

Ausländerbeirat: politischer Arm von Menschen mit internationaler Geschichte

We united: alle Diskriminierungsformen in Weimar sichtbar machen und es so ermöglichen, sie zu bearbeiten, Spenden sammeln, Aktionen wie mapping am Kasseturm

### AWO und wie sie Menschen erreicht

*Sie sind als Teamleiter verantwortlich für den Bereich Weimar: Wie ist der Fachdienst in Weimar personell aufgestellt? (Gibt es da Probleme in der Bereitstellung und Ausführung von Beratungsangeboten?)*

Wann ist soziale Arbeit ausreichend ausgestattet? Insbesondere in der momentanen pandemischen Situation eher nicht.

Keine statistischen Zahlen zur Beratung parat, aber viele Menschen in Beratung. Zahlen wurden zu Anfang der Pandemie automatisch rückläufig, steigen aber wieder, seit Beratung in Präsenz wieder möglich ist. Zu Beginn der Pandemie gab es auch Probleme mit Digitalisierung (bspw. Datenschutz).

*Auf der Homepage der AWO werden viele Projekte und Beratungsangebote vorgestellt:*

Projekte sind Anlaufstelle für alle Menschen, welche vom Aufenthaltsgesetz betroffen sind (auch ohne internationale Geschichte, z.B. wenn Partner aus dem Ausland kommt).

Hauptzielgruppe: Menschen aus diversen Ländern, Unionsbürger\*innen welche im Rahmen der Freizügigkeit nach Weimar kommen, internationale Studierende

BAMF finanziert Beratung, genauso wie die EU: es wird Förderung aus diversen Quellen bezogen

*Wie werden die Angebote und Informationen zum Fachdienst (medial) verbreitet? Funktioniert das gut bzw. werden alle Personen erreicht?*

Ca 10% der Bewohner\*innen Weimars haben internationale Geschichte, alle von ihnen werden nicht erreicht. Die Angebote werden von etwa 1000 Menschen in Anspruch genommen. 2015/2016 gab es aufgrund der hohen Zahl an Erstberatungen eine andere Aufstellung.

Erstaunen darüber, dass trotz der vielen Sprachen auf dem Uni-Campus, die Beratung in der Marienstraße 12 bei internationalen Studierenden kaum bekannt ist, obwohl am Gebäude (in unmittelbarer Campusnähe) auf mehreren Sprachen darauf hingewiesen wird.

Es gibt ein Büro in Weimar West, um vor Ort Menschen zu erreichen.

Werbung mit Flyern, Instagram, Facebook, die meisten Kontakte aber über Website und Mund-zu-Mund Propaganda. In der Innenstadt ist Kontakt einfacher (mehr Berührungspunkte), beispielsweise in Schöndorf schwieriger anzuknüpfen

Beispiel: Die Schwangerschaftsberatung kennt man auch nur, wenn man betroffen ist und sie benötigt.

### Weimar-West

*Weimar-West hat statistisch gesehen einen größten Teil der migrantischen Bevölkerung in Weimar. Wie wirkt sich das darauf aus, wie sich Rassismus in Weimar-West äußert?*



Unklar, ob die Zahlen zu 100% verlässlich sind (keine Aufschlüsselung nach Herkunftsländern, wie werden Spätaussiedler\*innen erfasst? was ist mit Menschen, die ihr Leben lang hier wohnen aber die deutsche Staatsangehörigkeit ablehnen?)

Rassismus gibt es. Darüber, dass er existiert, wird auch kaum diskutiert. Es ist eher die Frage „Wie ändern wir das?“ → Fragestellung: Wie kann Rassismus bekämpft werden – anstatt: gibt es Rassismus?

Schwer zu beurteilen, ob in Weimar-West besonderer Handlungsbedarf besteht, Beratungsstelle gibt es. Viele Bekannte sind zufrieden, in der Hinsicht keine Differenz zur Innenstadt.

Zusammenleben verändert sich: hat sich z.B. in Köln ganz anders entwickelt und auch in Weimar West hat es sich im Vergleich zu z.B. 2016/17 verändert. Beispiel aus eigener Erfahrung: Aufgabe der Mediation bei der Wohnstätte in Mieter\*innengesprächen: vermitteln: im Haus wird sensibel darauf reagiert, dass jemand zu laut ist oder Schuhe im Hausflur stehen lässt. Der Mensch ist gar nicht sonderlich störend, sondern die andere Person sehr sensibel. Vermittlung: klar kann ich verstehen, dass es Brandschutzregelung gibt, aber darüber kann man ins Gespräch kommen. Nicht bössartig, sondern eher klärend

*Melden sich Menschen bei Ihnen, die in Weimar-West leben und im Wohnumfeld rassistische Diskriminierung erfahren haben? Von welchen Erfahrungen berichten sie?*

Beschreibung eigener Erfahrung: Getränkemarkt, Kommentar von nebenstehender Person: „Weimar wird ja auch immer bunter“ → manche Menschen geben viel mehr Sprüche von sich, weil sie meinen.: „Das darf ich doch sagen“ und nicht, weil sie denken, das darauf reagiert/gekontert wird

was in den Beratungsstellen Thema ist: Differenzierung von Rassismus und Diskriminierung, viel was bei den Menschen unterschwellig läuft: Alltagsrassismus

Es gibt unzählige Erfahrungen, welche aber fast nie zur Anzeige kommen und damit auch nicht in den Statistiken auftauchen. In Beratung Empowerment dazu, Dinge anzuzeigen (bei Alltagsrassismus aber oft unklar wo). Beispiel: Frau mit Kopftuch wird als einzige in Klamottenladen rausgezogen und Taschenkontrolle durchgeführt, ohne zu erklären warum. Das ist rechtswidrig. Es ging allerdings für die Frau nicht um die Rechtswidrigkeit, sondern darum, dass sie als einzige durchsucht wurde. Sie hat außerdem das Gefühl, dass sie in Bewerbungsprozessen (Wohnungs- und Arbeitssuche) das Selbstbewusstsein verliert, da sie immer Absagen erhält. Und das als hochgebildete Person.

Menschen sollen empowert werden, zu kontern. Beispiel aus eigener Erfahrung: Am Telefon wird nach Chef gefragt. Sein Name wird genannt und an ihn weitergegeben. Nach der Begrüßung: „Du sprichst ja akzentfrei Deutsch!“ „Haben sie was anderes erwartet?“

*Wie nehmen Sie rassistische Vorfälle wahr? Hat sich ihre Anzahl in den letzten Jahren im Stadtteil vermehrt?*

Rassistische Vorfälle werden sichtbarer in Weimar. Beispiele: Graffitis, Angriffe auf das Café Spunk.

*Fühlen sich die Menschen, mit denen Sie in Kontakt stehen, in Weimar-West sicher?*

*Nachfrage: führt das auch dazu, dass Menschen Handlungen zu unterlassen, Orte meiden:*

Aus der Vergangenheit ist der Bus als Angstraum bekannt. Momentan ist so etwas aber nicht bekannt.

*Wie stehen Sie zum Umgang mit den rechten Schmierereien (am Spielplatz in Weimar West)?*

Die Frage ist: wie kann man es lösen und nach vorne schauen. Es sollten keine Fronten verhärtet werden.

Beteiligung am runden Tisch durch We United:

Es gibt zwei Standpunkte:

Grünflächenamt: ein neuer Platz, beschmiert

andere Perspektive: wie gehen wir damit um, Sensibilisierung schaffen, Begegnungsprojekte fördern, Meinungen verändern, anstatt Fronten zu bilden

Wie können Meinungen verändert werden, anstatt Fronten zu bilden: Beispiel aus eigener Erfahrung: In Garagengemeinschaft Kromsdorf, 2015/16, viele ältere Menschen: „wir können ja nicht alle aufnehmen“, besorgte Bürger Sprüche à la „ich sitze hier neben euch“ „du bist ja anders“ „nein ich bin nicht anders, zu den anderen habt ihr nur keinen Bezugspunkt“

*Gibt es in Weimar-West Gruppen von Rassismus betroffener Menschen, die sich untereinander stärken?*

Kernaufgabe des Ausländerbeirats ist politische Repräsentation nicht Vernetzung

Boxclub macht viel, Menschen mit und ohne internationale Geschichte, Migrant\*innenselbstorganisation in dem Sinne gibt es nicht, wird immer viel besprochen, wie könnte man das umsetzen

Hindernisse: Menschen haben Angst, ihren Aufenthaltstitel zu verlieren, wenn sie zum Beispiel demonstrieren

*Gibt es Mängel in Weimar-Wests Infrastruktur, welche den Bewohner\*innen ihren Alltag erschweren oder ihre Chancengleichheit gefährden?*

Weimar-West ist um die Ecke à fußläufig erreichbar und auch ganz gut angebunden, eher Weimar-Schöndorf ist ab vom Schuss

Weimar-West anders als stereotype Plattenbaugebiete, dadurch das es nicht weit weg von der Stadt ist

In der DDR waren Plattenbauten positiv behaftet (hoher Komfort, bevorzugte Wohngegend), könnte ein Grund dafür sein, dass Weimar-West ein recht gutes Image hat

*Abschlussfrage*

*Was wurde Ihrer Ansicht nach schon erreicht und was ist noch nötig für eine Verbesserung der Situation der von Rassismus betroffenen Familien? Wen sehen Sie in der Verantwortung?*

Positive Punkte:

Mehr Projekte werden von der Stadt selbst unterstützt (Nachfrage welche Projekte z.B.: „Ich spreche von Projekten welche durch den LAP unterstützt werden aber auch z.B. die städtische finanzielle Unterstützung zur Re:Action, welche in der Innenstadt zerstört wurde.“)

In Weimar-Nord vor einiger Zeit verbaler Angriff auf einen Jugendlichen, wo jemand die Polizei gerufen hatte -->es gibt spezielle Grenzen in Bezug auf Kinder

Es wird mehr Fokus auf das Thema gelegt à es wird sichtbarer

Aber Rassismus wird auch sichtbarer und vom Gefühl her mehr. Nicht immer ist es aber eine rassistische Handlung, sondern teilweise auch Stigmatisierung.

Macht ihm Bedenken und auch nachdenklich, wie man das differenzieren und bewerten kann.

Wie kann die Stadt sich anders positionieren/Perspektiven schaffen? Ein Beispiel wäre häufiger zur Fahndung auszusprechen.

Im Gesamtkomplex: mit Sorge und Hoffnung betrachteter Zustand

Fußballgruppe der AWO: Wunsch: mit Mehrheitsgesellschaft zusammenspielen, es hat sich kaum jemand gefunden

Idee: aus Uni und Schulen Menschen animieren mitzumachen → es wird sich Gemeinsamkeit gewünscht

# **06| Rechte Raumaneignungsversuche in Weimar**

Annika Schieck

Sally Wichtmann

Michaela Bierlein

Nina Oeller

## 1 Einleitung

Im Rahmen des Planungsprojekts „Rassismus in Weimar“, das im Wintersemester 2021/2022 unter der Leitung von Prof. Frank Eckardt im Urbanistikstudium an der Bauhaus Universität Weimar stattfand, befasst sich folgender Bericht mit der Forschung über Raumaneynungsversuche von rechts in Weimar. Er fasst den theoretischen Rahmen, die Methodik und die Ergebnisse der Forschung zusammen und verknüpft lokale Forschungsergebnisse mit überregionalen Erkenntnissen im Forschungsfeld der rechten Raumaneynung.

Anlass zu solchen Überlegungen ist die zu beobachtende Kontinuität rechter Angriffe in Weimar, die unter anderem in den Chroniken rechter Übergriffe der Mobilien Beratung in Thüringen (MOBIT) und der Migrantifa Weimar abgelesen werden kann (vgl. MOBIT, Migrantifa Weimar o.D.). Zu nennen sind in diesem Zusammenhang die wiederkehrenden Angriffe in Form von Hakenkreuzschmierereien im öffentlichen Raum und die wiederholte Zerstörung der Fensterscheibe sowie Teilen der Inneneinrichtung und verklebte Türschlösser auf das linkspolitisch orientierte Café Spunk. Auch eine Ausstellung des Netzwerk Antirassismus Weimar zum Internationalen Tag gegen Rassismus am Jugend- und Kulturzentrum Mon Ami wurde zerstört, die Täter\*innen scheuten auch bei der zweiten Ausstellung nicht vor Vandalismus zurück. Immer wieder hören Jugendliche an den öffentlichen Plätzen von Weimar laut Rechtsrock (vgl. Migrantifa Weimar o.D.).

Antisemitische und rassistische Beleidigungen und Bedrohungen sind ebenfalls in der Chronik der Migrantifa Weimar vermerkt. Dazu zählt das wiederholte Abknicken von Bäume, die im Rahmen des Gedenkprojekts „1.000 Buchen“ an die Häftlinge des Konzentrationslagers in Buchenwald erinnern sollen. Weitere Angriffe auf das Gedenken und Erinnern an die Opfer des Nationalsozialismus zeigen sich zudem in öffentlichen Kurzauftritten: Im Februar 2021 verbreitete ein Redner auf einer Kundgebung gegen die Covid-19-Maßnahmen am Herderplatz nationalsozialistische Parolen und sprach dabei von einem „Schuld kult“ der „den Deutschen aufgezwungen“ sei. (Migrantifa Weimar 2021) Hinzu kommen unangemeldete Demonstrationen gegen Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus, die verstärkt von gewaltbereiten Rechtsextremen aus Weimar und Umgebung unterwandert werden. Die Partei Alternative für Deutschland (AfD) sympathisiert offen mit den Corona-„Spaziergänger\*innen“ - diese wiederum distanzieren sich nicht davon. Am Rande solcher „Spaziergänge“ werden Journalist\*innen und linke Aktivist\*innen körperlich attackiert und beschimpft (vgl. Süddeutsche Zeitung a 2021).

Das Forschungsinteresse konzentrierte sich auf zwei Aspekte der Raumaneynung von rechts: Zum einen wurde untersucht, auf welcher Weise und in welchem Ausmaß in der Stadt Räume von rechten Gruppierungen beansprucht werden, zum anderen lag das Interesse darin, die Wahrnehmung über genannte Raumaneynungsversuche von rechts in Weimar bei zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen sowie bei Passant\*innen abzufragen.

Denn obwohl Weimar als demokratische Kulturhauptstadt Europas gilt und sich gern als weltoffene und tolerante Stadtgesellschaft (vgl. Stadtverwaltung Weimar o.D.) zeigt, hat auch diese Stadt mit Rechtsextremismus zu kämpfen: Zwar befindet sich die Zahl der Personen aus dem rechtsextremistischen Spektrum in der Stadt in einem mittleren zweistelligen Bereich und ist damit relativ gering (vgl. Thüringer Landtag 2020: 1), doch wird Weimar - nicht zuletzt aufgrund seiner zentralen Rolle in der deutschen Geschichte - immer wieder für überregionale Auftritte von einer bundesweiten rechtsextremen Szene

aufgesucht. Zuletzt geschah dies medienwirksam anlässlich einer Demonstration unter dem Motto *Neue Stärke* im August 2021, zu der unter anderem die rechtsextremistischen Kleinstparteien der *III. Weg* und *Die Rechte* aufgerufen hatten. Begleitet wurden die Demonstrationen der rechtsextremen Szene von einer breit aufgestellten Gegendemonstration (vgl. MDR Thüringen 2021).

Der offiziellen Seite sind im Sommer 2020 keine rechtsextremistischen Treffpunkte, Rückzugsorte und Immobilien in der Stadt Weimar bekannt. Treffen und Feiern finden, so das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales „zumeist in privaten Örtlichkeiten statt“ (vgl. Thüringer Landtag 2020: 2). Dies änderte sich im November desselben Jahres, als die AfD in der Brucknerstraße 15 ein Bürger\*innenbüro eröffnete, in welchem sich auch die vom Verfassungsschutz überwachte Jugendorganisation der AfD, die *Junge Alternative* trifft. (vgl. Junge Alternative Landesverband Thüringen)

Daraus lässt sich die Forschungsfrage ableiten, wo und in welcher Form rechte Raumeignungsversuche in Weimar wahrgenommen werden. Bisher wurden solche Annektionen insbesondere im Zusammenhang mit dem ländlichen Raum (vgl. Röpke / Speit 2019) und mit Fokus auf die neuen deutschen Bundesländer (Schmalz et al. 2021) beforscht. Als Gründe für rechte Einstellungen werden der politische und wirtschaftliche Systemwandel von der DDR zur Bundesrepublik und die damit entstandenen infrastrukturellen, ökonomischen und kulturellen Ungleichheiten zwischen Ost- und Westdeutschland herausgestellt (vgl. ebd.). Der vorliegende Bericht soll nun erste Erkenntnisse darüber liefern, ob und wie rechte Raumeignungen in Weimar stattfinden.

Zur Beantwortung der Forschungsfrage wurde sowohl methodisch als auch theoretisch auf die Theorien des Gewaltforschers Wilhelm Heitmeyer zurückgegriffen. Dieser geht davon aus, dass rechte Raumeignungen in vier verschiedenen Stufen erfolgen. Daher wurden jene Abstufungen durch qualitative Interviews und Umfragen ausgemacht (s. Kapitel Methodik).

Entstehungsgründe für rechte Raumeignungsversuche sieht Heitmeyer im Eskalationspotenzial *gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* und in dem gesellschaftspolitischen Zustand *der entsicherten Unübersichtlichkeit* (s. Kapitel Heitmeyers Theorien). Indem die Alternative für Deutschland (AfD) als Brandbeschleuniger *gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* in Weimar identifiziert wurde, konnten spezifische Aussagen über räumliche Aneignungsversuche von rechten Kräften in Weimar in der Auswertung der Umfragen und Interviews getroffen werden. Anschließend wurden die Bedingungen für das Gelingen bzw. die Verhinderung rechter Agitationen in Weimar diskutiert.

Der Forschung zugrunde wird die These gelegt, dass eine Sensibilisierung für lokalen Rassismus und Rechtsextremismus innerhalb einer Stadtgesellschaft, *Gelegenheitsstrukturen* für rechte Raumeignung verringern kann, während ein fehlendes Problembewusstsein diese erhöhen kann.

## 2 Raum und Rechtsextremismus

Dem Forschungsbericht liegt das löwsche Raumverständnis zugrunde (vgl. Löw 2001): *Räume* werden hier als relationale, dynamische Gefüge verstanden, die sich durch menschliche Handlungen in ständiger Veränderung befinden - also erst durch soziale Prozesse hervorgebracht werden.

Wenn im Folgenden von Räumen gesprochen wird, sind also nicht nur Orte, Plätze oder Straßenzüge in Weimar gemeint, sondern auch soziale Konstellationen, die sich situativ verschieben und sich in ständiger Veränderung befinden, sich aber physisch dort niederschlagen *können*, wo sich bestimmte Normen etablieren. (ebd.: 164)

Im Genaueren soll erfasst werden, wie und wo sich in Weimar, Normen des rechtsextremen Spektrums etablieren konnten, oder im Begriff sind dies zu tun. Als rechtsextremistisch wird dabei eine sozialdarwinistische Ideologie, aus der sich ein „Recht des Stärkeren“ ableitet, definiert. Rechtsextreme Akteur\*innen lehnen dementsprechend die Gleichwertigkeit aller Menschen ab (vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg). Solch eine *Ideologie der Ungleichwertigkeit* unterstellt Minderheiten, sozial oder finanziell schwächeren Gruppen eine kategorische Andersartigkeit und dadurch begründet Minderwertigkeit, welche beispielsweise durch angeblich biologische Minderwertigkeit legitimiert wird. (Groß et al. 2012: o.S.)

Daher betonen rechtsextreme Gruppen besonders die Stärke eines Volkskörpers: Der ethnischen Homogenität eines Volkes, welche durch den Wertepluralismus der liberalen Demokratie und die Vermischung mit oben genannten markierten Gruppen geschwächt wird (Hans-Gerd Jaschke vgl. 2002: 30). Im Kapitel Heitmeyers Theorien wird nochmals genauer auf Zusammenhänge dieses Themenkomplexes eingegangen.

Im Folgenden wird oft die Rede von „rechten Akteur\*innen“ sein, daher soll an dieser Stelle der Unterschied zwischen Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus klargestellt werden, der allerdings nicht als allgemeingültige Definition angesehen werden kann. Rechtsextremismus wendet sich mit dem Ziel, ein autoritäres oder totalitäres staatliches System, falls notwendig unter Gewaltanwendung zu errichten; gegen den Kernbestand der Verfassung nämlich die freiheitliche demokratische Grundordnung (Nandlinger 2008).

Rechtsradikalismus bedient sich, wie sich noch zeigen wird (s. „Normalisierung rechter Einstellungen“), zwar ebenfalls an Ideologien der Ungleichwertigkeit die auch dem Rechtsextremismus zugrunde liegen, dementsprechend sind die Grenzen zwar fließend, es werden jedoch demokratische Grundwerte und die Verfassung akzeptiert (ebd.).

Um die oben genannte Etablierung von Normen durch rechte Akteur\*innen in Zusammenhang mit dem Raumverständnis zu setzen, wurden weitere theoretische Ansätze von Wilhelm Heitmeyer verwendet. Mithilfe Derer konnte die Aneignung von Räumen durch rechte Akteur\*innen untersucht werden.

### 3 Theoretische Grundlage - Heitmeyers Theorien

Wilhelm Heitmeyer gründete 1996 das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) und gehört mit seinen Arbeiten zu Rechtsextremismus, Gewalt und *gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* zu den führenden soziologischen Forschungspersönlichkeiten in Deutschland. Seine Forschungen werden vor allem empirisch erhoben, sodass sich seine Modelle und Analysen an den eigenen Forschungen operationalisieren und überprüfen lassen. Lokale Ergebnisse lassen sich so entweder in den von Heitmeyer beschriebenen gesamtgesellschaftlichen Kontext einbetten oder aber weisen regionale Besonderheiten auf, anhand derer weiter geforscht werden kann.

In der Publikation „Rechte Bedrohungsallianzen“ von Wilhelm Heitmeyer, Manuela Freiheit und Peter Sitzer wird dem Radikalisierungspotenzial durch Schulterschlüsse verschiedener, mehr oder weniger menschenfeindlich eingestellten Akteur\*innen, nachgegangen. Es zeigt, dass diese *rechten Bedrohungsallianzen* eine zunehmende Gefahr für eine offene, demokratische Gesellschaft darstellen und zwar auch, da die Potenziale *rechter Bedrohungsallianzen* lange Zeit durch die Politik unterschätzt oder negiert wurden.

Um auch den Prozess zur Etablierung von Normen sichtbar zu machen, werden in „Rechte Bedrohungsallianzen“ vier verschiedenen Kategorien aufgestellt:

(1) Provokationsgewinne, (2) Räumungsgewinne, (3) Raumgewinne und (4) Normalisierungsgewinne (vgl. Heitmeyer 2020: 198).

Raumagitationen können zunächst durch rechte Sticker, Schmierereien und Symbole stattfinden. Diese *Provokationsgewinne* berühren die Aufmerksamkeit von nicht-rechten Personen, rufen Empörung oder Abscheu hervor und können die nicht-rechte Stadtgesellschaft für die Problematik sensibilisieren (vgl. ebd.: 199f).

Die nächste Stufe hin zur Etablierung rechter Normen sind *Räumungsgewinne*, welche durch verbale oder physische Gewalt gegen feindlich markierte Gruppen und die Konzentration von Aktivitäten rechter Gruppen auf bestimmte Orte zum Ausdruck kommen. Ihre Wirkung auf nicht-Rechte sind Einschüchterung und Verunsicherung. (vgl. ebd.: 200)

*Raumgewinne* können dann verzeichnet werden, wenn sich rechte Akteur\*innen so selbstbewusst, gewalttätig und dominant verhalten, dass nicht-rechte Akteur\*innen von betroffenen Orten wissen und diese aus Angst umgehen oder von dort vertrieben werden. (vgl. ebd.)

Die Etablierung von Normen ist mit *Normalisierungsgewinnen* erreicht. Sie zeigen sich durch eine Akzeptanz rechter Raumgewinne und fehlender Gegenwehr durch die Zivilgesellschaft. Oftmals findet eine Etablierung statt, weil die aktive Zivilgesellschaft nicht stark genug gegen die drei vorangegangenen Stufen vorgegangen ist oder auch vorgehen konnte da ihr der Rückhalt in der lokalen Politik fehlte. Ist der Diskurs erst aus den lokalen politischen Institutionen und innerhalb der Zivilgesellschaft verschwunden, können sich rechte Ansichten ungehindert als Norm etablieren. (vgl. 200f.)



### 3.1 Das konzentrische Eskalationskontinuum

Allerdings werden in „Rechte Bedrohungsallianzen“ (Heitmeyer et al.) nicht nur die vier Kategorien und deren Entstehungsbedingungen und Auswirkungen begründet, sondern vor allem auch gesellschaftliche Zusammenhänge, welche *rechte Bedrohungsallianzen* begünstigen. Die Wechselwirkungen sollen im Folgenden anhand von Heitmeyers *konzentrischem Eskalationskontinuum* erklärt werden, welches sich kurz als Prozess voranschreitender Radikalisierung durch Ausbreitung menschenfeindlicher Einstellungen und *Ideologien der Ungleichwertigkeit* in der Gesellschaft beschreiben lässt.

Im Kapitel *Raum und Rechtsextremismus* wurde die *Ideologie der Ungleichwertigkeit* bereits als ein Merkmal rechter Ideologie herausgestellt. Diese fällt unter das Syndrom der *gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (gMf)*. Man spricht vom *Syndrom der gMf*, weil sie in Form von unterschiedlichen *Symptomen* auftritt: Es werden nämlich oftmals nicht nur eine, sondern mehrere Gruppen als „minderwertig“ betrachtet und abgelehnt, wodurch es häufig zu Korrelationen verschiedener Diskriminierungsformen kommt. Grund für solche Korrelationen ist aber der gemeinsame Kern einer Ideologie der Ungleichwertigkeit, welcher nicht nur am rechten Rand des politischen Spektrums zu finden ist, sondern auch immer mehr Zuspruch in der Gesamtgesellschaft findet (vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 2017).

Der Entstehung von *gMf* liegt die Annahme der sozialen Identitätstheorie zugrunde, welche besagt, dass Gruppenzugehörigkeit substanzieller Bestandteil von Identitätsbildung ist und ein *Wir* Gefühl innerhalb der *Eigengruppe* erzeugt. Damit einher geht die Abgrenzung gegenüber *Fremdgruppen* und Entstehung einer *Die* Kategorie (vgl. Heitmeyer et al. 2020: 24). Wenn sich Angehörige einer Gruppe gegenüber *Fremdgruppen* als benachteiligt oder durch sozialen Abstieg bedroht sehen, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass erzeugte Verunsicherungen und Abwertungsempfindungen zu Versuchen der Aufwertung der *Eigengruppe* und damit einhergehend einer Abwertung der *Fremdgruppen* führt (ebd.).

Zu beobachten ist dieser Mechanismus beispielsweise im Hinblick auf die angestiegene Zuwanderung von geflüchteten Menschen in Deutschland seit 2015: Forschungen zeigen, dass *gMf-Indikatoren*, wie die Reklamation von Etabliertenprivilegien stark zugenommen haben (vgl. ebd.: 25).

Ein Unterschied in der sozialräumlichen Verteilung und Verdichtung *gMf* zeigt sich insbesondere zwischen Ost- und Westdeutschland, Gemeinden mit verschiedenen ökonomischen Voraussetzungen sowie unterschiedlich großen Gemeinden (Heitmeyer et al. 2020: 181-182).

Um zu verstehen, warum *gMf* in manchen *Räumen* stärker ausgeprägt ist, müssen die jeweiligen Lebensqualitäten und Handlungsmöglichkeiten in verschiedenen Gemeinden genauer untersucht werden. Faktoren wie instabile soziale Beziehungen, das Gefühl, einen geringeren Lebensstandard zu haben oder der Eindruck politischer Machtlosigkeit können die Verbreitung *gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* begünstigen wodurch, gemäß des *konzentrischen Eskalationskontinuums*, rechtsextreme Gruppen entstehen können. Solche *Gelegenheitsstrukturen*<sup>5</sup> sind keinesfalls nur in Ostdeutschland vorzufinden. Jedoch

---

<sup>5</sup> Durch Gelegenheitsstrukturen wird das Agieren von *systemfeindlichen Gruppen* ermöglicht, erleichtert, erschwert oder verhindert. Das können zum Beispiel eine fehlende Präsenz

treten sie vermehrt in ostdeutschen Bundesländern auf, da die demografischen und sozioökonomischen Bedingungen relational zu den alten Bundesländern im Osten Deutschlands oft schlechter sind. (Heitmeyer et al. 2020: 184-186) Untersuchungen zu *Gelegenheitsstrukturen*, die es rechten Gruppen ermöglichen, sich in Räumen zu etablieren, wurden am IKG der Universität Bielefeld von 2015 bis 2017 durchgeführt.<sup>6</sup> Ein Ergebnis dieser Untersuchungen ist, dass der Anpassungsdruck höher ist, je enger und homogener die Bekanntschaften und Netzwerke einer Gemeinde sind. Die engen, homogenen Bekanntschaften und Netzwerke sind eine *Gelegenheitsstruktur*, die besonders im ländlich/kleinstädtischen Raum auftaucht. Da soziale Nahbeziehungen in ländlich/kleinstädtischen Räumen häufig überschaubar und eng sind, besteht eine geringere Bereitschaft, Konflikte innerhalb des Gemeinwesens zu thematisieren: Es besteht ein *Anpassungsdruck* (vgl. Heitmeyer et al. 2020: 187-188). Dieser *Anpassungsdruck* befördert das Agieren *systemfeindlicher Gruppen*. Diese können sich daher in ländlich/kleinstädtischen Räumen leichter ausbreiten. Dennoch sind Dörfer und Kleinstädte nicht automatisch Zentren *systemfeindlicher Gruppen*, denn sie können sich dagegen wehren: „Wo Konflikte offensiv angegangen und ausgetragen werden, können *rechte Bedrohungsallianzen* nur schwer Fuß fassen und gedeihen“ (Heitmeyer et al. 2020: 188). Die Flüchtlingskrise sowie Krisen im Allgemeinen wiederum sorgen für die gesellschaftliche und politische Destabilisierung welche Heitmeyer et al. (2020) als *entsicherte Unsicherheit* bezeichnen: Wenn die ökonomischen, sozialen und politischen Bewältigungsstrategien nicht mehr greifen, entsteht eine Orientierungslosigkeit so wie Angst vor sozialem Abstieg. Dabei können politische Entscheidungen, die zu sozialer Desintegration geführt haben, vorhandene *gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* in der Bevölkerung verstärken und diese wiederum Auswirkungen auf die politische Kultur einer Stadt oder Gemeinde haben (Heitmeyer et al. 2020: 55). Denn weiterhin legitimiert *gMf* in Teilen der Bevölkerung auf lange Sicht die Existenz rechter Parteien und Gruppierungen: Beispielsweise erreicht die AfD durch die Skandalisierung gesellschaftlicher Entwicklungen viele Menschen, die sich sozial desintegriert und von der Teilnahme an der Demokratie ausgeschlossen fühlen- und dies unter Umständen auch sein können. Gelangen der AfD auf diese Weise lokale und nationale Wahlerfolge, kann dies zu einer Normalisierung der Partei führen (Heitmeyer et al. 2020: 56).

Innerhalb des *konzentrischen Eskalationskontinuums* wird die AfD als Teil des *autoritären Nationalradikalismus* beschrieben; Näheres dazu kann dem folgenden Kapitel entnommen werden, welches sich nochmals explizit mit der AfD auseinandersetzt.

### **3.2 Normalisierung rechter Einstellungen**

Zu einer Normalisierung rechter Deutungsrahmen wie dem „Untergang des deutschen Volkes“, dem *Opfermythos* oder dem bevorstehenden „Bevölkerungsaustausch“, tragen

---

demokratischer Parteien in einem Ort sein oder eine geringe Chance den Freundes- und Bekanntenkreis zu wechseln. Solche materiellen und sozialen Rahmenbedingungen werden unter dem Begriff *Gelegenheitsstruktur* gefasst (Heitmeyer et.al 2020: 180-184).

<sup>6</sup> Die Untersuchungen wurden im Rahmen des Projekts „Autonome Nationalisten“ durchgeführt, welches von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert wurde. Eine Zusammenfassung der Projektergebnisse ist online verfügbar unter: <https://gepris.dfg.de/gepris/projekt/254142102/ergebnisse>.

sogenannte *Ideologieaufrüster* und *Transmissionsakteure* bei. Letztere bringen die oben genannten Deutungsrahmen in gemeinhin als seriös geltenden Printmedien in Umlauf und agieren so als „Transmissionsakteure in die rohe Bürgerlichkeit“ (Heitmeyer et al. 2020: 120). Das bedeutet, dass durch sie ein Teil der Bevölkerung erreicht werden kann, der die vermeintliche politische Mitte sowie obere Mittelschicht darstellt (Heitmeyer et al. 2020: 268). *Ideologieaufrüster* verbreiten und legitimieren durch die Reichweite ihrer Publikationen die Ideologie des *autoritären Nationalradikalismus* und bedienen damit nicht nur „die flache Ideologie des Rechtspopulismus, sondern schaffen mit ideologischen Ausgrabungen neue Resonanz (...) zwischen Rechtspopulismus auf der einen sowie Neonazismus auf der anderen Seite.“ (Heitmeyer et al. 2020: 117). Dies wird bei Betrachtung der Rhetorik führender Vertreter\*innen des *autoritären Nationalradikalismus* deutlich, welche dem „*systemfeindlichen Milieu* Motive für Gewalt liefert“ (Heitmeyer et al. 2020: 67). Verwendet die AfD Szenarien vom „Volkstod“ oder bevorstehendem „Bevölkerungsaustausch“, kann diese vom *systemfeindlichen Milieu* als Legitimation verstanden werden, um teils offen Gewalt gegen markierte Gruppen oder den Staat auszuüben. (Heitmeyer et al. 2020: 68). Aus diesem Milieu können sich Netzwerke, die dem *klandestinen terroristischen Planungs- und Unterstützungsmilieu* zuzuordnen sind, bilden. Diese unterstützen organisierte Gruppen, die Angehörige markierter Gruppen ermorden und die gesellschaftliche und staatliche Ordnung zum Zusammenbruch bringen wollen. Das momentan vermutlich bekannteste Beispiel für eine solche Gruppe ist der „Nationalsozialistische Untergrund.“ (Heitmeyer 2020: 213). Aus dem theoretischen Ansatz von Heitmeyer et al. lassen sich drei Erkenntnisse ableiten:

Rechte Raumaneignung erfolgt stufenweise. Das Gefahrenpotenzial von vermeintlich harmlosen rechten Schmierereien oder dem Auftreten rechter Parteien wird bei der Betrachtung des *konzentrischen Eskalationskontinuums* sichtbar.

Das *konzentrische Eskalationskontinuum* macht deutlich, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Bevölkerung politisch rechten Kräften Legitimation liefert und dass die Wechselwirkungen innerhalb des rechten Spektrums nicht zu unterschätzen sind.

Krisenhafte Ereignisse wie aktuell die Corona-Pandemie, können in der Gesellschaft und Politik für Destabilisierung und Desorientierung hervorrufen. Durch individuelle oder systematische Destabilisierung neigen Teile der Bevölkerung stärker zum Syndrom der *gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit*.

Ausgehend von diesen theoretischen Erkenntnissen wurde der heitmeyerische Ansatz operationalisiert, um den Zusammenhang zwischen der Akzeptanz rechter Ideologien und den Entstehungsbedingungen für rechte Räume in Weimar zu untersuchen. Ziel der Forschung war es, durch die Anwendung des heitmeyerischen Ansatz zu prüfen, ob und inwiefern sich rechte Räume in Weimar aktuell etablieren können. Dazu wurden Kategorien abgeleitet, anhand derer die Wahrnehmung rechter Raumaneignung in Weimar bei zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen und Passant\*innen abgefragt wurden (s.u. *Methodik*). Es ging dabei nicht darum zu untersuchen, *ob* rechte Raumaneignungsversuche *stattfinden*, sondern vielmehr darum, *ob* diese Versuche auch von der Öffentlichkeit *wahrgenommen* werden und *wie* diesen begegnet wird. Eine Nicht-Wahrnehmung könnte auf fehlendes Problembewusstsein und somit auf *Normalisierungsgewinne* von rechts hinweisen. Eine

starke Wahrnehmung hingegen könnte darauf hinweisen, dass zum einen rechte Akteur\*innen in Weimar *Provokations-, Räumungs-, Raum- oder Normalisierungsgewinne* erzielen konnten, aber die Stadtgesellschaft andererseits für die Problematik sensibilisiert ist.

#### **4 Transmissionakteur, Legitimationslieferer, Ideologieaufrüster: Die AfD und die Querdenken-Bewegung als Schlüsselfiguren in Bezug auf rechte Raumanneignungsversuche**

Der AfD und der Querdenken-Bewegung kommen hinsichtlich der Fragestellung eine zentrale Bedeutung zu, auf die im Folgenden eingegangen wird.

Die politischen Koordinaten der AfD haben sich innerhalb der letzten Jahre deutlich nach rechts verschoben (vgl. Heitmeyer 2020: 104). Dies trifft bundesweit und in besonderem Maße auf Thüringen zu: Hier wird die AfD seit 2021 vom Bundesamt für Verfassungsschutz als „erwiesen rechtsextrem“ eingestuft und beobachtet (vgl. Süddeutsche Zeitung 2021). Gleichzeitig war es eben jene Partei, die in Thüringen als stärkste Kraft aus den Bundestagswahlen 2021 hervorging. In Weimar lag die rechtsextreme Partei zwar hinter SPD (24,4 %) und CDU (17,4 %), doch erhielt mit 16,5 % immer noch die drittstärkste Zustimmung in der Stadtgesellschaft (vgl. Bundeswahlleiter 2021).

Um die politische Gesinnung der AfD zu begreifen, arbeitet Heitmeyer den Begriff *autoritärer Nationalradikalismus* heraus (2020: 104). Autoritär ist die Partei durch ihre Forderung nach rigider Führung der politischen Institutionen, die Betonung einer hierarchischen sozialen Ordnung und der propagierten dichotomen Gesellschaftsbilder. Auch das wiederholte Framing von politischen Entscheidungen als „Entweder-oder-Konflikt“ zeigt den autoritären Charakter der Partei (vgl. ebd.: 105). National ist die AfD aufgrund der Hervorhebung der besonderen Stellung des „deutschen Volkes“ in den Parteiprogrammen, aber auch durch die geschichtsrevisionistische Reklamation einer neuen Vergangenheitsdeutung und durch die Agitation einer Überlegenheit der deutschen Bevölkerung gegenüber anderen Gruppen (vgl. ebd.: 105f.). Radikal ist die AfD deshalb, weil sie eine grundlegende Neuordnung der Gesellschaft entsprechend ihres politischen Programms fordert (vgl. ebd.: 106). Dabei wird versucht, potenzielle Wähler\*innen mithilfe von emotionalisierten Rhetoriken für sich zu gewinnen und unter anderem mit menschenfeindlichen Grenzüberschreitungen operiert (vgl. ebd.).

Der *autoritäre Nationalradikalismus* ist laut Heitmeyer et al. aufgrund seiner Positionierung zwischen dem Rechtspopulismus und dem gewaltvollen Rechtsextremismus so erfolgreich: Während rechtspopulistische Rhetoriken kurzzeitige Erregungszustände bei (potenziellen) Wähler\*innen erwirkt, soll der gewaltbereite Rechtsradikalismus auf lange Sicht einen Umsturz des vorherrschenden Systems hervorbringen (vgl. 2020: 106f.).

Die Ziele, die laut Heitmeyer (2020: 111) mit dem Instrumentarium des *autoritären Nationalradikalismus* verfolgt werden, lassen sich beispielhaft an den „10 Thesen für Thüringen“, die die AfD auf ihrer Webseite formuliert (vgl. AfD Thüringen o.D.) ablesen.

Zum einen werden politische Themenräume, die die etablierten Parteien in der Vergangenheit übersehen haben, besetzt: In der neunten These werden beispielsweise die staatlichen Bezüge migrantisierter Mitbürger\*innen für die Unterfinanzierung des Gesundheits- und Sozialsystems verantwortlich gemacht, weshalb die AfD diesen „erst dann einen Zugang zum Sozialsystem gewähren [möchte, d. Verf], wenn sie dieses über einen längeren Zeitraum mitfinanzieren“ (AfD Thüringen).

Dass in diesem „neuen Deutschland-Entwurf“ alle Personen systematisch diskriminiert und vertrieben werden sollen, die nicht in den Kanon der AfD passen, lässt sich in den Parteiprogrammen, den Debatten und Forderungen der rechtsextremen Alternative für Deutschland ablesen: Beispielsweise dann, wenn ein heteronormatives familienpolitisches Ideal, bestehend aus Mutter, Vater und Kindern, glorifiziert wird (These 5 der „10 Thesen für Thüringen“) oder gegen „illegale Einwanderung“ (These 4 der „10 Thesen für Thüringen“) gewettert und dabei die eigentlichen Fluchtursachen ignoriert werden.

*Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*, die sich im Hinblick auf die Corona-Pandemie zunehmend gegen migrantisierte und jüdische Menschen richtet (vgl. ARD 2020), wird im Internet und in den Medien immer wieder mit der AfD in Verbindung gebracht. Rassistische und antisemitische Verschwörungstheorien vom „Großen Austausch“ werden laut (vgl. Heitmeyer 2020: 298). Matthias Quent vom Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft kommentiert hierzu: „Wir haben nicht nur eine Corona-Pandemie, wir haben auch eine Hass- und Rassismus-Pandemie in Deutschland“ (ARD 2020). Auch das Weimarer Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus unterstreicht die Gefahr, die von antisemitischen und rassistischen Verschwörungstheorien ausgeht auf seiner Webseite (vgl. Weimarer Bündnis gegen Rechtsextremismus: 2022).

Die interne Radikalisierung, die durch die Akteure\*innen des offiziell aufgelösten, doch nach wie vor politisch agierenden völkisch-nationalen *Flügels* der AfD um Björn Höcke vorangetrieben wird, bewirkt immer wieder Austritte oder parteiinterne Abwahlen von gemäßigeren Mitglieder\*innen und Politiker\*innen - zuletzt den Austritt des Parteivorsitzenden Jörg Meuthen: Dieser legte im Januar 2022 angesichts der weiter zunehmenden Radikalisierung der Partei mit sofortiger Wirkung den Parteivorsitz nieder und trat aus der AfD aus. Damit reiht er sich in die Austritte seiner Vorgänger\*innen Frauke Petry und Bernd Lucke ein, die die Partei ebenfalls aufgrund des intern wachsenden Rechtsrucks verließen. Er selbst präsentiert sich nach seinem Parteiaustritt als Freund der Demokratie. In einem Interview bei *Phoenix* am 29.01.2022 bezeichnet Meuthen seine Politik als „konservativ“ und „patriotischen aber keinen nationalistisch völkischen“ Kurs (Phoenix 2022). Politikwissenschaftler Albrecht von Lucke schätzt Meuthens Funktion in der AfD anders ein. Meuthen habe die Rechtsradikalen der AfD in die Mitte der Partei geführt und gesellschaftsfähig gemacht (vgl. Pittelkow ARD 2022). Auch Heitmeyer et al. halten es für einen Irrtum zu glauben, dass die Radikalisierung der Partei erst 2015 mit der Spaltung der AfD und der Übernahme durch Frauke Petry begonnen habe (vgl. Heitmeyer 2020: 120). Stattdessen sei diese durch „Gründerväter“ wie Alexander Gauland schon von Anfang an im parteipolitischen Programm angelegt gewesen (vgl. ebd.).

Systematisch versuchen Parteimitglieder und *Transmissionsakteure* die Grenzen des Sagbaren auszuweiten, indem menschenfeindliche Aussagen als Meinungen deklariert werden. Dieses Ziel wird dezidiert in These vier der „10 Thesen für Thüringen“ formuliert, wenn davon die Rede ist, dass „selbst friedliche, nicht verbotene Meinungsäußerungen heute schnell zu sozialer Ächtung und wirtschaftlicher Existenzvernichtung“ führen würden

(AfD Thüringen o.D.). Auch, wenn Alexander Gauland, AfD-Fraktionsvorsitzender, auf dem Bundeskongress der *Jungen Alternative* (Jugendorganisation der AfD) 2018 davon sprach, Hitler und die Nationalsozialist\*innen seien nur ein „Vogelschiss“ in 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte gewesen, werden Grenzen, mit dem Versuch diese auszuweiten, bewusst überschritten (vgl. Stern 2018).

Ihr Bestreben, dabei neue (rechtsextreme) gesellschaftliche Normen zu etablieren, verkündet die Partei dabei ganz offen in ihrem Wahlkampf-Motto zur Bundestagswahl 2021 „Deutschland. Aber normal.“ (AfD 2021).

Die Haltung der AfD zur Corona-Politik ist recht flexibel. So beklagte die AfD zu Beginn der Pandemie noch lautstark das „Nichts-Tun der Regierung“ und forderte mehr Tests und Intensivbetten. Im Verlauf der Pandemie änderte sie ihren Kurs radikal, spricht inzwischen von einer „Corona-Diktatur“ und verglich das Infektionsschutzgesetz mit dem *nationalsozialistischen Ermächtigungsgesetz*, welches die rechtliche Grundlage für die Etablierung der NS-Diktatur schuf (vgl. Weimarer Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus 2022).

Der Schlingerkurs der Alternative für Deutschland macht deutlich, dass es der Partei tatsächlich nicht um einen - wie auch immer gearteten - richtigen Umgang mit dem Virus geht, sondern versucht wird, den Frust und die Angst von vulnerablen Teilen der Bevölkerung für eigene Interessen nutzbar zu machen. Der wechselhafte Kurs bezüglich der Corona-Pandemie hat dementsprechend das Ziel, Zustimmung und letzten Endes auch Macht zu gewinnen. Auch in Weimar baute die AfD am 31.01.2022 einen Infostand auf, bei dem sie unter anderem für ihre jüngste coronakritische Kampagne „Gesund ohne Zwang“ warb (vgl. Alternative für Deutschland o.D.).

Mit Aktionen wie diesen versucht die AfD in Weimar und anderorts, Personen aus ihrer individuell empfundenen Benachteiligung heraus zu mobilisieren und politisch an sich zu binden. Multiplikatoren dafür sind *Transmissionsakteure* die durch ihre prominenten Meinungsäußerungen dazu beitragen, *gMf* zu legitimieren (vgl. Heitmeyer 2020: 117f.). Dabei wird verkannt, dass eine tatsächliche Verschärfung der Ungleichheit erfolgt, wenn keine Einschränkungmaßnahmen ergriffen werden (vgl. Weimarer Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus 2022).

Das Narrativ der Querdenker\*innen als grundrechtsschützende Instanz entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als widersinnig: Das (gewaltlegitimierende) Widerstandsrecht schöpft sich aus einer Zuspitzung und Verengung der politischen Lage als „Corona-Diktatur“ und Verfassungskrise, sowie aus pauschalen Verallgemeinerungen, wie zum Beispiel die undifferenzierte Aussage „Corona-Maßnahmen töten“. Eine geschichtsrevisionistische Opfer-Stilisierung, oft in der Tradition von Widerstandskämpfer\*innen in der NS-Diktatur, dient dabei nicht der kritischen Auseinandersetzung mit den Corona-Schutzmaßnahmen, sondern soll die Legitimation der demokratischen Bundesrepublik insgesamt infrage stellen (vgl. Weimarer Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus 2022).

Wie sich zeigt, liegt die Gefahr der AfD und den Querdenker\*innen also in den Schulterschlüssen, die sie untereinander und anderen *rechten Bedrohungsakteuren* eingehen und dabei versuchen, eine neue gesellschaftspolitische Norm zu etablieren (vgl. Heitmeyer 2020: 298ff.).

Die AfD bildet durch ihr strategisches Agieren in der Corona-Pandemie den parlamentarischen Arm nicht nur für potenzielle menschenfeindliche, sondern zunehmend auch klar rechtsextreme Einstellungen. Es entstehen *rechte Bedrohungsallianzen*, wie sie bei Heitmeyer et al. (vgl. 2020: 298) zwischen Querdenken und der Partei beschrieben werden. Pandemieleugner\*innen werden dadurch Teil des Rechtsrucks in der Gesellschaft (vgl. Weimarer Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus 2022).

Seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie wird Weimar immer wieder Schauplatz von coronakritischen Demonstrationen und unangemeldeten Spaziergängen.

Die Sorge zu formulieren, dass sich Grundrechtseinschränkungen verstetigen und die Pandemie eine demokratische Erosion verursacht, sind dabei per se zwar berechtigte Anliegen, doch diese werden zunehmend von rechten Organisationen und Parteien instrumentalisiert. Nach der Euro- und „Flüchtlingskrise“ im Jahr 2015 wird nun die Corona-Pandemie herangezogen, um Wähler\*innen zu gewinnen (vgl. Heitmeyer 2020: 298).

Bei der „Querdenken“-Demonstration in Weimar am 1. Mai 2021, die anlässlich der Strafverfolgung gegen den coronakritischen Richter Christian Dettmar stattfand, inszenierten sich Corona-Demonstrierende als Opfer einer „Corona-Diktatur“. Dazu legten sie weiße Rosen - das Symbol der christlich-humanistischen antifaschistischen Widerstandsgruppe um Hans und Sophie Scholl - vor im öffentlichen Raum aufgestellten Porträtfotografien von Buchenwald-Überlebenden nieder (vgl. taz 2021).

Solche Geschichtsdeutungen sind bar jeglicher Logik: Die Corona-Schutzmaßnahmen werden in Deutschland von frei gewählten Volksvertreter\*innen beschlossen, die sich deliberativ mit Bürger\*innen und Politiker\*innen absprechen und auf dieser Grundlage agieren. Regierungsmaßnahmen können gerichtlich angefochten und überprüft werden, so beispielsweise aktuell in der Frage, ob eine allgemeine Impfpflicht gegen das Corona-Virus eingeführt werden soll oder nicht. Auch Kundgebungen und Versammlungen sind - unter Einhaltung von Mindestabständen und dem Tragen von Schutzmasken - weiterhin möglich, sodass höchstens von einer temporären Einschränkung der öffentlichen politischen Diskussion gesprochen werden kann. (vgl. Weimarer Bürgerbündnis gegen Rechts 2022)

Die demografische Zusammensetzung der Querdenken-Demonstrationsteilnehmer\*innen ist noch nicht gut beforscht (vgl. Heitmeyer 2020: 299). Es kristallisiert sich aber heraus, dass nicht nur Bürger\*innen mit Sorgen um demokratische Grundrechte an den Demonstrationen teilnehmen, sondern auch „Freunde [sic] esoterischer Heilslehren, aber auch Anhänger [sic] hasserfüllter Verschwörungsideologien“ (ebd. 299f.). Diese „individualisierte Melange ohne eigenes Gruppenbewusstsein“ wird zunehmend vom überzeugten und organisierten Milieu des *autoritären Nationalradikalismus* vereinnahmt (vgl. Heitmeyer 2020: 300). Dies birgt gemäß dem *konzentrischen Eskalationskontinuum* ein hohes Radikalisierungspotenzial in der gesamten Querdenkenszene, welches durch die derzeitige Corona-Krise geschürt wird.

## 5 Methodik

Methodisch basiert die Forschung auf zwei qualitativen Interviewmethoden: In der ersten Phase wurden Interviews mit Expert\*innen geführt. Diese Gespräche dienten dazu, die verschiedenen Facetten der Thematik zu erfassen und relevante Forschungsbereiche für die Arbeit auszuloten. Dazu wurde ein Interviewleitfaden entwickelt, welcher für alle Expert\*innen-Interviews verwendet wurde. Zentrale Fragen waren die persönliche Definition von *rechten Räumen* unserer Gesprächspartner\*innen sowie die Verortung rechter Raumeignungsversuche in der Stadt Weimar. Da diese Informationen nicht in wissenschaftlichen Publikationen zu finden sind, waren hier insbesondere die Erfahrungswerte der Expert\*innen im Detail zu erfassen. Interviewt wurden dabei Institutionen, die antirassistische Arbeit leisten sowie andere Akteure der Stadtgesellschaft:

Migrantifa

Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus (BgR)

Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW)

Omas gegen Rechts

Ausländerbeirat Weimar

Polizei Weimar.

Sie verfügen über Expert\*innen-Wissen, da ihnen durch ihre Arbeit regelmäßig persönliche Erfahrungsberichte mitgeteilt werden. Einiges davon dürfen sie aus Datenschutzgründen nicht oder nur anonymisiert veröffentlichen, weshalb innerhalb dieses Berichtes auf Klarnamen verzichtet wird<sup>7</sup>.

Nachdem mit einer Schnellauswertung der ersten Phase sowie dem Lesen wissenschaftlicher Beiträge eine Grundlage geschaffen war, wurden in der zweiten Phase Umfragen im öffentlichen Raum durchgeführt. Mit den Umfragen wurden Daten gesammelt, um die Forschungsfrage, wo und wie rechte Raumeignungsversuche in Weimar wahrgenommen werden, zu beantworten. Mit den erhobenen Daten soll die Sichtbarkeit rechter Raumeignungsversuche untersucht werden.

Geführt wurden insgesamt 27 Umfragen mit 38 Personen. Dabei wurde versucht, eine möglichst heterogene Gruppe zu befragen. Für die induktive Forschung bietet sich eine qualitative Forschung an: Die Durchführung qualitativer Umfragen ermöglicht es, sich für einzelne Personen mehr Zeit zu nehmen und deren Ausführungen im Detail zu erfassen. Eine weitere Stärke der qualitativen Umfragen liegt in der Art und Weise, wie befragte Personen antworten. Sie können ihre persönlichen Gedanken in eigenen Worten wiedergeben, ohne durch vorgegebene Antwortmöglichkeiten in eine Richtung gelenkt zu werden. Weiterhin besteht das Potenzial, subjektive Sichtweisen und Meinungen durch ausführliche Aussagen zu erheben. Einige Ausführungen, die durch qualitative Umfragen erfasst wurden, wären in einem geschlossenen Frageformat einer quantitativen Methode

---

<sup>7</sup> Jede interviewte Person ist mit zwei Großbuchstaben (z.B. GR) anonymisiert. Darauf folgt eine Zahl, die jeweils einem Interview zugeordnet ist (z.B. 3). Zuletzt weist eine Nummer, welche auf einen Doppelpunkt folgt, auf die Nummer der Frage hin (z.B. :5) - Die Fragen sind im Transkript nummeriert. In diesem Beispiel sieht die Anonymisierung wie folgt aus: (GR 3:5). Diese würde auf die fünfte Frage aus dem Interview drei, welches mit GR geführt wurde Bezug nehmen.



nicht erfasst worden. Daher wurde sich in dieser zweiten Phase, wie bereits in der ersten Phase für eine qualitative Methode entschieden.

Innerhalb einer Woche, vom 10.01.2022 bis 16.01.2022, wurden die Umfragen in der Innenstadt, Weimar-West und am Bahnhof durchgeführt. Dabei wurde die Befragung durch eine Person durchgeführt und durch eine zweite protokolliert. Mit dem offenen Frageformat der qualitativen Umfrage wurde sich Zeit für einzelne Personen genommen. Eine Umfrage dauerte, je nach Ausführlichkeit der Antworten, zwischen 2 und 15 Minuten. Mit diesem Format konnte die Vorgehensweise der Forschung bei Bedarf angepasst werden, indem genannte Räume der Befragten berücksichtigt wurden. Als Hilfsmittel wurde eine Karte mit den eingezeichneten Stadtteilen Weimars genutzt, damit die Befragten gegebenenfalls Räume auf der Karte lokalisieren können.

Der Fragebogen der Umfragen orientiert sich am vierstufigen Modell Wilhelm Heitmeyers (s.o. *Heitmeyers Theorien*)

## **6 Darstellung der Ergebnisse**

Die Ergebnisse der Forschung werden im Rahmen des vorliegenden Berichts verschriftlicht. Zusätzlich werden die erhobenen rechten Rauman eignungsversuche in Kartierungen dargestellt, um diese sichtbar zu machen. Die Methode der Kartierung birgt die Gefahr, dass die aufgezeigten und markierten Räume fälschlich stigmatisiert werden. Die Karten müssen daher im textlichen Zusammenhang mit den Ergebnissen aus den Umfragen, den Interviews sowie den in der Einleitung textlich beschriebenen Vorfällen gesehen werden. Aufgrund des geringen Untersuchungsumfangs können die Karten lediglich zur Veranschaulichung der Ergebnisse dienen und sind nicht als repräsentativ anzusehen.

Im Laufe der Forschungsarbeit hat sich weiterhin die Annahme bestätigt, dass eine Kartierung des komplexen Forschungsgegenstandes „Raum als relationales dynamisches Gefüge“ (s. Kapitel *Raum und Rechtsextremismus*) generell fehleranfällig ist. Nach unserem Raumverständnis, welches der Analyse der Aneignungsversuche zugrunde liegt, lassen sich Rauman eignungsversuche nicht exakt kartieren, da sie sich durch menschliches Handeln in ständiger Veränderung befinden und sich Abgrenzungen nicht an geografischen Grenzen festmachen lassen. Die Lokalisierung solcher Räume ist von der subjektiven Wahrnehmung der Befragten abhängig und kann entsprechend voneinander abweichen. Hinzu kommt, dass sich durch die im Verhältnis zur Bevölkerung geringe Stichprobengröße auch nicht alle Rauman eignungsversuche von rechts in Weimar darstellen lassen.

### **6.1 Ergebnisse der Interviews**

Die Expert\*innen-Interviews wurden größtenteils online, an zuvor vereinbarten Terminen im Zeitraum Oktober 2021 bis Januar 2022 geführt. Die Interviewten wurden nach vorheriger Recherche ausgewählt, da sie sich auf verschiedene Weise explizit mit Rassismus und *gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* in Weimar auseinandersetzen und daher als Expert\*innen in diesem Bereich anzusehen sind.

In den Interviews wurde deutlich, dass *rechte Räume* im Sinne von No-Go Areas und Orten, die als durch und durch rechts definiert werden, in Weimar nicht mehr existieren (GR ,I1:1).

Unter *rechten Räumen* verstanden die Interviewten zum einen Orte, an welchen sich markierte Gruppen aufgrund rechter Präsenz unwohl fühlen und diese umgehen oder Orte auf welche Aneignungs- und Störversuche von rechts unternommen werden (GR, I1:1, AT, I4: 3; OL, I5:2).

Dafür müssen die Aneignungsversuche von rechts nicht permanent sichtbar sein. Um Angst zu bekommen, reiche es, auch nur von den Versuchen zu wissen (MA, I2:17) oder vor rechter Präsenz an Orten gewarnt zu werden (OL, I5: 22).

Als Raumanneignungsversuch verstanden Interviewte ebenfalls den Versuch, rechte Meinungen in der Mitte der Gesellschaft zu etablieren (AT, I5:1, MA, I2:1).

So sieht auch GR (I1:2) *Raum* nicht nur als den physischen Raum, sondern auch als den „Raum in den Köpfen“ .

Aktuelle Aneignungsversuche von 2021, welche unter *Provokationsgewinne* fallen, sind das Übersprühen von Stolpersteinen sowie die mehrfache mutwillige Zerstörung einer Antirassismusausstellung vor dem Mon Ami, am Goetheplatz. Das könne als Versuch gedeutet werden, einen eindeutigen „anti-rechts“ Ort um und als rechts zu definieren (GR, I1:3).

Außerdem wurden an einem Kiosk am Sophienstiftplatz sowie an der Hummelstraße Ecke Schillerstraße linke Sticker immer wieder übersprüht oder abgerissen, welche zuvor rechte oder rassistische Stellungnahmen verdeckt hatten (MA, I2:11; OL, I5: 14).

AT (I5: 13) sieht dies als Zeichen, dass, obwohl die „Baseballschläger Zeiten“ vorbei seien, die Haltungen aus dieser Zeit noch existieren.

Als weiterer *Provokationsgewinn* kann die Querdenkendemo am 1. Mai 2021 gewertet werden, da sie ohne Zweifel geschichtsrevisionistische Züge trägt. Nach der Aufhebung eines Urteils, welches einigen Schüler\*innen im Unterricht erlaubt hätte, keine Masken zu tragen, legten die Demonstrierenden weiße Rosen, das einstige Zeichen von Sophie und Hans Scholl vor den Buchenwaldgedenkbildern und am Theaterplatz ab. Diese wurden dann, so schnell es ging, durch engagierte Akteur\*innen der Zivilgesellschaft entsorgt. (GR, I1:15)

Es wurden unter anderem *Räumungsgewinne* aus den letzten Jahren genannt welche jedoch noch immer nachwirken, denn Aneignungs- und Störversuche auf physische Räume treten in Weimar eher temporär auf und wechseln innerhalb des Stadtgebiets. Beispielsweise seien vor einigen Jahren der Goetheplatz und der Theaterplatz von Jugendlichen aus dem rechten Spektrum als ihr Platz definiert worden. Beide Plätze sind zentrale Punkte in der Stadt und daher ein durchgängiges Ziel rechter Aneignungsversuche. (GR, I1:3)

Der Theaterplatz sei außerdem generell beliebt für Kundgebungen - auch bei der AfD. Aber ebenso immer wieder ein Ort, den andere rechte Parteien<sup>8</sup> für Kundgebungen nutzten. Obwohl es selten größere Kundgebungen waren, die medialen Bilder, die sie erzeugen, seien gewollt: „Wir stehen vor dem Nationaltheater, vor der Wiege der Nationalversammlung - und der Raum gehört jetzt uns.“ (GR, I1: 3)

Die Innenstadt sei auch generell ein beliebter Ort für Aneignungsversuche, wobei Demonstrationen sich oft auf den Goetheplatz und Theaterplatz konzentrieren (OL, I5:13). In den Stadtteilen Weimar West, Weimar Nord und Schöndorf lassen AfD Wahlergebnisse auf Affinitäten zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit schließen, jedoch sollen und können diese Stadtteile dadurch nicht stigmatisiert werden.

Allerdings weist AT (I4: 4) darauf hin, dass es in den Stadtteilen vermehrt zu rassistischen Äußerungen kommt. Dahingehend verweist GR (I1: 3) darauf, dass migrantisierte Personen im Stadtteil Schöndorf oft aufgrund ihrer Äußerungen angepöbelt werden, beide geben an das sich dies jedoch nicht nur auf die Stadtteile beschränken lässt und überall auch im Stadtzentrum vorkomme (AT, I4: 4). So berichtet auch OL (I5: 23) von vielen Vorfällen im öffentlichen Nahverkehr. Personen markierter Gruppen würden beleidigt, gestoßen oder geschlagen und erfahren daraufhin meistens keine Unterstützung von Umstehenden.

Zu erheblich vielen rassistisch motivierten Übergriffen kam und kommt es außerdem um das Studierendenwohnheim „Herrenrödchen“ in Weimar Nord. OL ist darüber allerdings nicht verwundert denn das Studierendenwerk „especially move(s) students of colour there from particular regions and so of course they clash. They have a lot of working class white Germans living there and a lot of random international people who don't know how things work of course it's not going to go well.“ (OL, I5:12)

Mittlerweile gibt es außerdem Störversuche von Jugendlichen aus dem rechten Spektrum auf dem Stéphane-Hessel-Platz, welche migrantisierte Personen anpöbeln und Rechtsrock hören. Außerdem kam es am Wielandplatz zu mehreren Übergriffen (MA, I2: 11). Auch OL beobachtet, dass sich während des Lockdowns auf dem Wielandplatz sowie an anderen Orten vermehrt Jugendliche die teils dem rechten Spektrum zuzuordnen sind aufhalten und sich „recht beängstigend und gewaltvoll“ (OL, I5: 4) verhielten und unter anderem Naziparolen benutzten. OL (I5:4) bringt diese Besetzung in Zusammenhang damit, dass sich durch den Lockdown an vielen Orten kaum noch Studierende und andere Personen aufhielten.

Diese Jugendlichen wurden auf die Fragen nach *Räumungsgewinnen* oftmals genannt. MA geht jedoch davon aus, dass viele Jugendliche eher von älteren Personen inspiriert würden und sieht darin ein hohes Gefahrenpotenzial (MA, I2: 10). OL (I5: 16) berichtet in dem Zusammenhang auch von Eltern, welche rechte Ideologien gegenüber anderen Eltern äußern oder diese mit bestimmten Slogans der AfD beleidigen.

Weiterhin kritisiert MA (I2: 8), dass es generell zu wenige öffentliche Räume für junge Menschen in Weimar gibt. Probleme wie Vandalismus würden durch Maßnahmen wie Glasflaschenverbote (Wielandplatz) eher verlagert als gelöst und das Thema rechte Raumeignung gar nicht erst auf städtischer Ebene betrachtet.

---

<sup>8</sup> Patrioten für Deutschland, neue Stärke Erfurt, Dritter Weg.

Ein anderer Vorfall ereignete sich, nachdem das Café Spunk in der Marienstraße 13 zum Gedenken an den rassistisch motivierten Massenmord in Hanau Bilder der Opfer im Laden aushängte, woraufhin das Schaufenster zweimal eingeschlagen wurde. MA (I2: 13) kritisiert, dass dies von den Behörden noch immer nicht als rechtspolitisch motivierte Tat eingestuft wurde. Dadurch würde das Problem nicht anerkannt und keine Maßnahmen dagegen getroffen.

Als Raumgewinne konnten temporäre Veranstaltungen wie der Weihnachtsmarkt, aber vor allem der Zwiebelmarkt ausgemacht werden. Diese ziehen außer Einwohner\*innen auch Personen aus dem Umland Weimars an, welche sich in der Vergangenheit so verhielten, dass manche Personen markierter Gruppen sich während der Veranstaltung lieber nicht mehr aus ihrer Wohnung bewegten (GR, I1: 12; MA, I2: 11). OL (I5: 20) bemerkt ein seit 2020 zunehmendes Gefühl von Feindseligkeit in der Stadt Weimar und obwohl es keine Orte gab an dem OL sich nicht aufhalten konnte, gab es mehrere Orte, an denen OL sich bedroht und unsicher fühlte.

Dass Personen sich nicht mehr aus dem Haus trauen, kann auch mit dem unzureichenden Schutz, den sie sich von der Polizei erwarten, in Verbindung gebracht werden: „Besonders wenn ich die Polizei sah, bekam ich mehr und mehr Angst und versuchte sie zu meiden. Weil ich auch bemerkt habe, dass die Polizei oft mit der AfD spricht, als ob sie Freunde wären und immer so viele von ihnen dort sind um sie zu schützen.“ (OL, I5: 21) Im Interview mit TR (I3: 32-33) wird hinsichtlich der Polizeipräsenz andererseits auch klar, dass durch die vier Streifenwagen und acht Beamt\*innen in Weimar und Weimarer Land nicht ausreichend Schutz für markierte Gruppen vor Übergriffen geboten werden kann.

Warum es in Weimar keine permanenten rechten Räume im Sinne von No-Go Areas gibt, findet sich in den Entstehungsgründen: GR wies darauf hin, wie wichtig Interventionen gegen rechts sind, denn wo einer rechten Veranstaltung nicht widersprochen wird, kann ein rechter Raum entstehen. In Weimar ist, wie bereits erwähnt, der Theaterplatz ein beliebter Ort für rechte Veranstaltungen. Dieser werde jedoch häufig durch demokratische und künstlerische Aktionen besetzt, sodass in dieser Zeit kein Raum für rechte Veranstaltungen bleibt. Auch ansonsten werde gegen rechts interveniert: „In Weimar gibt es keine rechte Veranstaltung, der nicht öffentlich widersprochen wird - und wenn es nur drei Leute sind.“ (GR, I1:14). AT (I4: 10) beschreibt diese Interventionen als wichtig sowie als unterstützend für migrantisierte Personen und Demokrat\*innen, welche sich unwohl beim Anblick eines AfD-Wahlstands fühlten.

Diese Interventionen finden vor allem gegen offizielle Veranstaltung statt, aber wie OL (I5:6) berichtet, gibt es auch in Weimar halbprivate Orte, welche markierten Gruppen bereits bekannt sind und gemieden werden. Zu diesen gehören die „Trödelkneipe“ und das „Eurocafe“ (OL, I5:7).

Zu bestimmten Zeiten würde man außerdem über Telegram informiert, dass gewisse Personen sich am Wielandplatz aufhalten, so dass „man ihn meiden kann“ (OL, I5: 11).

*Normalisierungsgewinne* lassen sich zunächst auf institutioneller Ebene verzeichnen, wenn außer dem physischen Raum und der öffentlichen Meinung auch demokratische Institutionen von rechts besetzt werden.

Ein Beispiel dafür ist das neue AfD-Büro in der Brucknerstraße (MA, I2: 4). Auch die AfD Vertreter\*innen tragen zu einer *Normalisierung* bei. Diese können Haushaltsdebatten

nutzen, um Anträge zu stellen und so versuchen Organisationen und Veranstaltungen die finanzielle Unterstützung zu kürzen. GR (I1: 3) kritisiert daran, dass diese Kürzungen zuerst Initiativen, die sich explizit gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit engagieren sowie Kulturveranstaltungen treffen sollen. Weiterhin könne durch die Veröffentlichung der Anträge sowie deren Begründung in Zeitungen und anderen Medien gegen solche Akteur\*innen geworben und die öffentliche Meinung beeinflusst werden.

Auch im Rathauskurier der Stadt Weimar steht der AfD wie den anderen Parteien eine Rubrik zur Verfügung. An dieser Stelle wurde das Kinderbüro der Stadt Weimar verbal angegriffen, da es auf seiner Homepage eine Grafik zeigte, auf der auch ein Mädchen mit Kopftuch zu sehen war. Daraufhin wurden die offen rassistischen Äußerungen ohne Kritik oder Kommentar seitens der Stadt oder des Stadtrats veröffentlicht, worin GR eine Art von Raumeaneignung sieht, welche erst durch die fehlende Intervention ermöglicht wurde. (GR, I1:15)

Auch AT (I5: 6) sieht in der AfD die Legitimation rechter Gedanken in der Politik. Die AfD nutze dafür die aktuellen Krisen wie die Überforderung mit dem Zuzug an Geflüchteten 2015 und nun die Corona Pandemie, um die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen (AT, I5: 13).

Die damit verbundene oder auch unabhängige Unzufriedenheit mit den eigenen Lebensumständen spielen der AfD Sympathisant\*innen zu. Denn sich selbst stellt die AfD als die Partei dar, die jenen Unzufriedenen die Chancen und Möglichkeiten bieten würde, welche die aktuelle Politik ihnen verwehrt. Vor diesem Hintergrund scheint es auch OL logisch, dass bestimmte Gruppen mit der AfD sympathisieren: „Then of course, it makes you feel like, OK where can I turn. OK there is this group (AfD) that is taking care of my interests, even if they are not in other peoples or society's interests.“ (OL, I5: 17).

AT stellt eine höhere Akzeptanz gegenüber rechter Einstellungen fest, welche AT auch mit der Art und Weise in Verbindung setzt wie sich rechte Parteien und Personen damals und heute präsentieren: In den 90er-Jahren war die Gesellschaft gegen rechte Einstellungen, auch weil diese leichter erkennbar waren. Heute wären rechte Einstellungen nicht mehr einfach an der Kleidung und dem Haarschnitt festzumachen: Da das Spektrum rechter Einstellungen sich inzwischen geweitet hat und Vertreter\*innen nun nicht mehr im selben Maß mit roher Gewalt abschrecken, dürfen sie politisch agieren (AfD). Migrantisierte Personen würden rassistische und im weiteren Sinne rechte Einstellungen dennoch an den Blicken, von denen sie getroffen werden zu spüren bekommen. (AT, I5: 14)

Als weiterer *Normalsierungsgewinn* kann das jährlich stattfindende Pfingstfestival auf Schloss Ettersburg gewertet werden. Veranstaltet durch den CDU-Fraktionsvorsitzenden Peter Krause, werden dorthin verschiedene Redner\*innen eingeladen, unter anderem aus dem Spektrum der neuen rechten wie Karlheinz Weißmann und Thilo Sarrazin<sup>9</sup>. Aber auch

---

<sup>9</sup> Karlheinz Weißmann: Publizist des Magazins „Cato“, welches inhaltlich dem völkischen Flügel der AfD nahesteht (Heitmeyer 2020:67). Thilo Sarrazin: Autor des Bestsellers „Deutschland schafft sich ab“, worin er sich muslimfeindlich im Hinblick auf Deutschlands Entwicklungen äußert sowie ein Menschenbild, welches auf ökonomischer Nützlichkeit beruht, verwendet (Heitmeyer 2020:120).

Redner\*innen aus dem linken Spektrum wie Sahra Wagenknecht<sup>10</sup> „(...) damit es nicht heißt, der lädt ja nur Rechte ein.“(GR, I1: 11).

Dort halte sich die bürgerliche Mitte auf, nicht nur primär, um die Redner\*innen zu hören, sondern auch wegen der Konzerte. Dennoch biete diese Veranstaltung eine Plattform, um die sogenannte bürgerliche Mitte anzusprechen und gezielt die öffentliche Meinung zu beeinflussen, weswegen GR (I1: 11) sie als besorgniserregend einstuft.

Als gescheiterte *Normalisierungsgewinne* kann der Ausschluss eines bekannten Apoldaer Neonazis aus einem Weimarer Schießverein gewertet werden. Dieser konnte aufgrund der Intervention mehrerer Akteur\*innen aus dem Schießverein ausgeschlossen werden. (GR, I1: 7)

Ebenfalls als gescheitert kann der Versuch, ein AfD-Stammtischlokal auf der Trierer Straße zu eröffnen, bezeichnet werden. Es sei nicht ganz klar, warum jedoch merkt GR (I1:9) an, dass es zahlreiche Demonstrationen dagegen gab und ebenfalls sehr viele Personen aus der Nachbarschaft intervenierten. In dem Fall seien darunter viele Personen aktiv geworden, welche dies eher nicht bei anderen Demonstrationen gegen rechts waren, jedoch in diesem Fall massiven Widerstand leisteten, um ihr Viertel zu schützen.

## 6.2 Ergebnisse der Straßenumfragen

Die Straßenumfragen wurden in dem Zeitraum zwischen 10. Januar und 16. Januar 2022 durchgeführt und umfassen insgesamt 27 Gespräche. Standorte für die Befragungen waren die Weimarer Altstadt, das Gelände der Universität, im und um das Einkaufszentrum „Atrium“ sowie ein Supermarktparkplatz im Stadtteil Weimar West.

Die *Provokationsgewinne* in Weimar wurden mit drei Frageitems erhoben. Auf die Frage „Wo sehen sie Plakationen und/oder Sticker von rechten Organisationen/der Querdenken-Bewegung/der AfD“ berichteten die Befragten von Stickern rechter Organisationen in der Windmühlenstraße/Südstadt. Diese befinden sich zum größten Teil an den Briefkästen und Laternen, würden aber immer wieder schnell entfernt werden. Einige Befragte berichteten vor allem über Plakationen der Partei AfD, welche zum Teil besonders hoch an den Laternen befestigt waren; vermutlich um das Entfernen und Beschmieren zu erschweren. Diese befinden sich an vielen Orten Weimars, wie zum Beispiel an den hochfrequentierten Hauptstraßen Weimars, der Erfurter Straße, Steubenstraße, Carl-August-Allee und der Lisztstraße. Auch weiter außerhalb des Stadtzentrums nahmen die Befragten Plakationen und/oder Sticker besagter Akteur wahr<sup>11</sup>. Bezüglich der ersten Frage wurde außerdem von spezifischen Beobachtungen berichtet, welche aber nicht konkret einer der Akteure zuzuordnen ist; es wurden dabei Sticker und Plakationen in der gesamten Innenstadt überwiegend nach rechten Veranstaltungen, wie die *Spaziergänge* montags und dienstags, wahrgenommen, welche sonst lediglich vereinzelt in der Nordvorstadt, auf der Strecke zwischen Bahnhof bis Innenstadt und in der Nähe der Freien Waldorfschule in Oberweimar aufzufinden waren. Bei der Antirassismus Ausstellung am Mon Ami und in der Unterführung

---

<sup>10</sup> Sahra Wagenknecht: Abgeordnete im deutschen Bundestag für die Partei „die Linke“.

<sup>11</sup> Nora, Dörfer um Weimar herum, Weimar West.

am Hauptbahnhof wurden Sticker aus dem rechten Spektrum wahrgenommen. Ebenso wurde von einer Person von der Edeka-Filiale in der Erfurter Straße berichtet, dass es dort antisemitische Vorkommnisse gab.

Des Weiteren handelt es sich um Aktionen wie das Entfernen von linken Plakationen, dem Beschmieren von Stolpersteinen und linken Plakaten sowie dem Plakatieren mit Aussagen wie „Ausländer raus“ oder Hakenkreuzen - derartige Beschmierungen würden aber zügig wieder entfernt. In der Coudraystraße wurden ebenso linke Plakate verschmiert. Eine befragte Person berichtete über die besondere Auffälligkeit, dass viele Sticker mit linkspolitischen Themen rund einmal die Woche übersprüht oder abgekratzt werden. Zudem wurden Plakationen zu der Gegendemonstration gegen den III. Weg sowie Gedenkplakate an Hanau übersprüht und gewaltvoll entfernt<sup>12</sup> und Autoreifen<sup>13</sup> zerstochen.

Öffentliche Kurzauftritte von rechts eingestellten Menschen, Querdenken Anhänger\*innen und der AfD wurden ebenfalls von einem Teil der Befragten wahrgenommen. Das Bahnhofsareal sowie der Weg vom Bahnhof zur Innenstadt wurde bzgl. öffentlicher Kurzauftritte von rechts eingestellten Menschen genannt; dies passiert vor allem bei Fußballereignissen zwischen den Fußballvereinen FCC Jena und RWE Erfurt sowie bei Demonstrationen, bei denen der Treffpunkt der Hauptbahnhof ist. Des Weiteren berichteten die Befragten von Veranstaltungen am 1. Mai sowie dem 20. April.<sup>14</sup> jeden Jahres, bei welchen öffentliche Kurzauftritte stattfinden, die jedoch nicht einem der erfragten Akteure zuzuordnen sind. Eine Person berichtete, dass sich rechte Gruppierungen vor allem im Untergrund bewegen, schwer erkennbar sind und nur für bestimmte Veranstaltungen von außerhalb nach Weimar kommen.

Unter der Kategorie der *Räumungsgewinne* wurde erhoben, wo es in Weimar Gewalt von rechten Organisationen, der Querdenken-Bewegung und der AfD gegen PoC und/oder links gelesene Menschen gibt. Auf diese Frage wurde sehr häufig das Café Spunk in der Marienstraße 3 genannt. Es außerdem wurde von den Spaziergängen der Querdenken-Bewegung jeden Montag am Theaterplatz und Goetheplatz berichtet. Bei Letzteren berichtete eine Person von gewalttätigen Ausschreitungen und geworfenen Flaschen während der Veranstaltung. Des Weiteren wurden rechte Veranstaltungen<sup>15</sup> mit den dazugehörigen Gegendemonstrationen genannt, bei denen Gegendemonstrant\*innen und migrantisch gelesene Personen angegriffen wurden. Im Bezug auf das Atrium wurde berichtet, dass dort Beschimpfungen gegen eine ausländisch gelesene Person beobachtet wurden. Auf einer Demonstration am 1. Mai wurden außerdem vereinzelt Hitlergrüße wahrgenommen. Hinzukommend wurde von Jugendlichen des rechten Spektrums berichtet, welche überwiegend an öffentlichen Orten wie dem Stéphane-Hessel-Platz, Wielandplatz oder dem Campus.Garten wahrgenommen werden.

Eine befragte Person erklärte, dass die Stadt Weimar allgemein für Menschen gefährlich sei, welche in das „Feindbild“ von rechts-konservativen und Neo-Nazis passen, die Gefahr von

---

<sup>12</sup> Café Spunk, Reserve Bank, Standpunkt der AWO, Brotklappe.

<sup>13</sup> mit linken Stickern.

<sup>14</sup> Der 20.04.1889 ist der Geburtstag von Adolf Hitler und wurde während des Nationalsozialismus als *Führergeburtstag* landesweit gefeiert.

<sup>15</sup> 20. August 2021.

Übergriffen jeglicher Art sei aber vor allem bei Volksfesten wie dem Zwiebelmarkt, Weihnachtsmarkt oder bei den Querdenken-Spaziergängen montags und dienstags besonders hoch. Außerdem wurde von einem Vorfall berichtet, bei dem eine bekannte Aktivistin mit dem Fahrrad in der Innenstadt angefahren wurde und mit dem Ausruf „Zecke!“ von einer Personengruppe beschimpft wurde, welche der Querdenken-Bewegung zuzuordnen war.

Es gab jedoch auch einige Befragte, welche Orte, an denen es Gewalt gegen PoC und/oder Menschen aus der linken Szene nicht kennen oder deren Existenz in Weimar ausschließen. Auf die Frage, an welchen Orten sich rechte Organisationen, Querdenken-Bewegungen und die AfD mit ihren Aktionen konzentrieren, wurde entgegnet, dass sich diese Bewegungen privat konzentrieren und konkret anlassbezogen sind. Entgegen dazu wurde dahingehend von anderen Befragten Demonstrationen in der Innenstadt sowie am Bahnhofsareal wahrgenommen, denn da sind „Leute am Platz, die man nicht treffen möchte“. Generell wurde bezüglich temporärer *Räumungsgewinne* sehr häufig der gesamte Bahnhof während Demonstrationen, daneben aber auch Orte wie die Nordvorstadt, Innenstadt und Weimar West.

Die Kategorie der *Raumgewinne* beinhaltet die Frage, welche Orte von PoC und/oder Menschen aus der linken Szene aufgrund von Präsenz rechter Organisationen, der Querdenken-Bewegung und der AfD umgangen werden. Darauf nannte ein Teil der Befragten Orte wie Weimar-West, Nordvorstadt und den Vorplatz des Bauhausmuseums. Diese Aussagen konnten aber nicht mit konkreten Beispielen belegt werden, sondern waren subjektive und abhängig von der jeweils befragten Person. Denn tatsächlich hielten sich Befragte welche die Ortsteile angaben, selbst wenig dort auf. Währenddessen gaben alle Personen die in Weimar West befragt wurden an, dort wenig bis keine *Räumungsgewinne* wahrzunehmen und verorteten diese eher im Stadtzentrum. Der Theaterplatz ist vor allem abends ein Ort der von manchen Menschen gemieden wird; ein\*e Befragte\*r berichtete von einer Person auf dem Theaterplatz, welche zu späterer Stunde Menschen mit „rechter Hetze“ belästigte. Des Weiteren werde der Stéphane-Hessel-Platz am Bauhaus Museum, der Weimarahallenpark und der Wielandplatz ebenso nachts von einigen Menschen aufgrund von Jugendgruppen des rechten Spektrums umgangen. Darauf würde jedoch auch reagiert: „Wir lassen uns von Rechten nicht den Platz wegnehmen“ (Zitat aus Straßenumfrage).

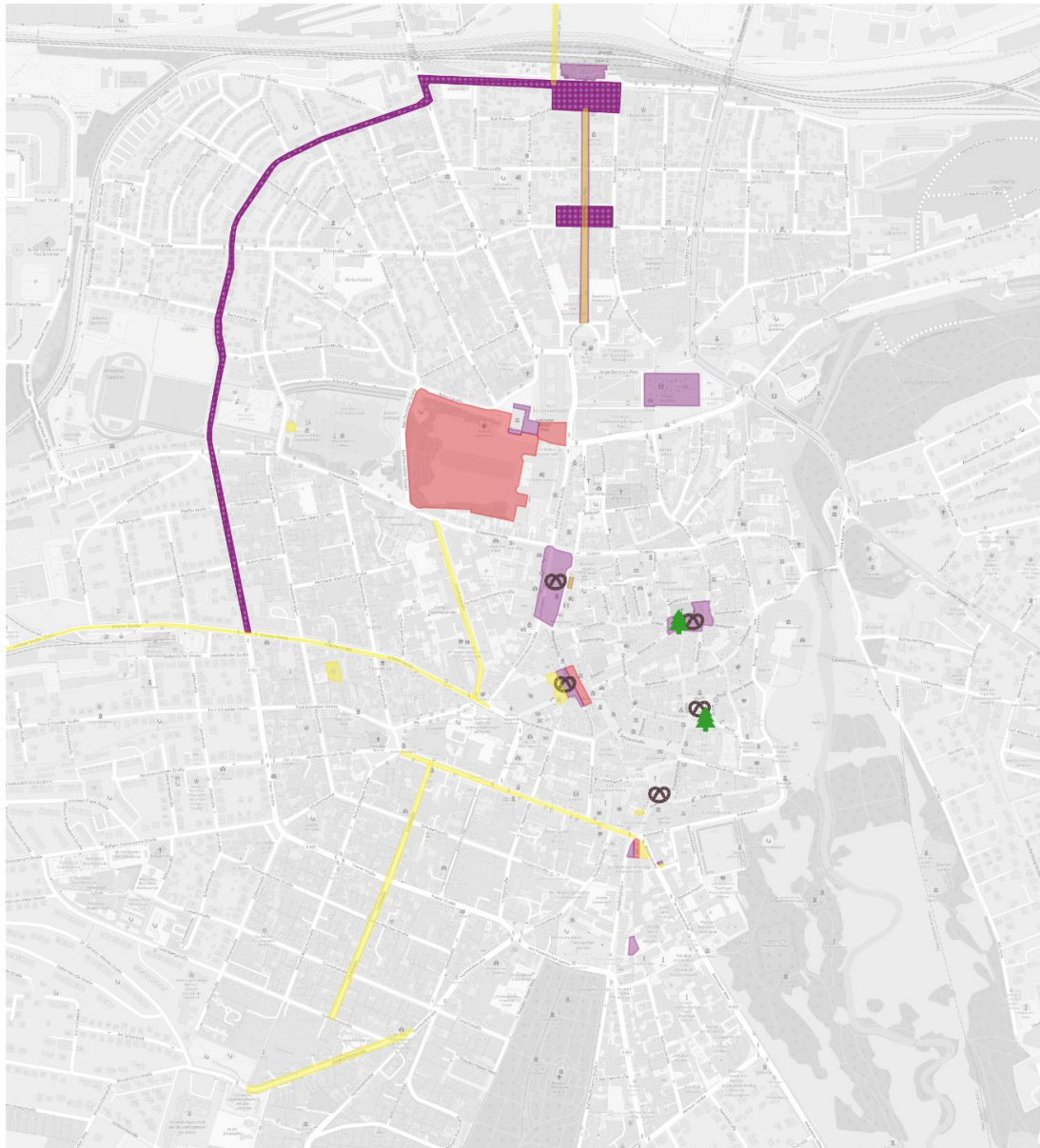
Die Kategorie der *Normalisierungsgewinne* erhebt, wo rechts eingestellte Menschen, Anhänger\*innen der Querdenken-Bewegung und Anhänger\*innen der AfD selbstverständlich und selbstbewusst auftreten. Auf die Frage, wo Befragte erleben, dass rechte Ansichten keinen Diskurs auslösen, antworteten sie weniger mit konkreten Ortsangaben, sondern allgemein: auf Querdenken-Demonstrationen, im Arbeitsumfeld, im privaten und familiären Kontext. Des Weiteren wurde erwähnt, dass rechte Akteur\*innen unter anderem hochfrequentierte Orte aufsuchen um dort auf sich aufmerksam zu machen. Es wurde dahingehend berichtet, dass die *Grenzen des Sagbaren* im persönlichen Umkreis von Freund\*innen, Arbeitskolleg\*innen und Familienmitgliedern ausgereizt und überschritten würden, die Befragten aber entweder keinen Anlass sehen, sich dagegen zu äußern oder den politischen Diskurs und damit verbundene Konflikte vermeiden möchten. Die geringere Bereitschaft, Konflikte innerhalb sozialer Nahbeziehungen zu thematisieren, ist genau das was im Kapitel *Konzentrisches Eskalationskontinuum* als *Anpassungsdruck* beschrieben wurde.










## 6.3 Kartierungen

Rechte Raumeignungsversuche

Ergebnisse aus der Straßenumfrage  
vom 11.01.-16.01.2022



Legende

- |  |  |
|--|--|
|  Provokationsgewinne            |  Räumungsgewinn durch Demonstrationen |
|  Räumungsgewinn Weihnachtsmarkt |  Räumungsgewinne                      |
|  Räumungsgewinn Zwiebelmarkt    |  Raumgewinne                          |
|  |  Normalisierungsgewinne               |



## Rechte Raumeignungsversuche







Ergebnisse Migrantifa, Mobit,

Expert\_inneninterviews

Das Studentenwohnheim "Am Herrenrödcen 1a-d" und Umgebung



### Legende

- |  |  |
|--|--|
|  Provokationsgewinne            |  Räumungsgewinn durch Demonstrationen |
|  Räumungsgewinn Weihnachtsmarkt |  Räumungsgewinne                      |
|  Räumungsgewinn Zwiebelmarkt    |  Raumgewinne                          |
|  |  Normalisierungsgewinne               |

## 7 Diskussion

Folgend werden die Ergebnisse der Forschung hinsichtlich der Bedeutung von zivilgesellschaftlichem Engagement, den räumlichen Gelegenheitsstrukturen, möglichen *Normalisierungsgewinnen* durch rechte Akteure und der allgemeinen Diskussionsbereitschaft der Stadtbevölkerung in Weimar diskutiert.

### Zivilgesellschaftliches Engagement

Die Expert\*innen-Interviews machten deutlich, dass *rechte Raumaneignungsversuche* in Weimar mit einem hohen zivilgesellschaftlichen Engagement entgegengetreten wird. Wie eingangs erwähnt, empfanden viele Interviewte Weimar als eine Art Insel in Thüringen, was dies betreffe. Das zeigte sich besonders gut am Beispiel der benachbarten Stadt Jena: Führende Rechtsextremist\*innen verlagerten ihren Wohnsitz aufgrund von zivilgesellschaftlichem Engagement zwar aus Jena heraus, aber anschließend ins Umland nach Kahla. Dort war es bereits zuvor nicht gelungen, ausreichend Widerstand gegen rechts zu mobilisieren, weshalb eine Normalisierung rechtsextremer Strukturen gelang. (Heitmeyer et al. 2020: 292)

Auch in den Umfragen wurde eine solche Verlagerung aus Weimar deutlich: „Freunde von mir treffen sich manchmal an geheimen Orten und sind dort Nazis“, berichtete eine vierzehnjährige Person. Aus solchen Aussagen kann gefolgert werden, dass das zivilgesellschaftliche Engagement innerhalb Weimars Wirkung zeigt, da es dazu führt, dass extrem rechte Personen sich im Geheimen außerhalb der Stadt treffen. Trotzdem kann dies nur als ein Teilerfolg gewichtet werden, denn rechte Strukturen können zunächst lediglich ins Umland verdrängt werden.

### Gelegenheitsstrukturen

Ländliche Gebiete, wie sie sich auch um Weimar herum befinden, weisen nach Heitmeyer nicht zu unterschätzende *Gelegenheitsstrukturen* für *rechte Raumaneignungsversuche* auf (vgl. Heitmeyer 2020: 205). In Regionen mit schwächer werdenden Vereinsstrukturen sowie Freizeitangeboten verbunden mit einer Reduzierung der Polizeipräsenz, ist es leichter für rechtsextreme sich als „Kümmerer“ zu etablieren (Heitmeyer 2020: 203). Zumindest die schwache Polizeipräsenz konnte für das Forschungsgebiet in einem Interview bestätigt werden, daraus ging hervor, dass für Weimar sowie das Weimarer Umland gerade einmal vier Streifenwagen mit acht Beamten zur Verfügung stehen (TR, I3: 32-33). Es ist also anzunehmen, dass diese geringe Anzahl kaum hinreichend Schutz für markierte Gruppen bieten kann. Als weiteres Problem beschreibt Heitmeyer die „Verharmlosung und Relativierung rechter Jugend- und Subkulturen, häufig einhergehend mit der Kriminalisierung linker Gegenkulturen“ (Heitmeyer 2020: 203). Sobald sich eine solche rechte Jugendkultur etabliert hat, sind in dörflichen und kleinstädtischen Regionen die alternativen Integrationsräume begrenzt, Jugendliche können kaum in einen anderen Freundeskreis wechseln. (vgl. Heitmeyer 2020: 203)

Dass Weimar jedoch nicht wie eine Insel als von seiner Umgebung abgekoppelt betrachtet werden kann, deutet sich in stichprobenartigen Befragungen von insgesamt 13 Jugendlichen am Wielandplatz und Stéphane-Hessel-Platz an. Einige gaben an, abends oft aus den umliegenden Gemeinden nach Weimar zu fahren und wiesen darauf hin, dass es viele der Jugendlichen, die sich zu diesem Zeitpunkt am Wielandplatz aufhielten, ebenfalls täten.

Aus den Umfragen und auch den Interviews ging wiederum hervor, dass bestimmte Orte, unter anderem der Wielandplatz und Stéphane-Hessel-Platz aufgrund der Präsenz von Jugendgruppen, die dem rechten Spektrum zuzuordnen sind, gemieden werden sowie, dass *Aneignungsversuche* in Weimar generell eher temporär sind und sich innerhalb der Stadt bewegen. In Bezug auf die Jugendlichen kann somit angenommen werden, dass es sich zunächst ebenfalls um *temporäre Aneignungsversuche* handelt, die sich allerdings auch aus der Umgebung heraus hinein in das Stadtgebiet bewegen.

Gibt es in Weimar *Normalisierungsgewinne*?

Das Ettersburger Pfingstfest wurde in der Forschung als *Normalisierungsgewinn* gewertet, denn zur Ausdifferenzierung des rechtsextremen Spektrums trägt dort in Weimar der CDU-Fraktionsvorsitzende und Veranstalter des Pfingstfestivals, Peter Krause, bei. Durch die Veranstaltung trägt er „wissentlich oder unwissentlich (...) zur Transmission und Normalisierung systemfeindlicher Narrative bei“ (Heitmeyer 2020:267), indem er bestimmten Personen eine Bühne, sowie der sogenannten Mitte der Gesellschaft einen Zugang zu dieser gibt. Auf dieser Bühne kam bereits Thilo Sarrazin zu Wort, welcher nach Heitmeyer als „Transmissionsakteur in die rohe Bürgerlichkeit“ agiert (Heitmeyer 2020:120). *Transmissionsakteure* tragen zur Normalisierung bestimmter Narrative und Deutungsrahmen bei wie dem Untergang des deutschen Volkes, dem Opfermythos oder einem vermeintlichen Bevölkerungsaustausch bei. Jene Deutungsrahmen wurden auch wiederholt von rechtsterroristischen Täter\*innen als Begründung für ihr Handeln herangezogen. Außer ihnen bedient sich aber eben auch Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ bereits im Titel an dem Narrativ des Untergangs des deutschen Volkes. (Heitmeyer 2020:120)

Als weiterer Redner war ebenfalls der Publizist Karlheinz Weißmann zu Gast. Er ist Initiator des Magazins „Cato“, welches zu einem Netzwerk gehört, dessen „(...) Publikationsorgane die Ideologie des *autoritären Nationalradikalismus* verbreiten und dessen Handeln legitimieren“ (Heitmeyer 2020:118). Weiterhin steht es dem völkischen Flügel der AfD nahe, dessen Repräsentant\*innen ebenfalls oben genannte Narrative verwenden (Heitmeyer 2020:67). Weißmann ist daher in seiner Position als *Ideologieaufrüster* einzustufen (vgl. Heitmeyer 2020:118).

Doch noch ein weiterer *Normalisierungsgewinn* wird anhand des Ettersburger Pfingstfest ganz klar: die Erosion der Abgrenzung von CDU gegenüber der AfD. Dieser Prozess wird von der AfD begrüßt und von dieser auch zukünftig in Deutschland erwartet (Heitmeyer 2020:125). Das Event beinhaltet dieser näheren Betrachtung nach, mehrere Mechanismen des *Eskalationskontinuums* und wurde von GR (I1: 11) zu Recht als sehr besorgniserregend eingestuft.

## Zur Diskussionsbereitschaft der Stadt Weimar

In Weimar gibt es *Provokationsgewinne*, mit denen rechtsextreme Gruppen ihre Anwesenheit im öffentlichen Raum markieren. *Räumungsgewinne*, bei denen markierte Gruppen aus öffentlichen Räumen vertrieben werden, sind temporär festzustellen. Beispiele hierfür sind der Zwiebelmarkt oder der Weihnachtsmarkt. GR zufolge gibt es Menschen, die sich wegen rechtsextremer Gruppen dort nicht hin trauen. Festzuhalten ist auch, dass auf diese *Raumaneignungsversuche von rechts* im öffentlichen Raum, antirassistische Interventionen erfolgen. Diese Interventionen konnten die Besetzung des öffentlichen Raums (*Raumgewinne*) sowie *Normalisierungsgewinne* verhindern.

In alltäglichen Situationen dagegen, welche sich nicht räumlich lokalisieren lassen, sind erste *Normalisierungsgewinne* rechter Ideologien erkennbar. In den Umfragen antworteten mehrere Befragte auf die Frage, wo rechte Einstellungen akzeptiert werden, dass sie rechte Äußerungen von Familienmitgliedern häufig unkommentiert lassen- obwohl sie diese Einstellung nicht teilen. Der Befund, dass innerhalb sozialer Nahbeziehungen häufig eine geringere Bereitschaft besteht Konflikte anzusprechen, deckt sich mit Heitmeyers Beschreibung des *Anpassungsdrucks* (Heitmeyer et.al 2020: 187-188). Der *Anpassungsdruck* ist eine *Gelegenheitsstruktur*, also eine soziale Rahmenbedingung, welche die Etablierung *gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* ermöglicht oder erleichtert (Heitmeyer et.al 2020: 187+188). Heitmeyer zufolge kann der Etablierung rechter Gruppen durch offensive Konfliktaustragung in der Gesellschaft entgegengewirkt werden (Heitmeyer et.al 2020: 188). Daher stellt sich die Frage: Inwiefern werden politische Diskussionen in Weimar offensiv angegangen und ausgetragen?

## 8 Fazit

Ziel der vorliegenden Studie war es, *rechte Raumaneignungsversuche* in Weimar zu erforschen, zu analysieren und anschließend zu kartieren. Eine Analyse der *Raumaneignungsversuche* wurde durch die Interviews und Straßenumfragen vorgenommen. Die Problematik wurde erstmalig wissenschaftlich beforscht und betroffene Stellen verortet. Dabei wurde herausgefunden, dass sich *rechte Räume* nicht an physische Stadt- und Straßengrenzen halten, sondern sich vielmehr sozial immer dann niederschlagen, wenn ihnen Anlass dazu geboten wird: Aktuell geschieht dies wirkmächtig durch die AfD und die Querdenken-Bewegung.

Die Kartierungen der Straßenumfragen, Expert\*innen-Interviews und Rechercheergebnisse erlauben mit einem Blick die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Ergebnisse zu erkennen. Es ist ersichtlich, dass das Bahnhofsareal sowie die Demonstrationsroute bei beiden Kartierungen als *Provokationsgewinne* wahrgenommen wurden. Zudem nannten die Teilnehmenden der Umfragen im öffentlichen Raum sowie die interviewten Expert\*innen den Weihnachtsmarkt und den Zwiebelmarkt als einen *Räumungsgewinn*. Weitere Überschneidungen sind das Café Spunk als *Provokations-* und *Räumungsgewinn*, der Theater- und Goetheplatz, Wielandplatz und Stéphane-Hessel-Platz als *Provokationsgewinne*. Als unterschiedlich wurden der Buchenwaldplatz (Expert\*innen-Interviews: *Räumungsgewinn*/ Straßenumfragen: *Provokationsgewinn*) sowie der Weimarahallenpark (Expert\*innen-Interviews: *Räumungsgewinn*/ Straßenumfragen:

Raumgewinn) wahrgenommen. Darüber hinaus zeigt die Kartierung der Expert\*innen-Interviews noch weitere explizite Orte, wie zum Beispiel die Standorte der Zeitzeugen Ausstellung, den Kiosk am Busbahnhof, Campus.Garten, das Studierendenwohnheim „am Herrenrödchen“ sowie die Trödelkneipe und das Eurocafé. Wohingegen die Kartierung der Straßenumfrage, Straßenzüge markiert, wie zum Beispiel die Windmühlenstraße, Lisztstraße, Steubenstraße, Erfurter Straße und Coudraystraße.

Doch wie kommt es zustande, dass die Expert\*innen und Teilnehmenden der Straßenumfragen teils unterschiedliche Wahrnehmungen bzgl. *rechter Raumaneynungsversuche* haben? Die Ursache kann darin liegen, dass die Expert\*innen in der antirassistischen Arbeit tätig sind und somit eine ganz andere, geschärfte Wahrnehmung haben als Menschen, die nicht beruflich oder in ihrer Freizeit politisch aktiv sind. Menschen, die sich aus Eigeninitiative mit dem Thema Rassismus beschäftigen oder in antirassistischen Organisationen tätig sind, sind mehr sensibilisiert und nehmen dadurch bewusster *rechte Räume* wahr. Zudem haben die Expert\*innen durch ihre Arbeit direkten Kontakt zu Betroffenen, aktivistischen Menschen und sind häufig mit anderen Organisationen und Initiativen vernetzt, während Proband\*innen der Straßenumfragen zum Teil weniger aktivistisch und/oder betroffen sind; sie *müssen* sich nicht mit dem Thema auseinandersetzen wenn sie nicht *wollen*. Bürger\*innen konnten je nach persönlichen Erfahrungen sowie persönlichem Interesse an politischer Bildung viele oder wenige Orte benennen.

Wahrgenommen werden *Raumaneynungsversuche* sowohl im öffentlichen- als auch im privaten Raum. Im öffentlichen Raum gibt es eine größere Bereitschaft für antirassistische Interventionen in Form von Konfrontation durch Demonstrationen, Kundgebungen und Ausstellungen als im privaten Raum. Dies lässt sich auf eine höhere Distanz zurückführen: Personen, die rassistische Äußerungen und Verhaltensmuster im privaten Raum wahrnehmen und diese Einstellungen nicht teilen, stehen den Personen mit rechten Verhaltensmustern häufig persönlich oder beruflich nahe. Diese Nähe senkt die Bereitschaft zu intervenieren, weil die dadurch entstehenden Konfliktsituationen direkt Auswirkungen auf die intervenierende Person haben könnte. Im physischen Raum dagegen finden antirassistische Interventionen gegen Personen und Institutionen statt, die den intervenierenden Personen nicht persönlich oder beruflich nahestehen, was die Bereitschaft Konflikte auszutragen erhöht.

Organisiert werden antirassistische Interventionen im öffentlichen Raum meist von engagierten und aktivistischen Bürger\*innen und Institutionen. Eine Herausforderung der Forschung war die eigene Positionierung innerhalb des Forschungsfeldes: Da die Forscherinnengruppe ausschließlich aus *Weiß* gelesenen Personen bestand, war das Thematisieren und Erfragen von Rassismuserfahrungen in Weimar mit Unsicherheiten verbunden. Befragte sollten sich durch unsere Forschung unter keinen Umständen bedrängt oder unfreiwillig mit der Erinnerung an möglicherweise retraumatisierende Erfahrungen konfrontiert werden.

Die Beachtung all dieser komplexen Zusammenhänge im speziellen Fall Weimars war eine Herausforderung, der im Rahmen der Forschung nicht gänzlich nachgegangen werden konnte. Für die Beantwortung der Forschungsfrage haben sich die Theorien von Heitmeyer et al., aufgrund ihres anwendungsorientierten und soziologischen Ansatzes als besonders geeignet angeboten; für die weiterführende Forschung ist jedoch der Miteinbezug von

weiterer Literatur bzgl. rechtsextremistischer Grundlagenforschung für eine weitere Erforschung notwendig.

Auch wenn dieses Projekt keine repräsentative Forschung ist, konnten *rechte Rauman eignungsversuche* in Weimar festgestellt und lokalisiert werden. Festzuhalten ist auch, dass viele der Befragten, egal ob Expert\*innen oder befragte Bürger\*innen, großes Interesse am Forschungsthema haben und weiteren Forschungsbedarf sehen. Dazu wäre eine groß angelegte Studie mit einer größeren Stichprobenanzahl sinnvoll. Auch umfassendere Interviews mit weiteren Expert\*innen, wie zum Beispiel dem Jugendhilfeträger *Trudel 11 e.V.* oder dem studentischen *Netzwerk Welcome Weimar*, zum Thema Rechtsradikalismus in Weimar und Umgebung wären hilfreich, um das Forschungsbild zu vervollständigen und zu überprüfen. Auch die räumliche Ausweitung der Forschung über die Stadtgrenzen hinaus würde Aufschluss über Zusammenhänge im Hinblick auf rechte Raumagiationen bieten. Gerade auch die ländliche Raumnahme von Rechtsextremist\*innen und sogenannten „völkischen Siedler\*innen“, könnte dabei untersucht werden (vgl. Amadeu Antonio Stiftung). In einer größer angelegten Forschung müssten auch die dynamischen gesellschaftlichen Umbrüche, die sich aus der Corona-Pandemie und den weiter zunehmenden Wahlerfolgen der AfD zusammensetzen, stärker mitgedacht werden; und das sowohl auf lokaler, wie auch auf nationaler Ebene. Da Städte und Regionen insbesondere für Menschen geplant werden, ist es wichtig, bei der Stadtplanung sowie in der Stadtsoziologie auf die subjektive Erfahrbarkeit des Raums Rücksicht zu nehmen. Dazu zählt auch das Sicherheitsempfinden aller Bürger\*innen. Außerdem sollte der Diskurs in Städten und Gemeinden ebenso wie in allen Bildungseinrichtung, durch konkrete Angebote angestoßen werden, um der Ausbreitung *rechter Bedrohungsallianzen* entgegenzuwirken.



## Literaturverzeichnis

AfD Thüringen (o.D.): 10 Thesen für Thüringen. URL: <https://www.afd-thueringen.de/programmatur/> (letzter Zugriff am 12.02.2022).

Alternative für Deutschland (o.D.): Die Impfpflicht ist ein historischer Wortbruch. URL: <https://gesund-ohne-zwang.de> (letzter Zugriff am 12.02.2022).

Alternative für Deutschland (2021): Deutschland. Aber Normal. Programm der alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag. URL: [https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2021/06/20210611\\_AfD\\_Programm\\_2021.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf) (letzter Zugriff am 12.02.2022).

ARD (2020): Wie AfD und rechte Gruppen Corona zur Hetze gegen Flüchtlinge nutzen. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=nNXDpopYH9c> (letzter Zugriff am 12.02.2022).

Amadeu Antonio Stiftung (o.D.): Völkische Siedler\*innen im ländlichen Raum. Basiswissen und Handlungsstrategien. URL: [https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/voelkische\\_siedler\\_web.pdf](https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/voelkische_siedler_web.pdf) (letzter Zugriff am 13.02.2022).

Der Bundestagswahlleiter (2021): Die Bundestagswahl 2021. URL: <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021/ergebnisse/bund-99/land-16/wahlkreis-193.html> (letzter Zugriff am 12.02.2022).

Duden (o.J.): Agitation, die. URL: Duden | Agitation | Rechtschreibung, Bedeutung, Definition, Herkunft (letzter Zugriff am 08.03.2022).

Groß, Eva; Zick, Andreas; Krause, Daniela (2012): Von der Ungleichwertigkeit zur Ungleichheit: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/130404/von-der-ungleichwertigkeit-zur-ungleichheit-gruppenbezogene-menschenfeindlichkeit/> (letzter Zugriff am 10.02.2022).

Heitmeyer, Wilhelm / Freiheit, Manuela / Sitzler, Peter (2020): Rechte Bedrohungsallianzen. Suhrkamp Verlag Berlin.

Jaschke, Hans-Gerd (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder. Wiesbaden.

Junge Alternative Landesverband Thüringen: Impressum. URL: <https://www.ja-thueringen.de/impressum> (letzter Zugriff am 13.02.2022).

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (2017): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rassismuskritik. URL: [https://www.demokratie-bw.de/fileadmin/demokratie-bw/redaktion/pdf/Broschuere\\_Doku\\_GMF\\_ansicht.pdf](https://www.demokratie-bw.de/fileadmin/demokratie-bw/redaktion/pdf/Broschuere_Doku_GMF_ansicht.pdf) (letzter Zugriff am 12.02.2022).

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (o.D.): Rechtsextremismus. URL: <https://www.demokratie-bw.de/rechtsextremismus#c24897> (letzter Zugriff am 10.02.2022).

Löw, Martina (2001): Raumsoziologie. Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main.

MDR Thüringen (2021): Weimar: 1.200 Menschen demonstrieren gegen Aufmarsch von 120 Rechtsextremisten. URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/weimar/demo-neonazis-rechtsextremisten-polizei-gegendemo-100.html> (letzter Zugriff am 04.03.2022).

Migrantifa Weimar (o.D.): Chronik. URL: <https://migrantifaweimar.noblogs.org/chronik/> (letzter Zugriff am 10.02.2022).

Mobile Beratung Thüringen (MOBIT) (o.D.): Chronik. URL: <https://mobit.org/chronik-extrem-rechter-aktivitaeten-in-thueringen/> (letzter Zugriff am 10.02.2022).

Nandlinger, Gabriele (2008): Wann spricht man von Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus oder Neonazismus....? URL: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41312/was-ist-rechtsextrem?p=all> (Zugriff: 02.12.2021).

Phoenix (2022): Meuthen verlässt die AfD, Interview mit Jörg Meuthen zu seinem Parteiaustritt, 29.01.2022. URL: <https://www.phoenix.de/meuthen-verlaesst-die-afd-a-2492038.html?ref=aktuelles> (letzter Zugriff am 11.02.2022).

Pittelkow, Sebastian (ARD Berlin) (2022): AfD-Co-Chef Meuthen vollzieht den Bruch mit seiner Partei, Video, 28.01.2022. URL: <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-980233.html>. (letzter Zugriff am 11.02.2022).

Thüringer Landtag (2020): Neonazi-Szene in der Stadt Weimar - 2018 und 2019. Drucksache 7/1035. URL: [https://haskala.de/wp-content/uploads/2020/12/neonazi\\_szene\\_in\\_der\\_stadt\\_weimar\\_2018\\_und\\_2019.pdf](https://haskala.de/wp-content/uploads/2020/12/neonazi_szene_in_der_stadt_weimar_2018_und_2019.pdf) (letzter Zugriff am 12.02.2022).

Röpke, Andrea / Speit, Andreas (2019): Völkische Landnahme : alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos. Christoph Links Verlag Berlin.

Schmalz, Stefan / Hinz, Sarah / Singe, Ingo / Hasenohr, Anne (2021): Abgehängt im Aufschwung : Demografie, Arbeit und rechter Protest in Ostdeutschland. Campus Verlag Frankfurt/New York.

Stadtverwaltung Weimar (o.D.): Tolerantes Weimar. URL: <https://stadt.weimar.de/stadtverwaltung/tolerantes-weimar/> (letzter Zugriff am 10.02.2022).

Stern (2018): Interview „Vogelschiss“-Rede von AfD-Chef. URL: <https://www.stern.de/politik/deutschland/vogelschiss-rede--historiker-erklaert--was-alexander-gauland-bezwecken-will-8109946.html> (letzter Zugriff am 13.02.2022).

Süddeutsche Zeitung (2021): Verfassungsschutz: Höckes AfD-Landesverband ist „erwiesen rechtsextrem“. URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-verfassungsschutz-rechtsextremismus-1.5471538> (letzter Zugriff am 13.02.2022).

Süddeutsche Zeitung (2021a): Polizei sucht öffentlich Angreifer auf Journalisten bei Demo. URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/demonstrationen-weimar-polizei-sucht-oeffentlich-angreifer-auf-journalisten-bei-demo-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210826-99-979046> (letzter Zugriff am 13.02.2022).

Taz (2021): Demo von „Querdenker\*innen“: Weiße Rosen für Weimarer Richter. URL: [https://taz.de/Demo-von-Querdenker\\*innen!/5765052/](https://taz.de/Demo-von-Querdenker*innen!/5765052/) (letzter Zugriff am 12.02.2022).

Weimarer Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus (2022): Warum Pandemie-Leugner den Rechten in die Hände spielen. URL: <https://www.bgr-weimar.de/cms/nachdenken-statt-querdenken.html> (letzter Zugriff am 12.02.2022).

Witt, Sandro (o.D.): Chronik extrem rechter Aktivitäten in Thüringen. URL: <https://mobit.org/chronik-extrem-rechter-aktivitaeten-in-thueringen/> (letzter Zugriff am 10.02.2022).

# 07| Dekolonialisierung des städtischen Raums

Wie wollen wir mit kolonial aufgeladenen Orten und Denkmälern umgehen?

*Eine Forschung am Praxisgegenstand des Albert-Schweitzer-Denkmal in Weimar*

Hermine Sprenger

Miriam Bauke

Jonas Patzwaldt

## 1 Problemaufriss postkolonialer Handlungsbedarf

*„Ehm Kolonialismus, eh, ja es ist wichtig darüber zu sprechen und bei Denkmälern, [...] dass die nicht nur in der Ecke stehen und verstauben, sondern ja eher vielleicht was interaktives haben, so wie ihr, ich weiß nicht was ihr damit macht, aber bin ich gespannt.“ (s. Anhang 1)*

Überall auf der Welt wird an vergangene Errungenschaften erinnert, um die eigene Geschichte, die eigene Identität, bloß nicht aus den Augen zu verlieren. Zukünftige Generationen sollen die weisen Entscheidungen und heldenhaften Taten ihrer Vorfahr\*innen stets im Gedächtnis tragen und sich moralisch an diesen orientieren.

Weimar ist eine Hochburg an Denkmälern, einige davon lassen sich mit dem Kolonialismus assoziieren (vgl. 2.4). An jeder Straße finden sich zahlreiche Anregungen zur Erinnerung, darunter Gedenktafeln, Museen, Installationen sowie Statuen, die jährlich tausende Tourist\*innen anziehen.

Doch wie reagieren Menschen auf Denkmäler? Gleichgültig ob Stadtbewohner\*innen oder Besucher\*innen. Werden Denkmäler ihrem Namen gerecht, regen sie Menschen tatsächlich dazu an "mal nachzudenken"? Oder sind sie doch im Laufe der Zeit mit den sonstigen Strukturen unserer Städte verschmolzen, zur Normalität geworden in einer unübersichtlichen Landschaft?

Dabei bergen Denkmäler gleichzeitig Gefahren und Potenziale. Die Gefahr vor der unüberlegten Übernahme dargestellter Wertungen. Potenzial zur Aufklärung, Verbildlichung historischer Ereignisse und Reflektion über Entscheidungen, die Einzelpersonen sowie Nationen getroffen haben. Sie bergen Potenzial für eine gesamtgesellschaftliche Diskussion darüber, wie wir über unsere Vergangenheit denken und was wir aus ihr lernen können. Bis heute nutzen wir nur geringe Kapazitäten, um die Katastrophen der Vergangenheit und Gegenwart, wie den Kolonialismus, im öffentlichen Raum und für die gesamte Bevölkerung zugänglich, vielseitig sowie kritisch zu diskutieren. Stattdessen verstauben unsere Denkmäler, die sich doch eigentlich im Herzen unserer Städte befinden. Sie werden unsichtbar, höchstens noch als "nett anzusehendes Objekt" betrachtet und verbergen somit ganze Themenkomplexe vor einer gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung.

Es besteht dringender Handlungsbedarf, doch wie kann ein struktureller Wandel dieser Größenordnung gelingen?

Aufbauend auf diesen vorangestellten Fragen, entwickelten wir unseren Forschungsfokus:

*Inwiefern wirken, am Beispiel des Albert-Schweitzer-Denkmal in Weimar, kolonial aufgeladene Orte auf den Publikumsverkehr und auf welche Weise kann dies beeinflusst werden?*

Im Rahmen dieser Arbeit wird zunächst Bezug genommen auf den bestehenden

Forschungsstand und die damit angestoßenen gegenwärtigen Diskurse rund um den (Post)Kolonialismus Begriff. In diesen Kapiteln der Begriffsklärung wird Bezug genommen auf die bereits vorherrschenden Definitionen von María Do Mar Castro Varela und Nikita Dhawan (2005), wobei die angeführten Kritikpunkte mit einbezogen werden. Anschließend wird dies auf (post-)koloniale Strukturen und Denkmäler im städtischen Gefüge erweitert (vgl. 2.1 - 2.3). Es folgt ein Überblick über koloniale Strukturen in Weimar mit besonderem Fokus auf kolonialen Denkmäler und anschließend soll die theoretische Aufarbeitung, in Bezug auf das gewählte Fallbeispiel des Albert-Schweitzer-Denkmal am Kegelplatz, Anwendung finden (vgl. 2.4 - 2.5). Hierbei stützen wir uns auf die Initiative *Decolonize Weimar*, und ihre bereits getätigte Aufarbeitung der kolonialen Orte Weimars.

Auf die Kontextualisierung des Albert-Schweitzer-Denkmal (vgl. 2.4) folgt die Analyse und Auswertung einer eigens durchgeführten Feldforschung, in welcher die Außenwirkung des Denkmal sowie die Wahrnehmung Albert Schweitzers untersucht wird um mögliche Zusammenhänge zu identifizieren (vgl. 3.1 - 3.4).

## **2. (Post-)Koloniale Strukturen**

### **2.1 Koloniale Strukturen in der Gegenwart**

Wird heute über die Kolonialgeschichte Deutschlands gesprochen, wird eine Verharmlosung oder Exotisierung deutlich (Eckardt / Hoernig, 2012: 263). Diese Unklarheiten über die genauen geschichtlichen Hintergründe führen dazu, dass die (post-)kolonialen Machtverhältnisse nicht in Verbindung mit europäischer Geschichte gebracht werden.

Jedoch sind diese, noch andauernden Machtgefälle ein Ergebnis der historisch etablierten Handels- und Wirtschaftsstrukturen. Länder wurden ihrer Ressourcen beraubt und Menschen wurden zu Ware, die ausgebeutet und transportiert werden konnte. Gleichmaßen wurden sie auch zu Konsument\*innen für einen Markt, der verarbeitete Produkte ihrer Rohstoffe und Arbeit reimportierte. Diese Abhängigkeitsverhältnisse förderten den europäischen Kapitalismus, da die größten Anteile der Profite aus Plantagen und Sklav\*innenhandel nach Europa geleitet wurden und somit die kolonialisierten Länder ihre materiellen, wie auch kulturellen Reichtümer immer weiter verloren. (Castro Varela / Dhawan, 2005: 15)

Die Versuche Kolonialismus und dessen Praktiken durch theoretische Beschreibungen zu analysieren, waren bisher weitestgehend erfolglos, jedoch konnten drei Systeme identifiziert werden, welche zur groben Orientierung genutzt werden, die „Beherrschungskolonien“, „Stützpunktkolonie“ sowie „Siedlungskolonie“ (ebd.: 32). Im Falle von Gabun, ehemals Teil von Französisch-Äquatorialafrika, handelt es sich um eine Stützpunktkolonie, welche primär der maritimen Machtentfaltung diene.

Werden die Folgen des Kolonialismus betrachtet, kann kein direkter Rückschluss auf einzelne Staaten gezogen werden, da es keiner Region der Welt möglich war, sich kolonialen Interventionen zu entziehen. So gibt es sowohl auf der Seite der Kolonialmächte wie auch auf der Seite der ehemals kolonialisierten Gebiete Regionen, die zwar keine direkten kolonialen Interventionen erlebten, jedoch von der Verschiebung der Machtgefälle genauso betroffen wurden. (ebd.: 29)

Der Zusammenhang zwischen kolonialer Geschichte und postkolonialer Gegenwart ist das Spannungsfeld der postkolonialen Soziologie. Hierbei können Schlüsse gezogen werden, wie das über Jahrhunderte etablierte Gesellschafts-, Herrschafts- und Wirtschaftssystem, basierend auf Rassismus und Ausbeutung, bis heute nachwirkt und welche Ungleichheiten immer noch bestehen.

## **2.2 Begriffsklärung "Postkolonial" und die Postkoloniale Theorie**

Der Begriff „postkolonial“ hat bis heute keine einheitliche Definition in der Forschung erlangt, da koloniale Strukturen sowie Rekolonialisierungstendenzen bis heute fortbestehen. Auch kann keine eindeutige geografische Einordnung gemacht werden, da auch Kulturen und Länder, die nicht „direkt“ kolonialisiert wurden, sich mit den Folgen des europäischen Imperialismus auseinandersetzen und verarbeiten mussten (Castro Varela / Dhawan, 2005:

24, 11).

*„Postkolonialismus kann nicht einfach als etwas gedacht werden, dass ‚nach‘ dem Kolonialismus eingetreten ist, sondern muss als eine Widerstandsform gegen die koloniale Herrschaft und ihre Konsequenzen betrachtet werden.“* (Castro Varela / Dhawan, 2005: 24).

Castro Varela und Dhawan beschreiben die Verwobenheit der Geschichte, welche durch die postkoloniale Theorie und deren Interdisziplinarität den Versuch einer transnationalen Geschichtsschreibung angeht.

Wird die Herkunft des Begriffs „Postkolonial“ betrachtet, wie Ania Loomba es in ihrem Werk *Colonialism / Postcolonialism* (1998) untersuchte, treten mehrere Problematiken auf.

Das Präfix „post“ suggeriert die Abgeschlossenheit der kolonialen Prozesse und vernachlässigt die Folgen, welche noch gegenwärtig zu beobachten sind (Loomba, 1998: 17; zitiert nach Castro Varela / Dhawan, 2005: 23). Beispiel hierfür sind die angeeigneten Gebiete, welche durch deutsche Siedler\*innen besetzt wurden und bis heute nicht an die rechtmäßigen Erben zurückgegeben wurden. Doch auch der Wortstamm „kolonial“ reduziert die betroffenen Gebiete und Kulturen auf ihre Kolonialgeschichte und definiert deren Dasein durch europäisch-imperialistische Gefüge, auch nachdem die Länder ihre Unabhängigkeit zurückerlangt haben (ebd.).

Weitere Begriffe, welche in diesem Kontext genutzt werden und von Castro Varela und

Dhawan verglichen werden, sind „antikolonial“, „dekolonial“ oder „tricontinental“ (Young, 2001: 5 zitiert nach Fanon, 2004; Mignolo, 2007; Abdel-Malek, o. D. zitiert nach Castro Varela / Dhawan, 2005: 24). Die Begriffe stehen der eurozentristischen Geschichtsschreibung gegenüber und betrachten die verschiedenen Annäherungen, welche mit der Aufarbeitung des Kolonialismus einhergehen. Gesprochen wird von einer „kolonialen Diskursanalyse“, welche die kulturellen wie auch ökonomischen Prozesse in strenger Verbindung zum

Kolonialismus betrachten. Die koloniale Diskursanalyse zeichne sich durch die Interdisziplinarität aus, welche sich aus geschichtlichen wie auch politischen, philosophischen und sozialwissenschaftlichen Ansätzen zusammensetzt und dadurch Text mit Kontext verbindet. Mit Hilfe dieses Instruments können etablierte (neo-)koloniale Systeme und Machtgefüge aufgezeigt werden. (Castro Varela / Dhawan, 2005: 25)

Im Folgenden wird der Begriff des „Postkolonialismus“ nach Castro Varela und Dhawan genutzt, jedoch wird die berechtigte Kritik Loombas miteinbezogen. Somit steht in dieser Arbeit Postkolonialismus als Oberbegriff für antikolonialistische Methoden und entgegen kolonialistischen Ideologien.

### **2.3 Postkoloniale Städte**

Hegemoniale Raumvorstellungen prägen bis heute das Narrativ unserer Raumwahrnehmung. So auch „der Westen“, als Beispiel für ein friedlich-demokratisch konnotiertes Raumbild und dem entgegengesetzt der „Globale Süden“, als hilfsbedürftig oder „zu entwickelndes“ Gebiet. (Namberger / Wischnath / Chojnacki, 2018: 185)

Diese manifestierten Bilder sind das Ergebnis einer postkolonialen Stadtforschung, welche sich primär auf Städte der ehemaligen Kolonien bezieht, die sich unter direktem kolonialem Einfluss entwickelt haben oder europäisch-imperialistische Städte als „Metropolen kolonialer Machtausübung“ (Eckardt / Hoerning, 2012: 264).

So wird von einer „Dekolonialisierung“ des öffentlichen Raumes gesprochen, welche nicht nur die städtebaulichen Strukturen betrachtet, sondern jegliche Form der Rassismus-reproduzierenden Merkmale, welche im Stadtraum aufzufinden sind, so auch Straßen-, Platz- und Parknamen (Bechhaus-Gerst, 2019: o. S.).

Historisch gingen offizielle Architekturen sowie stadträumliche Planungen meist von politischen oder ökonomischen Eliten aus. Insbesondere die Erscheinung der Bauwerke steht in Beziehung zu den historisch spezifischen Herrschaftsformen oder Machtansprüchen (ebd.: 269). Gegenwärtig besteht der Versuch, normative Vorstellungen von Stadt und Raum zu entwickeln und diese in Bezug auf postkoloniale Städte und das Kolonialerbe betrachtend zu untersuchen (ebd.: 270).

### **Die Bedeutung des Kolonialismus für die Stadtplanung**

Die Verbindung zwischen Raumplanung und Kolonialismus ist vielschichtig und soll folgend an einigen Beispielen genauer definiert werden.

Im historischen Kolonialismus sowie der Plünderung von Gebieten des globalen Südens ist der Grundsatz einer exzessiven sowie gewaltvollen Art der Raumeignung verankert. Zur Folge hatte die Einnahme der Gebiete nicht nur den Einfluss auf „die Art der Verwaltung, sondern auch auf die konkrete Planung, Errichtung und Umgestaltung der Städte in den Kolonien“ (Huber, 2020: 120). Exemplarisch orientierte sich die Veränderung des öffentlichen Raumes in den französischen Kolonien an der Entwicklung Parises durch den

Stadtplaner Georges-Eugène Haussmann, dessen Gestaltung unter anderem ein rasterförmiges Straßennetz und die Implementation von Plätzen beinhaltete. Doch auch weitere europäische Stadtstrukturen wie die funktional-räumliche Trennung von Wohnen und Arbeiten oder öffentlichem und privaten Raum traten in Kraft und führten somit zur Verfestigung europäischer Grundsätze. (ebd.; vgl. Falser / Juneja, 2013)

Das Eindringen in fremde Gebiete und der kulturelle Raub unterstützten indirekt auch die „Errichtung der europäischen Metropolen“ (Ha, 2014) sowie die Exotisierung der kolonialen Gebiete mitsamt ihrer BewohnerInnen, die in sogenannten „Kolonialschauen“ dargestellt und in vielen Städten ausgestellt wurden.

Wenn auch die Exotisierung abgenommen hat, besteht der eurozentrische Fokus noch immer in der heutigen Stadtforschung und Lehre fort. Die europäische Stadtplanung grenzt sich doch immer noch stark von anderen Stadtstrukturen ab und betont ihre Grundsätze, beispielsweise die Demokratie. Andere Stadtmodelle hingegen, die speziell in der südlichen Hemisphäre verbreiteter sind, werden exemplarisch aufgrund ihrer freieren Form oder vermehrten Individualverkehrs als chaotisch und unübersichtlich konnotiert. Diese Bewertung ist mitunter Ausdruck einer fortwährenden Art einer Hierarchieausübung. (Ha, 2014)

### **Auswirkungen kolonialer Denkmäler im öffentlichen Raum**

Besonders der öffentliche Raum nimmt in diesem Diskurs eine übergeordnete Rolle ein. Das geschieht schon allein deshalb, weil dieser für alle Menschen gleichermaßen erreichbar ist. Früher wie heute ist der öffentliche Raum der „Ort, an dem nationale Identität(en) zur Schau gestellt“ (ebd.) und gesehen wird. Dazu gehören offensichtlich auch Denkmäler mit Bezug zur Kolonialgeschichte, die zunächst einmal positive Sichtweisen auf die „Errungenschaften“ dieser Zeit reproduzieren (Cross / Keith, 1993 zitiert nach Ha, 2014). Ohne Kontextualisierung kann dies eine Verharmlosung der Taten zur Kolonialzeit bedeuten und so das Ausmaß des Geschehenen völlig verklären.

Denkmäler sind monumentale Hinterlassenschaften aus vergangener Zeit, die an erinnerungswürdige Persönlichkeiten oder historische Ereignisse gedenken und somit dem Vergessen unserer und zukünftiger Generationen entgegenwirken sollen. Jedoch wird in Denkmälern nur selten die tatsächliche Geschichte wiedergespiegelt. Unter anderem liegt das an der Intention der Auftraggebenden sowie der Umsetzung der Denkmalarheber\*innen, die das Machtmonopol über die Darstellungsweise und das Dargestellte selbst besitzen (vgl. Blokker, 2021). Denkmäler geben somit die Geschichte und die damit einhergehenden Wertesysteme und Machtverhältnisse aus der Sichtweise dieser privilegierten Menschen wieder und können aufgrund dessen den gesellschaftlichen Blick in die Vergangenheit verfälschen. Gefährlich ist das aufgrund der häufig fehlenden (offensichtlichen) historischen Kontextualisierung. Abgesehen davon werden Denkmäler für gewöhnlich nur von einem Bruchteil der Gesellschaft aktiv wahrgenommen, „das koloniale Erbe [wird] still und bisher meist unhinterfragt im Stadtraum repräsentiert“ (BpB, 2019). Es ist leicht für Betrachtende, die Legitimität der Objekte und ihrer Aussagekraft als Voraussetzung anzusehen. Denkmäler können Wertesysteme und Machtverhältnisse somit unbemerkt „reproduzieren, verfestigen, normalisieren, naturalisieren [und] [...] selbstverständlich machen - manchmal so selbstverständlich, dass die gegenwärtigen Praktiken und Politiken, die dahinterstehen, unsichtbar werden“ (Blokker, 2021). Die Gefahr



einer von Denkmälern ausgehenden Systemimmanenz und strukturellen Weitergabe gefährlicher Sichtweisen besteht dementsprechend. (ebd.)

### **Die Rolle der Denkmalpflege im Umgang mit Kolonialdenkmälern**

Die Denkmalwissenschaft hat zur Aufgabe „das Wesen des Kulturerbes kritisch zu diskutieren und die Gründe zu untersuchen, warum wir bestimmte Objekte, Orte und Praktiken für (...) schutz- und erhaltenswürdig halten“ (Harrison, 2010 zitiert nach Blokker, 2021). Somit ist die Frage nach dem Umgang mit kolonialen Denkmälern, Bestandteil der Arbeit von Denkmalpfleger\*innen, die laut Blokker noch heute nur wenig in den Diskurs integriert werden (Blokker, 2021). Sie seien außerdem in vielen Fragen ähnlicher Meinung wie ein Großteil der Aktivist\*innen, wenn es beispielsweise um den generellen Erhalt des Denkmalbestandes geht.

Denkmalpfleger\*innen treten also in der Regel für die Beibehaltung auch kritischer Denkmäler ein. Diese sollen bevorzugt im öffentlichen Raum stehen bleiben, wo nicht nur das Denkmal, sondern auch der damit zusammenhängende Diskurs für die breite Gesellschaft allgegenwärtig bleibt. Zur Vermeidung von Missverständnissen bezüglich der Aussage von Denkmälern sind außerdem künstlerische Aufarbeitungen und Umwidmungen erwünscht, die die Denkmäler im geringstmöglichen Maße beschädigen. Besonders wichtig jedoch sei die Erkenntnis, dass es keine universellen Umgangsmethoden gibt. Stattdessen kann die Bewahrung von Kolonialdenkmälern bloß mit dynamischen Lösungen gelingen, dazu gehören sowohl erwähnte künstlerische Aufbereitungen, textliche Kontextualisierungen sowie die Überführung von Denkmälern in Museen. Europäische Gesellschaften sind angewiesen auf eine „Stadtforschung, die sich nicht nur mit den kolonialen

Hinterlassenschaften [befasst] [...], sondern auch die (Re-)Produktion kolonialer Verhältnisse im städtischen Kontext aufspüren will [.. Diese] verlangt nach einem Forschungsansatz, der die Differenzen erkennt und sie in ihrer Komplexität begreift, anstatt diese zu reduzieren“ (Yeoh, 2001 zitiert nach Ha, 2014). (ebd.)

### **Welchen Einfluss üben dekolonialisierende Initiativen aus?**

Bereits in den 1980ern und 1990er gründeten sich Gruppen um sich für ähnliche Interessen einzusetzen. Eine der ersten Initiativen entwickelte sich Mitte der 1980er Jahre aus einer studentischen Arbeitsgruppe der Universität Hamburg heraus, die im Anschluss an ihre Recherche, einen Stadtrundgang zum Thema „Hamburg - Dritte Welt“ konzipierte. Heutzutage gibt es zahlreiche Rundgänge im gesamten Bundesgebiet verteilt, die auf lokaler Ebene den Einfluss und die Auswirkungen des deutschen Kolonialismus räumlich verorten. Dabei beschränken sie sich nicht bloß auf noch sichtbare Merkmale wie Denkmäler, sondern auch auf die bereits aus dem öffentlichen Raum verschwundenen Objekte. Darüber hinaus wird in den meisten Fällen besonders Wert daraufgelegt, den Kolonialismus nicht als beendete historische Zeitspanne abzubilden. Vielmehr werden Kontinuitäten bis in die heutige Zeit analysiert und Bezüge zum weiterhin bestehenden Rassismus, insbesondere auch bezogen auf Migration, hergestellt. Somit beschränkt sich die Einflussnahme zivilgesellschaftlicher Gruppen und deren Stadtrundgängen nicht nur auf die kritische Betrachtung sowie Dekolonialisierung des städtischen Raumes. Gleichermäßen verfolgen die dekolonialisierenden Gruppen das Ziel, die Denkstrukturen

der Menschen nachhaltig zu beeinflussen und einen breiten öffentlichen Diskurs anzuregen. (Bechhaus-Gerst, 2019)

Nicht zuletzt sind es die zivilgesellschaftlichen Gruppen gewesen, die neben dem Mord an George Floyd im Jahr 2020, den Diskurs über den Kolonialismus und im Speziellen bleibende koloniale Strukturen in Städten wieder entfacht haben. Das weitere Fortbestehen des Kolonialismus und seine Auswirkungen sowie Kolonialdenkmäler werden momentan wieder für einen größeren Teil der Gesellschaft sichtbar. All das geschieht größtenteils ohne Zutun der jeweiligen Regierungen, es kann dementsprechend von einer „Erinnerungspolitik 'von unten'“ (ebd.) gesprochen werden. (dpa, 2020)

Besonders hervorgehoben werden kann die Gruppe *Decolonize Berlin*, die 2019 vom Berliner Abgeordnetenhaus zur Koordinierungsstelle *Gesamtstädtisches Konzept zur Aufarbeitung Berlins kolonialer Vergangenheit* benannt wurde. Diese hat die Entwicklung eines gesamtstädtischen Aufarbeitungs- und Erinnerungskonzeptes zur Geschichte und den Folgen des Kolonialismus in Berlin zur Aufgabe. Das Konzept soll eine interdisziplinäre Dekolonialisierung in den Bereichen „Kultur, Bildung, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung sowie die Aktivierung der Städtepartnerschaft Berlins mit Windhoek (Namibia) umfassen“ (Decolonize Berlin e.V., o. D.). Bis Ende 2021 wurden konkrete Handlungsvorschläge ausgearbeitet (s. Koordinierungsstelle bei Decolonize Berlin e.V., 2021), die einerseits die Beschäftigung mit der deutschen Kolonialvergangenheit verstärkt, das Thema in den Vordergrund der Lehre und Wissenschaft rückt und eine „würdige Form des Erinnerns“ (Decolonize Berlin e.V., o. D.) entwickelt. Entlang einer partizipativen Vorgehensweise fanden Debatten zwischen Vereinen, Einzelaktivist\*innen, der Politik und Verwaltung statt. Gerade dieser breite Beteiligungsrahmen ist ausschlaggebend für die vorbildliche Arbeit der Berliner Gruppe.

In Weimar gibt es ebenfalls ein Projekt, das von Studierenden der Bauhaus-Universität Weimar und Teilnehmenden des Programms *Migrant\*innen als Fachkräfte der Bildungsarbeit* gegründet wurde. Insgesamt umfasst *Decolonize Weimar* Informationen über 17 Standorte und Personen, die den Kolonialismus auf lokaler Ebene vorangetrieben haben. Regelmäßig wird zu Stadtspaziergängen eingeladen, bei denen eine Auswahl der kolonial konnotierten Orte vorgestellt werden. (Decolonize Weimar, o. D.)

Im Folgenden wird zur Vollständigkeit ein an *Decolonize Weimar* angelehnter Überblick auf die kolonial aufgeladenen Orte Weimars gegeben. Die vorhandenen Informationen zu den Kolonialdenkmälern Weimars wurden genutzt, um eines von diesen zum

Forschungsgegenstand der weiterführenden Arbeit zu nutzen. Dies ermöglicht einen zwar beispielhaften, aber konkreteren Forschungsverlauf.

## **2.4 Vorstellung der kolonialen Denkmäler in Weimar**

Koloniale Hinterlassenschaften lassen sich bis heute in Weimar, sowie in ganz Europa wiederfinden. Darunter befinden sich versteckte Objekte wie Gedenktafeln und Straßennamen, aber auch repräsentative Objekte wie Statuen und Büsten, die eine größere Aufmerksamkeit auf sich ziehen. In Weimar sind viele solcher Objekte und Orte, sowie deren Funktion nicht mehr erkennbar. Aus diesem Grund ist eine Sammlung wie *Decolonize Weimar* sie zusammengestellt hat, unabdingbar um die Erinnerung aufrecht zu erhalten und zukünftig Kritik zu üben.

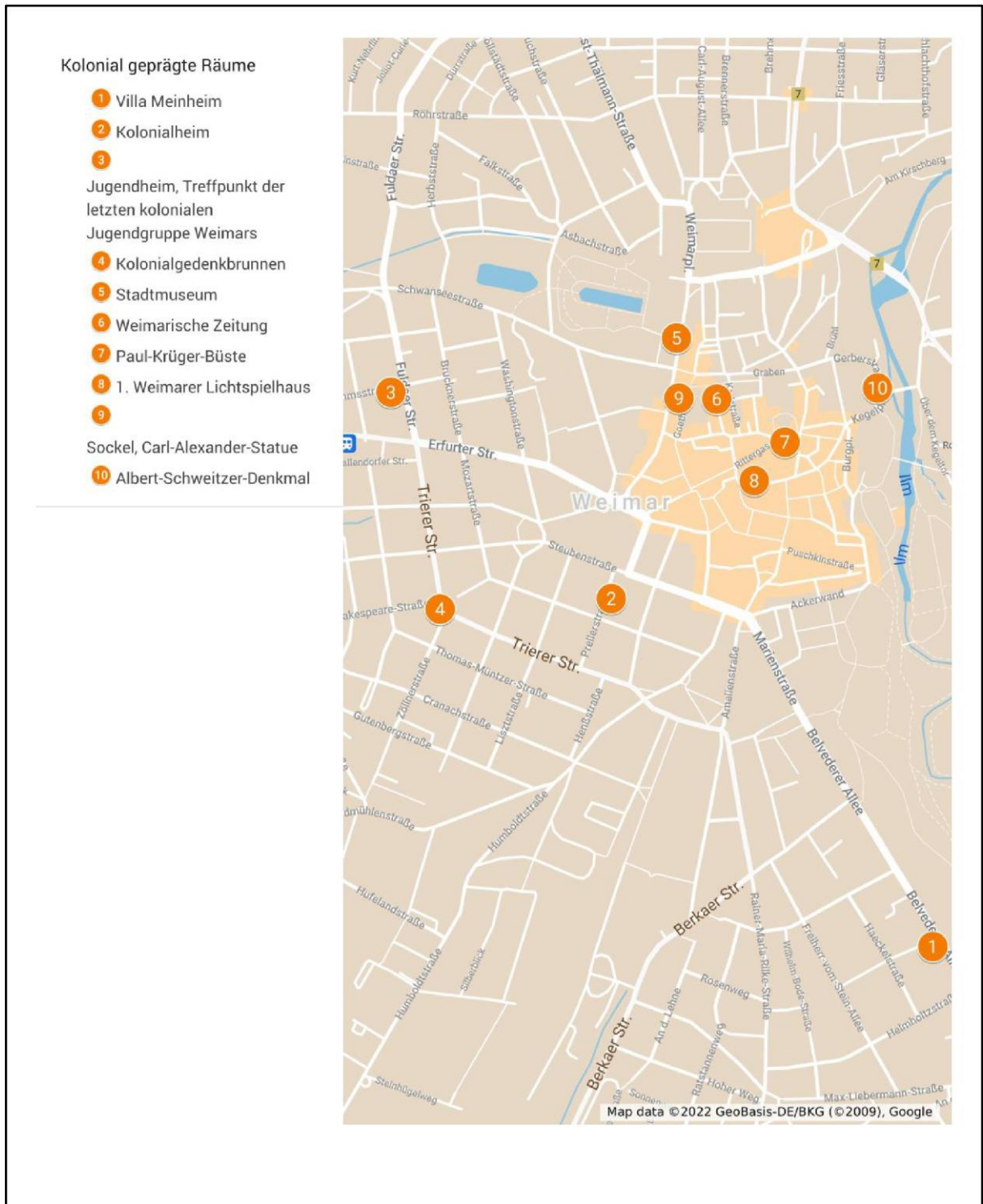


Abb. 1: Kolonial geprägte Räume in Weimar  
 Quelle: Eigene Darstellung, 2022

### **Gedenktafel für Gerhard Rohlfs (1831-1896) - Villa Meinheim, Belvederer Allee 19**

Bis heute wird dem sogenannten „Afrikaforscher“ Gerhard Rohlfs an seinem ehemaligen Wohnsitz in der Belvederer Allee 19 gedacht. Er widmete sein Leben zum Großteil den Reisen nach Afrika und war wie der Großteil seiner Mitstreiter\*innen von kolonialistischem Gedankengut geprägt. Seine Eindrücke verbreitete er über die Veröffentlichung von Forschungsberichten, in der er kolonialistisch aufgeladene Sprache verwendete, jedoch auch durch Schenkungen von Fundstücken, die er auf seinen Reisen sammelte. Die Villa Meinheim, die er 1880 vom Weimarer Großherzog Carl-Alexander geschenkt bekam, soll ebenfalls an ein „koloniale[s] [...] Museum [...] [erinnert haben], ausgefüllt mit allerhand 'Mitbringse[n]'" (Schwaderer, o. D.).

Plünderung sowie Kartierungen gehörten zu den ersten kolonialistischen Handlungen, werden jedoch auf der Gedenktafel keineswegs mit Gerhard Rohlfs in Verbindung gebracht. (ebd.)

### **Weimarer Kolonialheim - Viktoria Garten Prellerstraße 1**

Der sogenannte *Verein der Afrikaner, Ostasiaten und Kolonialfreunde Weimars* traf sich ab 1925 jeden ersten Samstag im Monat im Lokal *Viktoria Garten*. Der *Viktoria Garten* war in der Weimarer Stadtgesellschaft etabliert, sodass viele das Lokal unterstützten, ohne von den kolonialen Aktivitäten etwas mitzubekommen. Der Kolonialverein verfolgte die Absicht koloniales Gedankengut in der Weimarer Stadtgesellschaft zu festigen und gleichzeitig die „Liebe und Treue zum Vaterland“ zu fördern und [...] eine zutiefst nationalistische und völkische Gesinnung“ (Meyer zu Eppendorf / Borzner, o. D.) zu verankern.

Heute gehören die Räumlichkeiten zum Spätkauf *Bock*, der kolonialen Vergangenheit des Ortes wird jedoch zu diesem Zeitpunkt nicht gedacht. (ebd.)

In den Aufzeichnungen des Kolonialvereins wird die Existenz einer eigenen kolonialen Jugendgruppe erwähnt (Mayer, o. D.).

### **Treffpunkt des Deutsches Koloniales Jugend Korps Abt. 91 II - Brahmstraße 19**

Bis 1933, also lange nachdem Deutschland seine Kolonien an andere Kolonialmächte übergab, hat sich in der Brahmstraße 19, einem ehemaligen Jugendheim, die letzte koloniale Jugendgruppe Weimars getroffen.

Koloniale Jugendgruppen wurden gegründet um koloniales Gedankengut auch in der zukünftigen Generation fest zu verankern. Während der Gruppentreffen „wurde ausschließlich über die Vergangenheit berichtet und aktuelle Debatten zur Kolonialfrage [...] völlig außen vor gelassen“ (ebd.). Mit dem Beginn des Nationalsozialismus lösten sich koloniale Jugendgruppen jedoch nicht vollkommen auf, Mitglieder\*Innen wurden in

Gruppen der Hitlerjugend integriert, wo das Kolonialdenken fortbestand. (ebd.)

### **Kolonialgedenkbrunnen - August-Bebel-Platz**

Der Kolonialgedenkbrunnen wurde im September 1930 im Rahmen der Weimarer Kolonialtagung des *Deutschen Kolonialkrieger-Bundes* eingeweiht und symbolisiert den Wunsch auf „Wiedererlangung der 'Schutzgebiete'“ (Besel, o. D.). Neben dem Bund war auch die Stadt an der Errichtung des Denkmals beteiligt. Auf diese Weise sollte der fortwährende Kolonialgedanke in der Stadtgesellschaft erhalten werden.

Die auffällige Symbolik zeigt einen „Reichsadler“, der das „Deutsche Reich“ verbildlicht. Dieser Adler sitzt auf einem Globus, den er mit seinen Krallen festhält und auf diese Weise sein „vermeintliches Eigentum“ (ebd.) definiert.

Mittlerweile ist der Kolonialgedenkbrunnen in Vergessenheit geraten. Anlässlich der Reinigung von Kolonialdenkmälern durch die DDR-Regierung ist er wie zahlreiche weitere Denkmäler wortlos verschwunden. Mit Hinblick auf die in 2.3 genannten Umgangsmethoden mit kolonialen Denkmälern, ist das damalige Vorgehen kritisch zu betrachten. (ebd.)

### **Stadtmuseum - Karl-Liebknecht-Straße 5**

Das Gebäude des Stadtmuseums Weimar wurde von 1780 bis 1803 gebaut und diente dem Bauherrn Friedrich Justin Bertuch sowohl als Wohn- wie auch Geschäftshaus. 1954 zog das Stadtmuseum Weimar ein und wurde zum ersten Stadtmuseum Thüringens. (Stadtmuseum Weimar, o. D.)

In den Dauerausstellungen wird primär auf das Wirken des Weimarer Geschäftsmannes eingegangen und die Stadtgeschichte an historischen Ereignissen festgemacht. Zwar finden sich einzelne Verweise auf die koloniale Vergangenheit Weimars, jedoch ohne Kontextualisierung oder historische Einbettung. Eine Reflexion der Kolonialgeschichte Weimars fehlt.

### **Weimarische Zeitung - Kleine Teichgasse 6**

Von 1832 bis 1933 veröffentlichte das Tagesblatt *Weimarische Zeitung* von Wilhelm Hoffmann Artikel, die Interessen der gesamten Stadtbevölkerung Weimars aufgreifen sollten. Darunter befinden sich auch den Kolonialismus verherrlichende Berichte, die auf eine unscheinbare Art und Weise die Ideologie in der Gesellschaft festigen sollten. Zu Hochzeiten, beispielsweise der Kongo-Konferenz (1884 - 1885) und dem Völkermord an den Herero und Nama (1904 - 1908) wurden beinahe täglich Artikel zu dem Thema veröffentlicht, kritische Ansichtsweisen fehlen jedoch. Stattdessen herrscht eine subjektive Berichterstattung und die

Reproduktion von Stereotypen, die konstant in den Köpfen der Bevölkerung widerhallt. (Scharnowski, o. D.)

### **Paul-Krüger-Büste - Herderplatz 3**

Stephanus Johannes Paulus Kruger (1825 - 1904), Kind deutschen Siedler\*innen in Südafrika, war ein wichtiger Akteur in den Kolonialbestrebungen um Südafrika. Kruger war zwischen 1882 und 1902 Präsident der Burenrepublik „Transvaal“ und politischer Führer der niederländischen, französischen und deutschen Kolonialsiedler\*innen. Er setzte sich für eine unabhängige, buristische Nation ein und führte zwei Kriege (Burisch-Englische Kriege) um sowohl geopolitischen Einfluss wie auch Bodenschätze zu gewinnen. (Bee, o. D. a) Der Kaufmann Adolph Winkler, welcher durch sein Hut- und Modegeschäft großes Interesse an globalen Handelsströmen hatte, brachte 1902 als Ausdruck seiner Bewunderung die Büste an der Fassade seines Geschäftes an (Hemmann, 1972: o. S.).

Wird die Fassade betrachtet, wird deutlich, dass die Büste bis heute bei Aufarbeitungen inkludiert wurde und somit Teil der Denkmalpflege und den damit verbundenen finanziellen Aufwendungen ist. Bislang fehlt eine Kontextualisierung.

### **Ehemaliges Scherffs Lichtspielhaus - Marktstraße 20**

Theodor Scherff eröffnete 1906 das erste Lichtspielhaus Weimars. Seine persönliche Einstellung dem Kolonialismus gegenüber ist nicht bekannt, jedoch dient seine Biografie und die Eröffnung des Lichtspielhauses dem Zweck, um nebensächliche Auswirkungen des Kolonialismus darzustellen.

Sein beruflicher Durchbruch als Filmvorführer gelang ihm dank des Erwerbs einiger „Burenfilme“ zu Beginn des zweiten Buren- beziehungsweise Südafrikanischen-Krieges 1899. Aufgrund der Aktualität weckte er das Interesse der Gesellschaft und profitierte indirekt durch die Auswirkungen des Kolonialismus. Das intensivierte sich durch Vorführungen kolonialistischer Filme im Weimarer Lichtspielhaus, die eine Reproduktion kolonialistischer Bilder zur Folge hatte. Bis heute rufen Medien „Denkstrukturen ab, die auf imperialistischen und rassistischen Ideologien basieren“ (Bee, o. D. b), anstatt eine kritische und lehrreiche Perspektive herauszuarbeiten. (ebd.)

### **Stadtschloss Weimar und die koloniale Fürstenfamilie - Burgplatz 4**

Carl-Alexander wurde 1853 der Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach und eine Reiterstatue ehrte ihn lange am Goetheplatz. Diese wurde jedoch aufgrund von Beschädigungen entfernt, sodass heute nur noch der Sockel an das Denkmal erinnert. Angeregt von weiteren Mitgliedern der Fürstenfamilie entwickelte er ein kolonialistisches Interesse und schaffte in Weimar ein angenehmes Umfeld für „Afrikaforscher“ und Kolonialismusbefürworter\*innen (Rössner, 2007: 27, Muschiol, o. D.). Aufgrund zahlreicher Briefe ist bis heute bekannt, dass Carl-Alexander sich viel mit diesen umgab und sie gerne mit Förderungen unterstützte, darunter auch der „Afrikaforscher“ Gerhard Rohlf, dem er ein Grundstück in Weimar schenkte. Der Großherzog unterstützte jedoch auch extreme Kolonialisten, die zum Teil in Deutschland aufgrund ihrer Grausamkeit und Willkürlichkeit stark in Kritik geraten sind. Außerdem befürwortete Carl-Alexander nicht bloß Kulturexport, sondern auch den Import, und unterstützte auf diese Weise Plünderungen, indem er ein „afrikanisches Zimmer“ im städtischen Museum einrichtete (Rössner, 2007: 31).

Carl-Alexander und weitere Akteur\*innen förderten die Affinität der lokalen Bevölkerung gegenüber dem Kolonialismus. Diese Information wird im Weimarer Stadtschloss jedoch nicht hinreichend an Besucher\*Innen und Tourist\*Innen vermittelt. (Muschiol, o. D.)

### **Albert-Schweitzer-Denkmal - Kegelplatz**

Zu Ehren Albert Schweitzers, enthüllte der damalige Vorsitzende der CDU Gerald Götting 1968 die Bronzeplastik, welche sich bis heute auf dem Kegelplatz in Weimar befindet. Anlass hierfür war der 12. Parteitag der Block-CDU, auf welchem die humanistische Tradition Albert Schweitzers sowie dessen Lebenswerk geehrt werden sollten (Götting, 1968).



Abb. 2: Albert-Schweitzer-Denkmal mit Blumentopf: „Zum 147. Geburtstag von A. Schweitzer“/  
Quelle: Eigene Darstellung.

Zu sehen sind vier lebensgroße Personen. Albert Schweitzer mit Tropenhelm und Schürze, welcher schützend den Arm um ein Kind legt und rechts neben ihm eine Frau mit Kopftuch und Kleinkind im Arm. Es wird deutlich, dass die drei namenlosen Personen im Kontrast zu Schweitzer durch ihre überzeichneten körperlichen Züge sowie einem unbekannter Kleidungsstil als nicht-europäisch dargestellt werden sollen. Dadurch wird deutlich, dass die Plastik den Wissenschaftler in den Vordergrund stellen möchte und ein positives Bild über das Wirken Schweitzers transportiert werden soll.

Der Künstler Gerhard Geyer hatte bereits 1963 eine Version der Statur fertiggestellt, welche ca. 40 Zentimeter kleiner war und eine leicht abgeänderte Positionierung der Figuren aufwies.

(Noeske, o. D.)

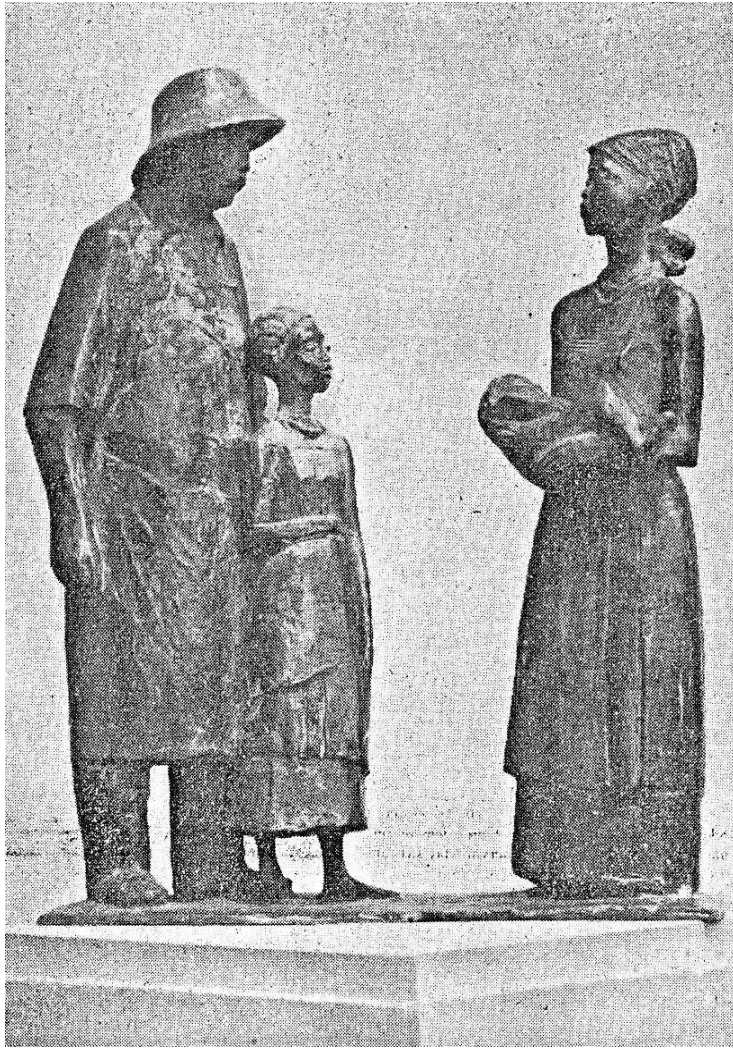


Abb 3.: Die ursprüngliche Plastik von 1963/ Quelle: Neues Deutschland, 1965: 8.

Diese ursprüngliche Version wurde schließlich 1969 als Geschenk an das Günsbacher AlbertSchweitzer-Archiv überführt. Zuständig für die Instandhaltung des Denkmals ist das 1963, auf Wunsch Gerald Göttings gegründete „Albert-Schweitzer-Komitee“ des Roten Kreuzes, welches ebenfalls das Sammeln von Sach- und Geldspenden zur Aufgabe hatte. (ebd.) Das Komitee erwarb 1963 das am Kegelplatz gelegene Haus und erweiterte das Denkmal 1983 um die Albert-Schweitzer-Gedenkstätte. Nach der Wiedervereinigung wurde das Komitee in einen Verein umgewandelt und 1993 auch Teil der Albert-Schweitzer-Gedenk- und Begegnungsstätte-Stiftung. Heute befinden sich die Geschäftsstelle des AlbertSchweitzer-Komitee e.V. sowie dauerhafte Ausstellungsräume zum Leben und Werk des

Albert Schweitzers, ein Museumsshop, Veranstaltungsräume, die Albert-SchweitzerBibliothek, sowie Archiv und Gästezimmer im Gebäude. (Albert-Schweitzer-Komitee e.V., o.

D.)



Das Ziel des Komitees ist:

*„1. Das Geistige Werk Albert Schweitzers in immer weitere Kreise zu tragen, besonders bei der Jugend zu verbreiten.*

*Das Albert-Schweitzer-Spital in Lambarene ideell und materiell zu unterstützen und zu fördern.“ (ebd.)*

In folgender Darstellung ist eine Übersicht der Kritik an Albert Schweitzer und seiner Arbeit integriert.

# ALBERT SCHWEITZER

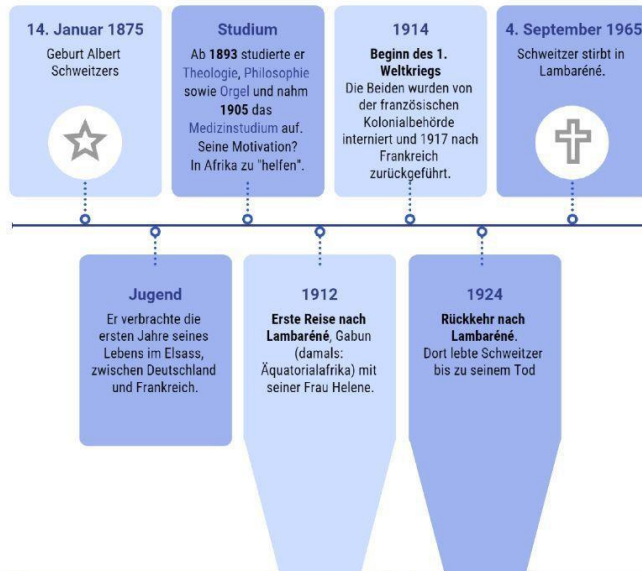


Abb. 1: Albert Schweitzer mit Tropenhelm

**Ziel des 1. Aufenthalts:**  
**Aufbau eines Tropenspitals aus privaten Mitteln**

**Tätigkeit:**  
Schweitzer arbeitet als („Urwald“-) **Doktor** zunächst in einem Hühnerstall, dann wird es immer professioneller.

Abb. 2: Schweitzer vor dem Spital in Lambaréné

**Tätigkeit:**  
Schweitzer fungiert zu dieser Zeit eher als **Spitalleiter und -manager**. Zu seinen Aufgaben gehört nun neben dem Verarzten auch die Finanzierung, Organisation sowie der Aufbau des Spitals.

**Finanzierung:**  
Insgesamt reiste Schweitzer **14 Mal** für verschiedenen lange Intervalle nach Lambaréné. Grund für seine Aufenthalte in Deutschland und Europa war neben Familienbesuchen auch die **Sammlung finanzieller Mittel**. Zu diesem Zwecke gab Schweitzer Klavierkonzerte und hielt Vorträge.

**KRITIK**

**Generelle Kolonialismuskritik in den 60ern:**  
Gerald McKnight (amerikanischer Journalist) besuchte das Spital in Lambaréné und schrieb 1965:  
• Das Spital sei **unhygienisch und chaotisch**.  
• Es herrsche ein paternalistischer und **herablassender Umgang** mit einheimischen PatientInnen sowie Arbeitskräften.

**Koloniale Tropenmedizin:**  
• Schweitzer verkörpert die koloniale Tropenmedizin durch das Tragen des weißen Tropenhelms und die oftmals getragene Arztschürze.  
→ **Abgrenzung zwischen Schwarzen und Weißen**

**Führungsstil des Spitals:**

- Als Spitalleiter entschied sich Schweitzer aktiv **gegen die Nutzung moderner Geräte** (z.B. Röntgenapparate).
- Er **weigerte sich** dagegen **einheimische ArzthelferInnen einzustellen und auszubilden**.

**GEDANKENANSTOSS**

**Wie sind Schweitzer und das Denkmal zu bewerten?**

Abwägung zwischen Schweitzer als **Menschenfreund** ↔ **Kolonialherr**.

Selbst zu seiner Lebzeit vertrat Schweitzer eine **konservative Art der Entwicklungszusammenarbeit**. Anstatt Unterstützung zur Selbsthilfe zu leisten, sorgte er für die Herstellung eines stetigen **Abhängigkeitsverhältnisses**.

**Quellen:**  
Zagst, Werner (2018): Schweitzer, Albert. In: Neue Deutsche Biographie 24, S. 95-117. <https://www.aufzucht.de/biographiedb/ncv118112143.html#ndbcontent112.12.2021>.  
Frey, Odette (01.12): Albert Schweitzer - mythen und verdammte. In: Schweizer Radio und Fernsehen (SRF). <https://www.srf.ch/wissen/menschualbert-schweitzer-mythen-und-verdammt> (12.12.2021).  
Nesede, Janine (04.12): Tropenhelme in Thurgau. Oder: Wie Albert Schweitzer nach Wismar kam. <https://denkmal.de/wissen/region/jahrbuchprojekte/erbaueuropa/14.12.2021>.  
**Abbildungen:**  
Abb. 1: Corbis / Bettmann / UPI (o. D.): Schweitzer, Albert. <https://www.watson.de/fotoblog/schweitzer-albert> (12.12.2021).  
Abb. 2: dpa (o. D.): Missionarst Schweitzer vor seinem Urwaldspital in Lambaréné, dem heutigen Gabun. <https://www.barische-zeitung.de/staats-nz/albert-schweitzer-rebell-und-menschenfreund-75663718.html> (12.12.2021).

Abb. 4: Infoplakat über Albert Schweitzer für die Interviews/ Quelle: Eigene Darstellung, 2022.

Darunter befindet sich die generelle Kolonialismuskritik der 60er Jahre, die - auf Albert Schweitzer bezogen - beispielsweise durch den amerikanischen Journalisten Gerald McKnight angeführt wird, der das Hospital in Lambarene besuchte (Frey, 2013). Weiterhin spiegelt Schweitzer ein typisches Bild der kolonialen Tropenmedizin wider. Das geschieht nicht zuletzt durch das ständige Tragen eines Tropenhelmes sowie einer Arztschürze. Diese Darstellungsform wird auch für die Plastik Albert Schweitzers gewählt und unterstützt die abgrenzende Wirkung zwischen Schwarzen und Weißen (vgl. ebd.). Kritisch zu betrachten ist unter anderem der von Schweitzer zutage gelegte Führungsstil des Hospitals. Mehrfach wurde angemerkt, dass er als Spitalleiter die medizinische Ausbildung von Einheimischen ablehnte sowie moderne medizinische Gerätespenden ausschlägt. Es ist dementsprechend davon auszugehen, dass Schweitzer selbst für seine Lebzeiten eine konservative und eher rückschrittliche Art der „Entwicklungshilfe“ (heute: Entwicklungszusammenarbeit) verfolgte und somit „nur beschränkt als Vorbild für die Entwicklungszusammenarbeit“ (ebd.) gilt. Dies ist Grundlage für die weitere fokussiertere Forschung anhand des Beispiels des AlbertSchweitzer-Denkmal in Weimar.

## **2.5 Forschungsgegenstand: Albert-Schweitzer-Denkmal**

Die Auswahl des Forschungsobjektes beruht auf einer Recherche, der auf der Homepage von *Decolonize Weimar* gesammelten Denkmäler mit kolonialem Hintergrund. Das AlbertSchweitzer-Denkmal vereinte einige der von uns angestrebten Aspekte. Zu diesen gehört die nationale Bekanntheit seiner Person sowie der Verbleib des Denkmals in der städtischen Komposition. Das stellt insofern eine Besonderheit dar, da der Großteil der zuvor erwähnten Weimarer Kolonialdenkmäler und -standorte sich aus verschiedenen Gründen stark verändert hat oder ganz aus dem Stadtbild verschwunden ist (vgl. 2.4). Die Forschung wird dahingehend jedoch vereinfacht, da Assoziationen und Verbindungen zu einem tatsächlich physisch vorhandenen Objekt durchaus leichter von Befragten formuliert werden können. Die gewählte Zielgruppe ist das gesamte Weimarer Stadtpublikum. Weimar vereint eine diverse Gruppe an Menschen, unter anderem die gebürtigen Bewohner\*innen, Studierende, Lehrende und Tourist\*innen aus sowohl nationalem wie auch internationalem Kontext. Somit wird angestrebt ein umfassendes Bild über die Wahrnehmung des Denkmals im Stadtkontext zu erlangen. Unsere dementsprechende Forschungsfrage lautet:

*Inwiefern wirken, am Beispiel des Albert-Schweitzer-Denkmal in Weimar, kolonial aufgeladene Orte auf den Publikumsverkehr und auf welche Weise kann dies beeinflusst werden?*

### 3 Methodik und Operationalisierung

#### *Grounded Theory*

Unserer qualitativen Forschungsarbeit liegt das methodologische Prinzip der Grounded Theory zugrunde. Qualitative Forschungsmethoden zeichnen sich im Gegensatz zu quantitativen dadurch aus, vorwiegend lebensweltliche Phänomene zu untersuchen (Breuer et al., 2019: 2) und Theorien zu entwickeln, anstatt sie zu überprüfen (ebd.). Der Fokus liegt hierbei vor allem auf dem Entdecken, Verstehen und Interpretieren von Einzelfällen (ebd.). Die Grounded Theory geht auf Anselm Strauss und Barney Glaser zurück, welche die Theorie in 1967 im Rahmen der Chicagoer Schule erstmals formulierten (May / Mruck, 2011: 11) und in den späten 1970er Jahren gemeinsam mit Juliet Corbin weiterentwickelten, wobei sie sich in zwei Richtungen teilte. Ausschlaggebend ist die abduktive Vorgehensweise, was sich kategorial von den geläufigen logischen Schlüssen – der Induktion und Deduktion – unterscheidet (Reichert, 2011: 281). Dies zeichnet sich durch eine offene Herangehensweise an eine empirische Untersuchung aus, die konkrete Forschungsfrage wird erst im Laufe des Forschungsprozesses entwickelt. Das Besondere an der Grounded Theory-Methodologie ist die iterativ-zyklisch ausgerichtete Forschungslogik (Hunger / Müller, 2016: 260), bei der Abduktion, Deduktion und Induktion miteinander in Verbindung gebracht werden (Reitsamer, 2013: 58). Die Gewinnung einer realitätsnahen, gegenstandsbezogenen Theorie ergibt sich aus der sich wiederholenden Abwechslung von induktiven und deduktiven Prozessschritten, also das Schließen vom Material auf die Theorie und umgekehrt, wodurch eine permanente Wechselwirkung zwischen Gegenstand und Forscher\*in besteht. Auch die Arbeitsschritte – Datenerhebung, -auswertung und Theoriebildung – sind nicht geradlinig aufeinander folgend, sondern werden immer wieder wiederholt und neu angepasst.

Auch das Theoretical Sampling ist zentral für die Forschungslogik der Grounded Theory, welches

*„die Datenerhebung, die -auswertung und die -kodierung als einen zyklisch hermeneutischen Prozess [organisiert], bei dem sich die Forscherin auf analytischer Basis entscheidet, welche Gruppen, Ereignisse und sozialen Praktiken als Nächstes erhoben werden und wo sie diese finden kann“ (Strauss, 1991 zitiert nach Reitsamer, 2013: 61).*

Das soll bedeuten, dass auch der Untersuchungsgegenstand permanent dem aktuellen Forschungsstand entsprechend modifiziert wird. „Im Verlauf kristallisieren sich die Konturen des Forschungsthemas zunehmend deutlich heraus: Das anfängliche Anliegen kann sich wandeln, es gestaltet sich präziser, selektiver und durchdachter (Fokussierung)“ (Breuer et al., 2019: 132).

Grundsätzlich folgt die Grounded Theory dem Prinzip der „Methode des permanenten Vergleichs“ (Glaser / Strauss, 1967: 101-115 zitiert nach Falkenberg, 2018: 110), und zwar so lange, bis bei dem / der Forschenden das Gefühl einer theoretischen Sättigung entsteht (Reitsamer, 2013: 61). Der vorliegende Forschungsbericht basiert auf der Erhebung und Auswertung von dreißig Interviews.

## *Sampling*

Das Sampling für unsere Datenerhebung erfolgte ortsgebunden. Unsere Forschung zielt auf eine Erkundung der Bevölkerungsassoziation in Bezug auf das Albert-Schweitzer-Denkmal in Weimar ab. Dabei ist es wichtig, Reaktionen von Menschen zu erheben, welche in einer bestimmten Frequenz dem Denkmal begegnen. Im laufenden Forschungsprozess sollte ein möglichst diverses Bild der in Weimar stattfindenden Personen herzustellen. Die Durchführung der Interviews geschah spontan. Es gab keine Terminvereinbarungen und keinerlei Vor- oder Kennenlerngespräche. Es wurde in einfachen Worten, eine Straßenumfrage durch. Ein Ort des Feldzugangs in Weimar war zum einen im Bereich des Theaterplatzes. Dieser Ort wurde gewählt, da jener ein hohes Aufkommen an Passant\*innen erwarten ließ. Des Weiteren wurden Personen im Bereich der unmittelbaren Nähe zum Albert-Schweitzer-Denkmal bis hin zum Herderplatz angesprochen. Diese Orte vereinten wiederum eine Nähe zum Corpus Delicti und einen zu erwartenden Durchlauf. Im Laufe des Prozesses fiel auf, dass ein auffällig großes Feld an älteren Personen, schätzungsweise über dem Alter von 55 Jahre beteiligt waren, also wurde der Wirkungskreis bis auf den Campus der Bauhaus-Universität Weimars ausgeweitet. Es war uns wichtig, trotz des Random Sampling eine breite Masse der Bevölkerung abbilden zu können.

Insgesamt wurden dreißig Interviews durchgeführt. Die einzige Regel, welche im Rahmen des Samplings gesetzt wurde bestand darin, Geschlechtergerecht abzubilden, also eine ausgewogene Anzahl an weiblichen und männlichen Personen zu befragen.

Diverse Personen wurden im Rahmen des Feldzugangs nicht angetroffen.

## *Leitfaden und Interviews*

Die im Rahmen der Grounded Theory geführten Interviews basieren auf der Methodik einer leitfadenzentrierten qualitativen Interviewführung. Der Fokus stellte sich bei der Auswahl der Fragen wie folgt ein. Ziel der Erhebung waren möglichst kurze und auf das Forschungsfeld des Albert-Schweitzer-Denkmal, sowie dem Umgang mit kolonialen Denkmälern zugeschnittene Wortspenden zu sammeln. Dabei war es trotz dessen wichtig den interviewten Personen einen so kurz wie möglichen, aber gleichzeitig so lang wie nötigen Freiraum bei der Beantwortung der Leitfragen einzuräumen. Vor der Befragung wurde festgestellt, dass Studierende der Bauhaus Universität Weimar diese durchführen und eine anonyme Aufzeichnung des Interviews zur Nacherhebung stattfindet. In diesem Rahmen war es dann möglich die erhobenen Passagen in korrekter Zitation zu transkribieren im Anschluss zu verdichten. Die dafür verwendeten Leitfragen werden im Folgenden dargestellt.

„Warum befinden Sie sich in Weimar?": Diese Frage diente dem Erkenntnisgewinn im Rahmen der fortlaufenden Forschung. Sie ermöglicht eine schnelle Einordnung zu dem Aufenthaltsstatus der befragten Person. Dies hat zur Folge, dass nach der Erhebung eingeschätzt werden konnte, ob ein möglichst diverser Feldzugang erreicht wurde oder eine Nacherhebung notwendig ist. Auf Erkenntnisse im Rahmen der Assoziativen zu dem Denkmal oder zu dem Umgang mit kolonialen Stadtstrukturen zielte diese Frage nicht ab.

„Welche Wirkung hat dieser Ort auf Sie?": Die Motivation hinter dieser Frage erschließt sich aus dem Interesse der Forcierung einer offenen Spontanassoziation. Es ist von Bedeutung einen Raum für subjektivierte und gefühlte Wahrnehmungen des Ortes im Weimarer Stadtbild zu ermöglichen. Befragte erhielten somit die Chance ihre Eindrücke in Bezug auf

das Denkmal, den Platz an sich, sowie die im Denkmal dargestellten Personen und ihre symbolische Wirkung zu erläutern. Jener Punkt im Leitfaden ist entsprechend bezeichnend für den Erkenntniszuwachs, da er, in der Gesamtheit aller geführten Interviews Rückschlüsse auf die Wahrnehmung des Denkmals im Stadtbild und dessen Relevanz für die Bevölkerung ziehen lässt. Überdies erhielten befragte Personen einen diskreten Zugang zum Forschungsinteresse, welches mit anschließenden Fragen dann gezielter, jedoch nach wie vor in einer offenen Manier vertieft werden kann.

„Was verbinden Sie mit Albert Schweitzer?": Während einigen Befragten während der Beantwortung der zweiten Frage des Leitfadens noch nicht bewusst war, dass es sich bei dem Denkmal um eine Darstellung der genannten Person handelt, spitzt diese Frage nun direkt daraufhin zu. Eine Einordnung kann für die interviewten Personen nur über die Benennung Albert Schweitzers stattfinden. Die Formulierung zielt, so wie die vorherige, ebenfalls auf eine möglichst schnelle Reaktion der Befragten ab. Ziel ist es zu erfahren, inwiefern die Personalie eine Wiedergabe des über jenen bekannten Wissensschatz bei den Befragten hervorruft und in welchem Maße diese von den Interviewten selbst präsentierten Informationen von ihnen emotional verknüpft werden. Signifikant sind die Antworten dann für die Analyse, wenn man aus ihnen Rückschlüsse auf den allgemeinen Wissensstand zu Albert Schweitzer und die Konnotation dieser Erfahrungen verdichtet.

„Wie würden Sie mit kolonial aufgeladenen Orten umgehen?“ Die letzte, konkreteste Frage des Leitfadens schließt den bisher offenen Verlauf des Feldzugangs. Hier wird im Gegensatz zu den zuvor gestellten Fragen, nicht nach einer Assoziation, sondern vielmehr nach einer wissensgeleiteten Motivation der Befragten gesucht. Als Basis für die Entscheidungsfindung der Beteiligten, wie denn nun mit jenen Orten umgegangen werden soll, dient die, durch die vorhergehende Befragung selbst erschlossene Zusammenfassung des Wissensstandes über das Denkmal und Albert Schweitzer als Person. Dadurch, dass die Frage auf eine Entscheidung der Befragten abzielt, trägt diese ein großes Gewicht für das Ergebnis der Forschung. Hier bekommen Personen die Möglichkeit, ihren Best-Practice-Vorschlag zum Umgang mit kolonial aufgeladenen Denkmälern, am Beispiel des Albert-Schweitzer-Denkmal, direkt zu veräußern. Damit geben die Interviewten in ihrer Gesamtheit ein Stimmungsbild über den erwünschten Weg der stadtplanerischen Behandlung jener Orte ab.

## 4 Analyse

### 4.1 Analyse der Interviews

Die Analyse der Interviews wurde entlang drei der insgesamt vier gestellten Forschungsfragen gestaltet. Die erste Interviewfrage (1) „Warum befinden Sie sich in Weimar?“, wurde nicht in die weitere Auswertung integriert, da sie nicht zielführend zur Beantwortung der Forschungsfrage ist. Stattdessen wird ein Abbild der Assoziation des gesamten Personenverkehrs in Weimar angestrebt, der nicht in Kategorien gegliedert werden soll.

Im Folgenden werden zunächst die drei Interviewfragen einzeln analysiert um anschließend eine allgemeine fragenübergreifende Auswertung anzuschließen.

(2) Welche Wirkung hat dieser Ort auf Sie?

Die Antworten auf diese Frage grenzen sich stark voneinander ab, das Denkmal und seine Anordnung auf dem Kegelpplatz scheinen zahlreiche Assoziationen und Meinungen auszulösen. Die Analyse der Wirkung ist in mehrere Kategorien aufgeteilt, die verschiedene Assoziationen umfassen, darunter: (1) verwirrende, (2) negative, (3) positive sowie angenehme, (4) neutrale und (5) ausdrucksstarke Eindrücke.

Etwa ein Viertel der Befragten gibt an, das Albert-Schweitzer-Denkmal noch nie gesehen zu haben, was auf eine unscheinbare Ausgestaltung des Ortes und des Denkmals selbst schließen lässt. Gerade diesen Personen, denen das Denkmal unbekannt ist, fällt es schwer die dargestellten Personen überhaupt einzuordnen und ihre Beziehung zueinander zu beschreiben: „Ich hab das Denkmal noch nie gesehen und ich verstehe es auf den ersten Blick auch gar nicht so genau. Mich würde der Hintergrund interessieren, wie lange es da schon steht. Natürlich sehe ich zuerst einen weißen Mann mit drei farbigen Menschen und weiß nicht genau wie das zusammenpasst“ (s. Anhang 1). Diese Wirkung intensiviert sich, denn es befindet sich keine Informationstafel in der Umgebung des Denkmals, die Aufschluss darüber geben könnte wer Albert Schweitzer war und was er in seinem Leben getan hat, geschweige denn weshalb sich an dieser Stelle ein Denkmal von ihm befindet. Wie im vorherigen Zitat, zielt auch das folgende auf die äußerliche Unterscheidung der Personen ab: „Also ich glaub auch, [...] sie und die zwei Kinder sollen [...] nicht europäisch sein, er wahrscheinlich schon, sieht ein bisschen nach Kolonialdenkmal aus, mit dem Helm auch. Warum er 'ne Backschürze trägt, kann ich mir jetzt auch nicht erklären. Das sind viele Fragen“ (ebd.). Bei genauerer Betrachtung des Albert-Schweitzer-Denkmal erkennen die Menschen, dass hier Personen aus vermeintlich verschiedenen kulturellen Kreisen dargestellt werden. Wer Schweitzer und sein Lebenswerk jedoch nicht kennt, für den ist diese Zusammenstellung zunächst nicht nachvollziehbar.

Die Personenkonstellation ist ein weiterer Anhaltspunkt, an dem sich einige Befragten zur Beschreibung der Wirkung orientieren. Sowohl die Haltung der Personen zueinander als auch deren Beziehung wird als verwirrend beschrieben, denn es wirkt „auch irgendwie so ein bisschen als wären sie seine Bediensteten, [...] oder als ob sie so verheiratet wären, aber nicht so freiwillig“ (ebd.). Sieben weitere Interviewten nehmen eher eine familiäre Stimmung wahr, die Plastik Schweitzers „wirkt wie so eine väterliche Figur“ (ebd.). Es „wirkt wie eine Familie, die bisschen distanziert ist [...] [,] eine Familie die nicht so wirkt als ob sie ganz harmonisch [ist,] [...] vielleicht auch dass sie nicht gut drauf sind, vielleicht dass sie schon viel

erlebt haben" (ebd.). Die eben erwähnte Traurigkeit wird auch von zwei weiteren Befragten in Schweitzers Mimik erkannt und als trist interpretiert, „vielleicht aber auch nur, weil ich das Gesicht nicht sehe" (s. ebd.). Ein anderer Teil beschreibt die familiäre Darstellung eher als friedlich, statt als traurig oder unterdrückend „ohne Kontext [sei es] erstmal ganz positiv und freundlich" (ebd.). Oftmals überwiegt jedoch die Frage nach der Legitimation für die Darstellung einer Familie im Stadtraum: „Also ich stell mir die Frage: Warum ist da jetzt so 'ne Familie abgebildet. Was hat diese Familie getan, dass sie jetzt so geehrt werden durch diese Statue." (s. ebd.).

Vier Befragte konnotieren die Plastiken, deren Gestik und äußere Erscheinung mit harter Arbeit oder einem bäuerlichen Leben. „Das sieht aus wie so eine Arbeiterfamilie" (s. ebd.), „bäuerlich, Leben von der Arbeit, die man mit der Hand macht" (s. ebd.). Daraus lässt sich erneut schließen, dass das Denkmal und sein Kontext für viele Menschen nicht greifbar ist, sodass zur Erklärung selbstständig Interpretationsideen angeführt werden müssen.

Ein Großteil der Befragten, etwa zehn Personen, gaben an, „kein großes Symbolum" (s. ebd.) in dem Denkmal und seiner Präsenz auf dem Kegelplatz zu erkennen. „Unauffällig, ich find's normal, es passt rein" (s. ebd.), „nichtsagend, fällt nicht auf" (s. ebd.) und „recht neutral, ich kann nicht wirklich eine Stimmung erfassen" (ebd.), gehören zu den mehrfach getätigten Aussagen. Grund dafür ist bei einem Teil dieser Befragten, dass sie das Denkmal noch nie bewusst im Stadtraum wahrgenommen haben. Der zweite Teil der Interviewten erwähnt, dass der Eindruck des Denkmals „jetzt nicht mehr [so stark sei], [...] dadurch, dass ich jeden Tag vorbei gehe, sehe ich es ja immer" (ebd.), „mit der Zeit hat man sich daran gewöhnt" (ebd.). Zwei Bewohner\*innen Weimars erzählten außerdem, dass der Kegelplatz zu den Orten der Stadt gehört, an denen sie sich nie langfristiger aufgehalten haben. „Ich hab mich nicht oft an dem Ort aufgehalten, das steht an so einem Ort, an dem es nicht so auffällt, deswegen sieht man da nicht so genau hin" (ebd.). Das Denkmal rückt dementsprechend kaum in den Mittelpunkt des städtischen Lebens, es findet keine Begünstigung einer Auseinandersetzung mit eben diesem Denkmal statt. Diese Kritik überträgt sich ebenfalls, wenn über Weimars Besucher\*innen gesprochen wird: „der Platz ist ja mal gestaltet worden wie der heute ist und das ist eigentlich recht schön geworden" (ebd.), aber, „da unten kommen wenig Touristen hin und darum würde ich sagen [...] einen anderen Platz hätte man für ihn aussuchen können, für das was er eigentlich geleistet hat" (ebd.). Aus dieser Aussage wird noch einmal deutlicher, wie abgelegen und unauffällig das Denkmal gelegen ist und welcher geringen Einfluss es auf das Stadtbild hat.

Im Rahmen der geführten Interviews teilte bloß eine einzige Person mit, dass das AlbertSchweitzer-Denkmal einen intensiven Eindruck bei ihr hinterlässt. „Innerlichkeit, wichtig, ernsthaft, der Herr schaut einen an, die anderen schauen wo anders hin [...] und [es] ist auch spannend, [...] es ist groß, fast größer als lebensgroß. Es ist spannend, wirkt auf jeden Fall eindrucklich" (ebd.). Es entsteht der Eindruck, dass die befragte Person sich vollkommen auf das Denkmal und seine Ausstrahlung eingelassen hat, eventuell sogar Vorwissen zur dargestellten Person vorhanden ist. Unter den zahlreichen Befragten stellt sie eine von sehr wenigen Person dar, die ihre Wahrnehmung des Denkmals in Worte fassen kann.



(3) Was verbinden Sie mit Albert Schweitzer?

Die Themenfelder, in welchen sich das vermeintliche Wissen über Albert Schweitzer ansiedelt, wurden im Zuge der Analyse in zwei Oberkategorien unterteilt: (1) Arbeit und Wirken sowie (2) Narrative. Hierbei wird unterschieden in das faktische Wissen um Schweitzers Lebenswerk und gesellschaftlich geprägte Narrative, welche mitunter durch öffentliche Ehrungen wie Denkmäler oder die Benennung von öffentlichen Straßen und Plätzen geprägt werden.

24 der 29 Befragten sagten, dass sie Albert Schweitzer kennen, fünf Personen hingegen gaben an, über kein Wissen zu verfügen.

Von den 24 Personen, welchen Schweitzer bekannt ist, hatte niemand einen negativen Eindruck, positive sowie neutrale Einstellungen herrschen vor. 45 Prozent sprachen von einer positiven Verknüpfung, zumeist wurde jedoch von einer neutralen Assoziation gesprochen. Knapp die Hälfte der Personen, welche angaben den Namen Schweitzers zu kennen, verbanden diesen mit Narrativen wie „Nächstenliebe“, „Mission“ oder „Humanismus“ (s.

Anhang 1).

Auch brachte die Befragung ein spannungsvolles Themenfeld zu Tage, die Dualität der Rolle Schweitzers im Kolonialismus.

*„Aber ich denke immer noch an Lambarene, dass ist das was noch so drin ist, Lepra, Lambarene, Albert Schweitzer [...] also, dass aus Deutschland auch was Gutes kam, nicht nur das Negative [...].“* (ebd.)

Es wird deutlich, dass durch das reproduzierte Narrativ des „Wohltäters Schweitzer“, eine soziale und emotionale Bindung eingesetzt hat. Es existiert der Wunsch nach einem positiven Bild Deutschlands in zumindest einem kleinen Teil der Weltgeschichte.

Vier der Befragten sprachen von öffentlichen Ehrungen wie:

*„Briefmarken, ja, Straßennamen und so“; „Gibt es nicht auch so Schulen die so heißen, so Albert-Schweitzer-Gymnasium?“; „Ok, meine erste Assoziation ist das Albert-Schweitzer-Haus in der Partnerstadt in der ich aufgewachsen bin, wo wir früher öfter hingefahren sind.“; „Also ich kenn so ein Tierheim in Bonn, von ihm, deswegen verbind ich eigentlich so gute Sachen mit ihm, weil er halt so als ein Wohltäter wahrgenommen wird. Aber ich weiß eigentlich auch nicht so wirklich was über ihn, aber der Name ist eher so positiv konnotiert.“* (ebd.)

Das Wissen über die Arbeit und das Wirken Schweitzers konzentriert sich auf seine Tätigkeit als Arzt, wie auch sein wissenschaftlicher Hintergrund, so gaben 37 Prozent der Befragten an, den Namen Schweitzers in Verbindung mit Forschung und Medizin zu kennen. Sechs

Personen sprachen von Krankenpflege oder dem von ihm eröffneten Hospital, wobei auffällig ist, dass dies in fünf von sechs Fällen im direkten Zusammenhang mit Afrika gebracht wurde. Insgesamt sprachen sechs Personen in Verbindung mit Albert Schweitzer über Afrika. Wie oben bereits erwähnt, wurde zumeist der Bogen zu seinem Krankenhaus in Lambarene gespannt, wobei eine der befragten Personen in der Antwort zusätzlich einen Bezug zu Kolonialismus benannte: "Okay, er hat gelebt [...] und hat sich für Afrika eingesetzt beziehungsweise kolonial bezogen" (ebd.). Eine genauere Einordnung wurde nicht getätigt.

(4) Wie würden Sie mit kolonialen Denkmälern, wie dem Albert-Schweitzer-Denkmal in Weimar umgehen?

Aus den insgesamt 30 geführten Interviews kristallisierte sich ein relativ klar kategorisierbares Meinungsgefüge heraus. Im Rahmen der Analyse werden die gegebenen Einstellungen in folgende Verdichtungen unterschieden: (1) Abriss, (2) Status Quo, (3) Kontextualisierung. Dabei ist vor allem und vorab festzustellen, dass keine einzige der interviewten Personen sich dafür aussprach, sowohl das genannte Denkmal als auch andere, im kolonialen Kontext existierende Denkmäler abreißen lassen zu wollen. Insgesamt hatten neun der 30 befragten Personen keine von ihnen konkretisierte Einstellung zu kolonial aufgeladenen Orten. Anders verhält es sich bei Betrachtung der Kategorien (2) Status Quo und (3) Kontextualisierung.

*„Genauso gut wie ein Denkmal von Bismarck, das würde ich jetzt nicht weg machen oder hier, Karl-Marx den Kopf [...] das hat doch alles irgendwie einen Sinn“; „es ist einfach Geschichte, mehr ist es nicht“; „das steht ja noch nicht seit gestern erst da also, man muss nichts abreißen“; „find ich jetzt, dass da nicht noch unbedingt etwas fehlt [...] sind ja Frau und Mann und zwei Kinder“; „also ich würde Dinge einfach so stehen lassen wie sie sind und wahrnehmen“; „Ja die sollen schon so bleiben, wir haben hier ja auch Puschkin und Goethe, Schiller und Humboldt und weiß der Teufel wer alles, Weimar ist da ja bekannt eigentlich [...] das soll so bleiben wie es ist.“ (ebd.)*

Die hier dargestellten Äußerungen sind prägnante Beispiele für Argumentationen oder Empfehlungen für den Erhalt des derzeitigen Status Quo im Rahmen der Denkmalpflege. Man könnte auch denjenigen, welche sich zu dem Punkt des Umgangs enthielten, unterstellen, dass ihre Neutralität ein Festhalten am Status Quo implizieren kann. Nachweisbar ist dies, im Gegensatz zu den in der Zitation aufgeführten Meinungen, jedoch nicht. Aus den angeführten Pro-Status-Quo-Meldungen lässt sich auf der Ebene des AlbertSchweitzer-Denkmal lesen, dass dies Teil ihrer Alltagsrealität in der Stadt ist. Es tangiert sie höchstens in ihrer Peripherie und regt nicht zur Reflexion an. Sie sind es gewohnt, dass sich an diesem konkreten Ort im Stadtbild ein Denkmal befindet, jedoch wird es nicht wahrgenommen. Die konkreten Gründe dafür wurden im Rahmen der Forschung nicht beleuchtet. Einerseits spricht dies dafür, dass ein Teil der Personen aus „Betriebsblindheit“, einen schwarzen Fleck an diesem Ort entwickelten. Jedoch könnte man ebenso mutmaßen, dass eine fehlende Kontextualisierung, sowie ein fehlender

Interaktionscharakter ein solches (Un-)Bewusstsein begünstigt. Im Folgenden finden sich Indizien für eine fehlende Kontextualisierung des Albert-Schweitzer-Denkmal.

Vorab ist zu erwähnen, dass es neben den neun Enthaltungen, sechs Personen gab, welche sich proaktiv für einen Erhalt des Status Quo ausgesprochen haben. Die restlichen 15 Personen, welche 50 Prozent der Grundgesamtheit aller Befragten ausmachen, sprachen sich für eine bis dato fehlende Kontextualisierung aus oder äußerten ihren Wunsch nach dieser.

*„Aber genau das ist ja die Frage, man erinnert ja auch an die Kolonialzeit und diese anderen Gefüge von damals, da wäre es wahrscheinlich gut wenn da ein bisschen mehr steht, gerade wenn man nicht so viel weiß und dass nicht so kritisch hinterfragen kann, dass das Denkmal das einem quasi abnimmt, das man halt auch mal nachdenkt darüber was das eben heißt was genau er da gemacht hat, in welcher Zeit, wie das heute gesehen wird oder wie das auch einzuordnen ist. Viele Leute sehen das und denken nichts dazu und dann steht das einfach so da und man denkt Albert Schweitzer war ein cooler Typ, was er vielleicht auch war.“ (ebd.)*

Dieses Zitat steht beispielhaft für ein auffälliges Phänomen: Personen, welche sich für eine Einordnung des Denkmals aussprachen, haben häufig ein schon vorhandenes, kritisches Bewusstsein gegenüber der Kolonialzeit. Sie sehen eine Priorität in der Aufklärung dieser und erhoffen sich, dass dieses Wissen in Form von Infografiken oder interaktiven Installationen weitergetragen wird.

*„Ich finde es super wenn eine Erklärung oder historische Karte dabei stünde, wo man eben über die Geschichte lernen kann, wenn ich zum Beispiel Albert Schweitzer nicht kenne, das ich eben lesen kann wer er war, was er gemacht hat, warum er da steht, das fände ich hilfreich.“; „Kontextualisieren, Informationstafel that’s it, würd ich sagen. [...] Also wie gesagt ich weiß nichts über Albert Schweitzer, ich weiß nicht was er da gemacht hat, sagen wir mal er hat schlechte Arbeit geleistet, was nicht auszuschließen ist bei manchen Kolonialgeschichten, dann geht das ja auch nicht einfach weg nur weil man’s wegmacht.“; „Also es hat natürlich krasse Kolonial-Vibes, direkt, was natürlich schon unangenehm ist aber bei mir muss das direkt mit Aufklärung einhergehen, wenn ich dort stehe und nicht weiß was da passiert, geht’s mir einfach nur scheiße.“; „Ja vor allem weil wir in der Schule so Kolonialzeit nicht wirklich durchgenommen haben.“ (s. Tabelle 2)*

Überdurchschnittlich wichtig war es den Befragten dabei festzuhalten, dass das Denkmal an sich unverändert bleiben soll, während eine Kontextualisierung ergänzend beziehungsweise adaptiv oder mit einem Veranstaltungscharakter einhergehen sollte.

Hierdurch wird umso deutlicher, dass vor allem am Ort des Albert-Schweitzer-Denkmal eine direkte Einordnung dessen fehlt. Die nicht vorhandene Informationstafel zu dem dort dargestellten Artefakt fällt auf und stößt an. Der Feldzugang zeigte in diesem Punkt mit Nachdruck, dass Personen entweder Informationen missen, um die Statue einzuschätzen, oder dass sie Hintergrundwissen besitzen und es ihnen aus diesem Grund wichtig ist, genau

dieses zu teilen. Ein Teil der Befragten äußerte sich darüber hinaus sogar proaktiv zu Entwicklungen im Rahmen der Kolonialzeit und ordneten diese, vor allem in Bezug auf Deutschland und Westeuropa kritisch ein.

*„das müssen wir immer [...] wirklich in 'nem guten Zustand und dass man immer auch die Leute dran erinnert, was mal passiert ist. Wir hatten ja auch Kolonien, waren zwar woanders, aber das spielt ja keine Rolle [...] und das müsste man aufrechterhalten, was man alles an Schlechten gemacht hat auch dort“; „wichtig, dass [...] uns das ins Gedächtnis gerufen wird [...] und dass man das auch ordentlich und auch kritisch beäugen darf [...], dass man halt auch die Rolle wahrnehmen kann, die wir eben so hatten als Kolonialisten [...] und dass wir auch mit den Folgen leben müssen.“ (ebd.)*

#### **4.2 Wie möchte Weimar mit dem Denkmal umgehen?**

Abschließend konnte dargelegt werden, dass die Wahrnehmungen des Stadtpublikums, in Bezug auf das Albert-Schweitzer-Denkmal, durchaus ein breites Feld abdecken.

Die Plastiken scheinen auf der großzügigen Fläche des Kegelplatzes, der von Bäumen gerahmt ist, beinahe unterzugehen. Intensiviert wird dies, durch das Fehlen einer Infotafel oder ähnlichen Arten der Kontextualisierung. Für Personen, welchen Schweitzer bisher unbekannt ist, stellt es eine Herausforderung dar, die Zusammenstellung der abgebildeten Personen nachzuvollziehen, so dass der Betrachter\*in die Interpretation der Darstellung als Bedienstete, bis hin zu familiären Gefügen möglich wird. Hierbei kann die Ergänzung von Informationen eine Hilfestellung bieten, da nur die Minderheit einen direkten Bezug zu Albert Schweitzer und der hier angeschnittenen Kolonialgeschichte aufstellen kann.

Die Plastik macht es nicht möglich die dahinterstehende Geschichte nachzuvollziehen und kann somit auch nicht zu einer kritischen Auseinandersetzung beitragen, was die Bedeutung des Denkmals in Frage stellt. Deutlich wird dies ebenfalls im Hinblick auf die Positionierung am Kegelpplatz. Der passive Standort unterhalb des Stadtschlusses erlebt wenig touristischen Verkehr und auch die Stadtbewohner\*innen sehen das Denkmal eher in der Peripherie ihres

Alltags, anstatt eine Auseinandersetzung mit dem Abgebildeten einzugehen. Der Effekt eines

Denkmals wird hier verfehlt, besonders da es sich um eine der vereinzelt Abbildungen von BiPoC handelt, welche in Weimar im öffentlichen Raum zu finden sind und einen Ausschnitt der kolonialen Geschichte Deutschlands darstellt.

Der Name Albert Schweitzer ist den meisten Personen bekannt, jedoch konzentriert sich das Wissen primär auf sein Dasein als Wohltäter und Humanist. Auch sein Wirken als Arzt, die von ihm betriebene Forschung sowie sein Spital in Lambarene prägen Schweitzers historisches Bild. Interessant hierbei ist, dass obwohl das Wissen um das Spital in

Lambarene eine häufige Assoziation war, keine\*r der Befragten dies in kritischen Zusammenhang zum deutschen Kolonialismus und dessen Machtgefüge gebracht hat.

Grundlegend sind zwei Meinungen in Bezug auf den Umgang mit kolonialen Denkmälern erkennbar: das Erhalten des Status Quo sowie die Kontextualisierung des bereits vorhandenen, welche laut dem Großteil der Befragten angestrebt werden sollte. Das Interesse an dieser Kontextualisierung verdeutlicht, dass ein kritisches Bewusstsein bereits vorhanden ist, jedoch bisher keine Notwendigkeit dessen bestand. Die Befragung scheint hier im Verlauf der Gespräche eine Anstoßwirkung auf die Befragten geleistet zu haben.

Eine Zusammenfassung der aussagekräftigsten Interviewergebnisse kann ebenfalls in einer audiovisuellen Form nachverfolgt werden (s. Anhang 2).

## **5 Résumé**

Denkmäler zu bewegen, abzuändern oder gar ganz zu entfernen ist und bleibt ein schwieriges Unterfangen. Was einmal erbaut wurde, manifestiert und normalisiert sich mit der Zeit im Stadtbild. Im Rahmen des erfolgten Feldzugangs fällt auf, dass solche Vorhaben in der befragten Masse auch gar nicht erwünscht sind. Wenn man also gezwungen ist, am örtlichen und materiellen Status Quo des Denkmals festzuhalten, welche Möglichkeiten bleiben dann? Der Fokus kann auf folgende Problemstellungen gelegt werden: Wie kommuniziert das Artefakt oder der Ort? Was vermittelt er? Welchen Interpretationsspielraum eröffnet oder schließt er?

In der hier dargestellten Theorie führt der bisherige Umgang mit jenen Strukturen häufig zu einer Verharmlosung oder Exotisierung des gezeigten. Wir konnten herausfinden, dass das Albert-Schweitzer-Denkmal von den Betrachter\*innen Hintergrundwissen über jene Person und dem damit verknüpften Zeitgeschehen abverlangt. Damit grenzt sich dieses zu anderen Denkmälern im öffentlichen Raum ab, indem es nicht explizit ein koloniales Artefakt als Errungenschaft darstellt. Man sollte sich im Rahmen der Denkmalpflege vor Augen halten, dass Denkmäler immerzu Machtverhältnisse veräußern. Oft liegt es in der Hand von Initiativen und Vereinen, diese Machtverhältnisse darzustellen, Aufklärungsarbeit zu leisten und damit jene Artefakte einem Dekolonialisierungsprozess zu unterwerfen. Wünschenswert wäre es, wenn dies nicht im Verantwortungsbereich ziviler Bewegungen liegen bleibt, sondern Stadtplaner und Stadtplanerinnen diese Motivation im öffentlichen Dienst aktiv einbringen.

Dabei liegt aus kommunikationstheoretischer Sicht eine Möglichkeit der Beeinflussung im Signifikant - dem Ausdruck des Denkmals - und dem Signifikat - dem darüber generierten Inhalt nahe. Wenn man also, eine von vielen Befragten erwünschte Kontextualisierung des Denkmals stattfinden lässt, so beginnt eine Ausdrucksverschiebung. Das Artefakt spricht differenzierter zu den Betrachter\*innen. Die darüber hinaus mögliche Umgestaltung des Ortes erscheint aufklärungsfördernd. Eine Darstellung von BiPoC, auch im Rahmen von kolonial historischen Ereignissen, muss nicht direkt negativ konnotiert sein oder gar abgeschafft werden. Man kann etablierte Artefakte ganz im Gegenteil konkret nutzen, um auf Missstände aufmerksam zu machen. Bestenfalls erhält man somit ein greifbares, bildliches Objekt, welches im Rahmen seiner Kontextualisierung kritisch zu den Menschen,

welche es wahrnehmen spricht. Am Beispiel des Albert-Schweitzer-Denkmal in Weimar, wird die Chance einer Einordnung über einen kommunikativen Rahmen deutlich.

Eine dafür prädestinierte Option ist das Errichten einer Informationstafel. Diese Methode wurde von der Hälfte der befragten Personen direkt oder indirekt erwünscht. Durch eine solche Tafel wird nicht nur das Wirken Albert Schweitzers zu genüge dargestellt, jenes kann darüber hinaus in den kolonial-historischen Kontext eingeordnet werden. Denn während Albert Schweitzer für die westliche Welt positiv erscheinende Errungenschaften erzielen konnte, war er zentraler Bestandteil eines gewaltsamen Ausbeutungsregimes. Eingebettet in diesen Strukturen vollbrachte er positiv konnotierbare, humanitäre Leistungen. Eine Informationstafel kann beide Seiten dieser Medaille beleuchten. Sie verleiht dem Artefakt positive, neutrale und negative Ausdrücke. Sie regt ein kritisches Hinterfragen der dargestellten Person, aber vor allem der Zeit des Kolonialismus an. Dabei verhindert sie durch ihren Informationsgehalt in jedem Fall, dass das Denkmal unkommentiert zum Spielball oder Ort für rassistische Interpretationsspielräume wird. Der jetzige kommunikative Status Quo des Denkmals schafft dies nicht. Ganz im Gegenteil, sie stellt einen prominenten weißen Mann als Subjekt dar, mit namenlosen Objekten an seiner Seite welche als BiPoC identifizierbar sind. Damit kann das reine Erscheinungsbild und die Beschriftung der Statue eine rassistische Interpretationsmöglichkeit bedienen. Eine Einordnung über Wege der Kommunikation nehmen diesen Spielraum und lassen das Denkmal kritisch über jene Zeit und die damit einhergehende soziale, wirtschaftliche und emotionale Beschaffenheit dieser sprechen.

Im größeren Bild zeigt uns der erfolgte Feldzugang, wie wichtig die Kontextualisierung von kolonial aufgeladenen Orten ist. Jedes Artefakt drückt sich anders aus, manchmal aggressiv, in anderen Fällen unauffällig. Es ist ein notwendiges Unterfangen diese, über ihre eigentliche Existenz heraus zum Sprechen zu bringen. Dabei stellt die Bestückung eines Denkmals mit einer Informationstafel, nur eine von zahlreichen Möglichkeiten dar einen Kontext öffentlich auszulegen. Die Realisation der Notwendigkeit, jedes Denkmal, abhängig von seiner Verortung, der dargestellten Situation, sowie dem Kreis der Betroffenen und Betrachter\*innen, einer eigenen Abwägung in Bezug auf den optimalen Umgang mit ihrem Kontext zu unterziehen, ist essenziell für eine erfolgreiche Kontextualisierung. Diese

Abwägungsprozesse sollen bestenfalls in Abstimmung innerhalb eines möglichst großen intersektionalen Personenkreises geschehen, sodass differenzierte Ideen und Belange berücksichtigt werden und bereits auf diese Weise der öffentliche Diskurs beginnt.

## Literaturverzeichnis

Albert-Schweitzer-Komitee e.V. (o. D.): Wir über uns. Albert-Schweitzer-Komitee e.V. <http://www.albert-schweitzer-komitee.de/unser-verein.html> (letzter Zugriff: 12.02.2022).

Bechhaus-Gerst, Marianne (2019): Koloniale Spuren im städtischen Raum.

<https://www.bpb.de/apuz/297604/koloniale-spuren-im-staedtischen-raum?p=all> (letzter Zugriff: 15.01.2022).

Bee, Julia (o. D. a): Herderplatz 3. In: Decolonize Weimar. [https://decolonizeweimar.org/karte/herderplatz-3#\\_ftn1](https://decolonizeweimar.org/karte/herderplatz-3#_ftn1) (letzter Zugriff: 08.02.2022).

Bee, Julia (o. D. b): Kolonialfilm in Weimar. In: Decolonize Weimar. <https://decolonizeweimar.org/karte/kolonialfilm-in-weimar> (letzter Zugriff: 08.02.2022).

Besel, Antonia (o. D.): Kolonialgedenkbrunnen. In: Decolonize Weimar. <https://decolonizeweimar.org/karte/kolonialgedenkbrunnen> (letzter Zugriff: 08.02.2022).

Blokker, Johanna (2021): Denkmalsturz und Denkmalschutz. Positionen der Denkmalpflege zum Umgang mit Denkmälern des Kolonialismus. <https://www.bpb.de/apuz/geschichteund-erinnerung-2021/341137/denkmalsturz-und-denkmalschutz> (letzter Zugriff: 04.01.2022).

BpB (2019): 42. bpb:forum "Postkoloniale Stadtführungen im Vergleich". Akteure aus Köln, Bonn, Kassel und Berlin im Austausch über Theorie und Praxis und einen kritischen Blick auf ihre Stadt. <https://www.bpb.de/veranstaltungen/dokumentation/299083/42-bpbforumpostkoloniale-stadtfuehrungen-im-vergleich> (letzter Zugriff: 04.01.2022).

Breuer, Franz et al. (Hg.) (2019): Reflexive Grounded Theory. Eine Einführung in die Forschungspraxis, Wiesbaden, 4. Auflage.

Castro Varela, María Do Mar; Dhawan Nikita (2005): Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung. (Band 12). Bielefeld: transcript Verlag.

<https://elibrary.utb.de/doi/book/10.36198/9783838553627> (letzter Zugriff: 08.02.2022).

Decolonize Berlin e.V. (o. D.): Koordinierungsstelle. <https://decolonizeberlin.de/de/koordinierungsstelle/> (letzter Zugriff: 15.01.2022).

Decolonize Weimar (o. D.): Das Projekt. Decolonize Weimar! <https://decolonizeweimar.org/das-projekt> (letzter Zugriff: 15.01.2022).

dpa (2020): Streit um koloniales Erbe. Wie zeitgemäß sind Europas Denkmäler? Erschienen in: tagesschau. <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/kolonial-denkmaeler-101.html> (letzter Zugriff: 15.01.2022).

Falkenberg, Kathleen (2018): Permanenter Vergleich. Methodologische Überlegungen zu einer an der Grounded-Theory-Methodologie orientierten international vergleichenden Forschung, in: Journal für International und Interkulturell Vergleichende Erziehungswissenschaft, 24, 1: 107-134.

Falser, Michael / Juneja, Monica (Hg.) (2013): Kulturerbe und Denkmalpflege transkulturell.

Grenzgänge zwischen Theorie und Praxis. Bielefeld: transcript Verlag. [https://www.culturalheritage.unibz.it/wp-content/uploads/2020/12/2013\\_Falser\\_KulturerbeDenkmalpflege-transkulturell-Einleitung-Angkor-1.pdf](https://www.culturalheritage.unibz.it/wp-content/uploads/2020/12/2013_Falser_KulturerbeDenkmalpflege-transkulturell-Einleitung-Angkor-1.pdf) (letzter Zugriff: 18.01.2022).

Fanon, Frantz (2004 [1961]): The Wretched of the Earth. New York: Grove Press.

- Frey, Odette (2013): Albert Schweitzer - verehrt und verdammt. In: Schweizer Radio und Fernsehen. <https://www.srf.ch/wissen/mensch/albert-schweitzer-verehrt-und-verdammt> (letzter Zugriff: 11.02.2021).
- Ha, Kien Nghi (2014): Perspektiven urbaner Dekolonisierung: Die europäische Stadt als ‚Contact Zone‘. In: subUrban. Zeitschrift für Kritische Stadtforschung. [https://zeitschriftsuburban.de/sys/index.php/suburban/article/view/106/html\\_4](https://zeitschriftsuburban.de/sys/index.php/suburban/article/view/106/html_4) (letzter Zugriff: 18.01.2022).
- Harrison, Rodney (2010): Understanding the Politics of Heritage, zitiert nach: Blokker, Johanna (2021): Denkmalsturz und Denkmalschutz. Positionen der Denkmalpflege zum Umgang mit Denkmälern des Kolonialismus. <https://www.bpb.de/apuz/geschichte-und-erinnerung-2021/341137/denkmalsturz-und-denkmalschutz> (letzter Aufruf: 04.01.2022).
- Hemann, Paul (1972): Der Burenpräsident am Herderplatz. Stadtanzeiger Weimar, 28.11.1972, Stadtarchiv Weimar.
- Huber, Elisabeth (2020): Koloniale Stadtplanung. In: Huber, Elisabeth (2020): Armut und Umweltschutz. Potenziale und Barrieren im urbanen Raum Westafrikas. Bielefeld: transcript Verlag, 118-223. <https://www.transcriptverlag.de/media/pdf/33/8b/48/oa9783839451168ad5j9I8IEI2JP.pdf> (letzter Zugriff: 18.01.2022).
- Hunger, Ina / Müller, Johannes (2016): "Barney G. Glaser / Anselm L. Strauss: The Discovery of Grounded Theory. Strategies for Qualitative Research, Aldine Publishing Company: Chicago 1967: 271. In: Salzborn, Samuel (Hg.): Klassiker der Sozialwissenschaften. 100 Schlüsselwerke im Portrait, Wiesbaden, 2. Auflage: 259-262.
- Koordinierungsstelle bei Decolonize Berlin e.V. (2021): Jahresbericht 2021. Berlin: Koordinierungsstelle bei Decolonize Berlin e.V. (Hg.). <https://decolonize-berlin.de/wpcontent/uploads/2021/12/Jahresbericht-der-Koordinierungsstelle-2021.pdf> (letzter Zugriff: 15.01.2022).
- Mayer, Julia Patricia (o. D.): Koloniale Jugendarbeit in Weimar. In: Decolonize Weimar. <https://decolonize-weimar.org/karte/koloniale-jugendarbeit-in-weimar> (letzter Zugriff: 08.02.2022).
- Mey, Günter / Mruck, Katja (2011): Grounded-Theory-Methodologie: Entwicklung, Stand, Perspektiven, in: Mey, Günter / Mruck, Katja Hg.): Grounded Theory Reader, Wiesbaden, 2. Auflage: 11-50.
- Meyer zu Eppendorf, Caroline / Borzner, Paula (o. D.): Kolonialheim Prellerstraße 1. In: Decolonize Weimar. <https://decolonize-weimar.org/karte/kolonialheim-prellerstrasse-1> (letzter Zugriff: 08.02.2022).
- Mignolo, Walter D. (2007): Delinking. In: Cultural Studies, Vol. 21 (2/3). Taylor & Francis: 449-514. [https://docs.ufpr.br/~clarissa/pdfs/DeLinking\\_Mignolo2007.pdf](https://docs.ufpr.br/~clarissa/pdfs/DeLinking_Mignolo2007.pdf). (letzter Zugriff: 11.02.2022).
- Muschiol, Paul (o. D.): Carl Alexander. In: Decolonize Weimar. <https://decolonizeweimar.org/karte/carl-alexander> (letzter Zugriff: 09.02.2022).
- Noeske, Jannik (o. D.): Tropenhelm in Thüringen. Oder: Wie Albert Schweitzer nach Weimar kam. <https://decolonize-weimar.org/karte/tropenhelm-in-thueringen> (letzter Zugriff: 11.02.2022).



Rede von Gerald Götting (1970): Albert Schweitzer – Pionier der Menschlichkeit. Berlin: Union Verlag: 25-38.

Reichertz, Jo (2011): Abduktion: Die Logik der Entdeckung der Grounded Theory. In: Mey, Günter / Mruck, Katja (Hg.) (2011): Grounded Theory Reader. Wiesbaden, 2. Auflage: 279300.

Reitsamer, Rosa (2013): Die Do-it-yourself-Karrieren der DJs: Über die Arbeit in elektronischen Musikszenen, Bielefeld, 1. Auflage.

Rössner, Alf (2007): Das koloniale Weimar. In: von der Heyden, Ulrich / Zeller, Joachim (Hg.) (2007): Kolonialismus hierzulande: eine Spurensuche in Deutschland. Erfurt: Sutton Verlag, 27-33. 978-3-86680-269-8.

Scharnowski, Friedrich (o. D.): Die Weimarische Zeitung. In: Decolonize Weimar.

<https://decolonize-weimar.org/karte/die-weimarische-zeitung> (letzter Zugriff: 08.02.2022).

Schwaderer, Isabella (o. D.): Gerhard Rohlfs. Wie waren Forschungsreisende am deutschen kolonialen Denken beteiligt? In: Decolonize Weimar. <https://decolonizeweimar.org/karte/gerhard-rohlfs> (letzter Zugriff: 08.02.2022).

Young, Robert (2001): Postcolonialism. An Historical Introduction. Malden / Oxford: Blackwell Publishing: 5.

## Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Kolonial geprägte Räume in Weimar, Quelle: Eigene Darstellung, 2022.

Abb. 2: Albert-Schweitzer-Denkmal mit Blumentopf: „Zum 147. Geburtstag von A. Schweitzer“, Quelle: Eigene Darstellung, 2022.

Abb. 3: Die ursprüngliche Plastik von 1963, Quelle: Neues Deutschland vom 20. November 1965: 8.

Abb. 4: Infoplatkat über Albert Schweitzer für die Interviews, Quelle: Eigene Darstellung, 2022.

## Kodiertabellen & Video

Anhang 1: Interviewauswertung, siehe unten, Quelle: Eigene Darstellung, 2022.

Anhang 2: Was denkt Weimar über Albert Schweitzer?

[https://www.youtube.com/watch?v=i\\_jrn5ZB\\_sM](https://www.youtube.com/watch?v=i_jrn5ZB_sM), Quelle: Eigene Darstellung, 2022.

Interview (Nummmer und Person)	Frage im Leitfaden	Zeit	Zitat	Eigene Worte	
Gerhart-Hauptmann-Straße 2	1	0:09-0:11	"Wir wohnen hier"	Wohnhaft in Weimar	
(2 Personen)	2	0:37-0:41	"Der Platz könnte vielleicht ein bisschen gepflegter sein"	Objektive Wahrnehmung des Platzes: weitere Pflege wäre wünschenswert	
	3	01:07-1:17	"Ich weiß, der hat irgendwie, ich sag jetzt mal nicht Entwicklungs-, er war Arzt in, ich könnte Ihnen jetzt nicht sagen was wie wann wo"	Der Name Schweitzers ist bekannt, sowie auch die Assoziation zu seinem Beruf und seinem ausländischen Engagement, jedoch keine Details	
	4	2:06-2:10	"Das würd ich stehen lassen, also auf jeden Fall"	Kein Abriss oder Entfernung gewollt	
		2:10-2:12	"Das ist nunmal so gewesen"	Akzeptanz der kolonialen Vergangenheit	
		2:13-2:26	"Genauso gut wie ein Denkmal von Bismark, das würde ich jetzt nicht weg machen oder hier, Karl-Marx den Kopf [...] das hat doch alles irgendwie einen Sinn"	Versuch einer Begründung des Wunsches auf Beibehaltung, jedoch keine wirkliche Erklärung, keine Begründung der Sinnhaftigkeit dieser Denkmäler	
		2:40-2:47	"Vielleicht könnte man noch eine Art Tafel aufstellen, die das noch erläutert"	Kontextualisierung und eine Einordnung in Form einer Tafel wäre erwünscht	

		3:08-3:26	"Wir stehen ja jetzt auch, selbst wenn nicht Corona wär zusammen, haben irgendwie in dem Moment jetzt mal eine Beziehung, und sind nicht umarmt. Also ich würd das jetzt nicht irgendwie als ablehnend oder als arrogant oder als, ne würd ich nicht"	Schweitzers Darstellung im Denkmal wird akzeptiert, sogar begrüßt. Er erscheint nicht überpräsentiert zu sein, gegenüber den drei anderen Personen	
	5	3:40-4:14	"Hier vorne ist so ein schöner Sockel, vorm Ami, da könnte gerne diese Statue drauf, dieser Reiter. Selbst diese [...], da war irgendwann mal so ein Event, da stand so ein Holzpferd auf dem Sockel [...]. Da könnte wieder was hin"	Hinweis auf den leerstehenden Sockel am Goetheplatz, auf dem ehemals eine Statue von Carl Alexander stand. Eine (permanente oder zeitweise) Nutzung wird gewünscht. InterviewpartnerIn scheint Denkmäler und ihre Entwicklung in Weimar zu beobachten.	
Gerhart-Hauptmann-Straße 3	1	0:06-0:13	"Ich komm von hier und wir stellen [...] unser Kind [...] vor [...], also Familienbesuch"	Person 1 stammt gebürtig aus Weimar, ist nun allerdings nicht mehr hier wohnhaft. Familienbesuch mit ihrem Sohn und Partner	
(2 Personen)	2	0:27-0:53	"Ich muss halt leider sagen, ich habe mich, selbst als ich hier gewohnt hab, dort gar nicht so oft aufgehalten. Ansonsten [...] das ist ja Albert Schweitzer, es ist halt da. [...] Ansonsten die Wirkung, also Albert Schweitzer ist jetzt nicht verfremdet dargestellt"	Es wurde sich kaum dort aufgehalten, die Wirkung hält sich dementsprechend zurück. Das Denkmal fällt nicht besonders auf. Albert Schweizer als Person wird erkannt und seine Darstellung als realistisch empfunden.	
	3	1:01-1:15	"Ähh, okay, er hat gelebt [...] und hat sich für Afrika eingesetzt beziehungsweise kolonial bezogen"	Kaum Wissen über Albert Schweitzer, aber eine grobe Einordnung ist möglich (Person 1)	
		1:18-1:32	"deswegen denkt man auch im ersten Moment eher so bei dem Denkmal, dass das [...] der Kolonialfarmer mit seiner Hausdienerin ist, aber [...] hats ja einen anderen Hintergrund, aber vielleicht die erste"	Kritikübung an der Darstellungsweise und eine potenzielle Falschinterpretation im ersten Moment beogen auf Schweitzers Arbeit in Gabun (Person 2)	

			Darstellung ist schon ein bisschen so"		
	4	1:56-2:14	"Das ist halt reale Geschichte, die so passiert ist und ich glaub heutzutage würd man nicht mehr teilweise so Denkmäler so machen [...] war ja auch in Barcelona, wo sie das KolumbusDenkmal abgerissen haben [...] und angesprüht [...], andererseits gehört es halt auch zur Geschichte der Menschheit dazu "	Denkmal hat Berechtigung, da ihre Grundlage auf der wahren Kolonialgeschichte beruht. Zweifel daran, ob heute noch Denkmäler dieser Art aufgestellt würden. Akzeptanz für zivilgesellschaftlichem Umgang mit Kolonialdenkmälern, jedoch Kritik, da die Vergangenheit auf diese Weise nicht rückgängig gemacht wird (Person 2)	
		2:19-2:47	"totschweigen kann man es eh nicht. [...] Wieso, steht da noch eine Tafel [...]? [...] Dann sollte man das noch nachträglich machen"	Vorschlag einer Kontextualisierung in Form einer Tafel (Person 1)	
		2:51-2:56	"man muss deswegen ja nicht alles abreißen was dazu gehört, aber ja, vielleicht auch etwas dazu erklären"	kein Abriss, aber Erklärung wieso dieses Denkmal in dieser Form dort steht (Person 2)	
Gerhart-Hauptmann-Straße 4	1	0:15-0:16	"Ich lebe in Weimar"	Wohnhaft in Weimar	
	2	0:33-0:40	"Es erinnert mich eben auch an eine andere Zeit und ich hab da auch positive Bezüge"	Bezüge zu Schweitzer sind aus der Vergangenheit positiv	
	3	0:47:00-1:01	"Also hier auf dem Bild [...], also ich weiß jetzt nicht so viel über ihn, [...] Familienleben, bäuerlich, Leben von der Arbeit, die man mit der Hand macht"	Scheint nur wenig über Schweitzer zu wissen. Bei Betrachtung des Denkmals wird dieses mit einem familiären und bäuerlichen Leben sowie körperlicher Arbeit assoziiert.	
	4	1:15-1:34	"wichtig, dass wir uns das ins Gedächtnis gerufen wird [...] und dass man das auch ordentlich und auch kritisch beäugen darf [...], dass man halt auch die Rolle wahrnehmen kann, die wir eben so hatten als Kolonialisten [...] und dass wir auch mit den Folgen leben müssen"	Denkmal sollte kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialgeschichte ermöglichen und die Erinnerungskultur fördern	

	5	1:44-1:50	"Dass man schon versucht vielleicht einen friedvollen Weg damit zu finden"	Wünscht sich einen friedvollen Umgang mit den Denkmälern	
Gerhart-Hauptmann-Straße 5	1	0:06-0:07	"Wir wohnen in Weimar"	Wohnhaft in Weimar	
	2	0:25-0:32	"alter Mann, ich mein ich weiß wers ist oder wers sein soll, aber dann ist auch schon zu Ende"	Der Name Albert Schweitzer ist bekannt, jedoch kaum weiterführendes Wissen	
	3	0:42-0:43	"Arzt war der"	Schweitzers Tätigkeit als Arzt ist bekannt	
	4	1:20-1:27	"die, die jetzt sowas mit Unterdrückung in Verbindung bringen wollen, nur weil jemand schwarz ist, das sind die nicht ganz klar im Kopf sind"	Sieht im Denkmal keine Unterdrückung dargestellt, es scheint keine Relevanz zu haben, welche Hautfarbe die dargestellten Personen haben könnten	
		1:29-1:47	"wir haben einen Bekannten, der ist Schwarz und der sagt zu mir: 'Du kannst zu mir [N*] sagen' [...]. Ich sag auch nicht [N*] zu ihm, so ist das nicht ne, aber die Leute, die damit ein Problem haben, dass jemand Schwarz ist, das sind die, die das Problem haben, nicht die anderen"	spielt die Bedeutung des N-Wortes runter	
		1:53-1:55	"es ist einfach Geschichte, mehr ist es nicht"	Deutsche Kolonialgeschichte scheint abgetan zu werden ohne, dass ein Wunsch nach Aufarbeitung Ausdruck findet	
	5	2:10-2:16	"das steht ja noch nicht seit gestern erst da also, man muss nichts abreißen"	Begründet die Erhaltung des Denkmals mit dem Argument, es sei schon immer dort gewesen, keine Veränderung wird gewünscht	
Gerhart-Hauptmann-Straße 6	1	0:03-0:07	"Wir wohnen hier, schon immer"	Schon immer wohnhaft in Weimar	
	2	0:32-0:37	"der Platz ist ja mal gestaltet worden wie der heute ist und das ist eigentlich recht schön geworden"	Schöne Gestaltung wird hervorgehoben	
		0:42-0:54	"da unten kommen wenig Touristen hin und"	Bedauerung, da die Lage des Denkmals bedingt, dass nur	

			darum würde ich sagen [...] einen anderen Platz hätte man für ihn aussuchen können, für das was er eigentlich geleistet hat"	wenige TouristInnen es besuchen. Die Arbeit die Schweitzer geleistet hat, hätte noch besseres verdient	
	3	1:20-1:28	"ich weiß nicht in welchem Land das war, aber er hat n' Hospital [...] betrieben und hat da viel gemacht für die afrikanische Bevölkerung in dem Land"	Schweitzers Arbeit ist bekannt, er betrieb ein Hospital uund unterstützte dort die afrikanische Bevölkerung	
	4	1:48-2:10	"das müssen wir immer [...] wirklich in nem guten Zustand und dass man immer auch die Leute dran erinnert, was mal passiert ist. Wir hatten ja auch Kolonien, waren zwar woanders, aber das spielt ja keine Rolle [...] und das müsste man aufrecht erhalten, was man alles an Schlechten gemacht hat auch dort"	Die Platz- & Denkmalpflege wird gewünscht. Außerdem wird die deutsche Kolonialgeschichte anerkannt und an sie soll erinnert werden, auch wenn Deutschlands Kolonien an anderer Stelle waren.	
			unsere Info: Kolonialgeschichte wird an dem Denkmal noch garnicht erwähnt		
		2:26-2:27	"ne ne, das fehlt"	Kontextualisierung fehlt und könnte ergänzt werden	
Gerhart-Hauptmann-Straße 7	1	0:08-0:13	"Wir wohnen am Stadtrand von Weimar und am Wochenende gehts mal in die Stadt"	Wohnhaft am Stadtrand von Weimar, am Wochenende regelmäßig einen Ausflug in die Stadt	
	2	0:27-0:28	"familiär"	Das Denkmal wirkt familiär, aufgrund der Personenauswahl & -konstellation	
	3	0:38-0:43	"da kann der Papa vielleicht was zu sagen? [...]" "[...] Ne."	Schweitzer ist nicht bekannt	
	4	2:10-2:19	"find ich jetzt, dass da nicht noch unbedingt etwas fehlt [...] sind ja Frau und Mann und zwei Kinder"	Keine Kontextualisierung nötig, eventuell auch aufgrund fehlendem Wissen zu Schweitzer und der deutschen Kolonialgeschichte, jedoch Verweis darauf, dass die Darstellung von sowohl Frau, Mann als auch Kindern positiv aufgenommen wird	

Gerhart-Hauptmann-Straße 8	1	0:10-0:11	"aus touristischen Gründen"	Touristischer Aufenthalt	
	2	0:52-0:56	"Missionsdarstellung aus dem Alltag mit einer afrikanischen Mutter"	Denkmal erinnert an die alltäglichen Missionsarbeit in Afrika	
	3	1:07-1:14	"Nächstenliebe, Mission, Krankenpflege in Dritte Welt Ländern"	Schweitzer wird mit folgenden Attributen assoziiert: Nächstenliebe, Mission und Krankenpflege in dritte Welt Ländern	
	4	1:28-1:43	"ich diese ganzen Humboldt-Forum-Diskussionen, ich wohne in Berlin, [...] mitbekommen hab und wie wir mit unserem kolonialen Erbe und Denkmal umgehen, das ist wirklich zu problembehaftet. Also ich würde Dinge einfach so stehen lassen wie sie sind und wahrnehmen"	Kennt Diskussionen über das Humboldt-Forum und empfindet den Umgang mit kolonialen Denkmälern und Erbe als zu problembehaftet. Abriss/Entfernung sind oft nicht die Lösung, gewinnbringender sieht er die Erhaltung der Denkmäler um die Wirkung weiter wahrzunehmen	
		2:10-2:14	"ja, eine Facette, wie halt jedes Denkmal nur einen Bruchteil [...] von nem ganzen darstellt"	Denkmäler spiegeln nur einen Bruchteil der ganzen Geschichte wider, nicht vollkommen repräsentativ	
	5	2:26-2:28	"dass wir es anschauen müssen"	Interesse am Denkmal wurde geweckt und der Besuch angekündigt	
Gerhart-Hauptmann-Straße	1	0:58-0:59	"Also wir machen hier Urlaub"	Aufenthalt zu touristischen Zwecken	
	2	1:17-1:19	"ein ganz verzerrtes, wirres Bild"	Das Denkmal wird wirr und verzerrt wahrgenommen	
	3	1:30-1:31	"nichts"	Keine Assoziation zum Namen Albert Schweitzer	
	4	1:45-1:49	"transparent, offen, aufarbeitend"	Kolonialgeschichte soll möglichst transparent, offen und aufarbeitend behandelt werde	
	5	1:56-2:01	"ne, aber das ist mal eine Anregung mich mal anderweitig damit auseinanderzusetzen"	Anregung zur weiteren Auseinandersetzung	
Jonas 1	1	0:04-00:7	"Weil ich hier hergezogen bin, für die Familie sozusagen"	Wohnt in Weimar, zugezogen aus familiären Gründen	
	2	0:34-01:17	"Wirkt wie eine Familie, die bisschen distanziert ist [...] eine Familie die	Albert Schweizer Denkmal und darauf dargestellte Personen wirken nicht harmonisch,	

			nicht so wirkt als ob sie ganz harmonisch sind, vielleicht auch das sie nicht gut drauf sind, vielleicht dass sie schon viel erlebt haben"	wirken distanziert zueinander, vielleicht traumatisiert	
	3	01:54-02:00	"Bezugspunkte hatte ich noch nicht so viele zu ihm, deswegen, kann ich da jetzt auch nicht so viel dazu sagen"	Keine Kenntnis über Leben und Werk Albert Schweizers	
	4/5	02:10-02:13	"Ne würde ich jetzt dabei einfach, würde ich jetzt einfach stehen lassen"	Keine Aussage zu kolonialer Stadt	
Jonas 2	1	0:02-0:04	"Weil ich hier wohne und Weimar liebe"	Bewohnerin mit Stolz	

2 0:17-0:18 "Das gehört einfach dahin" Keine kritische Assoziation, Denkmal als Teil der Normalität

	3	0:20-0:25	"Albert Schweizer, das wissen Sie ja selber, hat etwas gutes getan."	Albert Schweizer als positiv konnotierte Person	
	4/5	0:53-0:55	"Ne eigentlich nicht"	Keine Aussage, keine Gedanken zu kolonialer Stadt	
Jonas 3	1	0:04-0:11	"Wir wollen hier einkaufen"	Tourist	
	2	0:22-0:29	"Normal, also, kein, kein großes Symbolum"	Keine symbolische Wirkung	
		0:30-0:35	"Also unauffällig, ich finds' normal, es passt rein"	Unauffällig, normales, natürliches Teil des Stadtbildes	
	3	0:40-0:48	"Seine Arbeit in Afrika und das diese, ja sagmal Hilfswerke sein, seine medizinischen Sachen in Afrika vor allem"	Albert Schweizer als positive, mit Hilfswerken und medizinischer Arbeit assoziierte Person	
	4/5	01:00-01:10	"Also ich find's nicht schlimm, wenn man ein Denkmal diesen Leuten setzt, ich muss sagen, es ist Geschichte und Geschichte kann man nicht ändern und da muss man auch reflektieren, aber nicht ändern"	Wunsch, dass das Denkmal erhalten bleibt. Offen für reflektierende Arbeit der durch das Denkmal konservierten Geschichte	
Jonas 4	1	0:02-0:04	"Ich wohne in Weimar"	Wohnt in Weimar	



	2	0:09-0:12	"Nichtssagend, fällt nicht auf"	Keine Wahrnehmung, keine Assoziation in Bezug auf das Denkmal	
	3	0:18-0:22	"Naturwissenschaften, alles mögliche halt"	Einordnung A.S. im Bereich der Naturwissenschaften ein, kein Kontextwissen	
	4/5	0:30-0:31	"Ne"	Keine Meinung zur kolonialen Stadt	
Jonas 5	1	0:01-0:03	"Ich studiere hier"	Studium in Weimar	
	2	0:20-0:100	"Innerlichkeit, wichtig, ernsthaft, der Herr schaut einen an, die anderen schauen wo anders hin [...] und ist auch spannend, [...] es ist groß, fast größer als lebensgroß. Es ist spannend, wirkt auf jeden Fall eindrucklich"	Denkmal fällt auf und hinterlässt einen Eindruck	
	3	01:05-01:26	"Vor allem das Krankenhaus in Afrika, ja, und dass er so dieses ehm, vor allem am Anfang seines lebens viel studiert, viel gelernt und gesagt okay hey, ich geh dahin ich mach das, das ist jetzt notwendig und geb quasi ganz viel von dem was ich gelernt habe weiter"	A.S. als Wissenschaftler, gelehrter, Gründung Krankenhaus in Afrika, Samaritertätigkeit durch weitergabe des gelernten nach Afrika	
	4/5	01:44-02:06	"Ehm Kolonialismus, ..., eh, ja es ist wichtig darüber zu sprechen und bei Denkmälern, aber, das die nicht nur in der Ecke stehen und verstauben, sondern ja eher vielleicht was interaktives haben, so wie ihr, ich weiß nicht was ihr damit macht, aber bin ich gespannt."	Wichtig, einen Diskurs anzuregen und sowohl als auch informativ und performativ mit entsprechenden Denkmälern in der Stadt umzugehen	
Jonas 6	1	0:04-0:05	"Ich gehöre hierher"	Wohnt in Weimar, wohlmöglich hier oder im Umland geboren	
	2	0:16-0:21	"Jetzt nicht mehr, aber dadurch dass ich jeden Tag vorbeigehe, sehe ich es ja immer, gell"	Denkmal als Teil der städtischen, gewöhnlichen Normalität	
	2/3	0:22-0:44	"Aber ich denke immernoch an Lambarene, das ist das"	Ort des Wirkens in Afrika, positive konnotation A.S. aufgrund der Lepraforschung.	

		was noch so drin ist, Lepra, Lambarene, Albert Schweizer, ..., also das aus Deutschland auch was gutes kam, nicht nur das negative [...] positiv."	
3	0:58-01:13	"Na ich denke wenn wir ohne ihn, wäre die Lepra Forschung gar nicht so möglich gewesen, ich weiß nicht ob es jemand anderes gemacht hätte aber er wollte ja auch Menschen helfen"	A.S. als wichtiges Moment der medizinischen Forschung und als solidarischer Mensch
4	01:25-02:20	"Völkerwanderung gab es ja schon immer, so die kolonialherren die es mal gab und die es vielleicht auch noch gibt jetzt wird genölt, dass Asylbewerber, Afrikaner nach Deutschland kommen, aber es wird nicht genölt, also ich höre nichts, irgendwo in den Medien, dass es auch mal umgedreht mal genau so war. Was haben wir da zu suchen gehabt? Es ging ja nicht darum, dass wir denen dort eh, es ging ja eigentlich nur um wirtschaftliche interessen und jeder Mensch versucht ja ein gutes leben zu haben und dann ist das eben so, dass sie hierherkommen. Es gibt immer schwarz und weiß und es gibt immer Menschen die hier nicht unbedingt das beste machen ist aber überall so und das gab es schon immer die Geschichte lehrt man kann es in der Bibel nachlesen, was gab es da? Mord und Totschlag."	Umfängliches Wissen zu Kolonialismus und geschichtliche Einordnung mit der Völkerwanderung in unserem Jahrzehnt. Kritik an westlichem, medialen Bewusstsein der Thematik
5	02:31-02:50	"Man kann es ja, eh, also ich würde es jetzt nicht wegräumen aber man	Wünscht sich Aufklärung, warum, weshalb, wieso

			kann ja darüber reden, warum wieso weshalb, es ist ja - ne Geschichte steht ja dahinter, es ist nunmal so."		
Jonas 7	1	0:06-0:09	"Also ich wohne schon hier seit 60 Jahren"	Wohnt in Weimar	
	2	0:30-0:40	"Also mit der Zeit hat man sich daran gewöhnt, ist mir schon alles bekannt und so"	Keine direkte Wirkung, aufgrund der langjährigen Normalisierung im Stadtbild	
	3	00:46-01:28	"Also ich würde mal sagen, Hilfe für Kinder und so, Gesundheit was er da in Afrika aufgebaut hat, ja also ist schon bekannt, aber jetzt auf die schnelle die ganzen Einzelheiten, weiß ich nicht [...] Also es ist ein bekannter Mann, würde mal sagen humanitär."	Verbindet A.S. mit Humanitarismus, Hilfe für Kinder, Gesundheit in Afrika, bekannter Man.	
	4	01:32-02:13	"Da hat sich Deutschland nicht gerade hervorgetan, vor allem in Afrika, wenn man das so sieht mit dem Abschlachten von den Hereros und Hottentotten und was da so alles war, also eh Namibia, das kann man ja noch heute als Kolonie bezeichnen sind ja immernoch sehr deutsch [...] aber sonst war der Kolonialismus weltweit nicht das was eigentlich sein sollte."	Sieht kolonialismus negativ behaftet, lehnt ihn tendenziell ab. Benutzt trotzdem rassistische Begriffe	
	5	02:17-02:40	"Ja die sollten schon so bleiben, wir haben hier ja auch Puschkin und Goethe, Schiller und Humboldt und weiß der Teufel wer alles Weimar ist da ja bekannt eigentlich [...] das soll so bleiben wie es ist"	Möchte das Denkmäler in ihrer Gesamtheit erhalten werden	
Jonas 8	1	0:03-0:06	"Weil ich in Wohlsborn wohne und wir waren heute im sächsischen Hof essen."	Tourist, aus dem Umland zu Besuch	

	2	0:21-0:42	"Ich kenne, sieht, wie soll ich mal sagen, nicht schlecht aus. Ich bin auch selber Architekt, ich kenne mich ein bisschen aus in der Stadtgeschichte. Es hat aber keine (assoziative) Wirkung auf mich."	Architekt, Denkmal hat keine assoziative Wirkung auf die Person.	
	3	0:45-01:02	"Ist mir ein Begriff, nun, Hilfe für, wie soll ich sagen, unterbemittelte, zurückgebliebene und ja Kinder und so weiter."	A.S. in Verbindung mit Hilfe für "unterbemittelte, zurückgebliebene" deutliches Rassistisches Narrativ	
	4/5	01:15-01:51	"Es ist viel gemacht worden aber gewisse Sachen sind vergessen worden [...], zum Beispiel oben das Haus von Frau von Stein also da ist dort seit Jahren nichts passiert und das da keiner Mut hat den Eigentümern richtig auf die Füße zu treten verstehe ich nicht."	Möchte, dass Vergangenheit konserviert wird	
Jonas 9	1	0:03-0:06	"Sightseeing, ich war noch nie in Weimar"	Tourist	
	2/3	0:27-0:48	"Dazu habe ich mich zu wenig mit Albert Schweizer beschäftigt um da jetzt eine Aussage treffen zu können, ich wüsste auch wirklich nicht wer Albert Schweizer war."	Kein Wissen über Albert Schweizer, keine Assoziation zum Denkmal	
	4	01:05-01:33	"Wenn ich das jetzt auf England beziehen müsste, so Kolonialität, pffff ..., hätte ich jetzt gar keine Meinung dazu, also wenn, höchstens aufklärend. Also wenn müsste ich mich eingehend damit beschäftigen um mir dann eine Meinung bilden zu können"	Keine Meinung zu Kolonialismus, aber interessiert an Aufklärung	
Jonas 10	1	0:03-0:10	"Weil ich irgendwann angefangen habe hier zu studieren und jetzt hier hängengeblieben"	Wohnt seit dem Studium in Weimar, nun mit Frau und Kind	

			bin, mit Freundin und Kind."		
	2	00:18-01:36	"Ich bin nicht ganz uninformiert [...] durch Uniinitiative über Orte die sage ich mal, kolonial befleckt sind. Davor, als ich diese Info noch nicht hatte habe ich da gar nicht so darüber nachgedacht. [...] Er wirkt wie so eine väterliche Figur mit den afrikanischen Personen drumherum, eh das wirkt ja erstmal ganz freundlich irgendwie [...] also ohne Kontext erstmal ganz positiv und freundlich."	Hat durch Initiative über koloniale Denkmäler wie das A.S. erfahren, sieht dass diese nicht ganz unbefleckt sind, davor hat er nicht darüber nachgedacht. Denkmal wirkt wie eine väterliche Figur, afrikanische Personen werden erkannt. Ohne Kontext wirkt es für ihn positiv und freundlich	
	3	01:46-02:15	"Also da fehlen mir so Infos, also klar die Assoziation, weiß ich gar nicht, das ist ganz schwierig, die ist positiv besetzt, der war so missionarisch unterwegs, oder? Ich glaube, weil ich gar nicht so viel weiß, ist die Assoziation sogar positiv, weil so wenig Infos da sind oder so."	Ihm fehlen infos, A.S. positiv besetzt, missionarische assoziation, positiv	
	4	02:46-03:50	"Das ist schwierig zu beantworten, also klar ich kriege mit dass das ins öffentliche Bild rückt, weil Menschen sich damit mehr befassen oder versuchen das auch über soziale Medien oder so mit in den Diskurs zu tragen. Also dadurch merke ich, dass ich es mitkriege, dadurch, dass es an mich rangetragen wird oder wenn ich jetzt, also es gab ja auch schon in Großbritannien diese Fälle wo die die auch in den Fluss geworfen haben solche Denkmäler, eh, weiß ich nicht, es wäre glaube ich cool, wenn hier eine Tafel stehen würde die	Er ist durch öffentlichen Diskurs interessiert an der Thematik. Kennt fälle von auseinandersetzungen in GB aufgrund von Konflikten aufgrund kolonialer Vergangenheit. Wünscht sich Infotafel und Aufklärung, möchte nicht, dass das Denkmal abgerissen wird.	

			das thematisieren würde ich würde das jetzt nicht gleich wegmachen, aber dass man das kontextualisiert, das lässt sich ja auch durch einfache Mittel wie meinentwegen eine Infotafel, könnte das ja schon lösen, weil man hat die Möglichkeit sich zu informieren, dass das nicht ganz so einfach ist. Genau, das wäre jetzt so eine ganz einfache Idee die ich hätte."		
BUW 1	1	00:10-00:14	"Ich studiere hier und ja, wohne hier"	Studentin, wohnt in Weimar	

			"Auf diesem Foto, ich weiß nicht ob die Fotografie das ist, auf jeden Fall wirkt der Mann in der Mitte ein bisschen traurig, vielleicht aber auch nur, weil ich das Gesicht nicht sehe und da ist ja auch ein Schatten über den Augen und generell Gesicht, weshalb das Gesicht nicht so erkennbar ist, aber die Haltung wirkt so ein bisschen traurig. Das Baby sieht richtig süß aus und entspannt."	Nimmt den Ort als eher triste Situation wahr, die abgebildeten Personen wirken familiär.	
	2	00:21-00:56			
	3	01:01-01:12	"Ok, meine erste Assoziation ist das Albert Schweizer Haus in der Partnerstadt in der ich aufgewachsen bin, wo wir früher öfter hingefahren sind"	Positive Assiziation, kennt bereits Gedenkstätten für A.S.	
	4	01:57-03:13	"Jetzt so aus dem Stehgreif, ich hab mir jetzt noch nicht so viele Gedanken zu gemacht. Aber was ich auf jeden fall schwierig find ist wenn da keine Gedenktafel oder irgendwas da ist um das einzuordnen. Weil ich	Eine Tafel mit Informationen und Kontextualisierung sowie auch kritischer Auseinandersetzung wäre wünschenswert.	

			hatte offensichtlich keine Ahnung was das darstellt. Ja so eine Einordnung fände ich ganz interessant, Und ich seh jetzt hier auf dem Bild nicht ob das irgendwie kritisch betrachtet wird, wie Deutsichchland sich - ich weiß jetzt nicht wann Albert Schweizer gelebt hat - um 1910 oder sowas verhalten hat. Es bedarf mehr Aufklärung und dann können Orte wie diese auch nicht ganz so negativ dargestellt werden. Ich dachte erst es wäre eine Familie ehrlich gesagt."		
	5	03:23-03:41	"Ja also ich fänds schön, dass wenn diese Plastiken da länger bleiben, vielleicht noch ein Schild mit bisschen Inhalt und das es aber präsent ist und man nicht noch fünf meter suchen muss bis man es findet."	Eine Tafel mit Informationen wäre wünschenswert, diese sollte auch direkt in Verbindung zu dem Denkmal stehen.	
BUW 2	1	00:12-00:14	"Ich bin Studentin der Urbanistik im dritten Semester"	Studentin	
	2	00:28-01:57	"Also ich kenn das Denkmal. Ich hab mich nicht oft an dem Ort aufgehalten, das steht an so einem Ort, an dem es nicht so auffällt, deswegen sieht man da nicht so genau hin und schaut sich das nicht so genau an. Also mir fällt auf jeden Fall auf, dass wenn ich mir das jetzt so angucke, dass relativ wenige Denkmäler mit schwarzen Personen existieren und dass das irgendwie so ein ungewohnter Anblick ist, dass jetzt hier People of Colour abgebildet sind. Aber auch irgendetwas so ein bisschen"	Kennt das Denkmal, es handle sich um einen passiven Ort ohne viel Aufmerksamkeit. Es sind wenige Abbildungen von schwarzen Personen im öffentlichen Raum vertreten. Es könnte Bedienstete darstellen, aber auch familiär, definitiv ein engeres Verhältnis.	

			als wären sie seine Bediensteten, finde ich stehen sie da oder als ob sie so verheiratet wären, aber nicht so freiwillig aber weil sie auch aus so einer anderen Zeit gezogen sind."		
	3	02:10-02:30	"Also ich kenn so ein Tierheim in Bonn, von ihm, deswegen verbind ich eigentlich so gute Sachen mit ihm, weil er halt so als ein Wohltäter wahrgenommen wird. Aber ich weiß eigentlich auch nicht so wirklich was über ihn, aber der Name ist eher so positiv konnotiert."	Positive Konnotation durch Wohltäter, Vorreiter im damaligen Kontext, Tierheim in Bonn.	
	4	02:42-04:06	"Also das finde ich auch richtig schwierig zu sagen, weil gerade so in seinem Fall, weil er hat ja für seine Zeit schon was Gutes getan und aus der heutigen Perspektive würde er nicht mehr so gefeiert werden. Ich glaub trotzdem das er als Vorreiter stand, damals. Inzwischen wäre das natürlich rückschrittlicher. Aber genau das ist ja die Frage, man erinnert ja auch an die kolonialzeit und diese anderen Gefüge von damals, da wäre es wahrscheinlich gut wenn da ein bisschen mehr steht, gerade wenn man nicht so viel weiß und dass nicht so kritisch hinterfragen kann, dass das Denkmal das einem quasi abnimmt, das man halt auch mal nachdenkt darüber was das eben heißt was genau er da gemacht hat, in welcher Zeit, wie dass heute gesehen wird oder wie das auch einzuordnen	Konkretere Einordnung und Kontextualisierung	



			ist. Viele Leute sehen das und denken nichts dazu und dann steht das einfach so da und man denkt Albert Schweizer war ein cooler Typ, was er vielleicht auch war."		
BUW 3	1	00:08-00:15	"Wohnen, mein Freund und ich sind hergezogen, weil er in Erfurt studiert und ich arbeite hier selbstständig"	Wohnt und arbeitet in Weimar, zugezogen.	
	2	00:28-00:45	"Recht neutral, also ich kann nicht wirklich eine Stimmung erfassen, mein nächster Gedanke ist ob das Bronze oder Kupfer ist, also das Material. Also ich finde es wirkt sehr steif aber ich hab sonst keinen besonderen Eindruck."	Kennt das Denkmal nicht, neutrale Wirkung, steif.	
	3	01:01-01:03	"Ich kenn diesen Namen nicht."	keine Assoziationen	
	4	01:18-01:33	"Ich finde es super wenn eine Erklärung oder historische Karte dabei stünde, wo man eben über die Geschichte lernen kann, wenn ich zum Beispiel Albert Schweizer nicht kenne, das ich eben lesen kann wer er war, was er gemacht hat, warum er da steht, das fände ich hilfreich."	Es sollte deutlich sein wer abgebildet ist, sowie eine Kontextualisierung zu dessen Arbeit und Wirken wäre sinnvoll	
	5	01:42-02:01	"Also ich finde es schön, dass es in Deutschland so viele Statuen gibt, weil ich Kunst eigentlich immer gut finde und das macht ja auch was her für die Stadt, wenn es was zu sehen gibt, dass schauen sich viele Leute ja auch gern wegen des Tourismus an. Also wenn es darum geht ob man mehr Denkmäler aufbauen oder abreißen sollte, dann finde ich immer mehr Kunst ist in der	Statuen und Kunst im öffentlichen Raum sind sehr wünschenswert, wenn diese niemanden schädigen.	

			Regel gut, außer sie ist direkt schädigend."		
BUW 4	1	00:09-00:16	"Wir studieren hier beide, visuelle Kommunikation im ersten Semester"	Studentinnen	
zwei Personen	2	00:30-01:07	"Ich hab das Denkmal noch nie gesehen und ich verstehe es auf den ersten Blick auch gar nicht so genau. Mich würde der Hintergrund interessieren wie lange es da schon steht. Natürlich sehe ich zuerst einen weißen Mann mit drei farbigen Menschen und weiß nicht genau wie das zusammen passt. Es wirkt im ersten Moment friedlich."	Denkmal ist unbekannt, wirkt friedlich	
	3	01:16-01:20	"Ich hab ihn auf jeden Fall schon gehört, aber ich kann es gerade nicht zuordnen." "Ich glaube Arzt"	Keine direkte Assoziation, Arzt	
	4	02:16-03:20	"Natürlich könnte man das jetzt verschieden auslegen, also ich hab mich mit dem Typen nicht beschäftigt, aber es gibt ja zum Beispiel den Begriff des white savorism und da wird ein weißer Mann als Held dargestellt." "Ich weiß jetzt nicht ganz genau die Geschichte und ob da ein Text dabei ist, also das man da einen Text dazustellen." "Ich glaub Umgang mit dem Thema in der heutigen Zeit ist auf jeden fall eher diesen Ländern die Ressourcen zu geben, damit sie selber an Lösungen arbeiten können und nicht als weiße Person das an sich zu reißen."	Solche Orte sollten kritisch hinterfragt werden, Kontextualisierung wäre sinnvoll	

BUW 5	1	00:09-00:11	"Ich mach gerade meine Thesis in Produktdesign."	Student	
	2	00:28-00:39	"Eine traurige Stimmung. Leiden und viel Arbeiten irgendwie auch."	Triste Stimmung	
	3	00:52-01:07	"Er sagt mir irgendwas, aber ich kann es gar nicht zu ordnen gerade. Was ich mit dem Namen verbinde, Wissenschaft, Erfindergeist, Ehrgeiz."	Name bekannt, positive Konnotationen	
	4	01:44-02:00	"Ja man sollte sie schon hinterfragen auf alle Fälle, was damals in der Zeit hier passiert ist. Das war für viele wahrscheinlich ganz üblich, was heutzutage ja gar nicht üblich ist, wenn es nicht sogar Völkermorde sind. Ja sollte man schon hinterfragen, was da gerade in den USA passiert ist schon meistens richtig."	Es sollte hinterfragt werden was damals passiert ist und wie wir Denkmäler wahrnehmen	
BUW 6	1	00:10-00:11	"Wir studieren hier"	Studenten	
zwei Personen	2	00:24-01:29	"Ich hab das noch nie gesehen." "Ich auch nicht" "Bei einem Denkmal stellt man sich meistens was vor von dem man weiß was es ist, so Goethe-Schiller-Denkmal-mäßig, aber wenn ich mir das jetzt so angucke, dass sagt nix aus, also ich stell mir die Frage: Warum ist da jetzt so 'ne Familie abgebildet. Was hat diese Familie getan, dass sie jetzt so geehrt werden durch diese Statur." "Ich frag mich warum sie ein Kopftuch trägt, ist ja nicht gerade europäisch." "Also ich glaube auch, dass sie und die zwei Kinder sollen glaube ich nicht europäisch sein, er	Denkmal unbekannt, familiäre Situation. AS wird als weiße Person erkannt, Kolonialassoziation durch Helm/Kappe. Die anderen abgebildeten Personen werden als nicht europäisch gelesen.	

			wahrscheinlich schon, sieht ein bisschen nach Kolonialdenkmal aus, mit dem Helm auch. Warum er 'ne Backschürzte trägt, kann ich mir jetzt auch nicht erklären. Das sind viele Fragen."		
	3	01:38-01:42	"Gar nichts ehrlich gesagt. Also gehört schon."	Keine direkte Assoziation	

			"Kontextualisieren, Informationstafel thats it, würd ich sagen. Also was man damit jetzt stadtgeschichtlich macht, ob man da jetzt Diskussionsrunden, das geht ja wahrscheinlich auf die ganze Kolonialdenkmal Thematik hin und von meiner Warte aus würde ich sagen das eine Kontextualisierung und eine Bewusstseinsmachung von dem was da gezeigt wird, besser ist als das jetzt abzutragen. Das ist natürlich eine andere Frage was Ästhetik angeht, ich finde das Denkmal jetzt nicht mega hässlich, jetzt auch nicht mega krass, darum ja eine gut ausgearbeitete vielleicht von Urbanisten und Historikern, so ne Tafel würde dem gut tun. Ich mein wir wussten ja jetzt auch gar nicht was das ist, also weder hab ich Albert Schweizer erkannt, also das mit Kolonial erkennt man schon irgendwie..." "Ja also man muss da schon irgendwie was haben das man sagt <i>ah ok das ist er also</i> aber ja ich stimme dir zu, also klar ich kann verstehen das	Stadtgeschichtliche Aufarbeitung wäre vorstellbar, auf jeden fall kein Abtragen sondern Kontextualisieren ggb. Infotafel. Als nicht betroffene Person keine richtige Meinung, verständlich wenn sich Betroffene dadurch eingeschränkt fühlen. Durch das Abtragen kann Geschichte weder ignoriert noch korrigiert werden. Extrembeispiele sollte abgetragen werden. Auch Intention der Künstler*in hinterfragen.	
	4	02:25-05:57			

		<p>da dann wo das Black Lives Matter los ging Kolumbus Statuen abgerissen wurden, also diese ganzen Symbole der Oppression und keine Ahnung was, ok, wenn Leute meinen das sie das unbedingt weg haben müssen, mein Gott ok also ich bin davon nicht betroffen, deswegen sollen sie machen was sie für richtig halten. Er war halt Mediziner, er halt Leuten geholfen das sie nicht an Malaria sterben oder so..." "Weiß ich nicht das ist immer schwierig, das jetzt irgendwie in der Kolonialzeit, also ich hab tatsächlich gerade ein Buch über die Kolonialzeit gelesen aber es war ein Roman von Christian Kracht, den man mit Vorsicht was die historische Genauigkeit betrachten sollte, aber ich finde schon das wenn man sich das damit bewusst macht... weil es einfach weg zu machen ändert ja auch nix. Also das geht ja nicht weg. Also wie gesagt ich weiß nichts über Albert Schweitzer, ich weiß nicht was er da gemacht hat, sagen wir mal er hat schlechte Arbeit geleistet, was nicht auszuschließen ist bei manchen Kolonialgeschichten, dann geht das ja auch nicht einfach weg nur weil mans wegmacht. Vielleicht so bei krassen Sachen, also ich finde man sollt ejetzt so Reichsadler jetzt nicht irgendwo einfach hängen lassen, es gibt</p>	
--	--	---	--

			schon Extrembeispiele aber bei sowas denk ich, vielleicht auch ein bisschen was über den Künstler, die Künstlerin, vielleicht auch manchmal nicht verkehrt. Wer hat das gemacht? Warum? War das ne Auftragsarbeit oder aus freien Stücken, ich nehme an es war eher ne Auftragsarbeit, würd ich jetzt tippen."		
	5	05:02	"Da werden wir mal hingehen auf jeden Fall." "Ja ich wills mir auf jeden fall auch mal anschauen. Immer interessant und ich finds gut wenn, also ich finds wichtig das Denkmäler auch stehen bleiben. Vielleicht auch welche die ein bisschen schweurig sind. Das gehört halt dazu. Die Weltgeschichte ist halt nicht ohne ihre Schattenflecken, gerade nicht die Deutsche." "Wie ging dieser Spruch, wer aus der Geschichte nicht lernt macht die gleichen Fehler wieder?"	Interesse an Thematik geweckt. Die Geschichte kann nicht ignoriert werden, wichtig das auch schwierige Denkmäler stehen bleiben.	
BUW 7	1	00:20-00:25	"Wir studieren erstes Semester VK."	Student*innen	
mehrere Personen	2	00:40-01:06	"Das sieht aus wie so eine Arbeiterfamilie"	Arbeiterfamilie, Farmer	
			"Bisschen gruselig."		
			"Farmarbeiter"		
	3	01:16-01:44	"Briefmarken, ja, Straßennamen und so"	Positive Konnotationen: Arzt, AS-Schulen und -Stiftungen, Straßennamen, Briefmarken	
			"Arzt"		
			"Gibt es nicht auch so Schulen die so heißen, so Albert Schweizer Gymnasium? Klingt wie so ein 0815 deutscher Dude der irgendwas gemacht hat."		

			"Stiftungen"		
	4	02:15-03:02	"Also es hat natürlich krasse Kolonial-Vibes, direkt, was natürlich schon unangenehm ist aber bei mir muss das direkt mit Aufklärung einhergehen, wenn ich dort stehe und nicht weiß was da passiert, gehts mir einfach nur scheiße." "Ja vor allem weil wir in der Schule so Kolonialzeit nicht wirklich durchgenommen haben."	Schule hat keinen grundlegenden Bildungsauftrag in Bezug auf die deutsche Kolonialgeschichte geleistet, daher wäre mehr Aufklärung wünschenswert.	
	5	03:04-03:07	"Wer ist die Frau?"	Die anderen abgebildeten Personen werden zu Staffage.	

# **08| Interkulturelle Öffnung in der Stadtverwaltung Weimar? Ein Konzept für den Abbau von institutionellem Rassismus durch interkulturelle Öffnung.**

Friederike Kamm

Roman Müller

Hannah Schnelle

Jette Schwormstede

Catharina See



## II Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
AWO	Arbeiterwohlfahrt
BMI	Bundesministerium des Inneren und für Heimat
BIMF	Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge
BRD	Bundesrepublik Deutschland
bzw.	beziehungsweise
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ebd.	ebendiese
et al.	und andere
EU	Europäische Union
e.V.	eingetragener Verein
f.	folgende
ff.	fortfolgende
ggf.	gegebenenfalls
Hg.	Herausgeber_in
LEG	Landesentwicklungsgesellschaft
NGO	Non-Governmental Organization (Nichtregierungsorganisation)
NSU	Nationalsozialistischer Untergrund
o.J.	ohne Jahr
o.S.	ohne Seite
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschland
TMMJV Verbraucherschutz	Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und
vgl.	vergleiche
WCT	Welcome Center Thuringia
z.B.	zum Beispiel

## **Vorwort**

Wir, die Verfasser\_innen, sind selbst ausschließlich weiße Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft und damit nicht von Rassismus betroffen. Wir sehen uns durch diese privilegierte Position verpflichtet, dem Thema Rassismus Aufmerksamkeit zu schenken und unsere Privilegien und unser Handeln zu reflektieren. Wir möchten mit dieser Forschungsarbeit versuchen Unterstützung beziehungsweise Allyship<sup>16</sup> zu leisten.

In dieser Arbeit soll möglichst sensibel mit der Zuschreibung von Menschen in Gruppen umgegangen werden, weshalb im ersten Kapitel dieser Arbeit Gruppenbezeichnungen definiert und reflektiert werden. Anschließend orientieren sich die Begrifflichkeiten meist an den jeweiligen Quellen und beziehen sich auf konkrete Situationen, daher werden unterschiedliche Begriffe verwendet.

---

<sup>16</sup> Allyship ist eine aktive, konsequente und anstrengende Praxis des Verlernens und Neubewertens, bei der eine Person in einer privilegierten und machtvollen Position versucht, in Solidarität mit einer Randgruppe zu handeln (Universität zu Köln 2020: o.S.).

## 1 Einleitung

Im Oktober 2021 wurde die Studie des Bundesministeriums des Inneren und für Heimat „Rassismus als Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts im Kontext ausgewählter gesellschaftlich-institutioneller Bereiche“, welche unter anderem institutionellen Rassismus in den Blick nimmt, in Auftrag gegeben (BMI 2021: o.S.). In dieser Studie wird nicht nur analysiert, ob Rassismus in den staatlichen Institutionen auftritt, sondern insbesondere Fokus darauf gelegt, wie dieser entsteht und wie ein Vermeiden davon möglich ist.

Im Rahmen des Planungsprojektes „Rassismus in Weimar“ beschäftigt sich diese Arbeit mit institutionellem Rassismus in der Stadtverwaltung Weimar. Die Verwaltung bildet für Menschen in Deutschland als Organ des Rechtsstaates eine Institution, mit welcher man im Laufe des eigenen Lebens unumgänglich in Kontakt tritt. Gleichzeitig sind die Strukturen in der Stadtverwaltung beispielhaft für unsere Gesellschaft und damit ein Vorbild für viele andere Institutionen und Organisationen. Die Verwaltung kann eine Impulsgeberin für Veränderungen sein oder das Fehlen dieser abbilden.

Eine angenommene Voraussetzung für die folgende Forschungsarbeit ist, dass die Strukturen der Weimarer Stadtverwaltung institutionellen Rassismus und Diskriminierung begünstigen. Daher stellt sich die Frage: *„Inwiefern begünstigt die Stadtverwaltung Weimar institutionellen Rassismus und wie kann die Stadtverwaltung für alle Anwohnenden integrativ auftreten und rassistische Diskriminierungen vermeiden?“* Diese soll als Ergebnis der folgenden Arbeit beantwortet werden. Zunächst widmet sich die Arbeit dem Thema der institutionellen Diskriminierung und des institutionellen Rassismus, denen sich auf einer theoretischen Grundlage angenähert wird. Gleichzeitig werden Begriffe um Integration und Bezeichnungen von Personengruppen definiert und deren Umgang im allgemeinen Sprachgebrauch reflektiert. Anschließend wird das Konzept der interkulturellen Öffnung erläutert, auf welchem die Betrachtung der Weimarer Stadtverwaltung im Rahmen dieser Arbeit aufbaut. Wie die Autorinnen Vanderheiden und Mayer bereits 2014 im „Handbuch interkulturelle Öffnung: Grundlagen, Best Practice, Tools“ beschreiben, ist interkulturelle Öffnung ein etablierter Ansatz für den Abbau von Zugangsbarrieren sowie die Stärkung von Chancengleichheit in Organisationen. Da die Forschungsfrage den Forschungsgegenstand auf den Raum Weimar begrenzt, werden im nachfolgenden Kapitel die vorhandenen Integrationsstrukturen von Thüringen sowie von der Stadt Weimar betrachtet. Um die vorhandenen Strukturen besser einordnen zu können, werden die Bemühungen der Stadt Jena herangezogen. Zusätzlich wurden Interviews geführt, deren Erfahrungsberichte zum tieferen Verständnis der tatsächlich bestehenden Strukturen und Praxis der Stadtverwaltung Weimar beitragen. Im Anschluss werden basieren auf der Analyse der bestehenden Strukturen und anhand der eingangs ausgeführten Theorien Handlungspotenziale für die Stadt Weimar abgeleitet. Recherche.

Das Ergebnis dieser Arbeit bildet ein Konzept, wie der Prozess zu einer interkulturellen Stadtverwaltung in der Stadt Weimar angestoßen werden kann. Hierbei werden neben einer möglichen Herangehensweise auch konkrete Forderungen für die interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung aufgestellt. Diese sollen ebenfalls in Form eines offenen Briefes an die Stadtverwaltung Weimar überreicht werden. Das Ziel dieses Briefes ist es, die Aufmerksamkeit auf die Handlungsfelder im Weimarer Verwaltungsapparat zu lenken, die ansonsten nicht im Fokus stehen und damit einen Wandel zu einer diskriminierungsärmeren und -sensibleren Verwaltung anzustoßen.

## 2 Theoretische Grundlagen

Für eine Annäherung an das Thema Integration und um eine differenzierte Empfehlung für eine Veränderung in der Stadtverwaltung in Weimar abgeben zu können, erläutert das folgende Kapitel zunächst welche Theorien zur Beantwortung der Forschungsfrage herangezogen werden. Da dies die Verwendung verschiedener Personenbezeichnungen und Gruppenzuschreibungen verlangt, werden die notwendigen Begriffe definiert und reflektiert.

### 2.1 Institutioneller Rassismus und institutionelle Diskriminierung

Der Begriff der institutionellen Diskriminierung basiert auf dem zuerst in Folge der Bürger\_innenrechtsbewegung und den *Black Movements*, Ende der 1960er Jahre, in den USA aufgekommenen Begriff des institutionellen Rassismus (Haase/Schmidt 2021: 888). Die Betrachtung einer strukturellen Dimension rassistischer Unterdrückungen wird bereits in der politischen Kampfschrift „Black Power: The Politics of Liberation in America“ (vgl. Carmichael/Hamilton 1967) beschrieben (Gomolla 2016: 136; Haase/Schmidt 2021: 888). Es wird zwischen offenem, individuellem und verdecktem, institutionellem Rassismus unterschieden (ebd.). Bei dieser Betrachtung wird die subjektive Absicht der Person, sich rassistisch zu verhalten, als irrelevant betrachtet und verlagert damit die Aufmerksamkeit auf die Wirkung etablierter gesellschaftlicher Machtverhältnisse (Gomolla 2016: 136).

In Deutschland hat eine solche Auseinandersetzung mit dem Konzept von institutioneller Diskriminierung keine vergleichbare Tradition (ebd.: 138). Lange kam es in der bundesdeutschen Gesellschaft, wie auch in der ehemaligen DDR, zu einer Tabuisierung des offenen und latenten Rassismus und ab Ende der 1980er Jahre wurde dieser dann, im wissenschaftlichen Diskurs sowie in Teilen der Zivilgesellschaft, zum Thema gemacht (ebd.). Seit den späten 2000er Jahren wurde rechtlich und politisch die Kategorie des institutionellen Rassismus sowie auch institutioneller Diskriminierung relevant (ebd.). Durch die EU-Richtlinien zum Schutz vor Diskriminierung im Jahr 2006 wurde in Deutschland das Gleichbehandlungsgesetz erlassen (ebd.: 136). Wichtig zu erwähnen ist die daraus resultierende Tätigkeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Durch die vielschichtigen Erfahrungen von Diskriminierung zahlreicher NGOs, lokaler Netzwerke und einzelner Betroffener wurde dieser Raum geschaffen und Programme für eine gerechtigkeitsorientierte Institutionsentwicklung konnten sich etablieren (Gomolla 2016: 138 f.).

Institutionelle Diskriminierung beschreibt eine „dauerhafte Benachteiligung sozialer Gruppen, die auf überindividuelle Sachverhalte wie Normen und Regeln sowie auf routinierte Praktiken und kollektiv verfügbare Begründungen zurückgeführt“ (Haase/Schmidt 2021: 883) wird. Die Stadtverwaltung handelt als eine Organisation und damit werden nicht die individuellen Handlungen, welche diskriminieren, betrachtet oder die Summe diskriminierender Einstellungen und Handlungen erklärt, sondern strukturelle Handlungsmuster (Gomolla 2016: 134). Diskriminierung kann auf gesetzlicher Grundlage entstehen, aber auch durch informelle sowie formelle Kultur von Organisationen begünstigt werden (Weiß 2021: 17). Dabei muss dem diskriminierenden Verhalten der Verwaltungsangestellten keine Absicht vorausgehen (Haase/Schmidt 2021: 883).

Um dies in den aktuellen Diskurs um Rassismus einzuordnen, ist festzuhalten, dass in den letzten Jahren allgemein ein diskursanalytischer Ansatz verfolgt wurde (Weiß 2021: 10). Dieser geht davon aus, dass Wissensbestände ihre eigene Dynamik haben und sich Diskurse ohne das Handeln und das Einverständnis von einzelnen Menschen weiterentwickeln. Dieser Umstand erzwingt eine kritische Haltung bei der Forschung einzunehmen und die eigene Position zu reflektieren (ebd.). Jedoch ist an diesem Ansatz mit symbolischen Kämpfen und kulturellen Fragen problematisch zu bewerten, dass das unsichtbare Handeln von Institutionen in den Hintergrund gerät (Weiß 2021: 11). Daher fordert Anja Weiß (ebd.: 14) den Diskurs über Rassismus, um die direkte interpersonale und institutionelle Diskriminierung zu erweitern und damit Rassismus als Ausdruck von sozialen Ungleichheiten zu verstehen (vgl. Weiß 2013). Der Blick auf Rassismus beziehe sich meist nur auf die oberste Schicht und damit die offensichtliche Gewalt, wodurch institutionalisierte Ungleichheiten häufig aus dem Fokus gelangen (Weiß 2021: 15).

## 2.2 Aktueller Integrationsdiskurs

Als Mittel gegen Rassismus hat sich das Konzept der Integration etabliert. Beispielsweise verfügen der Freistaat Thüringen sowie die Stadt Jena über Integrationskonzepte. In diesen positionieren sie sich gegen Rassismus in jeglicher Form und entwickeln zugleich ein Handlungskonzept, durch welches die Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund bzw. -erfahrung gelingen soll.

Für den Begriff der Integration gibt es keine allgemein gültige Definition. Daher orientiert sich die Arbeit am Integrationskonzept der Stadt Jena, welche eine Definition des Soziologen Michael Bommes heranzieht, nach dem:

*„der Grad der gesellschaftlichen Integration von Migranten [an]gibt [...], in welchem Ausmaß es diesen gelingt, an den für die Lebensführung bedeutsamen gesellschaftlichen Bereichen teilzunehmen, also Zugang zu Arbeit, Erziehung und Ausbildung, Wohnung, Gesundheit, Recht, Politik, Massenmedien und Religion zu finden.“* (Bommes 2007: 3)

Häufig wird Integration in der Anwendung gleichgesetzt mit dem Begriff der Assimilation. Daher ist es wichtig, sich der unterschiedlichen Bedeutung bewusst zu sein. Integration bezeichnet im Folgenden die Bestrebungen von inländischen Institutionen, Inländer\_innen und Zuwandernden, den Zuwandernden eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen bis hin zu einem Zugehörigkeitsgefühl, ohne ihnen dabei die Anpassung an die inländische Kultur aufzuzwingen. Gleichzeitig fordert der Integrationsbegriff aber zu einem Teil Assimilation an bestehende Strukturen des Einwanderungslandes ein (Stadtverwaltung Jena 2016: 5).

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass der passendere bzw. bedeutungsstärkere Begriff in Bezug auf die gesellschaftliche Einbindung von Migrant\_innen und deren Nachkommen und damit der zugrundeliegenden Annahme dieser Forschung der der Inklusion ist. Allerdings wird nachfolgend der Begriff der Integration Anwendung finden, da dieser noch immer gängig ist in Bezug auf Zuziehende, während Inklusion zumeist auf Menschen mit Behinderung bezogen wird (Stadtverwaltung Jena 2016: 5 f.).

Unter der Thematik der Integration kommen verschiedene Personengruppen zur Sprache, deren Unterscheidung nicht immer ganz klar ist. Um Stigmatisierung und Diskriminierung von Personengruppen innerhalb dieser Arbeit zu vermeiden und für den nachfolgenden Text zu verdeutlichen, welche Gruppen thematisiert werden, sind hier einige definiert.

Zunächst *Ausländer\_innen* – laut dem Statistischen Bundesamt sind diese solche Personen, welche nicht die deutsche Staatsbürgerschaft haben bzw. deren Staatsbürgerschaft ungeklärt ist. Personen, die zusätzlich zur deutschen eine weitere Staatsbürgerschaft besitzen, werden nicht der Gruppe der *Ausländer\_innen* zugeschrieben (Statistisches Bundesamt 2022a: o.S.).

*Menschen mit Migrationshintergrund* – hier definiert das Statistische Bundesamt alle Personen, die selbst oder mindestens eines ihrer Elternteile mit einer anderen als der deutschen Staatsbürgerschaft geboren wurden. Teil dieser Gruppe sind auch die zuvor genannten *Ausländer\_innen* (Statistisches Bundesamt 2022b: o.S.). Menschen mit deutschen Eltern, die im Ausland als Deutsche geboren werden und zu einem späteren Zeitpunkt ihres Lebens nach Deutschland immigrieren, werden nicht der Personengruppe der *Menschen mit Migrationshintergrund* zugeordnet (Mediendienst Integration 2020: 2).

*Migrant\_innen* – dieser Begriff bezieht sich auf Personen, die außerhalb des heutigen Staatsgebiets der Bundesrepublik Deutschland (BRD) geboren wurden und im Laufe ihres Lebens in die BRD einwandern (Stadtverwaltung Jena 2016: 8).

Vermeint werden die Lebensrealitäten der von diesen Begriffen kategorisierten Personen von Wissenschaftler\_innen in Betracht gezogen. Dabei stellt sich heraus, dass besonders der Begriff *Migrationshintergrund* nicht länger zeitgemäß ist und einer statistischen, wie gesellschaftlichen Novellierung bedarf. Beispielsweise werden mit dem Begriff häufig soziale Missstände assoziiert und Betroffene empfinden die Bezeichnung daher als stigmatisierend. Das hat auch mit der Art und Weise der Erhebung der Gruppe von Personen mit *Migrationshintergrund* zu tun. Das Vorliegen des selbigen wird über den jährlichen Mikrozensus bestimmt. Dabei können die Befragten allerdings weder selbst angeben, dass sie einen *Migrationshintergrund* hätten, noch wird klar danach gefragt. Tatsächlich werden insgesamt 19 Fragen gestellt, aus denen verallgemeinernd der jeweilige *Migrationshintergrund* abgeleitet wird oder nicht.

Für inklusivere Begriffe gibt es bereits Vorschläge, zu denen der Mediendienst Integration 2020 eine Übersicht erstellt hat. Doch konnte sich bisher keine der aufgeführten Bezeichnungen durchsetzen und es wird darauf verwiesen, sich an Selbstbezeichnungen der Personengruppen zu orientieren, um stigmatisierende und ausgrenzende Verallgemeinerungen zu vermeiden (vgl. Mediendienst Integration 2020).

Neben der Zuschreibung oder Selbstidentifikation einer Person mit einer Gruppe sind für das Erfahren von Diskriminierungen vor allem äußerliche Merkmale entscheidend. So kann eine Person mit deutscher Staatsbürgerschaft durch äußerliche Merkmale beispielsweise trotzdem als migrantisch oder postmigrantisch<sup>17</sup> gelesen werden und damit von Fremdenfeindlichkeit und struktureller Diskriminierung und Rassismus betroffen sein. Im Gegensatz zur gelesenen

---

<sup>17</sup> Eine postmigrantische Gesellschaft beschreibt das Phänomen einer Gesellschaft, die so stark von Migrationserfahrungen geprägt ist, dass eine Unterteilung in Menschen mit oder ohne *Migrationshintergrund* nicht mehr sinnvoll die Realität abbildet (Foroutan 2016: 229 f.). "Post-" kommt als Präfix zur Anwendung, um zu verdeutlichen, dass die bisherige Unterscheidung von Personengruppen überwunden wird, ohne dabei den Einfluss der Migration auf die Gesellschaft außer Acht zu lassen (ebd.: 231).

Einordnung von Menschen seien an dieser Stelle die selbstbezeichnenden Begriffe *weiß* und *Weißsein* sowie *Schwarz* und *Schwarzsein* erwähnt. Alle vier Begriffe beschreiben eine politische und soziale Konstruktion gesellschaftlicher Positionen innerhalb des Machtverhältnisses Rassismus und zielen daher nicht auf biologische Eigenschaften oder Hautfarbe ab. *Schwarzsein* meint in einer durch Rassismus geprägten Gesellschaft eine benachteiligte Position, während *Weißsein* eine privilegierte (Macht-)Position anspricht. Der Begriff *Schwarz* wird häufig als Selbstbezeichnung gewählt und wird als diese immer großgeschrieben, um die Positionierung innerhalb einer mehrheitlich weißen Gesellschaft sowie die Konstruiertheit der Zuordnung zu markieren. Er gilt darüber hinaus als Symbol des praktizierten Widerstands gegen Rassismus und der Selbstermächtigung. Insofern ist *Schwarzsein* mit einer Erfahrung verbunden, auf spezifische Art und Weise wahrgenommen zu werden (Amnesty International 2017: o.S.).

### **3 Interkulturelle Öffnung**

Interkulturelle Öffnung versteht sich als Konzept, mit welchem innerhalb von Organisationen notwendige Strukturen geschaffen werden können, um adäquat auf gesellschaftliche Veränderungen und Schieflagen zu reagieren. Insgesamt soll Chancengleichheit gestärkt und soziale Gerechtigkeit durch den Abbau von Zugangsbarrieren manifestiert werden. Im folgenden Kapitel wird das Konzept der interkulturellen Öffnung zunächst erläutert. Nach der anschließenden Betrachtung der Gestaltung interkultureller Öffnungsprozesse wird der Ansatz interkultureller Öffnung für die Verwaltung beleuchtet, um sie in späteren Kapiteln auf Weimar anwenden zu können. In einem letzten Abschnitt wird interkulturelle Öffnung aus einem kritischen Blickwinkel heraus beleuchtet.

Bereits zu Beginn der 1980er Jahre kam das Thema der interkulturellen Öffnung in Deutschland im Kontext der kritischen Reflexion der sogenannten „Ausländerpädagogik“ und „Ausländersozialarbeit“ auf. Der Diskurs thematisierte insbesondere die Defizite in der Wahrnehmung und Darstellung von Migrant\_innen, deren Ausgrenzung und Separation in speziellen Einrichtungen und Institutionen. Außerdem sprach er auch eingeschränkte Sprachlern- und Bildungsangebote sowie deren geringe fachliche Standards, mangelnde Effektivität und Effizienz sozialer Dienste wie auch das Umgehen der Thematik im Allgemeinen an (Schweizerisches Rotes Kreuz 2004: 8; Dussaussois/Mosimann 1998: 27 nach Vanderheiden/Mayer: 33). Ebenjene Kritikpunkte begründeten die aufstrebende Forderung nach größerer Flexibilität bestehender Institutionen und Strukturen. So wurde seit den 1990ern die Förderung interkultureller Kompetenzen für Mitarbeitende von Dienstleistungseinrichtungen im sozialen Bereich immer stärker verlangt. Eine im selben Zeitraum initiierte Expert\_innenrunde trieb die Entwicklung der Standards interkultureller Öffnungsprozesse weiter voran und präsentierte sie einer breiteren Öffentlichkeit, sodass seit 2000 der Ansatz der interkulturellen Öffnung in gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen größere Aufmerksamkeit erfährt (Vanderheiden/Mayer 2014: 34).

Das Konzept der interkulturellen Öffnung basiert auf der Annahme, dass Institutionen und Strukturen, die gesellschaftlich existierende kulturelle Vielfalt in den sieben Diversity-Dimensionen – Alter, soziale Herkunft, Geschlecht und geschlechtliche Identität, sexuelle Orientierung, geistige und körperliche Fähigkeiten, ethnische Herkunft und Nationalität sowie

Religion und Weltanschauung – widerspiegeln sollen. Interkulturelle Öffnungsprozesse haben zum Ziel, in Organisationen vom kulturellen Ursprung unabhängige Barrierefreiheit und Zugangsgerechtigkeit zu etablieren, um eine interkulturelle Vielfalt zu ermöglichen (ebd.: 24). So fokussiert sich interkulturelle Öffnung grundsätzlich auf Selbstbefähigung und Partizipation, wobei nicht nur eine Berücksichtigung verschiedener Gruppen und Individuen, sondern vielmehr deren Befähigung und Unterstützung zur Schaffung eigener sozialer Zusammenhänge angestrebt wird (Handschuck/Schröder 2011: 38 nach Vanderheiden/Mayer 2014: 24).

Prinzipiell scheint die exakte Definition des Begriffs interkulturelle Öffnung recht offen und variabel. Insbesondere die Diskussionen um die Konzepte von Kultur, Interkultur, Transkultur sowie Multikultur tragen zu Diskursen um das Verständnis interkultureller Öffnungsprozesse bei (Vanderheiden/Mayer 2014: 29). *Interkulturalität* soll in den nachfolgenden Kapiteln nach einem konstruktivistischen Kulturverständnis gedacht und gelesen werden. Nach diesem Verständnis wird davon ausgegangen, dass Kultur in einem gesellschaftlichen Umfeld dynamisch ist und sich aus sozio-kulturellen und gesellschaftlichen Vernetzungen zusammensetzt, dass kulturelle Phänomene rezipier- und interpretierbar sind und dass Individuen sozio-kulturelle Prägung erfahren sowie komplexe, kulturelle Identitäten besitzen. Die meisten Definitionen zum Begriff der interkulturellen Öffnung gehen gegenwärtig von einem derart dynamischen Kulturbegriff aus, der sich teils an interkulturellen, teils an transkulturellen Konzeptionen orientiert (ebd.: 29 ff.). Der Begriff der *Öffnung* wird in der Diskussion um die Definitionsklärung interkultureller Öffnung hingegen häufig unberücksichtigt gelassen und beschreibt meist, für wen was geöffnet werden soll (Mosimann 2008 nach Vanderheiden/Mayer 2014: 35). Schröder und Handschuck (2011: o.S. nach Vanderheiden/Mayer 2014: 35) definieren interkulturelle Öffnung als die konsequente Umsetzung interkultureller Orientierung im Sinne einer strategischen Ausrichtung von Organisationen, die Zugangsbarrieren für Minderheiten abbauen, Angebote und Maßnahmen der infrastrukturellen und individuellen Versorgung an regional ansässige Bevölkerungsgruppen anpassen und an soziokulturelle Gruppen angepasste Angebote und Maßnahmen erstellen soll. Der Fokus auf Partizipation und Empowerment<sup>18</sup> soll es Beteiligten ermöglichen, sich nicht nur an gesellschaftliche Strukturen anzupassen, sondern Zusammenhänge und Netzwerke zu gestalten und ressourcenorientiert zu handeln. *Öffnung* soll in dieser Arbeit im Sinne von Schröder (2007: 9) verstanden werden als „bewusst gestalteter Prozess, der (selbst)reflexive Lern- und Veränderungsprozesse [...] ermöglicht, wodurch Zugangsbarrieren und Abgrenzungsmechanismen in den zu öffnenden Organisationen abgebaut werden und Anerkennung ermöglicht wird“. Weiterhin richtet sich die Öffnung „[...] gegen Geschlossenheit, gegen bewusste und unbewusste Ausgrenzungsmechanismen“ (Schröder 2018: 237). Als Ziele interkultureller Öffnungsprozesse lassen sich dementsprechend Chancengleichheit und die Implementierung sozialer Gerechtigkeit in der Gesellschaft manifestieren. Interkulturelle Öffnung zielt auf einen Wandel institutioneller Strukturen und Prozesse sowie des Handelns der Mitarbeitenden von Organisationen ab (Vanderheiden/Mayer 2014: 35).

---

<sup>18</sup> Der Begriff „Empowerment“ meint die (Wieder-)Herstellung der Selbstbefähigung und Selbstbemächtigung, Stärkung von Eigenmacht, Autonomie und Selbstverfügung über die Umstände des eigenen Alltags (Herriger 2020: 20).



### 3.1 Prozessgestaltung und Herausforderungen

Als organisationale Handlungsfelder interkultureller Öffnung gelten, neben der in dieser Arbeit fokussierten Verwaltung, eine Vielzahl an sozio-kulturell geprägten Bereichen. Vanderheiden und Mayer benennen in ihrem „Handbuch interkulturelle Öffnung: Grundlagen, Best Practice, Tools“ (2014) die Bereiche Politik und Parteien, Recht und Verwaltungen, Kirchen und Religionen, Erziehung und Bildung, Wirtschaft, Gesundheitswesen, Zivilgesellschaft, Beratung sowie Sport als zentrale Handlungsfelder. Da sich interkulturelle Öffnung jedoch auf faktisch alle Lebensbereiche und Handlungsfelder beziehen kann, ist diese Aufzählung als unvollständige Übersicht über die Handlungsfelder interkultureller Öffnung zu lesen (Vanderheiden/Mayer 2014: 50).

Um interkulturelle Öffnungsprozesse erfolgreich zu gestalten, bedarf es bestimmter Voraussetzungen und Umsetzungsmaßnahmen. Nach Krell (2008: 155 ff.) umfassen diese Maßnahmen insbesondere die strukturelle Institutionalisierung eines Diversity Managements durch die Etablierung einer Stelle oder Abteilung, die die Integration des Konzepts in das Leitbild, Handeln und Denken der Organisation managt. Je nach Größe und Struktur einer Organisation können Geschäftsführende oder beauftragte Mitarbeitende für die Gestaltung der interkulturellen Öffnung verantwortlich sein (Vanderheiden/Mayer 2014: 51). Weitere Aufgaben der einzurichtenden Abteilung können die Schaffung von Beratungsangeboten, das Bereitstellen von Mentoring-Programmen und Diversity-Trainings für Fachkräfte, die Evaluation der Maßnahmen, das Festsetzen einer diversitätsbasierten Vereinbarung in der Organisation, flexible Arbeitszeiten und die Förderung und Professionalisierung heterogener Teams sein (Krell 2008: 155 ff.). Interkulturelle Öffnung ist dann die Konsequenz einer Umsetzung neuer Strategien einer Organisation durch Organisations-, Personal- und Qualitätsentwicklung (Schröer 2018: 237). Insbesondere die interkulturelle Organisations- und Personalentwicklung sind Voraussetzungen für das interkulturelle Öffnen einer Organisation (Kolberg 2018). Als Querschnittsanliegen benötigt eine interkulturelle Öffnung Klarheit über die Ausgangslage, eindeutige kurz-, mittel- und langfristige Ziele sowie Begleitung, Beratung und Monitoring. So besteht interkulturelle Öffnung aus einem „[...] Paket von Maßnahmen und Instrumenten, die je nach Kontext, Institution bzw. Betrieb sowie Rahmenbedingungen unterschiedlich sind [...]“ (Genter/Kempkes 2014: 81).

Insgesamt empfiehlt sich außerdem, Maßnahmen wie die Beteiligung an lokalen oder bundesweiten Initiativen zu Integration, die Förderung von Bildung für (post-)migrantische Kinder oder Studierende, die Anerkennung ausländischer Abschlüsse und Berufserfahrungen, Kooperation mit migrantischen Organisationen und Unterstützung von Berufseinstiegsprojekten für (arbeitslose) Menschen mit Migrationshintergrund zu treffen (IQ Consult 2011: 13 nach Vanderheiden/Mayer 2014: 52). Vanderheiden und Mayer (ebd.: 53) empfehlen zudem, im Kontext interkultureller Öffnungsprozesse systemische Perspektiven einzunehmen, die den Fokus vom Problem auf die Lösung lenken. Auch sollte das Thema Gesundheit nicht ausgelassen werden, da nachfolgend beschriebene Herausforderungen im interkulturellen Öffnungsprozess Stresserleben erhöhen und zum Gesundheitsrisiko werden können (ebd.: 56).

# Interkulturelle Öffnung Eisberg

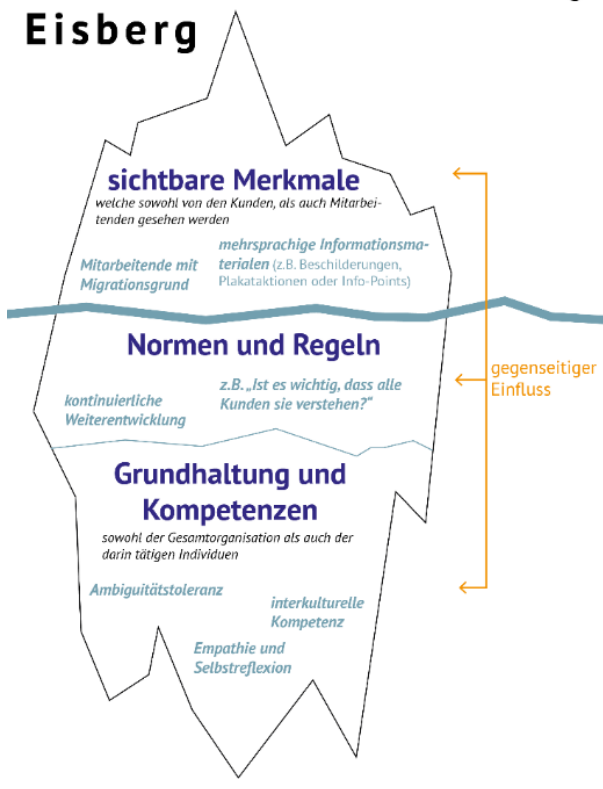


Abb. 1: Interkulturelle Öffnung Eisberg (Eigene Darstellung nach Arslan 2018: 767)

In Anlehnung an den Organisationspsychologen Edgar Schein (vgl. 1985) lässt sich das Konzept der interkulturellen Öffnung als Modell in Form eines Eisberges darstellen und in drei Ebenen unterteilen: die *sichtbaren Merkmale*, *Normen und Regeln* sowie die *Grundhaltung und Kompetenzen* (vgl. Abb. 1). Für einen erfolgreichen interkulturellen Öffnungsprozess müssen alle drei Ebenen bearbeitet werden. Der Einfluss der Öffnung der unteren Ebenen – den *Grundhaltungen und Kompetenzen* wie auch *Normen und Regeln* – ist nach Arslan (2018: 767) allerdings weitaus größer als die Öffnung der oberen, sichtbaren Ebene. Das Aufgreifen der interkulturellen Öffnung in das Leitbild einer Institution kann dazu führen, dass sie auch zu einer Norm wird und damit in das Selbstverständnis einer Organisation übergeht (ebd.: 767).

Der angestrebte Wandel institutioneller Strukturen und Prozesse sowie des Handelns Mitarbeitender sollte sich daher insgesamt auf:

den Abbau von Machtgefällen zwischen Organisations- und Verwaltungsstrukturen und den unterschiedlichen Lebenswelten

die Etablierung des Ressourcen- und Empowerment-Ansatzes

die Vermittlung interkultureller Kompetenz sowie

die Initiierung von Prozessen des Lernens und Veränderens

beziehen (Schröder 2007: 2 ff.).

Inwieweit ebenjene Punkte in der Realität umgesetzt werden, ist jedoch stark von Umweltbedingungen und gegebenen Voraussetzungen entsprechender Organisationssysteme abhängig. Häufig beschriebene Herausforderungen sind die Verunsicherung (post-

)migrantischer Personen und des Fachpersonals im interkulturellen Kontakt und daraus resultierende erhöhte Stresspotentiale für alle Beteiligten. Außerdem werden oftmals die Anerkennung kulturspezifischer Kommunikations- und Verhaltensweisen, Sprachprobleme, Diskriminierung, Definitionsmacht und Machthierarchien sowie strukturelle Barrieren des Zugangs als Problemstellen benannt (Wohlfart/Zaumseil 2006: 35 ff. nach Vanderheiden/Mayer 2014: 36). Besonders in deutschen Verwaltungen kommt es nach Riehle (2001: 83) zu starken Herausforderungen, da Mitarbeitende die Werte, Normen und Ideale im Sinne ihrer Organisation und Institutionen in homogenen Kommunikationsmustern nach außen tragen. Diese Muster stehen den recht heterogenen Kommunikationsmustern (post-)migrantischen Menschen gegenüber, was nach Riehle (2001: 83) Aggressivität und Abwertung hervorruft. Zudem verweisen Vanderheiden und Mayer (2014: 36) auf Zugangsbarrieren, die auf allen Seiten zu finden sind: (Post-)migrantische Personen erleben individuelle und strukturelle Diskriminierung und Sprachbarrieren, keine oder kaum muttersprachliche Fachkräfte in Organisationen, wenig Information über Angebote, spezialisierte Zuständigkeiten und Parzellierung der Strukturen sowie Angst vor rechtlichen Konsequenzen, sodass für sie Werte wie Stolz, Zurückhaltung, Skepsis und Leidensbereitschaft im Vordergrund stehen. Auf Seite der Fachkräfte zeigen sich Zugangsbarrieren wie „ethnozentrische Missverständnisse, Vorurteile, Stereotypisierung, [...] Verunsicherung, fehlende interkulturelle Kommunikationskompetenzen, Gleichbehandlung von Ungleichen, Überforderungsgefühl, Kompetenzverlustängste, Sich-nicht-zuständig Fühlen und [...] das Beharren auf eingespielten Verhaltensweisen“ (ebd.: 36 f.). Insgesamt betreffen die Herausforderungen interkultureller Öffnung somit auch die Diskussionen im Kontext von Integration, Inklusion sowie Marginalisierung.

### **3.2 Interkulturelle Öffnung der Verwaltung**

Diese Arbeit fokussiert sich im Speziellen auf die interkulturelle Öffnung der Verwaltung, welche hier als interkulturelle Öffnung von Verwaltungsbehörden und -ämtern verstanden wird. Nachfolgend sollen wesentliche Abläufe der interkulturellen Öffnung der Verwaltung beschrieben werden. Außerdem werden spezielle Hürden in den Öffnungsprozessen für die Verwaltung beleuchtet.

Deutschlandweit stieg im Jahr 2012 das Interesse an interkultureller Öffnung oder der Umsetzung von Einzelmaßnahmen in dieser Richtung in Kommunen (Gesemann/Roth/Aumüller 2012: 52 ff.). Zumindest Städte mit einem durchschnittlichen bis überdurchschnittlichen Anteil von Personen mit Migrationshintergrund lassen eine wachsende Zustimmung für das Konzept interkultureller Öffnung beobachten. In der Realität fehlt es allerdings häufig an Strategien zur Verwirklichung interkultureller Öffnung (ebd.: 54). Weiterhin liegt der Fokus in der Öffnung kommunaler Einrichtungen bislang häufig auf Kommunen, Wohlfahrtsorganisationen oder Bildungseinrichtungen, da (post-)migrantische Menschen in direktem Kontakt mit ihnen stehen, Angebote von Verbänden in Anspruch nehmen oder Kindertagesstätten, Schulen oder andere Weiterbildungseinrichtungen besuchen. In Landes- und Bundesbehörden hingegen ist interkulturelle Öffnung bislang weniger verbreitet und angestrebt.

Impulsgebend für interkulturelle Öffnungsprozesse sind fast immer Integrationsbeauftragte oder interkulturelle Stabstellen mit ähnlichen Aufgabenprofil (Pavkovic 2020: 88 f.). Dies ist von Vorteil, da sich die Arbeit von Integrationsbeauftragten meist zum Großteil auf die Aktualisierung der kommunalen Integrationskonzepte und die Erstellung von Berichten, Gemeinderatsdrucksachen

sowie Reden und Stellungnahmen bezieht. Zudem agieren sie als Bindeglied zwischen Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Politik und Medien für Themen der Integration (ebd.: 90). In jedem Fall sollte, wie zuvor beschrieben, nach dem Anstoß des interkulturellen Öffnungsprozesses in Kommunalverwaltungen eine Stelle oder Abteilung etabliert werden, die die Integration des Konzepts in der Verwaltung anleitet (vgl. Kapitel 2.2.2).

Im Prozess der interkulturellen Öffnung der Verwaltung fungiert die Kommunalverwaltung als Dienstleisterin gegenüber den Bürger\_innen als auch als Arbeitsgeberin gegenüber den Arbeitnehmer\_innen. Sie hat insofern nicht nur zur Aufgabe, zuvor genannte Hürden im Sinne der Zugänglichkeit oder Sprachbarrieren abzubauen (vgl. Kapitel 2.2.2), sondern kann durch das Einstellen von (post-)migrantischen Mitarbeitenden als Auszubildende oder Beschäftigte interkulturelle Kompetenz der Verwaltung steuern. Außerdem kann sie durch das aktive Vorantreiben interkultureller Personalgewinnung gesellschaftliche Vielfalt repräsentieren und damit auch das Vertrauen in staatliche Institutionen stärken (ebd.: 88).

Mögliche Erklärungen für die bislang fehlende Repräsentation von (post-)migrantischen Beschäftigten in der Kommunalverwaltung sind, dass ihre Bewerbungsrate auf städtische Stellenausschreibungen sehr gering ist, weil Berufe in der Privatwirtschaft bevorzugt werden oder der öffentliche Dienst als Tätigkeitsfeld nicht im Wahrnehmungsbereich liegt. Teilweise bewerben sich (post-)migrantische Menschen zwar, erfüllen aber seltener die fachlichen Voraussetzungen als Bewerber\_innen ohne Migrationshintergrund. Bei vergleichbarer Qualifikation findet häufig trotzdem Diskriminierung aufgrund der Herkunft oder anderen Merkmalen statt oder es mangelt an Bewusstsein bei den Personalentscheidungen aufgrund fehlender Ziele für die Einstellung (post-)migrantischer Personen in den Kommunen (ebd.: 93). Diese Punkte gilt es, in interkulturellen Öffnungsprozessen der Kommunalverwaltung aktiv anzugehen.

In jedem interkulturellen Öffnungsprozess sollten allerdings über diese erste Ebene hinaus auch die beiden weiteren Ebenen des Eisbergs der interkulturellen Öffnung (vgl. Kapitel 2.2.1, Abb. 1) bearbeitet werden – die Normen und Regeln sowie Grundhaltung und Kompetenzen. Alle drei Ebenen sind für eine erfolgreiche und nachhaltige Umsetzung der interkulturellen Öffnung der Verwaltung wichtig. Laut Arslan (2018: 768) konzentrieren sich Verwaltungen fälschlicherweise oft nur auf die Maßnahmen oberhalb der Wasseroberfläche, wodurch das Bild entsteht, dass interkulturelle Öffnung durch ein bestimmtes Maßnahmenpaket erreicht werden kann. Vielmehr handelt es sich in der interkulturellen Öffnung einer (kommunalen) Verwaltung allerdings um einen tiefgreifenden Veränderungsprozess, welcher nicht ausschließlich mit Hilfe eines Expert\_innenleitfadens vollzogen werden kann (ebd.: 768). Grundsätzlich empfiehlt es sich, auf Basis des Organisationsmodells von Glasl (2008 nach Arslan 2014: 144), die Bereiche Identität, Strategie, Struktur, Funktionen und Kompetenzen, Menschen, Gruppen und Beziehungen, Abläufe sowie Sachmittel und Räume auf ihre interkulturelle Ausrichtung hin zu überprüfen und zu bearbeiten.

Unabhängig davon, in welcher Verwaltung und auf welcher Ebene ein Öffnungsprozess initiiert werden soll, ist häufig mit widerständigen Reaktionen zu rechnen. Insbesondere Mitarbeitende einer Verwaltung sehen das Anstoßen interkultureller Öffnungsprozesse zum Teil als eine Kritik an bisherigen Leistungen der Mitarbeitendenschaft. Daher haben sie unter einigen Beschäftigten keinen guten Ruf und können defensive, wenig konstruktive Reaktionen hervorrufen, was wiederum eine Bearbeitung der beiden unteren Ebenen des Eisberges erschwert (Arslan 2014: 142). Weiterhin besteht die bereits beschriebene Schwierigkeit fehlender interkultureller Teamarbeit und Konfliktmanagement, da kaum (post-)migrantische Mitarbeitende in den

Verwaltungen beschäftigt sind. Außerdem ist für einen erfolgreichen Öffnungsprozess eine umfangreiche Ist-Analyse empfehlenswert, die Auskunft über die Zusammensetzung der Mitarbeiterschaft liefert. Diese Daten liegen häufig nur unzureichend vor und machen Bestandsanalysen wie auch Monitoringmaßnahmen schwer (ebd.: 143). Eine letzte Herausforderung für die interkulturelle Öffnung der Verwaltung besteht darin, migrationsspezifische Aspekte in den verschiedenen Planungsstäben der Kommunalverwaltung, die in erster Linie nicht im direkten Zusammenhang zum Thema interkultureller Öffnung stehen, zu verankern, wie zum Beispiel die Stadtplanung oder das Grünflächenamt (Pavkovic 2020: 92).

### **3.3 Kritik am Konzept**

Interkulturelle Öffnung ist in den vergangenen Jahrzehnten zu einem sinnvollen und bekannten Anliegen avanciert. Dieser Erfolg beinhaltet jedoch auch Kritik am Konzept der interkulturellen Öffnung. Einige der häufigsten Kritikpunkte werden nachfolgend beschrieben.

Obwohl interkulturelle Öffnung bereits seit dem Ende des 20. Jahrhunderts angestrebt wird, ist sie bei weitem noch nicht in Gänze vollzogen. Der Begriff kommuniziert klare, eindeutige und leicht nachvollziehbare Ziele: öffentliche, gesellschaftliche Räume und Institutionen sollen so konzipiert sein, dass alle Menschen jeder kulturellen Zugehörigkeit einen gleichberechtigten Zugang zu allen Positionen in diesen Einrichtungen haben und diese in Anspruch nehmen können. Allerdings ist im Gegensatz zur klaren Zielstellung deren Erreichbarkeit – insbesondere bezüglich letzterer Forderung – nicht einfach gegeben. Selbst wenn Arbeitsplätze in der Theorie bis hinauf in Führungspositionen für Migrant\_innen gut zugänglich sind, bedeutet dies nicht, dass sie die Chance ergreifen, sich zu bewerben, beispielsweise weil nicht jede migrantische Person für eine Organisation arbeiten will, die für einen deutschen Hegemonieanspruch steht. Eine wesentliche Schwierigkeit im Konzept der interkulturellen Öffnung liegt also darin, dass ihr Ziel nur schwer zu erreichen ist (Busch 2014: 69 f.). So stellt auch Pavkovic (2020: 89) fest: „Konzepte werden [in den meisten Städten] fortgeschrieben, aber die Schwierigkeiten bei der Implementierung werden nicht systematisch untersucht und dokumentiert.“

Ein weiterer prominenter Kritikpunkt ist der Umfang und die Abstraktheit des Konzeptes. Die Maßnahmen, die messbar zu einer interkulturellen Öffnung beitragen, sind kaum einzugrenzen. Fast alles und alle können dazu beitragen, Organisationen und Institutionen interkulturell zu öffnen. Gleichzeitig ist kaum klar, welche Strategien verlässlich zu einer interkulturellen Öffnung führen, sodass sich der Erfolg einer interkulturellen Öffnung kaum präzise überprüfen lässt. Zwar erlaubt der allgemeingültige Ansatz des Konzeptes eine kontextabhängige Übertragung auf zu öffnende Organisationen und damit individuelle Aktivitäten, jedoch erschwert diese Abstraktion auch konkretes Handeln. Das Konzept der interkulturellen Öffnung beinhaltet darüber hinaus wenig neue Informationen, da es durch seine Allgemeingültigkeit kaum neue Erkenntnisse bringt. Es unterstützt hierdurch vielmehr einen Modus des Wachrüttelns, statt einen Beitrag zum tatsächlich friedvollen Zusammenleben zu liefern (Busch 2014: 70).

Außerdem wird häufig kritisiert, dass das Konzept nicht weit genug reicht: Die Öffnung zielt lediglich darauf ab, migrantische Personen in einheimische Institutionen der Mehrheitsgesellschaft zu integrieren (vgl. Kapitel 2.1.2). Stattdessen müsse allerdings eine Transformation von Institutionen und Organisationen selbst vorgenommen werden, sodass sie in ihrer Arbeitsweise und Funktion den Bedürfnissen aller Menschen gerecht werden. Außerdem

unterstellt das Konzept die Existenz tatsächlicher kultureller Unterschiede, was nach Mark Terkessidis (2010: o.S. nach Busch 2014: 70 f.) zur Verstärkung von Vorurteilen, Stereotypisierung und Diskriminierung beitragen kann (Busch 2014: 70 f.).

Das Konzept beruht auf veralteten Vorstellungen von Integration (vgl. Kapitel 2.1.2) und basiert auf der Annahme der Existenz und dem Primat deutscher Kultur. Interkulturelle Öffnung will durch seine Maßnahmen den Vorrang deutscher Kultur kaum infrage stellen. Stattdessen wird erwartet, dass (post-)migrantische Menschen sich deutscher Mehrheitskultur anpassen, sodass das Entgegenkommen in Form der interkulturellen Öffnung lediglich darin besteht, dass Intergrationsbemühungen erleichtert bzw. (post-)migrantische Personen ermutigt werden, Bemühungen auf sich zu nehmen (ebd.: 70 f.).

Trotz der hier aufgeführten Kritiken stützt sich die vorliegende Arbeit auf das Konzept der interkulturellen Öffnung. Schließlich können, so wie Busch (ebd.: 71) beschreibt, Maßnahmen der interkulturellen Öffnung so gedacht oder als alternative Maßnahmen so gestaltet werden, dass sie sich den Kritiken nicht aussetzen. Ferner lässt sich auf Basis der Diskurstheorie nach Foucault konstatieren, dass nur, wenn Menschen über Phänomene sprechen und sich darüber austauschen, diese erst wahrnehmbar sind und gegenüber anderen Dingen abgrenzbar bleiben. Insofern lohnt es sich, prinzipiell und insbesondere aus einer privilegierten Perspektive über interkulturelle Öffnung zu sprechen und Diskriminierung in Organisationen als Problem zu benennen. Weiterhin lässt sich das Konzept der interkulturellen Öffnung als Dispositiv verstehen (vgl. Foucault 1978), mit dem gesellschaftliche Mehrheiten oder mächtige Gruppen auf einen empfundenen gesellschaftlichen Notstand reagieren, für den eine Lösung gefunden werden soll. Da explizite Ansprachen von Notständen gesellschaftlich häufig tabuisiert sind oder auf Widerstände stoßen, werden sie als Strategie zur Behebung des Notstands so verpackt, dass sie akzeptabel und korrekt scheinen. Insofern werden auch die genannten Kritikpunkte berechtigt und funktional: Sie dienen der Beschäftigung mit dem Gegenstand, der dadurch aber eher zementiert, statt aufgelöst wird. Ebenjenes Wissen, um den dispositiven Charakter interkultureller Öffnung, kann außerdem helfen, reflektierter und kritischer mit dem Konzept umzugehen. Auch wichtig ist, dass interkulturelle Öffnung insgesamt nicht beansprucht, ein völlig innovatives Konzept zu sein. Vielmehr will sie bisherige Erkenntnisse aus Forschung zu Migration und Interkultur konsequenter im gesellschaftlichen Leben umsetzen (Busch 2014: 74 ff.).

In der Verwaltung ist die Umsetzung einer interkulturellen Öffnung sowohl gesellschaftlich als auch aus innerorganisatorischen Gründen als sinnvoll zu erachten. Verwaltungen können auf diese Weise eine Vorbildrolle einnehmen. Zudem können sie weitere interkulturelle Öffnungsprozesse anstoßen und damit den Anforderungen einer zunehmend vielfältigeren Gesellschaft besser gerecht werden.

Das Übertragen eines Maßnahmenpaketes von interkulturellen Öffnungsprozessen verschiedener Organisationen ist, wie beschrieben, nur wenig sinnvoll, da interkulturelle Öffnung als allgemeines, abstraktes Konzept formuliert wurde, dessen konkrete Aktivitäten situations- und kontextspezifisch anzupassen sind. Insofern wird in dieser Arbeit keine umfassende Analyse von Good Practice Beispielen stattfinden, sondern vielmehr eine fokussierte Betrachtung des Angebots in der Thüringer Stadt Jena erfolgen, die sich aus geographischen und politischen Gründen sinnvoll in den Kontext dieser Arbeit zur Stadtverwaltung in Weimar einbettet. Zusätzlich sollen im nachfolgenden Kapitel die existierenden Strukturen in Thüringen und Weimar in einer Bestandsaufnahme erfasst und anschließend mithilfe von Recherchen und Interviewbeiträgen analysiert werden, auf deren Basis schlussendlich ein Vorschlag zum Anstoß eines interkulturellen Öffnungsprozesses für die Weimarer Stadtverwaltung formuliert werden kann.

## 4 Strukturen der Integration in Thüringen

Migration und Zuwanderung sind als dynamische Prozesse zu verstehen, die die gesamte Gesellschaft betreffen. So stehen Diskussionen und Bemühen um Integration seit vielen Jahren im öffentlichen Interesse. Integration in Deutschland folgt in ihrer Organisation dem Top-Down-Schema. Das bedeutet, dass Deutschland als Mitgliedsstaat der Europäischen Union, sich an deren Leitlinien orientieren soll (vgl. Rat der Europäischen Union 2016), auf Bundesebene (vgl. Bundesregierung 2016) eigene Leitlinien aufstellt, welche wiederum von den Ländern (vgl. TMMJV 2017) in Konzepte verarbeitet werden, an denen sich die einzelnen Kommunen für ihre Ziele und Maßnahmen orientieren.

### 4.1 Landesebene Thüringen

Im Bundesland Thüringen hat sich seit 2011 der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund mehr als verdoppelt (TMMJV 2019: 23). Nach den Daten des Mikrozensus lebten im Freistaat im Jahr 2020 176 000 Personen mit Migrationshintergrund, was etwa 8,4% der Bevölkerung des Bundeslandes entspricht (Statistisches Bundesamt 2021: 38 f.). Insgesamt lebten in Thüringen damit im Vergleich zum deutschen Durchschnitt von 26,7% im Jahr 2020 weniger Menschen mit Migrationshintergrund (Statistisches Bundesamt 2021: 32). 29,5% der Menschen mit Migrationshintergrund in Thüringen stammten 2020 aus EU-Mitgliedsstaaten, 17% stammten aus anderen europäischen Ländern (Statistisches Bundesamt 2021: 129). Die Mehrheit der Personen mit Migrationshintergrund leben nach dem Thüringer Zuwanderungs- und Integrationsbericht in Städten mit 20.000 oder mehr Einwohner\_innen (TMMJV 2019: 28). In der kreisfreien Stadt Weimar, die in die zuvor genannte Stadtgrößenkategorie fällt, betrug der Ausländer\_innenanteil<sup>19</sup> im Jahr 2020 9,2% (Thüringer Landesamt für Statistik 2020a). Konkret lebten 2020 folglich 6012 Ausländer\_innen in Weimar. Die vergleichsweise höheren Anteile von Ausländer\_innen in größeren Orten Thüringens gehen teils darauf zurück, dass diese Hochschulstandorte sind, an denen viele internationale Studierende leben. Beispielsweise hielten sich in Weimar im Jahr 2017 13,5% der Ausländer\_innen im Rahmen ihrer Ausbildung auf (TMMJV 2019: 28).

Den beschriebenen Bevölkerungszahlen sowie auch den Einschätzungen des Thüringer Zuwanderungs- und Integrationsberichts zufolge sind Migration und Integration auch in Thüringen besonders relevante Themen und werden es weiterhin sein (TMMJV 2019: 112). Nachfolgend werden dementsprechend Einblicke in die übergreifenden Integrationsstrukturen des Freistaats Thüringen gegeben, um zu veranschaulichen, auf welchen Grundlagen Thüringer Kommunen ihre Integrationsmechanismen aufbauen müssen. Dabei wird die Stadtverwaltung Weimars gesondert betrachtet, um Aufschluss über die dort etablierten Strukturen zu geben.

---

<sup>19</sup> An dieser Stelle wird auf den Ausländer\_innenanteil zurückgegriffen, da zur Zahl der Personen mit Migrationshintergrund in Weimar keine Datengrundlage vorliegt. Vor diesem Hintergrund können die angegebenen Zahlen nicht in einen direkten Vergleich mit den Daten für Thüringen gesetzt werden, welche sich auf Personen mit Migrationshintergrund beziehen. Der Ausländer\_innenanteil in Thüringen betrug 2020 beispielsweise 5,4%, wohingegen der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund wie beschrieben bei 8,4% lag (Statistisches Bundesamt 2020).

Das Integrationskonzept auf Landesebene des Freistaat Thüringen wurde zuletzt 2017 vom Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz sowie der Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge (BIMF) beschlossen und herausgegeben (TMMJV 2017: 3). Die Inhalte entstammen fünf Regionalkonferenzen, auf denen sie von den jeweiligen Akteur\_innen der Integrationsarbeit erarbeitet wurden (BIMF o.J.: o.S.). Geliefert werden im Konzept Leitlinien, Ziele und eine Bestandsaufnahme der Thüringer Integrationslandschaft. Im Hauptteil werden neun Handlungsfelder inklusive Maßnahmen und Zielen definiert (vgl. TMMJV 2017). Der Verwaltungsapparat des Landes ist nicht als spezifisches Handlungsfeld gelistet. Lediglich im Feld "interkulturelle Öffnung" werden Bezüge zwischen Verwaltung und Integration hergestellt.

Unter der Prämisse, Thüringen sei ein Zuwanderungsland, wird Bezug auf verschiedene bekannte Persönlichkeiten genommen. Besonders hervorgehoben, wird dabei die Stadt Weimar, die über Jahrhunderte hinweg immer wieder historisch relevante Personen beherbergte (TMMJV 2017: 8). „Zuwanderung in unser Land ist etwas Wertvolles, um das wir uns bemühen, für das wir werben und wofür wir Anreize schaffen müssen, damit sie stattfindet.“ (TMMJV 2017: 8 f.) Die Landesregierung formuliert, dass Integration ein „fortlaufender, dynamischer und vor allem sich wechselseitig vollziehender Prozess“ (TMMJV 2017: 9) ist, an dem sich einheimische wie zuziehende und immigrierende Menschen beteiligen müssen. Zusätzlich wird klargestellt, dass Integration kein Aufgeben der eigenen Kultur und Werte der Migrant\_innen und ihrer Nachkommen bedeutet und nicht aus einer einseitigen Assimilation besteht (TMMJV 2017: 9 f.).

Neben dem Landeskonzept ist Integration thematisch auch im aktuellen Koalitionsvertrag der Thüringer Landesregierung bestehend aus den Parteien *Die Linke*, *SPD* und *Bündnis 90/Die Grünen* verankert (TMMJV 2017: 9). Thüringen verfügt darüber hinaus über das *Welcome Center Thuringia* (WCT), eine „Erstanlaufstelle für Migranten und Zuwanderer“ in der Landeshauptstadt Erfurt, die „unabhängig von Nationalität, derzeitigem Aufenthaltsort und Aufenthaltsstatus“ informiert und an zuständige Behörden weiterleitet (Netzwerk für Integration der Landeshauptstadt Erfurt o.J.: o.S.). Betrieben wird diese von der Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen, welche 100 %-ige Tochter des Freistaates Thüringen ist und Beratung in der Wirtschaftsförderung und Immobilienwirtschaft anbietet (LEG Thüringen o.J.: o.S.). Während es verschiedene Förderprogramme und Initiativen auf Landesebene gibt, ist Integration im Allgemeinen allerdings Sache der Kommunen. Die kommunalen Bestrebungen zielen, in Zusammenarbeit mit lokalen Institutionen, auf die finanzielle Unabhängigkeit von Sozialleistungen der Migrant\_innen und ihrer Nachkommen ab (TMMJV 2017: 10). Dies wird auch als systemische Integration bezeichnet, welche sich hauptsächlich auf den Arbeitsmarkt und das Bildungssystem beschränkt (Eckardt 2019: 147).

## **4.2 Integrationsangebot Jena**

In der Ämterstruktur der Stadt Jena ist die Integrationsarbeit direkt unter dem Oberbürgermeister angesiedelt und durch das Büro für Migration und Integration sowie die städtische, unabhängige Antidiskriminierungsstelle vertreten (Stadt Jena 2020a: o.S.). Die Antidiskriminierungsstelle hat ihre Arbeit im Juli 2021 aufgenommen, ausgehend von einem Stadtratsbeschluss, nachdem Jena unter dem Slogan: „Jena ist Stadt gegen Rassismus“ einen 10-Punkte Plan entwickelt und ist die erste ihrer Art in Thüringen (Stadt Jena 2020b: o.S.). Die Online-Auftritte beider Stellen sind der Internetseite der Stadt Jena angegliedert. Diese verfügt über eine Sprachauswahl mit zehn verschiedenen Sprachen. Zwar werden nicht alle Inhalte übersetzt, sondern nur Überschriften,



allerdings ermöglicht dies, einer breiten Masse von Personen die richtigen Telefonnummern, E-Mailadressen sowie Ansprechpartner\_innen auf den jeweiligen Seiten zu finden (vgl. Stadt Jena 2020a: o.S.).

Kern der Integrationsarbeit der Stadt Jena ist das eigene Integrationskonzept: „Gesamtkonzept zur gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadt Jena“, welches 2016 zuletzt novelliert wurde, nachdem es 2008 erstmalig erschien. Es gibt Aufschluss über die Position Jenas gegenüber der Integration von Migrant\_innen sowie ihrer Nachkommen, nennt Akteur\_innen und beschreibt den Ablauf der Integrationsarbeit inklusive deren thematischer Aufteilung in acht verschiedene Handlungsfelder: Interkulturelle Öffnung, Arbeit, Bildung, Gesundheit; Kultur, Freizeit und Sport; Soziales, Wohnen und politische Partizipation (vgl. Stadtverwaltung Jena 2016).

Hauptakteur ist laut Konzept das Integrationsbündnis der Stadt Jena. Es ist nicht nur verantwortlich für die Fortschreibung des Integrationskonzeptes, sondern führte auch die „Analyse der Lebenslagen von Menschen mit Migrationshintergrund in Jena“ durch, deren Ergebnisse 2011 in einem Abschlussbericht veröffentlicht wurden. Dieser hatte zum Ziel auf migrantische Lebensrealitäten aufmerksam zu machen und diese dadurch aktiv in die Gestaltung der Stadtgesellschaft einzubringen (Fieber-Martin/Morgenstern/Treichel 2011: 4).

Die Leitung des Bündnisses ist über eine Steuerungsgruppe organisiert, deren Mitglieder in Arbeitskreisen zusammenarbeiten, denen auch Unternehmen, Vereine und Privatpersonen beitreten können. Die Aufgabe der Arbeitskreise liegt in der Vernetzung aller Beteiligten und der Kommunikation der jeweiligen Bedürfnisse. Jeder Arbeitskreis beschäftigt sich mit einem anderen Themengebiet und wird im Tandem von städtischen Vertreter\_innen und freien Trägern geleitet. Jedes der Tandems entsendet ein Mitglied in die Steuerungsgruppe des Integrationsbündnisses, die ergänzt wird durch den/die Vorsitzende des Integrationsbeirates der Stadt Jena, zwei Stadtratsvertreter\_innen, den Beauftragten für Migration und Integration, den Oberbürgermeister der Stadt Jena sowie in beratender Funktion die Fachstelle Interkulturelle Öffnung. Während die Steuerungsgruppe strategische Ziele der Integrationsarbeit festlegt, werden diese in den Arbeitskreisen durch Maßnahmen konkretisiert (Stadtverwaltung Jena 2016: 10 f.).

Den Auftrag für das Integrationskonzept bzw. dessen Fortschreibung gibt der Oberbürgermeister Jenas. Zuständig ist von da an die Beauftragte für Migration und Integration, welche den Auftrag an das städtische Integrationsbündnis weiterleitet. In den Arbeitsgruppen des Bündnisses werden neue Ziele erarbeitet und diese anschließend von Führungskräften der Verwaltung weiterentwickelt. Diese Ziele basieren auf der SMART-Technik<sup>20</sup>, um Handlungsansätze greifbar und deren Erfolge messbar für die Verwaltung zu machen. In den jeweiligen Institutionen ist der gesamte Zielfindungsprozess in einem Gegenstromprinzip organisiert. Das bedeutet, dass Führungskräfte Zielentwürfe machen und diese an ihre Mitarbeiter\_innen weitergeben. Die Mitarbeitenden können ihrerseits die Ziele modifizieren oder weitere hinzufügen, solange bis alle Zielvereinbarungen auf allgemeine Akzeptanz stoßen. Danach werden diese zurück an das Integrationsbündnis kommuniziert und ggf. erneut umformuliert (Stadtverwaltung Jena 2016: 12). Nach finalisierter Kommunikation der Zielvereinbarung werden diese mit Hilfe eines Beschlusses durch den Stadtrat Jenas festgesetzt und in des Integrationskonzept aufgenommen (Stadtverwaltung Jena 2016: 13).

---

<sup>20</sup> SMART: S spezifisch, M messbar, A attraktiv, R realistisch, T terminiert (Heinrich Böll Stiftung 2021: o.S.)

### 4.3 Stadtverwaltung Weimar

Zur Vervollständigung der räumlichen Untersuchung der bestehenden Integrationsstrukturen in Thüringen soll im Folgenden auf die Stadt Weimar und ihre Verwaltung eingegangen werden. Nicht außer Acht zu lassen, sind die zahlreichen politischen und ehrenamtlichen Akteur\_innen und Organisationen im Arbeitsfeld der Migration und Integration, die in Weimar tätig sind. Der AWO Regionalverband Mitte-West-Thüringen e.V. hat in Weimar einen Fachdienst für Migration und Integration und stellt damit ein breites Spektrum an Beratungsangeboten und Dienstleistungen – welche somit teilweise von der Stadtverwaltung ausgelagert sind (AWO Regionalverband Mitte-West-Thüringen e.V. o.J. a: o.S.). Jedoch soll in dieser Arbeit die Position und Aufgabe der Stadtverwaltung im Zusammenhang von kommunaler Integrationspolitik betrachtet werden. Deswegen ist es zwar wichtig und für die Vollständigkeit zu erwähnen, jedoch kann diese nicht als ersetzend zu einer Stadtverwaltung gesehen werden.

Zunächst zum organisatorischen Aufbau der Verwaltung: diese ist in drei Dezernate gegliedert, welchen insgesamt über 20 Ämter unterstellt sind (vgl. Abb. 2) (Stadt Weimar o.J. a: o.S.).

Da es sich bei der strategischen Integrationspolitik um eine freiwillige Aufgabe der Kommunen handelt, ist eine Eingliederung nicht verpflichtend und wird auch unterschiedlich in die Ämterstruktur eingebettet oder ist gar nicht vorzufinden (Pavkovic 2020: 89). Momentan verfügt die städtische Ämterstruktur in Weimar über keine Stelle für die Förderung eines interkulturellen Bewusstseins oder kommunaler Integrationspolitik.

### Organigramm Stadtverwaltung Weimar

Dezernat I	Dezernat II	Dezernat III
Büro des Oberbürgermeister	Büro des Bürgermeisters	Büro der Beigeordneten
Gleichstellungsbüro	Bürger- und Rechtsamt	Amt für Gebäudewirtschaft
Arbeitssicherheit / Datenschutz	Ordnungsamt	Stadtentwicklungsamt
Personalrat	Amt für Familie und Soziales	Bauaufsichtamt
Beauftragter für BEM / BGM	Gesundheitsamt	Tiefbauamt
Amt für Personal	Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	Grünflächen- und Friedhofsamt
Amt für Zentrale Steuerung und Digitalisierung		Umweltamt
Rechnungsprüfungsamt	Eigenbetrieb Volkshochschule / mon ami	Eigenbetrieb Kommunalservice Weimar
Amt für Finanzen und Beteiligung	Jobcenter Weimar	
Amt für Brand- und Katastrophenschutz / Rettungsdienst		
Sport- und Schulverwaltungsamt		
Kulturdirektion		
Amt für Wirtschaft und Märkte		

Abb. 2: Organigramm der Stadtverwaltung Weimar (eigene Darstellung nach Stadt Weimar o.J. a)

In dem selbsternannten Leitbild der Stadtverwaltung Weimar und der damit verbundenen Arbeitsweise wird betont, dass die Mitarbeitenden sich „den Menschen und der Stadt Weimar mit ihren Besonderheiten verpflichtet“ (Stadt Weimar o.J. c: o.S.) fühlen. „Gerade in Zeiten kommunaler Finanzkrisen und schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen sind

gemeinsame Ziele Voraussetzungen für effizientes und effektives Handeln.“ (ebd.) Zudem sei die Leitbildentwicklung Teil des Prozesses der Verwaltungsreform, wobei nichts erwähnt wird von sozialem Zusammenleben und -halt in der Stadt oder den Bereichen der Integration (Stadt Weimar o.J. c: o.S.).

## **5 Erfahrungsberichte durch Interviews**

Während der Forschung wurde die Entscheidung getroffen, induktive Interviews mit einzelnen Personen zu führen, um die aktuelle Situation innerhalb der Weimarer Stadtverwaltung einschätzen zu können und die Perspektiven und Erfahrungen von Ausländer\_innen und Migrant\_innen besser erfassen zu können. Hierzu wurden qualitative Interviews mit einzelnen Personen geführt, die zuvor gezielt angefragt wurden. Die interviewten Personen wurden über verschiedene Kontakte vermittelt. Die Interviewfragen lassen sich in verschiedene Kategorie eingliedern, wurden jedoch, wenn nötig, an das jeweilige Interview angepasst, um eine möglichst dynamische Gesprächssituation zu erzeugen und auf die interviewte Person eingehen zu können. Im Laufe der Interviews wurde auf die Antworten der Gesprächspartner\_innen reagiert und darauffolgende Fragen ausgelassen beziehungsweise verändert oder zusammengefasst. Die Gespräche wurden in deutscher oder englischer Sprache durchgeführt, je nach Präferenz der Interviewpartner\_innen.

### **5.1 Konzeption der Interviewfragen**

Die genutzten Interviewfragen lassen sich in folgende Kategorien einteilen: Vorgespräch, Kontextualisierung, Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Situation mit a) persönlicher Ebene und b) formeller Ebene sowie einem Ausblick. Die formelle Ebene bezieht sich hierbei auf solche Teile des Verwaltungskontaktes, wie auszufüllende Formulare oder den Schriftverkehr. Im Gegensatz dazu bezieht sich die persönliche Ebene auf den Kontakt mit den Verwaltungsangestellten.

Im Vorgespräch stellten sich die Personen, die das Interview führten, vor und erklärten das Projekt kurz. Daraufhin wurden die interviewten Personen gebeten, sich kurz vorzustellen. Dabei wurden seitens der Interviewer\_innen keine konkreten Informationen abgefragt, um der Person den Raum zu geben, sich frei vorzustellen und persönliche Schwerpunkte zu setzen und nur die Informationen preiszugeben, mit der sich die Person wohlfühlt. Das Vorgespräch diente als Einstieg in das Gespräch und half, die möglicherweise vorhandene Aufregung der interviewten Personen abzubauen und offene Fragen zu klären. Zusätzlich wurde vor Beginn der Fragen betont, dass die Beantwortung der Fragen freiwillig ist und die Nichtbeantwortung einer oder mehrerer Fragen möglich ist und nicht begründet werden muss.

Die Kategorie *Kontextualisierung* beinhaltete die Frage „In welchem Zusammenhang hast du/hattest du mit der Stadtverwaltung zu tun?“. Diese Frage zeigt auf, über welche Teile der Stadtverwaltung (z.B. Ausländerbehörde) und welche zugehörigen Prozesse (z.B. Beantragung der deutschen Staatsbürgerschaft) die Person mit uns sprechen wird.

In der Bestandsaufnahme wurde erfragt, welche Erfahrungen die Person innerhalb der Verwaltung gemacht hat. Diese Frage ist bewusst offen gestaltet, um der antwortenden Person den Raum zu geben, selbst einzuschätzen, wie ausführlich und wie wertend sie die Frage beantworten möchte. Dies erschien in der Konzeption am sensibelsten.

Auf der persönlichen Ebene wurde anschließend gefragt, wie sich die interviewte Person von den in der Verwaltung arbeitenden Personen behandelt gefühlt hat.

Die formelle Ebene soll die Organisationsentwicklung, Personalentwicklung und ggf. die entsprechenden Fortschritte der interkulturellen Öffnung abbilden und stellte die Frage: „Hattest du je das Gefühl, (wegen deines Aussehens, deines Akzents oder deines Namens) in der Verwaltung (rassistisch) diskriminiert worden zu sein? Wenn ja, wie / in welcher Situation?“. Diese Frage ist spezifischer als vorrangigere Fragen formuliert worden, um konkrete Informationen zu den Situationen zu bekommen. Weiterhin wurde auf dieser Ebene gefragt: „Was hat dir geholfen, die Hürden der Verwaltung zu überwinden?“. Diese Frage sollte ermöglichen, zu verstehen, wie Personen unterstützt werden können, während sie mit der Stadtverwaltung interagieren. Im Rückblick kann diese Frage als Suggestivfrage eingeschätzt werden, da sie der Interviewten Person unterstellt, Hürden in der Verwaltung begegnet zu sein. Dies wurde allerdings von keiner interviewten Person kritisiert, da alle diese Frage beantworteten. Zusätzlich wurden die Personen gefragt, wie präsent das Thema Rassismus im Kontext des Kontakts zu Ämtern und Behörden in Weimar für sie ist, um zu verstehen, welche Relevanz das Thema für die interviewten Personen hat. In der Auswertung zeigte sich dieser Gesprächsteil als wenig aufschlussreich, da die Antworten ambivalent ausfielen, was auf verschiedene Interpretationen der Frage zurückzuführen ist. Letztlich wurden sie gefragt: „Inwiefern sind Verwaltungsmitarbeitende in ihrem Zuständigkeitsbereich deiner Meinung nach für interkulturelles und antirassistisches Denken und Handeln sensibilisiert?“ Diese Frage sollte noch einmal Aufschluss auf möglicherweise erfolgtes interkulturelles Training der Verwaltungsangestellten geben bzw. Missstände in der Stadtverwaltung Weimars aufzuzeigen und den Interviewpartner\_innen ermöglichen ihr Verständnis von rassismussensiblen Handeln darzustellen.

Im Ausblick wurden die Personen gefragt, was sie sich von der Verwaltung wünschen, wie eine inklusive/diskriminierungsarme Verwaltung aussehen und was sie sich von einem Integrationskonzept die wünschen würden. Die Maßnahme des Integrationskonzeptes hier beispielhaft gewählt, um einen Rahmen für die Ideen der interviewten Personen zu bieten.

## **5.2 Ergebnisse der Interviews**

Aus den Gesprächen mit dem zuvor erläuterten Fragenkatalog konnten unterschiedliche Erkenntnisse gezogen werden, welche im folgenden Teil zusammengefasst werden. Mit den interviewten Personen wurde vereinbart, dass ihre Antworten nicht direkt zitiert werden und sie vollkommen anonym bleiben. Deshalb wird auf individuelle Aussagen nicht im Detail eingegangen.

Die Befragung hat gezeigt, dass alle interviewten Personen in unterschiedlichen Bereichen Kontakt zu der Stadtverwaltung hatten, wobei von allen der Kontakt zur Ausländerbehörde genannt wurde. Die Erfahrungen der Personen mit der Stadtverwaltung fielen dabei unterschiedlich aus, jedoch haben alle Befragten bereits negative Erfahrungen mit der

Stadtverwaltung gesammelt, die ihrem Empfinden nach auf rassistische Diskriminierung zurückzuführen sind. Daraus ergibt sich ein Handlungspotential für die Stadtverwaltung Weimar, ihre Angestellten zu sensibilisieren, um rassistischer Diskriminierung vorzubeugen.

Durch die Befragung hat sich ebenfalls herausgestellt, dass der Austausch über Erfahrungen unter den von Diskriminierung Betroffenen heilend wirkte und zur Überwindung der sich stellenden Hürden beitragen konnte. Daraus lässt sich die Notwendigkeit einer unabhängigen Stelle ableiten, die von Betroffenen genutzt werden kann, um sich auszutauschen und auf Diskriminierung aufmerksam zu machen.

Alle Interviewpartner\_innen stellten die Verwaltungsmitarbeitenden als nicht interkulturell sensibel und als kaum oder kein antirassistisches Verhalten praktizierend dar, weshalb die Stadtverwaltung Trainings und Weiterbildungen für alle Mitarbeiter\_innen durchführen sollte, um potenzielle Diskriminierungen zu vermeiden.

Bei einem abschließenden Teil für einen Ausblick auf eine diskriminierungsarme und interkulturelle Stadtverwaltung wurden individuelle Ziele aufgestellt. Die Belegschaft solle beispielsweise durch das Einstellen von diverseren Mitarbeitenden ("less whiteness") profitieren. Zudem könne Digitalisierung von administrativen Prozessen, sowie Mehrsprachigkeit bei dem Zugang von Informationen in der Verwaltung zu mehr Inklusion, Gleichberechtigung und Transparenz führen.

## 6. Ermittlung der Handlungspotenziale für die Stadtverwaltung Weimar

Nach der Einführung in die Konzepte des institutionellen Rassismus und Diskriminierung, dem Integrationsdiskurs sowie der Beschreibung des Konzepts der interkulturellen Öffnung folgte eine Betrachtung der Integration durch die Verwaltung, der bestehenden integrativen Strukturen auf Thüringer Landesebene und des Integrationsangebotes der Stadt Jena. Weiterhin wurde der Aufbau der Weimarer Stadtverwaltung dargestellt. Die durchgeführte Empirie mit Interviews wurden im vorherigen Kapitel zusammengefasst. In diesem Kapitel sollen in Anknüpfung an die bisherigen Ausführungen vergleichend die Integrationsstrukturen der Stadt Jena herangezogen werden, um die bestehenden integrativen Strukturen Weimars einzuordnen. Außerdem erfolgt eine Analyse der Defizite in der Weimarer Stadtverwaltung empirisch durch die Durchführung von vier Interviews mit Personen, die ihre Perspektive auf die Verwaltungsstrukturen teilen, um zu belegen, inwiefern institutioneller Rassismus auch in der Verwaltung in Weimar auftritt. Schließlich werden die Informationen aus allen Untersuchungen durch die Einordnung der in der Analyse aufgetretenen, durch die Theorie begründeten Schwachstellen in die Organisations- oder Personalentwicklungsebene zusammengetragen. So werden am Ende des Kapitels spezifische Handlungsfelder für die Weimarer Verwaltung identifiziert, welche die verschiedenen Ebenen des Eisberges nach Edgar Schein (vgl. Kapitel 2.2.2) abdecken und somit aktuell Rassismus begünstigen und alltägliche Diskriminierungssituationen zulassen

### 6.1 Übertragbarkeit der Jenaer Praxis

Die bestehenden Integrationsstrukturen der Stadt Jena werden zum Vergleich herangezogen, da Jena und Weimar geographisch nahe beieinanderliegen und zu den bevölkerungsreichsten Städten Thüringens gehören: Weimar mit rund 65.000 Einwohner\_innen (Thüringer Landesamt

für Statistik 2020b: 3) und Jena mit rund 108.000 Einwohner\_innen (Stadt Jena 2021: o.S.). Ebenso sind beide Städte historische Standorte rassistischer Gräueltaten der Neuzeit. Weimar durch das unweit liegende, ehemalige nationalsozialistische Konzentrationslager Buchenwald (vgl. Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittel-Bau Dora o.J.) und Jena als Entstehungsort der nationalsozialistischen Terrororganisation Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) (vgl. Stadtteilbüro Jena Winzerla o.J.). Daraus ergibt sich für beide Städte die Notwendigkeit von Aufklärung über, Erinnerung an und Prävention von rassistischen Angriffen.

Im Rahmen der Übertragbarkeitsprüfung wird der Erkenntnis Sorge getragen, dass Integration sowie interkulturelle Öffnung fortlaufende Prozesse sind (vgl. Kapitel 3 und 3.1), deren Erfolg auch von finanziellen und personellen Ressourcen abhängig sind. Daher werden lediglich drei Handlungsfelder aus der Integrationspraxis der Stadt Jena ausgewählt, deren Umsetzung sich als essenziell für die Öffnung der Verwaltung herausgestellt haben.

Teil der Fortschreibung des Integrationskonzeptes der Stadt Jena ist eine Reflexion der gestellten Ziele und deren Erfüllung. Dabei ist aufgefallen, dass ein großer Teil der Ziele nicht erfüllt werden konnte, da in deren Aufstellung nicht klar definiert wurde, welche Stelle sich des jeweiligen Zieles zukünftig annehmen würde (Stadt Jena 2016: 17). Dem Organigramm der Stadtverwaltung Weimars (vgl. Abb. 2) ist zu entnehmen, dass sich weder die drei Dezernate noch eine unabhängige Stelle innerhalb der Verwaltung mit Belangen der Integration oder interkulturellen Öffnung befassen (vgl. Kapitel 3.3). Durch tiefergehende Recherche auf der Internetseite der Stadtverwaltung lässt sich unter dem *Dezernat II*, dort dem *Bürger- und Rechtsamt* und schließlich der *Abteilung Bürgerangelegenheiten* angegliedert, die Ausländerbehörde finden. Laut eigenen Angaben befasst sich diese allerdings nur mit Angelegenheiten den Aufenthaltsstatus einer Person betreffend (Stadt Weimar o.J. d: o.S.). Im Rahmen der Recherche ist versucht worden, via E-Mail, Kontakt zur Ausländerbehörde für ein Gespräch aufzunehmen (17.12.2021). Die einzige Reaktion war eine automatische Antwortnachricht in deutscher Sprache mit der Bitte, abzuwarten und auf keinem weiteren Weg Kontakt zur Behörde zu suchen. Eine weitere Antwort ist zum aktuellen Zeitpunkt (13.02.2022) noch nicht eingegangen.

Es lässt sich also feststellen, dass eine Grundstruktur in der Verwaltung bereits vorhanden ist, deren Handlungsspielraum ausgeweitet und deren Sichtbarkeit erhöht werden könnte. Dieses Defizit lässt sich im Eisbergmodell nach Edgar Schein (vgl. Kapitel 2.2.2) der oberen, *von außen sichtbaren* Ebene zuordnen. Damit ist sie für eine erfolgreiche interkulturelle Öffnung der Verwaltung wichtig, da sie die Stadtverwaltung nach außen positioniert.

Weiterhin hat die Reflektion der Ziele des Integrationskonzeptes in Jena ergeben, dass viele dieser nicht im Einflussbereich der Stadt lagen und somit nicht erfüllt werden konnten. Um trotzdem eine umfassende Beratung anbieten zu können und mit den Zielformulierungen tatsächlich etwas an der Situation von Migrant\_innen und ihren Nachkommen zu verbessern, sind unabhängige Integrationspartner\_innen unabdingbar (Stadt Jena 2016: 19 f.). Teil des Beratungsangebotes sollte folglich eine von der Verwaltung unabhängige Beschwerdestelle sein (vgl. Kapitel 3.2), bei der sich Betroffene von Diskriminierung melden können, um Missstände innerhalb der Verwaltung und besonders der Integrationsarbeit aufzuzeigen und somit zur Verbesserung der interkulturellen Öffnung beizutragen. In Weimar wurden die Bemühungen zu einer solchen Stelle durch den Verein *Kulturbrücke Palästina Thüringen e.V.* und dem *Ausländerbeirat Weimar* vorangetrieben, doch verzeichnen diese seit 2020 keine weiteren Fortschritte (Kulturbrücke Palästina Thüringen 2020: o.S.). Die Beschwerdestelle ist im Eisbergmodell der mittleren Ebene der *Normen und Regeln* zuzuordnen, da sie eine Plattform für

Feedback der Adressat\_innen der Integrationsarbeit bietet und somit als Basis für kontinuierliche Weiterentwicklung fungiert (vgl. Kapitel 2.2.2).

Wie bereits in Kapitel 3.2 erläutert, bildet das Integrationskonzept Jenas das Kerninstrument der Integrationsbemühungen der Stadt. Es ist im Eisbergmodell der unteren Ebene der *Grundhaltung und Kompetenzen* zuzuordnen (vgl. Kapitel 2.2.2), da es die Position der Stadtverwaltung zur Integration festsetzt, Akteur\_innen benennt und mit Kompetenzen ausstattet und Ziele und Maßnahmen für alle Beteiligten des Integrationsprozesses definiert und überwacht. Wie in Kapitel 3.3 aufgezeigt, besteht das städtische Leitbild, in denen sich die Stadt wie die Verwaltung nicht gegenüber Rassismus und Diskriminierung positionieren oder eine Sensibilisierung für das Thema zeigen. Für eine erfolgreiche Entwicklung im Prozess einer interkulturellen Öffnung sind Maßnahmen auf der untersten Ebene allerdings essenziell. Dementsprechend bedarf es der Stadtverwaltung lediglich einer Fortschreibung bzw. Ausweitung dieses Dokuments auf ein Integrations- oder vergleichbares Konzept, um der Integrationsarbeit eine Richtung und einen Rahmen zu geben.

Dabei versteht es sich, dass ein Integrationskonzept nicht der alleinige Schlüssel zur erfolgreichen Integration von Migrant\_innen und ihren Nachkommen sein kann. Wie in Kapitel 2.1.2 erläutert, suggeriert der Begriff der Integration, wenn nicht weiter spezifiziert, als Ziel die Adaption eines deutsch-Seins und somit das Aufgeben der bisherigen Kultur und Wertevorstellungen.

Ebenso kann ein Integrationskonzept einer fortbestehenden rechtlichen Diskriminierung keine Abhilfe schaffen. Somit werden Personen, die nicht bereit sind, andere Staatsbürgerschaften für die deutsche aufzugeben, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus und nach aktueller Rechtslage nie das Wahlrecht auf Bundes- oder Landesebene erhalten (BMI o.J.: o.S).

Ein weiteres Problem des Integrationskonzeptes ist, dass wie im Thüringer Landeskonzept in Kapitel 3.1 dargestellt, die Bemühungen nur bis zu einer finanziellen Unabhängigkeit der Migrant\_innen und ihrer Nachkommen reicht (vgl. TMMJV 2017: 10). Daher ist das Integrationsangebot oftmals so strukturiert, dass es Auskunft über Maßnahmen gibt, welche Migrant\_innen und ihre Nachkommen durchführen können, selten aber die integrierte Bevölkerung in die Verantwortung nimmt.

Im Zuge des starken Zuwanderungsstromes von Geflüchteten in die Bundesrepublik um 2015 nutzte die Thüringer Landesregierung bereits das Instrument des Integrationskonzeptes. Wie sich herausstellte, wurde es allerdings nicht angewendet, um Geflüchtete zügig in städtische Gesellschaften zu inkludieren, sondern um deren Ansiedlung in peripheren, wirtschaftlich schwachen Gegenden, die von Abwanderung geprägt sind, zu rechtfertigen unter der Prämisse man könne so einen Aufschwung für die betreffenden Gegenden herbeiführen (Eckardt 2019: 142 f.).

## **6.2 Ableitung von Handlungsfeldern**

In diesem Abschnitt werden die gesammelten Informationen aus den Interviews sowie eigener Recherche auf die Stadtverwaltung Weimar in Form von Handlungsfeldern abgeleitet. Nach der beschriebenen Unterteilung zwischen Organisations- und Personalentwicklung eines interkulturellen Öffnungsprozesses (vgl. Kapitel 2.2.2) werden diese Bereiche zugeordnet.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Interkulturelle Öffnung von Verwaltungen ist die interkulturelle Personalentwicklung (vgl. Kapitel 2.2.2). Als ein Bestandteil des Konzepts der interkulturellen Öffnung sind Maßnahmen zur Weiter- und Fortbildung von Mitarbeitenden im Hinblick auf kultursensibles Denken und Handeln sowie den Abbau von Rassismen besonders bedeutsam, da die Fachkräfte die Werte, Normen und Ideale ihrer Organisation als Ansprech- und Kontaktpersonen nach außen tragen. Ein Maßnahmenpaket zur Sensibilisierung kann ebenjene Verhaltensweisen schulen, antirassistische Normen und Werte manifestieren und überdies Zugangsbarrieren für (post-)migrantische Personen abbauen.

Aus den im Rahmen dieser Arbeit geführten Interviews geht eindeutig hervor, dass Mitarbeitenden der Weimarer Stadtverwaltung gegenüber nicht weißen Menschen oder Personen, die die deutsche Sprache nicht fließend beherrschten, rassistisch agierten. Konkret äußerte sich Rassismus in Unfreundlichkeit, wenig Transparenz in verschiedenen komplexen Prozeduren und Prozessen, eingeschränkter Erreichbarkeit sowie rassistischen Witzen. Außerdem wurden auch die nicht-Mehrsprachigkeit, keine Optionen für einfaches Deutsch sowie das Denken in und Reproduzieren von Stereotypen als Probleme im Sinne eines institutionellen Rassismus benannt. Darüber hinaus wurde in den Interviews auch der Unterschied in der Behandlung zwischen EU- und nicht-EU-Bürger\_innen beschrieben. Maßnahmen, die ebenjene Problemstellen bearbeiten, betreffen, wie bereits beschrieben, die Werte und Normen, die in der Stadtverwaltung verankert sind und können daher in die Ebene der *Normen und Regeln* des Eisberg-Modells eingeordnet werden (vgl. Kapitel 2.2.2). Letztlich können die Maßnahmen zur Sensibilisierung der Mitarbeitenden nicht nur Diskriminierung entgegenwirken, sondern sind auch als Voraussetzung für die langfristig angestrebte interkulturelle Belegschaft zu sehen. Wie bereits in der Theorie zu interkultureller Verwaltung (vgl. Kapitel 2.2.3) aufgegriffen können von Kompetenzen durch (post-)migrantische Mitarbeitenden stark provoziert werden. Dies bezieht sich beispielweise auch Sprachkenntnisse oder auch besseres Verständnis für bestimmte Lebenssituationen. Die momentane Zusammensetzung der Mitarbeitendenschaft in der Stadtverwaltung in Weimar ist leider nicht einsehbar und trotz Nachfrage bei der Verwaltung wurden keine Informationen diesbezüglich zur Verfügung gestellt. Deshalb kann nur vermutet werden, dass der Anteil von (post-)migrantischen Personen relativ gering sein wird. Bei einer Internetseite der Stadt Weimar im Bereich „Stadtverwaltung als Arbeitsgeber“ wird bei „Was uns wichtig ist“ kein interkulturellen oder sprachlichen gefragt oder positiv bewertet (vgl. Stadt Weimar o.J. e: o.S.). Eine interkulturelle Belegschaft begünstigt ein automatisches interkulturelles Training unter den Mitarbeitenden und eine daraus resultierende höhere Sensibilität. Ein weiterer Vorteil der interkulturellen Belegschaft ist die daraus möglicherweise resultierende Mehrsprachigkeit, welche der Verwaltung höhere Flexibilität im Umgang mit nicht deutsch-sprechenden Personen bietet.

Die Digitalisierung ist in Deutschland ein allgemein bekanntes Problem. Insbesondere in der Stadtverwaltung ist das oft bemerkbar. In den Interviews ist deutlich geworden, dass die Digitalisierung zwar zum einen intensiv gefordert wurde, in einem anderen Interview jedoch mögliche darauffolgende Barrieren erläutert wurden. Der Vorteil von einer Digitalen Infrastruktur ist nicht nur die Vereinfachung der bürokratischen Prozesse, sondern auch der Fakt, dass ein Programm nicht Diskriminierend agieren kann, sofern es nicht speziell so programmiert wurde. Dementsprechend würden dadurch die Möglichkeiten der Diskriminierung in diesem Kontext wegfallen. Daraus lässt sich schließen, dass ein Ausbau der digitalen Infrastruktur der Weimarer Stadtverwaltung positive Wirkung haben würde, jedoch nicht eine alleinstehende Lösung ist.



Im Eisbergmodell nach Schein ist diese Entwicklung oben einzuordnen, da es eine eindeutig sichtbare Veränderung darstellt. Die Merkmale reichen jedoch bis in die mittlere Ebene, da die Digitalisierung die Normen und Regeln beeinflusst (vgl. Kapitel 2.2.2).

Die Internetseiten, welche Informationen für „Migrantinnen und Migranten“ (Stadt Weimar o.J. b: o.S.) zur Verfügung stellen sollen, mit dem Titel „Ankommen in Weimar: Wissenswertes für Weimarer aus aller Welt“ (ebd.), verweisen allgemeine und praktische Informationen bezüglich Ansprechpartner\_innen, Projekten und Angeboten ausschließlich auf Deutsch. Dies bildet eine eindeutige Sprachbarriere für Menschen ohne große Deutschkenntnisse, schließt sie aus und erschwert ihnen den Zugang zu diesen wichtigen Informationen. Auch die Bereiche, welche sich ausschließlich an Migrant\_innen richten und Menschen, die aus dem Ausland neu nach Weimar gekommen sind, können nur auf Deutsch aufgerufen werden. Außerdem sind essenzielle Bereiche, wie das Terminvergabe online Tool ausschließlich auf Deutsch zugänglich.

Neben den bereits erwähnten Sprachkompetenzen von den Mitarbeitenden als wichtigen Teil auf dem Weg zu einer interkulturellen Stadtverwaltung sollte aber auch die schriftliche Kommunikation und der Zugang zu schriftlichen Informationen bei einer interkulturellen Verwaltung betrachtet werden. In einigen Interviews wurde berichtet, dass die Formulare nicht auf Englisch erhältlich sind und auch die Aufklärungsbögen, welche online einsichtig sind können nur auf Deutsch abgerufen werden. Auf die bereits erwähnte Gesprächsanfrage an die Ausländerbehörde wurde ebenfalls nur durch eine standardisierte Antwort auf Deutsch reagiert. Diese könnte sehr einfach auf Englisch angehängt werden. Zudem wurde in einem Interview erwähnt, dass einige Formulare veraltet sind.

All diese kleineren Maßnahmen können als *sichtbare Merkmale* einer interkulturellen Stadtverwaltung betrachtet werden und können damit auf die oberste Ebene im Eisberg eingeordnet werden. Sie können von den Anfrage-/Antragssteller\_innen direkt ersichtlich wahrgenommen werden. Zudem bezieht es sich auf die Organisationsentwicklung der Verwaltung, da es nicht direkt das Personal betrifft, sondern organisatorische Abläufe.

Diese Handlungsfelder lassen sich als Ergebnisse für die Stadtverwaltung Weimar festhalten. Jedoch ist hervorzuheben, dass einige Informationen und Beobachtungen lediglich auf öffentlich zugänglichen Informationen basiert. So kann über die Zusammensetzung der Belegschaft beispielweise nur Vermutungen aus einzelnen Erfahrungen getroffen werden.

## **7 Ein Weg zu einer interkulturellen Stadtverwaltung Weimar**

Die zuvor identifizierten Schwachstellen der Weimarer Stadtverwaltung sollen im folgenden Kapitel aufgegriffen und zu einem Konzept weiterentwickelt werden. Zunächst wird eine Herangehensweise für den als notwendig eingestuften interkulturellen Öffnungsprozess in der Stadtverwaltung vorgeschlagen. Anschließend werden aus den Erkenntnissen der Analyse sechs konkrete Forderungen an die Stadtverwaltung Weimar abgeleitet, die schließlich in Form eines Positionspapiers an die Stadt übergeben werden sollen. Jenes Positionspapier versteht sich als das Ergebnis der Arbeit und Anstoß für eine interkulturelle Öffnung der Weimarer Stadtverwaltung.

## 7.1 Herangehensweise für einen interkulturellen Öffnungsprozess

### Herangenweise für die interkulturelle Öffnung einer Organisation

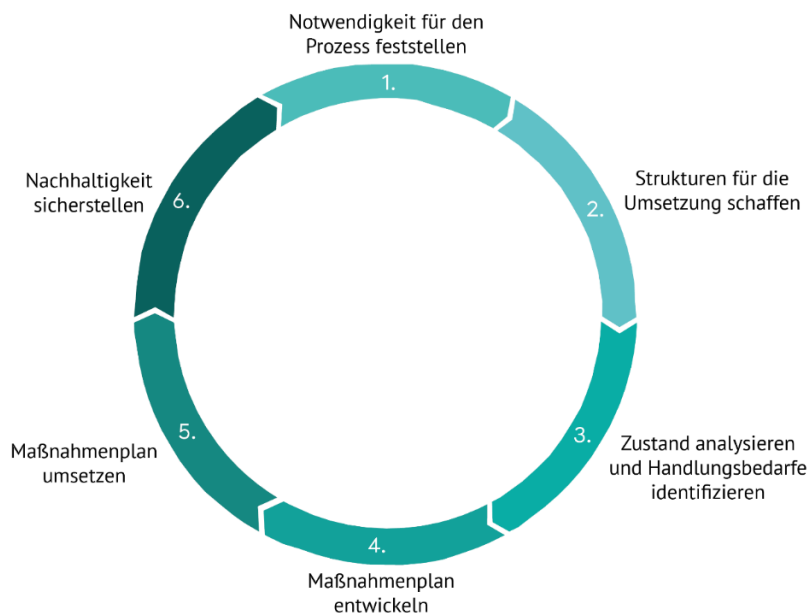


Abb. 3: Ablauf des interkulturellen Öffnungsprozesses in der Stadt Weimar (eigene Darstellung nach Kolberg 2018: o.S.)

Die Abbildung (siehe Abb. 3) bildet eine mögliche Herangehensweise für einen Anstoß eines nachhaltigen interkulturellen Öffnungsprozesses in der Stadtverwaltung in Weimar, mit dem Ziel institutionelle Diskriminierungen sowie Rassismus abzubauen. Diese ist auf Grundlage von einem Artikel zur interkulturellen Öffnung der Landesverwaltung erstellt worden (vgl. Kolberg 2018).

#### *Notwendigkeit für den Prozess feststellen*

Zunächst muss bei der Stadtverwaltung die Notwendigkeit für einen Prozess der interkulturellen Öffnung gesehen werden. Hierfür möchte diese Arbeit einen Anstoß abbilden. Durch das Zusammentragen von Informationen und Problemstellen in der momentanen Arbeitsweise der Stadtverwaltung sichtbar. Die Notwendigkeit ist jedoch bereits vorhanden und muss von der Verwaltung erkannt werden.

#### *Strukturen schaffen, die eine Durchführung ermöglichen*

Darauffolgend müssen Strukturen geschaffen werden, welche die erfolgreiche Durchführung ermöglichen. Konkret bedarf es einer Stelle mit Monitoringstrukturen, welche den Prozess begleitet und unterstützt. Eine Möglichkeit stellt die Fachstelle Interkulturelle Öffnung in Jena ab, welche Teil des AWO Regionalverband Mitte-West Thüringen ist (vgl. AWO Regionalverband Mitte-West-Thüringen e.V. o.J. b). Ihr Ziel ist es Organisationen auf dem Weg zur interkulturellen Öffnung zu begleiten (ebd.: o.S.). Eine solche Vernetzung zwischen anderen Städten und dem Kontakt mit Organisationen, welchen bereits einen erfolgreichen Prozess durchlaufen haben, ist sehr hilfreich. Jedoch wäre es auch wünschenswert, wenn in Weimar eine eigene Stelle aufgebaut und etabliert werden kann, um weiteren Organisationen, Unternehmen, Vereinen oder ähnliches bei dem Prozess der interkulturellen Öffnung zu unterstützen und begleiten. Je nach der Größe der Organisationen können auch bereits vorhandene Mitarbeitende diese Aufgabe durch

Weiterbildungsmaßnahmen übertragen bekommen (siehe Kapitel 2.2.2). An diesem Beginn des Prozesses sollte auch eine Vereinbarung festgesetzt werden, welche den folgenden Prozess festhält und damit auch eine Verpflichtung zur Weiterführung erfüllt.

#### *Ist-Zustand analysieren und Handlungsbedarf identifizieren*

In Zusammenarbeit mit der begleitenden Fachstelle muss die Stadtverwaltung nun eine breitausgelegte Bestandsanalyse durchführen. Zwar ist es in dieser Arbeit schon im Kleinen ausgeführt, jedoch müssen für einen solchen Prozess die Strukturen noch stärker durchdrungen werden. So beispielsweise auch die Auswertung darüber, welche Sprachkenntnisse durch die Mitarbeitenden angeboten werden können und welche interkulturellen Erfahrungen bereits vorhanden sind. Zu diesen Punkten konnten in dieser Arbeit nur naheliegende Vermutungen getroffen werden und einzelne Erfahrungen von den Interviewpartner\_innen herangezogen werden. Daher benötigt es einer breiten und ausführlichen Analyse des momentanen Zustands der Stadtverwaltung und daraus heraus Handlungsbedarfe.

#### *Maßnahmenplan entwickeln*

Aus diesen erhobenen Daten und die identifizierten Handlungsbedarfe muss nun ein Maßnahmenplan entwickelt werden. Dieser umfasst Maßnahmen im fordernden Sinne, aber auch eine Ausführung darüber, inwiefern diese konkret umgesetzt werden können und welche Instrumente oder Strukturen hierfür in der Verwaltung verändert oder geschaffen werden müssen. Im nächsten Kapitel werden aus den abgleitenden Handlungsfelder dieser Arbeit auch Forderungen und spezifische Maßnahmen abgeleitet, welche beispielhaft für die wichtigsten Bereiche stehen sollen. Vorweg ist zu betonen, dass diese Maßnahmen kein vollständiges Bild und Konzept für den Prozess einer interkulturellen Öffnung in der Verwaltung abbilden können. Es handelt sich um einen Ausschnitt, aus den erhobenen Daten/Erkenntnisse dieser Arbeit.

#### *Maßnahmenplan umsetzen*

Anschließend daran wird der Maßnahmenplan umgesetzt. Die aufgestellten Maßnahmen können sehr unterschiedliche Zeitbereiche abdecken. So handelt es sich häufig um lange Prozesse, wie die bereits angesprochenen Weiterbildungsmaßnahmen für Mitarbeitenden der Stadtverwaltung. Hierbei können mehrere Zwischenziele helfen die große Aufgabe in Abschnitten und kontinuierlich zu verfolgen. So kann beispielsweise neben dem gesamten angestrebten Ziel auch Ziele, welche realistisch nach einem Quartal oder Jahr erreicht werden können. Damit ist eine Überprüfbarkeit über Fortschritte besser möglich. Für eine erfolgreiche Umsetzung muss der Prozess von der gesamten Organisation und den Menschen, welche dort arbeiten, getragen werden. Daher ist ein transparenter Umgang gegenüber den Mitarbeitenden sowie Partizipationsmöglichkeiten wichtig. Zudem sollte bei den Maßnahmen auch genau festgehalten werden, welcher Bereich der Verwaltung für diese zuständig ist, damit keine Verwirrung auftreten, dies wurde in Jena als zu beachten im Rückblick hervorgehoben (vgl. Kapitel 4.1).

#### *Nachhaltigkeit des Prozesses sicherstellen*

Bei der Umsetzung muss gesondert auf die Nachhaltigkeit geachtet werden, damit der Prozess auch langfristig und erfolgreich verläuft. Hierfür ist die Koordinationsstelle unterstützend da und überprüft regelmäßig die Fortschritte des Prozesses und die Umsetzungen. Je nach den Ergebnissen des Monitorings werden Maßnahmen verändert und angepasst. Daraus bildet sich ein iterativer Kreislauf, der die Notwendigkeit und Erfolge bzw. Misserfolge immer wieder erneut betrachtet.

## 7.2 Forderungen an die Stadtverwaltung Weimar

Die problemaufweisende Analyse im vorhergegangenen Kapitel bezieht sich konkret auf die Stadtverwaltung in Weimar. Der weitere Schritt zu Forderungen wurde gemacht, um auch mit Ergebnissen und Handlungsaufforderungen auf die Stadt Weimar zugehen zu können. Basierend auf der Analyse sind mehrere Forderungen abgeleitet worden. Diese werden hier erläutert.

*Eine klare Stellungnahme gegen Rassismus und Diskriminierung seitens der Stadt, der Verwaltung und der Angestellten.*

Die kritische Aufarbeitung der rassistischen und kolonialen Geschichte Deutschlands und auch Weimars ist eine Grundlage für antirassistisches Denken und Verhalten. Diese Grundhaltung muss in das Leitbild integriert werden. Um dies umzusetzen, ist eine Weiterbildung aller Angestellten und aller neu eingestellten Person essenziell.

*Digitalisierung der bürokratischen Prozesse ergänzend zu bisherigen Methoden.*

Damit die Verwaltung für Menschen, die die deutsche Sprache nicht beherrschen oder mit der deutschen Bürokratie nicht vertraut sind, zugänglich ist, muss sich in der Stadtverwaltung vieles ändern. Zum einen müssen die bürokratischen Prozesse digitalisiert werden. Dabei müssen jedoch die analogen Möglichkeiten beibehalten werden, um Menschen ohne digitale Erfahrung oder ohne digitale Endgeräte weiterhin Zugang zu gewähren. Im Endeffekt müssen die bürokratischen Barrieren abgebaut werden, damit alle Menschen problemlos mit der Stadtverwaltung interagieren können, ohne sich dabei externe Hilfe suchen zu müssen. Das bedeutet, dass die digitalen Zugangsmöglichkeiten der Stadtverwaltung ausgebaut werden müssen als Ergänzung zu den bestehenden Möglichkeiten.

*Von einer diversen Personalstruktur profitieren.*

Eine diverse Personalstruktur innerhalb einer Verwaltung ermöglicht es, Verwaltungsprozesse für Menschen zu vereinfachen und die Kenntnis und das Verständnis über verschiedene Kulturen und Lebensweisen innerhalb der Belegschaft zu erhöhen. Dies sollte auch das Ziel der Weimarer Verwaltung sein. Hierfür müssen Stellenausschreibungen spezifisch darauf hinweisen, dass die Verwaltung Stellen ausdrücklich für *alle* Menschen ausschreibt. Die Auswahl der Mitarbeitenden muss auch nach der Fremdsprachenkenntnis getroffen werden, um das Beratungs- und Hilfsangebot für Menschen, die kein Deutsch sprechen zu erhöhen. Die Auswahl der Mitarbeitenden sollte sorgfältig getroffen werden, auch im Hinblick auf die Weltoffenheit und die Bereitschaft in einer interkulturellen Atmosphäre zu arbeiten.

*Verpflichtendes interkulturelles Training für alle Mitarbeitenden.*

Es ist Aufgabe der Verwaltung, eine inklusive Atmosphäre zu kreieren. Alle Mitarbeitenden der Weimarer Stadtverwaltung sollen daher über interkulturelle Kompetenz verfügen, die als Schlüsselqualifikation den fachlich- und sozialkompetenten Umgang mit kulturellen Regeln, Normen, Werten und Symbolen ermöglicht. Daher sollen alle Fachkräfte im Rahmen verpflichtender Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen Fähigkeiten zum kultursensiblen Perspektivwechsel, der Offenheit gegenüber Neuem, Flexibilität in verschiedenen Aufgaben und Situationen sowie Ambiguitätstoleranz ausprägen oder stärken. Hierfür muss ein spezifisch auf Weimar zugeschnittenes Anforderungsprofil erstellt werden, mit welchem die interkulturelle

Kompetenz des Personals geprüft und anschließend im Rahmen von Schulungen ausgebaut werden kann. Zudem sollen Qualifizierungsangebote Raum für die Reflexion der eigenen Kultur eröffnen, die Entwicklung konkreter Maßnahmen für spezifische Fachbereiche der Stadtverwaltung anstoßen, wie auch das Ausbauen von Sprachkenntnissen erlauben. Letzterer Punkt - die Mehrsprachigkeit der Mitarbeitenden - kann in der Stadtverwaltung selbst vorübergehend oder dauerhaft den Einsatz eines Dolmetscher\_innendienstes in erfordern. Die zielgruppenorientierten Angebote zur Weiterbildung, die beispielsweise in Form von Workshops oder Vorträgen stattfinden können, sollten in regelmäßiger Wiederholung stattfinden, sodass potenziellen Diskriminierungssituationen konsequent begegnet werden kann.

#### *Sprachhürden überwinden und Informationen allen zugänglich machen.*

Alle Inhalte der Website der Stadtverwaltung, gerade diese mit wichtigen Informationen im Bereich der Ausländerbehörde, welche sich an Migrant\_innen richten, müssen auf weiteren Sprachen zugänglich sein - mindestens auf Englisch. Ein erster Ansatz, wie er auch in Jena Anwendung findet, wäre die Übersetzung von Überschriften, damit es für Nutzer\_innen ersichtlich ist, um welche Themen es sich auf dieser Seite dreht und wer die korrekten Ansprechpartner\_innen sind. Dadurch würde eine grobe Orientierung für die richtigen Hilfsangebote gewährleistet werden. Bei Formularen und Aufklärungsbögen sollten übersetzte Exemplare frei zugänglich sein, um dem Verständnis und der Unterstützung beim Ausfüllen der deutschen Formulare (und damit rechtsgültig auf der Amtssprache) dienen.

Zudem sollte es ein stärkeres Bewusstsein in der Verwaltung geben aktuelle Informationen, wie beispielsweise auch die Verhaltensmaßnahmen zu der Eindämmung der Covid-19 Pandemie konkret in Weimar für alle zugänglich zu gestalten. Dies kann durch die Verwendung von Fremdsprachen und einer einfachen Sprache inklusiver gestaltet werden.

#### *Selbstverpflichtung, Organisation, Qualitätssicherung und Fortschreibung.*

Nachdem nun verschiedene Forderungen für verschiedene Themengebiete im Einflussbereich der Verwaltung gestellt wurden, müssen diese organisiert und gebündelt werden. Dazu benötigt es leitende Verantwortliche, einen Prozess sowie ein oder mehrere Dokumente, die diese festhalten. Es muss eine Stabsstelle innerhalb der Ämterstruktur der Weimarer Stadtverwaltung geschaffen werden, die sich mit allen Belangen um interkulturelle Kompetenzen der Verwaltung beschäftigt und gegebenenfalls beratend für Mitarbeitende und Anwohnende zur Verfügung steht. Um die Arbeit der Stabsstelle und die Bemühungen wie Versäumnisse der Verwaltungsangestellten zu monitoren und Diskriminierung aufzudecken, muss eine unabhängige Beschwerde- bzw. Antidiskriminierungsstelle geschaffen werden, an die sich Betroffene ohne Angst vor weiterer Diskriminierung wenden können.

Da sich diese Maßnahmen nicht kurzfristig umsetzen lassen und ständiger Weiterentwicklung unterzogen werden müssen, ist eine Selbstverpflichtung der Verwaltung inklusive Prozessentwurf notwendig, damit die Interkulturelle Öffnung in Weimar strukturiert etabliert werden kann. Dazu eignet sich ein Integrationskonzept, wie es die Stadt Jena ausgearbeitet hat. Innerhalb dessen werden Akteur\_innen benannt, Beratungsstellen aufgezeigt und Prozessabläufe erläutert, sodass sich Privatpersonen, Träger öffentlicher Belange und vor allem auch Ein- und Zuwandernde über bestehende Strukturen der Integration informieren können. Die zuvor erläuterten Forderungen wurden in einem offenen Brief zusammengefasst, welcher im Zuge des Forschungsprojektes „Rassismus in Weimar“ und im Speziellen der Ausarbeitung zur Verwaltung als Integrationsakteur\_in, an den Oberbürgermeister Peter Kleine stellvertretend für seine

Verwaltung gerichtet wird. Der Brief ist dieser Arbeit angehängt und wird zusätzlich xxx veröffentlicht.

## **8 Fazit**

Das Thema der Integration von Personen mit Migrationshintergrund oder -erfahrung sowie deren Nachkommen bleibt weiterhin ein kontroverses, das von stetigem Wandel geprägt ist. Auch die Rolle der Verwaltung innerhalb dieser Debatte kann keinesfalls als geklärt betrachtet werden und muss spätestens mit der Veröffentlichung der eingangs genannten Studie des BMI erneut diskutiert und reflektiert werden. Diese Auseinandersetzung muss sowohl bundesweit, auf Länderebene als auch in jeder einzelnen Kommune stattfinden und betrifft damit auch die Stadtverwaltung Weimar.

Für die europäische Kulturstadt betrachtet die Arbeit als Herangehensweise im Umgang mit Zuwandernden und ihren Nachkommen sowie von rassistischer Diskriminierung betroffenen Personen, das Konzept der Integration, welches auch auf Thüringer Landesebene und von der Stadt Jena angewandt wird. Dieses definiert gängiger Weise im Rahmen eines Integrationskonzeptes Handlungsfelder anhand derer sich Integriertheit feststellen und fördern lässt. Dennoch ist eine intensive Auseinandersetzung mit dem Konzept notwendig, um nicht die bestehenden Kritiken wie beispielsweise aufgezwungene Anpassung durch Überstülpen der eigenen Kultur zu manifestieren.

Demgegenüber wurde das Konzept der interkulturellen Öffnung als neuerer Ansatz dargestellt und weist mit den Idealen der Kulturstadt Weimar gemeinsame Wertvorstellungen auf. Interkulturelle Öffnung bestärkt den Wandel des Handelns der Mitarbeitenden als Teil der Organisation sowie von institutionellen Strukturen als Ganzes. Durch die Zielsetzung von Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit eignet es sich zum Abbau bzw. zur Vermeidung von institutionellem Rassismus und hat das Potential Verwaltungsangestellte und Nutzer\_innen der Verwaltungsdienste zueinander bringen.

Wie die Forschung dieser Arbeit belegt, ist das Angebot von Strukturen, die sich dem Thema der strukturellen Diskriminierung und des institutionellen Rassismus annehmen in Weimar gering. Gerade der Vergleich mit der Nachbarstadt Jena zeigt auf, dass sowohl strukturelle sowie personelle Defizite bestehen, die sich mitunter auf eine mangelnde Auseinandersetzung der Stadt und Stadtverwaltung mit Migration und Integration zurückführen lassen. Diese Erkenntnis wird durch die geführten Interviews unterstrichen, welche den Verwaltungsmitarbeitenden ausnahmslos unsensibles bis rassistisches Verhalten zuschreiben und einen dringenden Bedarf für Austausch über die durchlebten Erfahrungen aufzeigen.

Auch die Informationsbeschaffung im Rahmen der Forschung zeigte auf, dass die Weimarer Stadtverwaltung nach außen hin wenig kommunikativ agiert. Mehrere Anfragen an verschiedene Stellen des Verwaltungsapparats bleiben bis heute unbeantwortet und somit kann die Arbeit keine Perspektive aus dem Inneren der Verwaltung einnehmen, aus der ggf. bestehende Bemühungen, Prozesse oder Auseinandersetzungen mit der Thematik hätten aufgezeigt werden können.

Basierend auf den jeweiligen Vorteilen der Theorien von Integration und interkultureller Öffnung und inspiriert von den Wünschen und Bedürfnissen der Interviewpartner\_innen stellt die Arbeit

einen Handlungsplan mit Meilensteinen auf, an denen sich die Stadtverwaltung orientieren kann auf dem Weg zu einer interkulturell geöffneten Institution. Kombiniert wird dieser Plan in Anlehnung an das Konzept der Integration mit identifizierten Handlungsfeldern, die sowohl an der inneren Organisation sowie an der äußeren Wirkung und Zugänglichkeit der Stadtverwaltung Veränderungspotential attestieren. Unter Verwundung des Eisberg-Modells nach Edgar Schein wurde deren thematischer Gehalt kategorisiert und auf jeweils eine Forderung an die Stadtverwaltung verdichtet. Diese werden in einem offenen Brief an den Oberbürgermeister Weimars als leitenden Vertreter der Stadtverwaltung übermittelt. Ziel des Briefes ist es einerseits für die Anwohner\_innen Weimars, die von rassistischer Diskriminierung durch die Stadtverwaltung betroffen sind, einzustehen und ihnen Gehör zu verschaffen. Es besteht andererseits die Hoffnung Handlungsbedarfe und -potentiale für die Stadtverwaltung zu verdeutlichen und das Bewusstsein für diese innerhalb der Institution zu stärken.

Die Forschungsfrage:

*Inwiefern begünstigt die Stadtverwaltung Weimar institutionellen Rassismus und wie kann die Stadtverwaltung für alle Anwohnenden integrativ auftreten und rassistische Diskriminierungen vermeiden?*

lässt sich so beantworten, dass durch kaum vorhandene Auseinandersetzung mit Migration und anschließender Integration gesellschaftliche Vorurteile und Rassismen in der Verwaltungspraxis reproduziert werden. Sowohl die Repräsentation der Stadtverwaltung nach außen sowie das Gebaren des Personals ist diskriminierend und baut zusätzliche Hürden auf für Personen, die nicht der weißen Mehrheitsgesellschaft zugeordnet werden. Viele Städte befinden sich bereits in dem fortwährenden Prozess der Selbstreflektion und Weiterentwicklung den Integrationsarbeit bedarf. Die Weimarer Stadtverwaltung hängt hinter diesen hinterher, obwohl sie sich an der bestehenden Praxis von Integration und interkultureller Öffnung mit Leichtigkeit ein Beispiel nehmen könnte. Offenkundig benötigt die Umsetzung eines solchen Veränderungsprozesses hin zu einer diskriminierungsarmen, interkulturell offen Verwaltung finanzielle, personelle und auch zeitliche Ressourcen. Dennoch sollte die Stadtverwaltung Weimar diese Anstrengungen schnellstmöglich auf sich nehmen, um ihrem selbstgegebenen Image der Kulturstadt Europas auch in der Verwaltung und über die Grenzen des europäischen Kontinents hinaus gerecht zu werden. Eine Gesellschaft sowie ihre Verwaltungsorgane kann ihre rassistischen Strukturen nur überwinden, wenn diese erkannt, adressiert und aufgearbeitet werden. Staatliche Institutionen wie eine Stadtverwaltung sollten mit gutem Beispiel voran gehen und sich diesem Problem offen und transparent stellen.

*"Injustice anywhere is a threat to justice everywhere."* - Martin Luther King

## Literaturverzeichnis

- Amnesty International (2017): Glossar für diskriminierungssensible Sprache. <https://www.amnesty.de/2017/3/1/glossar-fuer-diskriminierungssensible-sprache> (letzter Zugriff: 03.02.2022).
- Arslan, Bülent (2014): Interkulturelle Öffnung in Bundes- und Landesbehörden. In: Elisabeth Vanderheiden / Claude-Hélène Mayer (Hg.), Handbuch Interkulturelle Öffnung. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 140-146.
- Arslan, Bülent (2018): Interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur in Kommunen. Erfolgsfaktoren und Herausforderungen. In: Frank Gesemann / Roland Roth (Hg.), Handbuch Lokale Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer VS, 765-774.
- AWO Regionalverband Mitte-West-Thüringen e.V. (o.J. a): Fachdienst für Migration und Integration Weimar. <https://www.awo-mittewest-thueringen.de/fachdienst-fuer-migration-und-integration-weimar.html> (letzter Zugriff am 15.01.2022).
- AWO Regionalverband Mitte-West-Thüringen e.V. (o.J. b): Fachstelle Interkulturelle Öffnung. <http://www.fs-ikoe.de> (letzter Zugriff am 29.01.2022).
- Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge (o.J.): Das Thüringer Integrationskonzept. <https://bimf.thueringen.de/integration/integrationskonzept> (letzter Zugriff am 22.01.2022).
- BMI (o.J.): Ausländerwahlrecht. <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/verfassung/wahlrecht/auslaenderwahlrecht/auslaenderwahlrecht-node.html> (letzter Zugriff am 30.01.2022).
- BMI (2021): Studie zu Rassismus startet. <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2021/10/rassismusstudie.html> (letzter Zugriff am 10.02.2022).
- Bommes, Michael (2007): Integration - gesellschaftliches Risiko und politisches Symbol. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ). 22-23/2007. Frankfurt am Main, 3-5.
- Busch, Dominic (2014): Interkulturelle Öffnung als Querschnittsaufgabe. In: Elisabeth Vanderheiden / Claude-Hélène Mayer (Hg.), Handbuch Interkulturelle Öffnung. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 69-76.
- Carmichael, Stokely / Hamilton, Charles (1967): Black Power. The politics of liberation in America. London: Penguin.
- Eckardt, Frank (2019): Integration im Abseits? Ergebnisse des Willkommensmonitor Thüringen 2017. In: Migration und Soziale Arbeit: Integrationspolitik im europäischen und Mehrebenen-Vergleich. Heft 2, 142-148.
- Fieber-Martin, Kerstin / Morgenstern, Ines / Treichel, Robert (2011): Jenaer Integrationsbündnis - Neue Wege gemeinsam gehen. Abschlussbericht zur Analyse der Lebenslagen von Menschen mit Migrationshintergrund in Jena. <https://docplayer.org/10811773-Jenaer-integrationsbuendnis-gemeinsam-gehen-abschlussbericht-zur-analyse-der-lebenslagen-von-menschen-mit-migrationshintergrund-in-jena.html> (letzter Zugriff am 22.01.2022).
- Foroutan, Naika (2016): Postmigrantische Gesellschaften. In: Brinkmann, H.U. / Sauer, M. (Hg.), Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 227-254.
- Foucault, Michel (1978): Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Berlin: Merve.



Genter, Ulrike / Kempkes, Hans-Georg (2014): Interkulturelle Öffnung als Organisationsentwicklung: „In der Welt von heute gibt es nur noch wenige Nicht-Nächste“. In: Elisabeth Vanderheiden / Claude-Hélène Mayer (Hg.), Handbuch Interkulturelle Öffnung. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 78-87.

Gesemann, Frank / Roth, Roland / Aumüller, Jutta (2012): Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland. Studie erstellt für das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. [https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/ministerien/bmvbs/sonderveroeffentlichungen/2012/DL\\_StandKommunaleIntegrationspolitik.pdf;jsessionid=126ADB3CDF8E57FF49AEF1A8702D9A5.live21304?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/ministerien/bmvbs/sonderveroeffentlichungen/2012/DL_StandKommunaleIntegrationspolitik.pdf;jsessionid=126ADB3CDF8E57FF49AEF1A8702D9A5.live21304?__blob=publicationFile&v=1) (letzter Zugriff am 01.02.2022).

Gesemann, Frank / Roth, Roland (2018): Handbuch Lokale Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer VS.

Gomolla, Mechtild (2016): Direkte und indirekte, institutionelle und strukturelle Diskriminierung. In: Albert Scherr / Aladin El-Mafaalani / Gökçen Yüksel (Hg.), Handbuch Diskriminierung. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 133-155.

Haase, Raimund / Schmidt, Lucia (2021): Institutionelle Diskriminierung. In: Ullrich Bauer / Uwe Bittlingmayer / Albert Scherr (Hg.), Handbuch Bildungs- und Erziehungssoziologie. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 883-899.

Heinrich Böll Stiftung (2021): SMART-Ziele. <https://kommunalwiki.boell.de/index.php/SMART-Ziele> (letzter Zugriff am 22.01.2022).

Herriger, Norbert (2020): Empowerment in der Sozialen Arbeit: eine Einführung. 6., erweiterte und aktualisierte Auflage. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer.

Krell, Gertraude (2011): Diversity Management. Chancengleichheit für alle und auch als Wettbewerbsvorteil. In: Gertraude Krell (Hg.), Chancengleichheit durch Personalpolitik. Wiesbaden: Gabler, 155-174.

Kolberg, Sara (2018): Die interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung. <https://www.vdz.org/arbeitswelt-und-transformation/die-interkulturelle-oeffnung-der-landesverwaltung> (letzter Zugriff am 20.01.2022).

Kulturbrücke Palästina Thüringen e.V. (2020): Dialogkonferenz Der Kulturbrücke Palästina Thüringen. <https://kulturbruecke-pal-th.de/?p=258> (letzter Zugriff am 30.01.2022).

Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen (o.J.): Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen mbH. <https://www.legthueringen.org> (letzter Zugriff am 22.01.2022).

Mediendienst Integration (2020): Alternativen zum „Migrationshintergrund“. [https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Infopapier\\_Alternativen\\_Migrationshintergrund.pdf](https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Infopapier_Alternativen_Migrationshintergrund.pdf) (letzter Zugriff am 30.01.2022).

Merx, Andreas / Perabo, Timon (2018): Kommunale Antidiskriminierungspolitik. Wege zu mehr Gleichbehandlung, Vielfalt und Inklusion in Kommunen. In: Frank Gesemann / Roland Roth (Hg.), Handbuch Lokale Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer VS, 659-690.

Netzwerk für Integration der Landeshauptstadt Erfurt (o.J.): LEG Thüringen, Welcome Center Thuringia (WCT). <https://www.integration-migration-thueringen.de/netzwerk/akteur/wct.htm> (letzter Zugriff am 22.02.2022).

Pavkovic, Gari (2020): Viele Konzepte, zu wenig Ergebnisse: zur interkulturellen Öffnung kommunaler Verwaltungen. In: Tillmann Löhr (Hg.), Kommunale Integrationspolitik. Strukturen, Akteure, Praxiserfahrungen. Berlin: Verlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., 87-100.

Rat der Europäischen Union (2016): Aktionsplan für die Integration von Drittstaatsangehörigen. <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-migration-policy/integration-policy/> (letzter Zugriff am 09.01.2022).

Schein, Edgar (1985): Organizational Culture and Leadership. New York: Jossey-Bass Publishers.

Schröer, Hubertus (2007): Interkulturelle Öffnung und Diversity Management. Konzepte und Handlungsstrategien zur Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Migranten. Düsseldorf: Zentralstelle für die Weiterbildung im Handwerk e.V.

Schröer, Hubertus (2018): Vielfalt als kommunale Gestaltungsaufgabe. Interkulturelle Öffnung und Diversity Management als strategische Antwort. In: Frank Gesemann / Roland Roth (Hg.), Handbuch Lokale Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer VS., 227-260.

Stadt Jena (2020a): Gesamtstruktur Stadtverwaltung. <https://rathaus.jena.de/de/gesamtstruktur-stadtverwaltung> (letzter Zugriff am 22.01.2022).

Stadt Jena (2020b): Anlaufstelle für Opfer von Diskriminierung. <https://rathaus.jena.de/de/anlaufstelle-fuer-opfer-von-diskriminierung> (letzter Zugriff am 22.01.2022).

Stadt Jena (2021): Jena in Zahlen. <https://statistik.jena.de/de/jena-zahlen> (letzter Zugriff am 09.01.2022).

Stadt Weimar (2006): Weimarer Vereinbarung. [https://beta.weimar.de/fileadmin/redaktion/Dokumente/stadtverwaltung/tolerantes\\_weimar/weimarer\\_vereinbarung/weimarer\\_vereinbarung.pdf](https://beta.weimar.de/fileadmin/redaktion/Dokumente/stadtverwaltung/tolerantes_weimar/weimarer_vereinbarung/weimarer_vereinbarung.pdf) (letzter Zugriff am 02.02.2022).

Stadt Weimar (o.J. a): Ämterstruktur. <https://stadt.weimar.de/stadtverwaltung/aemterstruktur/> (letzter Zugriff am 09.01.2022).

Stadt Weimar (o.J. b): Ankommen in Weimar. Migrantinnen und Migranten. <https://www.weimar.de/leben/soziales-und-gesundheit/migranten/> (letzter Zugriff am 15.01.2022).

Stadt Weimar (o.J. c): Leitbild. <https://stadt.weimar.de/stadtverwaltung/leitbild/> (letzter Zugriff am 23.01.2022).

Stadt Weimar (o.J. d): Organisationseinheit Ausländerbehörde. <https://stadt.weimar.de/stadtverwaltung/organisationseinheit/auslaenderbehoerde-63/> (letzter Zugriff am 30.01.2022).

Stadt Weimar (o.J. e): Die Stadtverwaltung als Arbeitsgeber. Was uns wichtig ist. <https://stadt.weimar.de/karriere/die-stadtverwaltung-als-arbeitgeber/was-uns-wichtig-ist/> (letzter Zugriff am 04.02.2022).

Stadtteilbüro Jena Winzerla (o.J.): Nächstes Erzählcafé mit Frank Döbert: Wendezeit und NSU. <https://www.winzerla.com/wordpress/naechstes-erzaehlcafe-mit-frank-doebert-wendezeit-und-nsu/> (letzter Zugriff am 04.02.2022).

Stadtverwaltung Jena (2016): Integrationskonzept, Gesamtkonzept zur gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadt Jena. [https://rathaus.jena.de/sites/default/files/2020-09/integrationskonzept\\_Nachdruck\\_A5.pdf](https://rathaus.jena.de/sites/default/files/2020-09/integrationskonzept_Nachdruck_A5.pdf) (letzter Zugriff am 12.01.2022).

Statistisches Bundesamt (2021): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2020, Fachserie 1, Reihe 2.2.

Statistisches Bundesamt (2022a): Ausländische Bevölkerung. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Glossar/auslaendische-bevoelkerung.html> (letzter Zugriff am 19.01.2022).

Statistisches Bundesamt (2022b): Migrationshintergrund.

<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Glossar/migrationshintergrund.html> (letzter Zugriff am 19.01.2022).

Stiftung Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (2022): Weimarer Erklärung für ein solidarisches Miteinander. <https://www.weimarer-erklaerung.de/solidarisches-miteinander/> (letzter Zugriff am 02.02.2022).

Stiftung Gedenkstätte Buchenwald (o.J.): Gedenkstätte Buchenwald.

<https://www.buchenwald.de/nc/896/> (letzter Zugriff am 04.02.2022).

Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz (TMMJV) (Hg.) (2017): Das Thüringer Integrationskonzept, für ein gutes Miteinander!.

<https://justiz.thueringen.de/fileadmin/TMMJV/Service/publikationen/IntergrationskonzeptFINAL.pdf> (letzter Zugriff am 19.12.2021).

Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz (TMMJV) (Hg.) (2019): Thüringer Zuwanderungs- und Integrationsbericht 2019. Erfurt: TMMJV.

Thüringer Landesamt für Statistik (2020a): Bevölkerung, darunter Ausländer, nach Geschlecht und Kreisen in Thüringen. <https://statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=kr000102> (letzter Zugriff am 05.01.2022).

Thüringer Landesamt für Statistik (2020b): Pressemitteilung 134/2020 vom 11. Juni 2020.

[https://statistik.thueringen.de/presse/2020/pr\\_134\\_20.pdf](https://statistik.thueringen.de/presse/2020/pr_134_20.pdf) (letzter Zugriff am 09.01.2022).

Universität zu Köln (2020): Allyship - Was kann ich gegen Diskriminierung tun?.

<https://vielfalt.uni-koeln.de/antidiskriminierung/unboxingdiscrimination/allyship> (letzter Zugriff am 10.02.2022).

Vanderheiden, Elisabeth / Mayer, Claude-Hélène (2014): Handbuch Interkulturelle Öffnung. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Weiß, Anja (2013): Rassismus wider Willen. Ein anderer Blick auf eine Struktur sozialer Ungleichheit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Weiß, Anja (2021): Rassismus wider Willen? Rassismus als soziale Ungleichheit. In: Stadt und Rassismus. Analysen und Perspektiven für eine antirassistische Urbanität. In: Frank Eckardt, Hamidou Maurice Bouguerra (Hg.). Münster: Unrast Verlag, 17-26.

## **09 | Rom\*nja und Sinti\*zze**

Mer Ketne - Wir zusammen!

Denis Sendobry

Emilia Fuchs

Sophia Markinius

Laura Arcalean

## Selbstverständnis

Als weiße Personen sind wir nicht selbst von dieser Form von Rassismus betroffen, die wir im Rahmen dieser Projektarbeit kontextualisieren. Wir verfügen nicht über die Expertise und die Erfahrungen zu diesem Thema, weshalb wir betroffenen Personen eine Plattform geben und diese aktiv in die Gestaltung einbeziehen möchten. Wir möchten unser Projekt und die darüber hinausgehenden geplanten Veranstaltungen dafür nutzen, um auf das Thema aufmerksam zu machen und die Mehrheitsbevölkerung dafür zu sensibilisieren. Wir möchten zudem darauf hinweisen, dass jedes Schreiben über Sinti\*zze und Rom\*nja eine Gefahr der Homogenisierung, Exotisierung und Stereotypisierung birgt. Wir distanzieren uns außerdem vom oftmals in der Mehrheitsbevölkerung verwendeten rassistischen Z-Wort und werden dies kenntlich machen, falls es zitiert wird. Ebenfalls werden wir nicht vom umstrittenen Wort „Antiziganismus“ sprechen. Dieses ist für uns Teil einer diskriminierenden Sprache, da die rassistische und abwertende Fremdbezeichnung enthalten ist. Die sogenannte „Antiziganismusforschung“ wird zudem meist von weißen Menschen betrieben, wobei es sich um eine exklusive weiße Selbstreflexion handelt, in der die Perspektive der von den rassistischen und diskriminierenden Verhältnissen betroffenen fehlt.

## Allgemeine Situation

Derzeit leben laut dem Dokumentationszentrum Deutscher Sinti\*zze und Rom\*nja rund 70.000 Rom\*nja Personen in Deutschland. Es bleibt jedoch schwierig, eine korrekte Zahl festzustellen, da nicht alle Personen erfasst sind und es insgesamt keine eindeutige Zugehörigkeit gibt. Sinti dient hier als Sammelbezeichnung für die in Mittel- und Westeuropa lebenden Personen. Für die Identität von Sinti\*zze und Rom\*nja ist die Abgrenzung gegenüber Nicht-Rom\*nja Personen zentral, weshalb Angehörige der Mehrheitsgesellschaft auf Romanes „Gadje“ genannt werden. (Fings 2016: 11) Die Sprache Romanes ist ebenfalls für die Identitätsbildung entscheidend. Diese ist ein sehr bedeutendes Kulturgut, welches mündlich generationsübergreifend überliefert, bewahrt wurde. Wie andere Sprachen unterliegt Romanes einem stetigen Wandel und zerfällt in zahlreiche Dialekte, die von dem Kultur- und Sprachgebiet geprägt sind, in dem Sinti\*zze und Rom\*nja leben. Die Vielfalt der Dialekte drückt gleichzeitig die Heterogenität von Sinti\*zze und Rom\*nja aus, weshalb es zusätzlich keine vereinheitlichte Schriftsprache gibt. Seit Jahrzehnten engagieren sich Bürger\*innenrechtsbewegungen europaweit für die Anerkennung des Romanes als Minderheitensprache. (ebd.: 15) Seit 1998 ist dies in Deutschland der Fall. Die fehlende Schriftlichkeit hat aber auch zum Verlust der Sprache beigetragen, weshalb es teils schwierig ist, die Geschichte von Sinti\*zze und Rom\*nja zu rekonstruieren. Die meisten Gadje haben keinen Kontakt zu Sinti\*zze und Rom\*nja, verfügen aber über einen Bestand an Zuschreibungen, der über Jahrhunderte angereichert wurde (ebd.: 18). Immer wieder wurden Sinti\*zze und Rom\*nja nach deren Ankunft außerhalb der herrschenden Gesellschaftsordnungen verortet, indem sie als fremd, anders, bedrohlich und gefährlich angesehen und definiert wurden (ebd.: 19). Diese Zuschreibungen beziehen sich vor allem auf deren Aussehen, Lebensform, die Sprache und Kultur. Der wichtigste Speicher dieses vermeintlichen Wissens ist die europäische Literatur, die voller Figuren und Bilder ist, die diese Stereotype erst erfunden haben, welche nachhaltig in den mittel- und osteuropäischen Raum hineinwirkten (ebd.: 18). Diese dienten zudem als Grundlage für spätere NS-Ideologien und die Deportation von Sinti\*zze und Rom\*nja im zweiten Weltkrieg. Im 19. Jahrhundert fand die Romantisierung von Sinti\*zze und Rom\*nja ihre Hochphase, in der das Leben der Rom\*nja Personen als frei, sorgenlos und naturverbunden dargestellt wurde. Damit einher ging eine zugeschriebene angeborene Unfähigkeit zur Zivilisation (ebd.: 19). Weit verbreitet waren zudem Darstellungen von osteuropäischen Sinti\*zze und Rom\*nja mit Wagen, wodurch sich der

Eindruck der Heimatlosigkeit verfestigte. Hierbei wurde die Mobilität von Sinti\*zze und Rom\*nja nicht als eine Folge von zwangsweiser Vertreibung oder als ökonomische Notwendigkeit anerkannt, sondern als Strategie zur Arbeitsverweigerung. Diese und weitere Darstellungen führten dazu, dass sich über Jahrhunderte Stereotype und Rassismen aufgebaut und verfestigt haben, welche bis heute tief verankert sind und sich in einem abneigenden, diskriminierenden Verhalten gegenüber betroffenen Personen äußern (ebd.: 30ff.). Das Bild der Mehrheitsbevölkerung wird zu dem von Einzelfällen geprägt, da die Berichterstattung der Medien sehr einseitig ist und Sinti\*zze und Romn\*ja hier nach wie vor als arm, kriminell und fremd gebrandmarkt werden (ebd.: 33).

### **Buchenwald als Ort der Erinnerung**

Buchenwald ist heute eine Gedenk- und Erinnerungsstätte, die an das Schicksal der dort verstorbenen Menschen erinnert und über das Geschehene aufklären soll. Es geht darum den Menschen, die verfolgt wurden, zu einer Stimme zu verhelfen und zu zeigen, wer die Täter waren und auch heute noch sind. Den in Buchenwald gestorbenen Sinti\*zze und Rom\*nja widmet die Gedenkstätte einen großen Teil ihrer Dauerausstellung sowie ein Denkmal im ehemaligen Häftlingslager. Die konkrete Zahl der in Buchenwald inhaftierten Sinti\*zze und Rom\*ja befand sich nach eigenen Aussagen etwa im niedrigen tausender Bereich. Um die einzelnen Menschen und ihre Schicksale den Besucher\*innen näher zu bringen, sind die Ausstellungsinhalte größtenteils biographisch aufgearbeitet. Neben den Geschichten der Opfer der rassenhygienischen Forschung von Eva Justin und Robert Ritter, wird auch über die Deportation von 200 Sinti\*zze und Rom\*nja Kindern und Jugendlichen nach Auschwitz berichtet. Die Inhalte der Ausstellung, der Führungen und Bildungsprogramme werden in Teilen auch mit dem Zentralrat Deutscher Sinti\*zze und Rom\*nja abgestimmt, um auf dessen Vorstellungen als auch auf politische Diskurse eingehen zu können. Rassistische, antisemitische und ~~antiziganistische~~ Debatten werden so inhaltlich aufgearbeitet und können je nach Umfang des Bildungsprogrammes einen mehr oder weniger großen Teil der Diskussionen der Besucher\*innen einnehmen. Darüber hinaus steht die Gedenkstätte auch in ständigem Austausch mit dem Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti\*zze und Rom\*nja sowie mit einzelnen Verbänden und Vereinen. Eine Zusammenarbeit mit dem Thüringer Landesverband RomnoKher e. V. gab es jedoch noch nicht. Weimar als Kooperationspartner ist für Buchenwald essenziell, um auch in der Stadt eine Form des Gedenkens und Erinnern zu ermöglichen. Für die Erinnerungskultur der Sinti\*zze und Rom\*nja wird diese Kooperation jedoch nicht ausreichend genutzt. So werden Sinti\*zze und Rom\*nja in Zusammenarbeiten zwar erwähnt jedoch wird kaum aktiv darüber gesprochen. In den letzten Jahren ist so nur ein Projekt entstanden, welches zwar durch die Stadt Weimar und die Gedenkstätte Buchenwald unterstützt, aber durch den Gerberstraße 1 e. V. initiiert wurde. Das Projekt „Gedenkweg Buchenwaldbahn“ widmet sich aktiv den verstorbenen Sinti\*zze und Rom\*ja Buchenwalds und hat sich der Aufgabe angenommen, die ehemalige Trasse von Buchenwald nach Weimar freizulegen. Entlang der Trasse wurde für jedes der 200 Sinti\*zze und Rom\*nja Kinder ein Gedenkstein erarbeitet, der an Ihre Leben erinnern soll und mit Hilfe eines QR-Codes auch die Geschichte des jeweiligen Kindes erzählen kann.

Sinti und Roma verschwinden hinter dem Begriff ‚Zigeuner‘. (...) Man muss verstehen, welche Rolle Sprache spielt für die Verfolgung und Ermordung von Menschen. Der Mord beginnt eben nicht dann, wenn die SS am Abdrücker steht und jemanden ins Genick schießt, sondern die Mordaktion beginnt an der Stelle, an der Menschen nicht mehr als Menschen, sondern als Gegner und minderwertig qualifiziert werden.“ - H. Obbarius, Leitung der Bildungsabteilung Buchenwald (Interviewauszug 06.12.21)

## Porajmos - der Völkermord an Sinti\*zze und Rom\*nja

Sinti\*zze und Rom\*nja wurden wie auch Jüd\*innen im dritten Reich systematisch verfolgt und vernichtet. (Loubichi 2014: o. S.) Von den Nürnberger Gesetzen 1935 waren sie so gleichermaßen betroffen. (o. A. 2009: 4-5) Durch den „Erlass zur Bekämpfung der Zigeunerplage“ vom 6. Juni 1936 wurde die Rechtsgrundlage geschaffen, um den Aufenthaltsort von Sinti\*zze und Rom\*nja zu bestimmen. So wurden am 16. Juli 1936 etwa 600 Sinti\*zze und Rom\*nja in ein Zwangslager in Berlin-Marzahn gebracht. September 1943 handelte es sich bei diesem um das größte Lager dieser Art, welche ab der zweiten Hälfte der 1930er Jahre in vielzähligen deutschen Städten errichtet wurden. Sie dienten zusätzlich noch als Zwangsarbeiterreservoir und nach Kriegsbeginn als Sammelpunkt vor der Deportation in das besetzte Polen. (o. A. o. J.3.: o. S.) Der nationalsozialistische Staat sorgte schrittweise für den Ausschluss von Sinti\*zze und Rom\*nja aus dem öffentlichen Leben. So durften sie als „Nichtarier“ nicht Mitglied in Berufsorganisationen sein und wurden so von ihren Arbeitsplätzen verdrängt. (Landesbildungsserver Baden-Württemberg o. J.: 1) Außerdem wurden Kinder entweder vollends vom Schulunterricht ausgeschlossen oder in „Zigeunerklassen“ gesteckt (Landesbildungsserver Baden-Württemberg o. J.: 5-7). 1938/1939 wurden im Rahmen der Massenverhaftungen auch Sinti\*zze und Rom\*nja in Konzentrationslager verschleppt (o. A. o. J. 2.: o. S.). Am 21. September 1939 wurde die Deportation von 30.000 im Reichsgebiet lebenden Sinti\*zze und Rom\*nja in das besetzte Polen beschlossen. Um dies vorzubereiten, wurde am 17. Oktober 1939 von Himmler ein „Festschreibungserlass“ beschlossen, der Sinti\*zze und Rom\*nja unter Androhung von KZ-Haft verbot, ihre Wohnorte zu verlassen. In Polen angekommen mussten sie in Lagern schwere Zwangsarbeit leisten. (o. A o. J. 1.: o. S.) Durch den Deportationsbefehl von Himmler am 16.12.1942 wurden Sinti\*zze und Rom\*nja familienweise nach Auschwitz-Birkenau verschleppt. Ab Februar 1943 wurden fast 23.000 Sinti\*zze und Rom\*nja größtenteils aus dem Reichsgebiet in den von der SS „Zigeunerlager“ genannten Lagerabschnitt B II e verschleppt. Schwerste Zwangsarbeit bei mangelhafter Ernährung und unzumutbaren hygienische Bedingungen, sowie Folter durch die SS und Menschenversuche durch Josef Mengele seit Ende Mai 1943 sorgten dafür, dass nahezu 90% der Sinti\*zze und Rom\*nja starben. Am 2. August 1944 wurden die in Auschwitz-Birkenau 4.300 zurückbleibenden Menschen, die vor allem Alte, Frauen und Kinder waren, ermordet. (Scriba 2015: o. S.) Auch in dem KZ Buchenwald waren Sinti\*zze und Rom\*nja untergebracht. 1939 wurden 600 Sinti\*zze und Rom\*nja von Dachau in den dortigen Häftlingsblock 14 verlegt, der von da an Zigeunerblock genannt wurde. (Drizhal 2019: o. S.) Dort war auch Robert Ritter tätig, der im Rahmen seiner Position als Leiter der Rassenhygienischen Forschungsstelle Untersuchungen in Zusammenarbeit mit dem Polizeiapparat durchführte. Bis Ende des Kriegs stellte er 24.000 Gutachten mit der „Rassendiagnose“ Zigeuner aus. (o. A. 2009: 7-8) So wurden 25.000 der 40.000 erfassten deutschen und österreichischen Sinti\*zze und Rom\*nja ermordet. Insgesamt starben 220.000 bis 500.000 Sinti\*zze und Rom\*nja. (Scriba 2015: o. S.)

### Die Lebenssituation der Sinti\*zze und Rom\*nja ab 1945

Auch die Zeit nach dem Fall des NS-Regimes bestand für viele Sinti\*zze und Rom\*nja aus Diskriminierung innerhalb der deutschen Gesellschaft und der bitteren Realität der Nicht-Anerkennung der Porajmos und der allgemeinen rassistischen Verfolgung. Die übrig gebliebenen Überlebenden, welche aus den Konzentrationslagern zurückkehrten mussten mitansehen, dass viele ihrer Peiniger\*innen ihren Arbeitsalltag als Beamt\*innen fortsetzten, trotz ihrer ungesühnten Beteiligung an der Deportation. Bis dato wurde seitens der Bundesrepublik der Völkermord nicht anerkannt und eine Entschädigung an den Hinterbliebenen verweigert. Dies hatte zur Folge, dass an einigen Polizeistationen die Sondererfassung als „Zigeuner“ und einer rassistischen Behandlung der Sinti\*zze und Rom\*nja mit der rechtlichen Absicherung der damaligen

Zigeunergesetze fortgeführt wurde. (o. A. o. J. 4.: o. S.). Konkreten Widerstand gegen die Lebenssituation in den 1950er- und 1960er Jahren erfolgte erst spät, da vor allem die Älteren unter den Sinti\*zze und Rom\*nja große Angst hatten sich zu äußern, da sie weitere Diskriminierung und Repressalien befürchteten. Erste medienwirksame Proteste erfolgten erst in den 1980er Jahren als die Bürger\*innenrechtsbewegung einen Hungerstreik vor der KZ-Gedenkstätte in Dachau organisierte. Dabei war der ausschlaggebende Punkt die weiterhin existierende rassistische Sondererfassung des Landeskriminalamtes in Bayern. Ein Zurückgriff auf die ehemaligen nationalsozialistischen Rassengutachten der Beamt\*innen wurde, in Laufe der 1970er, festgestellt und auch durch die Besetzung der Technischen Universität Tübingen, von den ehemaligen Bürgerrechtler\*innen im Jahr 1982, konnten Akten sichergestellt werden, welche als eindeutige Beweise für die weiterbetriebenen Rassenforschungen in den 1970er innerhalb der BRD dienen. Im selben Jahr erfolgte auch die offizielle Anerkennung der Völkermordverbrechen an den Sinti\*zze und Rom\*nja, durch Helmut Schmidt, woraufhin sich die Lage schrittweise verbesserte. (ebd.) Anders sah es in der sowjetischen Besatzungszone und in der späteren DDR aus. Zwar wurde unmittelbar nach dem Krieg nur an kommunistische Widerstandskämpfer\*innen eine Entschädigung ausgezahlt, jedoch änderte sich dies, durch die Einführung der „Opfer der Nürnberger Gesetze“. Somit erhielten kurz darauf nur jüdische Überlebende erste Entschädigungszahlungen. Erst mithilfe der Solidarisierung von Jüd\*innen, welche das gemeinsame Leid im Bewusstsein hatten, erfolgte eine weitere Ergänzung der „Opfer der Nürnberger Gesetze“, womit es Sinti\*zze und Rom\*nja ab Mai 1946 möglich war einen Antrag auf Entschädigung zustellen. Allerdings muss erwähnt werden, dass die Anträge für Sinti\*zze und Rom\*nja mit speziellen beziehungsweise mit rassistischen Auflagen verknüpft waren, um sie als „Opfer des Faschismus“ anzuerkennen. Sie mussten sowohl einen festen Wohnsitz als auch eine feste Beschäftigung angeben und zusätzlich ein Verhalten im Sinne der sozialistischen Staatsideologie vorweisen. Oft kam es vor, dass Sinti\*zze und Rom\*nja ihren Status als „Opfer des Faschismus“ und darauffolgend ihre zugesprochenen Zuwendungen verloren haben, da Entscheidungsträger\*innen ihnen einen unzureichenden Einsatz an das Mitwirken einer sozialistischen Gesellschaft unterstellten (vgl. o. A. o. J. 4.: o. S.). Auch die Aufarbeitung der Verbrechen bzw. die Etablierung einer Erinnerungskultur fehlte lange Zeit, zwar wurde diese für Jüd\*innen ansatzweise bereitgestellt, jedoch wurde dies durch die Kultur des „antifaschistischen Kampfes“ marginalisiert. Neben der Betrachtung der jüdischen Erinnerungskultur als etwas nebensächliches, galt die Erinnerungskultur der Sinti\*zze und Rom\*nja als schon längst „vergessen“. Somit folgte erst im Jahr 1986 der erste Gedenkstein in Berlin-Marzahn, der als Gedenkort in der Nähe des Zwangslager den ermordeten Angehörigen der Sinti\*zze und Rom\*nja gewidmet wurde. Ein zweites Denkmal entstand erst nach dem Mauerfall in der Nähe des Magdeburger Doms im Oktober 1998 (ebd.). Zum Abschluss muss festgehalten werden, dass unmittelbar nach dem Sturz des NS-Regimes der Rassismus weiterhin tief in der Gesellschaft verankert war. So erhielten Sinti\*zze und Rom\*nja, trotz der Bekanntheit der ganzen Ausmaße weder Empathie noch Sympathie. Im Gegenteil, selbst nach der Kapitulation gab es seitens der breiten Gesellschaft eine hohe Erwartungshaltung für das Nachkommen der Vertreibung aller Sinti\*zze und Rom\*nja aus den Dörfern und Städten. So folgte in den 1950er der erste Antrag an das Magistrat in Frankfurt am Main die Minderheit aus der Stadt zu verbannen, da diese als lästig empfunden wurde. Im hessischen Marburg wurden solche Forderungen, mit der Genehmigung der amerikanischen Militärregierung, nachgegangen und wies alle Sinti\*zze und Rom\*nja aus der Stadt aus (vgl. Margalit 1997: 560).



## **Interview mit t RomnoKher e. V.**

Zentrale Anlaufstelle bei der Beantwortung unserer Fragen bezüglich der Diskriminierung von Sinti\*zze und Rom\*nja war der Thüringer Landesverband für Sinti\*zze und Rom\*nja RomnoKher e. V.. Dieser wurde 2018 aus der Motivation zur Unterstützung von Rom\*nja Personen im Alltag gegründet. Derzeit hat der Verein zwei Standorte in Erfurt und Eisenberg. RomnoKher e. V. ist jedoch deutschlandweit in ein Netzwerk von weiteren Organisationen und Institutionen eingebunden, die sich für die Rechte von Sinti\*zze und Rom\*nja einsetzen. Der Verein wird unter anderem vom Land Thüringen unterstützt. Die wichtigsten Aufgaben des Vereins bestehen in der Koordination, Vernetzung und Vermittlung von Rom\*nja Personen mit diversen Ämterstrukturen. RomnoKher e. V. unterstützt Menschen beispielsweise bei dem Übersetzen verschiedenster Anträge oder der Wohnungs- und Jobsuche. Nach wie vor sind Rom\*nja Personen in Thüringen mit Vorurteilen und Rassismus auf verschiedenen Ebenen konfrontiert. Hierbei handelt es sich vor allem um alltägliche Erfahrungen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, der ärztlichen Versorgung oder um schulische Belange von Kindern. Aus den geführten Interviews mit RomnoKher e. V. ging jedoch hervor, dass sich die Situation für Rom\*nja Personen seit der Einrichtung der Büros spürbar verbessert hat. Durch die Anwesenheit und Unterstützung von RomnoKher e. V. konnte eine gesteigerte Akzeptanz und mehr Respekt seitens der Mehrheitsbevölkerung gegenüber Rom\*nja Personen erzielt werden.

## **Interview mit einer Rom\*nja Person**

Im Laufe der Auseinandersetzung mit der Thematik hat sich die Möglichkeit ergeben, ein Interview mit einer Rom\*nja-Person aus Weimar zu führen. Dabei handelt es sich um einen mazedonisch-stämmigen Menschen, welcher erst im Jahr 2012 nach Deutschland einwanderte und daraufhin einen Asylantrag stellte. Die erste Zeit in Deutschland gestaltete sich als schwierig, da die Person und ihre Familie nach dem Stellen eines Asylantrages in Eisenberg untergebracht wurde. Dort wurde die Familie mit Diskriminierung in Form von Beleidigungen und Anfeindungen, konfrontiert. Auch ein willkürlicher Rauswurf aus dem Sprachunterricht, Ausweiskontrollen, Abtastungen, sowie komplette Durchsuchungen in einem Discounter folgten. Den Zustand im dortigen Asylheim verglich er mit einem „Gefängnisaufenthalt“. Die Lebenssituation in Thüringen habe sich erst gebessert als unser\*e Interviewpartner\*in nach Weimar zog. Hier solle die Person große Hilfe erhalten haben und das Zusammenleben mit älteren Nachbar\*innen sowie mit Arbeitskolleg\*innen sei harmonisch. Auch die Kinder unserer Kontaktperson haben weder in der Schule noch im Kindergarten rassistische Erfahrungen gesammelt. Nach einem Besuch in Mazedonien, erklärte uns die Person, dass sie kein Heimweh verspüre und Weimar als die neue Heimat betrachte. Auch ein Besuch in Buchenwald habe im Jahr 2013 stattgefunden, allerdings werde es keinen zweiten Aufenthalt in der Gedenkstätte geben, da der Ort für ihn zu traurig sei. Auf zukünftige Perspektiven schaue er pessimistisch, da viele Sinti\*zze und Rom\*nja aus seinem Bekanntenkreis am liebsten Thüringen verlassen möchten. Gründe hierfür sind die Mentalität der Thüringer Mehrheitsgesellschaft sowie bessere wirtschaftliche Perspektiven in westdeutschen Bundesländern. Auch die Angst vor der AfD spiele eine große Rolle. Schlussendlich wünsche sich die Person die Freiheit für sich und Sinti\*zze und Rom\*nja sowie eine Auflösung des Schubladendenkens.

## Fazit und Beantwortung der Forschungsfrage

Im Rahmen unserer Forschung wurden Interviews mit dem Beauftragten für Öffentlichkeitsarbeit sowie dem Beauftragten für Bildungsarbeit der Gedenkstätte Buchenwald, dem Thüringer Landesverband der Sinti\*zze und Romn\*nja, RomnoKher e. V. mit den Geschäftsstellen Erfurt und Eisenberg, der Ausländerbeauftragten der Stadt Weimar, einer Referentin des Büros der Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge (BIMF), dem Netzwerk für Demokratie und Courage sowie einer Rom\*nja-Person aus Weimar geführt. Auf Basis dieser Interviews und der Literaturrecherche lässt sich festhalten, dass in Weimar und Thüringen noch viel geschehen muss, um sowohl der Diskriminierung von Sinti\*zze und Rom\*nja entgegenzuwirken, als auch ihre Präsenz in der Gegenwart sichtbar zu machen. Die Stadt Weimar sieht bezüglich der Diskriminierung von Sinti\*zze und Rom\*nja keine Problematik, da der Ausländerbeauftragten, sowie der Antidiskriminierungsstelle keine Fälle vorliegen. So gibt es auch keine konkreten Maßnahmen der Stadt Weimar bezüglich Bildung und Aufklärung. Da es schwierig ist mit Sinti\*zze und Rom\*nja in Kontakt zu treten und das Gespräch mit einer in Weimar lebenden Rom\*nja-Person nur auf Grund eines Gefallens stattfand, ist eine differenzierte Darstellung der genauen Umstände in Weimar in diesem Rahmen schwierig und beruht auf diesem Gespräch und den Erfahrungen von RomnoKher e. V.. Beide berichten insbesondere von Vorfällen in der 40km von Weimar entfernten Stadt Eisenberg. Dass die Stadt Weimar keine Notwendigkeit für Aufklärungs- und Bildungsarbeit sieht, kann auch damit zusammenhängen, dass Sinti\*zze und Rom\*nja und deren Erben wenig Präsenz im Stadtraum einnehmen. 2008 gab es zuletzt eine öffentliche Veranstaltung über den Porajmos in Weimar in Zusammenarbeit mit Buchenwald und dem Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma. In Weimar sind zudem keine Stolpersteine von früher in Weimar lebenden Sinti\*zze und Rom\*nja vorzufinden. Die Gedenkstätte Buchenwald wählt ihre Inhalte so, dass auch die Geschichte der Sinti\*zze und Rom\*nja in den Fokus gestellt wird, um für politischen Diskurs zu sorgen. Es werden unter anderem Seminare für Lehrer und Schüler\*innen angeboten, die allerdings nur über ehrenamtliches Personal angeboten werden können. Hierdurch soll der Stereotypisierung von Sinti\*zze und Rom\*nja entgegengewirkt werden, welche die Basis diskriminierenden und rassistischen Verhaltens bildet. Auch wurde in Zusammenarbeit mit der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora und dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma eine Ausstellung erstellt, die im Rahmen der weiteren Veranstaltungen 2022 in Weimar ausgestellt werden soll. Dennoch gibt es diesbezüglich keine von Buchenwald bereitgestellten Hinweise und Aktionen im Stadtraum. BIMF hat in der Vergangenheit schon mehrmals Veranstaltungen mit RomnoKher e. V. durchgeführt und wartet für die Organisation Weiterer auf die Initiative von Sinti\*zze und Rom\*nja oder Zusammenschlüssen dieser. Wir fordern mehr aktives Engagement vor allem auch in Verbindung mit Buchenwald von der Stadt Weimar, insbesondere für das Erbe der Sinti\*zze und Rom\*nja, aber auch gegen die über Jahrhunderte aufgebauten Stereotype. Hierfür muss die Stadt in Kooperation mit Buchenwald mehr Aufklärungsarbeit auf verschiedenen Ebenen leisten. Die Bereitschaft ist vorzufinden, doch es wird Initiative von Personen erwartet, die so nicht in der Stadt sichtbar sind und zu Wort kommen. Um mehr Präsenz zu schaffen, haben wir uns mit WEUNITED zusammengeschlossen, die das Jahr unter dem Motto Mer kente! - Wir zusammen! Sinti\*zze und Rom\*nja widmen wollen. Wir hoffen so einen Diskurs anzustoßen. Die Auftaktveranstaltung dieses Projekts bildet eine Filmvorstellung des Films MARGINA des Berliner Filmemachers Ljupcho Temelkovski mit anschließender Podiumsdiskussion, um damit einen ersten Anstoß zu einem öffentlichkeitswirksamen Austausch zu bieten

## Literaturverzeichnis

Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma (o. D.) 1: Die ersten Deportationen in das besetzte Polen. Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma. <https://www.sintiundroma.org/de/weg-in-den-voelkermord/erste-deportationen/> (letzter Zugriff am: 18.01.2022).

Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma (o. D.) 2: Einweisung in die Konzentrationslager. Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma. <https://www.sintiundroma.org/de/weg-in-den-voelkermord/kz-einweisungen/> (letzter Zugriff am: 18.01.2022).

Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma (o. D.) 3: Kommunale Zwangslager für Sinti und Roma. Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma. <https://www.sintiundroma.org/de/weg-in-den-voelkermord/kommunale-zwangslager/> (letzter Zugriff am: 18.01.2022).

Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma (o. D.) 4: Rassendiagnose: Zigeuner. Der Völkermord an den Sinti und Roma und der lange Kampf um ihre Anerkennung. Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma. <https://www.sintiundroma.org/de/ausgrenzung-nach-1945/schwieriger-neubeginn/ddr/> (letzter Zugriff am 23.01.2022).

Drizhal, Werner (2019): Roma und Sinti in Buchenwald. Rote Spuren - Verein zur Förderung der ArbeiterInnengeschichte. <https://rotespuren.at/blog/2019/05/22/roma-und-sinti-in-buchenwald/> (letzter Zugriff am: 01.02.2022).

Landesbildungsserver Baden-Württemberg (Hg.) (o. D.): Ausgrenzung aus dem Arbeitsleben. <https://www.schule-bw.de/faecher-und-schularten/gesellschaftswissenschaftliche-und-philosophische-faecher/geschichte/unterricht/9-10/3-3.1/sinti/ausgrenzung.pdf> (letzter Zugriff am: 01.02.2022).

Loubichi, Stefan (2014): Der Holocaust an Sinti und Roma. Zukunft braucht Erinnerung. URL: <https://www.zukunft-braucht-erinnerung.de/der-holocaust-an-sinti-und-roma/> (letzter Zugriff am: 18.01.2022).

Margalit, Gilad (1997): Die Deutschen und ihre Zigeunerpolitik nach 1945, in: Vierteljahresheft für Zeitgeschichte 4 (1997), S. 557-588. [https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997\\_4\\_3\\_margalis.pdf](https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4_3_margalis.pdf) (letzter Zugriff am 23.01.2022).

o. A. (2009): Die Verfolgung der Sinti und Roma im Nationalsozialismus. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags. <https://www.bundestag.de/resource/blob/410880/917c712d81cb4578775060ed6f592b2b/WD-1-020-09-pdf-data.pdf> (letzter Zugriff am: 01.02.2022).

o. A. (o. D.) 4: Zur Geschichte der Sinti und Roma: Völkermord und Bürgerrechtsbewegung. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. <https://www.gedenkstaetten-bw.de/geschichte-sinti-roma#:~:text=Ab%201945%3A%20Verfolgung%20in%20der%20Nachkriegszeit&text=Von%20den%20auf%20dem%20Gebiet,als%20%E2%80%99Erassisch%20Verfolgte%E2%80%9C%20anerkannt. WW> (letzter Zugriff am: 23.01.2022).

Scriba, Arnulf (2015): Der Völkermord an Sinti und Roma. Deutsches Historisches Museum, Berlin. <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/der-zweite-weltkrieg/voelkermord/voelkermord-an-sinti-und-roma.html> (letzter Zugriff am: 18.01.2022).